

Peter Eigner, Herbert Matis, Andreas Resch (Hg.)

# Entrepreneurship in schwierigen Zeiten

Unternehmertum, Karrieren und Umbrüche  
während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts



LIT

Peter Eigner, Herbert Matis, Andreas Resch (Hg.)

## Entrepreneurship in schwierigen Zeiten

Veröffentlichungen der  
Österreichischen Gesellschaft  
für Unternehmensgeschichte

Herausgegeben von

Peter Eigner  
Alois Mosser  
Andreas Resch

Band 30

---

LIT

Peter Eigner, Herbert Matis, Andreas Resch (Hg.)

## Entrepreneurship in schwierigen Zeiten

Unternehmertum, Karrieren und Umbrüche  
während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Beiträge gesammelt zu Ehren  
von Peter Berger

---

LIT

Für finanzielle Unterstützung danken wir:  
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung  
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Wien  
Magistrat der Stadt Wien  
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG  
Wirtschaftskammer Österreich

Umschlagbild: Peter Kodera, Schwierige Balance, 2007, 195 × 130 cm.  
Die Herausgeber danken dem Künstler für die Erlaubnis, das Werk als  
Umschlagbild für diesen Band verwenden zu dürfen.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-50531-6

©LIT VERLAG GmbH & Co. KG

Wien 2013  
Krotenthallergasse 10/8  
A-1080 Wien  
Tel. +43 (0) 1-409 56 61  
Fax +43 (0) 1-409 56 97  
E-Mail: [wien@lit-verlag.at](mailto:wien@lit-verlag.at)  
<http://www.lit-verlag.at>

LIT VERLAG

Dr. W. Hopf Berlin 2013  
Verlagskontakt:  
Fresnostr. 2  
D-48159 Münster  
Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20  
Fax +49 (0) 2 51-23 19 72  
E-Mail: [lit@lit-verlag.de](mailto:lit@lit-verlag.de)  
<http://www.lit-verlag.de>

**Auslieferung:**

Deutschland: LIT Verlag Fresnostr. 2, D-48159 Münster  
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, Fax +49 (0) 2 51-922 60 99, E-Mail: [vertrieb@lit-verlag.de](mailto:vertrieb@lit-verlag.de)  
Österreich: Medienlogistik Pichler-ÖBZ, E-Mail: [mlo@medien-logistik.at](mailto:mlo@medien-logistik.at)  
E-Books sind erhältlich unter [www.litwebshop.de](http://www.litwebshop.de)

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	7
<i>Gerhard Senft</i>	
Unternehmer – Wirtschaftspublizist – Friedensforscher Ivan S. Bloch und das frühe 20. Jahrhundert .....	15
<i>Charlotte Natmeßnig</i>	
K. u. k. Hof-Schneider: Wien – Karlsbad – Berlin – Paris – Prag – Bad Gastein – New York .....	27
<i>Dieter Stiefel</i>	
Unternehmerische Reaktion der besonderen Art: Die Gablonzer Industrie im Ersten Weltkrieg aus der Sicht eines Zeitgenossen .....	55
<i>Karl Bachinger</i>	
Für kurze Zeit im selben Boot. Österreichs Unternehmer und die Gewerkschaften im Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg .....	67
<i>Gertrude Enderle-Burcel</i>	
Flucht aus dem Staatsdienst. Beamtenproletarier und Mandarine auf dem Weg von der Monarchie in die Republik .....	117
<i>Herbert Matis</i>	
Marcel M. Holzer – ein innovativer Spediteur der Zwischenkriegszeit .....	143
<i>Andreas Resch</i>	
„Selbstverständlich ... habe ich <i>niemals</i> etwas kriminell Belastendes gewusst“. Josef Schumpeter und die Industriegruppe von Rudolf M. Braun-Stammfest nach dem Ersten Weltkrieg .....	165

<i>Fritz Weber</i>	
Die Maschinenfabrik Andritz 1938–1945. „Arisierung“, Germanisierung und Restituierung eines österreichischen Unternehmens samt Vorspiel und historischem Epilog .....	201
<i>Günter Bischof</i>	
Austria’s Loss – America’s Gain: <i>Finis Austriae</i> – The “Anschluss” and the Expulsion/Migration of Jewish Austrians to the U.S. ....	229
<i>Johannes Koll</i>	
Profilierung im prekären Staat. Zu Karrieremustern im Dritten Reich am Beispiel von Arthur Seyß-Inquart. ....	259
<i>Peter Romijn</i>	
Managing the integration of the occupied Dutch territories in Hitler’s empire .....	309
<i>N. David J. Barnouw</i>	
„Holländische Holzschuhe“ im Osten. Die Niederländische Ostkompagnie 1942–1944 .....	331
Verzeichnis der Publikationen von Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Berger ..	355
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....	359

## Vorwort

Thema des vorliegenden Bandes sind unternehmerische Initiativen und individuelle Karrieren vor dem Hintergrund der großen wirtschaftlichen und politischen Umbrüche während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Erste Weltkrieg gilt in der Geschichtsschreibung weithin als „Urkatastrophe“<sup>1</sup>, die in das „Zeitalter der Extreme“<sup>2</sup> führte. Die globale politische und wirtschaftliche Ordnung war danach nicht mehr wie zuvor; institutionelle Ansätze für eine friedliche Weltordnung wie die Gründung des Völkerbundes, aber auch Revisionismus, Totalitarismus und Krieg prägten die folgenden Jahrzehnte. Auf die fragile wirtschaftliche Erholung während der 1920er Jahre folgte die große Weltwirtschaftskrise. In Deutschland herrschten ab 1933 die Nationalsozialisten, die schließlich den Zweiten Weltkrieg begannen. Nach 1945 setzte der Kalte Krieg ein, und der Eiserner Vorhang trennte die östliche und die westliche Hemisphäre.

Von diesen Entwicklungen auf der Ebene der „großen“ Politik waren Millionen von Menschen und Unternehmen individuell betroffen. Sie wurden Opfer von Terror und Krieg, trachteten sich mit den Entwicklungen zu arrangieren und wussten immer wieder auch situationsspezifische Chancen zu nutzen. So traten gerade unter diesen Rahmenbedingungen immer wieder auch innovative Unternehmer im Sinne von Josef (später Joseph A.) Schumpeter auf, die trotz Risiko und Unsicherheit bemüht waren, neue Unternehmensansätze und Geschäftsideen zu realisieren.

Die hier gesammelten Beiträge sind dem Wiener Wirtschafts- und Sozialhistoriker Peter Berger zu seinem 60. Geburtstag gewidmet. Er hat sich in seinem Oeuvre intensiv mit der europäischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts befasst. Einen inhaltlichen Schwerpunkt seiner Studien stellen Entwicklungen in Österreich und den Niederlanden während dieser Jahrzehnte dar. So hat er sich mit einer umfangreichen Monographie über den Niederländer Meinoud M. Rost van Tonningen<sup>3</sup> habilitiert, der in der Zwischenkriegszeit als Vertreter des Völkerbundes in Wien weilte und während

---

1 Vgl etwa. George F. Kennan, Bismarcks europäisches System in der Auflösung, Berlin 1981, 12.

2 Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, Wien 1995.

3 Peter Berger, Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich, Meinoud Marinus Rost van Tonningen, 1931–1936, Wien u. a. 2000.

des Zweiten Weltkriegs als führender Funktionär der niederländischen Nationalsozialisten mit den deutschen Besatzern kollaborierte. Des Weiteren hat sich Peter Berger u. a. mit dem Schicksal des österreichischen (Wirtschafts-) Bürgertums nach dem Ersten Weltkrieg auseinandergesetzt.<sup>4</sup> Die traditionellen Eliten erlitten damals schwere Vermögens-, Status- und Einkommensverluste, dafür taten sich für risikofreudige Entrepreneurs durchaus zeitspezifische Chancen auf. Die genannten Forschungsschwerpunkte des Jubilars bilden auch den inhaltlichen Rahmen für diesen Band.

*Gerhard Senft* stellt in seinem Text mit Ivan S. Bloch einen frühen Warner vor den Extremen der Kriegsführung des 20. Jahrhunderts vor. Dieser erfolgreiche russische Eisenbahnbaron hat früher als die meisten Militärs die verheerenden Konsequenzen großer Kriege mit den Mitteln des Industriezeitalters erkannt und aufgezeigt, dass sie auf keiner Seite Gewinner zurücklassen und zu weitreichenden gesellschaftlichen Umbrüchen führen würden. Diese Einsichten trachtete er u. a. in seinem umfangreichen Werk „Der Krieg. Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung“ zu verbreiten und durch den Aufbau eines Stiftungswerkes zu popularisieren. Trotz der Warnungen Blochs und anderer, welche die Folgen moderner Kriege bereits antizipierten, wurde der Erste Weltkrieg 1914 leichtfertig vom Zaun gebrochen.

Das Territorium der Habsburgermonarchie teilte sich nach 1918 auf mehrere Nachfolgestaaten auf, wodurch ein bisheriger gemeinsamer Markt mit mehr als 50 Millionen Einwohnern durch neue Zollgrenzen und unterschiedliche Währungen desintegriert wurde. In den meisten neu konstituierten Staaten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) kam es in den frühen 1920er Jahren zu einer Hyperinflation, was zur Vernichtung der alten Geldvermögen führte. Die neu geschaffene Republik Österreich war ein Kleinstaat mit nur noch 6,5 Millionen Einwohnern. Diese Umbruchsituation erschwerte die Fortführung alter unternehmerischer Strukturen, eröffnete aber auch neue Chancen für spekulative Geschäfte und an die neuen Bedingungen angepasste Gründungen.

*Charlotte Natmeßnig* legt mit der Firmengeschichte des Herrenausstatters Knize eine instruktive Studie zur Entwicklung eines Wiener Traditionsunternehmens über all diese Umbrüche hinweg vor. Die Firma tat sich dadurch hervor, dass sie gerade in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg erfolgreich auf einen Wachstums- und Internationalisierungs-

---

4 Peter Berger, Zur Situation des österreichischen Bürgertums nach dem Ersten Weltkrieg. Tatsachen und Legenden, in: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Das Werden der Ersten Republik. ... der Rest ist Österreich, Band II, Wien 2008, 67–86.

kurs setzte. Natmeßig arbeitet den Beitrag von Vater und Sohn Knize für den Aufbau der Reputation des Unternehmens bis in die 1880er Jahre sowie die weitere Entwicklung nach der Übernahme durch die Kaufmannsfamilie Wolff heraus. Unter deren Leitung entstanden ab den 1920er Jahren Filialen in Karlsbad, Berlin, Paris, Prag und Bad Gastein, und das Unternehmen bediente sich bereits modernster Marketingmethoden. Der nach dem „Anschluss“ folgende Eigentumsentzug konnte als „freundliche Arisierung“ im Einvernehmen mit langjährigen Mitarbeitern arrangiert werden, und der emigrierte Firmenchef Friedrich Wolff-Knize baute 1940/41 an der Fifth Avenue in New York ein neues Geschäft auf. 1946 erfolgte die außergerichtliche Rückstellung des Wiener Betriebes, die Auslandsfilialen gingen zum Teil verloren. Um 1960 machte der heutige Inhaber von Knize, Rudolf Niedersuß, ein Praktikum bei dem noblen Herrenausstatter, erwarb anschließend das gleichermaßen renommierte Unternehmen C. M. Frank, beteiligte sich schließlich auch an Knize und führte so diese beiden Traditionsunternehmen zusammen. 2012 wurde wiederum eine Filiale in Prag eröffnet.

Unmittelbar auf die Zeit des Ersten Weltkriegs ist der Beitrag von *Dieter Stiefel* fokussiert. Er präsentiert ein Zeugnis unternehmerischer Findigkeit bzw. Anpassungsbereitschaft, die es während des „Großen Krieges“ gestattete, entgegen dem Trend zur Mobilisierung aller Ressourcen für kriegswichtige Produktion auch einen Zweig der Konsumgütererzeugung am Leben zu erhalten, nämlich einige Werke in Nordböhmen für „Gablonzer Ware“. Diese Branche war auf Modeschmuck und Glaskristalle konzentriert. Während des Krieges schafften es Gablonzer Erzeuger, ihre Produktion aufrecht zu erhalten, indem sie Propagandaartikel wie Anstecker mit kriegerischen Parolen fabrizierten. Auf diese Weise gelang ihnen die eigentlich paradoxe Entwicklung, in einer Zeit, in der sämtliche nicht-kriegswichtigen Branchen zurückgefahren wurden, ein hohes Produktionsniveau für ein Nischenprodukt jenseits des Waffen- und Munitionssektors beizubehalten.

*Karl Bachinger* untersucht das Verhältnis zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden nach dem Ersten Weltkrieg. Er zeigt, dass die Unternehmer in der Situation demokratischer, nationaler und sozialer Umbrüche durchaus geneigt waren, gemeinsam mit der Arbeitnehmerseite reformistische Positionen einzunehmen und dass auch die Gewerkschaften daran interessiert waren, im Rahmen einer sozialstaatlich-liberalen Wirtschaftsordnung Ansätze zur Sozialpartnerschaft, welche sich bereits während des Krieges herausgebildet hatten, weiter zu verfolgen. Dies zeigte sich zum Beispiel anhand des „Paritätischen Industriekomitees“, das konstruktiv Vorschläge zur Sicherung der Ernährung der Arbeiterschaft und zur Beschaffung von Rohmaterial für die Wiederaufnahme der Friedensproduktion machte. Sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften standen den weit reichenden Sozi-

alisierungsplänen negativ gegenüber, und sowohl Gewerkschafter als auch „rechte“ Sozialdemokraten reagierten betroffen auf das Ende der Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten im Juni 1920. Erst jetzt begann sich ein „bürgerliches“ Lager aus so unterschiedlichen Gruppen wie Industriellen, Bankiers, (Klein-)Bauern und Kleinbürgern zu formieren, und die sozialpartnerschaftlichen Ansätze verloren an Relevanz.

Die Währungsgeschichte jener Zeit war in Österreich vom Übergang zur Hyperinflation gekennzeichnet, die erst Anfang Oktober 1922 durch eine international garantierte, vom Völkerbund vermittelte Anleihe beendet werden konnte. Im Gegenzug musste sich Österreich zu einem schmerzhaften Sanierungsprogramm der Staatsfinanzen verpflichten, das unter anderem den Abbau von etwa 100.000 Staatsbeamten vorsah. *Gertrude Enderle-Burcels* Beitrag befasst sich mit der Frage, wie hohe Beamte der Zentralverwaltung auf den Untergang der Monarchie, den Übergang zur Republik und den Beamtenabbau reagierten. Viele Beamte wurden in den Ruhestand „gelockt“, teils, indem man ihnen privatwirtschaftliche Einkünfte zugestand. Als Fallbeispiel für den Wechsel von der Monarchie zur Republik wählte Enderle-Burcel das Finanzministerium. Auffällig war hier der häufige, in der Öffentlichkeit nicht unumstrittene Wechsel vieler hoher Beamter in die Privatwirtschaft, fallweise in den Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften, die sie bis dahin in ihrer Beamtenfunktion kontrolliert hatten. Das Gros der mittleren und kleinen Beamten verfügte über diese Möglichkeit in einem weit geringeren Ausmaß.

Ebenfalls in den Jahren um 1922 wirkte der bekannte Ökonom Josef Schumpeter an der Gründung eines Industriekonzernes durch den Wiener Rechtsanwalt Rudolf M. Braun-Stammfest mit. Diese Episode wird von *Andreas Resch* geschildert. Die Entrepreneurs hatten vor, angesichts der Abtrennung zahlreicher Industriestandorte vom Inlandsmarkt durch die Auflösung der Monarchie neue Inlandskapazitäten in vielversprechenden Wachstumsbereichen wie der Elektroindustrie zu schaffen. Sie nutzten die Inflationsära für den Verkauf von Interimsscheinen auf ihre Gründungen, nach der Währungssanierung wurden Aktien platziert und Kredite für den Ausbau der Werke aufgenommen. Ausufernde Kreditkosten, technische Probleme, Betriebsverluste und unternehmerische Fehlentscheidungen führten jedoch zum finanziellen Zusammenbruch im Jahr 1924. Erfolgreiche Entwicklungen anderer Elektronunternehmen, z. B. der Elin AG, zeigen aber, dass die Konzepte nicht grundsätzlich verfehlt, unter den schwierigen, zeitspezifischen Rahmenbedingungen jedoch meist zum Scheitern verurteilt waren.

Erfolgreicher entwickelte sich die Karriere der faszinierenden, aber weit hin unbekanntem Unternehmerfigur Marcel M. Holzer, die von *Herbert Matz* untersucht wurde. Holzer, seit 1919 Leiter der Berliner Filiale der österreichischen Spedition Schenker, stieg mit einem beispiellosen Expansionskurs

zum Chef der deutschen Schenker-Organisation auf. Von Wien misstrauisch verfolgt, verbesserte Holzer geschickt seine Position im Gesamtkonzern. Eine hohe Verschuldung des Unternehmens führte zu einer engen Kooperation mit der Deutschen Reichsbahn, letztlich 1931 zum allerdings bis 1938 geheim gehaltenen Verkauf der Spedition. Die nationalsozialistische Macht ergreifung hatte zur Folge, dass der Jude Holzer diversen rassistischen Verfolgungen ausgesetzt war. Nach einer kurzzeitigen Verhaftung flüchtete er in die USA, seiner Forderung nach ausständigen Gehaltszahlungen musste 1938 Recht gegeben werden.

*Fritz Weber* gibt mit seiner Darstellung der Eigentumsverhältnisse an der Maschinenfabrik Andritz AG von den 1930er Jahren bis in die Nachkriegszeit einen Einblick, wie unterschiedliche Seiten und Gruppierungen ihre Interessen durchzusetzen und jeweils gegebene Möglichkeiten für ihren Vorteil zu nutzen trachteten. Das Unternehmen, das in der Zwischenkriegszeit zumeist mit Verlust arbeitete, gehörte mehrheitlich der Industriellenfamilie Gutmann. In den 1920er Jahren traf man eine Vereinbarung mit der Regierung, das defizitäre Werk in der Steiermark nicht zu schließen, dafür einen Nachlass bei fälligen Erbschaftsabgaben zu erhalten. 1938 wurde die verlustträchtige Gebarung von den „Ariseuren“ als Argument genutzt, um das Unternehmen, das schließlich in die Demag eingegliedert wurde, günstig erwerben zu können. Nach dem Krieg wandten sich Arbeitervertreter mit den Argumenten, dass das Werk ohnehin nicht profitabel war und die früheren Eigentümer gemeinsam mit den Austrofaschisten die Arbeiter unterdrückt hätten bzw. Hinweisen, dass die Fortführung des Betriebes nach Mai 1945 vor allem dem Engagement der Belegschaft zu verdanken war, gegen eine Restituierung an die Familie Gutman. Diese erlangte die Fabrik trotzdem zurück und verkaufte sie – Wolfgang Gutmann war in die USA emigriert – an die größte österreichische Bank, die Creditanstalt-Bankverein.

*Günter Bischofs* Beitrag thematisiert den Verlust unternehmerischer und wissenschaftlicher Eliten, den Österreich nach dem „Anschluss“ erlitt und auch nach 1945 nicht mehr aufholen konnte. Bischof konzentriert sich dabei zunächst auf die Perspektive der US-amerikanischen Botschaft auf den wachsenden Antisemitismus. Die Amerikaner wurden Zeugen gewaltsamer Übergriffe gegen jüdische Österreicher nach dem 12. März 1938 und der Implementierung der jüdenfeindlichen NS-Politik. Zwar zeigten sie sich, insbesondere der höchste Repräsentant der USA in Österreich, John Cooper Wiley, über das Ausmaß des Rassismus und Terrors schockiert, dies führte aber nicht zu einer Umkehr der Einwanderungspolitik der USA und zu einer Änderung der Appeasementpolitik. Jüdischen Professoren und Forschern wurde die Auswanderung allerdings in Einzelfällen leichter gemacht, und zahlreiche Unternehmer und Wissenschaftler trugen nach 1938 zum wirtschaftli-

chen und intellektuellen Leben in den USA bei. Zu Recht betitelt Bischof seine Text: „Austria’s Loss – America’s Gain“.

*Johannes Koll* untersucht die Karriere des aus Mähren stammenden österreichischen Politikers Arthur Seyß-Inquart bis zu seiner Bestellung als Reichskommissar in den Niederlanden als Beispiel für politisches Entrepreneurship unter den Rahmenbedingungen des polymorphen nationalsozialistischen Systems. Nach dem „Anschluss“ Österreichs war Seyß-Inquart als Reichstatthalter Chef der österreichischen Landesregierung geworden, ein Posten, auf dem er sich jedoch in permanenter Rivalität mit dem „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, Josef Bürckel, befand. Seyß-Inquart trachtete sich daher im Rahmen des vielschichtigen und redundanten NS-Herrschaftssystems durch Aktivitäten in der „Südosteuropapolitik“, „Mitteleuropapolitik“, Kulturpolitik und anderen Bereichen für nachhaltigere Führungspositionen zu profilieren. Insbesondere engagierte er sich bei der Destabilisierung der Tschechoslowakei und der Abspaltung der Slowakei. Nach dem Überfall auf Polen wurde er in Krakau wiederum nur Nummer zwei, dieses Mal als Stellvertreter des Generalgouverneurs Hans Frank, ehe er 1940 die Position des Reichskommissars in den besetzten Niederlanden erlangte.

Wie er die Integration der besetzten Niederlande in das NS-Reich manage, wird im anschließenden Beitrag von *Peter Romijn* untersucht. Der Autor zeigt, dass viele Aspekte der deutschen Fremdherrschaft nicht von vornherein genau definiert waren und die Nationalsozialisten es verstanden, niederländische Verwaltungsstrukturen intakt und für das Funktionieren des Staates und der Wirtschaft weiterwirken zu lassen. Viele Beamte legitimierten die Kollaboration damit, dass ein Zusammenbruch aller Strukturen für die Bevölkerung noch katastrophaler gewesen wäre, selbst als zahlreiche Führungspersonen, z. B. Bürgermeister, durch Nationalsozialisten ersetzt wurden, die wirtschaftliche Ausbeutung für den kriegführenden NS-Staat, die Rekrutierung von Zwangsarbeitern und die Vernichtungspolitik gegen Juden, Roma und Sinti immer offensichtlicher wurden. Obwohl Seyß-Inquart in den Niederlanden formal die Nummer eins war, hatte er auch hier ständig Kompetenzkonflikte mit Stellen der NSDAP, SS, der Kriegswirtschaftsplanung und der Wehrmacht auszutragen.

Unter den Bedingungen der NS-Besatzungspolitik versuchten auch zahlreiche Niederländer (Nationalsozialisten und Mitläufer) von der deutschen Expansion persönlich zu profitieren. *David Barnouw* berichtet von der Entwicklung der Niederländischen Ostkompagnie (NOC). Diese war ein holländisches NS-Unternehmen mit der Zielsetzung, sich im Windschatten der nationalsozialistischen Ostexpansion ökonomische Chancen zu sichern. Zahlreiche Niederländer sollten die Gelegenheit erhalten, in besetzten östli-

chen Gebieten als Fischer, Bauern, Bauarbeiter, Gärtner etc. zu arbeiten bzw. selbstständig zu werden. Überdies wurden etwa 3000 Niederländer als SS-Frontarbeiter im Osten verpflichtet. Zumeist fanden sie dann jedoch enttäuschende Bedingungen vor. Ab 1944 brachte das Vorrücken der Sowjetarmee das Ende ihres Einsatzes, und die aufgebauten Produktionsstrukturen wurden wieder zerstört. Nach dem Krieg wurden vier Mitglieder des NOC-Vorstandes wegen „Zusammenarbeit mit dem Feind“ zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Der zeitweilig für die Bauaktivitäten der NOC zuständige Offizier der Waffen-SS Pieter S. Heerema nahm Kontakt mit einer obskuren Widerstandsgruppe auf und floh 1944 in die Schweiz. Er musste nach 1945 nur kurz ins Gefängnis und baute danach von Venezuela aus ein großes Unternehmen für Offshorebauwerke (Bohrinseln etc.) auf.

Als Resümee aus den Fallstudien ist zu erkennen, dass sowohl österreichische als auch niederländische Unternehmen von den globalen Konjunkturen und Umbrüchen tiefgreifend betroffen waren. In Österreich hatten der verlorene Erste Weltkrieg und die Auflösung der Habsburgermonarchie für eine tiefe Zäsur gesorgt. Beide Staaten verloren nach den Jahren, in denen die große Weltwirtschaftskrise unternehmerische Aktivitäten erschwerte, ihre Souveränität an das expansive NS-System; Österreich ohne Gegenwehr und unter dem Jubel großer Teile der Bevölkerung.

Diese Umbrüche führten zu institutionellen und wirtschaftlichen Änderungen – als radikalste Entwicklung ist die rassistische NS-Politik hervorzuheben, die Teilen der Bevölkerung ihre Rechte als Eigentümer, Bürger und Menschen absprach, Vermögen entzog, den Holocaust in Gang setzte und den Zweiten Weltkrieg begann.

In einzelnen Fällen gelangen immer wieder unternehmerische Initiativen und Karrieren, die sich gegen die jeweils vorherrschenden negativen Tendenzen durchzusetzen vermochten oder in diesen sogar neuen Chancen fanden. So vermochten die Gablonzer Bijouteriehersteller während des Ersten Weltkriegs durch die Erzeugung von Propagandamaterial die drohende Schließung ihrer Werke abzuwenden, vollführte der traditionelle Wiener Herenausstatter Knize in den 1920er Jahren eine erfolgreiche Internationalisierung und gelang dem Schenker-Prokuristen Holzer eine glanzvolle Karriere. Hingegen konnten die österreichischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ihren sozialpartnerschaftlichen Aufbaukurs nach 1918 nicht lange durchhalten, scheiterten Schumpeter und Braun-Stammfest mit ihren Nachkriegsgründungen und fanden zahlreiche abgebaute Staatsbeamte nur mühsam eine neue wirtschaftliche Grundlage. Versuche niederländischer Beamter, durch Weiterarbeit unter NS-Besatzung Schlimmeres von ihrem Land abzuwenden, trugen mit zu den Rahmenbedingungen für die Vernichtung der Juden und der Ausbeutung des Landes bei, in Österreich führten Antise-

mitismus und NS-Herrschaft zum Verlust wertvoller wissenschaftlicher und unternehmerischer Talente in großer Zahl. Für die jüdische österreichische Unternehmerfamilie Gutman folgten auf ökonomische Schwierigkeiten und Steuerdruck während der 1930er Jahre die „Arisierung“ durch nationalsozialistische Profiteure und Auswanderung in die USA, 1945 Widerstand von Arbeiterseite gegen eine Restituierung, schließlich doch eine Rückgabe und der Verkauf des Werkes. Hingegen wurden Karrieren, die allein auf Vorteile von Seiten des NS-Staates gesetzt hatten, von der Überwindung des Systems durch die Alliierten gestoppt. Am überlebensfähigsten scheinen Entrepreneurs gewesen zu sein, die unabhängig von politischen Umständen für die jeweiligen Marktgegebenheiten passende Angebote hervorbrachten, während politische Konjunkturen und mit ihnen verbundene Karrieren kamen und gingen.

Die Herausgeber danken den Autorinnen und Autoren für die interessanten Beiträge und Peter Kodera für die Abbildungsrechte für das Werk „Schwierige Balance“. Des Weiteren sei Karl Bachinger, Johannes Koll, Charlotte Natmeßnig und Manfred Zollinger sowie Peter Kisling und Patric Kment für die kompetente Hilfe bei der Produktion des Bandes gedankt.

Wien im August 2013

## **Unternehmer – Wirtschaftspublizist – Friedensforscher Ivan S. Bloch und das frühe 20. Jahrhundert**

Gerhard Senft

Im August 1898 überraschte das russische Herrscherhaus die Regierungen Europas mit einem Abrüstungsvorschlag. In einer Friedensbotschaft thematisierte Zar Nikolaus II. den unproduktiven Einsatz von Militärgütern und die mit der Rüstungspolitik für alle Staaten verbundenen finanziellen Lasten.<sup>1</sup> Hintergrund dieser Initiative mag der akute Geldmangel Russlands gewesen sein, auch die Vorstellung, bei Expansionsversuchen im ostasiatischen Raum künftig den Rücken frei zu haben, wird eine Rolle gespielt haben. – Russlands Interessenlage zeigte sich ja relativ eindeutig. Doch noch ein anderer Impuls war für die Initiative des zaristischen Regimes maßgebend gewesen. Nikolaus II. war kurz zuvor mit Ivan Blochs Buch über den zukünftigen Krieg konfrontiert worden.<sup>2</sup> Unter Heranziehung umfangreicher statistischer Materialien hatte Bloch gezeigt, dass mit modernsten technischen Mitteln geführte militärische Auseinandersetzungen auf Abnutzungskriege hinauslaufen müssten, die keiner Seite mehr einen Nutzen zu erbringen imstande sein würden und die nicht zuletzt die Gefahr einer grenzüberschreitenden sozialen Katastrophe mit sich brächten. Die Abrüstungsbemühungen um 1900 verliefen schlussendlich im Sande. Blochs Gegner waren nicht nur im Bereich des russischen Militärs zu mächtig. Beachtenswert scheint jedoch: Das Werk Blochs wurde in zahlreiche Sprachen übersetzt und in der Folge international breit diskutiert. Es lieferte die Anstöße zu den Friedenskonferenzen in Haag 1899 und 1907 sowie zu einer Humanisierung militärischer Konflik-

---

1 „Mit dem Kaiser von Russland einverstanden“, in: Der Spiegel, Nr. 47, 21. November 1983, 34–36.

2 Johann von Bloch, Der Krieg. Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung, 6 Bände, Berlin 1899. Die russische Erstausgabe war ein Jahr zuvor erschienen.

te. Mit der Verabschiedung der Haager Landkriegsordnung konnte erstmals eine Reihe verbindlicher Regeln für die Kriegsführung festgelegt werden.<sup>3</sup>

Wer aber war der Mann, der einen Klassiker der Friedensforschung hervorgebracht hatte? Ivan Stanislavovich Bloch<sup>4</sup> kam am 24. August 1836 unter eher kärglichen ostjüdischen Verhältnissen zur Welt.<sup>5</sup> In Warschau startete er mit der Absolvierung eines Bankpraktikums und als einfacher Botenjunge seine berufliche Laufbahn. Im Jahr 1856 übersiedelte er nach St. Petersburg und begann eigenständige wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten.<sup>6</sup> In Russland war im Zuge der nachholenden Industrialisierung nach dem Krimkrieg in vielen Bereichen ein umtriebiger Unternehmertum gefragt. Der Modernisierungsschub in der zweiten Jahrhunderthälfte brachte deutliche Zuwachsraten sowohl im Bereich der Rohstoffproduktion als auch in der verarbeitenden Industrie, etwa im Textilsektor. Das rasche Wachstum wurde vor allem durch die Entwicklung der Eisenbahn gefördert, die nicht nur als Transportsystem, sondern auch im Hinblick auf zahlreiche ökonomische Sekundäreffekte einen gewichtigen Faktor bildete. Zwischen Anfang der 1880er Jahre und 1900 verdoppelte sich in Russland das Schienennetz. Die wirtschaftspolitischen Vorgaben dazu hatte die Regierung geliefert, das Kapital kam zu einem hohen Anteil aus Westeuropa.<sup>7</sup>

Bloch beteiligte sich zunächst als Zulieferer von Baumaterial an der Errichtung der Strecke Warschau – St. Petersburg. In dem Bemühen, sein Tätigkeitsfeld auszuweiten, übernahm er in der Folge die Errichtung der zugehörigen Bahnhofsanlagen. 1862 war die Linie in Betrieb genommen und der Grundstein für ein Wirtschaftsimperium gelegt. Bloch bemühte sich um den Ausbau weiterer Eisenbahnstrecken, wurde Hauptanteilseigner der *Südwestlichen Eisenbahngesellschaft* und bald einer der erfolgreichsten „Eisenbahnbarone“ seiner Zeit. Nun begann die Phase der Diversifizierung seiner Geschäftsfelder. Da ihn die Frage der Finanzierung unterschiedlicher Wirtschaftssektoren beschäftigte, erschien ein Eintritt in das Bankgeschäft nahe-

3 Jost Dülffer, *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Berlin 1981.

4 Auch: Ivan S. Blioch, Johann von Bloch, Jan Bloch, Jean de Bloch.

5 H. R.: Blioch (Bloch), Ivan Stanislavovich. <http://www.jewishencyclopedia.com/articles/3377-blioch-bloch-ivan-stanislavovich> [9. April 2013].

6 Über den wirtschaftlichen Aufstieg Blochs schreibt: Ryszard Kolodziejczyk, Jan Bloch (1836–1902). Pazifist und Verfasser des „Zukunftskrieges“, in: Jacques Bariéty; Antoine Fleury (Hg.), *Mouvements et initiatives de paix dans la politique internationale, 1867–1928*, Bern 1987, 135–152.

7 Ausführlich: Gregory Grossman, *Die Industrialisierung Rußlands und der Sowjetunion*, in: Carlo Cipolla, Knut Borchardt (Hg.), *Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften (Europäische Wirtschaftsgeschichte, Band 4)*, Stuttgart, New York 1977, 403–434.

liegend. Auch bei seinen Investitionen bewies Bloch eine glückliche Hand. Vor allem die Zucker-, Holz- und Papierindustrie erschienen ihm als Ertrag versprechende Branchen. Sein Sachverstand wurde allseits geschätzt, sodass ihm u. a. der Präsidentensessel der Börse in Warschau angeboten wurde.<sup>8</sup>

Nachdem er wesentliche Vorhaben auf Schiene gebracht hatte, verlagerte er seine Interessen in den Bereich der wissenschaftlichen Publizistik. Bloch, der nie ein reguläres Studium abgeschlossen hatte, befasste sich nun mit volkswirtschaftlichen Fragestellungen und erkundete z. B. den Einfluss des Eisenbahnbaus auf die Entwicklung der gesamten Ökonomie eines Landes. Eingehende Studien zur Finanzwirtschaft folgten. Die Grundlagenforschung überließ er einem Statistikbüro, das er eigens zu diesem Zwecke gegründet hatte. Bloch verstand sich als Aufklärer, der auf Vorurteile mit empirischen Fakten antwortet. Um dem verbreiteten Antisemitismus seiner Zeit entgegenzuwirken, verfasste Bloch, der inzwischen zum Katholizismus konvertiert war, eine Untersuchung über die Lage des Judentums im russischen Raum. Der Einstieg in die Friedenspublizistik gelang ihm erst nach und nach. Bloch war zunächst alles andere als pazifistisch orientiert und unterstützte die Politik des imperialistischen Russland, indem er sich im Nachschubwesen engagierte. Sein Zusammenwirken mit hochrangigen Militärs verschaffte ihm jedoch bald die Einsicht, dass diese die Konsequenzen der wirtschaftlichen und technischen Modernisierung für die Kriegsführung nicht erfasst hatten. Nach kleineren Vorstudien zu logistischen und infrastrukturellen Problemen gelangte er zu der Überzeugung, dass eine völlige Neubewertung militärischer Auseinandersetzungen unumgänglich sei.<sup>9</sup> Mit seinem Werk „Der zukünftige Krieg“, das ihn weltweit bekannt machte, leitete Bloch den Übergang vom ethischen Pazifismus eines Leo Tolstoi zum wissenschaftlichen Pazifismus ein.

### **Exkurs: Der moderne Pazifismus**

Erstmals hatte sich der moderne Pazifismus während der Napoleonischen Kriege in den Vereinigten Staaten artikuliert. Im Jahr 1814 veröffentlichte Noah Worcester sein Manifest „A Solemn Review of the Custom of War“.<sup>10</sup>

---

8 Manfred Sapper, Overcoming war. Jan Bloch: Entrepreneur, publicist, pacifist, in: *Ost-europa*, 58. Jg., Heft 8–10, August – Oktober 2008, 303–312. <http://www.eurozine.com/articles/2008-11-26-sapper-en.html#> [9. April 2013].

9 Das Friedenswerk Ivan Blochs ist erfasst in: Peter van Dungen, *A Bibliography of the Pacifist Writings of Jean de Bloch*, London 1977. Peter van Dungen hat den wesentlichen Beitrag zur Wiederentdeckung Blochs geleistet.

10 *A Solemn Review of the Custom of War showing that War is the effect of popular Delusion and proposing a Remedy by Philo Pacificus* (Noah Worcester, „the friend

In der Folge kam es zu pazifistischen Organisationsgründungen und die Friedenspublizistik erlebte einen ersten Aufschwung. Mitte des Jahrhunderts begann der Pazifismus in enger Verbindung mit der Anti-Sklaverei-Bewegung eine internationale Ausrichtung anzunehmen. Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Friedensidee über die USA hinaus spielten namhafte Personen aus dem anarchistischen Spektrum wie Henry David Thoreau.<sup>11</sup> In den 1860er Jahren zeigte sich die amerikanische Friedensbewegung zwar als zu schwach, den Sezessionskrieg zu verhindern, doch die Erfahrungen aus dem Desaster bewogen einflussreiche Denker wie Walt Whitman oder Ralph Waldo Emerson, sich verstärkt der Friedenssache anzunehmen. Unabhängig von der amerikanischen Entwicklung hatte sich mit der „London Peace Society“ bereits 1816 die erste europäische Friedensgesellschaft herausgebildet. Die Keimzelle pazifistischer Vereinigungen auf dem Kontinent entstand 1830 in Genf. Zielrichtung war zu dieser Zeit die Auflösung großer stehender Heere, die Einführung einer zwischenstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit sowie das Vorantreiben der Aufklärungsarbeit über friedenssichernde Maßnahmen.<sup>12</sup>

Eine wachsende Zahl von Kongressen und Zusammenkünften, deren Teilnehmer in der Anfangsphase vor allem aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten kamen, begünstigten die Globalisierung der Friedensidee. Ab Mitte des Jahrhunderts begann sich auch die noch junge Arbeiterbewegung mit Friedensinhalten auseinanderzusetzen. Indem jedoch innerhalb der Arbeiterorganisationen der Antimilitarismus mit sozialen Fragestellungen verknüpft und auch mehr aktionistische Bereitschaft (Streiks, Boykotte) an den Tag gelegt wurde, unterschieden sich die proletarischen Friedensbemühungen vom bürgerlichen „Petitions-Pazifismus“ in wesentlichen Elementen.<sup>13</sup> Der Krimkrieg und der deutsch-französische Krieg bedeuten für die Friedensbewegung wieder herbe Rückschläge. Mit der Weltwirtschaftskrise ab 1873 nahmen die ökonomischen Rivalitäten zwischen den Staaten zu und der Ton in der Außenpolitik wurde spürbar unfreundlicher.

---

of peace“), 11. American Edition, revised by the Author, Boston: stereotyped by Lyman Thurston and Co., published by S. G. Simpkins 1833. Oberlin, Ohio: [www.nonresistance.org](http://www.nonresistance.org) 2007. Vollständig abrufbar im Internet: [http://www.nonresistance.org/docs\\_pdf/A\\_Solemn\\_Review.pdf](http://www.nonresistance.org/docs_pdf/A_Solemn_Review.pdf) [24. Jänner 2013].

11 Henry David Thoreau, *Civil Disobedience/Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat* (1849), zweisprachige Ausgabe, Zürich 2004.

12 Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt/M 1988, 221f.

13 Vgl. dazu: Pierre Ramus, *Der Antimilitarismus als Taktik des Anarchismus* (1908), in: Ders., *Erkenntnis und Befreiung. Konturen einer libertären Sozialverfassung*, Wien 2000, 41–43.

Zeitgleich mit dem verstärkten Säbelrasseln mehrten sich aber auch die friedenspolitischen Anstrengungen auf internationaler Ebene. In Russland trat Leo Tolstoi, der als Offizier im Krimkrieg die Gräueltaten bewaffneter Auseinandersetzungen hautnah miterlebt hatte und der nun als Schriftsteller und Sozialreformer die Rückkehr zu einem einfachen Leben propagierte, als prominenter Friedensaktivist hervor.<sup>14</sup> Am Beginn des letzten Dezenniums des 19. Jahrhunderts existierten überregional tätige Friedensgesellschaften in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Frankreich, in Italien, in Dänemark, in Schweden, in Belgien, in der Schweiz und in den Niederlanden. Der Beginn der Friedensbewegung in der Donau-Monarchie ist mit dem Erscheinen des Buches von Bertha von Suttner „Die Waffen nieder!“ 1889 zu datieren.<sup>15</sup> Auch wenn dem Werk heute eine nur geringe literarische Qualität zugesprochen wird, entwickelte es sich damals – wie die mehrfachen Neuauflagen und die zahlreichen Übersetzungen zeigen – zu einem echten Bestseller. Die von Suttner im Herbst 1891 in Österreich ins Leben gerufene Friedensgesellschaft umfasste zum Zeitpunkt ihrer Gründung bereits an die 2000 Mitglieder.<sup>16</sup> 1892 entstand in Bern das „Internationale Friedensbüro“, Weltfriedenskongresse fanden zu diesem Zeitpunkt bereits in jährlichen Abständen statt. Ebenfalls im Jahr 1892 wurde in Berlin die „Deutsche Friedensgesellschaft“ aus der Taufe gehoben. Einer der wichtigen Vordenker im deutschen Raum war der Jurist Eduard Löwenthal, der 1870 seine Schrift „Der Militarismus als Ursache der Massenverarmung in Europa“ vorgelegt hatte.<sup>17</sup>

Der ökonomische Aspekt im Zusammenhang mit der Kriegsführung wurde auch von Ivan Bloch hervorgehoben. Bloch wurde zu einem wichtigen gedanklichen Anreger für Alfred Hermann Fried, dessen Zeitschrift „Die Friedenswarte“ in Österreich 1899 das von Suttner redigierte Blatt „Die Waffen nieder!“ ablöste. Auch Fried ging es wesentlich um die Herausbildung eines wissenschaftlichen Pazifismus. Er kritisierte die unnütze Aufblähung der Staatshaushalte durch die Rüstungsausgaben und zeigte sich überzeugt, dass die Ausweitung der Handels-, Verkehrs- und Kommunikationsnetze sowie der zunehmende kulturelle Austausch die friedenspolitischen Bemühungen langfristig förderten. Zwischenstaatliche Konflikte sollten nach Fried durch

---

14 Romain Rolland, *Das Leben Tolstois*, Zürich 1994, 55ff.

15 Bertha von Suttner, *Die Waffen nieder!* (1899), Wien 1966.

16 Ausführlich zu Suttner: Beatrix Müller-Kampel, *Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte um 1900. Bertha von Suttner und Pierre Ramus*, in: Dies. (Hg.), *„Krieg ist der Mord auf Kommando.“ Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte. Bertha von Suttner und Pierre Ramus*, Nettersheim, Bremen, Heidelberg 2005, 7–95.

17 Eduard Löwenthal, *Der Militarismus als Ursache der Massenverarmung in Europa und die europäische Union als Mittel zur Überflüssigmachung der stehenden Heere. Ein Mahnruf an alle Freunde bleibenden Friedens und Wohlstandes*, Lütze 1870.

entsprechende Abmachungen und durch den Einsatz von Schiedsgerichten zurückgedrängt werden. Ausführlich legte Fried seine Theorie im „Handbuch der Friedensbewegung“ dar; das Buch erschien zuerst 1905, 1911 folgte eine umgearbeitete, 1913 eine erweiterte Ausgabe.<sup>18</sup>

### **Die Überwindung des Krieges**

Im Rahmen seiner friedenspolitischen Bemühungen ging es Bloch zuallererst darum, den zukünftigen Krieg in seiner „technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung“ fassbar zu machen. Sein 1898 in St. Petersburg erschienenes, mehrere Bände und insgesamt fast 3500 Seiten umfassendes Werk kann ohne Übertreibung als ein Glanzstück empirischer Sozialforschung bezeichnet werden. Den Ausgangspunkt in den Bloch'schen Überlegungen bildeten die technischen und militärischen Entwicklungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Er sammelte Unmengen von Daten, ohne ein Detail auszulassen. Die Zahl der zu produzierenden Uniformknöpfe wurde bei ihm genauso dargestellt wie die Veränderung der Volkseinkommen. Anschaulich bereitete er das Material in Tabellen und Abbildungen auf und schuf so eine exakte Grundlage für die Analyse strategischer und ökonomischer Voraussetzungen künftiger Kriege. Die bis dahin gültigen Formen militärischer Konfliktregelung waren für Bloch passé. Die Exerzierkünste, das geschickte taktische Verhalten im Felde oder die Tapferkeit des einzelnen Soldaten hielt er nicht mehr für entscheidend. Wichtig erschienen ihm volkswirtschaftliche Ziffern, Rohstoffreserven, Erzeugungskapazitäten, Verkehrsverbindungen. Zukünftige große Kriegsereignisse, war sich Bloch nach sorgfältigen Berechnungen sicher, würden ein Kollabieren der involvierten Volkswirtschaften bewirken. Schwere Verzerrungen in der Produktionsstruktur wären die Folge, die Zivilbevölkerung würde nun wesentlich mehr als früher in Mitleidenschaft gezogen werden (schlechte Ernährungslage, Krankheiten, erhöhte Mortalitätsraten). Empörte Zivilisten im Verein mit demoralisierten Soldaten sah Bloch als Gefährdung der innenpolitischen Stabilität. Jeder Sieg unter derartigen Gegebenheiten wäre automatisch ein „verlorener Sieg“.

In seinem 1899 in London erschienen Buch „Is War Now Impossible?“ sollte Bloch hervorheben: „Das Verhältnis der Stärke von Armeen in Kriegzeiten zu ihrer Stärke in Friedenszeiten war in früheren Zeiten ganz anders. Früher wurden Kriege von stehenden Heeren geführt, die hauptsächlich aus

---

18 Alfred Hermann Fried, Handbuch der Friedensbewegung, Wien–Leipzig 1905. Vollständig abrufbar im Internet: <http://archive.org/stream/handbuchderfrie00frie00gog#page/n2/mode/2up> [24. Jänner 2013]. Zu Bloch und Fried: Holl, Pazifismus in Deutschland, 77.

langdienenden Soldaten bestanden. Künftige Heere werden dagegen hauptsächlich aus Soldaten zusammengesetzt sein, die direkt von friedlichen Beschäftigungen abgezogen werden. Unter den älteren Soldaten wird es sehr viele Familienoberhäupter geben, die von ihrem Heim, ihrer Familie und ihrer Arbeit weggerissen werden. Das wirtschaftliche Leben ganzer Völker wird stillstehen, die Kommunikation wird abgeschnitten werden, und wenn sich der Krieg über einen großen Teil eines Jahres zieht, wird ein allgemeiner Bankrott zusammen mit einer Hungersnot und allen ihren schlimmsten Konsequenzen folgen. Um ein Licht auf die Natur eines langen Krieges von allen Seiten zu werfen, genügt militärisches Wissen alleine nicht. Ein Studium und Kenntnisse der ökonomischen Gesetze und Zustände, die in keinem direkten Zusammenhang mit der militärischen Spezialisierung stehen, sind genauso essenziell.

Dieser Frage nachzugehen wird noch schwieriger durch die Tatsache, dass die Führung der militärischen Angelegenheiten den privilegierten Schichten der Gesellschaft übertragen ist. Wenn Nichtspezialisten ihre Meinung bezüglich der Unwahrscheinlichkeit von großen Kriegen in der Zukunft vorbringen, so werden sie von den Autoritäten einfach durch die Erklärung widerlegt, dass Laien keine Ahnung von dem Thema haben. Militärs können nicht zugeben, dass das, was sie tun, in Friedenszeiten unnötig ist. Sie wurden über die Geschichte des Krieges belehrt, und die praktische Tätigkeit entwickelt in ihnen Energie und die Fähigkeit zur Selbstopferung. Trotzdem sind derartige Autoritäten nicht in der Lage, ein vollständiges Bild der Katastrophen eines künftigen Krieges sich auszumalen. Jene radikalen Änderungen, die in der Militärkunst, in der Zusammenstellung der Armeen und in der internationalen Wirtschaft stattgefunden haben, sind so riesig, dass es einer starken Vorstellungskraft bedürfte, um die Konsequenzen des Krieges, sei es auf dem Schlachtfeld oder im Leben der Völker, adäquat darzustellen.

Dennoch kann nicht geleugnet werden, dass die allgemeine Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand immer deutlicher zum Vorschein kommt. Früher erhoben sich nur einzelne Stimmen gegen den Militarismus, und ihr Protest war platonisch. Doch seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sind die Interessen des Heeres enger mit den Interessen der Gesellschaft verschränkt, und die Katastrophen, die unter den modernen Umständen zu erwarten sind, werden von den Menschen besser eingeschätzt.

Es ist daher unmöglich, nicht ein konstantes Anschwellen der antimilitärischen Propaganda vorherzusehen, deren moralische Grundlagen in der Vergangenheit nicht so unumstritten waren, wie sie es heute sind. Zu diesem moralischen Empfinden gesellt sich seit Kurzem ein Bewusstsein darüber, wie komplex die vom Krieg bedrohten Wirtschaftsbeziehungen sind, wie enorm die Mittel der Zerstörung angewachsen sind, wie wenig erfahrenes Führungs-

potenzial es gibt und wie ignorant und wolkig das Denken über das Thema Krieg ist.

All das bringt die Menschen dazu, den Krieg als wahrhaft erschreckend zu sehen. Und wenn sogar schon in der Vergangenheit festgestellt wurde, dass die Gefühle von Völkern mächtiger sind als jede Gewalt, um wie viel mehr so heute, wo in den meisten Staaten die Massen indirekt an der Regierung teilhaben und wo überall starke Tendenzen bestehen, welche die gesamte gesellschaftliche Ordnung gefährden. Um wie viel bedeutender sind heute die Meinungen der Menschen sowohl direkt bezüglich des Systems des Militarismus wie auch in ihrem Einfluss auf den Geist der Armeen selbst!<sup>19</sup>

Für Bloch war damit klar, was zu tun ist: Verabschiedung vom Clausewitz'schen Denken, Installierung von internationalen Schiedsgerichten sowie eines länderübergreifenden Forums zur Rüstungskontrolle.

### **Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts: der Erste Weltkrieg**

Blochs Einschätzungen und seine Warnungen vor den Folgen einer großen militärischen Auseinandersetzung rund anderthalb Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg sind mehr als bemerkenswert. Weitgehende Einigkeit besteht hinsichtlich der Einschätzung, dass Blochs grundsätzlicher Befund über das Wesen des industrialisierten Massenkrieges im 20. Jahrhundert erstaunlich präzise war. Das Buch über den Krieg der Zukunft liest sich als eine erstaunlich genaue Prognose des massenhaften Sterbens auf den Schauplätzen des Ersten Weltkrieges.<sup>20</sup> Daraus ergibt sich jedoch eine berechnete Frage: Waren die Argumente Blochs, immerhin die eines der einflussreichsten Pazifisten Europas, 1914 ungehört verhallt? Durchaus nicht, wird nach eingehender Betrachtung festzustellen sein, zahlreiche Staatsmänner und Militärs hatten sich mit den Thesen Blochs befasst, jedoch ganz eigene, oft falsche Schlüsse daraus abgeleitet. Auf Bloch bezog sich beispielsweise der preußische Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen. Als Antwort auf Blochs gedankliche Verknüpfung von wachsenden militärischen Anforderungen und einem daraus folgenden wirtschaftlichen Zusammenbruch entwickelte er die Idee, dass ein Krieg keinesfalls länger als vierzehn Tage dauern dürfe. Der berühmte Schlieffen-Plan von 1905 sah vor, das deutsche Feldheer im Westen zu konzentrieren, die französischen Truppen unter Verletzung der Grenzen der Benelux-Länder rasch zu eliminieren und zeitgleich im Osten mit einem

---

19 Ivan Stanislavovich Bloch, *Is War now Impossible? Being an Abridgment of „The War of the Future in its Technical, Economic and Political Relations“*, London 1899, 348–350 (Übersetzt ins Deutsche von Gertrude Maurer).

20 Sapper, *Overcoming war*, 6.

Mindestmaß an Kräften eine defensive Strategie einzuschlagen. Im Sommer 1914 scheiterte der Schlieffen-Plan grandios. Der Vormarsch der Deutschen erfolgte tatsächlich rasch, jedoch so rasch, dass sie nicht imstande waren, ihre Versorgungslinien aufrechtzuerhalten.<sup>21</sup>

Zu den Fehleinschätzungen dieser Art kam etwas, das im Rückblick als technologische Verblendung zu bezeichnen sein wird. Die zweite industrielle Revolution um 1900 und die durch sie ausgelöste Innovationsdynamik wurden in den Bereichen des Militärs und der Rüstungswirtschaft als überaus befruchtend wahrgenommen. Im Ersten Weltkrieg, dem ersten bewaffneten Konflikt in industrialisierter Form, kamen Flugzeuge, U-Boote, Panzer und Flammenwerfer zum Einsatz, der Funkverkehr war schon möglich geworden, ebenso die Massenvernichtung auf dem Felde durch den Einsatz von Giftgas. Während der zweiten Flandern-Schlacht, am 26. April 1915, wurden auf einem sechs Kilometer breiten Frontabschnitt bei Ypern von deutscher Seite aus etwa 6000 Behältern an die 100.000 Kilogramm giftiges Gas hinter die feindlichen Linien abgesondert.<sup>22</sup> Die Heeresleitung der Deutschen hatte gehofft, mit einem derartigen Überraschungsangriff die festgefahrene Frontlinie aufzubrechen. Doch die Rechnung ging wegen mangelnder Reserven, die ein sofortiges Nachstoßen verhinderten, nicht auf und schon kurze Zeit später antwortete auch der Gegner mit Giftgas. Der Einsatz von chemischen Kampfstoffen, deren Auswirkungen verheerend waren, blieb aber nicht auf die Westfront beschränkt.<sup>23</sup> In einem regelrechten Wettlauf versuchten die Forschungslabors der kriegsführenden Länder, noch effizientere Massenvernichtungswaffen hervorzubringen. An der starren Frontlinie im Westen vermochten aber auch die großen Materialschlachten des Jahres 1916 nur wenig zu verändern. In monatelangen Kämpfen hofften die Deutschen, die Festung Verdun „weißzubluten“. Allein zwischen Februar und Juli verloren während der heftigen Auseinandersetzungen um wenige Quadratkilometer Boden auf beiden Seiten rund 420.000 überwiegend junge Menschen ihr Leben, weitere 800.000 wurden verwundet.<sup>24</sup> War das nicht genau das, vor dem Bloch gewarnt hatte?

Für blinde Flecken in der Wahrnehmung der Staatsmänner und der hochrangigen Militärs sorgten schließlich die Möglichkeiten des Geldsektors. Blochs Vorhersage, dass länger andauernde militärische Auseinandersetzungen für keinen Staat mehr leistbar seien, wurde gekonnt ignoriert, indem

---

21 Philipp Blom, *Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914*, München 2009, 305.

22 Eberhard Strohal, *Erster Weltkrieg*, Wien 1989, 84.

23 Zum Giftgaseinsatz in Italien: Wolf Dieter Bihl, *Der Erste Weltkrieg 1914–1918*, Wien, Köln, Weimar 2010, 198.

24 Hannes Leidinger; Verena Moritz, *Der Erste Weltkrieg*, Köln, Weimar, Wien 2011, 38.

die monetären Mittel unbeschränkt ausgeweitet wurden. Das Geld erwies sich einmal mehr als das, was Lewis Mumford einmal als das „gefährlichste Halluzinogen des modernen Menschen“<sup>25</sup> bezeichnet hat. Österreich-Ungarn setzte bereits 1914 nach der Sistierung der so genannten Bankakte, die eine seriöse Deckung der umlaufenden Geldmittel vorsah, die Notenpresse in Gang, um so den rasch wachsenden Heeresbedarf finanzieren zu können. Es braucht nicht betont zu werden, dass im Raum der Habsburger-Monarchie bereits 1914 erste inflationäre Tendenzen zu verzeichnen waren. Das Finanzministerium in Großbritannien verzichtete ebenfalls bereits im ersten Kriegsjahr darauf, die Ausgabenpolitik des Heeres und der Flotte einer Kontrolle zu unterwerfen. In der deutschen Heeresführung galt von Anfang an das Prinzip, nach dem Geld keine Rolle spielen dürfe. Karl Helfferich, Finanzminister zwischen 1914 und 1916, sah dies zunächst etwas anders, doch auch er wollte schließlich zu denen gehören, die den Anforderungen aus dem militärischen Bereich stets nachzukommen bereit sind. Im italienischen Generalstab wurde 1914 unmissverständlich formuliert, dass zur Erzeugung des Rüstungsbedarfs eine hohe Produktionsrate erforderlich sei – „koste es, was es wolle“.<sup>26</sup> Premierminister Antonio Salandra gelang es nur kurze Zeit, sich gegen Maßlosigkeiten dieser Art zu Wehr zu setzen.

Das Urteil David Stevensons zu dieser Entwicklung: „Parlamente und Finanzministerien lockerten ihre Aufsicht über die Militärausgaben, weil man anfangs nur mit einem kurzen Krieg rechnete, man verlor aber fast gänzlich die Kontrolle, als sich die lange Dauer des Krieges erwies. In den gewaltigen Trommelfeuern der Westfront lösten sich die Früchte jahrelanger geduldiger Kapitalakkumulation im wahrsten Sinne des Wortes in Rauch auf.“<sup>27</sup> Die durch die abenteuerlichen Formen der Kriegsfinanzierung ausgelösten Geldentwertungen prägten das Bild der Nachkriegszeit bis in die 1920er Jahre. Als Folge der Kriegsfinanzierung waren zwischen 1914 und 1918 aber auch die Schuldenstände einzelner Staaten massiv angewachsen. Der internationale Kapitalmarkt bot sich nach dem Ersten Weltkrieg zerrüttet dar. Die Folgeprobleme förderten die Abschottung der Staaten zueinander und die Isolationspolitik. – Damit war zweifellos ein Grundstein für einen weiteren Krieg gelegt.

Bloch hatte die Probleme eines mit modernsten technischen Mitteln geführten Krieges sehr klar vorhergesehen. Er erkannte die durch die Ansprüche von Armee und Flotte herbeigeführte wirtschaftliche Überforderung des Staates. Er erkannte die besonderen Strapazen, denen der moderne Soldat

---

25 Lewis Mumford, *Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht*, Wien 1974, 528.

26 Zitiert in: David Stevenson, *1914–1918. Der Erste Weltkrieg*, Mannheim 2010, 269.

27 Ebenda, 269.

ausgesetzt ist, und dessen notwendigerweise zunehmende Demotivierung. Er erkannte, dass mit einer Verschlechterung der Versorgungssituation sich auch im Hinterlande die Probleme mehren würden. Tatsächlich entlud sich die wachsende Verbitterung der Bevölkerung in Kundgebungen und Streiks. Im Mai 1916 war es in Wien erstmals zu Hungerkrawallen gekommen.<sup>28</sup> Die Getreideernte in Österreich-Ungarn erbrachte in diesem Jahr nur noch rund die Hälfte des Friedensertrages.<sup>29</sup> Die unerträglichen Bedingungen führten bei immer mehr Menschen einen körperlichen Verfall herbei, Hungerödeme und Krankheiten wie die Tuberkulose oder die Rachitis verbreiteten sich rasant. In Deutschland hatten sich Ende Jänner 1915 erste Nahrungsmittelengpässe bemerkbar gemacht.<sup>30</sup> Die Verteilung von Rationierungsmarken vermochte die Lage nur temporär zu entschärfen. Mitte April 1917 kam es in Berlin, Leipzig und anderen deutschen Großstädten zu „Hungerstreiks“, die zunehmend auch politischen Charakter annahmen.

Alles das, aber auch das Wesen des Stellungskrieges und die Sinnlosigkeit der Opfergänge innerhalb einer überdimensionalen Blutmühle finden sich in Blochs Werk bereits dargestellt. Im Jahr 1901 wurde Ivan Bloch von der *Krakauer Akademie der Wissenschaften* für die Verleihung des Friedensnobelpreises vorgeschlagen. Die Hoffnung auf eine derart hohe Auszeichnung erfüllte sich nicht. Aber Bloch ging es ohnehin mehr um praktische Dinge. Vergleichbar der später, im Jahr 1910, errichteten *Carnegie-Stiftung für Friedenssicherung und Völkerverständigung*<sup>31</sup> begann er mit dem Aufbau eines Stiftungswerkes und regte die Einrichtung eines Friedensmuseums in Luzern an.<sup>32</sup> Für eine dauerhafte Absicherung dieser Projekte reichte seine Lebensspanne aber nicht mehr aus. Ivan Bloch verstarb am 7. Jänner 1902.

---

28 Manfred Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz, Wien, Köln 1997, 325. Stevenson, 1914–1918, 344.

29 Bihl, *Der Erste Weltkrieg*, 124.

30 Die Hungersnot in Deutschland kostete bis Kriegsende rund 700.000 Menschen das Leben. Leidinger, Moritz, *Der Erste Weltkrieg*, 61.

31 Andrew Carnegie, *Geschichte meines Lebens. Vom schottischen Webersohn zum amerikanischen Industriellen*, Zürich 1993. Howard Zinn, *A People's History of the United States*, New York 2005, 311 ff.

32 Peter van Dungen, *The International Museum of War and Peace at Lucerne*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, 31/1981, 185–202.



## **K. u. k. Hof-Schneider: Wien – Karlsbad – Berlin – Paris – Prag – Bad Gastein – New York**

Charlotte Natmeßnig

### **Die Firma Knize**

Spaziert man heute über den Graben und legt bei Nummer 13 einen Halt ein, sieht man die vornehm gestaltete Fassade eines Geschäftes. Man käme, so man nicht mit der Geschichte von Wiener Institutionen vertraut ist, nicht auf die Idee, vor einem der ältesten und renommiertesten Schneidersalons der Wiener Innenstadt zu stehen. Doch spätestens wenn man die knarrende, relativ eng gewundene Holzterrasse in den ersten Stock hinaufgeht, ist die Hektik der Straße vergessen, und es umfängt einen die stille und unaufdringliche Eleganz, wie sie wohl noch in den Clubs Londons, aber kaum mehr noch wo anders in Wien zu finden ist. Man geht vorbei an Vitrinen, in denen, nach Farben sortiert, wunderbar weich anmutende Kaschmirpullover liegen, bemerkt aber auch die unter einem Spiegel in einem Gestell angeordneten Spazierstöcke mit Silberknäufen, biegt um ein Eck und betritt den ersten von zwei aufeinanderfolgenden Salons. Salon mag altmodisch und nach den bisweilen gerühmten guten alten Zeiten klingen, jedoch das Ambiente, das einen umfängt, vermittelt jenen Hauch von Vergangenheit, dessen man nur noch ganz selten gewahr wird. Man ist in einem von Adolf Loos gestaltetem Juwel des Jugendstils gelandet. Es versteht sich beinahe von selbst, dass man nicht einmal die Schritte der herannahenden Verkäuferin/des Verkäufers hört, da diese vom grünen Teppichboden und den darauf liegenden Perserteppichen geschluckt werden. Die von den Räumen ausgehende Atmosphäre lässt sofort die Hektik des geschäftlichen Treibens auf dem Graben vergessen, in die man soeben noch eingefangen war. Die ersten Eindrücke einer grün-braunen Farbkombination vertiefen sich: Das Grün des Bodens, aufgelockert durch die bunten Teppiche – kontrastiert bzw. ergänzt die in warmem Braun gehaltenen Holzvertäfelungen, die bis in eine Höhe von zwei Metern reichen und sich auf der linken Seite der beiden Räume aufgelockert in Form von

Emporen aus Holz fortsetzen. Es ist eine andere Welt, die einen umfängt, und im Grunde freut man sich, dass sich der erste Gesprächstermin mit dem Besitzer verschiebt, weil dieser die offenbar letzte Anprobe des Fracks durchführen muss, den sein Kunde für den Besuch eines der großen Wiener Bälle bestellt hat. Man beobachtet so unauffällig wie möglich das entspannt wirkende Treiben und versucht immer wieder einen Blick „hinter die Kulissen“ zu werfen, in den Anproberaum, der unter der Empore hinter einer Wandkonstruktion liegt, die teils aus Holz, teils aus von innen mit grünen Seidenstoffen abgedeckten Glasziegeln besteht. Hose und Frackhemd scheinen zur Zufriedenheit beider ausgefallen zu sein, auch die Jacke, die noch keine Ärmel eingenäht hat, scheint zu passen; die Ärmel werden kurz darauf eingesetzt. Genug des Spionierens, es wird die Sitzecke mit den gediegenen Fauteuils verlassen, man registriert auf dem Weg in den nächsten Raum das sich vis à vis vom Anproberaum in die Ecke schmiegende Rund – beim zweiten Besuch erfährt man, dass sich früher hier die Kassa befand – und wird auf die viereckige Deckenöffnung aufmerksam gemacht, die einmal den Kassabereich mit dem sich auf der Empore befindenden Büro verband. Hatten den ersten Raum Vitrinen, Spiegel und drei Darstellungen englischer und französischer Livreen (Uniformen und Mäntel) beherrscht, so sticht nunmehr das bis an die Decke reichende Regal ins Auge. Dessen eine Hälfte ist prall gefüllt mit den verschiedensten Stoffen, auf der anderen Seite finden sich neben Hutschachteln, die die Aufschrift Borsalino tragen, Hüte in allen möglichen Varianten. Ein Mitarbeiter steht davor, zieht immer wieder einen Ballen heraus, legt ihn auf den wuchtigen Tisch vor ihm, vermisst den Stoff und trägt die Maße in eine Liste ein. Die bunten Stoffballen scheinen im Wettstreit mit den vielen an den Wänden affichierten Auszeichnungen zu stehen, die verkünden, dass die Firma C. M. Frank zum Hoflieferanten verschiedener europäischer Königshöfe ernannt wurde. Man fragt sich, warum sich an den Wänden so viele Auszeichnungen eines offenbar sehr erfolgreichen Konkurrenten finden, aber nur wenige, in einem Bild gerahmte Medaillen vom Erfolg Knizes erzählen? Schon im ersten Gespräch mit Rudolf Niedersüß, dem nunmehrigen Besitzer der Firma Knize – beim zweiten Gesprächstermin bekommt man auch noch Gelegenheit, das Herz der Firma, das völlig in Holz getäfelte Büro zu sehen, das von einem alten grünen Safe der Firma Wertheim und dem vor dem auf den Graben führenden Fenster stehenden Schreibtisch dominiert wird – erfährt man aber, dass der ehemalige Konkurrent C.M. Frank und Knize historische Weggefährten waren. Damit sind wir bereits mitten in der wechselvollen Geschichte des Unternehmens, die im Folgenden näher beleuchtet werden soll.

### Knize auf Wanderschaft

„Knize, Schneidermeister für Civil und Militär zeigt hiermit höflichst an, daß er das seit vielen Jahren bestehende Geschäft des J. Einsle, Stadt, Spenglergasse 477, im Bazar übernommen und durch elegante billige und moderne Arbeit die Kunden seines Vorgängers zu erhalten suchen wird; er hält stets ein großes Warenlager von Herrenkleidern jeder Saison.“<sup>1</sup> Diese am 6. November 1858 erfolgte Ankündigung des Schneidermeisters Josef Knize markiert die Geburtsstunde in der nunmehr über 150jährigen Geschichte des gleichnamigen Unternehmens.<sup>2</sup> Josef Knize, der sich zu diesem Zeitpunkt bereits zehn Jahre in Wien aufhielt<sup>3</sup>, stammte aus Cernisto, einem kleinen Ort in Böhmen und wies einen bäuerlichen Hintergrund auf, war aber nicht jüdischer Herkunft, wie oftmals angenommen wird.<sup>4</sup> Er betrieb sein Schneidermachergewerbe bis Ende der 1870er Jahre an dieser Adresse. Die Spenglergasse wurde allerdings ab 1862 in Tuchlauben umbenannt und führte vom Graben bis Tuchlauben 8; die neue Adresse lautete daher bis 1879 Tuchlauben 7.<sup>5</sup> Danach verlegte er das Geschäft an den neuen Standort Am Hof 3. Nicht ganz so sesshaft erweist sich Knize mit seinem Wohnsitz, den er in den

- 1 Zitiert bei Ingrid Haslinger, *Kunde : Kaiser. Die Geschichte der ehemaligen K. u. K. Hoflieferanten*, Wien 1996, 74. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die in diesem Zitat angegebene Adresse nicht mit den Angaben im „Lehmann“ übereinstimmt. Im ersten Band des von Adolf Lehmann herausgegebenen und 1859 erschienenen Bandes des Wiener Adressbuchs, das ständig erweitert wurde, findet sich weder zu J. Einsle noch zu Josef Knize eine Geschäftsadresse, sondern nur ihre Wohnadressen: Einsle: Stadt, Jordangasse 403, Knize: Rotheturmstraße 723. Erst ein Jahr später ist die Geschäftsadresse von Josef Knize im Adressbuch angegeben, allerdings noch unter der bis 1857 geltenden Schreibweise, Spänglergasse 427, mit dem Zusatz im Bazar. Adolf Lehmann, *Wien Allgemeiner Wohnungs-Anzeiger und vollständiges Gewerbe-Adreßbuch der k.k. Haupt- und Residenzstadt Wien und dessen Umgebung*, Bde. 1859 und 1860. Zum Bazar war nach einem Durchgang mit Geschäftsläden benannt. Er befand sich im 1838 bis 1840 erbauten Seitzerhof – heute Tuchlaubenhof – und umfasste Tuchlauben 7a, Seitzergasse 6 und Steindlgasse 1. Felix Czeike, *Historisches Lexikon der Stadt Wien*, Bd. 1: A – Da., Wien 1992, 292.
- 2 Auf dieses Inserat bezieht sich auch Vilma Anderl, *Der Ausstatter Knize am Graben. Eine Wiener Institution*, in: *Textil-Wirtschaft*, Nr. 7 vom 12. Februar 1987, 82, aber auch im historischen Überblick in der aus Anlass des 150jährigen Bestehens herausgegebenen *Pressemappe Knize 150* wird darauf Bezug genommen.
- 3 Haslinger, *Kunde : Kaiser* 74.
- 4 Auch in der *Pressemappe Knize 150* findet sich die Erwähnung, dass Josef Knize jüdischer Herkunft gewesen sei. Information Georg Gaugusch vom 13. Juni 2013, dem ich an dieser Stelle sehr herzlich für die ausführlichen Gespräche danke. Siehe auch Georg Gaugusch, *Wer einmal war. Das jüdische Großbürgertum Wiens. 1830–1938*, A – K, Wien 2011.
- 5 Lehmann, 1860, 1861, 1864; Czeike, *Historisches Lexikon*, Bd. 5: Ru – Z, 263.

ersten Jahren nach der Eröffnung seines Betriebs mehrmals wechselte, und sich damit innerhalb der Inneren Stadt auf Wanderschaft begab. 1859 finden wir Josef Kniže in der Rotheturmstraße {sic!} 723, schon ein Jahr später ist er für die nächsten drei Jahre in der Schultergasse wohnhaft, die später in Jordangasse umbenannt wurde und sich im Judenviertel befand.<sup>6</sup> Auch hier scheint es ihn nicht lange gehalten zu haben, für das Jahr 1863/64 verlegt er seinen Wohnsitz auf den Judenplatz 1, von wo er im darauffolgenden Jahr weiter in die Teinfaltstraße 15 wandert. Knižes Suche nach einer geeigneten Bleibe hatte 1870 an der Adresse Tuchlauben 6 ganz offensichtlich ihr Ende gefunden, in unmittelbarer Nähe zu seinem Geschäft, das sich ab diesem Jahr nicht mehr unter der Rubrik Schneider, sondern unter der Bezeichnung J. Kniže Herrenkleider-Magazin unter jener der Kleider-Magazine<sup>7</sup> im Handels- und Gewerbe-Adressbuch im Lehmann findet.<sup>8</sup> Zu dieser Zeit dürfte Josef Kniže wohl einen Partner in sein bis dahin als Einzelfirma geführtes Geschäft aufgenommen haben, da unter der Geschäftsadresse Tuchlauben 7 auch der Schneidermeister L. Ruzitska im Lehmann verzeichnet ist und die Firma in den Jahren von 1871 bis 1874 im Branchenverzeichnis unter der Bezeichnung J. Kniže & L. Ruzitska firmiert.<sup>9</sup> Es ist anzunehmen, dass die Partnerschaft mit Ruzitska auf die steigende Auftragslage zurückzuführen war, als sich erste Erfolge einstellten und Kniže 1873 anlässlich der Wiener Weltausstellung mit der „Fortschrittsmedaille“ ausgezeichnet wurde; ein Jahr später wurde ihm das Privileg erteilt, den Titel ottomanischer und persischer Hofschneider zu führen.<sup>10</sup> Aus welchem Grund Ruzitska die Partnerschaft verließ, konnte nicht eruiert werden. Da er jedoch ab 1875 nicht mehr im Lehmann aufscheint, ist zu vermuten, dass er entweder aus Wien weg gezogen oder verstorben ist. Josef Knižes nächster Partner war sein Sohn, der nach dem Ende seiner Ausbildung im Jahr 1875 in das Unternehmen seines Vaters einstieg, das nunmehr im Branchenverzeichnis unter J. Kniže & Sohn aufschien. Die Generationen übergreifende Zusammenarbeit sollte jedoch

6 Czeike, Historisches Lexikon, Bd. 3: Ha – La, 376.

7 Es ist interessant zu beobachten, wie sich im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Berufssparte Schneider immer weiter differenziert: Gab es zu Beginn der 1860er Jahre noch keinerlei Unterschiede, so taucht ab 1870 erstmals die Rubrik Kleider-Magazine für Herrenbekleidung auf, ab den 1880er Jahren gesellt sich noch der Begriff Kleiderverfertiger hinzu, der um die Jahrhundertwende von den Kleidersalons abgelöst wird.

8 Lehmann 1870, Handels- und Gewerbe- und Adreßbuch. Nachweis der Geschäfts- und Gewerbetreibenden, nach Geschäften und Gewerben.

9 Da die Firma zum damaligen Zeitpunkt noch nicht als eine protokollierte Firma im Handelsregister eingetragen war, konnte nicht nachvollzogen werden, um welche Art von Partnerschaft es sich in diesem Fall handelte.

10 Haslinger, Kunde : Kaiser, 74.

nur wenige Jahre dauern, da Josef Kniže sen. bereits am 27. Jänner 1880 im Alter von 58 Jahren<sup>11</sup> verstarb, kurz nachdem die Firma an die Adresse Am Hof 3 übersiedelt war.<sup>12</sup> Josef Knižes jun. enge Zusammenarbeit mit seinem Geschäftsführer Johann Kalina fand nur zwei Jahre nach dem Tod seines Vaters kurzfristig ihren Niederschlag in der Firmenbezeichnung Kniže & Kalina und unter dieser Bezeichnung Eingang in das Branchenverzeichnis. Die Historikerin Ingrid Haslinger berichtet, dass beide sehr bald in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, für die zwei Gründe angeführt wurden: Zum einen soll die Verpflichtung, den Erbteil seiner Geschwister – Josef hatte nachweislich eine Schwester<sup>13</sup> – in bar abzulösen, Grund für die finanzielle Misere gewesen sein, zum anderen soll Kniže aufgrund des Verschuldens von Kalina gezwungen gewesen sein, mit seinen Gläubigern einen Ausgleich zu finden, von denen er wiederum gedrängt worden war, das Gesellschaftsverhältnis mit diesem zu lösen.<sup>14</sup> Schon ein Jahr später dürfte er in Albert Wolff einen neuen, „stillen“ Compagnon, gefunden haben, der jedoch vorerst nirgendwo aufschien. Jedoch scheint Knižes Geschäft 1883 im Lehmann erstmals im Verzeichnis protokollierter Firmen – allerdings ohne Angabe der Protokollierungsnummer – auf und findet sich auch im Namensverzeichnis nunmehr unter Kniže & Comp., Inh. Josef Kniže.<sup>15</sup> Da sich Albert Wolffs Engagement am Unternehmen ganz offenbar rentierte und zu einem erneuten Aufschwung der Firma führte, stellten Josef Kniže und Albert Wolff ihre Zusammenarbeit auf eine neue Basis: Die Firma wurde in eine öffentliche Gesellschaft umgewandelt, in der beide ab dem 7. August 1885 zeichnungsberechtigt waren.<sup>16</sup>

Nur drei Jahre später starb Josef Kniže am 13. März 1888 im Alter 37 Jahren an Tuberkulose<sup>17</sup>; noch ein Jahr vorher hatte ihn der Schah von Persien mit der Verleihung des Sonnen- und Löwenordens ausgezeichnet. Im Todesjahr Knižes erfolgte nunmehr – zwei Jahre zuvor war das Ansuchen noch abgelehnt worden – auch die Genehmigung, den Hoftitel „Hof-Schneider“ – zu führen.<sup>18</sup> Wenige Wochen vor Knižes Tod kam es erneut zu einem Wech-

---

11 Information Georg Gaugusch.

12 Lehmann 1880.

13 Information Georg Gaugusch.

14 Haslinger, Kunde : Kaiser, 74.

15 In den Akten des Handelsgerichts im Wiener Stadt- und Landesarchiv – HRA 5105 – findet sich kein Nachweis über die Protokollierung der Firma. Der erste Nachweis über die Firma Kniže in den Registerakten des Wiener Handelsgerichtes datiert aus dem Jahr 1888. Siehe Wiener Stadt- und Landesarchiv (WSLA) Registerakten, HRA 5105.

16 Ebenda, Schreiben Josef Kniže und Albert Wolff an das k.k. Handelsgericht März 1888 (ohne genaues Datum); Lehmann 1885.

17 Information Georg Gaugusch.

18 In der Literatur findet sich immer wieder die Anmerkung, Kniže sei Hoflieferant gewesen. Dies war aber nicht der Fall, sondern er war immer Hofschneider. So kann man

sel im Status der Firma, da sich Albert Wolff nun offenbar zur Gänze eingekauft hatte. Hatten die beiden Partner noch im Februar 1888 den Antrag auf Löschung der seit 1885 im Handelsregister als offene Handelsgesellschaft protokollierten Firma gestellt, widerriefen sie knapp vor Knižes Tod dieses Ansuchen und beantragten erneut, mit dem Hinweis das Kleidermachergerwerbe weiter betreiben zu wollen, die Eintragung von Kniže & Comp. in das Register von Gesellschaftsfirmen. Die Firma wurde nunmehr als eine offene Gesellschaft eingetragen, die allerdings nur noch Albert Wolff allein zu zeichnen berechtigt war.<sup>19</sup> Es ist anzunehmen, dass zum einen die schwere Erkrankung Kniže bewog, seine Firma zur Gänze an Albert Wolff zu übertragen. Zum anderen mag auch eine Rolle gespielt haben, dass er eine minderjährige Tochter hatte, die er abgesichert wissen wollte.<sup>20</sup> Auch die Tatsache, dass Josef Kniže erst im Rahmen des Nachlassverfahrens nach Albert Wolffs Tod im Jahr 1902 als Gesellschafter der Firma Kniže & Comp. im Handelsregister gelöscht wurde, könnte auf spezielle Bestimmungen in der Nachlassabhandlung zurückzuführen sein. Ehe der Antrag auf Löschung Josef Knižes als Gesellschafter der Firma gestellt werden konnte, mussten seine inzwischen wieder verheiratete Witwe Caroline als Vormund und deren zweiter Mann Gustav Hüttemann als Mitvormund für die noch minderjährige Rosa Kniže ihr ausdrückliches Einverständnis geben, dass Wolffs Erben den Geschäftsbetrieb weiterführen könnten.<sup>21</sup> Im Zusammenhang mit Albert Wolffs Einkauf in die Firma Kniže & Comp. und deren Übernahme zieht sich ein hartnäckiges Gerücht wie ein roter Faden durch die Literatur, jedoch ist heute nicht mehr auszumachen, wer diesen roten Faden zu entrollen begann. Wolff, der Bankier aus Deutschland, Wolff der reiche Sohn eines deutschen jüdischen Bankiers habe mit seiner Frau Gisela gemeinsam das Unternehmen gekauft. Richtig hingegen ist, dass der im Jahr 1855 geborene Albert Wolff wohl jüdischer Herkunft war und aus Neumark bei Stettin/Pommern

---

auf einer Fotografie des von Adolf Loos gestalteten Geschäftsportals (1910–1913) nicht nur die verschiedenen Wappen erkennen, sondern auch unter dem Namen KNIŽE „Kaiserl. u. Königl. Hofschneider“ lesen. Siehe, Haslinger, *Kunde : Kaiser*, 75.

19 WSLA, HRA 5105, Schreiben Josef Kniže und Albert Wolff an das k.k. Handelsgericht März 1888 (ohne genaues Datum); Lehmann 1889.

20 Im Wiener Stadt – und Landesarchiv finden sich zur Nachlassabhandlung nach Josef Kniže im Buch für 1890 folgende Eintragungen: Kniže {sic!} Josef m. Rosa, Abhdg.; 37009 (Protokollzahl der Eingabe) und: D Iv 1890/1144 (Registraturact.), der entsprechende Akt selbst ist im Archiv nicht auffindbar – auf dem Bestellzettel fand sich zusätzlich die Bemerkung: „Übergeben an BZG. Inn. St. II.“

21 WSLA, HRA 5105, Schreiben Elbogen an k.k. Handelsgericht, ohne Datum, eingelangt am 22. 7. 1902; in diesem Ansuchen, das auch Josef Knižes Witwe unterschrieb, bestätigte der Prager Advokat Dr. Casanova die Echtheit der Unterschrift. Tagsatzungsprotokoll vom 11. August 1902.

stammte, einem kleinen Ort mit nur 520 Einwohnern, aber wie sein Vater war auch er Kaufmann, ehe er in Wien ansässig wurde und sich hier der Herrenschniderei zuwandte. In den Matriken der Israelitischen Kultusgemeinde Wien wird anlässlich der Hochzeit von Albert Wolff mit Gisela Steiner, Tochter aus der für die Erzeugung von Kunstblumen bekannten Fabrikantenfamilie, am 23. Mai 1886 sowohl beim Vater Wolff Wolff, der als Beistand für seinen Sohn fungierte, als auch bei Albert als Beruf Kaufmann angeführt.<sup>22</sup> Seine Frau war offiziell nicht am Kauf der Firma beteiligt, sie gewährte aber dem Unternehmen fünf Jahre danach, als dieses offenbar einen finanziellen Engpass zu gewärtigen hatte, ein Darlehen in der Höhe von 24.000 Kronen in bar, die Teil ihrer Mitgift gewesen waren und war somit ab diesem Zeitpunkt de facto stille Gesellschafterin des Geschäftes.<sup>23</sup> Albert Wolff scheint großes Talent für Marketing gehabt zu haben – ab 1896 ließ er erstmals im Branchenverzeichnis ein eigens gestaltetes Inserat setzen, das sich unter anderem auch wegen seiner Größe von jenen der anderen Gewerbetreibenden abhob. In einem dunklen Rahmen dominiert das kaiserliche Wappen, darüber ist der Name gesetzt, neben dem Wappen steht links k.u.k. und rechts davon Hof und darunter Schneider mit Adresse und den Verweisen auf die anderen Hof titel.<sup>24</sup>

### **Knize in Frauenhand**

Die im Jahr 1865 geborene Gisela Wolff stammte, wie oben bereits erwähnt, aus der Fabrikantenfamilie Steiner, die für die Kunstblumenerzeugung bekannt war. Ihre Mutter, Katharina Steiner war eine der ersten Bauherrinnen von Adolf Loos, der mit der Umgestaltung des Geschäftslokals am Bauernmarkt 16 beauftragt wurde. Die Familie selbst stammte aus Preßburg und war seit 1848 in Wien ansässig, wo Sigmund Steiner, Gisela Wolffs Vater, mit der Erzeugung von Kunstblumen und Schmuckfedern begonnen hatte.<sup>25</sup> Noch ehe Albert Wolff Ende des Jahres 1898 seiner Frau Gisela die Prokura über-

22 Information Georg Gaugusch. Siehe beispielsweise: Pressemappe, Knize 150; Am Graben 13. Knize – New York – Paris – Bad Gastein. Auch heute noch die erste Adresse für den Wiener Gentleman, in: [www.austrianfashion.net](http://www.austrianfashion.net) [6.6.2013]; Knize. Geschichte der Firma, in: [www.knize.de/history](http://www.knize.de/history). [6.6.2013] In diesem kurzem Abschnitt finden sich abgesehen vom „Bankier“ Albert Wolff noch weitere falsche Angaben: Wolff „erwarb“ auch nicht erst 1902, im Jahr seines Todes, die Firma, sondern beteiligte sich bereits in den 1880er Jahren an dieser.

23 WSLA, Verlassenschaften 1898–1932/1902, (Nachlassabhandlung) Albert Wolff; Beilage zu Hauptinventar, Bilanz vom 20. Mai 1902 erstellt vom Buchsachverständigen Carl Aichinger.

24 Lehmann 1896.

25 Information Georg Gaugusch.

trug und diese ab diesem Zeitpunkt die Führung des Geschäftes übernahm,<sup>26</sup> hatte der k. u. k. Hofschneider Wolff im Jahr 1895 sowohl Wohnung als auch Knize & Comp. auf den Graben 13 verlegt,<sup>27</sup> die Adresse, an der sich das Geschäft noch heute befindet. Knize & Comp., mittlerweile bereits seit zehn Jahren zum k. u. k. Hofschneider avanciert, hatte erfolgreich die englische Sportbekleidung vom österreichischen Markt verdrängt und den Beschäftigtenstand konstant erhöht: In den Werkstätten arbeiteten mehr als 15 Gehilfen, zwei Zuschneider übertrugen die Maße auf die Stoffe und schnitten sie zu und einige Stückmeister arbeiteten außer Haus im Verlagswesen.<sup>28</sup> Gisela Wolff war erst knapp drei Monate Geschäftsführerin, als ihr Mann Albert, der zu diesem Zeitpunkt bereits als unheilbar kranker Patient in die Privatheilstation Dr. Svetlins, Leonhardgasse 1–5 (Svetlinsche Nervenheilanstalt) eingewiesen war, am 14. März 1899 wegen des von mehreren Gerichtsärzten „gerichtlich erhobenen Blödsinnes“ unter „Curatel“ gestellt und der Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Friedrich Elbogen zu seinem „definitiven Curator“ (Sachwalter) bestellt wurde.<sup>29</sup> Albert Wolff lebte noch drei Jahre in der Svetlinschen Nervenheilanstalt<sup>30</sup>, wo er am 22. Jänner 1902 im Alter von nur 47 Jahren an einer chronischen „Entzündung der Gehirnhäute“ verstarb.<sup>31</sup> Sein früher Tod machte seine Frau Gisela knapp nach ihrem 36. Geburtstag zur Witwe und die vier noch minderjährigen Kinder zu Halbweisen.<sup>32</sup> Da Albert Wolff kein Testament gemacht hatte, wurde im Frühjahr 1902 die Nachlassabhandlung eröffnet, die insgesamt mehr als zwei Jahre dauern sollte. In dieser Zeit war es Gisela Wolff vom Handelsgericht nach Zustimmung des Bezirksgerichtes Wien

26 WLSA, HRA 5105, Ansuchen Albert Wolff an das k.k. Handelsgericht, 13. Dezember 1898.

27 Lehmann 1895.

28 Das Privileg, den Hofstitel zu führen, wurde erteilt als Wolff bereits Alleininhaber war. Haslinger, Kunde : Kaiser, 74.

29 WLSA, HRA 5105, Curatel des Albert Wolf {sic!}, vom 21. April 1899. Gleichzeitig wurde das k.k. Bezirksgericht Wien Innere Stadt als Vormundschaftsbehörde für die vier minderjährigen Kinder bestellt.

30 Anlässlich der Bilanzerstellung wurde festgestellt, dass die auf das Konto der für den Hausbedarf entnommenen Beträge in den Jahren von 1898 bis 1901 mit insgesamt 40.470 K auffallend hoch waren und daher genau geprüft wurden. Allerdings war abgesehen von den Kosten für die Kinder der Großteil für die Unterbringung von Albert Wolff in der Privatheilstation und dessen Krankenkosten aufgewendet worden, die aber nicht ausgereicht hätten, wenn nicht ein Onkel von Albert Wolff einen Teil der Kosten übernommen hätte. WLSA, Nachlassabhandlung Albert Wolff, Theil-Inventar, aufgenommen am 7. Februar 1902 sowie Bericht des Buchsachverständigen Carl Aichinger zur von ihm am 20. Mai erstellten Bilanz

31 Information Georg Gaugusch.

32 Susanne, (\*19.1.1888), Fritz (\*26.7.1890), Auguste (\*9.7.1892) und Anna (\*15.11.1897) WLSA, Nachlassabhandlung Albert Wolff, Vormundschaftssache Wolffscher Kinder.

Innere Stadt als Vormundschaftsbehörde gestattet, als „Mutter und Vormunderin während der Verlassenschaftsabhandlung das Geschäft für Rechnung der Verlassenschaft“ fortzuführen und zu zeichnen.<sup>33</sup> Das Vormundschaftsgericht ordnete die Inventarisierung des Geschäfts- und Privatvermögens sowie die Erstellung einer Bilanz zum Todestag an. Da Gisela Wolff auf das ihr gesetzlich zustehende Fruchtgenussrecht verzichtete, setzte das Gericht die vier minderjährigen Kinder als Alleinerben ein, die sowohl das Geschäft als auch das Privatvermögen zu je einem Viertel erben. Nicht in den Nachlass einbezogen wurde die Geschäftseinrichtung, die zur Gänze Gisela Wolff gehörte, lediglich die von ihr getätigten Neuanschaffungen im Zuge der Renovierung und Modernisierung des Geschäftes in der Höhe von 4000 Kronen wurden sowohl bei der Inventarisierung als auch der Erstellung der Bilanz erfasst. Der Grund dafür war, dass Gisela Wolff für die Finanzierung der notwendig gewordenen Renovierung und Modernisierung einen Vorschuss auf die Lebensversicherungspolizze ihres Mannes in Anspruch genommen hatte.<sup>34</sup> Der vom Gerichtskommissär Dr. Rudolf Winterhalder im Juni 1902 erstellte Nachlass belief sich auf insgesamt 99.266,12 Kronen (ca. 665.100 €)<sup>35</sup> und setzte sich aus dem Geschäfts- und dem Privatvermögen zusammen, das im Wesentlichen aus verschiedenen Schmuckgegenständen bestand und mit 502 Kronen (ca. 3.364€) bewertet worden war.<sup>36</sup> Im sogenannten „Hauptinventar“ wurden auch die verschiedenen Versicherungspolizzen angeführt, die einen Gesamtwert von 75.159 Kronen (503.565,3 €) repräsentierten. Davon wurden allerdings nur jene zwei Versicherungspolizzen im Wert von 29.327 K (196.490 €), abzüglich der Gebühren für die Einlösung, für den Nachlass relevant. Gisela Wolff hatte, da die Polizze auf Überbringer lautete und bereits mit 3.100 Kronen belehnt gewesen war, den Restbetrag von 6.959 Kronen erhalten. Die zweite Versicherungspolizze war von Albert Wolffs Kurator nach dessen Tod eingelöst worden, und dieser hatte den ihm ausgehändigten Betrag von 19.368

---

33 WSLA, HRA 5105, Tagsatzungsprotokoll vom 15. September 1902. Der ehemalige Sachwalter von Albert Wolff Dr. Fritz Elbogen vertrat als Mitvormund die Interessen der minderjährigen Kinder vor Gericht.

34 Ebenda, Nachlassabhandlung Albert Wolff, Theil-Inventar, aufgenommen am 7. Februar 1902 sowie Bericht des Buchsachverständigen Carl Aichinger zur von ihm am 20. Mai 1902 erstellten Bilanz.

35 An dieser Stelle geht mein Dank an Andreas Resch, der mich bei den Kalkulationen unterstützte, um den heutigen Wert der Summen angeben zu können. Die Berechnungen erfolgten unter Heranziehung der Verbraucherpreisindices des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. der Statistik Austria und können nur als ungefähre illustrative Angaben gesehen werden.

36 Winterhalder stützte sich dabei auf den Bericht des Buchsachverständigen Carl Aichinger, der einen Monat zuvor fertig gestellt worden war. Ebenda, Hauptinventar.

K in Rudolfsbahnprioritäten weiter veranlagt.<sup>37</sup> Die Schwierigkeiten für den Verlauf und die Verzögerung der Abhandlung des Nachlasses ergaben sich zum einen aufgrund der Bewertung der Kapitaleinlage von Gisela Wolff bei der Erstellung der verschiedenen Bilanzen. Für die Erstellung der ersten Bilanz hatte das Todesdatum Albert Wolffs gegolten, bei der zweiten Bilanz war das Geschäftsergebnis des Jahres 1902 relevant. Diese zeigte auch eine relativ starke Verminderung des reinen Geschäftsvermögens und verdeutlichte, dass Gisela Wolff aufgrund der hohen Bewertung ihrer Kapitaleinlage zur Hauptgläubigerin des Geschäftes geworden war. Die ursprüngliche Kapitaleinlage inklusive der Zinsen war in der ersten Bilanz mit 27.800,94 K (186.266, 29 €) ausgewiesen und per 31. Dezember 1902 um 13.294 Kronen auf 41.094 Kronen angewachsen. Dies war einerseits darauf zurückzuführen, dass die Restsumme von 6.859 Kronen aus der Lebensversicherung ihres Mannes nicht dem Geschäftsvermögen, sondern fälschlicherweise ihrer Beteiligung am Geschäft gut geschrieben worden war, andererseits hatte sie von ihrer Mutter, Katharina Steiner, finanzielle Unterstützung für den Betrieb des Geschäftes bekommen, die sich zusätzlich in der Erhöhung ihrer Einlage niederschlug. Katharina Steiner hatte in diesem Jahr aber auch der Firma Knize & Comp. einen zinsfreien Kredit in der Höhe von 7.982 Kronen gewährt. Zudem hatte sich im Jahr 1902 der Geschäftsverlauf selbst als schwierig erwiesen, was zu einem Anstieg der Creditoren von über 13.000 Kronen führte und sich dementsprechend in der Bewertung des Geschäftsvermögens niederschlug.<sup>38</sup> Die Erstellung der Bilanz mit 1. Jänner 1902 hatte in Summe noch 115.500 Kronen auf der Aktivseite gegenüber 112.574 auf der Passivseite ausgewiesen und somit 2.925 Kronen (19.597 €) „Reinvermögen“ ergeben. Da im Laufe des folgenden Jahres sowohl die Debitoren als auch der Kassastand einen Rückgang verzeichnete, auf der Passivseite aber ein Anstieg der Creditoren sowie das zinsfreie Darlehen von Gisela Wolffs Mutter zum Tragen kam, war das Reinvermögen des bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Erbteilungsausweises im Oktober 1903 auf 732,61 Kronen (4.908 €) gesunken. Zu dieser Summe kam das Privatvermögen von Albert Wolff in der Höhe von 10.461 Kronen hinzu, so dass jedem der vier minderjährigen Kinder aus dem Nachlass ihres Vaters jeweils 2.798,15 Kronen (18.747 €) zufließen.<sup>39</sup> Erst im April 1904 konnte die Nachlassabhandlung mit der Unterzeichnung des Erbvertrages abgeschlossen werden. Vorher hatte das Vormundschaftsgericht auf-

---

37 Ebenda, Protokoll: Gegenstand: Inventarisierung der in den Nachlass gehörigen Policen vom 12. Juni 1902.

38 Ebenda, Elbogen an k.k. Handelsgericht vom 8. Mai 1903, sowie Erbteilungsausweis vom 15. Oktober 1903.

39 Ebenda, Erbteilungsausweis vom 15. Oktober 1903.

grund eines Gutachtens<sup>40</sup> Gisela Wolff verpflichtet, das Erbteil ihrer Kinder inklusive fünf Prozent Zinsen für die Monate Jänner und Februar 1903 auf einem eigenen Konto anzulegen. Dieser Beschluss wurde infolge von Einwänden des Anwalts Dr. Elbogen wieder rückgängig gemacht. Elbogen argumentierte, dass der Betrag von 10.000 Kronen nicht einmal sukzessive dem Geschäft entzogen werden könnte, ohne diesem ernsthaft zu schaden. Außerdem sei in diesem Fall damit zu rechnen, dass Gisela Wolff ihre bisher gegen die Verlassenschaft nicht geltend gemachten Ansprüche doch geltend machen könnte, womit wiederum das in Wertpapieren angelegte Erbe der minderjährigen Kinder gefährdet wäre. Ebenso erhob Elbogen Einspruch gegen die Ablehnung der unentgeltlichen Übernahme des Geschäftes durch Gisela Wolff und wies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, dass das Geschäftskapital zum weitaus größeren Teil ihr selbst gehörte. Sollte sie sich zum Ausstieg aus dem Geschäft gezwungen sehen, würde dieses schon allein aufgrund ihrer Absenz an Wert verlieren. Er betonte überdies, dass der Reingewinn des Geschäftes größtenteils in die Erziehung der Kinder fließen würde und beantragte erneut die gerichtliche Genehmigung zur Übernahme des Geschäftes durch Gisela Wolff, da dies auch zum Besten für die Kinder wäre.<sup>41</sup> Er stellte fest: „... dass die 4 mj. Kinder eine vortreffliche Erziehung und Verpflegung genießen, ihre körperliche und geistige Entwicklung wird auf das sorgfältigste bewacht, insbesondere auch ihre geistige Entwicklung durch den Unterricht tüchtiger und bewährter Lehrer nach verschiedenen Richtungen hin gefördert.“<sup>42</sup> Da der vom Vormundschaftsgericht gefasste Beschluss das materielle Wohl der ganzen Familie gefährdete, stellte er den Antrag auf Abänderung, dass den minderjährigen Kindern der Betrag ihres Erbes inklusive fünf Prozent Zinsen ab dem 1. Jänner 1903 bei der Firma Kniže & Comp. gutgeschrieben und auch künftig mit fünf Prozent verzinst werden sollte und die fällig werdenden Zinsen dem Kapitalkonto gutgeschrieben würden. Ferner sollte das Vormundschaftsgericht die unentgeltliche Übernahme der Firma durch Gisela Wolff gestatten und sich diese im Gegenzug verpflichten, Verpflegung und Erziehung der vier Kinder aus den Geschäftserträgen zu finanzieren. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, drohte Dr. Elbogen in seiner Funktion als Mitvormund der Kinder dem Gericht mit der Einleitung eines Rekursverfahrens.<sup>43</sup>

---

40 Ebenda, Nachlassabhandlung Albert Wolff, Vormundschaftssache Wolffscher Kinder, Hans Püregger (Collisionscurator) an Bezirksgericht Inner Stadt I, Stellungnahme zum Beschluss vom 24. November 1903.

41 Ebenda, Eingabe Friedrich Elbogen, eingelangt am 29. Dezember 1903.

42 Ebenda,

43 Ebenda.

Mit der Unterzeichnung des am 1. April 1904 von den Vormundschaftsanwälten aufgesetzten Vertrags, der das geschäftliche Verhältnis zwischen Gisela Wolff und ihren Kindern regelte, hatte Friedrich Elbogen seine Forderungen gegenüber dem Vormundschaftsgericht durchgesetzt. Mutter und die vier Kinder bildeten eine Kommanditgesellschaft, in die Gisela Wolff als persönlich haftende und allein zeichnungsberechtigte Gesellschafterin mit einer Einlage von 15.000 Kronen eintrat. Die vier minderjährigen Kinder Susanne, Friedrich, Auguste und Anna waren als Kommanditisten mit einer Vermögenseinlage von je 2.500 Kronen an der Gesellschaft beteiligt, die für jeden Kommanditisten auf ein eigens eingerichtetes Kapitalkonto eingezahlt und jährlich mit sechs Prozent verzinst wurde. Überdies stand jedem Kind ein Achtel des jährlichen Reingewinns zu, und jedes übernahm als Kommanditist gleichzeitig die dem Anteil entsprechenden Haftung im Fall eines etwaigen Geschäftsverlustes. Gisela Wolff wurde das Recht eingeräumt, bis zur Erreichung der Volljährigkeit ihrer Kinder deren Zinsen wie auch den Anteil am Reingewinn für die Verpflegung und Erziehung zu verwenden. Dieses Vertragsverhältnis sollte bis zur Erreichung der Volljährigkeit von Friedrich Wolff dauern, der ab diesem Zeitpunkt berechtigt sei, gemeinsam mit seiner Mutter als offener Gesellschafter in das Unternehmen seiner Mutter einzutreten, und es stünde ihm in diesem Fall frei, das Vertragsverhältnis mit seinen Schwestern aufzulösen oder es fortzusetzen.<sup>44</sup> Die Lösung des Vertrages mit seinen Schwestern als Kommanditisten sah unter Berücksichtigung der zuletzt gelegten Bilanz die sofortige Auszahlung der Vermögenseinlage inklusive einer fünfzehnprozentigen Abfertigung vor, die bei einem freiwilligen Austritt der Kommanditistinnen nicht zur Auszahlung gelangte. Gisela Wolff hatte das Recht, nicht aber die Verpflichtung, mit ihrem Sohn eine offene Handelsgesellschaft einzugehen.<sup>45</sup> Susanne, mittlerweile verheiratet, verließ im Oktober 1909 die Kommanditgesellschaft, Friedrich und seine Schwester Auguste unternahmen diesen Schritt gemeinsam im März 1914, und Anna, die jüngste folgte als letzte am 13. Dezember 1921.<sup>46</sup> Friedrich Wolff trat folglich mit Erreichen seiner Volljährigkeit im Alter von 24 Jahren als persönlich haftender und zeichnungsberechtigter Gesellschafter der Kommanditgesellschaft in das Unternehmen ein und führte dieses bis zu seiner Über-

---

44 Ebenda, Nachlassabhandlung Albert Wolff, Vertrag vom 1 April 1904.

45 Ebenda; HRA, 5105, Schreiben Elbogen an k.k. Handelsgericht vom 2. Mai 1904 mit der Bitte um Registrierung.

46 Ebenda, Protokoll vom 18. Oktober 1909; Protokoll vom 11. März 1914 sowie Protokoll vom 30. Dezember 1921. Ganz offensichtlich hatte Friedrich Wolff nicht von seinem Recht Gebrauch gemacht, das Vertragsverhältnis mit seiner jüngeren Schwester zu lösen und das Geschäftsvermögen nicht um die Zahlung der Abfertigung vermindert. Siehe dazu auch ebenda, Erklärung von Anna Wolff vom 13. Dezember 1921.

nahme der Firma im Jahr 1923 gemeinsam mit seiner Mutter.<sup>47</sup> Diese hatte um die Jahrhundertwende die noch von ihrem Mann eingerichtete Damenabteilung wiederum geschlossen, da sich deren Betrieb sowohl wegen der sinkenden Preise als auch der mäßigen Zahlungsmoral der Kundinnen nicht länger rentiert hatte. Damit legte sie für viele Jahrzehnte die Richtung fest, und Kniže & Comp. sollte bis in die 1980er Jahre ein exklusives Geschäft für Herren bleiben. Sie ließ die Geschäftsräume und Werkstätte renovieren und modernisieren, so wurden eine Toilette und Waschraum eingerichtet, der Salon mit neuen Sitzmöbel und großflächigen Spiegeln ausgestattet.<sup>48</sup> Die Renovierungen um die Jahrhundertwende dürften sie offensichtlich nicht ganz zufrieden gestellt haben, denn nur zehn Jahre später – im Jahr 1910 – erteilte sie dem damals bekannten, aber nicht unumstrittenen Architekten Adolf Loos den Auftrag, die Geschäftsräume im ersten Stock neu zu gestalten.<sup>49</sup> Der Kontakt zu Loos hatte sich über ihre Mutter, Katharina Steiner, ergeben, die eine der frühesten Auftraggeberinnen Adolf Loos' gewesen war und diesen ein paar Jahre früher mit Gestaltung des Steinerschen Geschäftes am Bauernmarkt beauftragt hatte.<sup>50</sup> Es zeigt die Entschlossenheit Gisela Wolffs, ungewohnte Wege zu beschreiten, betraute sie doch Adolf Loos ausgerechnet in dem Jahr, in dem das von ihm geplante Geschäft von Goldman und Salatsch am Michaelerplatz 5 – das Looshaus – errichtet wurde und wegen seiner streng wirkenden Architektur einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hatte. Die Neugestaltung der Kniže'schen Geschäftssalons zog sich über drei Jahre hin und ist heute bis auf einige wenige Änderungen in der damaligen Ausgestaltung erhalten, da die Salons wie auch das damals gleichfalls neu gestaltete Portal unter Denkmalschutz gestellt wurden.<sup>51</sup> Kurz nach Friedrich Wolffs Eintritt in die Firma als Gesellschafter und bereits während des Krieges wurde im Jahr 1915 das Geschäftsfeld zum ersten Mal erweitert. Man nahm nunmehr die Erzeugung von Wäschewaren auf und ging damit den ersten Schritt weg vom Herrenschneider in Richtung Herrenausstatter, da diese Wäsche als Ergänzung zu den bereits bei Kniže gefertigten Kleidungsstücken gedacht war – ein Konzept, das in den 1920er Jahren perfektioniert werden und den Grundstein legen sollte für die unter Friedrich Wolffs Führung folgende Expansion ab den frühen 1920er Jahren.<sup>52</sup>

---

47 WSLA, HRA, 5105, Protokoll vom 11. März 1914.

48 Ebenda, Nachlassabhandlung Albert Wolff, Theil-Inventar.

49 Pressemappe Kniže 150; Haslinger, Kunde : Kaiser, 74.

50 Information Georg Gaugusch.

51 [www.adolf.loos.at](http://www.adolf.loos.at) [6.6.2013].

52 WSLA, HRA 5101, Ansuchen um Eintragung in das Handelsregister, Dezember 1915.

### Knize<sup>53</sup> auf Expansionskurs und dem Weg zu Weltruhm

Nach einer mehr als neun Jahre dauernden Zusammenarbeit von Mutter und Sohn reichte Gisela Wolff im Oktober 1923 das Zepter an ihren Sohn weiter und beendete nach 25 Jahren in leitender Position ihre Tätigkeit<sup>54</sup> für das Unternehmen, das sie entgegen den damals vorherrschenden Konventionen nach dem Tod ihres Mannes übernommen und erfolgreich geführt hatte. Mit der Löschung ihrer Position im Handelsregister schied sie zwar offiziell aus der Firma aus, jedoch blieb sie mit einer Einlage, die im Jahr 1938 anlässlich der Arisierung des Unternehmens in der Aufstellung der Vermögenswerte mit 120.000 Schilling (80.000 RM; 424.000 €) ausgewiesen wurde, stille Gesellschafterin und war bis 1938 zusätzlich auch am Reingewinn beteiligt.<sup>55</sup>

Nur drei Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs, noch unter der Führung von Mutter und Sohn, begann Knizes Expansion im Ausland mit der im Jahr 1921 eröffneten und von Adolf Loos geplanten und gestalteten Niederlassung in Karlsbad<sup>56</sup>. Diese ging Hand in Hand mit der erfolgreichen und beständigen Erweiterung des Geschäftsbereiches – so wurde bereits ein Jahr nach der Errichtung der Filiale in Karlsbad dem Handelsgericht gemeldet, man habe zusätzlich den Handel mit Modewaren en detail aufgenommen und um Eintragung in das Handelsregister angesucht.<sup>57</sup> Nach einer Pause von sechs Jahren folgte im Jahr 1927 die Eröffnung der Berliner Niederlassung in der Neuen Wilhelm Straße 7, und schon ein Jahr später konnten sich Wolffs Kunden in Paris an der Avenue des Champs Elysees neu einkleiden lassen. 1934 wurde in der Prager Innenstadt, auf dem Graben, eine Niederlassung errichtet und ein Jahr später – um dem steigenden Tourismus Rechnung zu tragen – eine weitere in Bad Gastein, das damals noch zu den Nobelkurorten zählte.<sup>58</sup> Die beständige Erweiterung der Geschäftsbereiche, die in den 1920er Jahren

53 Aus verschiedenen Photographien aus den 1920er Jahren, die sich im Besitz von Rudolf Niedersüß befinden, geht hervor, dass aus Knize, wohl auch wegen der Gestaltung des moderneren Namenszuges, Knize wurde. Daher wird auch ab nun auf die Schreibung des Namens übergangen, wie sie ab den 1920er Jahren üblich war.

54 WSLA, HRA, 5105, Anmeldung zum Handelsregister vom 4. Oktober 1923.

55 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Finanzen (BMF), Finanzlandesdirektion (FLD) 12363, Karton 489, Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung vom 29. Juni 1938 sowie Fa. Knize an Vermögensverkehrsstelle vom 25. April 1939, sowie Vermögensverkehrsverzeichnis (VA), Zl. 29973, Bilanz für 1937.

56 Adolf Loos gestaltete bis zu seinem Tod im Jahr 1933 die Filialen von Knize; ganz offensichtlich wollte man die Linie nicht wechseln und beauftragte Heinrich Kulka, einen Mitarbeiter, mit der Gestaltung der Prager Filiale.

57 WSLA, HRA 5105, Anmeldung zum Handelsregister vom 26. Jänner 1922.

58 Pressemappe Knize 150.

einsetzte, war der erfolgreichen Zusammenarbeit Friedrich Wolffs mit Ernst Deutsch-Dryden zu danken, dem damals berühmten Modezeichner, Plakatzeichner und Gebrauchsgraphiker – heute würde man ihn wohl einfach als Designer bezeichnen – den Wolff als Berater gewinnen konnte. Deutsch-Dryden zeichnete für Knize nicht nur Modekollektionen, sondern entwarf auch das bis heute in Verwendung befindliche Markenzeichen, das aufgrund seiner Simplizität und „Nichtfarbengebung“ zu einem Klassiker geworden ist: der einfach gestaltete und schwarz gehaltene Namen ist von einem schwarzen ovalen Ring umgeben. Gemeinsam entwickelten Friedrich Wolff und Ernst Deutsch-Dryden ein Konzept, das heute von allen großen und berühmten Firmen verfolgt wird – wie beispielsweise Ralph Lauren, Armani oder Abercrombie Fitch, um nur einige zu nennen –, in den 1920er Jahren aber ein absolutes Novum war und den Erfolg von Knize begründete: das Komplettpaket, das erstmalig nun nicht mehr von einem Herrenschneider, sondern einem Herrenausstatter für den eleganten, modernen und sportlichen Herren angeboten wurde. Egal, welche der Niederlassungen er betrat, er konnte sich dort von Kopf bis Fuß einkleiden lassen. Manche von Wolffs Kunden ließen sich in Wien die Hemden schneiden, den Anzug in Berlin und die Toiletteartikel wurden in Paris erstanden.<sup>59</sup> Mit der Umsetzung dieses Konzepts bekam der Begriff „Herrenausstatter“ zudem eine gänzlich neue Bedeutung – ein Herrenausstatter wie Knize wurde nun mit moderner sportlicher Eleganz verbunden, der den englischen Salons in jeder Hinsicht konkurrieren konnte. Man rekurrierte beispielsweise mit der Kreation von „The Gentleman’s Knize Ten Fragrance. Toilet Water. Natural Spray“<sup>60</sup> – es ist auch heute noch in der Originalduftnote zu bekommen – ganz bewusst auf das „sportliche Image auf Upper-Class-Niveau“, da mit Ten auf die höchste Zahl beim Polospiel angespielt wurde. Sowohl das Eau de Toilette als auch die sukzessive in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre erweiterte Herrenpflegeserie, die in dieser Duftnote zu bekommen war, trugen zum Bekanntheitsgrad Knizes bei, da auch die Einführung einer Herrenpflegeserie eine völlige Neuerung bedeutete, zumal Herren bis dahin solche Produkte nicht verwendet hatten.<sup>61</sup> Es ist

---

59 Dies wird Billy Wilder nachgesagt, der schon in den 1930er Jahren neben Marlene Dietrich, die sich die Smokings für ihre Konzertauftritte in Berlin anfertigen ließ, und Oskar Kokoschka zu den Stammkunden zählte. Information Rudolf Niedersüß.

60 Dieser Serie ging Polo Ten voraus, war aber nicht von besonderem Erfolg gekrönt – erst mit Knize Ten und der gesamten Linie dieser Toilettenartikel erreichte Knize & Comp Weltruhm. Heute finden wir das ehemalige Logo des Polospielers auf den Produkten von Ralph Lauren, der dieses Logo von Knize erwarb. Information Rudolf Niedersüß vom 12. Juni 2013. Noch heute erinnert die kleine Plastik eines Polospielers in den Räumen von Knize an den ursprünglichen Namen.

61 WSLA, HRA, 5105, Anmeldung zum Handelsregister, (Handel mit Modewaren en de-

zu vermuten, dass Friedrich Wolff immer mehr mit dem Namen Knize identifiziert wurde und er aus diesem Grund beim Innenministerium die Änderung seines Zunamens in Wolff-Knize beantragte; dies wurde ihm am 4. Jänner 1935 gewährt.<sup>62</sup>

### **Dunkle Zeiten: Arisierung und Restitution**

Am 25. März 1938, zwölf Tage nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, verließ Friedrich Wolff-Knize mit seiner Frau und seinem Sohn Wien Richtung Paris, wo er nur wenige Jahre zuvor auf der Avenue des Champs Élysées eine Niederlassung errichtet hatte.<sup>63</sup> Es kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, doch scheint Wolff-Knize in den Tagen vor seiner Abreise alles in die Wege geleitet zu haben, um das Fortbestehen seiner Firma unter den dramatisch geänderten Verhältnissen zu sichern. So hatte sein Anwalt Dr. Leo Kann mit seinen vier langjährigen Mitarbeitern in Wien (Prokurist und Zuschneider) und Berlin (Prokuristen) einen vorläufigen Vorvertrag über die Modalitäten der Übernahme seiner Geschäfte aufgesetzt. Die bisher als Einzelhandelsunternehmen geführten Geschäfte sollten in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt werden; Wolff-Knize sollte als Alleininhaber im Handelsregister gelöscht werden, dafür in die neu zu bildende Kommanditgesellschaft als Kommanditist eintreten und als Kompensation für die Übergabe der Geschäfte in Wien und Berlin mit etwas weniger als 50 Prozent am Reingewinn des Unternehmens beteiligt sein.<sup>64</sup> Die

---

tail) 4. Oktober 1923; Anmeldung der Erweiterung des Betriebes im Handelsregister (Parfümerie und Toiletteartikel, Galanteriewaren, Schuhpasten und Cremen) vom 17. April 1929. Fred Bergmann, Der unbekannt Zweite. Modeschöpfer Ernst Dryden, in: einestages. Zeitgeschichten auf Spiegel online vom 12. Juni 2013, in: [http://einestages.spiegel.de/\[12.6.2013\]](http://einestages.spiegel.de/[12.6.2013]); Deutsch Ernst (1883–1938), in: [http://universe.buchinger.at \[6.6.2013\]](http://universe.buchinger.at [6.6.2013]).

- 62 WSLA, HRA, 5105, Bezirkshauptmannschaft Innere Stadt an Handelsgericht vom 4. Juni 1935.
- 63 ÖStA, AdR, BMF, FLD, 12636, Polizeidirektion Wien. Zentralmeldeamt, Meldebestätigung vom 8. August 1947. Es geht aus den Akten nicht hervor, wohin Gisela Wolff ausgereist ist – einem Schreiben der neuen Besitzer an die Vermögensverwaltung ist zu entnehmen, dass sich ihre Ausreise verzögert hat. Da ihr jüngerer Bruder Hugo Steiner einer der Teilhaber an der französischen Niederlassung war, und die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, ist anzunehmen, dass auch Gisela Wolff nach Paris gereist ist. Übereinkommen abgeschlossen zwischen den Herren Gustav Nagel, Franz Fenik, Friedrich Böhm und Karl Holub als Erwerber und Herrn Friedrich Wolff Knize als Veräußerer; Gustav Nagel an die Vermögensverkehrsstelle vom 25. April 1939.
- 64 ÖStA, AdR, BMF, FLD, Zl. 12636, Robert Knaipp, Bericht über meine bisherige kommissarische Tätigkeit bei der Fa. Knize & Comp. vom 24. Juni 1938 (Bericht Knaipp vom 24. Juni 1938).

Maschinerie des so genannten „Entjudungsprozesses“<sup>65</sup>, wie das *Procedere* der Arisierung im Jargon der Nazibehörden genannt wurde, lief für Knize & Comp., nunmehr als jüdisches Unternehmen eingestuft, schon relativ kurz nach dem „Anschluss“ an. Am 26. April 1938 erfolgte die Bestellung Dr. Robert Knaipps zum kommissarischen Verwalter der Firma durch den Staatskommissar in der Privatwirtschaft Walter Rafelsberger.<sup>66</sup> Knaipps erste Maßnahmen betrafen die Entfernung aller jüdischen Personen im Unternehmen selbst und in dessen Umfeld: Den zwei jüdischen Mitarbeitern wurde sofort gekündigt, wobei sich Knaipp durchaus bereit zeigte, die gesetzliche Kündigungsfrist einzuhalten, so dies von Vorteil für das Geschäft war. Der Chauffeur musste bereits vierzehn Tage nach der ausgesprochenen Kündigung die Firma verlassen, dem bereits mehr als siebzehn Jahren im Unternehmen beschäftigten Buchhalter wurde unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Kündigungsfrist von vier Monaten per Anfang September gekündigt. Der Grund für die Wahrung der Kündigungsfrist: „Ihn gleich vom Dienste zu entheben schien mir, mit Rücksicht auf den bisher in peinlichster Ordnung geführten Betrieb nicht opportun.“ Bis September hatte er seine Nachfolgerin einzuschulen und in alle Agenden einzuführen.<sup>67</sup> Seinen Anspruch auf Bezahlung einer höheren als der gesetzlich vorgeschriebenen Abfertigung im Falle einer Kündigung erklärte man kurzerhand in Form eines Gedächtnisprotokolls für rechtlich unwirksam, da dieser nur in Form einer Erklärung des bis dahin für Wolff-Knize tätig gewesenen jüdischen Rechtsanwaltes Dr. Leo Kann vorgebracht worden war. Man gab ihm den Rat, sich in dieser Angelegenheit direkt an den ehemaligen Besitzer zu wenden. Ebenso wurde Rechtsanwalt Dr. Leo Kann „entfernt“, man entzog ihm die Vertretung der Firma, schloss mit ihm einen Vergleich hinsichtlich seiner noch ausstehenden Rechtskosten und ersetzte ihn durch den Parteigenossen Dr. Alfred Flatschler.<sup>68</sup> „Ich habe diese Art der Arisierung der Betriebe für unzulässig erklärt.“<sup>69</sup> Dies war die Reaktion des kommissarischen Verwalters auf den ihm vorgelegten Vertragsentwurf mit den vorläufig formulierten Modalitäten der Über-

---

65 So wurden die neuen Eigentümer von Knize & Comp. verpflichtet, die so genannte „Entjudungsabgabe“ in der Höhe von 15.000 RM zu entrichten, Ebenda, Aufstellung der Leistungen, welche zufolge der Geschäftsübernahme zu erbringen waren, abgezeichnet am 6. Mai 1943.

66 WSLA, HRA 5105, Schreiben Staatskommissar in der Privatwirtschaft vom 26. 4. 1938. Als Beilage findet sich bei dem Schreiben ein an Friedrich Wolff-Knize adressiertes Kuvert mit dem Vermerk „nicht zustellbar“, da sich dieser zum damaligen Zeitpunkt bereits in Paris aufhielt.

67 ÖStA, AdR, BMF, FLD, Zl. 12363, Bericht Knaipp vom 24. Juni 1938.

68 Ebenda.

69 Ebenda.

nahme der Geschäfte in Wien und Berlin. Knaipp begab sich auf Wunsch des Prokuristen des Wiener Geschäftes Gustav Nagel nach Paris, „um demselben (Wolff-Knize) diesbezüglich die nötigen Aufklärungen zu geben.“<sup>70</sup> Was nun folgte, war eine so genannte „freundliche“ Arisierung: Sie basierte auf einem zwischen Ariseuren und ehemaligem Besitzer geschlossenen Übereinkommen, das die Übernahme der Geschäfte in Wien und Berlin durch vier langjährige Mitarbeiter regelte. Dieses hielt fest, dass die Erwerber die Geschäfte in Wien und Berlin mit allen Rechten und Pflichten übernahmen, davon ausgeschlossen war eine Forderung des Wiener Geschäfts an die Pariser Niederlassung in der Höhe von ca. 900.000 französischen Francs, da Teile dieser Forderung uneinbringlich waren. Nur zur Hälfte übernommen wurde die Forderung von Wolff-Knizes Mutter Gisela im Hinblick auf ihre Kapitaleinlage in der Höhe von 120.000 S (80.000 RM, 424.000 €). Man vertrat die Meinung, dass die Summe nicht tatsächlich als Kapitaleinlage gegeben worden sei, sondern nur bei der Übergabe des Geschäftes an den Sohn buchmäßig aufschien.<sup>71</sup> Anstatt irgendwelcher Zahlungen für den Erwerb des Geschäftes übernahmen die kommenden Besitzer alle aus dem Geschäftsbetrieb resultierenden Verpflichtungen sowie die Bezahlung der Reichsfluchtsteuer und alle noch in Österreich ausstehenden Steuern und Abgaben sowie alle die Arisierung betreffenden Gebühren.<sup>72</sup> Jedoch blieben einige Bestimmungen dieses Übereinkommens und Zusagen, die der kommissarische Verwalter Wolff-Knize in Paris gemacht hatte, reine Makulatur: Aus seiner peruanischen Sammlung wurden teilweise Stücke vom Dorotheum übernommen, der erzielte Erlös aber nicht Wolff-Knize nach Paris überwiesen, das Umzugsgut und die Reste der Sammlung wurden ihm nicht nachgesandt, sondern 1940 beschlagnahmt<sup>73</sup> und Ende des Jahres 1943 aufgrund der Verordnung vom 25. November 1941 wie der Rest seines Vermögens zu Gunsten des Deutschen Reiches für verfallen erklärt.<sup>74</sup> Es ist zudem nicht belegt, ob die Behörden des Deutschen Reiches tatsächlich die „Freundlichkeit“ hatten,

---

70 Ebenda.

71 Ebenda.

72 Ebenda, sowie Übereinkommen, ohne Datum.

73 Das Umzugsgut hatte eine Länge 10 Möbelwagenmeter und umfasste 51 Colli und wurde von der VUGESTA verkauft und brachte einen Reinerlös von 24.791 RM, die am 13. April 1943 auf das Konto der Oberfinanzkasse des Oberfinanzpräsidenten Wien-Niederdonau überwiesen wurden. Ebenda, VUGESTA an den Oberfinanzpräsident Wien-Niederdonau vom 9. Juni 1943.

74 Ebenda, Vermerk der Spedition vom 25. September 1940; VUGESTA an Oberlandespräsidenten in Berlin vom 15. April 1942; Die Feststellung des Vermögensverfalls für Friedrich Wolff-Knize erfolgte am 23. November 1943, ebenda, Notiz der Finanzlandesdirektion vom 12. März 1962.

„dass ihm die Freizügigkeit gewährt bleibt“, und Friedrich Wolff-Knize, wie ursprünglich im Übereinkommen vereinbart, einen Reisepass ausstellten.<sup>75</sup>

Nur einen Tag, nachdem er das Vermögensverzeichnis ausgefüllt hatte, stellte Friedrich Wolff-Knize am 29. Juni 1938 an die Vermögensverkehrsstelle den Antrag, seine beiden Geschäfte in Wien und Berlin verkaufen zu dürfen, deren geschätzten Wert er mit 300.000 RM (1,5 Mio €) bezifferte, als beehrten Preis aber nur 200.000 RM angab.<sup>76</sup>

„Um die so gemeinsamen Geschäfte in der gleichen Weise zu erhalten und um auch dem allgemeinen Interesse zu entsprechen, wäre mein Verlangen, dass meine vier bewährten langjährigen Mitarbeiter, die viel zum Aufbau der Geschäfte beigetragen haben, diese weiterführen. Es wird dadurch die Gewissheit geschaffen, dass 150 arische Mitarbeiter und Angestellte in ihren Stellen bleiben.“<sup>77</sup> Dies war eines der Argumente, die Friedrich Wolff-Knize anführte, um die Behörden zu überzeugen, dass es von Vorteil wäre, die beiden Geschäfte den ehemaligen Mitarbeitern zu übertragen. Sie verfügten über eine hervorragende Ausbildung und wären mit dem Geschäftsbetrieb bestens vertraut, der vielfach in Zusammenarbeit der beiden Niederlassungen ablief.<sup>78</sup> Weiters verwies er auf die Tatsache, dass sich die beiden Niederlassungen im Jahr 1937 als Deviseneinbringer erwiesen hatten, da allein die ausländische Klientel Einkäufe in Valuta im Gegenwert von 83.000 S (450.000 €) getätigt hatte.<sup>79</sup> Nahezu zeitgleich, am 24. Juni 1938, suchten die vier ehemaligen Wiener und Berliner Mitarbeiter Gustav Nagel, Franz Fenik, Friedrich Böhm und Karl Holub bei der Vermögensverkehrsstelle um die Genehmigung der Erwerbung der Firma Knize & Comp. in Wien und Berlin an und erhielten bereits drei Wochen später die Vorengenehmigung zur Weiterführung des Betriebes unter der Voraussetzung, dass bei Anfallen von über den reinen Geschäftsbetrieb anfallenden Rechtshandlungen die Zusammenarbeit mit dem kommissarischen Verwalter gesucht werde.<sup>80</sup>

Noch ehe am 30. November 1938 der endgültige Reichsfluchtsteuerbescheid ausgestellt wurde – für das Friedrich Wolff-Knize und seiner Familie

75 Ebenda, Bericht Knaipp vom 24. Juni 1938.

76 Ebenda, Vermögensverkehrsverzeichnis, ZL. 2973. Verzeichnis über das Vermögen von Juden nach dem Stand vom 27. April 1938; Wolff-Knize Friedrich vom 28. Juni 1938; BMF, FLD, 12363, Ansuchen um Genehmigung Veräußerung vom 29. Juni 1938.

77 Ebenda. Zu diesem Zeitpunkt waren in Wien 75 und in Berlin 72 MitarbeiterInnen beschäftigt, zur Berliner Belegschaft zählten auch zwei jüdische Beschäftigte, die sich wie auch die beiden in Wien bereits „in Kündigung“ befanden.

78 Ebenda.

79 Ebenda.

80 Ebenda, Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung vom 24. Juni 1938; Der Staatskommissär in der Privatwirtschaft vom 15. Juli 1938.

gehörige Gesamtvermögen in der Höhe von 647.101 RM (3,43 Mio. €) waren mit dem 9. April 1938 161.775 RM (857.407 €) Reichsfluchtsteuer fällig geworden<sup>81</sup> – erteilte die Vermögensverkehrsstelle am 5. Oktober 1938 Gustav Nagel und Franz Fenik die endgültige Genehmigung zur Übernahme der Fa. Knize & Co., Herrenmoden, womit der letzte Akt der freundlichen Arisierung über die Bühne gehen konnte: Das Wiener Handelsgericht wurde am 12. Dezember 1938 verständigt, dass im Zuge der erfolgten Arisierung der bisherige Alleininhaber Friedrich Wolff-Knize aus den beiden Unternehmen ausgetreten sei und sein ausdrückliches Einverständnis<sup>82</sup> zur Fortführung der Firma gegeben hatte. In die Firma traten in Wien<sup>83</sup> nun Gustav Nagel und Franz Fenik als persönlich haftende Gesellschafter sowie Karl Holub und Friedrich Böhm als Kommanditisten mit einer Vermögenseinlage von je 7.500 RM ein. Zeichnungsberechtigt waren die beiden persönlich haftenden Gesellschafter – einzeln oder gemeinsam – und der bisherige kommissarische Verwalter Dr. Robert Knaipp, dem die Prokura erteilt worden war, gemeinsam mit einem der beiden Gesellschafter. Gleichzeitig mit der Mitteilung von der erfolgten Arisierung wurde an das Handelsgericht das Ansuchen gestellt, die Änderung der Gesellschaftsform sowie die personellen Veränderungen und die Löschung von Friedrich Wolff-Knize im Handelsregister vorzunehmen.<sup>84</sup>

Weitaus weniger „freundlich“ gestaltete sich das Schicksal der Pariser Niederlassung. Das Gesellschaftskapital von 300.000 Francs setzte sich aus 12 Anteilen zu nominell je 25.000 Francs zusammen, wovon zehn Friedrich Wolff-Knize gehörten und je ein Anteil seinem Onkel Hugo Steiner, dem jüngeren Bruder seiner Mutter, der in der Zwischenzeit die französische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, und dem ehemaligen Geschäftsführer Richard Scherbaum. Mit Kriegsausbruch waren die Gesellschaft Knize SARL, die Anteile Friedrich Wolff-Knizes und Richard Scherbaums sowie

---

81 Zusätzlich war bis zum Datum der Ausstellung des Bescheids ein Säumniszuschlag in der Höhe von 1000 RM zu zahlen. Ebenda, Notiz Finanzlandesdirektion Wien vom 12. März 1962.

82 Friedrich Wolff-Knize hatte zu diesem Zweck dem arischen Rechtsanwalt Dr. Otto Hauschka die schriftliche Vollmacht erteilt, ihn in allen diesbezüglichen Angelegenheiten zu vertreten. WLSA, HRA 5105, Vollmacht ohne Datum aber mit Stempelmarke und Unterschrift von Friedrich Wolff-Knize versehen.

83 Mit der Umwandlung des Berliner Geschäftes in eine Kommanditgesellschaft traten die ehemaligen Berliner Prokuristen als persönlich haftende Gesellschafter und die Wiener Manager als Kommanditisten in die Gesellschaft ein. ÖStA, AdR, BMF, FLD, 12363, Industrie und Handelskammer zu Berlin am 5. Juni 1941.

84 WLSA, HRA 5105, Schreiben Rafelsberger an Nagel und Fenik vom 5. Oktober 1938; Schreiben Nagel, Fenik Holub und Böhm an das Handelsgericht vom 22. Dezember 1938.

Wolff-Knizes Forderung an das Unternehmen in der Höhe von 965.918,9 Francs unter Sequester gestellt und von den französischen Behörden dafür ein Zwangsverwalter bestellt worden; nicht betroffen davon war der Anteil Steiners.<sup>85</sup> Damit wurde erstmals gewesenes Judenvermögen unter französische Zwangsverwaltung gestellt. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Paris war am 13. August 1940 zwischen der deutschen Waffenstillstandsdelegation und den französischen Behörden ein Abkommen geschlossen worden, das sowohl den Verzicht auf Rückgabe deutschen Vermögens als auch auf die Anwendung der Verordnung des Militärbefehlshabers in Frankreich (Rückgabeverordnung) festlegte.<sup>86</sup> Da Wolff-Knizes Vermögen in Frankreich aber von den deutschen Behörden als ehemals deutsch-jüdisches Vermögen eingestuft wurde, galt die Verordnung des Militärbefehlshabers in Frankreich vom 2. Dezember 1942 über den Verfall des Vermögens von Juden deutscher oder ehemals deutscher Staatsangehörigkeit zu Gunsten des Deutschen Reiches. Dies bedeutete, dass nunmehr auch Hugo Steiners Anteil an der Pariser Niederlassung unter diese Bestimmung fiel. Um sie zu exekutieren, errichtete der Militärbefehlshaber für seinen Bereich einen eigenen Verwaltungsstab. Mit dem Beschluss des Militärbefehlshabers wurde die französische Sequestration aufgehoben, dem französischen Gerichtshof gegenüber aber betont, dass das Vermögen nach wie vor unter Zwangsverwaltung fiele, lediglich der Anteil des ehemaligen Geschäftsführers, Richard Scherbaum, wurde freigegeben.<sup>87</sup> Mit der Begründung, Hugo Steiner als Wolff-Knizes Vermögensbeauftragter hätte keine Genehmigung für die Unterzeichnung gehabt, wurde der am 29. Oktober geschlossene Vertrag für nichtig erklärt. Dieser hätte, ähnlich wie in Wien, eine „freundliche“ Arisierung ermöglichen sollen: die Übernahme der Anteile an der Pariser Niederlassung und seiner Forderung an diese durch die Berliner Firma Benedict KG, einer Frau Quandt und den Berliner Rechtsanwalt Frank Berger. Auch dem Verkauf der Vermögenswerte von Wolff-Knize und Hugo Steiner, den der dafür zuständige kommissarische Verwalter Dr. Niedermayer um die Mitte des Jahres 1942 getätigt hatte, wurde vom Beauftragten des Militärbefehlshabers Dr. Friedrich mit dem Hinweis auf die Wahrung der Rechte des Reiches keine Genehmigung erteilt.

---

85 ÖStA, AdR; BMF, FLD, Zl. 12636, Der Beauftragte des Militärbefehlshabers in Frankreich für das deutsche Vermögen in den besetzten französischen Gebieten Dr. Fritz an den Reichsminister für Finanzen vom 3. Jänner 1943, Betr. Verfall des Vermögens von Juden deutscher oder ehemals österreichischer Staatsangehörigkeit im besetzten Frankreich zu Gunsten des Deutschen Reichs. (Schreiben Fritz vom 3. Jänner 1943).

86 ÖStA, BMF, Finanzlandesdirektion (FLD); Kt. 689, Zl. 12636, Der Beauftragte des Militärbefehlshabers in Frankreich für das deutsche Vermögen in den besetzten Gebieten Frankreichs an den Verwaltungsstab, Abt, Wi VIII-V 3 L vom 3. Jänner 1943.

87 Ebenda.

„Ich habe nach wie vor den Standpunkt vertreten, dass die Entscheidung der Stelle vorbehalten bleiben muss, die mit der Einziehung des verfallenden Judenvermögens zuständig ist.“<sup>88</sup> Wie auch im Fall der Prager Niederlassung wurden gegen Ende des Jahres 1943 die Pariser Anteile und Forderungen Wolff-Knizes sowie sein in Österreich verbliebenes Vermögen zu Gunsten des Deutschen Reiches für verfallen erklärt.<sup>89</sup>

Friedrich Wolff-Knize war es in der Zwischenzeit gelungen, nach einer kurzen Zeit der Internierung über Portugal in die USA zu kommen, wo er bereits um die Jahreswende 1940/41 an der Fifth Avenue erneut ein Geschäftslokal errichtete.<sup>90</sup> Seine Kundschaft in New York waren vielfach ehemalige Stammkunden, die ebenfalls aus ihrer Heimat vertrieben worden waren.<sup>91</sup>

Die Restituierung wurde schon kurz nach Kriegsende von Peter Knize entriert; den Doppelnamen Wolff-Knize hatte man noch während des Krieges aufgegeben und nannte sich nur noch Knize. Friedrich Knizes Sohn war kurz nach Kriegsende als Soldat der amerikanischen Armee nach Innsbruck gekommen und soll sich telefonisch sofort mit Gustav Nagel, dem ehemaligen Prokuristen seines Vaters in Verbindung gesetzt haben.<sup>92</sup> Die außergerichtliche Rückstellung erfolgte im Mai 1946 ohne die Beiziehung von Rechtsanwälten auf beiden Seiten, sondern lediglich über Vermittlung von Erwin Grüner, der am Kohlmarkt 5 einen Großhandel mit Textilwaren betrieb und Knizes Interessen in Österreich vertrat. Nach dem Tod von Franz Fenik traten die restlichen Gesellschafter aus der Firma aus und übertrugen diese wiederum an Frederic Knize, der während des Kriegs seinen deutschen Vornamen abgelegt hatte und sich nur noch Frederic nannte. Anlässlich der Rückübertragung erfolgten keinerlei Zahlungen von Frederic Knize, da man sich intern geeinigt hatte, die Arisierung als bloßes Verwaltungsproblem des Unternehmens zu betrachten. Außerdem war der Wert der Firma bis zu Kriegsende enorm gesunken, da die Berliner Niederlassung völlig zerstört war, die Filialen in Prag und Karlsbad zwar noch bestanden, aber genauso wie das Geschäft in Wien Plünderungen zum Opfer fielen.<sup>93</sup> Mit dem Bescheid der Finanzlan-

---

88 Dr. Fritz hatte schon gegen die Bestellung Niedermayers, die ohne sein Wissen erfolgt war, Bedenken erhoben. Ebenda.

89 Ebenda, Vermögensamt beim Deutschen Staatsministerium an Oberfinanzpräsidenten Niederdonau vom 6. Dezember 1942.

90 Information Rudolf Niedersüß.

91 In diesem Zusammenhang ist der Ausspruch Billy Wilders überliefert, egal wohin man kam – erst Wien, dann Berlin und Paris – Knize war da – als man Europa verlassen musste und in New York ankam, war Knize auch schon da. Information Rudolf Niedersüß.

92 Information Rudolf Niedersüß.

93 ÖStA, AdR, BMF Fonds zur Abgeltung von Vermögenswerten politisch Verfolgter, Zl.943/62, eidesstattliche Erklärung Annie Knize.

desdirektion vom 31. Oktober 1947 erhielt Knize auch seine ethnographische Sammlung zurück, die während des Krieges dem Museum für Völkerkunde zur Aufbewahrung übergeben worden war. Die Direktion des Museums bestätigte die am 19. September 1942 erfolgte Übernahme der Sammlung aus dem Dorotheum, stellte keine Ersatzansprüche für deren Aufbewahrung und Pflege und genehmigte deren Ausfuhr in die USA.<sup>94</sup> Im Oktober 1961 stellte Annie Knize, Knizes Witwe – Frederic war am 28. Oktober 1949 gestorben – an den Fonds zur Abgeltung von Vermögensverlusten politisch Verfolgter das Ansuchen um Rückerstattung der aus dem Betriebsvermögen bezahlten Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe in der Höhe von insgesamt 185.175 RM. Es sollte allerdings fast eineinhalb Jahre dauern, bis nachgewiesen war, dass anlässlich der Arisierung keinerlei Zahlung an Wolff-Knize erfolgte und diese Summen aus dem Betriebsvermögen gezahlt worden waren. Am 18. Februar 1963 wurde ihr über ihren Anwalt der Beschluss des Abgeltungsfonds zugestellt, dass sie wegen des erlittenen Vermögensverlustes Anspruch auf die Rückerstattung von 185.175 Schilling hatte.<sup>95</sup>

### **Knize heute und die Verbindung zu C. M. Frank**

Rudolf Niedersüß, der heutige Besitzer von Knize, absolvierte, nachdem er die Modeschule Michelbeuern abgeschlossen hatte, in den Jahren von 1956 bis 1963 sein Praktikum bei Knize. Nachdem er seine Meisterprüfung abgelegt hatte und sich bei Knize keine Aufstiegschancen boten, machte er sich selbstständig.<sup>96</sup> Er erwarb den alteingesessenen und traditionsreichen Schneidersalon C. M. Frank, der 1838 von Carl Michael Frank, einem aus Bukarest nach Wien zugewanderten Schneidermeister, gegründet worden war. 1860 übergab er das Geschäft seinem 25jährigen Sohn Carl Moriz Frank, der seine Ausbildung zum Schneidermeister in den Werkstätten seines Vaters absolviert und sich danach zur weiteren Ausbildung und Vertiefung seiner Kenntnisse nach London und Paris begeben hatte. Der Durchbruch zu einem der

94 Ebenda, BMF, FLD, Zl. 12363, Grüner an Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland vom 14. Juli 1947. Museum für Völkerkunde an Finanzlandesdirektion Wien vom 23. Juli 1947; Bescheid Finanzlandesdirektion vom 31. Oktober 1947.

95 Ebenda, AdR, ABL, Zl.943/62, In den Akten findet sich eine Aufstellung der bis ins Jahr 1966 erfolgten Zahlungen – als erste Zahlung scheinen 64.811,25 Schilling auf, für die sich kein genaues Datum eruieren ließ, und am 14. März 1966 erfolgte die Anweisung weitere 12.036 Schilling zu überweisen. Im Akt findet sich noch die Aufstellung über die durchgeführten Zahlungen, in der 120.363 Schilling als noch offener Betrag aufscheinen. Da dem Akt aber weitere Unterlagen fehlen, kann nicht gesagt werden, wann die restlichen Zahlungen erfolgten.

96 Information Rudolf Niedersüß.

bekanntesten Schneidersalons der Hauptstadt der Habsburgermonarchie gelang C. M. Frank jun. durch die Ausnützung seiner in den Modemetropolen London und Paris gesammelten Erfahrungen und die Umgestaltung seines Geschäftes, das sich nachweislich von 1859 bis 1896 am Graben 12 befand.<sup>97</sup> Erste Erfolge hatte schon C. M. Frank sen. mit dem Entwurf und der Fertigung von Uniformen für die türkische Regierung. Der Reigen der Ernennungen zum Hofschneider und vielfach Hoflieferanten zahlreicher europäischer Königshäuser setzte im Mai 1860 mit der Auszeichnung durch Napoleon III. ein; es folgten der spanische König Alfonso II. im Jahr 1871; The Duke of Edinburgh 1873; der italienische König Vittorio Emanuele 1885; Schwedens König Oscar II. 1890; The Prince of Wales 1893.<sup>98</sup> Nur ein Jahr nach der Thronbesteigung König Edwards II. wurde C. M. Frank zum einzigen ausländischen Hoflieferanten des englischen Königshauses ernannt. Die Anproben des Königs fanden während dessen regelmäßigen Kuraufenthalten in Marienbad statt und geliefert wurde in den Buckingham Palast.<sup>99</sup> Der im Jahr 1897 zum k.u.k. Kammerlieferant ernannte Schneidermeister zählte aber auch die Mitglieder des österreichischen Kaiserhauses und Europas Hocharistokratie zu seiner Klientel und so sind einige von ihnen, wie beispielsweise die Herzöge von Württemberg, mittlerweile Kunden in fünfter Generation.<sup>100</sup> Nach dem Tod von Carl Moriz Frank am 31. Mai 1916, der zwei Jahre zuvor noch in den Adelsstand erhoben worden war, verkauften seine Erben – er hatte keine Kinder – das Geschäft an die beiden Gesellschafter der Firma Goldman & Salatsch, Leopold Goldman und Emanuel Aufricht, und erteilten ihnen gleichzeitig die Genehmigung den Firmenamen C. M. Frank weiter zu führen.<sup>101</sup>

In den 1920er Jahren kam es mit dem Ausscheiden Leopold Goldmans zu einem Wechsel der Gesellschafter, doch weiterhin wurde C. M. Frank als offene Handelsgesellschaft geführt. Der Konkurs von Goldman & Salatsch zu

---

97 Im Lehmann findet sich der Schneidermeister C. M. Frank unter dieser Adresse. Nachdem Albert Wolff Knize & Comp. in die unmittelbare Nachbarschaft, Graben 13, verlegt hatte, übersiedelte C. M. Frank sein Geschäftslokal in das am Kärntnerring 14 gelegene Palais des Baron Springer.

98 Diplome in den Salons von Knize.

99 100 Jahre C. M. Frank 1838–1938, ohne Datum; Die Geschichte von C.M. Frank, in: [www.niedersuesz.at](http://www.niedersuesz.at) [6.6.2013].

100 Interview Rudolf Niederstüß;

101 Interessanterweise wird in den Akten des Handelsgerichtes erwähnt, dass der Verkauf ohne schriftlichen Vertrag erfolgte und die Erben daher vor dem Handelsgericht nochmals ihre Zustimmung erteilten, dass Goldmann und Aufricht zur Führung des Namens C. M. Frank berechtigt waren. C. M. Frank wurde daraufhin in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt. WSLA, HRA, 8195, Ansuchen um Antrag in das Handelsregister, eingelangt am 22. August 1917.

Beginn der 1930er Jahre blieb nicht ohne Auswirkungen auf C. M. Frank: Es wurde ein Konkursverfahren eingeleitet, das aber eingestellt wurde, als der jüngste Zuschneider der Firma, Franz Tylmann, das Geschäft im Juni 1934 von Emanuel Aufricht erwarb.<sup>102</sup> C. M. Frank überstand den Krieg, nicht aber die russische Besatzung: Russische Soldaten zerstörten das Geschäftslokal, und die Schneiderei musste nach beinahe vierzig Jahren an den neuen Standort in der Argentinierstraße 1 wechseln.<sup>103</sup> Wie schon erwähnt, erwarb Rudolf Niedersüß im Dezember 1963 C. M. Frank und fusionierte 1978 diese Firma mit Knize & Comp., nachdem er sich 1976 bei Knize beteiligt hatte und Geschäftsführer geworden war.<sup>104</sup> Peter Knize, der nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1949 die Geschäfte übernommen und bis in die 1970er Jahre die Filialen in Paris<sup>105</sup> und Wien von New York aus geführt hatte, hatte nach der Schließung der Pariser Filiale im Jahr 1972, der schon zwei Jahre später aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten<sup>106</sup> jene der New Yorker Niederlassung folgte, die Bereitschaft signalisiert, sich ganz aus dem Geschäft zurück zu ziehen.<sup>107</sup> Rudolf Niedersüß, bis dahin zum Herrn Frank geworden, wurde nunmehr zum Herrn Knize. Bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde der Geschäftsbereich um die gehobene Damenkonfektion erweitert – im Gegensatz zum ersten Versuch in den Jahren des ausgehenden 19. Jahrhunderts erwies sich dieser Schritt als erfolgreich. Ab Mitte der 1980er Jahre erfolgte mit der Eröffnung des Geschäftslokals für Herrenkonfektion in der Bräunerstraße sowie mit der Integration des Nachbargeschäftes am Graben die nächste Erweiterung des Geschäftsbetriebs.<sup>108</sup> Das Jahr 2012 könnte in der chronologischen Aufzeichnung der Firma Knize unter der Überschrift „Knize goes east“ laufen – freilich nicht im geographischen, aber im histori-

---

102 Ebenda, Aufhebung des Konkurses, 28. Juni 1935; Änderungen bei einer bereits eingetragenen Firma.

103 Information Rudolf Niedersüß.

104 Die Löschung der Firma C. M. Frank im Handelsregister erfolgte im Juli 1980, siehe WSLA, HRA 8195 Verfügung vom 3. Juli 1980.

105 Im Österreichischen Staatsarchiv finden sich keine Unterlagen zur Rückgabe der Niederlassung in Paris.

106 Da das einstöckige Haus an der Fifth Avenue, in dem sich das Geschäftslokal seit 1940/41 befunden hatte, abgerissen wurde, musste Peter Knize einen neuen Standort suchen und verlegte sein Geschäft in das General Motors Building, da dieses täglich von mehreren tausend Personen frequentiert wird. Die mit dem neuen Standort verbundenen Erwartungen sollten sich aber nicht erfüllen, da die Kunden ausblieben. Dazu kam noch das Problem, dass für das zumeist noch aus Österreich stammende Personal, das vielfach schon längst das Pensionsalter erreicht hatte, kein Nachwuchs zu finden war. Information Rudolf Niedersüß.

107 Information Rudolf Niedersüß.

108 Pressemappe Knize 150.

schen Kontext gesehen. Im April 2012 wurde wiederum eine Filiale in Prag eröffnet und damit ein historischer Kreis geschlossen. Es konnten – obwohl noch im Originalzustand – zwar die ehemaligen Geschäftsräume am Graben wegen der unsicheren Mietkonditionen nicht mehr übernommen werden, jedoch befindet sich die neue Prager Niederlassung in unmittelbarer Nähe zur alten Adresse und strahlt, wie Kunden betonen, das altgewohnte und vertraute Flair aus.<sup>109</sup>

Der jetzige Besitzer Rudolf Niedersüß stellt also den personellen Vereinigungspunkt zweier traditionsreicher Unternehmenslinien dar. Wie bereits kurz dargelegt absolvierte er sein Praktikum bei Knize, machte sich danach selbständig, indem er C. M. Frank erwarb, kam zurück zu Knize, beteiligte sich an der Firma, brachte letztendlich C. M. Frank in sie ein und vereinigte den Kundenstock beider. Somit landete C. M. Frank nach mehr als 100 Jahren wiederum am Graben, und die „fremden“ Auszeichnungen an den Wänden von Knize stellen keine Rätsel mehr dar. Es kann aber auch eine architektonische Verbindung zwischen beiden Institutionen geortet werden. Das Bindeglied ist in diesem Fall Adolf Loos. 1910 wird das so genannte Looshaus, das Geschäftslokal von Goldmann & Salatsch, am Michaelerplatz errichtet. Im selben Jahr beauftragt Gisela Wolff trotz des Sturms der Entrüstung, den das Gebäude wegen seiner architektonischen Gestaltung auslöst, den Architekten mit der Umgestaltung der Geschäftsräume von Knize. Es sind die Bauherren des Geschäftes am Michaelerplatz, die 1916 C. M. Frank erwerben und bis in die Mitte der 1930er Jahre weiterführen.

Die letzte Verschränkung, die gleichzeitig mit der Wiederbelebung von C. M. Frank verbunden ist, ist eine Generationen übergreifende Verbindung. Vor rund sechs Jahren überließ Rudolf Niedersüß seinem Sohn Bernhard die Rechte an C. M. Frank, als dieser sich selbständig machte und in der Anagasse 1 ein Schneideratelier eröffnete.<sup>110</sup> Auf die Ausbildung beim Vater folgten Praktika im Ausland, und nunmehr will Bernhard Niedersüß ganz bewusst an die alte Wiener Schneidertradition anknüpfen, indem er seine Firmenbezeichnung NIEDERSUESZ WIEN SCHNEIDER & HEMDENMA-CHER mit dem Wappen des früheren Hoflieferanten und dem Verweis „ehemals C. M. Frank“ ergänzt.<sup>111</sup> So ist, wie die Geschichte von Knize zeigt, zu hoffen, dass eine alte Tradition der Qualität auch im 21. Jahrhundert wei-

---

109 Information Rudolf Niedersüß.

110 Schneider mit Tradition sperrt wieder auf. C.M: Frank belieferte ein Dutzend Herrscherhäuser, Wiener Zeitung vom 16. Oktober 2007, in: [www.wienerzeitung.at](http://www.wienerzeitung.at) [6.6.2013].

111 Mirjam Hecking, Maßschneiderei. Perfektion bis ins Knopfloch, in: *manager magazin online* vom 26. September 2009, in: [www.manager-magazin.de](http://www.manager-magazin.de) ; [6.6.2013; [www.niedersuesz.at](http://www.niedersuesz.at) [6.6.2013].

ter geführt werden kann. „Es darf nicht ungeschriebenes Gesetz werden“, ist Bernhard Niedersüß überzeugt, „dass die Maßschneider in Wien die Grundlagen der weltweit getragenen klassischen Herrengarderobe im 19. und 20. Jahrhundert mitentwickelt haben und wir im 21. Jahrhundert nur noch von multinationalen Modekonzernen den Stil diktiert bekommen.“<sup>112</sup>

---

<sup>112</sup> Neues altes Maßschneider-Atelier in der Innenstadt, in: <http://diepresse.com> [6.6.2013].



## **Unternehmerische Reaktion der besonderen Art: Die Gablonzer Industrie im Ersten Weltkrieg aus der Sicht eines Zeitgenossen**

Dieter Stiefel

Der Erste Weltkrieg war eine unternehmerische Herausforderung für private Anbieter, da sich die Nachfrage zunehmend vom privaten zum öffentlichen Konsum verlagerte, sich die Struktur der Nachfrage durch die Kriegswirtschaft stark verschob und auch die Ressourcenallokation von Institutionen der Kriegswirtschaft bestimmt wurde.<sup>1</sup> Das gilt für die großen Industrien, aber auch im kleinen, handwerklichen Bereich. Als Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg erklärte, war es für eine lange dauernde militärische Auseinandersetzung schlecht gerüstet.<sup>2</sup> Österreich hatte von 1900 bis 1913 pro Einwohner weniger in die Rüstung investiert als das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien oder Russland. Trotzdem gelang es unter Aufbietung aller verfügbaren Ressourcen für kriegswichtige Zwecke die Versorgung der Kriegsmaschinerie bis 1917 aufrecht zu erhalten.<sup>3</sup> Erst in diesem Jahr kam es zur „Tragödie der Erschöpfung“.<sup>4</sup>

- 
- 1 Als klassische Darstellungen zur Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg siehe: G. Gratz, R. Schüller, *Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung*, Wien 1930; L. Grebler, W. Winkler, *The Cost of the World War to Germany and Austria-Hungary*, New Haven CT 1940; H. Löwenfeld-Russ, *Die Volksernährung im Kriege*, Wien 1926; A. Popovics, *Das Geldwesen im Kriege*, Wien 1925, R. Riedl, *Die Industrie Österreichs während des Krieges*, Wien 1932; James Robert Wegs, *Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918*, Wien 1979. Als instruktiven analytischen Überblick siehe M.-S. Schulze, *Austria-Hungary's economy in World War I*, in: S. Broadberry, M. Harrison (Hrsg.), *The Economics of World War I*, Cambridge UK et al. 2005, 77–111.
  - 2 Zum Kriegsverlauf aus österreichischer Sicht siehe M. Rauchensteiner, *Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg*, Graz u. a. 1993.
  - 3 Schulze, *Austria-Hungary's economy*, 77–84.
  - 4 Gratz, Schüller, *Der wirtschaftliche Zusammenbruch*.

Wie sehr die Fokussierung auf kriegswirtschaftliche Bereiche unternehmerische Möglichkeiten für nicht unmittelbar militärisch relevante Branchen einschränkte, lässt sich an der Veränderung der Wertschöpfungsstruktur der österreichischen Volkswirtschaft ablesen. Der reale Produktionswert der Eisen- und Stahlerzeugung wurde von 1913 bis 1916 um 43 Prozent erhöht und blieb auch 1917 noch 25 Prozent über dem Niveau von 1913. Die Metallverarbeitung erbrachte 1917 23 Prozent mehr und die Stromerzeugung sogar 43 Prozent mehr Wertschöpfung als 1913. Hingegen wurden die Brauereien und Brennereien bis 1917 auf 9 Prozent des Output von 1913 zurückgefahren, die Zuckererzeugung auf 61 Prozent, die Mehlerzeugung auf 57 Prozent, die Lebensmittelverarbeitung auf 29 Prozent und die Erzeugung von Textilien und Bekleidung auf 19 Prozent.<sup>5</sup> Die Rückgänge im Konsumgüterbereich waren sowohl bewussten Kontraktionen zugunsten militärischer Erzeugung als auch akutem Rohstoff- und Arbeitskräftemangel geschuldet. Der Außenhandel wurde durch Handelsreglementierungen und die Blockade von Seiten der Entente-Mächte stark behindert.

Der Strukturwandel und die Schrumpfung der Volkswirtschaft schränkten die Betätigungsmöglichkeiten nicht kriegswichtiger Unternehmen dramatisch ein, bis hin zu kompletten Schließungen. Interessanterweise schafften es aber einzelne Unternehmer auf geradezu paradoxe Art, in diesem schwierigen Umfeld ihre Aktivitäten – zumindest zeitweilig – erfolgreich fortzusetzen. Als regionales Beispiel einer unternehmerischen Reaktion dieser besonderen Art sei im Folgenden die sogenannte Gablonzer Industrie in Nordböhmen erwähnt. Zentrum war die Stadt Gablonz, wo bereits seit dem 17. Jahrhundert Modeschmuck aus geschliffenem Glas hergestellt wurde, „Gablonzer- oder Böhmisches Glas“. Die Stadt erlebte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufstieg und Wohlstand. Sie verfügte über Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahn, städtisches Bad und Krankenhaus und einen Eisenbahnanschluss. Ein städtisches Theater nach Wiener Vorbild wurde errichtet und ein Rathaus. Das Bürgertum zeigte seinen Reichtum über Geschäftsgebäude und Villen, klassizistisch oder im Jugendstil, mit entsprechenden schwer überladenen Interieurs. 1866 wurde Gablonz zur Stadt erhoben, im Wappen den Apfelbaum (tschechisch: Jablon), bereits 1906 erfolgte die Änderung des Ortsnamens von Gablonz auf Jablonec. 1930 hatte die Stadt 50.000 Einwohner (heute 45.000), 80% waren deutschsprachig, 17% Tschechisch, heute sind 93% tschechisch und 2% deutsch. Gablonz war zu dieser Zeit weltoffen und hatte über seine Exporte Kontakt in die ganze Welt. Die Händler waren produkt- und regionalstuzi-

---

5 Schulze, *Austria-Hungary's economy*, 87.

fisch spezialisiert. Einige handelten etwa nur mit Glasperlen, andere mit Lusterbehang, einige bearbeiteten nur Indien andere nur Afrika, usw. Um 1900 arbeiteten in den Bezirken Gablonz, Rochlitz und Reichenberg 2.000 Betriebe mit an die 20.000 Facharbeitern.<sup>6</sup>

Wie es die eigentlich überhaupt nicht kriegswichtige Gablonzer Industrie schaffte, während des Großen Krieges zumindest zeitweilig ein hohes Aktivitätsniveau aufrecht zu erhalten, sei im Folgenden anhand eines interessanten, anekdotischen Zeitdokuments dargestellt:<sup>7</sup>

„Als ich nach den Ferien für das zweite Jahr meiner Ausbildung nach Gablonz zurückkehrte, war der Erste Weltkrieg eben ausgebrochen. Ich kehrte in eine Stadt zurück, die gegenüber jener, die ich im Verlaufe meines ersten Jahrs kennen gelernt hatte, völlig verändert war. Fast jeder, den man traf, war tief deprimiert. Und dabei war die Abwesenheit von Gatten, Brüdern oder Freunden, die zur Armee eingerückt waren, nicht der Grund, obwohl einige von ihnen während der ersten Kriegswochen gefallen waren und andere schlechte Nachrichten von der Front hereinkamen.

Der Grund für die deprimierte Atmosphäre war ein anderer. Gablonz war schon immer das Weltzentrum für die Modeschmuckerzeugung gewesen. Die ganze Stadt hing daran. Etwa 200 Hersteller, kleine und mittelgroße Betriebsstätten, boten die Arbeitsplätze für über die Hälfte der Bevölkerung, die in dieser hoch spezialisierten Produktion billiger Silber- und Goldschmuckimitationen arbeitete. Etwa 50 Exportfirmen verkauften sie in die ganze Welt, von Pago Pago bis Lagos und von Seattle bis Timbuktu, Indien eingeschlossen. Sehr wenige von den Armbändern, Manschettenknöpfen, Ringen, Rheinkiesel-Ohringen, usw. wurden in Österreich selbst abgesetzt. Der Krieg hatte jeden überrascht und das von den kleinen Handwerkern und Verarbeitern, die kleine Unternehmer geworden waren, investierte Geld, war in Waren investiert, die unbezahlt blieben. Keine neuen Bestellungen, die Arbeit für die Bevölkerung bedeuteten, waren herein gekommen und viele Leute, die wohlhabend gewesen waren, betrachteten sich als ruiniert.

Die britische Blockade war es, die diese ganze Zerrüttung des Handels und alles Unglück verursacht hatte. Es liefen keine Schiffe aus österreichischen, beziehungsweise deutschen Häfen aus und kein Schriftverkehr vermochte die Blockade nach dem Ausland zu durchdringen. Niemand im Aus-

---

6 Vgl. A. Teichova, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei, Wien, Graz 1988. Als zeitgenössische Darstellung siehe M. v. Tayenthal, Die Gablonzer Industrie und die Produktivgenossenschaft der Hohlperlenerzeuger im politischen Bezirke Gablonz, Tübingen, Leipzig 1900.

7 Der Text wurde freundlicherweise vom Archiv der D. Swarovski & Co. Glasschleiferei Wattens zur Verfügung gestellt. Er stammt aus einer tschechischen Broschüre aus 1972, der Autor ist nicht mehr bekannt.

land bezahlte seine Rechnungen den armen Menschen, die die glänzenden Metallstücke geliefert hatten, mit welchen die Frauen aller Länder ihre Busen, Arme, Ohren und sogar ihre Nasen schmückten. Die Stadt befand sich in einer katastrophalen Lage und alle Begeisterung, die in den ersten Tagen durch Versprechungen auf einen sofortigen Sieg angefacht worden war, verflog, als England den Krieg und die Blockade erklärte. Diese Situation war lediglich in Gablonz vorherrschend, da die Nachbarstädte, wo fast jedermann in der Textilindustrie beschäftigt war, mit der Herstellung von Uniformen für die Armee in Abwesenheit so vieler junger Männer Vollbeschäftigung boten.

In meiner Schule machte sich die trübe Stimmung stark bemerkbar, da über die Hälfte der Knaben aus arbeitslosen Familien stammten. Die freudige Erregung der ersten Kriegstage fand keine Nahrung. Meine Klassenkameraden konnte man fast in zwei Gruppen teilen: Eine, deren Väter im Kriege gefallen waren und die anderen, deren Väter arbeitslos und im Begriffe waren, ihr Vermögen zu verlieren. So waren wir alle im Banne der allgemeinen deprimierenden Atmosphäre der Stadt in höherem Maße, als es die Buben unseres Alters anderswo waren, ausgenommen in Orten, die näher an der Front lagen.

Ich hatte einen besonders günstigen Beobachtungspunkt, der Vater meines besten Freundes, Rudolf Rösler, hatte seine Modeschmuckwerkstätte in seinem eigenen Haus, ganz nahe bei meiner Wohnung. Die Familie lebte im zweiten Stock und die Werkstätte lag im Kellergeschoß und im ersten Stock. Dort waren vier Brüder und eine Schwester zuhause und ich besuchte sie ziemlich oft nach der Schule. Die Mutter der Knaben bis hinunter zum jüngsten Bruder, Rudolf, musste den ganzen Tag den Klagen des Vaters über das Geschäft zuhören und wie grausam es war, dass England unsere gute Stadt Gablonz zum schwerst geschlagenen Opfer der Blockade auserkoren hatte. Ich musste auch in den ersten Wochen ziemlich oft den eher unpatriotischen Äußerungen des alten Rösler zuhören, der im Übrigen ein vernünftiger und kenntnisreicher Mann war. Er hatte die ganze Welt bereist, um seinen billigen Schmuck zu verkaufen und jetzt war sein ganzer wirtschaftlicher Erfolg plötzlich vernichtet. Doch als kräftiger Mann, der er war, mit seinen vier Söhnen an seiner Seite, reagierte er vital.

Er veranlasste den Bürgermeister und die Leute der Handelskammer und alle, die an der Industrie ein Interesse hatten, eine Massenveranstaltung im Ortsgasthaus einzuberufen, um eine Protestdemonstration zu organisieren und ein Mittel gegen die Katastrophe zu finden, welcher alle gleichmäßig ausgeliefert waren. Die Versammlung war von 1.000 Menschen besucht und muss der berühmten Versammlung am Rütli geglichen haben, als Wilhelm Tell die Schweizer Bürger ermahnte, zusammen zu halten und zu kämpfen; der Unterschied bestand diesmal darin, dass sie im Hause statt fand. Un-

ter dem Einfluss einer Menge Bier, dem überheizten Raum des Gasthauses und der allgemeinen Unzufriedenheit fanden die Teilnehmer keine konstruktive Lösung, die sie empfehlen konnten, sondern wurden sehr laut und beinahe einstimmig in der Verurteilung und Verdammung Englands für die Blockade und des besonderen Leides, das über Gablonz gekommen war. Gegen Ende der Versammlung waren die Redner kaum mehr zu vernehmen, weil die Menge in regelmäßigen Intervallen bloß ein Schlagwort schrie. Es war nicht ‚Lange lebe Österreich‘ oder ‚Noch länger lebe der alte Kaiser‘ oder ‚Vivat Wilhelm‘. Es war keine Ermutigung für Österreichs Heer, stattdessen war es ein Fluch gegen die englische Kriegsmarine, die so weit entfernt und so brutal gegen unsere Stadt vorging. Der Ausruf war einfach und einstimmig ‚Gott strafe England‘. Eine neue Versammlung wurde eine Woche später einberufen, um praktische Maßnahmen in betracht zu ziehen, die niemand entwickeln konnte, da an diesem Tage die stimmliche Erregung gegen England und seine Methode, unsere Lebensader mit der Außenwelt in unserem Modeschmuckgeschäft abzuschneiden, alle anderen Gedanken ausschloss.

Während der darauf folgenden Woche erschien mein Freund Rudolf nicht in der Schule und ich konnte ihn nicht besuchen, weil seine Mutter mit gesagt hatte, dass er krank sei. Ich sah ihn erst am Abend der zweiten Massenversammlung; er stand mit seinen drei Brüdern, seinem Vater und seiner Mutter hinter einer Theke, die sich bei Eingang der Türe in der Gastwirtschaft befand. Sie waren damit beschäftigt, große Kisten auszupacken und den Zahlstisch und die Tische zu schmücken, wo sie ein neues Produkt, das in der vorhergegangenen Woche geschaffen worden war, ausstellten.

Dies alles war in aller Heimlichkeit und Eile vor sich gegangen und die ganze Familie musste zusammen arbeiten, um rechtzeitig für die Massenversammlung der guten Bürger von Gablonz fertig zu sein. Diese Bürger kamen in kleinen Gruppen und in großer Anzahl innerhalb der nächsten Stunde und alle blieben bei Rösslers Stand stehen. Sie kauften dort etwas, sprachen laut und gratulierten den Rösslers für ihre Initiative. Dann betraten alle den Versammlungssaal. Stunden später, beim Hinausgehen konnte man beobachten, dass alle Teilnehmer ein kleines Metallstück gekauft oder bekommen hatten, eine Art Knopf, mit einer Sicherheitsnadel an der Innenseite, auf dem in großen schwarzen Buchstaben auf einem gelben Hintergrund die Worte aufgedruckt waren ‚Gott strafe England‘. (Die Knopffarben waren die österreichischen kaiserlichen Farben) Es schien fast so, dass das Einfache aufscheinen diese Verwünschung auf den Rockaufschlägen unsere guten Leute von ihren Sorgen befreit hatte. Sie atmeten leichter und benahmen sich so, als hätten sie Mut und Entschlossenheit angesichts des Angriffs des Feindes auf ihre Industrie gefunden.

Am nächsten Tag in der Schule umringten alle Buben Rudolf R. und gratulierten ihm für seinen Patriotismus und den Bürgersinn seiner Familie, wobei sie ihm Kund taten, in wie hohem Grad alle Väter und jene, die an der Versammlung teil genommen hätten, Rösslers Findigkeit und Kampfgeist bewundert hätten, von seinem Geschäftssinn gar nicht zu reden.

Ein paar Tage später eröffnete Rudolf, dass inzwischen die Firma den Verkauf der ‚Hasse England‘ Knöpfe voll organisiert hatte, zuerst in Böhmen und dann in allen Teilen des ausgedehnten österreichischen Reiches und sogar im nahe gelegenen Deutschland. Telegramme, Telefonanrufe, viele Tausende Briefe langten in R's Werkstätte ein und neue Arbeitskräfte und Büropersonal mussten eingestellt werden, um sich des plötzlichen Geschäftsflusses anzunehmen, der daraus entstanden war.

Rössler hatte in der Zwischenzeit mit einem Dutzend seiner Konkurrenten Abschlüsse gemacht, für ihn und mit ihm die gleichen Knöpfe in anderen Größen, Farben Formen, Preiskategorien zu erzeugen, jedoch mit der gleichen an Gott und gegen England gerichteten Verwünschung. Es wurde offenbar, dass Rössler den Markt in die Enge getrieben und alle seine Konkurrenten mit seinem Erfolg überrascht hatte, so dass kein anderer Erzeuger ihn nachahmen oder konkurrenzieren konnte.

Die Stadt war fasziniert und glücklich. Wir in der Schule verbrachten unsere Pausenzeit, indem wir Rudolf zuhörten und andere Jungen, deren Väter an dem Gott-gegebenen Spiel beteiligt waren, und es schien, als hätte Gott sie gleichfalls von der Idee gesegnet, zu wissen, wie sie dieselbe maximal ausnützen konnten.

Es machte überhaupt nichts aus, dass die politischen Nachrichten von Tag zu Tag schlechter wurden, dass die Drohung Englands und die Bedrohung durch England ihre Schatten bald über ganz Mitteleuropa (nicht über Gablonz allein) warfen und dass Deutschland und Österreich eine Anzahl Schlachten gegen die bösen Russen, die Franzosen und andere Feinde verloren hatten. Es schien wichtiger, dass jedermann in Österreich überzeugt sei, dass England der Erzfeind sei und dass man dieses Wissen und den Wunsch nach einer raschen Bestrafung Englands durch Gott auf seinem Rockaufschlag zeigen müsse. Gleichzeitig galt dies als Beweis für Gottesfurcht und Patriotismus.

Einige Knaben in unserer Klasse und in der ganzen Schule hatten Zugang (kostenlos und wann immer fehlerhafte Knöpfe aus den Pressen kamen) zu einer großen Anzahl vieler Knopfmodelle. Sie verwendeten sie nötigenfalls auf beiden Rockaufschlägen in verschiedenen Formen und Farben und auch auf ihren restlichen Kleiderbeständen. Dies als Illustration, was für einen gewaltigen Markt es für die Zeichen des Hasses gab und für die Annäherung an Gott mittels Gebet für Hilfe und für Gerechtigkeit.

Die Familie Rössler hatte dieses Geschäft und Slogan, soweit England betroffen war, monopolisiert und voll ausgenützt; es wurde bald offenbar, dass andere Familien und Firmen nicht weniger einfallsreich waren. Meine Schulkameraden brachten neue und andere Abzeichen in die Schule und verteilten sie zu niedrigen Preisen an jeden, der dafür Geld auszugeben bereit war. Diese waren nicht negativ, sondern stellten positive Aufforderungen dar. Viele dieser Inschriften assoziierten sich mit Gott, Kaiser und Vaterland oder stellten einfach fest ‚Auf Gott vertrauen wir‘ oder kühner ‚Gott ist mit uns.‘

Sobald diese Grundidee, dass Menschen ihre Überzeugung auf Rockaufschlägen zu zeigen hätten, durchgedrungen war, da gab es für diese neue Erfindung zur öffentlichen Meinung und zum Aufbau von Begeisterung kein Halten mehr. In jener Zeit gab es weder Hörfunk noch TV und die Zeitungen wiesen große Spalten weiß, beziehungsweise zensurierten Raums auf, in welchen die schlechten Nachrichten als breite Spalten ganz in weiß und nicht, wie man hätte annehmen können, in schwarz erschienen. Daher mussten Siege an der Vorderseite der Menschen, d.h. an den Rockaufschlägen der Männer oder am Busen der Damen angezeigt werden. Gablonz war der Platz, an dem man mit dieser neuen revolutionären Aktion der Nachrichtenübermittlung und Propaganda lebte und beobachten konnte. Sie wurde von der Regierung und natürlich auch vom Stadt- und Gemeinderat mit Wohlwollen betrachtet.

An der Wende vom September zum Oktober 1914 steigerten sich Größen, Farben und Bereiche des Abzeichen-Geschäfts in einem solchen Grade, dass es keine Arbeitslosigkeit mehr gab. Die Werkstätten arbeiteten Tag und Nacht, es gab Lebensmittel in Fülle, öffentliche Unterhaltungen wurden wieder in den Bierhallen und Gärten abgehalten und meine Klassenkameraden waren wieder froh und ausgelassen. Jeden Morgen brachten einige Buben neue Knöpfe, Abzeichen und Zeichen jedweder Art in die Schule, die sie zu Geld machten, beziehungsweise ihre Klassenkameraden damit erfreuten. Schöpferische Fantasie und Geschmack wurden vergewaltigt, Siege wurden erfunden, neue Schlagwörter in langen oder kurzen Sätzen wurden zur Mode des Tages und auch der finanzielle Erfolg einiger Familien, die ihren Sohn in meiner Klasse hatten, entstand daraus.

Ich entsinne mich nicht mehr nur eines Prozentsatzes des Geredes, der Verwünschungen, der Segenswünsche, der hoffnungsvollen Wortbildungen und der Glückwünsche, die in Wort und Bild auf diesen Neuschöpfungen der Gablonzer Industrie ausgedrückt waren. Diese wurden natürlich an die gesamte österreichische Bevölkerung verkauft. Man kann sich ausmalen, wie stark der Umsatz wuchs, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bei einer Bevölkerung von 50 Millionen auch nur 20 % die Knöpfe kauften. Manche Leute drehten sogar ihre Rockaufschläge um und zeigten Knöpfe auf beiden Seiten (ich meine vorne), andere steckten auf jeden Anzug einen anderen Knopf

und hängten sie in die Kästen zuhause und bald bekamen Mäntel, Regenmäntel, Pelze mit dem neuesten Knopf heraus und bewiesen so den Einfallsreichtum und den Erfindungsgeist der Gablonzer Industrie.

Wir auf unseren Schulbänken nahmen natürlich einen vorderen Platz in der Auswirkung dieses unglaublichen Erfolges ein, der heimischen Ruhm und neuen Wohlstand in unsere Stadt gebracht hatte. Die meisten Leute vergaßen die Verluste, die sie durch die Perfidie Englands wegen des Zurückhaltens von Zahlungen aus Indien für die letzten Vorkriegslieferungen erlitten hatten, oder wegen der Unmöglichkeit für unsere Leute, dringend benötigte Damenarmbänder nach Zentralafrika zu versenden. Wir glaubten, wir hätten die Behinderung überwunden und die Engländer bei ihrem liebsten Spiel, dem Geschäft, geschlagen. Kein Fußball mehr nach der Schule. Unsere Freizeit war voll und angenehm mit Knöpfen, Abzeichen, Klebern oder wie man dieses neue, so stark nachgefragte, so rasch herstellbare und so leicht in Umlauf gebrachte Produkt auch nennen mag, ausgefüllt.

Eines Tages brachte ein Junge namens Willi einen großen weißen Karton in die Schule mit, den er uns zeigte und auf dem die gesamte Musterpalette aus seines Vaters Werkstätte in sauberen Reihen von 10 verschiedenen Abzeichen pro Reihe befestigt war. Dieser Mann war Spezialist für lateinische Sprüche und zwar für den Spruch ‚Viribus Unitis‘. Jeder von uns als Lateinschüler wusste natürlich, was dies bedeutete, weil es sich auch auf vielen österreichischen Briefmarken und anderenorts befand. Statt eine Marke auf die Rückseite zu lecken und dieselbe dann wegzuschicken und damit zu verlieren, steckte man ein Abzeichen an den Rockaufschlag und dieses blieb dort. Der alte Sinn von ‚Viribus Unitis‘ sollte viele österreichische Menschen zusammen schweißen und sie dazu ermahnen, ihre Kräfte zu vereinen.

Willis Vater hatte eine neue Bedeutung für den lateinischen Spruch gefunden. Kürzlich waren dem Bündnis der traditionellen Verbündeten Deutschland und Österreich, die ihre Kräfte bereits vereinigt hatten, neue Verbündete, nämlich die Bulgaren und die Türken beigetreten. Diese verstanden wahrscheinlich Latein viel besser als Deutsch und deshalb druckte Willis Vater ‚Viribus Unitis‘ über die Köpfe der vier verbündeten Herrscher, nämlich Österreich-Bulgarien-Deutschland und die Türkei, versinnbildlicht durch die beiden Kaiser, den Zaren und den Sultan, alle auf einem großen Knopf zusammen gefasst.

Die Musterkarte, die wir sofort nach der Schöpfung dieser Neuheit zu Gesicht bekommen hatten und die sensationelle Variation eines alten Themas waren faszinierend. Der große Karton war wunderschön in patriotischen Farben der vier Länder gedruckt, kurze Beschreibungen erklärten, wer wer sei auf der Oberfläche des Messing, und die Farben der entsprechenden Fahnen waren auf Grund der ‚Vierfarbendrucktechnik‘ aufgedruckt. Willi erklärte uns dies mit Stolz. Die Technik funktionierte nicht restlos im Falle Bulga-

riens, weil die grüne Farbe seiner Fahne über die Zahl vier hinaus ging und durch ein helles Blau ersetzt war, eine Mischung zwischen regulärem blau und weiß. So viel zur Vierfarbentechnik.

Einer von uns hatte, nachdem er diese Schaustellung von Einfallsreichtum und Qualitätsarbeit gesehen hatte, eine intelligente Idee. Er fragte, bzw. bat Willi, eine ganze Schachtel dieser Kartons aus seines Vaters Werkstätte in die Klasse zu bringen, der Kartons, aus welchen die Musterkarten hergestellt wurden. Am darauf folgenden Tag, als die Schachtel die Schule erreicht hatte, wurde deren Inhalt unter den 15–20 Buben, die an diesem Vorhaben interessiert waren, verteilt. Dieses Projekt nahm unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch und beschäftigte uns bis Weihnachten 1914.

Unsere Gruppe machte den Vorsatz zum Beschluss, für alle Zeit ein äußeres Zeichen sozusagen dessen aufzubewahren, was sich in Gablonz in den ersten paar Monaten des neuen historischen Zeitabschnittes zugetragen hatte und der mit unserem Jahr in der Sekunda begonnen hatte. Wir wollten diese Unterlage sammeln, zusammenstellen und bewahren und, wenn vollständig, dem Museum der Stadt anbieten. Keine andere Gruppe von Knaben des Gymnasiums oder sonst wo waren für die Durchführung dieser Aufgabe in einer so günstigen Lage. Ohne Zögern und ohne Aufschub begannen wir zu arbeiten. Wir teilten den Stadtplan in zehn gleiche Abschnitte, von denen jeder eine Anzahl Werkstätten und Erzeuger von Kriegserinnerungsknöpfen, wie wir sie nannten, erhielt. Je zwei Knaben, vorzugsweise solche, die im selben Abschnitt lebten, hatten die Modelle, Auswahl usw. zu beschaffen, zu sammeln und zusammen zu stellen und eine vollständige Unterlage der Produktion ihrer jeweiligen Nachbarn, sprich Lieferanten, zu erstellen. Diese zahllosen Abzeichen waren auf dem Karton zu befestigen, entsprechend zu beschriften und zu benennen und sodann waren die verschiedenen Parteien in die Gesamtsammlung einzubeziehen. Dies alles hatte vor Weihnachten fertig gestellt zu sein. Es würde auf feierliche Weise dem Museum der Stadt im Rahmen einer Zeremonie präsentiert werden, die im Detail zu einem späteren Zeitpunkt ausgearbeitet werden sollte.

Die interessanteste und ansprechendste Seite dieses Planes war jedoch, dass alle Buben ein persönliches Interesse an dieser mühevollen Arbeit und an einer Belohnung dafür haben mussten. Dies war sehr klar in den Statuten unseres Unternehmens eingearbeitet worden. Statt einfach jeden Hersteller um jeweils ein Modell zu bitten, hatten wir um jeweils drei Stück von jeder Gattung wenigstens, in der Hoffnung, diese zu erhalten, einzukommen. Eines der drei konnte der Junge behalten, das zweite war für Zwecke des Handels und des Tausches bestimmt und das dritte war natürlich für das Museum gedacht.

Das Unternehmen wurde ein ganz großer Erfolg, nicht nur, weil alle Erzeuger, ob sie nun Vater eines Buben in der Sekunda waren oder nicht, groß-

zünftig zu unserem Warenvorrat beitragen, sodann auch deshalb, weil wir fest stellten, dass in anderen Klassen unserer Schule eine echte Nachfrage seitens sogenannter Sammler, Knopf-Amateure, interessierter Zwischenhändler und Hausierer bestand, die gerne ein Drittel unserer Ernte in der einen oder anderen Weise aufnahmen. Weiters erreichten wir die Mitarbeit unseres Schuldieners und seine Frau, der Bedienerin, die mit ihrem Sohn im Erdgeschoß der Schule wohnten. Dieser gute Mann, der uns in seiner Freizeit mit preislich etwas überhöhtem Konfekt und alkoholfreien Getränken versorgte, stellte ein geräumiges Zimmer im Dachgeschoß unserer Schule zu unserer Verfügung. In dieses leere Zimmer brachten wir unser Lager, richteten Arbeitstische und Lagerraum ein und begannen mit der Gablonzer Kriegsknopfabzeichen-Börse. Ein Drittel jeder Ausgabe, neu oder alt, genügte, um das Handeln in die Wege zu leiten.

Die Bestimmungen sahen vor, dass wir kein Geld von unseren eigenen Klassenkameraden annehmen sollten, dass jedoch jeder andere Kunde oder interessierte Partei, die einen bestimmten Knopf kaufen oder einen vollständigen Karton an Sorten, beziehungsweise Zusammenstellungen, erwerben wollte, entweder bar zu bezahlen habe oder im Tauschwege erwerben müsse. Manche Buben besaßen bereits eine Markensammlung, die sie vor dem Krieg begonnen hatten, als dies noch leicht war. Andere, die diese Gelegenheit verpasst hatten, stießen nach und tauschten die Knöpfe in Briefmarken um, um auf diese Weise kostenlos zu zwei Sammlungen zu kommen, die mit der Zeit sich als wertvoll erweisen könnten. Da Knöpfe, besonders jene mit der Inschrift ‚Gott strafe England‘, immer reichlicher vorhanden waren, wurden Briefmarken des Britischen Weltreiches und andere Feindmarken wegen der verdammt Blockade seltener und daher gesuchter.

Innerhalb weniger Wochen entwickelte sich regelmäßiger Handel und Tausch im Dachgeschoß der Schule zu festgelegten Stunden in der Woche. Einer von uns hatte ständig den Schlüssel zum Verkaufsstock und wir wechselten uns beim Einladen sogar Außenstehender aus anderen Schulen und jüngere Knaben aus der Volksschule ab, die auf Grund ihrer geschäftlichen Unerfahrenheit unsere bestzahlenden Kunden wurden.

Es gelang uns, in ihren Schoß oder besser auf ihre Rockaufschläge eine Anzahl fehlerhafter Ausgaben, Fehldrucke, falsche Farbsortimente usw. abzuschleichen, die wir in größeren Mengen von den Erzeugern erhalten hatten. Wir verkauften einige davon sogar zu höheren Preisen und bewiesen so den jüngeren Knaben, dass auch Briefmarken, wenn sie Fehldrucke waren, zu höheren Preisen abgingen. Wir erfuhren, dass nichts einen potentiellen Käufer mehr anzieht als eine Antike (wenn auch neu gemacht) oder eine Seltenheit, wenn es sich auch um ein schadhafte Exemplar handelt, dessen einziger Besitzer er für alle Zeit ist.

Wir lernten auch andere Wirtschaftsgesetze zu dieser Zeit, so zum Beispiel, dass man alle Gesetze straflos übertreten kann, solange man nicht gefasst wird, ausgenommen das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Beachtet man letzteres nicht, verlor man Geld und die Ware ihren Preis, oder das Messing wurde vorzeitig matt, wenn man mit dem Verkauf zu lange zuwartete, oder es gab eine Baisse in türkischen Fahnen, weil der aufgehende Mond der Türkei sich nicht so gut verkaufte, wie das orthodoxe Kreuz der Bulgaren.

Wir bekamen eine vollkommene Vorführung des Ablaufes des Preissystems in der freien Unternehmerwirtschaft und in der freien Marktwirtschaft, sozusagen ein Mikrokosmos. Ein Beispiel dafür, was geschehen kann, ereignete sich mehrere Monate später, als Italien sich den Reihen der Feinde Österreichs anschloss. Dies führte zu einem kurzen, aber intensiven Aufleben und Steigen des Knopfmarktes mit einer Anzahl neuer Ausgaben, die sich mit dem italienischen Problem befassten. Die Produzenten erwarteten sich einen größeren Erfolg, doch wurde bald klar, dass die Umsätze stagnierten und unser Bodenraum wurde plötzlich mit ‚Hasse Italien‘ Knöpfen überflutet, deren Besteller, wie ich mich erinnere, die Aufschrift trug „Viel' Feind, viel' Ehr“. Der italienische Überraschungsangriff trieb die Massengunst für die Türkei, das jüngste Opfer Italiens, in die Höhe und der Verkauf des Bildes des ‚Sultans und Fahnen‘-Knopfes erlebte einen zeitweiligen Auftrieb.

Was mich selbst betrifft und meine ursprüngliche Mitwirkung im Sammeln und Handeln von Erzeugnissen der psychologischen Kriegsführung, so hatte ich die mir zugewiesene Rolle ziemlich ehrenvoll ausgefüllt. Mein Eifer vermochte jedoch nicht dem Vergleich mit anderen Buben standzuhalten und war mit dem Eifer jener nicht vergleichbar, deren ganze Zeit mit Sammelwut und Profitgier aus Tausch und Handel verbraucht wurde. Möglich, dass ich begann, den vergänglichen und kurzlebigen Wert des Messings, das so schnell matt wurde und des Eisens, das rostig wurde, zu verstehen, ebenso wie die beschränkte Zahl von Knopflöchern, die leer blieben, als die Kleidung im Österreich der Kriegszeit seltener wurde.

Die Nachrichten von der Front wurden entmutigend, die Siege seltener, der Winter kälter und die allgemeine Einstellung zu Kaiser und Vaterland sank mit der Temperatur und der Pattstellung, die für die weiteren vier Jahre ausgehalten werden musste. Als Weihnachten 1914 sich näherte nahm ich langsam meine früheren Hobbies auf, wie Markensammeln, Klavierspielen, das Lesen von Wildwestern, Schach und andere Spiele. Als ich aus den Weihnachtsferien nach Gablonz zurückkehrte, hatte ich nicht genügend Raum im Schrank und Schubladen, um all die neuen Geschenke unterzubringen, die Bücher und anderen Sachen, die den geringen vorhandenen Platz einnahmen. Von diesem Zeitpunkt ab setzte meine Abzeichen Sammlung Staub an, in ir-

gendeiner Ecke, und eines Tages zu Beginn des Jahres 1915, schüttete ich den ganzen Haufen Karton und gestanztes Metall in den Mülleimer.“

Soweit der anonyme Ich-Erzähler. Er dürfte nicht der Einzige gewesen sein, der seine Ansteckknöpfe weg geworfen hatte, sie sind so gut wie nicht mehr zu finden. Aber auch andere Branchen hatten den Patriotismus als Geschäft entdeckt. Bunte Postkarten wurden in großen Auflagen erzeugt, mit Bildern der Kaiser, des Generalstabs, Siegfried, der Mitteleuropa verteidigt oder Hasstexten wie „Gott strafe England“ oder „Gegen welsche Tücke und Habgier“. Aber auch die Porzellanindustrie bemächtigte sich des Themas, mit entsprechenden Bildern und Aufschriften auf Tellern, Tassen, Bechern, oder aber Pfeifenköpfen für die Front mit „Gruß aus der Heimat“. Somit dürfte der Erste Weltkrieg der Beginn einer regelrechten Propagandaindustrie gewesen sein, hinter der kommerzielles Interesse und kriegstreibende Ideologie standen. Auf diese Weise schafften es auch eigentlich nicht kriegswichtige Branchen zumindest zeitweilig durchaus lebhaft Konjunktoren zu erzielen.



Postkarte aus dem Ersten Weltkrieg mit der propagandistischen Grußformel „Gott strafe England! Er strafe es“, Privatsammlung Dieter Stiefel.

## **Für kurze Zeit im selben Boot. Österreichs Unternehmer und die Gewerkschaften im Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg**

Karl Bachinger

Über die Ursachen des politischen und wirtschaftlichen Scheiterns der Ersten Republik herrscht bis heute unter Historikern keine Einhelligkeit. Weitgehende Übereinstimmung besteht lediglich darin, dass entscheidende Weichen für das Schicksal des neuen Kleinstaates schon in der Umbruchperiode nach dem Ersten Weltkrieg gestellt wurden. Wie diese Weichenstellungen zu konkretisieren sind, darüber gehen die Meinungen aber schon wieder auseinander. Das Argumentationsspektrum reicht von der Auffassung, es hätten von Anfang an die „zentrifugalen, destruktiven Kräfte“<sup>1</sup> überwogen, bis hin zum Befund, nach 1918 wäre eine ähnliche Entwicklung wie nach dem Zweiten Weltkrieg möglich gewesen. Dabei ist gegenwärtig die lange in der österreichischen Zeitgeschichtsschreibung unverkennbare Tendenz deutlich abgeklungen, die Zwischenkriegszeit als Spielwiese ideologischer und/oder parteipolitischer Legitimationsbedürfnisse zu vereinnahmen. Ebenso ist die problematische methodische Vorgangsweise so gut wie obsolet geworden, die politische von der gesellschaftlich-ökonomischen Sphäre zu trennen und damit deren kausale Verschränkungen unreflektiert zu lassen. Die Einbeziehung einer sozioökonomischen Dimension in die geschichtswissenschaftliche Betrachtung kann jedoch auch zu Abgleitflächen führen, nicht zuletzt dazu, sozioökonomische Theorie in verkürzter Weise über historische Prozesse zu stützen. Eine solche, noch immer nicht ganz überwundene Verkürzung ist es, die Geschichte der Ersten Republik primär als Ausfluss eines grundlegenden Klassenantagonismus zu interpretieren. Die Annahme einer starren Dichotomie von Bürgertum und Arbeiterschaft ist jedenfalls zu undifferenziert und zu holzschnittartig, um als analytisches Werkzeug brauch-

---

1 Norbert Leser u. Richard Berczeller, *Als Zaungäste der Politik. Österreichische Zeitgeschichte in Konfrontationen*, Wien, München 1977, 122.

bar zu sein. Was nicht heißt, dass es keine Interessengegensätze gab; sie waren sogar beträchtlich, lassen sich aber nicht immer mit den Greifarmen einer theoretischen Verabsolutierung fassen. Dies soll im Folgenden am Beispiel des österreichischen Unternehmertums und der Gewerkschaften<sup>2</sup> in der komplexen Umbruchsituation nach dem Ersten Weltkrieg demonstriert werden. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert waren beide zu Kernelementen des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems geworden, die Unternehmer als ökonomische Machttträger, die Gewerkschaften – mehr als die Arbeiterparteien – als eine erstarkende Gegenmacht. Besondere historische Konstellationen können aber solche Konfigurationen aufbrechen, Macht und Gegenmacht in gleicher Weise in Frage stellen. Eine derartige Konstellation schuf der Erste Weltkrieg.

### **Im Zeichen des Burgfriedens: Unternehmer und Arbeiter in den Kriegsjahren**

Das Gebiet der heutigen Republik Österreich erlebte von der Wirtschaftskrise 1873 bis 1913 einen langen, nur durch einige kleine Wachstumsdelten beeinträchtigten Wirtschaftsaufschwung. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate betrug in diesen vier Vorkriegsjahrzehnten real 2,5 Prozent. Der Kriegsausbruch beendete abrupt diese Prosperitätsperiode und führte zu einer markanten Schrumpfung des Brutto-Inlandsprodukts. 1914 sank es real um 16,5 Prozent, 1915 um 7,2, 1916 um 1,2, 1917 um 2,2 und 1918 um 2,1 Prozent. Im ersten Nachkriegsjahr 1919 verringerte es sich um weitere 15,6 Prozent. Mit einer Höhe von umgerechnet 14.599 Millionen Dollar (Basis 1990) entsprach es dem Stand von 1893/94. Anders ausgedrückt: Die österreichische Volkswirtschaft wurde durch den Krieg um ein Vierteljahrhundert zurückgeworfen.<sup>3</sup>

Ob die Entwicklung der österreichischen Industrie mit diesem allgemeinen kriegswirtschaftlichen Krisenmuster konform ging, lässt sich aufgrund des unzureichenden statistischen Materials nicht eindeutig klären. Nach anfänglichen Umstellungsschwierigkeiten, die nach Kriegsbeginn einen erheblichen Produktionsrückgang nach sich zogen, waren vor allem jene Sparten voll ausgelastet, die für die Ausrüstung der Wehrmacht arbeiteten. Besonders

---

2 Der Fokus der Betrachtung liegt auf den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die zu dieser Zeit eine weitgehende Monopolstellung bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen innehatten.

3 Berechnet nach Angus Maddison, *Monitoring the World Economy 1820–1992*, OECD, Paris 1995, 180f. Noch dramatischer war der Rückschlag durch den Zweiten Weltkrieg. Das Brutto-Inlandsprodukt des Jahres 1945 von 11.803 Millionen Dollar kam dem von 1884 gleich.

die Eisen- und Stahlindustrie, die Maschinen-, die Elektro- und die Chemische Industrie erlebten eine starke Expansion. Ein charakteristisches Beispiel bot auch der Aufschwung der Autoindustrie, die vor dem Krieg noch ein Industriezweig von geringer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung gewesen war. Bei Kriegsausbruch wurde die Personenwagenerzeugung in den zwölf Fabriken der österreichischen Reichshälfte fast zur Gänze eingestellt und die Produktion völlig auf militärische Lieferungen ausgerichtet. Bis Kriegsende war schließlich das investierte Kapital von 40 Millionen Kronen auf 200 Millionen Kronen gestiegen, die Arbeiterzahl von 5000 auf 15.000 und der Gesamtumsatz von 30–35 Millionen Kronen auf 700–800 Millionen Kronen (wovon mindestens zwei Drittel auf den Bereich der späteren Republik Österreich entfielen).<sup>4</sup> Noch hypertropher gestaltete sich die Rüstungsindustrie im engeren Sinn; allein im Wiener Neustädter Industrieraum wurden in der Munitionsfabrik Wöllersdorf, der Sprengstofffabrik Blumau sowie in den Rüstungsbetrieben Sollenau, Felixdorf, Theresienfeld, Enzesfeld und Hirtenberg weit über 100.000 Arbeiter zusammengezogen.<sup>5</sup>

Die Forcierung der Kriegsproduktion erfolgte jedoch auf Kosten jener Produktionszweige, die im Schatten der Rüstungshektik standen. Die Bauwirtschaft, die Papierindustrie, die Nahrungsmittelindustrie und andere, denen geringere Relevanz für die Erreichung der kriegswirtschaftlichen Augenblicksziele zugestanden wurde, entwickelten sich deutlich regressiv; hier traten Desinvestitionseffekte und ein zunehmender Arbeitskräftemangel auf, da aus diesen „kriegsunwichtigen“ Bereichen verstärkt Männer für das Heer rekrutiert wurden. Durch diese äußerst unterschiedlichen Produktionsbedingungen während des Krieges ergaben sich gravierende Verzerrungen im Produktionsgefüge, das sich immer weiter von den Anforderungen der Friedenswirtschaft entfernte. Die Unterbindung des internationalen Warenaustausches bewirkte überdies irreversible Veränderungen auf den Exportmärkten. Vor allem überseeische Länder nutzten die kriegsbedingte Absenz der europäischen Wirtschaftsmächte zum Aufbau neuer Produktionen.<sup>6</sup>

4 Bericht über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse in Niederösterreich während der Jahre 1914–1918. Dem Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten erstattet von der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbebekammer in Wien, Wien 1920, 200.

5 Denkschrift der österreichischen Kammer für Arbeiter und Angestellte, in: W.T. Layton u. Charles Rist, Die Wirtschaftslage Österreichs. Bericht der vom Völkerbund bestellten Wirtschaftsexperten, Wien 1925, 135.

6 So büßte beispielsweise die österreichische Magnesitindustrie, die vor dem Krieg den Weltmarkt beherrschte, wichtige Marktanteile ein, da ihr durch die amerikanische North Western Magnesite Company ein bedeutendes Konkurrenzunternehmen erwuchs und zudem durch die im Krieg begonnene Ausbeutung der Vorkommen in der Mandschurei Absatzmöglichkeiten nach China, Japan und Indien verloren gingen.

Seit 1916 geriet auch die Rüstungsproduktion, nicht zuletzt durch den sich verschärfenden Rohstoffmangel, immer mehr ins Stocken. Eine ausreichende Heeresversorgung konnte selbst durch eine rücksichtslose Reduzierung des Zivilkonsums und die Heranziehung von Ersatzstoffen nicht mehr aufrechterhalten werden. 1918 war die Erschöpfung in der Industrie eine beinahe vollständige<sup>7</sup>, und im ersten Nachkriegsjahr 1919 verfiel sie in einen geradezu komatösen Zustand. 1920 lag das Niveau der Industrieproduktion bei 45,6 Prozent des Jahres 1913; unter den österreichischen Wirtschaftszweigen war nur die Lage des Baugewerbes noch desaströser.<sup>8</sup>

Eine Frage, die schon die Zeitgenossen beschäftigte und in späteren historischen Darstellungen kontrovers beantwortet wurde, war die nach Existenz und Ausmaß der Kriegsgewinne. In der kollektiven Wahrnehmung während der Kriegsjahre und der anschließenden Inflationszeit mögen legendäre Neureiche wie Camillo Castiglioni<sup>9</sup>, Siegmund Bosel<sup>10</sup> oder Richard Kola die Vorstellung genährt haben, auch viele andere Industrielle und Bankiers hätten die spezifische Nachfragestruktur einer Kriegswirtschaft dazu genutzt, um große Profite anzuhäufen. Eine objektive Beurteilung der Gewinnsituation von Unternehmungen stößt jedoch auf beträchtliche Schwierigkeiten. Gewisse Anhaltspunkte geben die im Krieg veröffentlichten Bilanzen der Aktiengesellschaften. Die darin ausgewiesenen Reingewinne stellen zweifellos untere Grenzzahlen dar, da „die schon im Frieden bekannte und berüchtigte Kunst des ‚Frisierens‘ von Bilanzen“<sup>11</sup> noch erheblich verfeinert wurde, einerseits, um den Unmut der darbenenden Bevölkerung nicht zu schüren, andererseits, um nicht eine drohende Kriegsgewinnsteuer zu provozieren. Das größte Problem bei einer realistischen Einschätzung der Kriegsgewinne erwächst aber aus dem Faktum der Geldentwertung. Die Lebenshaltungskosten stiegen von Juli 1914 bis November 1918 um mehr als das 16fache; der

---

Ludwig Pawlaczy, Magnesitindustrie, in: Arthur Katz-Foerstner (Hg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaft, Berlin 1924/25, 50. Aber auch andere Industriezweige sahen sich nach Kriegsende in ihren Exportchancen beeinträchtigt. Friedrich Hertz, Der industrielle und soziale Wiederaufbau nach dem Kriege, Wien 1918, 5.

- 7 Vgl. Gustav Gratz u. Richard Schüller, Der wirtschaftliche Zusammenbruch Österreich-Ungarns. Die Tragödie der Erschöpfung, Wien, New Haven 1930.
- 8 Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 14. Sonderheft, Wien 1965, 38.
- 9 Dieter Stiefel, Camillo Castiglioni oder Die Metaphysik der Haifische, Wien, Köln, Weimar 2012.
- 10 Thomas M. Hoffmann, Der Fall Siegmund Bosel – Siegmund Bosels Fall. Über das Leben des österreichischen Kriegs- und Inflationsgewinners (1893–1942), Diplomarbeit Wirtschaftsuniv. Wien, Wien 1990.
- 11 Wilhelm Winkler, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges, Wien, New Haven 1930, 166.

Wert der Krone auf den Devisenmärkten fiel hingegen nur auf rund ein Drittel, nicht zuletzt deshalb, weil im Krieg die außenwirtschaftlichen Verflechtungen stark reduziert waren und die Monarchie sich durch die alliierte Blockade dem Zustand eines „geschlossenen Wirtschaftsstaates“ näherte.<sup>12</sup>

Durch die eskalierende Inflation entsprechen daher die aus den Bilanzen und anderen Quellen entnommenen Gewinndaten einem deutlich geringeren realen Gegenwert. In späteren Darstellungen nahmen aber einige Autoren, sei es aus „Naivität“, sei es aus „ideologischen Befindlichkeiten“<sup>13</sup>, Bezug auf diese nominellen Zahlen und zeichneten so ein unrealistisches Szenarium einer allgemeinen Gewinnexplosion.<sup>14</sup> Andererseits ist es aber auch problematisch, die Bilanzdaten einfach mittels des Lebenshaltungskostenindex zu deflationieren<sup>15</sup>, da nur ein Bruchteil der Kriegsgewinne in den Konsumfluss, Investitionsgüter und Kapitalanlagen wie Effekten, Häuser, Grundstücke etc. jedoch weniger massiven Preissteigerungen unterworfen waren. Der Wirklichkeit am nächsten dürfte wohl das Urteil von Wilhelm Winkler kommen, dass auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung „das Bild, das die Gewinne bieten“, überaus „bunt“ gewesen sei. „Immerhin können wir“, führt er aus, „drei große Abteilungen bilden: solche Betriebsgruppen, deren Reingewinn unter den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen (einschließlich der Höchstpreispolitik der Regierung) in seinem Realwert fortschreitend und stark zusammenschmolz: Kohle, sonstiger Bergbau, Elektrizität,

---

12 Zur Zerrüttung des Währungswesens im Krieg siehe Jan van Walré de Bordes, *The Austrian Crown. Its Depreciation and Stabilization*, London 1924; Alexander Popovics, *Das Geldwesen im Kriege*, Wien 1925.

13 Otto Hwaletz, *Der große Bruch. Der Auftakt zu Österreichs langer Krise durch Krieg, Staatszerfall, wirtschaftlichen Rückschlag und Inflation nach 1914/18*, Norderstedt 2008, 496.

14 So beispielsweise Rudolf Fuchs, *Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten an Hand statistischer Daten dargestellt*, Diss. Zürich 1918. Oder auch Hans Hautmann, *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924*, Wien, Zürich 1987, 62.

15 Diese Vorgangsweise findet sich unter den neueren Arbeiten bei Otto Hwaletz, der solcherart zu dem Ergebnis gelangt, die realen Gewinne der Gesamtindustrie seien von 1914 bis zum Kriegsende durchgehend gesunken und es habe daher „kein generelles Kriegsgewinnlertum in der österreichischen Industrie gegeben“. Hwaletz, *Der große Bruch*, 497. Diese Aussage ist tendenziell wohl richtig, wenngleich er aus den oben genannten Gründen die Intensität der Gewinnschrumpfung erheblich überzeichnet. Er versteht seine Feststellung aber auch als Kritik an der bisherigen wirtschaftshistorischen Forschung. Dem ist entgegenzuhalten, dass in den meisten Studien nie von einem „generellen Kriegsgewinnlertum“ die Rede ist, sondern auf die überaus heterogene Gewinnsituation der Unternehmungen in der Kriegswirtschaft hingewiesen wird. Gerade diese Heterogenität blendet Hwaletz mit seiner Verabsolutierung der aggregierten Daten weitgehend aus.

Ziegel, Zement, Papier, Banken, Versicherungsunternehmen; dann solche Betriebsgruppen, bei denen sich wenigstens zeitweilig große Realkriegsgewinne ergaben: Erdöl und Petroleum (allerdings neben einem durch den Russeneinbruch in Galizien 1914/15 bewirkten Fehljahr), Mühlen, Textilien, Leder, Waffen und Munition, Maschinen und Lokomotiven, Automobile und Chemikalien; schließlich eine Mittelgruppe, die nicht so schlecht wie die erste, aber auch nicht so gut wie die zweite Gruppe im Krieg davorkam: Bier, Zucker, Spiritus, Metallwaren, Glas (außer dem Fehljahr 1914) und die Großhandelshäuser.<sup>16</sup>

Winkler zählt auch die Banken zu den Kriegsverlierern. Andererseits war der Bankenapparat durch den Krieg mehr als je zuvor in den Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens gerückt. Seine funktionale Bedeutung bei der Umstellung der Industrie auf die Kriegswirtschaft, bei der Finanzierung der Zentralen und der Emission von Kriegsanleihen sicherten ihm einen beherrschenden Einfluss auf die Kriegsökonomie. Die Bilanzsummen stiegen rasant an, ebenso die ausgewiesenen Gewinne; es wurden auch beträchtliche Kapitalerhöhungen vorgenommen.<sup>17</sup> Wieder stellt sich aber das de facto unlösbare Problem, wie all diese nominellen Zahlen inflationsbereinigt zu interpretieren sind. Eduard März betont in seiner Darstellung der Bankpolitik dieser Zeit, dass die Heranziehung von Verbraucherpreisindizes in diesem Zusammenhang nicht zielführend ist. „Aber selbst wenn wir annehmen, daß die Preise von Industriegütern (sowie Rüstungsmaterialien) nur halb so rasch gestiegen sind wie jene von Lebensmitteln (und lebenswichtigen Konsumgütern), so ergibt sich daraus, daß die Bilanzsummen der Großbanken im Jahre 1918 *real* weit unter das Niveau des letzten Friedensjahres gesunken waren.“ Aber, fügt er hinzu, auch ein (nicht vorhandener) Industriegüterindex wäre kein sehr geeigneter Maßstab für die Deflationierung der Bilanzsummen: „Der ‚wahre‘ Wert von Bilanzsummen läßt sich kaum mit Hilfe von globalen Meßzahlen ermitteln, da die einzelnen Posten der Bilanz einem sehr unterschiedlichen Rhythmus der Wertveränderung unterliegen.“<sup>18</sup> In einer vom *Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung* vorgenommenen Rekonstruktion des österreichischen Volkseinkommens von 1913 bis 1963 kommen hingegen die Autoren Anton Kausel, Nandor Németh und Hans Seidel zu dem Ergebnis, dass der Bankensektor (unter Einschluss der Versiche-

---

16 Winkler, Die Einkommensverschiebungen in Österreich, 171.

17 Max Sokal, Die Tätigkeit der Banken, in: Bericht über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse 1914–1918, 1122f. Leo Sonnenschein, Die Wiener Banken im Kriege, Wien 1919, 17f.

18 Eduard März, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien 1981, 227.

rungen) zwischen 1913 und 1920 ein ausgeprägtes Wachstum von über 48 Prozent zu verzeichnen hatte.<sup>19</sup>

Dass sich die kriegswirtschaftliche Gewinnbilanz zwar nicht generell, aber verschiedentlich sehr positiv gestaltete, dafür spricht nicht zuletzt auch die Selbsteinschätzung der Wirtschaft. So heißt es beispielsweise in einem Bericht der Elektroindustrie, die Unternehmen hätten „die glänzenden Einnahmen der Kriegsjahre“ benutzt, um sich für die Friedensaufgaben vorzubereiten. „Einige haben ihr Aktienkapital beträchtlich erhöht und die offenen Reserven sind durchwegs ganz erheblich gestärkt worden. Bei manchen Gesellschaften übersteigen sie die Hälfte, ja sogar das Aktienkapital. Beträchtliche Abschreibungen haben den Buchwert von Gebäuden, Werkstätten und des fundus instructus konsolidiert ... Die bei vielen Unternehmungen während des Krieges notwendig gewordenen Neubauten, Erweiterungen und Vermehrungen des Maschinenparks usw. drücken sich teils in den Bestandskonten aus, teils wurden sie aber schon aus den Betriebsrenten gedeckt ...“<sup>20</sup> Selbst wenn man ins Kalkül stellt, dass im Krieg keine Statistiken über den zunehmenden Wertverfall der Krone veröffentlicht wurden, um die anfängliche Kriegsbegeisterung und später das Durchhaltevermögen der Bevölkerung nicht zu unterminieren, lässt sich nicht annehmen, gerade Wirtschaftstreibende wären gegenüber den Inflationseffekten blind gewesen und hätten sich daher einer Gewinnillusion, einer „Euphorie der großen Zahl“<sup>21</sup> hingegeben. Dies muss man auch der in ihrer Wirtschaftsberichterstattung seriösen und linker „ideologischer Befindlichkeiten“ unverdächtigen *Neuen Freien Presse* zugestehen, die im Oktober 1918 – allerdings in dieser allgemeinen Formulierung überspitzt – anmerkt, der Krieg habe der Industrie eine „Hochkonjunktur mit beispiellosen Gewinnen gebracht“.<sup>22</sup>

Auf weniger Unwägbarkeiten stößt die Rekonstruktion der materiellen Lage der Arbeiterschaft. Unter normalen Umständen hätte ihr der zunehmende Arbeitskräftemangel eine starke Position gesichert, die kriegswirtschaftlichen Bedingungen ließen jedoch die Ausnützung einer solchen Marktkonstellation nicht zu. Der Staat sah naturgemäß in einer strikten Disziplinierung der Arbeiter eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente wirtschaftliche Kriegsführung. Die Gewerkschaften, die – wie später noch näher auszuführen sein wird – von Anfang an in die offizielle Kriegswirtschaftspolitik integriert waren, setzten diesen Intentionen kaum Widerstand entgegen. Daher wurden die durch das Kriegsleistungsgesetz von 1912 festgelegten Zwangs-

---

19 Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, 40.

20 Bericht über die Industrie, den Handel und die Verkehrsverhältnisse 1914–1918, 226.

21 März, Österreichische Bankpolitik, 227.

22 Neue Freie Presse, 21. Oktober 1918, 14.

maßnahmen voll wirksam. Das bedeutete, „daß jeder Betrieb von dem Augenblick an, wo er unter Kriegsleistung gestellt wurde, seines Personals sicher war. Es konnte von anderen Betrieben nicht mehr abgemietet werden, man war daher auch nicht genötigt, Ansprüchen auf Lohnforderungen nachzugeben, um den Wegzug von Arbeitern zu verhindern, und man war endlich auch gegen Arbeitseinstellungen und Widersetzlichkeiten gesichert, weil das Gesetz alle Angestellten und Arbeiter verpflichtete, den von der militärischen Aufsicht oder Leitung des Betriebes für die Durchführung von Arbeiten erteilten Befehlen unbedingt Folge zu leisten und sie im Falle einer Verletzung dieser Pflicht der Militärstrafgerichtsbarkeit und der militärischen Disziplinarstrafgewalt unterwarf. Ein unter Kriegsleistung gestelltes Unternehmen bildete mit seinem ganzen Personal gewissermaßen einen unter Kriegsrecht stehenden Heeresbetrieb“.<sup>23</sup>

Die Konsequenz war eine drastische Verschärfung der Situation der Arbeiterschaft: Die Reallöhne sanken – soviel man aus den spärlichen Lohnstatistiken der Kriegszeit entnehmen kann – bis 1918 auf durchschnittlich ein Drittel bis ein Viertel des Friedensniveaus.<sup>24</sup> Als sich in der zweiten Kriegshälfte die Lebensverhältnisse der Arbeiter immer mehr verschlechterten, gewährte man Teuerungszulagen, die umgekehrt proportional zur Höhe des Grundlohnes gestaffelt waren. Dies führte zu einer Umschichtung des Lohnsystems vom Leistungs- zum Alimentationsprinzip<sup>25</sup> und zu einer Einbnung der herkömmlichen Lohnunterschiede zwischen Gelernten und Ungelernten sowie zwischen Männern und Frauen. Erst in den letzten Kriegsmonaten wurden verschiedentlich die Löhne selbst stärker angehoben, um die steigende Unruhe unter der Industriearbeiterschaft einzudämmen. Trotz aller Nivellierungstendenzen blieb die existenzielle Bedrohung innerhalb der Arbeiterschaft aber uneinheitlich. Die Beschäftigten in den kriegswichtigen Industrien schnitten besser ab, da sie durch Überstunden und Sonntagsarbeit ihren Verdienst erhöhen konnten und sie häufig auch bessere Bezugsmöglichkeiten an Nahrungsmitteln vorfanden. Bei anderen Arbeitern gibt

---

23 Richard Riedl, *Die Industrie Österreichs während des Krieges*, Wien, New Haven 1932, 10f.

24 Karl Bachinger, *Umbruch und Desintegration nach dem Ersten Weltkrieg. Österreichs wirtschaftliche und soziale Ausgangsposition in ihren Folgewirkungen auf die Erste Republik*, Habilitationsschrift, Wien 1981, 57 u. 61.

25 „Man kann die Tendenzen, die das Alimentationsprinzip in sich birgt, auch so formulieren, daß man als seinen Zweck die Sicherung des Existenzminimums für die Gesamtheit der Arbeiterschaft, sei es auch auf Kosten der besser qualifizierten Gruppen, bezeichnet.“ Benedikt Kautsky, *Löhne und Gehälter*, in: Julius Bunzel (Hg.), *Geldentwertung und Stabilisierung in ihren Einflüssen auf die soziale Entwicklung in Österreich*. Schriften des Vereins für Sozialpolitik 169 (1925), 110.

die Relation von Lohnhöhe und Preisindex zumeist nicht die wahre Verelendung wieder, da sie ihren elementaren Lebensbedarf nur partiell durch die unzulänglichen offiziellen Lebensmittelrationen decken konnten, den anderen Teil aber im Schleichhandel zu stark überhöhten Preisen kaufen mussten. Ein Überleben war daher oft nur möglich, indem das kärgliche Sachvermögen aufgezehrt wurde und man Wäsche und einfache Gebrauchsgegenstände gegen Nahrungsmittel eintauschte.

Noch stärker als die Reallöhne der Arbeiter verringerten sich jene der Privatangestellten und vor allem der öffentlich Bediensteten. Ein verheirateter, kinderloser Staatsbeamter der 4. Rangklasse, der 1913 auf einen Jahresbezug von 20.000 Kronen kam, verdiente 1918 24.720 Kronen, das Gehalt eines Beamten der 9. Rangklasse erhöhte sich im selben Zeitraum nominell von 2.320 Kronen auf 4.202 Kronen.<sup>26</sup> Das bedeutete, dass ihre realen Bezüge nur mehr 11 Prozent bzw. 17 Prozent des Vorkriegsstandes betragen. Auch hier dasselbe Bild: eine gewisse Angleichung zwischen den einzelnen Gehaltsstufen bei gleichzeitigem Zusammenschmelzen der Realwerte, wobei diese Entwicklung bei den Staatsbediensteten noch wesentlich ausgeprägter war als bei den Privatangestellten. Wenngleich die Masse der Beamten und Angestellten nach wie vor über ein höheres Einkommen verfügte als die Arbeiter, begannen sich doch die traditionellen Statusdifferenzen zunehmend zu verwischen. Besonders gegen Kriegsende verdienten einige Facharbeiter in der Rüstungsindustrie mehr als so mancher niedere Beamte. „Objektiv gerieten viele Angestellte und Beamte ihrer materiellen Lage nach in die Nähe des Proletariats, während sich ihr Prestigeanspruch gerade auf größtmögliche Distanzierung zu den unteren Klassen gründete. Das Bewußtsein der ‚Deklassierung‘ verhinderte eine Solidarisierung, der Zorn des depossedierten Mittelstandes richtete sich weniger gegen den Krieg und seine Urheber als zum Beispiel gegen die Rüstungsarbeiter ...“.<sup>27</sup>

Der Krieg zog aber nicht nur gravierende Einkommensverschiebungen nach sich, er bewirkte zwangsläufig auch charakteristische Veränderungen in der Wirtschaftsordnung. Die Abkehr von der Konkurrenzökonomie der

---

26 Arnold Madle, Die Besoldungsverhältnisse der österreichischen Staatsbeamten 1914 bis 1920, Beilage zur Statistischen Monatsschrift, Wien 1920, 12.

27 Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2, München 1973, 218. Diese Haltung des Mittelstandes kommt in zahlreichen Schriften der Kriegs- und Nachkriegszeit zum Ausdruck. Eduard Liszt zum Beispiel versteigt sich in seiner sonst instruktiven Studie über die sozialen Auswirkungen des Krieges zu der grotesken Bemerkung, „...daß der Arbeiter mit seiner Familie vielfach ganz bedeutend besser und jedenfalls sorgloser lebte als der Unternehmer“. Eduard Liszt, Der Einfluß des Krieges auf die soziale Schichtung der Wiener Bevölkerung, Wien, Leipzig 1919, 58.

Vorkriegszeit vollzog sich allerdings nur langsam und zögernd. Zum einen waren die militärischen Verwalter, die in den Rüstungsfabriken installiert wurden, zumeist betriebswirtschaftlich viel zu wenig versiert, um unternehmerische Entscheidungen beeinflussen zu können; ihre Existenz erweiterte vielmehr – wie noch zu zeigen sein wird – die Möglichkeit der Unternehmer, Lohnkosten zu minimieren. Zum anderen entschloss sich der Staat nur widerstrebend und unter dem Druck der Ereignisse zu Bewirtschaftungsmaßnahmen. Vor allem der bald auftretende Rohstoffmangel zwang zu organisatorischen Überlegungen, die sich wesentlich am Vorbild der deutschen Kriegswirtschaftspolitik orientierten. Die zahlreichen Zentralen, die seit dem Herbst 1914 aus dem Boden der Vorratsarmut wuchsen<sup>28</sup>, wurden allerdings im Gegensatz zum Deutschen Reich ausschließlich mit privatem Kapital gegründet, da die Regierung die Auffassung vertrat, es sei Sache der Industrie, ihre Rohstoffbezüge selbst zu finanzieren. Die staatliche Kontrolle der neuen Gesellschaften, der so genannten *Gemeinnützigen Aktiengesellschaften* beschränkte sich lediglich auf die Entsendung zweier Vertreter in den Verwaltungsrat sowie auf eine gewisse Begrenzung der Gewinne.<sup>29</sup> In der zweiten Kriegshälfte wurden die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper weiter ausgebaut, die in der Folge mehr und mehr das Fundament der kriegswirtschaftlichen Organisation bildeten. Den Zentralen wurden *Kriegsverbände* bzw. *Kriegsausschüsse* (oder, wie sie später genannt wurden, *Wirtschaftsverbände* bzw. *Wirtschaftsausschüsse*) zur Seite gestellt, öffentlich-rechtliche Körperschaften, die alle Unternehmungen eines Wirtschaftszweiges zusammenfassten und die zur Lösung von Verwaltungsaufgaben zum Teil mit behördlichen Agenden ausgestattet waren.<sup>30</sup> In der Praxis der Kriegswirtschaftspolitik spielten diese Selbstverwaltungsorgane eine viel wichtigere Rolle als die Ministerialbürokratie.<sup>31</sup> Selbst amtliche Reglementierungen waren nicht selten von privatwirtschaftlichen Kalkülen mitbestimmt. So richtete sich die – oft wenig erfolgreiche – Erlassung von Höchst-, Richt- und Bewirtschaftungspreisen nach Anträgen, die von den Selbstverwaltungskörpern eingebracht wurden.

Verglichen mit den Maßnahmen, die im Zweiten Weltkrieg ergriffen wurden, mutet in der Tat „die wirtschaftliche Gestion des Ersten Weltkrieges na-

---

28 Die ersten Zentralen, die im Oktober 1914 eingerichtet wurden, waren die *Vereinigte Österreichisch-ungarische Baumwollzentrale*, die *Wollzentrale A.G.* und die *Metallzentrale A.G.* Siehe auch Robert J. Wegs, *Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918*, Deutsche Bearbeitung von Heinrich Mejzlik, Wien 1979, 26ff.

29 Vgl. Heinrich Wittek, *Die kriegswirtschaftlichen Organisationen und Zentralen in Österreich*, in: *Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik*, N.F.II (1922).

30 Riedl, *Die Industrie Österreichs*, 68ff.

31 Egon Berger, *Für oder gegen die Zentralen?*, Wien 1918, 4.

hezu freiheitlich an“.<sup>32</sup> Die Schwäche der staatlichen Verwaltung, die noch stark in der wirtschaftsliberalen Vorstellungswelt der Vorkriegszeit verhaftet war, eröffnete besonders den Großunternehmen die Möglichkeit, die kriegsbedingten Organisationsprobleme weitgehend autonom zu regeln. Die allmähliche Demontage der liberalen Prinzipien war daher in erster Linie eine Antwort der wirtschaftlichen Verbände, die sich vielfach schneller aus früheren Denkmustern lösen konnten, erkennend, dass die Mangelsituation andere Strategien erforderte als die einer mehr oder minder freien Marktwirtschaft. Dem Staat fiel dabei die Rolle des Partners zu, der für die Erstellung der entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen zu sorgen hatte. Die Kriegswirtschaft bedeutete damit zwar einen Bruch der traditionellen Ehe zwischen Kapitalismus und Wirtschaftsliberalismus, keineswegs aber eine Erosion der privatwirtschaftlichen Grundstrukturen<sup>33</sup>, wie dies implizit durch die These vom „Kriegssozialismus“ suggeriert wurde. In der österreichischen Sozialdemokratie erkannte Karl Renner am klarsten das Wesen der Kriegsökonomie, indem er die Zentralen als Form eines „staatlich garantierten Kapitalsolidarismus“, nicht aber als Tendenzwende zum Sozialismus charakterisierte.<sup>34</sup> Das individualistische Gewinnstreben blieb nach wie vor die entscheidende ökonomische Triebfeder, die enge Liaison der Großindustrie und der Hochfinanz garantierte die Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen mit den Mitteln des Staates. Dieser geriet dadurch in ein weitaus stärkeres Abhängigkeitsverhältnis als umgekehrt das Privatkapital von den behördlichen Lenkungsversuchen tangiert wurde. Die Resultante der kriegswirtschaftlichen Vorgänge war daher weniger eine Expansion des Interventionsstaates, wohl aber eine Verdichtung der Konzentrationstendenzen<sup>35</sup>, auch

---

32 Reinhard Kamitz, Die österreichische Geld- und Währungspolitik von 1848 bis 1948, in: Hans Mayer (Hg.), Hundert Jahre österreichischer Wirtschaftsentwicklung 1848–1948, Wien 1949, 172.

33 Das Kriegsleistungsgesetz von 1912 sah grundsätzlich eine „Überlassung“ von kriegswichtigen Industrie- und Verkehrsbetrieben an die Militärverwaltung vor. Karl Renner hatte in der Debatte im Reichsrat diese Bestimmung mit Sarkasmus kommentiert: „... wenn es uns einmal einfallen sollte – falls wir einmal die Macht dazu, das heißt nur die einfache Mehrheit hätten –, das ganze bürgerliche Eigentum aufzuheben, wir würden einfach das Kriegsleistungsgesetz anwenden, und schicken jeden Fabrikanten aus der Fabrik fort, setzen einen Korporal hin und die Expropriation der Expropriateure vollzieht sich auf glatteste Weise“. Zit. Nach Margarete Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs, Wien, Köln, Weimar 1992, 50f. In der Praxis der Kriegswirtschaft kam es jedoch zu keinen solchen Enteignungen.

34 Karl Renner, Staats- oder Genossenschaftssozialismus, in: Der Kampf IX (1916), 215.

35 Die *Arbeiter-Zeitung* konstatierte z. B. im August 1917, dass sich unter dem Einfluss der Kriegswirtschaft die Bildung von Syndikaten und Kartellen vielfach auch schon dort vollzogen habe, „wo früher noch gewisse Hindernisse dafür bestanden“. *Arbeiter-Zeitung*, 9. August 1917, 7.

wenn sie nicht jenes Ausmaß erreichten wie im Deutschen Reich.<sup>36</sup> Die Zentralen, denen in der Praxis die Funktion von „Überkartellen“ zukam, sowie die übrigen kriegswirtschaftlichen Institutionen sicherten den Großunternehmen eine im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich stärkere Marktherrschaft.

Wechselvoller war die Rolle der Gewerkschaften in der Kriegswirtschaft. Nach Aufhebung des Koalitionsverbotes 1870 war es ihnen erst in den 1890er-Jahren gelungen, ihre Aktivitäten auf eine breitere organisatorische Basis zu stellen. 1893 wurde der erste Gewerkschaftskongress abgehalten und als ständiges Gremium die Gewerkschaftskommission installiert, die die Spitzenfunktionäre der branchenmäßigen und regionalen Gruppierungen vereinigte. Ziel der Gewerkschaften war es von Anfang an, eine sukzessive Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft zu erreichen, ohne die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung de facto in Frage zu stellen. Bis zum Ausbruch des Krieges konnte – trotz einiger Rückschläge – die Organisation ausgebaut werden, kollektive Arbeitsverträge traten verschiedentlich an die Stelle der individuellen Verträge, da vor allem kleine und mittlere Unternehmer die damit verbundenen Vorteile für die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens erkannten und auch der Staat darin ein Mittel sah, das Aufkommen radikaler Strömungen in der Arbeiterschaft zu verhindern. In der Großindustrie blieb jedoch zumeist der Herrenstandpunkt der Unternehmer ungebrochen.

Angesichts dieser Tendenzen einer Integration der Arbeiterschaft in den Staat war es wenig überraschend, dass sich nach der Kriegserklärung der Habsburgermonarchie an Serbien am 28. Juli 1914 die Gewerkschaften wie auch die sozialdemokratische Partei widerstandslos in die Reihe der Kriegsbefürworter einfügten, obwohl noch kurz vorher die Arbeiterorganisationen nicht nur Österreich-Ungarns, sondern auch Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Russlands zu Demonstrationen gegen den drohenden Krieg aufgerufen hatten. Den Gewerkschaften war bewusst, dass ein nicht-kooperatives Verhalten alle bisherigen Terraingewinne schlagartig zunichte gemacht hätte. Darüber hinaus lässt sich aber nicht verkennen, dass – wie Gerd Hardach anmerkt – „die Mehrzahl der Führer der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften und in den Parteien auch aus innerer Überzeugung dem Nationalismus letztlich doch stärker verpflichtet waren als der internationalen proletarischen Solidarität“.<sup>37</sup> Die Gewerkschaftskommission erließ nach Kriegsbeginn einen Aufruf, der einerseits beruhigend auf die Ver-

---

36 Vgl. Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918*. Tübinger Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 3, Düsseldorf 1974, 93ff.

37 Hardach, *Der Erste Weltkrieg*, 189.

trauensmänner in den Betrieben wirken sollte, andererseits aber auch eine lohnpolitische Selbstaufgabe zum Ausdruck brachte: Eine Behinderung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, hieß es, sei schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Gewerkschaften „in derartig ernsten Zeiten wie es die gegenwärtigen sind, eine *Reihe von Aufgaben* erfüllen, die sie in nicht zu verachtendem Umfang der *Staatsverwaltung abnehmen* ... Bezüglich der *Lohnbewegungen* glauben wir unsere Absicht dahin aussprechen zu müssen, daß die gegenwärtige Zeit für solche am *allerungünstigsten* ist und deshalb die *Einleitung und Fortführung von solchen möglichst unterlassen werden soll*“.<sup>38</sup>

Die Hoffnungen der Gewerkschaften, durch ihre bedingungslose Loyalität mit dem Krieg führenden Staat institutionelle Besserstellungen zu erlangen, erfüllten sich anfangs nicht. Margarete Grandner ortet in ihrer Studie *Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft* vier Phasen im gewerkschaftlichen Wirkungsfeld während des Krieges. In der ersten Phase, in den Monaten nach Kriegsausbruch, dominierten unangefochten die militärischen Ordnungsvorstellungen, denen sich die Gewerkschaften ohne Gegenwehr beugten. Die bald einsetzende Teuerung bei Lebensmitteln, der Unmut über die spürbarer werdenden realen Einkommensverluste und der wachsende Druck auf die Arbeiterschaft, der durch das Zusammenspiel von Unternehmern und den militärischen Betriebsleitern ausgeübt wurde<sup>39</sup>, veranlasste die Gewerkschaften in einer zweiten Phase zwischen dem Frühjahr 1915 und dem Herbst 1916 zu einer „dosierten Radikalisierung“.<sup>40</sup> Die Erfolge blieben jedoch bescheiden. So wurde auf Initiative des *Verbandes der Metallarbeiter* eine *Beschwerdestelle für Wien und Niederösterreich* eingerichtet, ein zahnloses Schlichtungsgremium ohne Durchgriffsrecht auf die Betriebe, in dem zwar Unternehmer und Gewerkschafter paritätisch vertreten waren, die Entscheidungsbefugnis aber beim militärischen Vorsitzenden lag.

Größere Stoßkraft erlangten die Gewerkschaften erst in einer dritten Phase vom Herbst 1916 bis zum Sommer 1918, als sich die Lage auf den Kriegsschauplätzen verschlechterte, die Versorgungsengpässe immer erdrückender

38 Zit. nach Fritz Klenner, *Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme*, 1. Bd., Wien 1951, 394f.

39 Es geschah nicht selten, dass die Arbeiter unter Androhung harter Strafen durch die militärischen Leiter gezwungen wurden, Akkord- und Zeitlöhne nach Gutdünken der Unternehmer anzunehmen. Eine vom Gewerkschafter Franz Domes eingebrachte Resolution wirft ein bezeichnendes Licht auf diese Praktiken: „Solche Fälle ereignen sich insbesondere dort, wo Reserveoffiziere, die im Zivilverhältnis selbst Unternehmer oder Fabrikanten sind, als militärische Kommandanten wirken oder wo zwischen dem Leiter und dem Unternehmer aus der Friedenszeit her andere wirtschaftliche oder gesellschaftliche Beziehungen bestehen.“ Zit. nach Klenner, *Die österreichischen Gewerkschaften*, 1. Bd., 418.

40 Grandner, *Kooperative Gewerkschaftspolitik*, 438.

wurden und gesellschaftliche Desintegrationserscheinungen aufzubrechen begannen. Nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Graf Karl Stürgkh durch Friedrich Adler bemühten sich die Nachfolgeregierungen unter Ernest von Koerber und Graf Heinrich Clam-Martinic um eine stärkere Einbindung der Arbeiterschaft in die Entscheidungsprozesse, um nicht eine innere Front im Hinterland zu provozieren.<sup>41</sup> Im März 1917 wurden Beschwerdekommis-sionen geschaffen, die an die Stelle der bisherigen Beschwerdestellen traten und mit weitreichenden Kompetenzen und Exekutivgewalt ausgestattet waren. Zur gleichen Zeit entstand als Abteilung des Handelsministeriums das *Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft*, das einen zentralistisch gelenkten Weg zur Friedenswirtschaft vorbereiten sollte. Unter den zahlreichen Experten, die herangezogen wurden, befanden sich auch Persönlichkeiten wie Joseph Schumpeter und der Mitherausgeber des *Österreichischen Volkswirts* Gustav Stolper.<sup>42</sup> Dem Generalkommissariat beige-stellt wurde der *Hauptausschuß für Kriegs- und Übergangswirtschaft*, der nicht zuletzt für einen möglichst breiten Basiskonsens zwischen den sozialen Großgruppen sorgen sollte. Als Unterorganisationen fungierten ein Rohstoff-, ein Finanz-, ein Verkehrs- und ein sozialpolitischer Ausschuss. Mit letzterem formierte sich „erstmal eine staatliche Organisation mit weiterem Aktionsfeld, die nach dem Grundsatz der Parität zwischen den Arbeitsmarktpartnern aufgebaut war. Auch alle Subkomitees, die zur Vorbereitung verschiedener Fragen gebildet wurden, folgten streng diesem Prinzip ... In Fragen der Sozialpolitik, deren Bedeutung angesichts der Schäden des Krieges leicht vorhersehbar war, war es notwendig, den Vertretern der Arbeiterschaft mehr Einfluß als bisher zuzugestehen. Einerseits konnte damit die wertvolle Mitarbeit der Arbeiterorganisationen erreicht werden, andererseits verschaffte sich die staatliche Verwaltung damit den notwendigen Druck, um die zur Aufrechterhaltung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse notwendigen Maßnahmen gegen den Widerstand wichtiger Unternehmergruppen durchzusetzen“.<sup>43</sup>

---

41 Bezeichnend für diese zunehmende Bereitschaft des monarchischen Regimes, die Arbeiterbewegung für seinen Überlebenskampf zu gewinnen oder sie zumindest zu neutralisieren, war die Haltung im „Fall Adler“. Friedrich Adler war nach seinem Revolverattentat auf Stürgkh, das er am 21. Oktober 1916 im Wiener Hotel *Meißl und Schadn* verübte, von einem Ausnahmegerichtshof zum Tod verurteilt worden. Kaiser Karl reduzierte die Strafe auf 18 Jahre Kerker; unmittelbar vor dem Umbruch im Herbst 1918 wurde Adler durch einen kaiserlichen Erlass amnestiert. Siehe dazu Rudolf G. Ardelt, *Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende*, Wien 1984.

42 Grandner, *Kooperative Gewerkschaftspolitik*, 316.

43 Ebenda, 320f.

Die Einbindung der Arbeiterorganisationen trug für den Krieg führenden Staat auch insofern Früchte, als diese umso bereiter waren, an der Eindämmung der Streikbewegungen mitzuwirken, die im Mai 1917 sowie im Jänner und Juni 1918 aufflammten. Vor allem der große Jännerausstand 1918 trug ungeschminkte Züge einer politischen Revolte, in der erstmals die Gewitterwolken der russischen Oktoberrevolution wetterleuchtend am österreichischen Horizont aufzogen. Seinen Ausgang nahm der Streik von den Daimler-Werken in Wiener Neustadt, er breitete sich rasch über den niederösterreichischen und Wiener Industrieraum aus, erfasste die Steiermark, Oberösterreich, Böhmen und Ungarn. Es bildeten sich erste Arbeiterräte, die neben einer Aufhebung der Militarisierung der Betriebe auch einen Friedensschluss mit Russland ohne drückende Bedingungen, ohne „Eroberungen und Entschädigungen“ forderten. In dieser für den Staat überaus bedrohlichen Situation musste auch die sozialdemokratische Partei als Feuerwehr auf den Plan treten, um einen Flächenbrand zu verhindern. Nach Verhandlungen mit der Regierung, die eher unverbindliche Zugeständnisse machte, gelang es schließlich nach acht Tagen mit großer Mühe, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

In den letzten Kriegsmonaten, seit dem Sommer 1918, verbreiterten sich in einer vierten Phase die gewerkschaftlichen Handlungsspielräume weiter. Die fortschreitende Lähmung der wirtschaftlichen Kriegsmaschinerie und die wachsende Ohnmacht des Staates, ausreichende Rahmenbedingungen zu gewährleisten, zwangen Unternehmer wie Gewerkschaften, auf einer autonomen Ebene ohne staatliche Vermittlung Lösungen zu suchen. Im Herbst 1918 übernahm ein organisatorisch noch im *Hauptausschuß für Kriegs- und Übergangswirtschaft* wurzelndes *Paritätisches Industriekomitee*, „abgekoppelt von der sich auflösenden staatlichen Verwaltung“<sup>44</sup>, die Kontrolle über den Arbeitsmarkt. Diese Einrichtung überlebte den Umsturz und sollte zu einem charakteristischen Stabilisierungselement der unmittelbaren Nachkriegszeit werden. Die Gewerkschaften, die in der ersten Kriegshälfte ihren ohnehin begrenzten Einfluss weitgehend eingebüßt hatten, waren zu einem unverzichtbaren Ordnungsfaktor geworden. Diese wechselnde Bedeutung der Bewegung spiegelt sich auch in der Mitgliederstatistik wider: 1913 weist sie für den Bereich der heutigen Republik (ohne Burgenland) 272.000 gewerkschaftlich Organisierte aus; bis 1916 sank der Mitgliederstand (auch, aber nicht nur durch Rekrutierungen) auf 116.000, um bis Ende 1918 deutlich über das Vorkriegsniveau hinaus auf 316.000 anzusteigen.<sup>45</sup>

---

44 Ebenda, 440.

45 Berechnet nach Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. 1, 465.

Die betrieblichen Konzentrationen, der Ausbau der korporativen Bindungen und der im Vergleich zur Friedenszeit verstärkte, wenngleich wenig durchschlagskräftige Interventionismus des Staates scheinen die Interpretation zu rechtfertigen, dass sich die seit der *Großen Depression* nach 1873 auftretenden Organisationstrends in Wirtschaft und Gesellschaft intensivierten, dass der Erste Weltkrieg einen „zunächst vorübergehenden Höhepunkt“ in der Entwicklung zum *Organisierten Kapitalismus*<sup>46</sup> darstelle. Dieser in der sozial- und wirtschaftshistorischen Diskussion vertretene These<sup>47</sup>, die allerdings nicht unbestritten blieb<sup>48</sup>, muss am Beispiel der Habsburgermonarchie mit Vorsicht begegnet werden. Der Begriff „Höhepunkt“ würde implizieren, dass sich eine Entwicklungskontinuität im und durch den Krieg zu besonderer Prägnanz verdichtet hätte. Es muss aber die Frage aufgeworfen werden, ob die Kriegswirtschaft nicht vielmehr als Erscheinung der Diskontinuität zu verstehen ist, wobei allerdings organisatorische und ideologische Grundmuster der Vorkriegszeit ihre Ausformung mitbestimmten. Dafür spricht nicht nur die rasche Renaissance des Wirtschaftsliberalismus nach dem Krieg, sondern auch die im Vergleich zur Vorkriegsära unterschiedliche Motivation, die hinter den kriegswirtschaftlichen Institutionalisierungen und staatlichen Eingriffen stand. Vor dem Krieg resultierte das Streben nach einer kollektiven Ordnung des Wettbewerbs hauptsächlich aus dem Interesse der Unternehmungen nach Sicherheit und Minderung der Marktrisiken, während der Staat

46 Der Begriff *Organisierter Kapitalismus* geht auf Rudolf Hilferding zurück. In einem Aufsatz, den er 1915 in *Der Kampf* veröffentlichte, modifiziert er Überlegungen, die er 1910 in seinem theoretischen Hauptwerk *Das Finanzkapital* angestellt hatte. Während er damals in der Dominanz des Finanzkapitals, d. h. in der Beherrschung der monopolistisch organisierten Industrie durch eine kleine Zahl von Großbanken, das finale Stadium der kapitalistischen Entwicklung sah, kommt er nunmehr, auch unter dem Eindruck der Kriegswirtschaft, zu anderen Schlussfolgerungen: „Anstelle des Sieges des Sozialismus erscheint eine Gesellschaft zwar organisierter, aber herrschaftlich, nicht demokratisch organisierter Wirtschaft möglich, an deren Spitze die vereinigten Mächte der kapitalistischen Monopole und des Staates stünden, unter denen die arbeitenden Massen in hierarchischer Gliederung als Beamte der Produktion tätig wären. Anstelle der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch den Sozialismus träte die den unmittelbaren materiellen Bedürfnissen der Klassen besser als bisher angepaßte Gesellschaft eines organisierten Kapitalismus.“ Rudolf Hilferding, *Arbeitsgemeinschaft der Klassen?*, in: *Der Kampf VIII* (1915), 322.

47 Jürgen Kocka, *Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen*, in: Heinrich August Winkler (Hg.), *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 9*, Göttingen 1974, 25.

48 Vgl. dazu die Replik auf Kockas These durch: Gerald D. Feldman, *Der deutsche Organisierte Kapitalismus der Kriegs- und Inflationsjahre 1914–1923*, in: Winkler, *Organisierter Kapitalismus*, 153.

vor allem die bedenklichen sozialen Folgen der freien Konkurrenzwirtschaft durch Interventionen zu mildern trachtete. Im Krieg hingegen bildeten die Ausrichtung auf die Kriegsproduktion und die Bewältigung der kumulativen Mangelercheinungen die unmittelbaren Antriebsmomente für eine verstärkte Organisation, die damit nicht Antwort auf immanente Probleme des industriewirtschaftlichen Systems, sondern auf die spezifischen Herausforderungen des Großkrieges war.

Die seit 1917 einsetzende Debatte über die Gestaltung der Übergangswirtschaft zeigt allerdings, dass industrielle Kreise an dem weitgehend monopolisierten Markt Gefallen gefunden hatten, auf dem sie nahezu risikolos ihre Geschäfte abwickeln konnten. Sie waren daher wenig an der Rückkehr zu einem Zustand interessiert, „in dem der beinahe als Rente fließende Geschäftsgewinn wieder Konjunkturschwankungen unterworfen sein würde“.<sup>49</sup> Zwar war mitunter von einer „Wiederherstellung des freien Verkehrs und der Beseitigung der Fesseln der privaten Initiative“<sup>50</sup> die Rede, solche Äußerungen wurden jedoch zumeist ohne Nachdruck vorgebracht und trugen den Charakter ideologischer Pflichtübungen. „Man kann sagen“, stellte Ende 1917 *Die Industrie* fest, „daß ... wenigstens (sic!) für die Übergangswirtschaft teils die Aufrechterhaltung, teils der Ausbau der Zwangsorganisationen als notwendig erachtet wird.“<sup>51</sup> Die Grundsätze der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sollten beibehalten werden, staatliche Eingriffe sich auf die Kontrolle und den Ausgleich von Interessengegensätzen beschränken.<sup>52</sup>

### **Nach dem Umsturz: Die politische Vereinsamung der Unternehmer, das Gespenst der Systemtranszendenz und die Ängste der Gewerkschaften**

Die militärische Niederlage, der Sturz des monarchischen Regimes und der Zerfall des Reiches schufen jedoch ein neues gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Szenarium. Um die Rolle unserer beiden institutionellen Protagonisten, der Unternehmer und der Gewerkschaften, in diesem veränderten Kräftefeld näher zu beleuchten, sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu ihrem Habitus angebracht. Es gehört zum Wesen des privatwirtschaftlichen Unternehmers, dass er imstande ist, sich nicht nur den Schwankungen

---

49 M. J. Bonn, *Der Kaufmann und der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens*. Schriften des Verbandes der am Übersee- und Großhandel beteiligten Firmen Wien-Triest, Wien 1918, 9.

50 Entschließung des Industriellentages 1917, in: *Die Industrie* XXII, 10. Dezember 1917, 29.

51 Ludwig Schüller, *Staat und Industrie*, in: *Die Industrie* XXII, 28. März 1917, 2.

52 Entschließung des Industriellentages 1917, 30.

der ökonomischen Marktverhältnisse, sondern auch wechselnden politischen Marktverhältnissen anzupassen. Will er unternehmerisch reüssieren, kann er sich politischen Nonkonformismus nicht leisten. Erfolgreiche Unternehmer gab und gibt es daher unter unterschiedlichsten gesellschaftlichen Voraussetzungen: in der Feudalzeit in Gestalt reicher Fernhandelskaufleute, im europäischen Absolutismus, später im Nationalsozialismus und in anderen Diktaturen, heute im postsozialistischen Russland ebenso wie im formalsozialistischen China. Hingegen kennt die Geschichte keine Unternehmer als politische Revolutionäre, sie kennt – von ganz vereinzelt Beispielen abgesehen – auch keine Unternehmer als Widerstandskämpfer.

Aber es bedarf noch mehr als bloße Anpassung an gegebene gesellschaftliche Bedingungen. Um ungestört und effizient ihren Geschäften nachgehen zu können, brauchen Unternehmer eine politische Abschirmung. Am klarsten hat dies Joseph Schumpeter herausgestellt, der nicht zuletzt durch sein – oft als Apologie missverstandenes – Theorem des innovativen Unternehmers wissenschaftliche Bekanntheit erlangte.<sup>53</sup> Die Fähigkeit des Unternehmers, vermerkt er, äußert sich nur in ökonomischen Leistungen, er besitzt aber keine politischen Führungseigenschaften. „Ein Geschäftsgenie kann außerhalb seines Büros völlig unfähig sein – und er ist es oft auch ... Da er dies weiß, wünscht er in Ruhe gelassen zu werden und die Politik in Ruhe zu lassen.“<sup>54</sup> Für Schumpeter ist das Wirtschaftsbürgertum „rationalistisch und unheroisch“; es besitzt nur rationalistische und unheroische Mittel, um seine Stellung zu behaupten und zu verteidigen. Es kann auf seine wirtschaftlichen Verdienste verweisen, mit Vernunftgründen für seine Sache eintreten, pekuniäre Zuwendungen versprechen oder drohen, sie zu verweigern. Oder es kann die unzuverlässigen Dienste von Politikern und Journalisten anwerben. „Aber ohne Schutz einer nicht-bourgeoisen Gruppe ist die Bourgeoisie politisch hilflos und unfähig, nicht nur die Nation zu führen, sondern auch nur für ihr besonderes Klasseninteresse zu sorgen.“<sup>55</sup> Schumpeter verweist auf den historischen Aufstieg des kapitalistischen Unternehmertums, der nur durch ein Bündnis mit der feudalen Elite möglich war, durch eine „aktive Symbiose“ zweier sozialer Schichten, von denen die eine die andere wirtschaftlich stützte, von der anderen aber umgekehrt politisch gestützt wurde. Als sich das kapitalistische System im 19. Jahrhundert voll durchsetzte und etablier-

---

53 Karl Bachinger u. Herbert Matis, *Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen*, Wien, Köln, Weimar 2009, 556–656.

54 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 8. Aufl., Tübingen, Basel 2005, 224.

55 Ebenda, 225.

te, änderte sich daran wenig. Das aristokratische Element machte sich weiterhin zum Vertreter der Interessen des Wirtschaftsbürgertums, kämpfte seine Schlachten, leitete den Staat, regierte.<sup>56</sup> Mit dem Zusammenbruch des monarchischen Regimes im Herbst 1918 endete in Österreich diese aktive Symbiose abrupt: Das Unternehmertum fand sich ohne politischen Rückhalt in den Wirren des Umbruchs wieder.

Und die Gewerkschaften? Sie stellten institutionelle Gebilde dar, die aus dem Boden des Kapitalismus gewachsen waren und in ihm bis heute verwurzelt sind. Anders ausgedrückt: Ihre Existenz war eng verbunden mit dem Vorhandensein eines kapitalistischen Wirtschaftsrahmens, nur in ihm konnten sie ihre Rolle als systemimmanente Gegenmacht ausfüllen. Ihre „besondere Funktion als *kollektiver Agent* im Tauschprozeß zwischen Lohnarbeit und Kapital“<sup>57</sup> wird jedoch obsolet, wenn in einer sozialistischen Sozietät Gesellschaftskapital und gesellschaftliche Arbeit verschmolzen sind. Zwar gab es später in den realsozialistischen Staaten weiterhin Gewerkschaftsorganisationen, sie agierten aber als völlig domestizierte und willfährige Erfüllungsgehilfen der Parteiapparate. Erst in der Abenddämmerung dieser Systeme mutierten verschiedentlich gewerkschaftliche Bewegungen wiederum zu Gegenmächten, aber es waren Gegenmächte ganz anderer Art: So bildete z. B. die 1980 gegründete *Solidarność* ein wesentliches Agens im Transformationsprozess Polens.

Angesichts der spezifischen Funktionalität der Gewerkschaften ergab sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert unvermeidlich eine mehr oder minder ausgeprägte Distanz zu den politischen Arbeiterparteien, die damals noch auf eine demokratische oder revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und auf die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft abzielten. Die Gewerkschafter waren hingegen im Hinblick auf ein soziales Jenseits eher Agnostiker, ihre Welt war das soziale Diesseits mit all den Missständen, mit denen die Lohnarbeiter leben mussten und die es zu bekämpfen galt. Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren gleichsam Schwestern mit

---

56 Das war nicht nur in der Habsburgermonarchie der Fall, auch in Deutschland formierte sich in der Industrialisierungsphase eine nachhaltige Allianz von kapitalistischem Bürgertum und Monarchie. So konstatierten Karl Marx und Friedrich Engels nach der Revolution 1848 in Preußen eine „*Vereinbarung* der Bourgeoisie mit der Krone“, ein „Markt der Bourgeoisie mit dem alten, in sein Schicksal ergebenen Staate“, einen „*contrat social* zwischen Regierung und Bourgeoisie“. Karl Marx u. Friedrich Engels, *Die Bourgeoisie und die Konterrevolution*, in: Karl Marx u. Friedrich Engels, *Werke* (MEW) 6, 111f.

57 Franz Traxler, *Evolution gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Entwicklungslogik und Organisationsdynamik gewerkschaftlichen Handelns am Beispiel Österreich*, Wien, Frankfurt 1982, 119.

unterschiedlichen Charakterzügen und Lebensentwürfen, die eine nüchtern und pragmatisch, die andere gläubig und messianisch. Diese innere Ambivalenz der Arbeiterbewegung wird schon bei Karl Marx thematisiert. So wirft er 1865 in Zusammenhang mit seiner These einer fortschreitenden „relativen“ Verelendung der Arbeiterschaft die Frage auf, ob die Arbeiterklasse ihre Versuche aufgeben soll, „die gelegentlichen Chancen zur Verbesserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen“. Seine Antwort lautet: „Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse ruinierter armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft ... Würden sie in ihren tagtäglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würde sich selbst unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen“. Gleichzeitig warnt er jedoch davor, die Arbeiterschaft solle die „endgültige Wirksamkeit“ dieser Lohnkämpfe nicht überschätzen, sie solle nicht „ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen ... Statt des konservativen Mottos: ‚Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk‘ sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!‘“<sup>58</sup> Was Marx hier anklingen lässt, bestimmte lange die Wahrnehmung der Gewerkschaften durch den politischen Sozialismus: Eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiterschaft durch eine erfolgreiche gewerkschaftliche Lohnpolitik und durch die Ausformung sozialstaatlicher Strukturen könnte zum „Quietismus“ des Proletariats führen, so dass es sein revolutionäres Potenzial verliert und Frieden mit dem Kapitalismus schließt.

In den Anfängen der österreichischen Arbeiterbewegung spielten solche Trennlinien noch keine Rolle. Die Gründerväter der sozialdemokratischen Partei um Victor Adler kümmerten „sich wenig um den wissenschaftlichen Anspruch des Sozialismus“.<sup>59</sup> Es bestand eine beiderseits akzeptierte Arbeitsteilung, die Gewerkschaften widmeten sich dem Kampf um die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft, die Partei machte die politische Emanzipation zu ihrem Anliegen, wobei die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts ein vorrangiges Ziel darstellte. Ein Primat der Partei existierte schon deshalb nicht, weil die Mitgliederbasis der Gewerkschaften wesentlich breiter war.<sup>60</sup> Auch nach Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1907 kam es zu keiner Gewichtsverschiebung. Die parlamentarischen Erfolge der Sozialde-

58 Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, in: MEW 16, 151f.

59 Wolfgang Maderthaner, Die Sozialdemokratie, in: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch u. Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 184.

60 So gab es z. B. in Wien Ende 1913 156.367 gewerkschaftlich, aber nur rund 34.000 politisch Organisierte. Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik, 10.

mokratie hielten sich in engen Grenzen, so dass unter den Arbeitern Stimmen laut wurden: „Unsere Abgeordneten setzen nichts durch. Ihre Bemühungen im Parlament sind erfolglos. Helfen können uns nur die Gewerkschaften“.<sup>61</sup> „Die enge Einbeziehung der Gewerkschaften“, fasst Margarete Grandner die Vorkriegssituation zusammen, „in die Arbeit der sozialdemokratischen Partei über viele ihrer obersten Funktionäre verhinderte bis zum Krieg fast alle Streitigkeiten zwischen den Organisationen und hatte gewichtige Folgen für die Partei. Die Gewerkschaftsvertreter sahen in ihrer Parteiarbeit hauptsächlich gewerkschaftliche Ziele vor sich und förderten dadurch in starkem Maße die ohnehin in der Partei vorhandenen Ansätze, sich bloß von pragmatischen Kalkülen leiten zu lassen.“<sup>62</sup>

Gewisse Akzentverschiebungen in den Bewusstseinslagen der Partei ergaben sich allerdings nach der Jahrhundertwende mit dem Auftreten der *Auströmarxisten*, einer Gruppe von jüngeren Sozialdemokraten, deren bekannteste Wortführer Karl Renner, Max Adler, Rudolf Hilferding, Otto Bauer und Gustav Eckstein waren und die sich 1907 mit der Zeitschrift *Der Kampf* ein Sprachrohr schufen. Mit ihnen fand das Marxsche Denkgebäude verstärkt Eingang in die Partei, allerdings in unterschiedlicher Auslegung. In der orthodoxen Sicht, die vor dem Krieg noch wenig einflussreich war, wurde den Gewerkschaften jener Platz zugeordnet, den wir schon bei Marx kennen gelernt haben. Sie wurden gleichsam als Vorfeldorganisationen definiert, die mit ihren lohn- und sozialpolitischen Aktivitäten dafür sorgen sollten, dem Proletariat die Fähigkeit zu verleihen, eben eine „umfassendere Bewegung ins Werk zusetzen“. Otto Bauer ging in einem Artikel vom März 1914 sogar noch weiter und versuchte der Gewerkschaftsarbeit eine revolutionäre Dimension zu geben. „In ihren Anfängen“, schreibt er, „hatten die Gewerkschaften nur die Aufgabe, den Arbeitern auf dem Boden des Kapitalismus günstige Arbeitsbedingungen zu erstreiten, ohne die kapitalistische Produktionsweise selbst anzutasten.“ Inzwischen habe sich der Kapitalismus gewandelt, Unternehmer seien dazu übergegangen, sich ebenfalls zu organisieren, die Abhängigkeit der gesamten Volkswirtschaft von industriellen Großbetrieben sei gewachsen, der technische Fortschritt ermögliche es auch, gelernte Arbeiter abzubauen und sie durch billigere ungelernete Arbeitskräfte zu ersetzen. Der gewerkschaftliche Kampf gestalte sich deshalb immer schwieriger. „Aber ebendadurch wird die geschichtliche Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes um so grösser. Der Streik trifft nicht mehr nur den einzelnen Unternehmer; er unterbindet die Volkswirtschaft, erschüttert die ganze Gesellschaft; er demonstriert die Unerträglichkeit der kapitalistischen Produk-

61 Otto Bauer, Gewerkschaften und Sozialismus, in: *Der Kampf* VII (1913/14), 242.

62 Grandner, Kooperative Gewerkschaftspolitik, 12.

tionsweise, indem er die Produktion schlechthin immer wieder unterbricht. Der gewerkschaftliche Kampf, mit dem vereinzelt Streik in der einzelnen Werkstatt beginnend, endet in riesenhaftem Klassenkampf auf der ganzen Front, in dem schliesslich die kapitalistische Produktionsweise selbst zusammenbricht. Der Lohnkampf endet mit der Aufhebung des Lohnsystems.“<sup>63</sup>

Im Verlauf des Krieges wurden Divergenzen innerhalb der Arbeiterbewegung offenkundiger. Um Friedrich Adler hatte sich eine innerparteiliche Opposition formiert, die sich die *Linke* nannte und gegen die Burgfriedenspolitik von Partei- und Gewerkschaftsführung auftrat. Ob Adlers Rede vor dem Ausnahmegericht im Mai 1917 das „Signal zum revolutionären Erwachen“ war, wie Julius Deutsch später anmerkte<sup>64</sup>, mag dahingestellt bleiben. Maßgeblicher waren jedenfalls andere Einflüsse: die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, die auch in Österreich Befürchtungen um die Parteieinheit wachrief, die ersten Arbeiterunruhen und Streiks und die revolutionären Ereignisse in Russland. In dieser Situation rückte Otto Bauer allmählich in die vorderste Reihe des Parteigeschehens. Er war als Reserveoffizier unmittelbar nach Kriegsbeginn eingezogen und an die russische Front abkommandiert worden, wo er im November 1914 in Gefangenschaft geriet. Ende August 1917 kehrt er im Zuge eines Gefangenen austausches nach Wien zurück. Er besucht Friedrich Adler im Gefängnis, der 1938 in seinem Nachruf auf Otto Bauer diese Begegnung schildert: „Er nimmt die Sache der Linken, die ich im Krieg geführt habe, auf, macht sie zu seiner eigenen, und auf jenem historisch gewordenen Parteitag von 1917 leitet er – wieder im Hintergrund, weil er als Militär auf dem Parteitag nicht auftreten durfte – die ganze Bewegung ...“<sup>65</sup> Der angesprochene Parteitag, der erste nach einer vierjährigen Pause, fand vom 19. bis zum 24. Oktober statt. Hier trafen die politstrategischen Differenzen zwischen dem Reformismus Karl Renners und der marxistischen Position Otto Bauers aufeinander, und dieser Wegestreit sollte im Austromarxismus der Zwischenkriegszeit weiterschwelen. Bauer hatte schon vor dem Krieg die „zwei verschiedenen Auffassungen des Sozialismus“, die „in der ganzen sozialistischen Welt“ gegeneinander kämpfen, so charakterisiert: „Der *Reformismus* lehrt: Schritt für Schritt erringt die Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, durch das Parlament soziale Reformen. So steigt die Arbeiterklasse friedlich, allmählich aufwärts. So wird die kapitalistische Ausbeutung friedlich, allmäh-

63 Bauer, Gewerkschaften und Sozialismus, 247f.

64 Julius Deutsch, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, 2. Bd., Wien 1932, 33.

65 Zit. nach Ernst Hanisch, Der große Illusionist. Otto Bauer (1881–1938), Wien, Köln, Weimar 2011, 132.

lich überwunden. Der *Marxismus* sagt: Gewiß müssen wir alle Kraft daran setzen, durch gewerkschaftlichen wie durch politischen Kampf dem Kapital möglichst grosse Zugeständnisse abzurufen. Aber wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß jeder Reformarbeit innerhalb der kapitalistischen Welt enge Schranken gesetzt sind. Die Entwicklung des Kapitalismus führt nicht zu friedlich-allmählichem Aufstieg des Proletariats. Sie führt zur Verschärfung der Klassengegensätze, zu immer gewaltigeren Klassenkämpfen so lange, bis das Proletariat stark genug wird, die Macht an sich zu reißen, Kapitalisten und Grundherren zu enteignen, auf den Trümmern des kapitalistischen Eigentums eine neue Gesellschaft aufzubauen.“<sup>66</sup> Zur Frage des Übergangs zum Sozialismus hatte Marx festgehalten: „Ein Aufstand wäre dort eine Dummheit, wo man durch friedliche Agitation rascher und sicherer das Ziel erreicht.“<sup>67</sup> Dieser Satz kann geradezu als Motto über Otto Bauers Nachkriegspolitik gestellt werden. Er hielt es für eine Dummheit, in dem neuen Kleinstaat, der völlig den Siegermächten ausgeliefert war, das Abenteuer einer revolutionären Aktion zu riskieren. Vielmehr sah er in den politischen Instabilitäten eine Möglichkeit, durch demokratische „Agitation“, die mitunter revolutionär verbrämt war, sofort wesentliche Bausteine für eine sozialistische Gesellschaft zu setzen. Marx hatte allerdings auch vermerkt, selbst bei einem demokratischen Sieg des Sozialismus würden die besitzenden Klassen wahrscheinlich nicht widerstandslos ihre Bastionen räumen. Sie würden über genügend Instrumente der Bürokratie und der bewaffneten Polizei verfügen, „um sich Gehorsam zu erzwingen“. Dann würde man eines Tages an die Gewalt appellieren müssen, um die „Herrschaft der Arbeit“ zu erringen.<sup>68</sup> Aus dieser Logik ist auch die viel diskutierte Passage im – von Otto Bauer konzipierten – Linzer Programm von 1926 zu verstehen, in der eine Strategie der „defensiven Gewalt“ angedroht wird, falls sich die bürgerlichen Parteien einem auf demokratischen Weg errungenen Sieg des Sozialismus mit Waffengewalt widersetzen sollten.

Auf dem besagten Parteitag 1917 kam es aber auch zu einer bezeichnenden Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsbewegung. Fritz Klenner berichtet in seinem Standardwerk zur Geschichte der österreichischen Gewerkschaften von einer Erklärung der Linken, die sie zum Bericht des Parteivorstandes einbrachte. Ein Punkt lautete: „Die Partei darf nicht zu einem *Wohltätigkeitsverein* werden, dessen ganze Tätigkeit sich darin erschöpft, einzelnen Arbeiterschichten eine kleine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse

---

66 Bauer, *Gewerkschaften und Sozialismus*, 248.

67 Karl Marx, Aufzeichnung eines Interviews, das Karl Marx dem Korrespondenten der Zeitung *The World* gewährte (1871), in: MEW 17, 641.

68 Karl Marx, Rede über den Haager Kongreß (1872), in: MEW 18, 160.

zuzuwenden ...“ Die Gewerkschaftsvertreter verstanden das als Angriff auf ihre Aktivitäten während des Krieges und reagierten heftig. Dies seien *politische* Anschauungen, die „für die gewerkschaftliche Tätigkeit vollkommen unmöglich seien: Entweder die Gewerkschaften dienen, selbst auf die Gefahr hin, auch weiter Wohltätigkeitsvereine genannt zu werden, der Emanzipation der Arbeiterklasse, indem sie die Durchführung sozialer Reformen überwachen – oder sie hören überhaupt auf, zu existieren.“ Und Klenner fügt hinzu: „Die Gewerkschafter in der Partei zogen damals einen scharfen Trennungstrich zwischen sich und der Linken.“<sup>69</sup> Aber die Linke mit ihrer Führungsfigur Otto Bauer sollte zu einem bestimmenden Faktor der sozialdemokratischen Nachkriegspolitik werden.

Für die Analyse des Nachkriegsgeschehens ist aber vorab auch eine Abklärung der inneren Struktur des Umsturzes angebracht. In der österreichischen Historiographie ist bis heute die Diskussion über den revolutionären Charakter der Ereignisse von 1918/19 nicht verstummt. Die Frage: Zusammenbruch oder Revolution? mündet zumeist in die Kontroverse, ob die Vorgänge Resultat einer akzidentiellen Konstellation waren oder vielmehr einer inneren Entwicklungslogik entsprangen. Die konservative Geschichtsschreibung neigt dazu, die revolutionäre Dimension der Geschehnisse zu leugnen, sie bloß als aleatorische Konsequenz des verlorenen Krieges und der politischen Aktivitäten der Feindmächte zu sehen; sie bringt damit implizit zum Ausdruck, dass durch den Zusammenbruch ein an sich intaktes politisches und gesellschaftliches System durch vorwiegend exogene Einflüsse zerstört wurde. Eine andere Perspektive ergibt sich, wenn man den Umbruch als durch den Krieg beschleunigten Durchbruch von Entwicklungstendenzen begreift, die bereits im Schoße der Monarchie angelegt waren. Joseph Schumpeter formulierte das 1921 pointiert: „Revolutionen brauchen eine tragende Idee, wenn sie etwas anderes sein sollen als mehr oder minder pompöser Unfug. Die Zeit, die soziale Entwicklung muß eine Idee geboren haben, die lebensnotwendig und übermächtig ist und auf irgendwelche Hemmungen in der sozialen Organisation stößt. Werden solche Hemmungen mit einem Ruck gewaltsam niedergerissen statt langsam vom Strom der sozialen Dinge hinweggeschwemmt zu werden, so ist das eine Revolution ...“<sup>70</sup> Von dieser Warte besehen bietet Otto Bauers Ansatz<sup>71</sup> einer Trimorphie von nationaler, demokratischer und sozialer Revolution einen tauglichen analytischen

---

69 Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Bd. 1, 437.

70 Joseph Schumpeter, Sozialistische Möglichkeiten von heute, in: Ders., Aufsätze zur ökonomischen Theorie, hg. v. Erich Schneider und Arthur Spiethoff, Tübingen 1952, 305.

71 Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, 95.

Zugang zum Verständnis der Umbruchsituation, auch wenn dieses Deutungsmuster aus einer kritischen Distanz gespiegelt werden muss.

Wenn man unter Revolution also einen gewaltsamen oder auch gewaltfreien Umsturz versteht, der nachhaltig eine neue gesellschaftliche Entwicklungsqualität nach sich zieht, so war das Auseinanderbrechen der Donaumonarchie eine nationale Revolution. Getragen wurde sie primär von den slawischen Völkern, bei denen in den letzten Dezennien des Habsburgerreiches die Bewusstseinsbildung in Richtung nationaler Unabhängigkeit bereits eine Massenbasis gefunden hatte<sup>72</sup>, so dass ihre politische Verselbständigung nur das durch die militärische Niederlage verdichtete Fazit einer evolutionären Präformation darstellte. Gerichtet war diese Emanzipationsbewegung gegen die bisher politisch und ökonomisch privilegierten, staatstragenden Nationalitäten, die Deutschösterreicher und die Magyaren, die nunmehr als die „Entthronten, die Entsagenden“<sup>73</sup> zurückblieben. Die Deutschen des untergegangenen Nationalitätenstaates reagierten am 12. November 1918 mit einer überstürzten Anschlussproklamation, mit der Erklärung, die neue Republik sei Bestandteil der Deutschen Republik. Vordergründig für diese Entscheidung war die Befürchtung, der Kleinstaat sei, auf sich gestellt, wirtschaftlich nicht lebensfähig.<sup>74</sup> Zum einen wurden die kumulativen Mangelercheinungen der unmittelbaren Nachkriegszeit in die Zukunft projiziert und daraus der Schluss gezogen, Österreich sei schicksalhaft und unentrinnbar für immer zu Hunger und Not verurteilt. Zum anderen wurzelte die negative Erwartungshaltung auch in einem Denkmuster, das Kurt W. Rothschild treffend als „Größenpessimismus“<sup>75</sup> umschreibt. Er entsprang der begrifflichen massenpsychologischen Reaktion, die der Sturz in die Kleinstaatlichkeit ausgelöst hatte, war aber auch durch Vorstellungen geprägt, die aus der Vorkriegszeit stammten. So resultierte ein konstitutives Element dieses Größenpessimismus, nämlich das Autarkiedenken, aus dem Geist des sich seit 1880 formierenden Imperialismus, für den die Ressourcenautonomie eine unabdingbare Voraussetzung darstellte, um im Kampf der Nationen bestehen zu können. Die Habsburgermonarchie war diesem „Ideal“ auch ohne überseeische Kolonien einigermassen nahe gekommen. Seit Kriegsausbruch hatte das Autarkie-

---

72 Richard G. Plaschka, Die revolutionäre Herausforderung im Endkampf der Donaumonarchie, in: Richard G. Plaschka u. Karlheinz Mack, Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum, Wien 1970, 28.

73 Gustav Stolper, Deutschösterreich, in: Der Österreichische Volkswirt XI/1 (1918/19), 49.

74 Ausführlich dargestellt sind die Diskussion über die Lebensfähigkeit Österreichs und die wirtschaftlichen Beweggründe der Anschlussbestrebungen bei Bachinger, Umbruch und Desintegration, 337–447.

75 Kurt W. Rothschild, Staatengröße und Lebensfähigkeit. Das österreichische Beispiel, in: Zeitschrift für Nationalökonomie XIX (1959), 303.

denken durch „das Leben in einer von Schützengräben umschlossenen blockierten Staatengruppe“<sup>76</sup> eine weitere Vertiefung erfahren.

Die These von der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit Österreichs diente aber auch als Paravent und Vehikel für andere Überlegungen und Erwartungshaltungen. Da von vornherein anzunehmen war, dass unter den Siegermächten vor allem Frankreich dem Anschluss niemals zustimmen würde, sollte die Behauptung einer fehlenden ökonomischen Existenzgrundlage des Kleinstaates bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen einen Druck auf die Entente ausüben, um sie zu milderer Friedensbedingungen zu veranlassen. Und auch für die stärkste Triebkraft der Anschlussbewegung, für die Linke in der Sozialdemokratie, war das Ökonomische ein zwar viel bemühtes, aber doch nur sekundäres Argument, das die eigentlichen gesellschaftspolitischen Intentionen teils abstützen, teils verschleiern sollte. Schon ihr im Jänner 1918 vorgelegtes Nationalitätenprogramm, in dem sie die Selbstbestimmung für die Nationalitäten in der Monarchie einforderte, ließ keinen Zweifel offen, dass die Selbstbestimmung der Deutschen auch die Vereinigung aller Deutschen sein müsse. Dadurch würde der Nationalitätenstreit wegfallen, der im Vielvölkerstaat den Klassenkampf immer wieder gehemmt habe. Nach dem Umbruch passte Otto Bauer diese Argumentation den spezifischen Verhältnissen der Republik an und ortete den Länderpartikularismus als Barriere für einen erfolgreichen Klassenkampf: „Die Menschen dieses Landes in ihrer Mehrzahl fühlen sich nicht als Deutsche oder Österreicher, sondern als Steirer, Kärntner, Tiroler, Salzburger. Wenn wir allein bleiben, dann wird dieser Staat nichts anderes sein als eine sehr lose Föderation dieser kleinen Länder, und wir werden hier ein Zwergstaatenleben führen, in die kleinsten Kantönli eingepfercht, ein Leben der Kleinheit und Kleinlichkeit, ein Leben, in dem nichts Großes gedeihen kann, am Allerwenigsten das Größte, das wir kennen, der Sozialismus.“<sup>77</sup>

Österreichs Unternehmer standen der Anschlussbewegung mehrheitlich ablehnend gegenüber, und das nicht, weil die Sozialdemokratie sie lautstark verkündete, sondern weil sie überwiegend nicht ihren Interessenlagen entsprach. Vereinzelt Zustimmung war in der Eisenindustrie zu finden, die sich im Falle einer Eingliederung geschäftliche Zugewinne erhoffte, da man einerseits die Absatzmöglichkeiten an Eisenerz in das durch den Verlust von Elsass-Lothringen in seiner Rohstoffbasis eingeengte Deutschland sah und andererseits günstige Kohlenlieferungen für die heimische Produktion er-

---

76 Ernst Broda, *Benötigt die tschecho-slowakische Republik zu ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit den Anschluß fremdnationaler Gebiete?*, Wien 1919, 4.

77 Otto Bauer, *Acht Monate auswärtiger Politik* (1919), in: Ders., *Werkausgabe*, hg. v. der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 2, 189.

wartete. Gewisse Anschlussympathien gab es auch in der Textilindustrie, die in den deutschen Webereien Abnehmer ihrer Garnüberschüsse gefunden hätten<sup>78</sup>, und in Kreisen des mittelständischen Gewerbes. Massive Einwände wurden hingegen von anderen Wirtschaftszweigen geltend gemacht, so von der Maschinen- und Metallindustrie, die den Wettbewerb der hoch entwickelten und spezialisierten deutschen Erzeugung zu fürchten hatte, weiters von der Elektro-, Glas- und Papierindustrie, die ein Abströmen und eine Verteuerung wichtiger Rohstoffe wie etwa von Holz gewärtigten.<sup>79</sup>

Die meisten Wirtschaftstreibenden teilten auch nicht den Pessimismus über die wirtschaftliche Zukunft des Kleinstaates. „Die Herren erklären uns immer“, opponierte *Die Industrie* im Jänner 1919 gegen die Anschlusspropagandisten, „daß Deutschösterreich allein nicht leben könne, daß es daher den Anschluß an Deutschland suchen müsse. Sie nehmen sich aber nicht einmal die Mühe, uns diese Behauptung zu erklären und zu beweisen. Warum soll Österreich nicht als selbständiger Staat leben können und mit all jenen Staaten Handel treiben und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten können, mit denen es früher Handel getrieben hat?“<sup>80</sup> Angedeutet wird hier das wichtigste Gegenkonzept zum Anschluss Österreichs an Deutschland, nämlich die Idee einer Donauföderation.<sup>81</sup> Getragen wurde sie von der Vorstellung einer ökonomischen Negation der politischen Veränderungen, vom Bestreben, auch nach dem Zerfall der Monarchie das alte Wirtschaftsgebiet mit seinen funktionalen Zusammenhängen und zahlreichen Verflechtungen aufrechtzuerhalten. Vor allem Wiener Wirtschaftskreise, die um die Position der ehemaligen Metropole als Wirtschaftsmittelpunkt bangten, neigten einer solchen Lösung zu. Dahinter stand einerseits die wirtschaftsliberale Erwartung, ein freies Spiel der Kräfte würde die traditionellen Beziehungen wiederherstellen, andererseits aber auch die Hoffnung, die ursprüngliche ökonomische Hegemonie zu retablieren. Im Falle eines Anschlusses, war man überzeugt, würde man „in der großen deutschen Firma nur als Kommanditist fungieren, in jener Föderation aber als Wirtschaftschef auftreten“ können.<sup>82</sup> Ähnlich wie die Anschlussanhänger die politischen und territorialen Interessen

---

78 *Die Industrie*, 20. Jänner 1919, 3.

79 Ernst Streeruwitz, *Die Industrie*, in: Friedrich G. Kleinwaechter u. Heinz Paller (Hg.), *Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung*, Wien 1930, 356f.

80 *Die Industrie*, 10. Jänner 1919, 1.

81 Vgl. Herbert Matis, *Wirtschaftliche Mitteleuropa-Konzeptionen in der Zwischenkriegszeit. Der Plan einer „Donauföderation“*, in: Richard G. Plaschka (Hg.), *Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Wien 1998.

82 Oswald Straub, *Austria farà da se! Österreich schafft's allein. Gedanken über das Anschlußproblem*, Wien 1929, 19.

der Siegermächte nicht wahrnehmen wollten, gaben sich auch die Verfechter einer mitteleuropäischen Wirtschaftsintegration einer Illusion, einem Akt der Selbsttäuschung hin. Sie verweigerten sich der Einsicht, dass die politische Verselbständigung der Nachfolgestaaten unweigerlich auch das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Emanzipation nach sich zog. „Die mündig und unabhängig gewordenen Völker wollen ihr eigenes Leben führen“, gab die *Neue Freie Presse* einer der wenigen realistischen Stimmen Raum, „nicht bloß Arbeiter und Bauern sein, sondern auch die Herren sein in Fabrik und Feld. Sie werden niemals mehr Wien als Zentrum des Geld- und Verkehrswezens anerkennen.“<sup>83</sup>

Die Gewerkschaften hielten sich in der Frage Anschluss versus staatliche Selbständigkeit mit oder ohne Donauföderation völlig bedeckt. Weder im Zentralorgan *Die Gewerkschaft* noch in späteren historischen Darstellungen finden sich nennenswerte Hinweise auf ihre Präferenzen. Offensichtlich geschah dies aus Parteiräson. Nach dem Umsturz in Deutschland drängte die Linke vehement auf eine Vereinigung der beiden Staaten, der rechte Parteiflügel geriet unter Zugzwang, und das Pendel in der Sozialdemokratie schlug zugunsten des Anschlusses aus. Die Gewerkschafter, die für Stimmungen unter den Arbeitern weitaus hellhöriger waren als die Parteitheoretiker, registrierten aber, dass die Anschlussparole an der Basis wenig Resonanz fand. Selbst Otto Bauer räumte rückblickend ein, die Masse der Arbeiterschaft sei noch in den Oktobertagen 1918 dem Anschluss kühl gegenübergestanden, „obwohl die Sozialdemokraten seine ersten Verkünder waren; sie hatte den deutschen Imperialismus während des Krieges allzu tief gehasst ...“.<sup>84</sup> Erst als die Sozialdemokratie in Deutschland zur führenden politischen Kraft aufstieg, wäre diese Reserviertheit gewichen. Sehr tiefgreifend kann allerdings der Meinungsumschwung nicht gewesen sein, denn Ende Juli 1919 führt Bauer in seinem Bericht *Acht Monate auswärtiger Politik* mit resignierendem Unterton aus: „Im Anfang war es die Bourgeoisie, die eingeschüchtert war und nicht zu einem Deutschland Liebknechts kommen wollte, nun sind es viele Arbeiter, die sagen: Zu einem Deutschland Noskes wollen wir nicht.“<sup>85</sup> Für die überwiegen-

---

83 Otto Lecher, Deutschösterreichs erste Weihnacht. Die Frage des Wirtschaftsgebietes, in: *Neue Freie Presse*, 25. Dezember 1918, 6.

84 Bauer, *Die österreichische Revolution*, 102.

85 Bauer, *Acht Monate auswärtiger Politik*, 191. Otto Bauer spielt hier auf die dramatischen Umbruchereignisse in Deutschland an. Karl Liebknecht war während des Krieges einer der Gründer und Führer der Spartakusgruppe, in der sich sozialdemokratische Kriegsgegner sammelten. Nach der Spaltung der Partei im Frühjahr 1917 schloss sich die Spartakusgruppe der neu gegründeten *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)* an. Als am 9. November Kaiser Wilhelm II. abdankte, wurde der Sozialdemokrat Friedrich Ebert Staatskanzler und auch Vorsitzender des Rates

de Mehrheit der Arbeiter war der Anschluss „kein Herzensbedürfnis, sondern ein aus Parteitreue geübtes Lippenbekenntnis“.<sup>86</sup>

Angesichts der Affinität und der personellen Verflechtungen der Gewerkschaften mit der reformistischen Fraktion der Sozialdemokratie kann angenommen werden, dass sie deren Bedenken und Unbehagen hinsichtlich des Anschlusses teilten. Karl Renner hatte schon im Jänner 1918 das erwähnte Nationalitätenprogramm der Linken sarkastisch kommentiert: Es ersetze den Internationalismus durch „den reinsten, vorbehaltlosen Nationalismus“ und der wesentliche Nutzen des Entwurfs dieser „Gruppe von Linksseitem“ werde für die Zukunft „vor allem der des argumentum a contrario sein“.<sup>87</sup> Als Staatskanzler vertrat er die Anschlusslinie ohne Nachdruck und betonte besonders die ökonomischen Zwänge, die einen solchen Schritt nahelegen würden. Und nach Abschluss des Friedensvertrages von St. Germain gab er zu verstehen, er habe die Anschlusspolitik von Anfang an für verfehlt gehalten, sie wäre vor allem durch taktische Erwägungen im Hinblick auf die Friedensverhandlungen bestimmt gewesen. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist auch eine Bemerkung Richard Schüllers, der als Sektionschef im Außenamt an den Friedensverhandlungen teilnahm. In seinen Erinnerungen schreibt er, Renner sei in St. Germain für die Einsetzung einer interalliierten Kommission zur Regelung der wirtschaftlichen Desintegrationsprobleme im Donaauraum eingetreten, da er darin einen Ansatzpunkt für eine Donauföderation sah, „to which he adhered with enthusiasm“.<sup>88</sup> Die Sichtweisen der reformistischen Kräfte in der Sozialdemokratie und die der österreichischen Unternehmer waren also alles andere als gegensätzlich.

Wenden wir uns der zweiten Ebene der Umbruchereignisse zu, der demokratischen Revolution. Grundsätzlich gilt für die Ausformung der demokratischen Idee Ähnliches wie für jene der nationalen. Auch die demokratische Losung hatte schon während der Monarchie Wurzeln geschlagen, auch ihre

---

der Volksbeauftragten, der provisorischen Übergangsregierung. In ihr fungierte sein Parteigenosse Gustav Noske als Volksbeauftragter für Heer und Marine. Am selben Tag proklamierten der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die *Deutsche Republik* auf parlamentarischer Grundlage, Karl Liebknecht und seine Anhänger die *Freie sozialistische Republik* nach dem Vorbild des Räteregimes. In der Folge eskalierten die Auseinandersetzungen. Im Jänner 1919 setzten Ebert und Noske Freikorps gegen die linksradikale Bewegung ein. Liebknecht und seine Mitstreiterin Rosa Luxemburg wurden ermordet. Nach den Jännerwahlen bekleidete Gustav Noske im Kabinett Scheidemann, der ersten Regierung der Weimarer Republik, das Amt des Reichswehrministers.

86 Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien, Frankfurt, Zürich 1968, 364.

87 Karl Renner, *Marx oder Mazzini?*, in: *Der Kampf XI* (1919), 295.

88 Jürgen Nautz (Hg.), *Unterhändler des Vertrauens*. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, Wien, München 1990, 234.

Verbreiterung und Vertiefung entsprach einer Entwicklungslogik. Für die Sozialdemokratie bedeutete die demokratische Republik die politische Gleichberechtigung der Arbeiter und damit eine Errungenschaft, für die die Partei seit ihren Anfängen gekämpft hatte. Ebenso war bei den kleinbürgerlich-agrarischen Parteien eine affirmative Grundhaltung zum demokratischen Prinzip vorherrschend, die auch die Bejahung der republikanischen Staatsform mit einschloss. Eine monarchistische Präferenz blieb lediglich beim Wiener Flügel der Christlichsozialen unverkennbar, die jedoch mit keiner antidemokratischen Orientierung verbunden war. Vielmehr stand hier die Vorstellung einer „demokratischen Monarchie“ im Vordergrund, eines Brückenschlages zwischen dem „Kaisertum, für das unsere Herzen schlagen, und der Demokratie, die uns der Verstand als wünschenswert und für die Zukunft allein möglich hinstellt“.<sup>89</sup>

Die Anfangsphase der Ersten Republik war daher durch eine weitgehende politische Konsensbasis geprägt, die aus der breiten demokratischen Grundströmung in den zu staatstragenden Faktoren aufgestiegenen Massenparteien resultierte. „Jedenfalls gab es in den ersten Monaten der neuen Ära“, vermerkte rückblickend der Sozialdemokrat Julius Deutsch, „verhältnismäßig geringe Gegensätze“.<sup>90</sup> Die gemeinsame Plattform äußerte sich – bei allen ideologischen Grenzziehungen – in einer deutlichen Konvergenz der politischen Zielsetzungen. In der Sozialdemokratie war zwar der reformistische Flügel in der Anschlussfrage in die Defensive geraten. In seinem Bemühen, pragmatisch die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu bewältigen, die der Krieg hinterlassen hatte, konnte er jedoch nahezu uneingeschränkt agieren: Der Linken mangelte es für diese Aufgabe an Rezepten und nicht zuletzt an Interesse, einen Wiederaufbau auf kapitalistischer Grundlage mitzutragen. Die politische Struktur der unmittelbaren Nachkriegszeit war daher durch eine politische Mitte gekennzeichnet, die sich aus dem rechten Flügel der Sozialdemokratie, aus der Gewerkschaftsbewegung sowie aus überwiegenden Teilen der Christlichsozialen und der Deutschnationalen zusammensetzte. Konstitutiv waren für sie eine kritische Distanz zur Großindustrie und zum Finanzkapital sowie die Überzeugung von der Notwendigkeit sozialer Reformen. Die gemeinsame Intentionalität wurde in den ersten Nachkriegsmonaten sowohl von Sozialdemokraten wie auch von Christlichsozialen wiederholt betont. Viktor Kienböck, später als Finanzminister in der Periode der Genfer Sanierung und dann als Präsident der Nationalbank einer der einflussreichsten Akteure der Zwischenkriegszeit, fasste diese Affinität in die lapidare Formulierung: „Wir sind Sozialisten, aber

---

89 Ignaz Seipel, *Der Kampf um die österreichische Verfassung*, Wien 1930, 42f.

90 Julius Deutsch, *Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen*, Zürich, Leipzig, Wien 1960, 117.

christliche Sozialisten.<sup>91</sup> Auch Ignaz Seipel artikulierte in der Umbruchzeit mehrmals die „antikapitalistischen Reserven des sozialreformerischen Gedankenerbes“<sup>92</sup> in der christlichsozialen Bewegung. So führte er in der *Reichspost* aus, „nicht der Besitz an sich, sondern die Anmaßung und Geschicklichkeit, sich mit Hilfe des Besitzes dort, wo doch alle Menschen und ihre Taten vor dem Gesetz gleichviel zu gelten hätten, eine begünstigte Behandlung zu sichern“, habe die Erbitterung nicht nur gegen jene erregt, die dies versuchten und sich „töricht genug auch noch mit ihren Erfolgen brüsten“, sondern gegen die monarchische Ordnung an sich, die aus bösem Willen oder aus Schwäche dagegen nicht aufkommen konnte.<sup>93</sup>

Plädoyers für eine soziale Neugestaltung kamen aber auch von liberalen Intellektuellen. Walther Federn beispielsweise, der Mitherausgeber des *Österreichischen Volkswirts*, bekannte sich im November 1918 nachdrücklich zur „Möglichkeit und Notwendigkeit weitgehender sozialer Reformen“ und legte ein leidenschaftliches und überaus modern klingendes Credo für den Sozialstaat ab: „Wir glauben, daß es möglich und notwendig ist, die Arbeiter und ihre Familien nicht im Elend verkümmern zu lassen, wir glauben, daß sie vor Überanstrengung, vor frühzeitigem Verbrauch ihrer Arbeitskraft und Lebensfreude, vor physischem, moralischem und geistigem Siechtum ihrer Kinder geschützt werden müssen. Wir glauben, daß sie in weitestgehendem Maße vor der Not des Alters, der Krankheit und Arbeitslosigkeit bewahrt werden können und müssen. Wir glauben, daß ihnen menschenwürdige Wohnungen geboten werden können, daß sie an den Mitteln der Bildung und Kultur im weitesten Umfang teilhaben müssen. Wir glauben ferner, daß dem schrankenlosen Gewinn- und Genußstreben Ziele gesetzt werden können, wir glauben zwar nicht, daß es möglich ist, die Gegensätze von Arm und Reich aus der Welt zu schaffen, aber daß durch soziale Einrichtungen, durch gerechte und zielbewußte Besteuerung, durch progressive Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern die schreiendsten Ungleichheiten beseitigt werden können. Wir glauben, daß der Staat Einfluß auf Produktion und Verteilung der Güter nehmen muß und damit allein bereits ein Gutteil von dem Entstehen der Reichtümer beseitigen kann, die er dann auf dem Wege der Besteuerung auszugleichen vermag. Nicht das ist anzustreben oder möglich, daß jeder gleichmäßig, sondern daß jeder menschenwürdig lebt.“<sup>94</sup>

91 Viktor Kienböck, Gedanken zur Sozialisierungsfrage, in: *Volkswohl X* (1919), 209.

92 Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich Benedikt (Hg.), *Geschichte der Republik Österreich*, Wien 1954, 326.

93 Ignaz Seipel, Das Recht des Volkes, in: *Reichspost*, 19. November 1918, 1.

94 Walther Federn, Umsturz oder soziale Reform?, in: *Der Österreichische Volkswirt XI/1* (1918/19), 98.

Angesichts dieser breit gefächerten sozialen Aufbruchstimmung, die alles andere als reaktiv war, die nicht als bloße defensive Akkomodation an die veränderten Verhältnisse interpretiert werden kann, muss man sich von der politisch-ideologischen Schablone verabschieden, die oft über das Umbruchgeschehen gelegt wird: Auf der einen Seite steht das „bürgerliche Lager“, zitternd und verängstigt, auf der anderen die geschlossene siegreiche Arbeiterbewegung, die nachhaltige Terraingewinne dem Bürgertum abringt, das dann, nach dem Abflauen der revolutionären Situation, zum restaurativen Gegenschlag ausholt. Ein Befund, der weniger von der Prämisse eines simplen Klassenschemas ausgeht, kommt zu einem anderen Schluss: Es gab in der Umbruchzeit kein „bürgerliches Lager“, was immer man unter diesem verwaschenen, oft stereotyp verwendeten Begriff verstehen mag. Es gab kein bürgerliches Lager, wenn man damit eine politische Allianz der besitzenden Schichten meint, und es gab schon gar kein bürgerliches Lager, wenn man es als Formation begreift, in der die Träger der kapitalistischen Produktionsweise, also Industrielle und Bankiers, eine dominante Rolle einnehmen. Die unmittelbare Nachkriegsphase war vielmehr durch ein gesellschaftliches Kräftefeld gekennzeichnet, in dem das Unternehmertum nach dem Zusammenbruch des monarchischen Regimes in eine politische Isolation geraten war. Es musste sich den neuen Gegebenheiten anpassen – und es war flexibel genug, das zu tun. Andererseits war es den Reformkräften in der Sozialdemokratie und in den kleinbürgerlich-agrarischen Parteien bewusst, dass eine sozioökonomische Konsolidierung nur gelingen konnte, wenn man auch die Unternehmer ins Boot holt, sie gleichsam reformistisch vereinnahmt.

Ein Weg, die Unternehmer mit an Bord zu nehmen, waren die Fortführung und Erweiterung jener sozialpartnerschaftlichen Kontakte, die sich gegen Kriegsende angebahnt hatten. Die Entstehung des *Paritätischen Industriekomitees* wurde früher schon kurz dargelegt. Es entfaltete in den Monaten nach dem Umbruch bei verschiedenen Fragen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen berührten, eine rege Tätigkeit. Zusammengesetzt war es aus drei Unternehmervertretern (Siegfried Brosche, Fritz Hamburger und Karl Urban) und aus drei Gewerkschaftern (Franz Domes, Karl Hueber und Ferdinand Hanusch<sup>95</sup>). Das Komitee arbeitete ein Programm aus, das Vorschläge zur Sicherung der Ernährung der Arbeiter in den Fabrikbetrieben, zur Beschaffung von Rohmaterial für die Herstellung von Friedensartikeln und Überlegungen zum Problem der Sachdemobilisierung beinhaltete; wei-

---

95 Nach der Berufung von Ferdinand Hanusch zum Staatssekretär für soziale Fürsorge trat Julius Grünwald an seine Stelle. Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs an den ersten deutschösterreichischen (achten österreichischen) Gewerkschaftskongress in Wien 1919, Wien 1919, 182.

ters wurden Vorstellungen über Zeitpunkt und Abfolge der Einstellung der Kriegsproduktion in den einzelnen Industriezweigen, über die Abschaffung des kriegswirtschaftlichen Arbeitszwanges, über die Erteilung von Aufträgen für öffentliche Notstandsarbeiten usw. entwickelt.<sup>96</sup> Ursprünglich war dem Gremium nur eine konsultative Funktion zugedacht, es erlangte bald aber einen autonomen Charakter und zog seinerseits Vertreter der Staatsämter als Experten zu den Verhandlungen heran. Der wachsende Einfluss des Komitees rief schließlich sogar den Widerstand staatlicher Behörden auf den Plan, die darin einen Eingriff in ihren Wirkungsbereich erblickten und vor der Gefahr einer „unverantwortlichen Nebenregierung“ warnten.<sup>97</sup>

Eine zweite Form der sozialpartnerschaftlichen Kooperation bildeten die Industriekonferenzen, die allerdings im Gegensatz zum Paritätischen Industriekomitee keine permanente Einrichtung darstellten. Die erste Industriekonferenz fand unter dem Vorsitz von Staatskanzler Karl Renner am 15. und 16. April 1919 zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Metallindustrie statt und verfolgte das Ziel, den Radikalisierungstendenzen in diesem Industriezweig entgegenzuwirken. Sie endete mit Zugeständnissen der Unternehmerseite, die sich unter anderem zu Sonderzahlungen bereit erklärte.<sup>98</sup> Die Initiative zur zweiten Industriekonferenz im November 1919 ging wiederum von Karl Renner aus. Zentrales Thema war die prekäre Wirtschaftslage, zu deren Entspannung die Beratungen der Sozialpartner beitragen sollten. In vier Unterausschüssen wurden in den folgenden Wochen die anstehenden Probleme erörtert; besondere Bedeutung erlangte jenes Subkomitee, das sich mit der Frage der Lohnanpassung beschäftigte, die durch die rasante Geldentwertung immer drängender wurde. Man einigte sich schließlich auf eine Indexierung<sup>99</sup>, die in der Folge inflationsbedingte Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer zwar nicht verhindern, aber immerhin abmildern konnte.

Diese sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit wurde von beiden Seiten überaus positiv bewertet. Die *Industrie* unterstrich beispielsweise die besondere Funktion der Industriekonferenzen, „weil hier die Vertreter der Gewerkschaften als Repräsentanten der besonnenen Elemente in der Arbeiterschaft sich mit der Industrie verbündeten zu gemeinsamer Rettung aus gemeinsa-

---

96 Ebenda, 182f.

97 Peter G. Fischer, Ansätze zu Sozialpartnerschaft am Beginn der Ersten Republik. Das Paritätische Industriekomitee und die Industriekonferenzen, in: Österreich November 1918. Die Entstehung der Ersten Republik. Protokoll des Symposiums in Wien am 24. und 25. Oktober 1978, Wien 1986, 138.

98 Neue Freie Presse, 15. April 1919, Abendblatt, 3.

99 Die Industrie, 20. November 1919, 1f. Karl Pfübram, Die Sozialpolitik im neuen Österreich, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 48 (1920/21), 676ff.

mem Elend. Die alten Arbeiterorganisationen bilden ja, das muß man zugeben, das wohlthuende Gegengewicht gegen jene Gesellschaft von Tollköpfen und Verbrechern, die ihre Wünsche mit Gewalt durchsetzen wollen und sich damit selbst in den Abgrund stürzen würden“.<sup>100</sup> Die Gewerkschaften wiederum sahen in den sozialpartnerschaftlichen Gremien ein taugliches Element, um den Gegensatz von Kapital und Arbeit „in urbane Formen zu lenken“.<sup>101</sup> So wurde auch am ersten deutschösterreichischen Gewerkschaftskongress hervorgehoben, das *Paritätische Industriekomitee* habe sich durch seine Tätigkeit zu einer Arbeitsgemeinschaft konstituiert, „in welcher die Interessengegensätze zwar nicht in Harmonieduselei aufgehen, sondern wo alle einschlägigen Fragen, so die Lohnpolitik, Sozialpolitik und soziale Fürsorge für die Arbeiterschaft unter Wahrung des gegenseitigen Standpunktes zur Behandlung kommen, trotzdem aber für die Arbeiterschaft mit fühlbarem Erfolg in die Tat umgesetzt werden können“.<sup>102</sup>

Das nachhaltigste Ergebnis der demokratischen Revolution war aber die umfangreiche Sozialgesetzgebung, die in den ersten eineinhalb Nachkriegsjahren verwirklicht wurde. Sie knüpfte an Forderungen an, die bereits vor dem Krieg erhoben worden waren, und sie konnte auf Vorarbeiten zurückgreifen, die während der Monarchie Papier blieben. In der zweiten Kriegshälfte zwangen dann die wachsenden gesellschaftlichen Spannungen den kriegführenden Staat zu sozialpolitischen Konzessionen, so zur erwähnten Einrichtung von Beschwerdekommissionen, zur Erlassung des Mieterschutzgesetzes und nicht zuletzt zur Konstituierung eines Ministeriums für soziale Fürsorge mit 1. Juni 1917. Als Ende Oktober 1918 der Gewerkschafter Ferdinand Hanusch an die Spitze des nunmehrigen Staatssekretariats für soziale Fürsorge trat, wurde es geradezu zu einem „Exekutivorgan der Gewerkschaften“.<sup>103</sup> Zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte nahm eine „Sozialpolitik von unten“ Gestalt an, die von der Arbeiterschaft selbst getragen wurde, und die sich von jener „Sozialpolitik von oben“ abhob, die in den 1880er Jahren, in der Ära Taaffe, eine bloße Sedierung der Arbeiterschaft bezweckte. Hanusch konnte dabei nicht nur auf die Kooperationsbereitschaft des rechten Flügels der Sozialdemokratie setzen, sondern auch auf die breiter Teile der Christlichsozialen, die durch ihre geistige Verankerung in der katholischen Soziallehre zumindest eine „passive Aufgeschlossenheit“ für die Arbeiterfrage besaßen. So listete der Christlichsoziale Richard Schmitz in einem anfangs 1919 im *Volkswohl* erschienenen Kommentar zum Wahlprogramm

---

100 Die Industrie, 8. November 1919, 1.

101 Die Gewerkschaft, 4. März 1919, 2.

102 Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs (1919), 183.

103 Bauer, Die österreichische Revolution, 163.

seiner Partei nahezu alle Sozialgesetze auf, die in den folgenden vierzehn Monaten (bis zum März 1920) parlamentarisch verabschiedet wurden.<sup>104</sup> Sie können als bekannt vorausgesetzt werden, so dass hier eine kursorische Aufzählung der wichtigsten Maßnahmen genügt: Achtstundentag, zuerst als Provisorium für fabrikmäßige Betriebe, seit Ende 1919 definitiv für alle gewerblichen Betriebe; Arbeitslosenunterstützung, dann Arbeitslosenversicherung; Gesetz über die Kinderarbeit; Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Kinder; Arbeiterurlaubsgesetz; Gesetz über Einigungsämter und kollektive Arbeitsverträge und anderes mehr.

In der Praxis der Sozialpolitik bestand zwischen Gewerkschaften und Christlichsozialen eine strikte Abgrenzung der Einflussbereiche, die in eine Art von Reservatspolitik mündete. Die Gewerkschaften kümmerten sich um die Belange der Arbeiterschaft und anerkannten Landwirtschaft und Gewerbe als christlichsoziale Territorien. Kam es zu Grenzüberschreitungen, setzte regelmäßig der Widerstand der Christlichsozialen ein, dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften ebenso regelmäßig durch einen Rückzug, also durch eine Ausklammerung von Gewerbe und Landwirtschaft aus der sozialen Gesetzgebung Rechnung trugen.

Was den Gewerkschaften vorschwebte, war die Mitgestaltung an einem reformierten Kapitalismus, in dem den Arbeitern ein gesetzlich abgesicherter, partnerschaftlicher Platz zukam. Die gravierenden Wirtschaftsprobleme und die neue Machtstellung der Arbeiterschaft, so ihre Erwartungshaltung, würden es unmöglich machen, „zum Individualismus und zur Anarchie der liberalen Epoche“ zurückzukehren. „Die Unternehmer konnten sich bisher die Volkswirtschaft nicht anders aufgebaut denken als auf dem privaten Interesse ... Doch unsere Unternehmer werden ebenso gesamtwirtschaftlich denken müssen wie wir. Sie werden verstehen lernen müssen, daß das Interesse an der Gesamtheit und nicht der einzelne Ausgangspunkt einer fruchtbaren, aufbauenden volkswirtschaftlichen Tätigkeit sein müsse.“<sup>105</sup> Die Intention der Gewerkschaften war, wie gesagt, nicht Systemsprengung, sondern Systemkorrektur. Dieses Selbstverständnis kam auch immer wieder in Äußerungen führender Funktionäre zum Ausdruck. Wenn man an die Umbruchzeit zurückdenke, schrieb Ferdinand Hanusch kurz vor seinem Tod im Jahre 1923, so müsse man mit Bewunderung der Arbeiter und Angestellten gedenken, „die im allgemeinen Chaos Ruhe und Besonnenheit bewahrt und nur da-

---

104 Richard Schmitz, Sozialpolitische Forderungen des Wahlprogrammes, in: Volkswohl X (1919), 21ff.

105 Protokoll des Kongresses der Gewerkschaftskommission (1919), 376.

rauf bedacht waren, im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung (sic!) sich und ihren Nachkommen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern“.<sup>106</sup>

Durch die Einigkeit der gewerkschaftlichen und christlichsozialen Crew hatten die Unternehmer keine Kommandohoheit, um das Boot auf einen ihnen genehmeren Kurs zu lenken. Es blieb ihnen nur, als Passagiere die Fahrt mitzumachen und bisweilen zurückhaltenden Protest einzulegen. Man bemängelte das „Schnellzugstempo“, mit denen manche Maßnahmen umgesetzt wurden, und deponierte vorsichtige Bedenken über die wirtschaftlichen Folgewirkungen einzelner Gesetze. So wurde der Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung mit den – auch heute noch gängigen – Einwänden begegnet, dass sie „die Arbeitsscheu begünstige, ein bedenkliches Staatsrentnertum schaffe, die Volkswirtschaft schädige und den arg bedrohten Finanzen der jungen Republik eine schwere, auf die Dauer kaum erträgliche Last aufbürde“.<sup>107</sup> Diese und ähnliche Äußerungen der Unternehmerschaft waren gruppenpsychologisch nicht untypische Reaktionen auf die eigene Machtbeschneidung. Man flüchtete in eine moralisierende Kritik, in der das verletzte Eigeninteresse als Sorge um die Gesamtheit bemäntelt, der eigene Machtverlust als gesamtgesellschaftlicher Qualitätsverlust stilisiert werden konnte.

Im Frühjahr und Sommer 1919 formte sich eine dritte Ebene des Umbruchgeschehens aus, die Otto Bauer als soziale Revolution charakterisiert. Mit der Ausrufung der Räterepubliken in Ungarn und in Bayern im März bzw. April gelangte auch Österreich verstärkt in das Strahlungsfeld des Bolschewismus, in den Worten Emil Lederers die „Anpassung der sozialistischen Idee an die Desorganisation“.<sup>108</sup> Bis Kriegsende hatten die Fernwirkungen der russischen Revolution keine nachhaltigen Spuren hinterlassen. Die Sozialdemokratie registrierte zwar die Ereignisse mit gewissem Interesse, während der Streikwelle im Jänner 1918 kam es auch, wie erwähnt, zu Sympathiekundgebungen in den Betrieben. Die noch spärliche bolschewistische Anhängerschaft wurde aber von der reformistischen Mehrheit in Partei und Gewerkschaften nicht sonderlich ernst genommen, als „Revolutionsgschaftelhuber“<sup>109</sup> ironisiert. Nunmehr entstand eine politische und sozialpsychologische „Treibhausatmosphäre“<sup>110</sup>, es mehrten sich auch in Österreich die Stimmen, dass der Sozialismus nicht

---

106 Ferdinand Hanusch, Volkswirtschaft und Sozialpolitik, in: Arbeit und Wirtschaft I (1923), 10.

107 Karl Pfibram, Die Arbeitslosenfürsorge in Deutschösterreich, in: Der Österreichische Volkswirt XI/1 (1918/19), 454.

108 Emil Lederer, Der historische Ort und Sinn des Bolschewismus, in: Der Kampf XII (1919), 455.

109 Julius Deutsch, Sozialpolitische Rundschau, in: Der Kampf XI (1918), 823.

110 Emil Lederer, Die Sozialisierung in Deutschland und in Österreich, in: Der Kampf XII (1919), 333.

mehr als fernes Ziel, sondern als aktuelle Möglichkeit „auf der Tagesordnung“ stünde, und linksradikale Gruppierungen gewannen in der Arbeiterbewegung an Gewicht. Unter ihnen erlangte die so genannte *Neue Linke* einige Relevanz. Sie hatte sich als *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte (Sara)* konstituiert und schlug einen scharfen Oppositionskurs gegen die Politik der Gesamtpartei ein.<sup>111</sup> Dadurch driftete die (alte) Linke in eine Mittelstellung im sozialdemokratischen Spektrum, erhielt eine Brückenfunktion zwischen der Rechten und der extremen Linken, wurde zum Garant für die Aufrechterhaltung der Parteieinheit, der in der Geschichte der Sozialdemokratie immer Vorrang eingeräumt worden war. Und: Otto Bauer wurde damit zu einer Integrationsfigur, welche die sozialdemokratische Politik in hohem Maße bestimmte.

Die Voraussetzungen für eine soziale Revolution gestalteten sich allerdings wesentlich anders als jene für den nationalen und demokratischen Umsturz. Diese beiden Revolutionsebenen bildeten „die Vollendung dessen, was die bürgerliche Revolution von 1848 mit ihren Ausläufern unvollendet gelassen hat: die Hinwegfegung der Reste des Feudalismus, Absolutismus und Militarismus“<sup>112</sup>, also die Finalisierung historisch gewachsener, im sozialen Bewusstsein verankerter Prozesse. Analoge Bedingungen für eine sozialrevolutionäre Umgestaltung waren jedoch kaum gegeben. Zum einen hatte der Weltkrieg keine tiefgreifende Erschütterung des kapitalistischen Systems ausgelöst, auch wenn bisweilen ein derartiger „Bankrott des Kapitalismus“<sup>113</sup> behauptet wurde. Zum anderen muss es auch fraglich erscheinen, ob – selbst in der Arbeiterschaft – ein ausgeprägtes Massenbewusstsein für eine Abkehr vom Kapitalismus vorhanden war. In Otto Bauers Darstellung der österreichischen Revolution und auch in zahlreichen anderen Schriften taucht immer wieder die Beschwörung einer solchen revolutionären Massenbasis auf: Die Massen hätten den sozialen Umsturz angestrebt, „die Arbeiterschaft drängte nach der Umwälzung der ganzen Produktionsverfassung“<sup>114</sup>, die soziale Revo-

---

111 Der Resonanzboden für den Linksradikalismus wurde von der Sozialdemokratie – bewusst oder unbewusst – zweifellos überschätzt. Die kommunistische Bewegung blieb in der gesamten Ersten Republik eine Quantité négligeable. Bei den Arbeiterratswahlen im April 1919, an denen sich allein in Wien etwa 500.000 Werktätige beteiligten, erreichte sie nur fünf Prozent der Mandate. Hans Hautmann u. Rudolf Kropf, *Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik*, Wien 1974, 137. Bei den Oktoberwahlen 1920 betrug der Stimmanteil der kommunistischen Partei lediglich 0,98 Prozent. *Beiträge zur Statistik der Republik Österreich (1920)*, 36.

112 Karl Kautsky, *Die Sozialisierung und die Arbeiterräte*, Wien 1919, 3.

113 Max Adler, *Die Verwirklichung des Sozialismus*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 1. Jänner 1919, 3.

114 Bauer, *Die österreichische Revolution*, 166.

lution sei von einer „elementaren Massenbewegung“<sup>115</sup> getragen gewesen. Gegen diese Annahme eines massenhaften „Willens zum Sozialismus“<sup>116</sup> spricht allein schon die grundsätzliche Überlegung, dass er ebenfalls nur als Manifestation eines historisch gewachsenen, breit gelagerten kollektiven Bewusstseins begreifbar ist, will man ihn nicht auf eine spontane Laune der Massen reduzieren. Ein solches Bewusstsein müsste dann aber nicht nur als temporäre, sondern als permanente, auf Erfüllung drängende gesellschaftliche Disposition zum Tragen kommen. Dem steht aber die offenkundige Tatsache entgegen, dass im weiteren Verlauf der österreichischen Geschichte eine auf Systemüberwindung gerichtete Massendynamik nicht mehr virulent wurde.

Plausibler ist es daher, den sozialen Protest als Revolte gegen spezifische Missstände zu interpretieren. Eine Wurzel lag zweifelsohne in der Auflehnung gegen den Militarismus. Um nochmals Emil Lederer zu zitieren: „Der Heimkehrer“, schrieb er im Frühjahr 1919, „ist ein neuer Typus: ein aus der Bahn geschleudertes Arbeiter oder Intellektueller, Kleinbeamter, psychisch durch den Krieg desorientiert, von einer wirren Ideologie erfüllt, die um den Gedanken einer Rentnerexistenz kreist ... [Die Heimkehrer] sind weiters an den Gebrauch der Gewalt gewohnt. Ihre Ideologie zeigt nicht die Grundzüge des Sozialismus ...“.<sup>117</sup> Ein zweiter und noch konstitutiverer Faktor, der die Massenpsyche bestimmte, bestand in der Reaktion auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage, auf die massiven Engpässe in der Nahrungs- und Brennstoffversorgung. Die soziale Gärung war unter diesen Umständen in besonderem Maße ein „physiologischer Radikalismus“, dem gedanklich eigentlich nichts anderes entsprach „als dieses: Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird; aber daß es anders werden muß, um besser zu werden, das weiß ich“.<sup>118</sup> Es sei eine Fiktion, hielt dazu Gustav Stolper fest, „daß die Massen die Verwirklichung des Sozialismus wollen. Was sie wollen, ist Befreiung aus ihrer leiblichen und seelischen Not. Und den Weg zu solcher Befreiung sehen sie in einer Beseitigung aller Personen, Klassen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen, in denen ihnen der nach mehr als vierjähriger Kriegsdauer endlich gesprengte, unerträgliche Druck verkörpert war. Mit einer Idee hat diese Auflehnung gegen die überkommene Gesellschaftsordnung nur bei den wenigsten etwas zu tun“.<sup>119</sup> Die Idee entfaltete sich in den Köpfen intellektueller Parteiführer, in ihrem Denken erfuhr der physiologische Radikalismus der Massen

---

115 Ebenda, 189.

116 Josef Benisch, Die Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte, in: *Der Kampf* XII (1919), 798.

117 Emil Lederer, Friedensdiktat und Sozialismus, in: *Der Kampf* XII (1919), 309.

118 Erwin Wexberg, Die Zukunft der Koalitionspolitik, in: *Der Kampf* XII (1919), 668.

119 Gustav Stolper, Sozialisierung, in: *Der Österreichische Volkswirt* XI/1 (1918/19), 448.

eine ideologische Transfiguration. Für sie bildeten die Massen die Leinwand, auf die sie ihren Erwartungshorizont projizierten. Das Ringen um die künftige Wirtschaftsordnung im Frühjahr/Sommer 1919 war mehr dieser Intentionalität politischer Führungsschichten geschuldet als dem Ausfluss eines revolutionären Massendrucks: Es war eine „Revolution der Intellektuellen“<sup>120</sup>, oder genauer gesagt, ein sozialrevolutionärer Anlauf der Intellektuellen.

Im Brennpunkt dieses sozialrevolutionären Anlaufs stand die Sozialisierungspare. Schon in der Debatte zur Übergangswirtschaft waren, nicht nur in der Sozialdemokratie, Überlegungen thematisiert worden, das individualistische, konkurrenzwirtschaftliche Prinzip der Vorkriegszeit durch neue Ordnungsvorstellungen zu ersetzen. Es dominierten aber nicht sozialistische, sondern staatskapitalistische Perspektiven, die einerseits eine regressive Eingrenzung privatwirtschaftlicher Freiräume, andererseits soziale Reformen zur Systemstabilisierung ins Auge fassten. Der Begriff „Sozialisierung“ war in der Literatur schon früher durchaus gebräuchlich<sup>121</sup>, er wurde jedoch nur im Sinne der marxistischen These vom sich selbst nährenden Vergesellschaftungsprozess im Kapitalismus verwendet; bezeichnenderweise findet sich bis Kriegsende nirgends das Tätigkeitswort „sozialisieren“.<sup>122</sup> In einer aktivistischen Bedeutung wurde der Sozialisierungsbegriff zuerst in Deutschland<sup>123</sup>, dann auch in Österreich zur „Parole des Tages“<sup>124</sup>, zu einem Schlagwort, das bald nicht nur sozialdemokratische Intentionen subsumierte, sondern ebenso als Etikette für eine bürgerliche Programmatik diente. Eine Flut von Sozialisierungsschriften erschien allein in den Jahren 1919 und 1920: Politiker, Wissenschaftler, Hoheitsbeamte sowie Wirtschaftstreibende mit oder ohne Rang und Namen sahen sich bemüßigt, ihre Ansichten der Öffentlichkeit vorzule-

---

120 Walter Leitsch, Die Revolution der Intellektuellen. Die russische Oktoberrevolution und ihr Echo in Österreich, in: Österreichische Osthefte X (1968).

121 Man nimmt an, dass Eugen Dühring, der bereits 1875 von einer „Sozialisierung der Gesamttätigkeiten“ sprach, diesen Begriff einführte. Felix Weil, Sozialisierung. Versuch einer begrifflichen Grundlegung nebst einer Kritik der Sozialisierungspläne, Berlin 1921, 29f. In der österreichischen Sozialdemokratie war er ebenfalls schon vor dem Umbruch usuell. Vgl. unter anderen Wilhelm Ellenbogen, Krieg und Volkswirtschaft, in: Der Kampf VIII (1915), 158; Karl Renner, Probleme des Marxismus, in: Der Kampf IX (1916), 160.

122 August Müller, Sozialisierung oder Sozialismus? Eine kritische Betrachtung der Revolutionsideale, Berlin 1919, 54f.

123 Den unmittelbaren Auftakt zur Nachkriegsdiskussion über eine Sozialisierung im voluntaristischen Sinn bildete ein Artikel Robert Wilbrandts im *Vorwärts* vom 17. November 1918. Weil, Sozialisierung, 17.

124 Alexander Täubler, Die Sozialisierung und der neue Geist der Zeit, Wien 1919, 3. Zum österreichischen Sozialisierungsgeschehen siehe vor allem Rudolf Gerlich, Die gescheiterte Alternative. Sozialisierung in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg, Wien 1980.

gen. Nicht zu Unrecht merkte Joseph Schumpeter später an, dass in dieser Zeit „die fähigsten Leute ... über diese Probleme die größten Banalitäten geschrieben“ hätten.<sup>125</sup>

Im Gegensatz zu Deutschland, wo aus der breit angelegten, überaus kontroversen Sozialisierungsdebatte kein politisch relevantes Aktionsmodell hervorging, gelang es in Österreich Otto Bauer, seinem spontan entwickelten Konzept in der Partei Geltung zu verschaffen. Er legte seinen Plan erstmals während des Wahlkampfes zu den Februarwahlen 1919 vor, und zwar in einer zwischen dem 5. und 28. Jänner in der *Arbeiter-Zeitung* erschienenen Artikelserie, die dann zur Broschüre *Der Weg zum Sozialismus* zusammengefasst wurde. Bauers Konzeption, kurz skizziert, postulierte die sofortige Sozialisierung jener Wirtschaftszweige, in denen der Konzentrationsprozess bereits weit fortgeschritten war. Eine solche Sozialisierungsreife sah er im Kohlen- und Erzbergbau sowie in der Eisen- und Stahlindustrie gegeben. Die Unternehmungen sollten zu ihrem vollen Wert den Eigentümern abgelöst, die Entschädigungssummen durch eine progressive Vermögensabgabe aller Kapitalisten und Grundherrn aufgebracht werden. Die Leitung der sozialisierten Wirtschaftssektoren sollte ein drittelparitätisch besetzter Verwaltungsrat übernehmen, der aus Vertretern der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, der involvierten Konsumenten (Einzelhaushalte und industrielle Abnehmer) und des Staates zusammensetzen war. Angesichts der unterschiedlichen Interessenlagen von Arbeitern und Konsumenten (hohe Löhne versus niedrige Preise) war dem Staat in dieser Konstruktion eine Art Schiedsrichter- und Vermittlerrolle zugeordnet.

Durch die spezifische österreichische Wirtschaftsstruktur mit dem Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben waren aber viele Branchen nicht unmittelbar für die Sozialisierung und eine gesellschaftliche Leitung geeignet. „Wo noch nicht Direktoren und Beamte, sondern die Unternehmer selbst die technische und kaufmännische Leitung der Betriebe besorgen, können die Unternehmer nicht ausgeschaltet werden“, räumte Bauer ein, „ohne daß die Produktion durch den Wegfall fachkundiger Leitung geschädigt würde. Die meisten Industriezweige werden wir also nicht sofort vergesellschaften können, sondern werden sie zunächst organisieren müssen, damit ihre künftige Vergesellschaftung zielbewußt vorbereitet wird.“<sup>126</sup> Diese industriellen Klein- und Mittelbetriebe sollten zu Industrieverbänden zusammengeschlossen werden, die für die technische Weiterentwicklung, für den zentralen Ankauf der Rohstoffe, die Lenkung der Produktion, die Regelung der Preise und für den Abschluss kollektiver Arbeitsverträge zu sorgen hatten. „Die Unter-

<sup>125</sup> Schumpeter, *Sozialistische Möglichkeiten von heute*, 457.

<sup>126</sup> Otto Bauer, *Der Weg zum Sozialismus* (1919), in: Ders., *Werkausgabe*, Bd. 2, 100.

nehmer werden hier also zunächst nicht vollständig ausgeschaltet, wohl aber unter eine sehr wirksame Kontrolle der Gesellschaft gestellt, in Beauftragte der Gesellschaft verwandelt werden.<sup>127</sup>

In der Land- und Forstwirtschaft sollte der Großgrundbesitz des Adels, der Kirche und der Agrarkapitalisten als „Ausbeutungseigentum“ sofort enteignet werden, der klein- und mittelbäuerliche Besitz jedoch als „Arbeitseigentum“ unangetastet bleiben.<sup>128</sup> Eine überraschende Sichtweise entwickelte hingegen Bauer im Hinblick auf die Großbanken. Er betonte zwar, dass sie in den letzten Vorkriegsjahrzehnten eine zentrale Stellung im Wirtschaftsgeschehen eingenommen und ihren Einfluss auf die Großindustrie gewaltig ausgedehnt hätten; durch den Krieg wären sie jedoch zu Instrumenten des Staatskredits geworden, so dass eine rasche Vergesellschaftung nicht mehr dieselbe Wirkung erzielen würde wie in der Friedenszeit. In Wirklichkeit dürfte er sich der besonderen Relevanz des Bankenwesens für den Sozialisierungsprozess durchaus bewusst gewesen sein. Er konnte sich aber nicht der Einsicht verschließen, dass durch die internationale Verflechtung des Finanzkapitals und durch die Abhängigkeit Österreichs von ausländischen Krediten eine Enteignung der Großbanken „kaum so leicht durchzuführen und kaum so ratsam und wirksam“ gewesen wäre.<sup>129</sup> Die Sozialisierung der Großbanken war daher – in fernerer Zukunft – als Schlussstein und als Krönung der Sozialisierungsaktion geplant. Angedacht war, sie zu einer nationalen Zentralbank zu verschmelzen und dieser die Leitung des gesamten Kreditwesens zu übertragen.

Das Anlaufen der Sozialisierungsaktion mit der Konstituierung einer Sozialisierungskommission am 14. März 1919 löste bei den Gewerkschaften die Befürchtung aus, eine fortschreitende Vergesellschaftung könne ihre Basis einengen und schließlich überhaupt in Frage stellen. Genährt wurden diese Ängste durch Linke in der Sozialdemokratie, die aus ihrer Abneigung gegen die zu wenig revolutionären Gewerkschaften kein Hehl machten und unverhüllt die Ansicht vertraten, sie seien „durch die Revolution und ihre vorläufigen Ergebnisse überholte Gebilde“.<sup>130</sup> Man müsse sich „von den da und dort wahrnehmbaren törichten Anschauungen frei machen“, setzte sich neben anderen Julius Grünwald, einer der führenden Gewerkschaftsfunktionäre, zur Wehr, „es sei der Bestand der Gewerkschaften in den sozialisierten Betrieben der Zukunft nicht mehr so nötig, wie dies bisher in den privatkapitalistischen Betrieben der Fall war“.<sup>131</sup>

---

127 Ebenda, 104.

128 Als Arbeitseigentum eingestuft wurde im Übrigen auch das Kleingewerbe.

129 Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, 121.

130 Bericht der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs (1919), 2.

131 Julius Grünwald, *Betriebsräte und Gewerkschaften*, Wien 1919, 6.

Als besondere Bedrohung mussten die Gewerkschaften die beabsichtigte neue Institution der Betriebsräte empfinden. In seinem ersten Sozialisierungsentwurf hatte Otto Bauer noch an die traditionelle Einrichtung der betrieblichen Vertrauensmänner angeknüpft, die nunmehr als Arbeiterausschüsse gesetzlich verankert und obligatorisch für alle Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern werden sollten. Im Verlauf des Frühjahrs 1919 flossen aber zwei Ideenrichtungen in seine Konzeptualisierung ein: der Syndikalismus und der Rätegedanke. Syndikalistische Bestrebungen, die auf eine Aneignung von Betrieben durch die Arbeiter abzielten, waren schon unmittelbar nach dem Umbruch zutage getreten. Zentren dieser Bewegung waren das Wiener Arsenal, der Industriebezirk Wiener Neustadt, die Waffenfabrik in Steyr und einzelne Betriebe der Eisenindustrie in der Steiermark, wie etwa die Böhlerwerke in Kapfenberg. Ein besonders spektakulärer Fall einer solchen „wilden“ Sozialisierung geschah im April 1919, als Arbeiter im Donawitzer Werk der Alpinen Montangesellschaft die Betriebsleiter absetzten und ein Direktorium aus ihrer Mitte wählten, das den Betrieb leiten sollte.<sup>132</sup>

Bei Bauers Öffnung für syndikalistische Ansätze, die er in *Der Weg zum Sozialismus* noch strikt abgelehnt hatte, mag der taktische Aspekt eine Rolle gespielt haben, den bereits in verschiedenen Unternehmungen faktisch vorhandenen Zustand zu legalisieren und durch gesetzliche Reglementierungen in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Entscheidender war aber die Absicht, diese spontanen Entwicklungen in den Betrieben der Sozialisierungsidee nutzbar zu machen. „Erst wenn die Arbeiterschaft“, hob er hervor, „aus sich heraus einen Stab von Vertrauensmännern hervorbringt, der fähig ist, die Leitung der Betriebe zu übernehmen, ohne daß dadurch die Produktion gestört wird, erst dann ist der Kapitalist wirklich überflüssig geworden, erst dann hat er keine Funktion im Betriebe mehr zu erfüllen, erst dann kann er aus dem Betriebe hinausgeschleudert werden.“<sup>133</sup> Andererseits war ihm klar, dass eine isolierte Forcierung des Syndikalismus keinen Weg zu einer sozialistischen Wirtschaft darstellen konnte, sondern lediglich einen Gruppenkapitalismus statt des bisherigen Individualkapitalismus geschaffen hätte. Daher griff er als zusätzliche Komponente Inhalte des Rätegedankens auf und sah eine überbetriebliche Betriebsräteorganisation vor, die einer syndikalistischen Verselbständigung entgegenwirken sollte. Die Umbenennung der Arbeiterausschüsse auf Betriebsräte mag zwar eine verbale Konzession an die Räteidee gewesen sein, sie signalisiert aber auch einen unverkennbaren Perspektivenwechsel.

---

132 Charles Gulick, *Österreich von Habsburg zu Hitler*, Bd. 1, Wien 1948, 191.

133 Otto Bauer, *Die Sozialisierungsaktion im ersten Jahre der Republik (1919)*, in: Ders., *Werkausgabe*, Bd. 2, 205.

Da den Betriebsräten auch die Kompetenz zufallen sollte, selbständig Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen, wäre damit die bisherige lohnpolitische Monopolstellung der Gewerkschaften zutiefst erschüttert worden. Die Betriebsräte seien kein geeignetes Instrument, urgierte daher *Die Gewerkschaft* im April 1919, „um in Zukunft der gesunden Entwicklung der Arbeitsverhältnisse“ zu dienen. Es müsse mit Nachdruck gegen alle Bestrebungen angekämpft werden, „das Schwergewicht der Lohnbewegung auf diese neugeschaffenen Institutionen zu legen ... Nichts wäre unserer Meinung nach mehr geeignet, die Entwicklung der Arbeiterklasse zu höheren Lebensformen zu verhindern, als die Durchführung eines derartigen Gedankens“.<sup>134</sup> Ein noch größeres Bedrohungsszenarium bildete für die Gewerkschaften die in Aussicht genommene überbetriebliche Zusammenfassung der Betriebsräte. Damit wäre eine Plattform entstanden, die nicht nur eine „Interessenkollision zwischen den alten und neuen Organisationsformen der Arbeiterschaft“<sup>135</sup> heraufbeschworen hätte, sondern die auch von ihrer Funktionalität her alle Voraussetzungen aufwies, die Gewerkschaften vorerst in den Hintergrund zu drängen und sie in letzter Konsequenz dann völlig auszuschalten.

Noch dramatischer war die Situation für die österreichischen Unternehmer. Ihnen drohte entweder die Enteignung oder, eingebunden in Industrieverbände und kontrolliert durch Betriebsräte, die weitgehende Entmündigung. Um bei der Metapher vom Boot zu bleiben: Sie gerieten in Gefahr, durch den immer stürmischer werdenden innenpolitischen Wellengang über Bord zu gehen. Rückhalt bei den kleinbürgerlich-agrarischen Parteien konnten sie nicht erhoffen. „Die christlichsozialen und großdeutschen Kleinbürger“, schrieb Gustav Stolper im Mai 1919, „unterstützen die Sozialisierung so weit, als sie sie nichts angeht. Die ‚Großkapitalisten‘, die ‚Millionäre‘ und ‚Kriegsgewinner‘, die sich der gemeine Mann vom Lande durchwegs in Gestalt von Juden vorstellt, gibt man mit oder ohne Entschädigung der Enteignung preis. Die Sorge um die industrielle Produktion wird von einer Bevölkerung nicht geteilt, die die ganze industrielle und kapitalistische Entwicklung instinktiv und beharrlich ablehnt ...“.<sup>136</sup>

Die wachsende Verunsicherung von Großbürgertum und Industriellen fand auch auf medialer Ebene ihren beredten Ausdruck. „Das Kapital“, ver-

---

134 *Die Gewerkschaft* XXI (1919), 86.

135 Gustav Stolper, *Die Gewerkschaften im letzten Kriegsjahr*, in: *Der Österreichische Volkswirt* XI/2 (1919), 862.

136 Gustav Stolper, *Staat und Regierung*, in: *Der Österreichische Volkswirt* XI/2 (1919), 556f. Siehe auch Ignaz Seipel, *Minoritätenschutz und Judenfrage nach dem christlichsozialen Programm*, in: *Volkswohl* X (1919), 51.

merkte *Die Industrie* Anfang Jänner 1919, sei „verschüchtert und verscheucht ... Und vor allem fürchtet es das Gespenst der ‚Sozialisierung‘, das unverkennbar in der Hülle kommunistischer Tendenzen einherschreitet.“<sup>137</sup> Es sei „müßiges Gerede, heute von Sozialisierung zu sprechen, wo es nichts zu sozialisieren gibt. Wir haben weder Produktionsmittel, noch haben wir eine Produktion“.<sup>138</sup> Die *Neue Freie Presse* wiederum bemühte sich um den Nachweis, dass eine Aufteilung der Gewinne aus Besitz und Unternehmung der Arbeiterschaft keine wesentliche Einkommenserhöhung eintragen würde: „Vergesellschaftung wegen hundert oder einigen hundert Kronen ... Das persönliche Eigentum ist jetzt im Mittelpunkt des revolutionären Zyklons, der über Rußland, Deutschland und die Gebiete der früheren Monarchie fegt“. Deutschösterreich sei jedoch „zu müde, zu schwach, um Krisen des Eigentums ohne völligen Zusammenbruch, ohne die ernsteste wirtschaftliche Störung, ohne gesperrte Fabriken und leere Arbeitsplätze ertragen zu können“.<sup>139</sup> Auch die Institution der Betriebsräte wurde in die Klagereden einbezogen. Sie sei eine „Neuschöpfung, die geeignet ist, den Lebensnerv unseres ganzen Wirtschaftslebens – und das ist wohl zweifellos die Industrie – mit einem Schläge zu ertöten. Die Industrie soll nun in ihrer Disposition, Geschäftsführung und namentlich in der Aufrechterhaltung von Disziplin und Ordnung in den Betrieben in einer Weise beengt und gefesselt werden, daß man sich eine erfolgreiche, ruhige Produktion kaum vorstellen kann“.<sup>140</sup> Und die *Neue Freie Presse* ergänzte: „Konnte es unbekannt bleiben, daß Männer, welche die Fähigkeit haben, zu führen, bereitwillig mit jährlich 100.000 Kronen und noch mehr bezahlt werden, weil sie äußerst selten sind?“<sup>141</sup>

Unter dem Druck der innenpolitischen Eskalation war man dann immer bereiter, Zugeständnisse zu machen. Eine staatliche Gewinnbeteiligung an den Wirtschaftsunternehmungen wäre ein gangbarer Weg<sup>142</sup>, wurde konzediert, die Sozialisierung könne eine „wirtschaftliche Maßnahme der Zweckmäßigkeit“ sein, wenn sie gewisse Grenzen nicht überschreite und sich auf die Vergesellschaftung der Bodenschätze und Rohstoffe beschränke.<sup>143</sup> Im April 1919 verstieg sich die *Neue Freie Presse* sogar zur Feststellung, in der Sozialisierung liege an sich „eine große Idee, und wenn sie mit der nötigen Vorsicht verwirklicht wird, wird ihre Wirkung eine gute sein“.<sup>144</sup> Die Unter-

---

137 Heinrich Schreiber, Sozialisierung und Wohlfahrt, in: *Die Industrie*, 10. Jänner 1919, 3f.

138 *Die Industrie*, 10. März 1919, 1.

139 *Neue Freie Presse*, 1. Jänner 1919, 1.

140 *Die Industrie*, 10. Mai 1919, 1.

141 *Neue Freie Presse*, 1. Jänner 1919, 1f.

142 *Die Industrie*, 31. März 1919, 1.

143 *Neue Freie Presse*, 5. April 1919, 1.

144 Rudolf Schuster-Bonnott, Friedenswirtschaft. Zeichen der Besserung, in: *Neue Freie*

nehmer mussten sich aber der Einsicht beugen, dem Gang der Dinge ausgeliefert zu sein. Sie konnten nur auf ein Abflauen des Sturmes hoffen.

Und der Sturm legte sich unerwartet schnell. Die Christlichsozialen, die bereit waren, den Weg sozialer Reformen mitzugehen, waren nicht bereit, um auf Viktor Kienböcks Ausspruch zu rekurrieren, als „christliche Sozialisten“ den Weg für einen „unchristlichen“, marxistischen Sozialismus zu ebneten. Sie begannen daher gemeinsam mit den Deutschnationalen, ihre parlamentarische Mehrheit<sup>145</sup> einzusetzen und alle Sozialisierungsbestrebungen zu blockieren, die über die von ihnen akzeptierte Grenze einer Verstaatlichung, Veränderung oder Kommunalisierung hinausgingen. Verbunden war damit eine Kräfteverschiebung im christlichsozialen Parteigefüge. Die in der unmittelbaren Umbruchphase dominierenden bäuerlichen Vertreter verloren an Einfluss gegenüber dem in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten erprobten Wiener Flügel: Ignaz Seipel avancierte nunmehr zum großen Gegenspieler Otto Bauers. Als die Sozialisierungsaktion ins Stocken geriet, versuchte die Linke in der Sozialdemokratie durch den „außerparlamentarischen Sukkurs“<sup>146</sup> eine Wendung herbeizuführen. In einer Resolution des Vollzugsausschusses der Arbeiterräte vom 30. April 1919, die am folgenden Tag vollinhaltlich in der *Arbeiter-Zeitung* veröffentlicht wurde und damit gleichsam parteioffiziellen Charakter bekam, wurde die offene Drohung ausgesprochen, die Nationalversammlung beiseite zu schieben und eine Klassendiktatur aufzurichten, falls sich das Bürgertum weiterhin der Sozialisierung widersetzen sollte. Das Proletariat sei vom festen Willen beseelt, „den Schritt zum Sozialismus, den die Niederlage des österreichischen und deutschen Imperialismus ermöglicht hat, auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterklasse durch irgendwelche Zufälle der Arithmetik nicht gehindert werden. Daß in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern“.<sup>147</sup>

Zwei Tage später, am 2. Mai 1919, wurde die Münchner Räterepublik gewaltsam niedergeschlagen, und dieses Ereignis dämpfte auch in Österreich die innenpolitische Radikalisierung.<sup>148</sup> Die in den folgenden Wochen parlamentarisch verabschiedeten drei Sozialisierungsgesetze hatten mit den

---

Presse, 20. April 1919, 6.

145 Nach den Februarwahlen 1919 verfügte die sozialdemokratische Partei über 72 Mandate, auf die Christlichsozialen kamen 69, auf die Deutschnationalen 27 Sitze. Herbert Dachs, Das Parteiensystem, in: Tálos, Dachs, Hanisch u. Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, 150.

146 Wexberg, Zukunft der Koalitionspolitik, 670.

147 Arbeiter-Zeitung, 1. Mai 1919, 1.

148 Die ungarische Räterepublik brach am 1. August 1919 zusammen.

ursprünglichen Entwürfen Otto Bauers nur mehr wenig gemein; man hatte ihnen, wie es der Christlichsoziale Leopold Kunschak ausdrückte, „die Giftzähne ausgerissen“.<sup>149</sup> Die endgültige Fassung des Betriebsrätegesetzes zeigte auch, dass sich die Gewerkschaften im innerparteilichen Ringen vollständig durchgesetzt hatten. Ihr Primat in der Vertretung der Arbeiterinteressen blieb unangefochten, die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften entsprachen weitgehend der Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung der früheren Vertrauensmänner. Ein erkennbarer Konnex zu den Sozialisierungsplänen bestand nicht mehr; bezeichnenderweise findet sich das Wort „Sozialisierung“ an keiner Stelle des Gesetzestextes. Mit unverblümter Genugtuung stellte der Gewerkschaftsführer Anton Hueber fest, „das Gesetz über die Betriebsräte enthalte keine ausgesprochen sozialistische Forderung, das Gesetz wäre auch in einer rein bürgerlichen Demokratie möglich“ gewesen.<sup>150</sup> Ebenso konnten die Unternehmer aufatmen, da die von der Sozialdemokratie postulierte Generalvollmacht für die Regierung, Enteignungen auf dem Verordnungsweg durchzuführen, im parlamentarischen Prozedere auf der Strecke geblieben war und die Enteignungskompetenz dem Nationalrat mit seiner bürgerlichen Mehrheit zufiel. Tatsächlich kam das Enteignungsgesetz während der Ersten Republik niemals zur Anwendung; nach dem Ende der Demokratie wurde es 1934 formell aufgehoben. Ebenfalls nur wenig Spuren hinterließ das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. In den folgenden Jahren wurden lediglich acht Unternehmen in *Gemeinwirtschaftliche Anstalten* umgewandelt oder als solche neu gegründet: „Keines davon war vorher in Privatbesitz gewesen. Die drei ehemaligen Heeresbetriebe unter ihnen wurden vorrangig zum Zwecke der Arbeitsplatzerhaltung als lebende Leichen weitergeführt.“<sup>151</sup>

---

149 Leopold Kunschak, *Österreich 1918–1934*, Wien 1943, 53.

150 Wiener Zeitung, 3. Mai 1919, 3.

151 Robert Stöger, *Der kurze Traum. Strategie und Praxis der Sozialisierung*, in: Helmut Konrad u. Wolfgang Maderthaner (Hg.), *Das Werden der Ersten Republik ... der Rest ist Österreich*, Bd. II, Wien 2008, 132. Die Linke in der Sozialdemokratie machte nach dem Scheitern der Sozialisierungspläne ihrer Enttäuschung Luft, indem sie die dominante reformistische Affektion und den „kleinbürgerlichen Quietismus“ der Arbeiterschaft anprangerte. Ernst Seidler, *Zum Problem der Sozialisierung*, in: *Der Kampf XIII* (1920), 456. Auch Otto Bauer versuchte, den Fehlschlag auf die uneinsichtigen, ihr eigenes Interesse nicht erkennenden Massen abzuwälzen und so die Parteiführung zu entlasten. Das Proletariat, legte er im April 1920 dar, habe deshalb noch nicht die Macht im Staat erobert, „weil es geistig noch unter dem Einfluß der Bourgeoisie steht, weil sich breite Arbeiterschichten vom Einfluß der kapitalistischen Presse, kapitalistischer Wahlmache, kapitalistischer Erziehung noch nicht befreit“ hätten. Otto Bauer, *Bolschewismus oder Sozialdemokratie?* (1920), in: Ders., *Werkausgabe*, 2. Bd., 349.

Die Sozialisierungsaktion ist in ihrer Bedeutung als Wegkreuzung in der Geschichte der Ersten Republik von der zeithistorischen Forschung erstaunlich wenig reflektiert worden. Es mag ein Nachhall der überaus verschwommenen Terminologie in der zeitgenössischen Sozialisierungsdebatte sein, dass oft keine klare Abgrenzung der Vergesellschaftungsintentionen von der Sozialgesetzgebung vorgenommen wird und beide in gleicher Weise als Manifestationen einer sozialreformerischen Aufbruchstimmung der Nachkriegszeit gesehen werden. Manche Autoren wiederum sprechen von der „Sozialisierungsepisode“ und bringen damit zum Ausdruck, ihr Stellenwert für das weitere Geschehen sei zu vernachlässigen.<sup>152</sup> Bisweilen werden auch undifferenzierte Parallelen zu den Verstaatlichungen nach 1945 gezogen. Bei ihnen ging es aber um anderes, nämlich darum, Unternehmungen aus dem „Deutschen Eigentum“ vor dem Zugriff der Siegermächte zu retten und sie in die österreichische Wirtschaft einzugliedern. Die „gemischte Wirtschaftsordnung“, die solcherart entstand, war eine Gemengelage von Privatkapitalismus und Staatskapitalismus und damit eine ebenso reformistische, systemimmanente Kategorie wie die umfassende Sozialgesetzgebung nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>153</sup> Otto Bauers Sozialisierungsaktivitäten, auch wenn sie als Teilsozialisierung konzipiert waren, besaßen jedoch einen eindeutig systemtranszendierenden Charakter, sie stellten den ersten und einmaligen Versuch in der österreichischen Geschichte dar, auf demokratischen Weg, gepaart mit außerparlamentarischem Druck, ein nachhaltiges Fundament für eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu errichten.

Dieser sozialrevolutionäre Anlauf musste bei dem gegebenen Kräftefeld zwangsläufig Risse und schließlich Verschiebungen in der innenpolitischen

---

152 Diese Sichtweise findet sich beispielsweise bei Robert Stöger, der in einem 2008 erschienenen Sammelband über die Anfänge der Ersten Republik seinen Beitrag mit *Der kurze Traum* übertitelt und einleitend festhält: „Zeiten gesellschaftlicher Erschütterungen, wie die ‚Österreichische Revolution‘ (Otto Bauer) zweifellos eine war, sind meist begleitet vom Auftauchen und Verschwinden kurzlebiger Phänomene. Deren Grad der zeitweiligen Faszination verhält sich oft indirekt proportional zu ihrer Nachhaltigkeit. Die Debatte um die Sozialisierung, die das politische Geschehen in Österreich in den Monaten nach Kriegsende dominierte, ist in ihrer Heftigkeit und kurzen Dauer ebenso wie in der Diskrepanz zwischen den in sie gesetzten – und überzogenen – Erwartungen und dem praktisch vollkommenen Fehlen von dauerhaften Resultaten geradezu ein Paradebeispiel dafür. Stöger, *Der kurze Traum*, 123.

153 Otto Bauer hingegen zog bekanntlich eine klare Trennlinie zur Verstaatlichungsidee und unterstrich mit Nachdruck, dass Sozialisierung und Verstaatlichung nicht gleichzusetzen seien. Eine bloße Verstaatlichung hielt er einerseits wegen der Machtfülle der Regierung politisch gefährlich und andererseits auch ökonomisch bedenklich, denn „niemand verwaltet Industriebetriebe schlechter als der Staat“. Bauer, *Der Weg zum Sozialismus*, 96. Diese Anmerkung Bauers wurde später von konservativen und neoliberalen Politikern wie Publizisten immer wieder genüsslich zitiert.

Tektonik nach sich ziehen. Zu den Wenigen, die in der Literatur diese historische Kausalität ansprechen, gehört Norbert Leser, der in seinem Standardwerk über den Austromarxismus die von Otto Bauer inspirierte sozialdemokratische Politik als folgenschweren „sozialpsychologischen Kurzschluss“ bezeichnet: „Die ‚Versimpelung‘ und agitatorische ‚Verknöcherung‘ der Klassenkampflehre, gegen die sich Karl Renner schon während des Ersten Weltkrieges gewandt hatte, die aber nach dem Zusammenbruch der Monarchie nicht nur nicht zurücktrat, sondern eine größere, nach Links kalmierende, damit aber nach Rechts aufpulvernde Rolle spielte, war eine der Ursachen dafür, daß das Konzept Karl Renners zur Eroberung der Mehrheit für die Sozialdemokratie, das Konzept der Schaffung einer starken demokratischen Mitte nicht das Denken und Handeln der Partei bestimmte und die Polarisierung Trumpf wurde. Diese Polarisierung mit Hilfe der Klassenkampfpropaganda hatte aber nicht den Effekt, den die unter der Führung Otto Bauers stehende Partei damit erzielen wollte: Die Unterschätzung sozialpsychologischer Faktoren, die nicht in das Marxsche Klassenschema paßten, sollte sich als mit weittragenden Konsequenzen belastete Akzentfetzsetzung erweisen.“<sup>154</sup>

Zu diesen weittragenden Konsequenzen gehörte, dass die anfängliche Konsensbasis immer brüchiger wurde und die Bereitschaft schwand, die neue Republik „als gemeinsames Werk von Bürgern, Bauern und Arbeitern“ aufzubauen.<sup>155</sup> Im Juni 1920 zerbrach die Nachkriegskoalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Die Linke in der Sozialdemokratie quittierte es mit spürbarer Erleichterung. Zwar sei an der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf kapitalistischer Basis zu zweifeln, tat sie kund, „aber wenn er möglich ist, dann werden ihn nicht die Sozialdemokraten zustande bringen, die ... jeden Schritt auf diesem Wege widerstrebend und gezwungen gehen müßten“.<sup>156</sup> Betroffen reagierten die Gewerkschafter und die Rechte in der Partei, so Karl Renner, der später des Öfteren insistierte, das Herausgehen aus der Koalition wäre ein schwerer politischer Fehler gewesen.<sup>157</sup>

---

154 Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*, 314.

155 *Neue Freie Presse*, 13. November 1918, 1. Eine deckungsgleiche Formulierung gebrauchte Karl Renner in seiner Rede vor der Provisorischen Nationalversammlung anlässlich der Ausrufung der Republik. Das demokratische System entspringe „dem einfachen Gedanken, daß in der furchtbarsten Not eines Landes und Volkes sich die drei Hauptklassen: Bürger, Bauern und Arbeiter zusammengeschlossen haben, um sich selbst und ihr Land zu retten“. *Stenographische Protokolle der Provisorischen Nationalversammlung*, 3. Session, 12. November 1918, 66.

156 Wexberg, *Die Zukunft der Koalitionspolitik*, 668.

157 Karl Renner, *Österreich von der Ersten zur Zweiten Republik*, Wien 1952, 43.

Ab diesem Zeitpunkt – und erst jetzt – begann sich ein „bürgerliches Lager“ zu formieren, wenn man unbedingt an dieser Wortschöpfung mit ihrer Konnotation zum militärischen Feldlager festhalten will. Der bestimmende Wesenszug dieser neuen Konstellation war die zunehmende Einbindung von Industrie und Banken in das politische Aktionsfeld, dessen Instrumentalisierung vor allem durch die Großbanken seit der Genfer Sanierung unübersehbar wurde. Es schälte sich ein Verhältnis heraus, „das mit der Vernunftfehe zu Habsburgs Zeiten vergleichbar war“. Das Kapital „fand in den kleinbürgerlich-agrarischen Parteien des österreichischen Nationalrats eine Kraft, die bereit war, sich zum Sachwalter des Unternehmertums zu machen und seine Schlachten zu schlagen; gelegentlich mit Überwindung, aber immer zuverlässig, wenigstens bis zum Beginn der großen Depression der dreißiger Jahre“.<sup>158</sup> Baumeister des neuen Bürgerhauses war Ignaz Seipel, der, wie August Maria Knoll diagnostiziert, einen politischen Richtungswechsel von einem „republikanisch-sozialistischen“ Kurs zu einem „kapitalistischen“ Kurs vorgenommen hatte. Und Knoll berichtet von einem Ausspruch Seipels: „Ich betreibe bewußt und gewollt kapitalistischen Kurs, um den Sozialismus zu hemmen.“<sup>159</sup> Das Herausführen der Unternehmer aus der „politischen Isolierung und Eingliederung ... in das unmittelbare politische Leben“<sup>160</sup> schlug sich auch in den Kandidatenlisten für die Wahlen des Jahres 1923 nieder: Erstmals befanden sich unter den Mandataren der Christlichsozialen und Deutschnationalen Repräsentanten der Großindustrie (Streeruwitz, Weidenhoffer, Reiner, Kliemann) und des Bankenverbandes (Wantschura).<sup>161</sup>

Aber die Allianz war und blieb fragil. Die kleinbürgerlich-agrarischen Parteien, die meist nur über knappe Mehrheiten im Parlament verfügten, konnten nur eine schwache Stütze für das Unternehmertum sein. Im Ruf nach dem starken Staat, der angesichts der permanenten ökonomischen Krise der Ersten Republik nicht zuletzt in Wirtschaftskreisen laut wurde, schwang die Erinnerung an das ganz andere Bündnis mit dem Habsburgerregime mit, das den Wirtschaftsinteressen eine sehr viel stärkere Rückendeckung geboten hatte. Anton Apold, der Generaldirektor der größten österreichischen Industrieunternehmung, der Alpine Montangesellschaft, gab im Frühjahr 1930 mit seinem viel Staub aufwirbelnden Sager vom „Dreckstaat“, in dem end-

---

158 Peter Berger, *Ökonomische Macht und Politik*, in: Tálos, Dachs, Hanisch u. Staudinger, *Handbuch des politischen Systems Österreichs*, 408f.

159 August Maria Knoll, Ignaz Seipel, in: *Neue Österreichische Biographie IX* (1956), 123.

160 Richard Schmitz, *Nicht Sozialismus, sondern Sozialreform*, in: *Reichspost*, 19. April 1924, 2.

161 Otto Bauer, *Der Kampf um die Macht* (1924), in: *Ders., Werkausgabe*, Bd. 2, 948; *Die Industrie*, 27. November 1923, 2.

lich gespart werden müsse<sup>162</sup>, einen schlaglichtartigen Einblick in die Frustrationslandschaften vieler Unternehmer.

Im veränderten innenpolitischen Klima konnte auch das zarte sozialpartnerschaftliche Pflänzchen der Umbruchphase nicht mehr gedeihen. Das wichtigste sozialpartnerschaftliche Gremium, das *Paritätische Industriekomitee*, war bereits gegen Ende 1919 praktisch stillgelegt. Die Gewerkschaftskommission bemühte sich wiederholt um eine Reaktivierung dieser Einrichtung, stieß aber bei den Unternehmern auf wenig Gegenliebe. Was die zweite Ebene der sozialpartnerschaftlichen Kooperation, die Industriekonferenzen, betrifft, wurde zwar im Oktober 1921 noch eine (dritte) Industriekonferenz abgehalten, die aber ebenfalls durch eine deutliche Verhärtung in der Haltung der Unternehmer gekennzeichnet war. So blieben die Verhandlungen, die über aktuelle Wirtschaftsfragen geführt wurden, ohne Ergebnis.<sup>163</sup>

Um ein letztes Mal die Bootsmetaphorik zu bemühen: Das gemeinsame reformistische Boot der Umbruchzeit war im sozialrevolutionären Sturm arg beschädigt und dann leck geworden. Die Mannschaften, neu formiert, stiegen in zwei getrennte Boote um, die, beide paramilitärisch aufgerüstet, der großen Konfrontation zusteuerten, die das Ende der Ersten Republik bedeutete. Ob unter anderen Umständen eine Entwicklung wie nach 1945 möglich gewesen wäre, also eine breite großkoalitionäre Basis gepaart mit einem sozialpartnerschaftlichen Handlungsfeld und einem verstaatlichten Industrie- und Energiesektor, der den wirtschaftspolitischen Spielraum im ökonomischen Wiederaufbau erweiterte, eine solche Frage ist spekulativ und letztlich wenig zielführend: Die Geschichte produziert keine Blaupausen. Eindeutig ist nur der Befund, dass die politisch-gesellschaftliche Polarisierung der Zwischenkriegszeit nicht vorgezeichnet war. Die hier versuchte Analyse darf aber nicht als Schuldzuweisung missverstanden werden. Schuldzuweisung ist keine geschichtswissenschaftliche Kategorie: Der Historiker hat zu *beurteilen*, nicht zu *verurteilen*. Er ist allerdings im Besitz des Wissens um das Nachher, das ihn zwangsläufig zu anderen Rationalisierungen führt als sie den Zeitgenossen zugänglich waren. Was hier gezeigt werden sollte, ist einzig dies: dass die Ausgangssituation der Ersten Republik offen war. In historischen Prozessen gibt es keine determinierte Eigendynamik, es gibt nur menschliche Verursachungen, die eine Eigendynamik gewinnen können.

---

162 Neue Freie Presse, 28. Mai 1930, 1; Neue Freie Presse, 31. Mai 1930, 1f.; Arbeiter-Zeitung, 29. Juni 1930, 1.

163 Die Industrie, 15. Oktober 1921, 1.

# **Flucht aus dem Staatsdienst. Beamtenproletarier und Mandarine auf dem Weg von der Monarchie in die Republik<sup>1</sup>**

Gertrude Enderle-Burcel

Öffentliche Verwaltung, Bürokratie, Beamte – die Begriffe beherrschen unseren Alltag, und doch fanden und finden sie als Thema der historischen Aufarbeitung nicht die gebührende Beachtung. Eva Kreisky gibt dafür eine mögliche Erklärung, wenn sie meint:

*„Eine sich von der gesellschaftlichen Interessenstruktur bewusst abhebende, also entpolitisiert, ahistorisch und agesellschaftlich verfahren- de Rechtswissenschaft hat den Forschungsgegenstand Verwaltung für sich in Anspruch genommen und versteht diesen als ihre alleinige Domäne, in die nur eindringen darf und kann, wer ihre Verfahren und ihre Sprache beherrscht.“<sup>2</sup>*

Selbst 40 Jahre nach dieser Feststellung hat sich das Forschungsinteresse nicht verstärkt. Obwohl sich seit Jahrzehnten Verwaltungsreform und Beamtenabbau in jedem neuen Regierungsprogramm finden, gibt es keine großen historischen Forschungsinitiativen zu den Themen. Die letzten Publikationen auf diesem Gebiet – so wichtig sie sind – zeigen aber, wie lückenhaft der Wissensstand noch immer ist und welche Forschungen zur Zwischen-

- 
- 1 Zum Begriff Staatsbeamtenproletarier vgl. Fachzeitschrift der k.k. österreichischen Rechnungsbeamten, Zeitschrift des Verbandes der österr. Staats-Rechnungsbeamten-Vereine, XV. Jahrgang, Blatt 11, Linz, Wien, den 1. Juni 1918, 52 Flucht aus dem Staatsdienste. Der Begriff Mandarine – im Sinne von leitenden, höheren Beamten – wurde gewählt nach einer Publikation von Eva Glück und Manfred Welan, Republik der Mandarine, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Hg.), 31. Jahrgang, 1/1984, 71–81.
  - 2 Eva Kreisky, Zur Genesis der politischen und sozialen Funktion der Bürokratie, Die österreichische Bürokratie als vernachlässigter Forschungsgegenstand, in: Heinz Fischer (Hg.), Das politische System Österreichs, Wien 1974, 181–231, hier 181.

kriegszeit noch notwendig wären. 2008 kam es in einem „von der österreichischen Bundesregierung und der österreichischen Öffentlichkeit so gar nicht forcierten Gedenkjahr“<sup>3</sup> zu einer Tagung in Linz, bei der Handlungsoptionen und Handlungsstrategien der österreichischen Verwaltungseliten der Zwischenkriegszeit – im Besonderen in den Jahren 1918/1919, 1933/1934 und 1938/1939 – im Mittelpunkt standen.<sup>4</sup> 2009 erschien ein biographisches Handbuch der Spitzendiplomaten, in dem ein institutionengeschichtlicher und personenbezogener Ansatz verbunden wurde. Auch bei dieser Publikation zeigte das offizielle Österreich kein Interesse, das Verhalten österreichischer Diplomaten in den Jahren 1938 bis 1945 erforschen zu lassen.<sup>5</sup> Die Linzer Publikation und das Diplomatenbuch führten aber zu einer weiteren Initiative. Derzeit ist ein Sonderband der Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs in Vorbereitung, der Beiträge zu Brüchen und Kontinuitäten in Verwaltung und Wissenschaftlichen Bibliotheken der Jahre 1933, 1938 und 1945 zum Inhalt hat.<sup>6</sup>

Trotz dieser wichtigen Forschungsansätze der letzten Jahre – weitgehend auf die Verwaltungseliten beschränkt – bleibt der Forschungsgegenstand Öffentliche Verwaltung und Verwaltungseliten noch einer umfassenden historischen Aufarbeitung und Beurteilung vorbehalten.

Derzeit besteht wenig Interesse – weder seitens der Politik noch seitens der Forschung – sich umfassend mit dem untergegangenen Berufsbeamten-tum des vergangenen Jahrhunderts zu beschäftigen. Forschungen und Analysen können kaum mehr als die höhere Beamtschaft in einzelnen Verwaltungseinheiten in beschränkten Zeitabschnitten abdecken, da die große Zahl an Beamten und die Komplexität des Forschungsgegenstandes Verwaltung Einzelforschungen erschweren.

Auch der vorliegende Beitrag geht daher nur einzelnen Aspekten in einem begrenzten Zeitabschnitt nach: Wie reagierten hohe Beamte der Zentralverwaltung auf den Übergang von der Österreichisch-ungarischen Monarchie auf die Republik (Deutsch)Österreich und auf die mit dem Schrumpfen

3 Wolfgang Weber u. Walter Schuster (Hg.), *Biographien und Zäsuren, Österreich und seine Länder 1918–1933–1938*, Linz 2011, 13.

4 Ebenda, 13.

5 Rudolf Agstner, Gertrude Enderle-Burcel u. Michaela Follner, *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky*, Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Herausgeber Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes u. Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, Wien 2009, Vorbemerkungen, 5.

6 Gertrude Enderle-Burcel, Alexandra Neubauer-Czettl u. Edith Stumpf-Fischer (Hg.), *Brüche und Kontinuitäten 1933–1938–1945, Fallstudien zu Verwaltung und Bibliotheken*, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 12*, Wien 2013 – in Vorbereitung.

auf einen Kleinstaat vorgezeichneten Abbaumaßnahmen in der Verwaltung? Die Sonderentwicklung bei Offizieren und das Schicksal der Masse der kleinen und mittleren Beamten werden zumindest problematisiert. Das Jahr 1925 stellt bei diesem Umstellungsprozess eine gewisse Zäsur dar, da in diesem Jahr die erste große Organisationsreform der Nachkriegszeit deutliche Auswirkungen bei den Verwaltungsstrukturen und beim Abbau von Beamten zeigte. Strukturanalysen, Einzelschicksale und kollektivbiographische Auswertungen beschränken sich daher auf die Jahre 1918 bis 1925.

### Von der Monarchie zur Republik

Für die Republik Österreich musste die Verwaltung 1918 den veränderten politischen, rechtlichen, gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, räumlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst werden.

Die Ministerien und Zentralstellen, die in Wien ihren Sitz hatten, waren für das gesamte Staatsgebiet der Monarchie dimensioniert gewesen. Die Agenden, die vom Staat erledigt wurden, nahmen laufend zu und hatten bereits im 19. Jahrhundert zu einer steten Vergrößerung des Verwaltungsapparates geführt.<sup>7</sup> Von 1890 bis 1910 stiegen die Kosten der Zentralverwaltung auf das Doppelte.<sup>8</sup> Während des Krieges machten sich starke zentralistische Tendenzen bemerkbar. Alle Zentralstellen zogen selbst marginale Entscheidungen an sich.

Der Erste Weltkrieg brachte zudem eine weitere Vermehrung von Verwaltungsagenden und -stellen. Krieg produziert Bürokratie, wie etwa an der großen Zahl an Kriegszentralen abzulesen ist. Der verwaltete „Mangel“ hatte im Ersten Weltkrieg u. a. zur Gründung von 91 kriegswirtschaftlichen Organisationen geführt.<sup>9</sup> Im Krieg war es zu einer bis dahin noch nie dagewesenen Verbindung von staatlicher Verwaltung und Privatwirtschaft gekommen.

In den kriegswirtschaftlichen Zentralen, meist als Aktiengesellschaften organisiert, hatten Vertreter der staatlichen Verwaltung Kontrollfunktionen inne.

Diese Verbindungen hatten nicht zuletzt zu einer ungeheuren Korruption der Verwaltung bzw. deren Repräsentanten geführt.<sup>10</sup>

---

7 Johann Christoph Allmayer-Beck, Die Träger der staatlichen Macht, Adel, Armee und Bürokratie, in: Otto Schulmeister (Hg.), *Spectrum Austriae. Österreich in Geschichte und Gegenwart*, Wien, München, Zürich, Innsbruck, 151–166, hier 156.

8 Kann unsere Verwaltungsreform sofort begonnen werden? Von einem Praktiker, Wien 1917, 35.

9 Emil Goldschmid, Die wirtschaftlichen Kriegsorganisationen Österreichs, in: *Mitteilungen des österreichischen Staatsamtes für Finanzen*, XXIV. Jahrgang, Wien 1919, 95–236, hier 95f.

10 Peter Melichar, Verteilungskämpfe, Bemerkungen zur Korruption im Österreich der

Am Beginn der Republik gab es als Erbe der Monarchie daher einen überdimensionierten staatlichen Verwaltungsapparat, dessen führende Vertreter auf Grund umfangreicher jahrelanger kriegswirtschaftlicher Maßnahmen viele Berührungspunkte mit der Privatwirtschaft hatten und sich zudem weitgehend nicht der neuen republikanischen Staatsform verbunden fühlten.

### **Trägheit und Wandel in den Verwaltungsstrukturen**

Die intakt gebliebene Hoheitsverwaltung – in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein Element der Kontinuität – zeigte zunächst ein starkes Beharrungsvermögen.<sup>11</sup> In den Ministerien begann ein Kampf um Kompetenzen. Das überdimensionierte Beamtenheer suchte fortwährend nach Aufgaben, um seine Existenzberechtigung zu beweisen.<sup>12</sup> Es bedurfte eines Zwanges von außen – der Völkerbundanleihe 1922 – und einiger Jahre, um merkbare strukturelle und personelle Veränderungen bis 1925 umzusetzen.

Die Geschäftsverteilungen der Ministerien unterschieden sich 1919 nur wenig von jenen der vorangegangenen Jahre. Die allgemeine Erkenntnis, dass die Zentralstellen der Republik reduziert und umfangreiche Verwaltungsreformen eingeleitet werden müssten, zeigte in der Praxis zunächst wenig Konsequenzen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden die Agenden durch notwendig gewordene Liquidierungsmaßnahmen und Regelungen im Zuge der Friedensverträge zunächst sogar vermehrt.

Beispielhaft seien hier einige neue Aufgaben des Finanzministeriums angeführt. Im April 1919 wurde etwa ein Departement 1 (S.D.) geschaffen, dessen Geschäftskreis die Staatsaufsicht über die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung und die vier Heeresbetriebe (Arsenal, Wöllersdorf, Blumau und Fischamend) umfasste und bis 1925 im Sektionsverband aufscheint. Ebenso wurde das Departement 3 1919 zur Zentralstelle für Liquidierungsangelegenheiten erklärt, die so viele Verwaltungstätigkeiten produzierten, dass das Schlagwort vom „Liquidierungssumpf“ aufkam.<sup>13</sup> Ein weiteres Departement beschäftigte sich mit den Vorbereitungen bzw. in weiterer Folge mit der Durchführung aller staatsfinanziellen Friedensangelegenheiten. Diese Agen-

---

Zwischenkriegszeit, in: Ernst Bruckmüller (Hg.), *Korruption in Österreich*, Wien 2011, 81–110, hier 86f.

11 Walter Goldinger, *Verwaltung und Bürokratie*, in: Erika Weinzierl u. Kurt Skalnik (Hg.) *Österreich 1918–1938, Geschichte der Ersten Republik*, Band 1, Graz, Wien, Köln 1983, 195–207, hier 195.

12 Rudolf Brichta, *Aufgaben und Wege einer Verwaltungsreform*, Leipzig, Wien 1919, 360.

13 Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (in der Folge AdR), Bundesministerium für Finanzen (in der Folge BMF), Zl. 475 Präs./1923, Brief des Ministerialrates Hermann Hein an das Präsidium des BMF vom Oktober 1922.

den sicherten bis 1938 ein weites Betätigungsfeld.<sup>14</sup> Ab 1920 bestand ein Referat zur Liquidierung der Kriegskreditanstalten. Von 1921 bis 1931 kam das Militärliquidierungsamt zum Sektionsverband. 1920 wurde ein neues Departement (16 D) geschaffen, das unter anderem die Handelsverträge mit den Nachfolgestaaten zu seinem Aufgabenkreis zählte. Auch die Zentralstelle für Ein-, Aus- und Durchfuhrbewilligungen, die unter anderem für das Zustandekommen der in der unmittelbaren Nachkriegszeit so wichtigen Kompensationsverträge zuständig war, stellte eine Aufgabenvergrößerung für das Finanzministerium dar. Die Liste ließe sich auf Grund des Geschäftsverteilers noch um einiges vergrößern. Dazu kamen neue Verwaltungstätigkeiten auf Grund der Umstellungen im Bereiche der klassischen Kompetenzen wie Kredit-, Budget-, Gebühren-, Zoll-, Steuer-, Währungs- und Notenbankangelegenheiten, die für die neuen Verhältnisse adaptiert werden mussten. Auch die grundsätzliche Reform der direkten Steuern und die Neuordnung der Verhältnisse zwischen Ländern und Gemeinden bildeten die Voraussetzung für umfangreiche legislative, administrative und statistische Verwaltungstätigkeiten.<sup>15</sup>

Die organisatorischen Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Umstellungsprobleme lassen sich auch an den ständigen Neueinteilungen und Umgruppierungen in den einzelnen Sektionen des Finanzministeriums ablesen. Während selbst in der schwierigen Kriegszeit die Geschäftseinteilung wenige Veränderungen aufzeigte, wechselten bis 1925 die Zugehörigkeiten einzelner Departements und Referate zu den Sektionen ständig. Beispiele für diese Vermehrung an Verwaltungstätigkeiten in der unmittelbaren Nachkriegszeit lassen sich in allen Staatsämtern, bzw. Ministerien finden. Die Forderung nach Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, nach einer „Diensteinteilung der Zentralstellen in feste, innerlich zusammenhängende, nach sachlichen Gründen und Bedürfnissen gebildete Geschäftsgruppen“<sup>16</sup> wurde zwar laufend gestellt, doch bedurfte es für die gesamte Verwaltung eines zwingenden Anstoßes von außen.

### **Wandel durch Druck vom Ausland**

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie war es eine der vorrangigsten Aufgaben, den Staatshaushalt in ein Gleichgewicht zu bringen. In einer zeitgenössischen Quelle liest sich das dramatisch: „[...] der Bund als Dienst-

---

14 Die Angelegenheiten des Staatsvertrages von St. Germain waren zunächst im Departement 20, 1922 bis 1925 im Departement 19 und ab 1926 im Departement 17 verankert.

15 AdR, BMF, Zl. 601 Präs./1923.

16 Neues Wiener Abendblatt vom 18. März 1919, Nr. 76, 2 „Der Verwaltungsreform zweiter Teil.“

geber, der die durch einen verlorenen Krieg und die verunglückten Experimente der ersten Nachkriegsjahre heillos zerrütteten Staatsfinanzen unter unsäglichen Mühen wieder ins Gleichgewicht bringt [...]“<sup>17</sup> Die Sanierung der Einnahmen und Ausgaben sollte mit Hilfe eines Völkerbundkredites erreicht werden.<sup>18</sup> Beamtenabbau und Verwaltungsreform nahmen in diesen Überlegungen und Verhandlungen eine zentrale Rolle ein. Joseph Schumpeter, Staatssekretär für Finanzen vom 15. März 1919 bis 17. Oktober 1919, formulierte in seinen Grundlinien zur österreichischen Finanzpolitik 1919: „Die Auffassung aller überflüssiger Stellen, die Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, die Pensionierung aller überflüssigen Beamten, die Ausmerzung aller aus einer früheren Zeit hervorgekommenen Budgetposten, ist unbedingt erforderlich, um das Budget zu sanieren.“<sup>19</sup>

Schon parallel zu den Kreditverhandlungen erwartete das Ausland in zunehmendem Umfang Ersparungsmaßnahmen. Die Initiative für die erste Ersparungskommission, mit dem Präsidenten des Rechnungshofes Max Vladimir Beck an der Spitze, ging vom Ministerrat Anfang 1921 aus.<sup>20</sup> Das Finanzministerium versuchte dabei, eine führende Stellung einzunehmen. Dem Ministerrat wurde 1922 ein Exposé vorgelegt, das die Einsetzung eines Ersparungskommissärs als einem Organ des Finanzministers verlangte, der in allen Ressorts die Möglichkeiten eines Arbeits- und Beamtenabbaues sowie sonstiger Ersparungsmöglichkeiten feststellen sollte. Gegen diese sehr weitgehenden Vollmachten wurden verfassungsmäßige Bedenken vorgebracht.<sup>21</sup> Bestellt wurde schließlich Friedrich Hornik, dessen Aufgabenkreis vom Ministerrat am 11. Juli 1922 festgelegt und genehmigt wurde.<sup>22</sup> Aus dem Aktenverkehr des Finanzministeriums – der hier exemplarisch angeführt sei – geht hervor, dass sich die jeweilig betroffenen Beamten in den Sektionen wenig darum kümmerten, sich dilatorisch verhielten oder hämische Randbemerkungen zu den Vorschlägen schrieben.<sup>23</sup>

17 Der christliche Gemeindeangestellte, Organ der Sektion Gemeindeangestellter in der Gewerkschaft christlicher Angestellter in öffentlichen Diensten, 1. Jahrgang, Wien, Oktober 1924, Folge 3, 1 „Die Besoldungsordnung beim Bund und der Gemeinde.“

18 Vgl. dazu im Detail Victor Kienböck, Das österreichische Sanierungswerk, Stuttgart 1925; besonders das Kapitel Beamtenfragen, 47–56.

19 Joseph Schumpeter, Grundlinien der Finanzpolitik für jetzt und die nächsten drei Jahre, Wien 1919.

20 AdR, Ministerratsprotokoll 30/5 vom 13. Jänner 1921; verlängert durch Ministerratsprotokoll 151/6 vom 28. Dezember 1921.

21 AdR, Ministerratsprotokoll 202/2 vom 22. Juni 1922 und 204/2 vom 24. Juni 1922.

22 AdR, Ministerratsprotokoll 210/2 vom 11. Juli 1922; vgl. auch BMF, Zl. 560 Präs./1922 Note des BKA [Bundeskanzleramt] betreffend Dienstanweisung für den Ersparungskommissär.

23 Vgl. dazu besonders AdR, BMF, Zl. 705 Präs./1922 Reformen auf dem Gebiet des

Da dieser Ansatz wenig brachte, wurde die Bundesregierung als eine Folge der Völkerbundanleihe, zu der es am 4. Oktober 1922 mit der Unterzeichnung der Genfer Konvention gekommen war, neuerlich aktiv. Die Bestimmungen des Genfer Protokolls III sahen als einen Teil des Wiederaufbauprogramms nach der Inflationsära „Reformen und Ersparungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Hoheitsverwaltung, insbesondere durch Arbeits-, Ämter- und Personalabbau“ vor.<sup>24</sup> Das Finanzprogramm trat als Wiederaufbaugesetz (BGBl. Nr. 843 vom 27. November 1922) in Kraft. Ein Bundesverfassungsgesetz (BGBl. Nr. 844 vom 26. November 1922) schuf die Voraussetzungen zur Einsetzung eines außerordentlichen Kabinettsrates, der die in dem Verfassungsgesetz bezeichneten besonderen Beschlüsse zu fassen hatte. Es bedurfte des Druckes der ausländischen Gläubiger und besonderer gesetzlicher Bestimmungen, um Bewegung in die Trägheit bei den Verwaltungsreformen zu bringen. Im Ministerrat vom 20. Juni 1923 wurden die Bundesministerien aufgefordert, binnen vier Wochen im Einvernehmen mit der Verwaltungsreformabteilung des Bundeskanzleramtes/Inneres dem Ersparungskommissär der Bundesregierung entsprechende Pläne vorzulegen.<sup>25</sup>

Die Reorganisation der einzelnen Bundesministerien sollte analog zu den anlässlich der Einrichtung des neuen Bundeskanzleramtes verfügten organisatorischen Vereinfachungen und Einschränkungen durchgeführt werden.<sup>26</sup> Die Umstrukturierungen hätten laut Ministerratsbeschluss bis spätestens 15. September 1923 in Kraft treten sollen.<sup>27</sup> Die Auswahl, welche Verwaltungseinheiten aufgelöst werden sollen, blieb den einzelnen Ministerien vorbehalten.<sup>28</sup> Nach der Beendigung der Tätigkeit des Ersparungskommissärs im April 1924<sup>29</sup> hatte die Bundesregierung entschieden, in jedem Ressort einen mit entsprechenden Vollmachten ausgestatteten Beamten mit der Leitung der einschlägigen Arbeiten zu betrauen.<sup>30</sup> Ende 1924 beschloss der Ministerrat<sup>31</sup> die Schaffung eines Kollegiums der Ressortersparungskommissäre.<sup>32</sup> Die Durchführung des Beschlusses stieß in allen Ressorts auf Schwierigkeiten.

---

Gebührenwesens.

24 Vgl. Compass, Österreich, Österreich-Ungarn 1936, 149; Details zur Genfer (Völkerbund) Konvention, 146–149.

25 AdR, Ministerratsprotokoll 284/2 vom 20. Juni 1923.

26 AdR, BMF, Zl. 449 Präs./1923 Amtsveranlassung, Änderung in der Organisation des BMF, 20. Juni 1920.

27 AdR, BMF, Zl. 601 Präs./1923.

28 AdR, BKA/Inneres, Zl. 54.750/1923.

29 AdR, Ministerratsprotokoll 321/22 vom 16. April 1924 und 322/1 vom 25. April 1924.

30 AdR, BMF, Zl. 291 Präs./1924 Ersparungskommissär der Bundesregierung, Beendigung der Funktion.

31 AdR, Ministerratsprotokoll 360/6 vom 30. Dezember 1924.

32 Zu den Vorstellungen über das Kollegium: vgl. AdR, Ministerratsprotokolle 361/14

Für den Ersparungskommissär Friedrich Hornik hatte seine wenig erfolgreiche Tätigkeit keine negativen Folgen. Er behielt seine Funktion als Leiter des liquidierenden Kriegsministeriums, die er seit 1920 inne hatte – vermehrt um die Agenden des liquidierenden Ministeriums für Landesverteidigung und der Marinesektion des liquidierenden Kriegsministeriums – bis zum Juli 1931, zuletzt als Präsident des sogenannten Militärliquidierungsamtes. Vom Juli 1931 bis zu seinem Tod im Februar 1933 war er Vizegouverneur der Österreichischen Postsparkasse.<sup>33</sup>

1924 – also nach zweijähriger Tätigkeit als Ersparungskommissär – waren die Spar- und Abbaumaßnahmen in der Bundesverwaltung auf einem Höhepunkt angelangt. Organisatorische Änderungen, Auffassung von Sektionen, Abteilungen, Referaten, personelle Verschiebungen und ein umfangreicher Personalabbau waren so umfassend, dass z. B. das Präsidium des Finanzministeriums für 1925 in der Staatsdruckerei keine Geschäftsverteiler mehr drucken ließ.<sup>34</sup>

Im Mai 1925 kam es neuerlich zu einem Ministerratsbeschluss, dem das vom Finanzminister Jakob Ahrer eingebrachte Ersparungsprogramm – u. a. sah es eine 30 prozentige Personalverminderung vor – für alle Zentralstellen zugrunde lag.<sup>35</sup> Das Jahr 1925 stellt damit eine Zäsur bei der Reorganisation der staatlichen Verwaltung dar. Personelle und strukturelle Auswüchse in der Verwaltung waren letztlich unter dem wirtschaftlichen Druck von außen eingedämmt worden.

Die Zahlenangaben in der Literatur über die Straffung der Verwaltung schwanken.<sup>36</sup>

Die durch permanente Umstrukturierungen, verschiedene Ersparungskommissionen, Ein- und Durchführung von Verwaltungsersparungsgesetze und Abbaumaßnahmen erzeugte Unruhe endete 1925 und brachte 1926 eine neue Organisationseinteilung in den Ministerien. Der jahrelangen Suche nach neuen Organisationsformen folgte erst danach eine Phase der Stabilität.

---

vom 9. Jänner 1925; 370/2 vom 24. März 1925, 374/8 vom 17. April 1925; weiters BMF, Zl. 48 Präs./1925 Organisatorische Maßnahmen zur Sicherstellung einer wirksamen Verfolgung der Reform- und Ersparungspolitik; weiters Zl. 263 Präs./1925; Zl. 335 Präs./1925; Zl. 795 Präs./1925.

33 Enderle, Follner, Diener vieler Herren, 193–195.

34 AdR, BMF, Zl. 647 Präs./1924 Neuregelung der Geschäftsverteilung der Budgetsektion.

35 Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Kabinett Dr. Rudolf Ramek, 15. Mai 1925 bis 1. November 1925, Band 2, Bearbeiter Gertrude Enderle-Burcel, Charlotte Natmeßnig, Vorarbeiten Walter Manoschek, Wien 1997, MRP 380/3 vom 25. Mai 1925, 84–89.

36 Vgl. dazu etwa Goldinger, Verwaltung und Bürokratie, 204f; oder Herta Hafner, Der sozio-ökonomische Wandel der österreichischen Staatsangestellten 1914–1924, Phil. Diss. Wien 1990, 155.

## **Spitzenbeamte zwischen freiwilliger Dienstentsagung, Abbau und Flucht in die Privatwirtschaft**

### *Träger der Verwaltung – Definition und Menge*

Die Suche nach neuen Organisationsformen bis 1925 zeigte auch bei den Trägern der Verwaltung, den Beamten, Wirkung, wobei der Begriff Beamte ein weites Feld umspannte. Karl Megner kam in seiner Studie zum k.k. Beamtentum zum Schluss: „Es ist schwierig, den k.k. Beamten typologisch definitorisch erfassen zu wollen. Zum einen bietet die vorhandene (soziologische) Literatur nur wenig brauchbares Material; zum anderen gab es gerade in der k.k. Beamtenschaft zahlreiche Differenzierungen sozialer, zeitlicher und geographischer Art.“<sup>37</sup> Unter den Oberbegriff öffentlich Bedienstete, der Beamte und Vertragsbedienstete einschließt, fallen Diplomaten, Beamte der Ministerien, Universitätslehrpersonen, Lehrer, Landes- und Magistratsbeamte, Richter, Beamte von Bahn, Post und von staatlichen Unternehmen<sup>38</sup> sowie die große Gruppe der Militärangehörigen. So unscharf der Begriff Beamter ist, so unscharf sind auch die zahlenmäßigen Angaben zum Umfang des Beamtenstandes. Gottfried Dorer, ein zeitgenössischer Beamte, meinte, „daß in Österreich niemand weiß, wieviele Bundesangestellte, geschweige denn andere öffentliche Angestellte eigentlich existieren.“<sup>39</sup> Die Zahlen schwanken, da in den Statistiken zeitweise nur die Hoheitsverwaltung berücksichtigt wurde. Es gibt aber auch Angaben, die die Hoheitsverwaltung, Militär, Bundesbetriebe, Post und Bahn umfassen. Die Zahlen beziehen sich oft auch auf unterschiedliche Zeitabschnitte.<sup>40</sup>

Parallel zu den schon dargestellten Bemühungen, die Verwaltungsstrukturen an die neuen staatlichen Gegebenheiten anzupassen, wurde laufend versucht, die Anzahl der Beamten zu reduzieren. Das Pensionsbegünstigungsgesetz vom Juli 1919 (StGBI. Nr. 411 vom 30. Juli 1919) wollte durch verschiedene in Aussicht gestellte Begünstigungen den Übertritt in den Ruhestand erstrebenswert machen. Es fehlen allerdings Angaben, wie viele Beamte von diesem Angebot Gebrauch machten. Auch das Abbaugesetz vom Juli 1922 (BGBl. Nr. 499 vom 24. Juli 1922) sah gewisse Begünstigungen vor,

---

37 Karl Megner, *Beamte, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k.k. Beamtentums*, Wien 1986, 373.

38 Vgl. Peter Melichar, *Objekt bürgerlicher Begierden? Staatliche Verwaltung und Bürgertum in der Ersten Republik*, in: *Brüche und Kontinuitäten – Fallstudien zu Verwaltung und Bibliotheken 1933–1938–1945*, Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchiv, Sonderband 12, derzeit in Vorbereitung.

39 Gottfried Dorer, *Der Beamtenabbau, Die Sanierung der Bundesverwaltung*, Wien 1922.

40 Über das Scheitern der Bürokratie festzustellen, wie groß sie selbst ist vgl. unterschiedliche Zahlenangaben Melichar, *Objekt bürgerlicher Begierden?*.

wenngleich mit diesem Gesetz auch erstmals ein Zwangsabbau möglich wurde, der durch Novellen noch Verschärfungen erfuhr. Der Stellenplan für 1922 (BGBl. Nr. 631 vom 31. August 1922), dessen Aufstellung mit dem Besoldungsgesetz (BGBl. Nr. 376 vom 13. Juli 1921) festgelegt worden war, das Wiederaufbaugesetz (BGBl. Nr. 843 vom 27. November 1922) und die Bestimmungen der Völkerbundanleihe 1922, die Österreich verpflichteten, Beamte abzubauen, waren weitere Schritte in Richtung Zwangsabbau. Das Ziel der Abbauaktionen 1922 bis 1925 war die Reduzierung der Bundesangestellten um 100.000. Darüber, wie weit und in welchem Zeitraum diese Vorgaben erfüllt, vorübergehend erfüllt oder nicht in dem Ausmaß durchgeführt wurden, gehen die Angaben in der Literatur noch immer auseinander.<sup>41</sup> Der Zeitgenosse Viktor Kienböck, 1922 bis 1924 sowie 1926 bis 1929 Finanzminister, führt für 1922 die Zahl von 275.000 Beamten an und für März 1925 193.000.<sup>42</sup>

Julius Hold, Präsident des Reichsverbandes der öffentlichen Angestellten, stellte anlässlich der Debatten rund um das Doppelverdienergesetz in den 1930er Jahren rückblickend fest, dass zwischen 1923 und 1926 ein „Großteil der Beamten in jüngeren Jahren in den Ruhestand gelockt“ worden sei mit der ausdrücklichen Aufforderung der Regierung, ihre niedrige Pension durch Einkünfte aus der Privatwirtschaft zu ergänzen.<sup>43</sup> Die Masse dieser Pensionisten mit Nebenbeschäftigungen übte wiederum einen „starken Lohndruck“ für „hauptberufliche Arbeitnehmer“ aus.<sup>44</sup>

Parallel zu den Tendenzen, einen Teil der in die Pension gedrängten Masse der Beamten durch kleine Nebenverdienste in der Privatwirtschaft ruhig zu stellen, wurde schon damals die Frage der „Doppelverdiener“ diskutiert und ein „Pensionsstillegungsgesetz“ geplant. Dies sei – so der sozialdemokratische Abgeordnete Franz Zelenka – daran gescheitert, dass die bürgerlichen Parteien ihre „Protektionskinder“, die „Sektionschefs, Ministerial- und Hofräte mit Posten in den Bank- und Industrieaktiengesellschaften versorgen wollten“.<sup>45</sup>

Zu den in die Pension „gelockten“ kleinen Beamten und den in gut dotierten Wirtschaftspositionen untergebrachten Spitzenbeamten kamen noch „Staatsbeamtenproletarier“ die auf Grund von „unhaltbaren Gehaltsverhältnissen“ noch während des Krieges begannen, in den „freien und wirtschaft-

---

41 Vgl. die Zahlenangaben und Literaturhinweise bei Melichar, Objekt bürgerlicher Begierden?

42 Kienböck, Sanierung, 55.

43 Neuen Freie Presse, 6. Jänner 1932, Die Beamtenschaft gegen das Doppelverdienergesetz, Vom Wirklichen Amtsrat Julius Hold.

44 Neue Freie Presse, 5. Jänner 1932, Das Ziel des Doppelverdienergesetzes, Von Sektionschef a.D. Dr. Max Lederer. Vgl. dazu auch Melichar, Objekt bürgerlicher Begierden?

45 Stenographische Protokolle des Nationalrates, IV. Gesetzgebungsperiode, 17. Sitzung vom 17. Februar 1931, 489.

lichen Berufen“ eine neue Existenz zu suchen. Unter der Überschrift „Flucht aus dem Staatsdienst“ findet sich in der Fachzeitschrift der k.k. österreichischen Rechnungsbeamten eine eindrucksvolle Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse:

*„Über die Staatsangestellten hat sich im vierten Jahre des Weltkriegs das schon lange drohende Gewitter der wirtschaftlichen Katastrophe mit unheimlicher Gewalt entladen. Ihnen fehlt das Allernotwendigste zum Leben, sie haben nichts mehr zum essen. Alle Teuerungszulagen [...] machen die Staatsangestellten nicht satt. Und so greifen sie denn gleichsam zur offenen Rebellion gegen ihren Brotherren, Amt und Würden werden verlassen, um der gänzlichen Verelendung zu entrinnen. Es gesellt sich daher jetzt zu der schon früher beobachteten Flucht der oberen auch jene der mittleren und kleinen Beamten aus ihrem Elend. Sie wollen hinein in einen anderen Beruf, in eine andere Stelle, die ihnen wenigstens noch zu leben gestattet.“<sup>46</sup>*

Dazu kamen bei Kriegsende noch die hunderttausenden heimkehrenden Soldaten und Offiziere, deren Anzahl auf mindestens 10.000 geschätzt wurde. Alle drängten auf den Arbeitsmarkt,<sup>47</sup> wobei es Anfang 1919 alleine in Wien 130.000 Arbeitslose gab.<sup>48</sup>

Diese Fluchtbewegung in die Privatwirtschaft – ob nun ohne Pensionsanspruch, aus durch kriegsbedingte oder inflationsbedingte Gehaltseinbußen entstandene Not und Verzweiflung oder mit Aussicht auf eine mehr oder weniger ausreichende Pension und Hoffnung auf Nebenverdienst – begann schon während des Kriegs und zog sich bis zu den radikalen Abbaumaßnahmen der 1920er Jahre. Ein Teil der Staatsbediensteten sah sich zur Abwanderung in die Privatwirtschaft durch Not gezwungen. Ein Teil wurde durch die Aussicht auf eine kleine Pension und Nebenbeschäftigung in der Privatwirtschaft gelockt. Ein Teil der Hochbürokratie hatte den Übertritt in lukrative Posten in der Privatwirtschaft sicher genau geplant.

#### ***Von der Masse der Beamten zum Einzelschicksal***

Ohne auf definitorische Fragen, mengenmäßige Angaben und sozialpolitische Aspekte weiter einzugehen, können doch einige allgemeine Aussagen zum Verhalten der Beamten in der unmittelbaren Nachkriegszeit gemacht

---

46 Flucht aus dem Staatsdienst, in: Fachzeitschrift der k.k. österreichischen Rechnungsbeamten, 1. Juni 1918, 52.

47 Wolfgang Doppelbauer, Zum Elend noch die Schande, Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik, Wien 1988, 64.

48 Ebenda, 79.

werden. Darüber hinaus wird an Hand von Fallbeispielen aus dem Finanzministerium die mögliche Bandbreite zwischen freiwilliger/unfreiwilliger Pensionierung und Anpassung durch Einzelschicksale aufgezeigt. An Hand der Gruppe der Sektionschefs aller Ressorts wird gezeigt, wie diese auf die politischen und wirtschaftlichen Zwänge der Jahre 1918 bis 1925 reagierten. Zuletzt wird auf die Sonderentwicklungen bei den Offizieren eingegangen, die als Wirtschaftsflüchtlinge unter den Auswanderern nach dem Ersten Weltkrieg überproportional vertreten waren.<sup>49</sup>

### *Freiwillige Dienstsagungen?*

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurden die Beamten zwar aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben, doch hatten sie keinen Rechtsanspruch auf Übernahme in den Dienst der Republik. Das zwischen den aktiven Beamten und der Monarchie bestandene Dienstverhältnis wurde von der Republik nur mit jenen Beamten fortgesetzt, die ad personam in den Dienst übernommen wurden. Die Übernahme erfolgte allerdings nur nach genauen Richtlinien, u. a. musste man Angehöriger der deutschen Nation sein und durfte – rein rechtlich – das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.<sup>50</sup> In der Praxis kam es allerdings zu zahllosen Ausnahmen.<sup>51</sup> Für den 66jährigen Vorstand der technischen Abteilung der Postdirektion, Hofrat Ing. Eduard Ritter von Födrich, wurde der Belassungsantrag damit begründet, dass er „noch den von ihm ausgearbeiteten Plan für den Ausbau der Wiener Fernsprechanlage zur Ausführung zu bringen“ habe. Beim 69jährigen Portier Johann Trenz findet sich die Begründung, dass er „über große Personalkenntnisse“ verfüge und „im gegenwärtigen Zeitpunkte in Anbetracht des während der Übergangszeit besonders regen Parteienverkehrs unentbehrlich“ sei.<sup>52</sup>

Zur Lösung der oft sehr komplexen Fragen war ein „Zwischenstaatsamtliches Komitee für Staatsbedienstetenangelegenheiten“ gegründet worden, das zwischen Dezember 1918 und September 1919 fünfzigmal tagte.<sup>53</sup> Die

49 Ursula Prutsch, *Das Geschäft mit der Hoffnung. Österreichische Auswanderung nach Brasilien 1918–1938*, Wien, Köln, Weimar 1996, 44.

50 Vgl. dazu AdR, Kabinettsratsprotokoll 15 vom 23. November 1918. Exemplarisch für ein Ressort vgl. auch Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, Pr. Zl. 197/1918 Sammelakt, Behandlung der Staatsbediensteten – deutscher u. nichtdeutscher Nationalität – anlässlich Umsturz; ebenda P.Z. 162 Präs./1918 Akten von Beamten nichtdeutscher Nationalität; Enthebung von der h.o. Dienstleistung.

51 Vgl. dazu exemplarisch die Beispiele aus dem Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel: AdR, Deutschösterreichisches Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, Zl. 601 Präs./1918.

52 Ebenda.

53 Vgl. dazu Verhandlungsschriften zu den Sitzungen des zwischenstaatsamtlichen Komitees für Staatsbedienstetenangelegenheiten, Wien 1919. Zur Praxis vgl. ein Bei-

Kontinuität zwischen kaiserlicher und republikanischer Bürokratie war aber keine rein rechtliche Frage.

Die kaiserlichen Beamten und in hohem Maße die Spitzenbeamten „bezogen ihr Selbstverständnis aus dem prestigereichen Status, des Kaisers bzw. der Dynastie treue Diener zu sein.“<sup>54</sup> Die Beamenschaft hatte ihren „festen Halt, den in der Monarchie die Krone bot, verloren“.<sup>55</sup> Eine konservative Grundhaltung – katholisch, kaiser- bzw. dynastietreu und in der Mehrzahl „deutsch“ waren jene Gegebenheiten, mit denen die ersten Regierungen der Republik Österreich bei den Spitzenbeamten rechnen mussten. Peter Huemer kommt zu dem Schluss: „Für jene Kreise kaiserlicher Beamter, die der neue Staat innerlich nicht für sich gewinnen konnte – es handelte sich zum Teil gerade um die Besten ihres Standes –, war es zu einer verhängnisvollen Gleichsetzung demokratischer und republikanischer mit sozialistischen Ideen gekommen.“<sup>56</sup> Dies war nicht zuletzt dadurch bedingt, dass in Österreich jede grundsätzliche Debatte über die Rolle des Beamtentums in der Republik fehlte. Begriffe und Themen wie „republikanisches Beamtentum“, Politisierung der Beamenschaft, die Öffnung der Personalakten, das Verhältnis Parteienstaat und Beamtentum, die Demokratisierung der Beamten, „Herzemonarchist“ und „Vernunftrepublikaner“, „Volksbeamte“, wurden etwa in Deutschland breit diskutiert.<sup>57</sup>

Ideologische Vorbehalte der kaiserlichen Beamten gegen die junge Republik führten bei einem Teil zum freiwilligen Austritt aus dem Dienst. Von den 80 Sektionschefs der Hoheitsverwaltung bei Kriegsende traten sechs eindeutig noch vor der Gründung der Republik am 12. November 1918 aus dem Dienst, darunter die vier Sektionschefs des Ministerratspräsidiums. Weitere 14 folgten im Zeitraum zwischen 12. November 1918 und 31. Dezember 1918. Bei sechs Sektionschefs lässt sich nur das Jahr 1918 feststellen. 1919 folgten noch 21 weitere Sektionschefs. Von 80 Spitzenbeamten verließen 47 in den Jahren 1918/1919 den Dienst, ob aus nationalen, ideologischen, altersbedingten oder wirtschaftlichen Gründen, freiwillig oder unter Zwang ist quellenbedingt nicht immer feststellbar und bleibt noch genaueren Untersuchungen vorbehalten. Ob

---

spiel aus einem Ressort AdR, Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel, Zl. 54 Präs./1919 Amtsveranlassung, Staatsbedienstetenfrage, vorläufige Behandlung.

54 Waltraud Heindl, Bürokratie und Beamte, in: Emmerich Tálos u.a (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 90–104, hier 90.

55 Karl Eberhard Mauve, Beamtentum und Parteipolitik, Rer.pol. Diss. Graz 1961, 55.

56 Peter Huemer, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975, 128.

57 Vgl. zu den deutschen Verhältnissen Hans Hattenhauer, Geschichte des Beamtentums, Köln, Berlin, München 1980, 312–337.

ein Abgang in dieser Größenordnung auch in anderen Dienstklassen stattfand, wäre ebenfalls einer genaueren Betrachtung wert. Doch verhält sich alleine die Zahl der Sektionschefs zu jener der Ministerialräte etwa 1:10. Das bedeutet, dass Forschungen zu rund 800 Beamten notwendig wären.

An Hand von einem Ressort kann aber der Wechsel von der Monarchie in die Republik genauer aufgezeigt werden.

### **Fallbeispiele aus dem Finanzministerium**

Der Wechsel von der Monarchie zur Republik hatte im Finanzministerium eine Verjüngung in der Beamtenschaft gebracht. Die Spitzenbeamten der Monarchie, die am Beginn der 1920er Jahre noch in den Personal- und Geschäftsverteilern aufscheinen, verschwinden allmählich bis 1925.

Von den acht Sektionschefs des k.k. Finanz-Ministeriums scheinen vier – Eugen Ritter Beck von Managetta, Wilhelm Edler von Scheuchenstuel, Kasimir Ritter von Galecki und Hermann Ritter von Bareck – nicht mehr im Personal- und Geschäftsverteiler von 1919 auf. Josef Mühlvenzl hatte nur noch 1919 die Geschäfte weitergeführt, und Jakob Gottlieb-Billroth war noch bis 1923 im Ministerium tätig. Nur zwei der acht Sektionschefs – Leopold Joas und Ferdinand Grimm – waren bis in die dreißiger Jahre in hohen Funktionen im Finanzministerium tätig.

Eugen Beck-Managetta, Wilhelm Scheuchenstuel und Josef Mühlvenzl hatten aber nach ihrer Pensionierung gut dotierte Posten in Aktiengesellschaften erhalten.<sup>58</sup> Spitzenreiter dabei war Eugen Beck-Managetta, der sich als Präsident, Vizepräsident und Verwaltungsrat in 14 Aktiengesellschaften findet. Er diente zwar nicht mehr als Beamter in der Republik, war aber sehr offen für Wirtschaftsfunktionen.

Von den 26 Ministerialräten des k.k. Finanz-Ministeriums scheinen zehn überhaupt nicht mehr im Personal- und Geschäftsverteiler der Republik auf. 14 waren bis spätestens 1925, die meisten 1922, in irgendeiner Form pensioniert oder abgebaut worden. Auch unter ihnen waren es lediglich zwei Ministerialräte – Paul Möraus und Karl Dorrek –, die bis in die 1930er Jahre eine führende Rolle im Finanzministerium behielten.

Die Abbauverordnung von 1922 (BGBl. Nr. 499 vom 24. Juli 1922) hatte diesen Vorgang noch beschleunigt. Unter den Zwangsabbau mit Ende 1922 fielen: Alois Jahn, geboren 1866; Alois Jambour, geboren 1863; Josef Kraupa, geboren 1867; Johann Popper, geboren 1867; Max Salzer, geboren 1868; Friedrich Schauburger, geboren 1869; Rudolf Schneider, geboren 1867. Alle

---

58 Vgl. Compass, Finanzielles Jahrbuch, Separatband (Verzeichnis der Verwaltungsräte und Direktoren), 1925, 77, 905, 1153.

erhielten vor ihrer Zwangspensionierung noch den Titel eines Sektionschefs.<sup>59</sup> 1923 wurden – wie schon angeführt – Sektionschef Jakob Gottlieb-Billroth, geboren 1862, und Ministerialrat Karl Pollak, geboren 1863, pensioniert.<sup>60</sup> 1924 folgten die Ministerialräte Adolf Hlavac, geboren 1874, Karl Redinger, geboren 1864, und Adalbert Haala, geboren 1863.<sup>61</sup>

Damit war der Beamtensockel der Monarchie bis auf die eingangs erwähnten Ausnahmen in den Ruhestand versetzt worden. Auch unter diesen Beamten finden sich zahlreiche mit Funktionen in Aktiengesellschaften, namentlich Alois Jahn, Alois Jambour, Johann Popper, Friedrich Schauburger, Karl Pollak, Adolf Hlavac und Karl Redinger.<sup>62</sup> Ihre Pensionierung wurde im Durchschnitt durch zwei bis drei Aufsichtsratsposten abgedeckt.

An Hand von Einzelfällen aus dem Finanzressort kann die Vielfalt der Möglichkeiten beim mehr oder minder freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst gezeigt werden.

Ministerialrat Gustav Thaa, Geburtsjahrgang 1869, stellte im Oktober 1919 ein dringendes Pensionsgesuch. Als ehemaliger Staatskommissär bei der Österreichisch-Ungarischen Bank ließ er durchblicken, dass er Wert darauf läge, bei der künftigen Notenbank verwendet zu werden.<sup>63</sup> Im Dezember 1922 wurde Gustav Thaa vom Generalrat der neu gegründeten Notenbank zum ersten Vizepräsidenten gewählt und 1927 in gleicher Eigenschaft wiedergewählt.

Auch der Generaldirektor der Notenbank ging aus dem Finanzministerium hervor. Viktor Brauneis war nach kurzer Gerichtspraxis 1901 zur Dienstleistung in das ehemalige Finanzministerium berufen worden, wo er überwiegend in der Kreditsektion tätig war. 1919 hatte er die Stellung eines Börsenkommissärs inne.<sup>64</sup> Am 9. Dezember 1919, also noch während seiner aktiven Dienstzeit, wurde er Direktor des Kreditinstitutes für öffentliche Unternehmungen und Arbeiten. Am 20. Februar 1921 schied er durch Pensionierung aus dem Staatsdienst aus. Am 23. Dezember 1922 wurde er vom Generalrat der neu errichteten Notenbank zum Generaldirektor ernannt. Der Wechsel war ohne Loyalitätskonflikte erfolgt. Schwieriger war es beim Wechsel von Sektionsrat Friedrich Werner, einem ehemaligen Staatsanwalt, der sich auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität profiliert hatte. Er war im Oktober 1919 in das Fi-

---

59 Vgl. zu den einzelnen Beamten AdR, BMF, Präs. Zl. 994/1922, Zl. 993/1922, Zl. 997/1922, Zl. 996/1922, Zl. 912/1922, Zl. 950/1922 und Zl. 995/1922.

60 Vgl. zu den beiden Beamten AdR, BMF, Zl. 833 Präs./1923 und Zl. 893 Präs./1923.

61 Vgl. zu den drei Beamten AdR, BMF, Zl. 27 Präs./1924, Zl. 31 Präs./1924 und Zl. 48 Präs./1924.

62 Compass, Verwaltungsräte und Direktoren 1925, 571, 573, 1035, 1149; 1026, 522; 1073. Die Seitenangaben entsprechen der Reihenfolge der Namensnennung im Text.

63 AdR, BMF, Zl. 1.370 Präs./1919.

64 AdR, BMF, Zl. 32 Präs./1921

nanzministerium berufen worden und dem mit der Durchführung des Staatsvertrages von St. Germain befassten Departement zugewiesen. Er nahm auch an den Verhandlungen mit der Reparationskommission teil, ebenso an Verhandlungen zur Regelung der privaten Vorkriegsschulden und zur Beschaffung von Auslandskrediten. Mit 1. Jänner 1922 hatte er sich gegen Karenz der Bezüge beurlauben lassen und war als Generalsekretär beim Verband der österreichischen Banken und Bankiers tätig. Im Dezember 1922 hatte er, Geburtsjahrgang 1880, unter Berufung auf das Angestelltenabbaugesetz um seine Versetzung in den Ruhestand angesucht. Friedrich Werner verzichtete aber nur für jene Zeit auf seinen Ruhegenuss, in der er vom Bankenverband Bezüge oder einen Ruhegenuss erhalten würde. Die vom Bundesministerium für Finanzen vorbereitete Verzichtserklärung, verbunden mit der Verleihung des Hofratstitels, wurde von Werner zweifach abgelehnt. Einerseits wollte er eine völlige Sicherheit für sich und seine Familie, wenn er einmal seine Verdienstmöglichkeit in der Privatwirtschaft verlieren würde, andererseits war ihm auch der Hofratstitel zu wenig, und er bestand auf den Titel eines Ministerialrates. Werner unterschrieb letztlich am 23. Februar 1923 eine Erklärung, „in der er so lange auf Ruhegenuss verzichtet, wie er 2/3 seiner zuletzt im Bankenverband bezogenen Jahresbezüge erreichte.“

Auch seiner Forderung nach einem höheren Titel wurde, obwohl die Titelsucht bei Staatsbediensteten, die lukrative Privatbeschäftigungen gefunden hatten, prinzipiell vom Finanzministerium abgelehnt wurde, voll Rechnung getragen. In der Befürwortung seines Antrages hieß es: „Der vorliegende Fall des Dr. Werner ist ein anderer. Der Bankenverband ist ein Organ, das für den Staat und insbesondere seine Kredit- und Steuerpolitik sich oft von Wichtigkeit erwiesen hat. Es ist für uns gut, daß wir dort einen bewährten Vertrauensmann haben [...] Dieser Vorteil hat sich schon bei der Dollaranleihe und der Notenbankgründung gezeigt, wo Dr. Werner sich um die Organisation und Durchführung des Werkes verdient gemacht hatte.“<sup>65</sup> Loyalitätskonflikte wurden vom Finanzministerium nicht erwartet.

In der Öffentlichkeit blieben aber die Übertritte hoher Staatsbeamter in die Privatwirtschaft nicht ohne Kritik, da es sich größtenteils um Übertritte in jene Unternehmungen handelte, die sie bis dahin als Beamte zu überwachen hatten.<sup>66</sup> Am schärfsten wurde diese Erscheinung bei der Kreditsektion des Finanzministerium verurteilt, wo einige leitende Beamte, die wichtige Überwachungstätigkeiten in den Bankinstituten zu besorgen hatten, gerade in die von ihnen kontrollierten Unternehmungen überwechselten. Ernst Mosing war zur Allgemeinen Bodenkreditanstalt gegangen. Dazu wurde in der Ar-

65 AdR, BMF, Zl. 992/1922. Der Akt enthält Materialien bis 1923.

66 Arbeiter Zeitung vom 17. November 1920, 4 „Staatsbeamte in Privatbetriebe.“

beiter-Zeitung kolportiert, „dass ihm so von seinem damaligen Vorgesetzten, dem Staatssekretär Schumpeter<sup>67</sup>, der Rückzug in sein Amt offen gelassen worden sei.“<sup>68</sup> Der Compass der Verwaltungsräte und Direktoren des Jahres 1925 zeigt Mosing in führenden Positionen in 14 Aktiengesellschaften.<sup>69</sup>

Der Vorgesetzte von Mosing, Ministerialrat Robert Zwierzina, war nach den Angaben der Arbeiter-Zeitung Direktor der Kontinentalen Bank geworden. Der Compass 1925 weist ihn als Verwaltungsrat der Bank für Petroleum und Bergbau A.G. aus.<sup>70</sup>

Der Nachfolger von Ernst Mosing wiederum, Richard Hoynigg<sup>71</sup>, trat als Direktor in die Allgemeine Depositenbank über, in der er zur Zeit des Übertritts „als landesfürstlicher Kommissär“ die Interessen des Staates im Verwaltungsrat“ zu vertreten hatte.<sup>72</sup> Hoynigg wird im Compass 1925 als Finanzrat in Pension bezeichnet – also durchaus kein ehemaliger Spitzenbeamter – dennoch findet er sich als Präsident, Vizepräsident und Verwaltungsrat in 17 Aktiengesellschaften.<sup>73</sup>

Die Arbeiter-Zeitung sah zwar ein, dass die Beamten „die einträgliche Karriere im Privatbetrieb der schlecht bezahlten Stellung im Staatsdienst vorziehen [...] als ja die Republik keinen für die Denkart dieser Herren wertvollen Ausgleich in Gestalt von Orden und Adelsverleihungen zu bieten vermag.“ Dies ließ allerdings außer Acht, dass auch in der Republik Titel weiterhin eine wichtige Rolle spielten.<sup>74</sup> In dem Zeitungsartikel wird auf die verheerende Wirkung derartiger „Fluktuationen“ hingewiesen. Die Beamten in den Zentralstellen würden in Zukunft nur den geeigneten Augenblick für ihren Übertritt in die von ihnen kontrollierten Unternehmungen planen und abwarten.<sup>75</sup>

---

67 Josef Schumpeter, Universitätsprofessor, Ökonom, 15. März bis 17. Oktober 1919 Staatssekretär für Finanzen, danach wieder Lehrtätigkeit.

68 Arbeiter-Zeitung vom 17. November 1920, 4 „Staatsbeamte in Privatbetrieben.“

69 Compass, Verwaltungsräte und Direktoren 1925, 900.

70 Compass, Verwaltungsräte und Direktoren 1925, 1504.

71 Zu den beiden Beamten vgl. AdR, BMF, Zl. 1.562 Präs./1919 Oberfinanzrat Dr. Ernst Mosing um Versetzung in den dauernden Ruhestand; vgl. weiters BMF, 428 Präs./1923 und Zl. 260 Präs./1924 Amtsveranlassung Versetzung des seit 16. November 1920 mit Karenz der Bezüge beurlaubten Finanzrates Dr. Richard Hoynigg in den dauernden Ruhestand.

72 Arbeiter-Zeitung vom 17. November 1920, 4 „Staatsbeamte in Privatbetrieben.“ Zum Begriff und Aufgabenkreis eines „landesfürstlichen Kommissärs“ vgl. AdR, Staatsamt für Finanzen, Zl. 5012, Dept. II/a/1918, Benennung der staatlichen Aufsichtsorgane bei den Sparkassen.

73 Compass, Verwaltungsräte und Direktoren 1925, 550.

74 Melichar, Objekt bürgerlicher Begierden?.

75 Arbeiter-Zeitung vom 17. November 1920, 4 „Staatsbeamte in Privatbetrieben.“

Der Zeitungsartikel hatte alle wesentlichen Elemente der Problematik angeführt. Die darin angeführten Namen waren aber nur eine kleine Auswahl, die angeführten Wirtschaftsfunktionen nur die Spitze eines Eisberges.

Besonderes Aufsehen erregte der Wechsel von Sektionschef Dr. Otto Müller-Martini in den Verwaltungsrat der Nachfolgesellschaft der Südbahn. Müller-Martini war seit 1896 im Eisenbahnministerium tätig, ab 1919 Sektionschef im Staatsamt für Verkehrswesen. Er führte die schwierigen Verhandlungen rund um die Liquidation der Südbahngesellschaft und die Neuordnung der Verhältnisse in der Donau-Save-Adria-Eisenbahn-Gesellschaft.<sup>76</sup> Als Leiter der Abteilung für zwischenstaatliche Angelegenheiten des Verkehrsressorts war er unter anderem Mitglied der österreichischen Friedensdelegation in St. Germain. 1922/1923 trat er in den Ruhestand.<sup>77</sup> In einem Zeitungsartikel vom November 1923 wird unter der Schlagzeile „Wie Sektionschef Dr. Müller-Martini Verwaltungsrat der Südbahn wurde. Der Dank der Italiener an den entgegenkommenden Vertreter Österreichs bei den Südbahnverhandlungen in Venedig“ von einer „Skandalaffäre“ geschrieben. Aus dem Artikel geht hervor, dass in zahlreichen Wiener Zeitungen scharfe Kritik an diesem Wechsel in die Privatwirtschaft geübt wurde. Konkret wurde dem Sektionschef vorgeworfen, dass er bei Verhandlungen in Venedig für Österreich ein sehr schlechtes Ergebnis erzielt hatte, das nur durch den Einspruch des Generalkommissärs des Völkerbundes im Interesse Österreichs abgewendet werden konnte. Für den Verwaltungsrat der Südbahn konnten die beteiligten Nachfolgestaaten Verwaltungsräte entsenden. Unter den vier Posten, die Italien besetzen konnte, befand sich Müller-Martini, der eigentlich bei den Verhandlungen italienische Ansprüche abwehren hätte sollen. Der Zeitungsartikel endet: „Schmählicher hat aber auch noch nie ein österreichischer Beamter das in ihn gesetzte Vertrauen enttäuscht.“<sup>78</sup> Müller-Martini hatte diese Funktion in der Donau-Save-Adria Eisenbahn-Gesellschaft bis 1938 inne. Darüber hinaus war er noch Verwaltungsrat in der Südbahnwerke-AG und Präsident der Everth&Co AG.<sup>79</sup>

Ein Blick in die Personenkompassse zeigt, dass es hunderte Einträge gibt, die einen Hinweis auf eine ehemalige hohe Beamtenfunktion geben, deren wissenschaftliche Erfassung und Bearbeitung nur in einem groß angelegten Projekt möglich wäre und die Kapazität eines Einzelforschers übersteigt.

76 Zu dieser Gesellschaft, einem geschichtlichen Rückblick, dem Südbahnabkommen von 1923, dem Bahngebiet und dem komplexen Obligationenfonds vgl. *Compass, Österreich, Österreich-Ungarn (Liquidation) 1926*, I. Band, 1463–1480.

77 Vgl. dazu *Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950*, Band 6, Lieferung 30, Wien 1975, 430.

78 *Neues Montagblatt*, 5. November 1923 „Wie Sektionschef Dr. Müller-Martini Verwaltungsrat der Südbahn wurde.“

79 *Compass Personenverzeichnis (Verwaltungsräte und Direktoren) 1938*, 857.

Die Beschränkung auf Ministerialräte und Sektionschefs des Finanzressorts und auf die Sektionschefs aller Ressorts ermöglicht zumindest konkrete Aussagen zu einem genau definierten Personenkreis innerhalb einer zeitlich überschaubaren Frist.

Der Fall des Ministerialrats Josef Püregger, der um die Anrechnung von drei Dienstjahren ansuchte, die ihm auf eine anrechenbare 30jährige Dienstzeit fehlten, stellt eine Einmaligkeit im Finanzministerium dar und darüber hinaus wahrscheinlich in der gesamten Hoheitsverwaltung. Ministerialrat Josef Püregger kandidierte nämlich bei den Nationalratswahlen als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei und wollte nach Abschluss der Wahl in den Ruhestand treten. Seinem Ansuchen, für das sehr wohl auch sachliche Gründe vorhanden waren, wurde mit dem Hinweis entsprochen, dass er anderenfalls als Märtyrer seiner politischen Überzeugung hingestellt werden könnte. Sein Fall war der einzige, bei dem ein hoher Beamter aus dem Staatsdienst ausschied, um in der Sozialdemokratischen Partei politisch aktiv zu werden.<sup>80</sup>

Als letzter Einzelfall sei noch der des Sektionschefs a.d. Conte Attilio Smeccchia angeführt. Smeccchia war 1918 – noch in der Monarchie – in den dauernden Ruhestand getreten und gleichzeitig für den Verwaltungsrat der Adriatischen Bank vorgesehen gewesen. In einem Schreiben des Präsidiums des k.k. Finanz-Ministeriums vom 26. Oktober 1918 wurde ihm für die Verwaltungsratsstätigkeit eine staatliche Remuneration im Ausmaß von 5.000 Kronen bewilligt. Smeccchia hatte durch den Zerfall der Monarchie diese Stelle aber niemals angetreten und behauptete nun, dass er ohne die Zusicherung der Verwaltungsratsstelle auch niemals um seine Pensionierung angesucht hätte. So hätte er den Zusammenbruch noch im aktiven Dienstverhältnis erlebt und wäre anlässlich seiner Übernahme in den SHS-Staat günstiger gestellt gewesen. Er forderte nun ein „billiges und gerechtes Abkommen“ über die ihm vorenthaltene Remuneration. Die Ablehnung seiner Forderung zog sich bis zum Jahre 1926, da man ein Präjudiz für Einklagen von Verbindlichkeiten des k.k. Ärars gegen die österreichische Bundesregierung von Neuländern fürchtete. Die Rechtsprechung bei Forderungen von Inländern hatte sich durch die „Vertretungstüchtigkeit“ der Wiener Finanzprokuratorat günstig entwickelt, die dafür „eine inoffizielle intensive Aufklärungstätigkeit maßgebender Gerichtsfunktionäre“ betrieben hatte.<sup>81</sup> Das bedeutete nichts anderes, als dass die Finanzprokuratorat die Richter dahingehend beeinflusst hatte, durch Ablehnung berechtigter Forderungen dem Staat Geld zu sparen.

---

80 AdR, BMF, Zl. 55 Präs./1924. Zu zwei Fällen in der Monarchie vgl. Hafner, Der sozio-ökonomische Wandel, 30f.

81 AdR, BMF, Zl. 404 Präs./1924. Der Akt enthält Materialien bis 1926.

Das Beispiel von Semcchia zeigt, dass die Versorgung von hohen Beamten mit Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsstellen keine Erscheinung der Nachkriegszeit war. Hier wurde eine Tradition der Monarchie weitergeführt, verschärft durch die wirtschaftlichen Zwänge der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Übertritte hoher Staatsbeamter in die Privatwirtschaft wurden dabei auch schon in der Monarchie öffentlich kritisiert. Im September 1917 wollte die Deutschradikale Vereinigung sogar gesetzliche Maßnahmen dagegen verankern. Unter anderem enthielt der vorbereitete Gesetzesentwurf eine Bestimmung, die Staatsbeamten der fünf obersten Rangklassen „die Annahme einer im § 1 genannten Funktionen innerhalb der nächsten auf die Amtsenthebung folgenden fünf Jahren untersagt.“ Paragraph 1 zählte die Funktionen auf. Angeführt wurden Stellen in Erwerbsgesellschaften jeder Art, so z. B. in der Leitung, im Direktorium oder im Aufsichtsrat, als Konsulenten oder Gutachter, wenn diese mit einem Gehalt, Tantiemen oder sonstigen materiellen Vorteilen welcher Art immer verbunden waren.<sup>82</sup> Diese Gesetzesinitiative zeigt in jedem Fall, dass der Wechsel vom Staatsdienst in die Privatwirtschaft schon während des Krieges eine gewisse Größenordnung erreicht haben musste, die in der Öffentlichkeit registriert und von der Politik aufgegriffen wurde.

#### ***Pensionierte Sektionschefs in Wirtschaftsfunktionen***<sup>83</sup>

Längsschnittanalysen zu den Verhältnissen in der Ersten Republik ergaben, dass in den 1920er Jahren wesentlich mehr Spitzenbeamte pensioniert wurden als in den 1930er Jahren. In den Jahren 1918 bis 1925 wurden insgesamt 142 Sektionschefs pensioniert. Die Hälfte davon übte nach ihrer Pensionierung Funktionen in Aktiengesellschaften aus. Vergleicht man dies mit den Jahren 1928 bis 1935 – also Jahren, in denen Weltwirtschaftskrise, Lausanner Anleihe und rigorose Abbaumaßnahmen zum Tragen kamen – so findet man 52 pensionierte Sektionschefs, darunter 25 in Positionen in Aktiengesellschaften. Bei 27 lassen sich keine Aktivitäten feststellen. Interessant ist, dass in beiden Beobachtungszeiträumen etwa die Hälfte der pensionierten Sektionschefs eine Beschäftigung in Aktiengesellschaften fand. Wirtschaftliche Tätigkeiten in Gewerbe, Handel, Freien Berufen oder Landwirtschaft sind zwar durchaus auch anzunehmen, aber auf Grund der schwierigen Quellenlage bisher nicht berücksichtigt.

---

82 Beamten-Zeitung, Zeitschrift des Ersten Allgemeinen Beamten Vereines, 48. Jahrgang, Nr. 25 vom 10. September 1917, 344f. „Gegen den Übertritt hoher Staatsbeamter in den Dienst der Geldinstitute.“

83 Die Analysen erfolgen auf Grundlage der Daten des Biographischen Handbuchs der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945 Enderle-Burcel, Follner, Diener vieler Herren.

Wertet man die Daten zu Pensionierung und darauffolgender Wirtschaftsaktivität nach Ressorts aus, so lassen sich Ministerien feststellen, bei denen es sehr häufig vorkam, dass im Anschluss an die aktive Dienstzeit oft mehrere Aufsichtsratsposten ausgeübt wurden. Die gilt für das Handels-, Finanz- und Verkehrsressort. In dem sehr großen Handelsressort finden sich von den 26 in den Jahren 1918 bis 1925 pensionierten Sektionschefs 16 in Funktionen in Aktiengesellschaften – darunter die Spitzenreiter Heinrich Hillinger<sup>84</sup> mit neun Verwaltungs- und Aufsichtsratssitzen und Alfred Pranter mit elf Funktionen.<sup>85</sup> Im Finanzressort ist das Verhältnis 20 zu 14. Unter den 14 Sektionschefs, die nach ihrer Pensionierung in Aktiengesellschaften aktiv waren, sind – sieht man von Otto Franges<sup>86</sup> ab, der auf Grund seiner nationalen Herkunft nach 1918 in Jugoslawien tätig war – die Spitzenreiter Karl Pollak und Hermann Schwarzwald. Karl Pollak, von 1921 bis 1924 Leiter der Sektion für Bank- und Börsenwesen, findet sich nach seiner im Alter von 61 Jahren erfolgten Pensionierung als Präsident, Vizepräsident oder Verwaltungsrat in neun namhaften Aktiengesellschaften – zum Teil bis 1938. Hermann Schwarzwald, von 1921 bis 1924 Leiter der Kredit- und Währungssektion, findet sich nach seiner im Alter von 53 Jahren erfolgten Pensionierung als Generalrat, Verwaltungsrat, Vizepräsident oder Direktor in elf namhaften Aktiengesellschaften – auch zum Teil bis 1938.

Aus dem Finanzministerium muss noch Josef Mühlvenzl angeführt werden. Mühlvenzl galt als anerkannter Fachmann in Zollfragen und war seit 1913 Sektionschef. Im November 1920 erfolgte seine Pensionierung. Danach findet er sich u. a. im Verwaltungsrat der Unionbank und der Braubank, fungierte 1925 bis 1927 als Präsident der Wiener Allgemeinen Handels AG Wien, war 1925 bis 1933 Präsident der Ersten Österreichischen AG für öffentliche Lagerhäuser Wien, 1928 bis 1933 Präsident der Internationalen Handels AG. Wien. Die Aufzählung seiner Funktionen, die er bis zum seinem Tod 1933 inne hatte, ließe sich noch weiterführen.<sup>87</sup>

Im Verkehrs- bzw. Eisenbahnressort finden sich von den 18 Sektionschefs 13 in Wirtschaftsfunktionen. Spitzenreiter waren Otto de Martin und Siegmund Solvis.

De Martin kam aus dem Eisenbahnministerium, wurde im Mai 1923 zum Sektionschef ernannt und war Leiter für Organisations-, Personal- und Wohlfahrtsangelegenheiten sowie für Gesundheitswesen. Nach der Trennung der Hoheits- und Betriebsverwaltung war er Administrativer Direktor der Österrei-

---

84 Enderle-Burcel, Follner, Diener vieler Herren, 182–183.

85 Enderle-Burcel, Follner, Diener vieler Herren, 364–365.

86 Enderle-Burcel, Follner, Diener vieler Herren, 103–105.

87 Vgl. zur Biographie Enderle-Burcel, Follner, Diener vieler Herren, 310–312.

schen Bundesbahnen. Nach seiner im Alter von 50 Jahren erfolgten Pensionierung 1925 findet er sich in sechs Aktiengesellschaften, darunter Lokalbahn-Aktiengesellschaften und eine Europäische Güter- und Reisegepäck-Versicherungs AG. Er übte die Funktionen bis zu seinem Tod im Jahre 1937 aus.

Solvis kam ebenfalls aus dem Eisenbahnministerium, war von 1910 bis 1918 Leiter der kommerziellen Sektion, wurde vom Verkehrsministerium übernommen und im Jänner 1919 im Alter von 58 Jahren pensioniert. Sein Tätigkeitsfeld in Aktiengesellschaften war breiter gestreut. Er findet sich als Präsident, Vizepräsident oder Verwaltungsrat in Banken, Eisenbahngesellschaften, in der Steyermühl Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft und in einem Teppichhaus – zum Teil bis 1938.

Bei beiden Spitzenbeamten zeigt sich eine enge Verbindung zwischen ihrer Tätigkeit als Sektionschef und den darauffolgenden Wirtschaftsfunktionen.

Ohne auf alle Ressorts einzeln einzugehen, soll aber noch auf zwei Ressorts besonders eingegangen werden. Im Außenressort dreht sich das Verhältnis um. Von 17 Sektionschefs sind nur vier in Wirtschaftsfunktionen. Ob dies mit dem höheren Anteil von Adeligen im diplomatischen Dienst zu erklären ist, bei denen wirtschaftliche Aktivitäten in der Land- und Forstwirtschaft angenommen werden können, bedarf noch einer genaueren Untersuchung. Punktuell wurde dies bei Otto Czernin<sup>88</sup> verfolgt. Er findet sich im Jahrbuch der Vereinigung katholischer Edelleute 1936 als Gutsbesitzer in Kassegg bei Groß-Reifling in der Steiermark.<sup>89</sup> Bei vielen Adeligen ist wohl von einem finanziellen Rückhalt durch land- und forstwirtschaftliche Betriebe auszugehen. Die Güterverwaltung stellt eine der wichtigsten adeligen Berufsfelder dar. Diese wirtschaftlichen Aktivitäten galten als standesgemäß. Oft mussten mit den Einnahmen aber eine größere Anzahl von Familienangehörigen versorgt werden, darunter nach dem Zusammenbruch der Monarchie auch jene, „die ihre bisherige Berufsposition in Heer und Verwaltung verloren hatten.“<sup>90</sup> Nach 1918 waren die Besitzungen in den Nachfolgestaaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie von staatlichen Bodenreformen betroffen, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß.<sup>91</sup> Neben den schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zeigten sich auch wirtschaftliche Versäumnisse der Vergangenheit, die eine „moderne und effiziente Betriebsführung“ erschwerten.<sup>92</sup>

88 Enderle-Burcel, Follner, Diener vieler Herren, 58f.

89 Jahrbuch der Vereinigung katholischer Edelleute in Österreich 1936, Innsbruck, Wien, 21.

90 Hannes Stekl, Adel und Bürgertum in der Habsburgermonarchie, 18. bis 20. Jahrhundert, Hannes Stekl zum 60. Geburtstag gewidmet von Ernst Bruckmüller, Franz Eder u. Andrea Schnöller, Wien 2004, 124.

91 Vgl. dazu ebenda, 124–128.

92 Ebenda, 128.

Insgesamt liegen bisher aber nur wenige quantitative Untersuchungen über den Anteil von Adeligen in verschiedenen Berufsfeldern vor. Unterschiedliche Datengrundlagen und divergierende analytische Kriterien ermöglichen nur fragmentarische Angaben.<sup>93</sup>

### ***Offiziere – Wirtschaftsflüchtlinge mit Sonderentwicklung***

Neben der Diplomatie dominierte auch beim Militär der Adel, hier jedoch der „Militär(Dienst)adel“, bei dem das Naheverhältnis zur Monarchie deutlich ausgeprägt war.<sup>94</sup> Für die Jahre 1918 bis 1925 fand kein einziger Spitzenbeamter aus der Heeresverwaltung den Weg in den Verwaltungsrat von Aktiengesellschaften.

Staatliche Sonderbestimmungen für Angehörige des Militärs führten letztlich zu Sonderentwicklungen.

Schon mit 1. Jänner 1919 waren alle Generäle, Generalstabsärzte, Generalauditoren und Generalintendanten – etwa 200 bis 300 Personen – zwangsweise pensioniert worden.<sup>95</sup> Die niedrigen Stabsoffiziere und die Oberoffiziere versuchte man durch Abfertigungen dazu zu bewegen, ihren Dienst zu quittieren. Dazu kam ein vergeblicher Aufruf, dass bemittelte Offiziere den unbemittelten Platz machen sollten. Insgesamt waren Offiziere in der Privatwirtschaft in Österreich schwer vermittelbar. Staatliche Maßnahmen und Selbsthilfeprojekt konnten an der auf Entlassung und Pensionierung folgenden Verarmung wenig ändern. Der österreichische Staat sah sich bei dieser Gruppe besonders verpflichtet, für ihren durch die Änderung der Wehrverfassung erzwungenen Berufswechsel Vorsorge zu treffen. Alle staatlichen Maßnahmen zielten wohl auch darauf ab, jeder reaktionären Bewegung unter den Offizieren entgegenzuwirken.

Im Sommer 1919 wurde im Staatsamt für Heerwesen eine eigene Abteilung gegründet, die für Fragen der Auswanderung, Innenkolonisation und Siedlungswesen zuständig war. Die mangelnde Kapitalausstattung und fehlende land- und forstwirtschaftliche Kenntnisse trugen zum Scheitern dieser Offiziersauswanderung bei. Ein anderer staatlicher Versuch betraf das Gewerbe.

Im Zuge des Militärabbaugesetzes beschloss die Regierung u. a. ein Gesetz, das den Gewerbeantritt für berufswechselnde Militärangehörige erleichterte.

---

93 Ebenda, 134. Zur Problematik Adel und Tätigkeiten in der Wirtschaft vgl. ebenda das Kapitel Österreichs Adel im 20. Jahrhundert, 101–139.

94 Ebenda, 135.

95 Zur gesamten Problematik der Offiziere am Beginn der Republik vgl. Doppelbauer, Zum Elend noch die Schande, 21–25; 63–73; 79–101.

Auch dabei wird der Umstieg „nicht allzu erfolgreich und reibungslos“ erfolgt sein.<sup>96</sup>

Parallel zu staatlichen Maßnahmen entstanden unmittelbar nach Kriegsende zahlreiche Hilfsorganisationen für Stellenvermittlungen und Umschulungsorganisationen, die etwa Sprachkurse, landwirtschaftliche Kurse, Kurse in Stenografie u.ä. anboten. Selbsthilfeprojekte – so etwa die „Berufsgagistengenossenschaft“ – wurden gegründet, Gemeinschaftswerkstätten errichtet. Einige „träumten romantisch von einem ‚Offiziersbauernstand‘“.<sup>97</sup> Im „Streng vertraulichen Anhang“ zum Kabinettsratsprotokoll vom 1. Oktober 1919 ist in Verkennung der Realität zu lesen: „Besonders aus den Kreisen der Offiziere, wo sich ja immer Vorliebe und Begabung für die Landwirtschaft zeigte, ließen sich nach kurzer Ausbildung brauchbare Kräfte bekommen.“<sup>98</sup>

Auch für die Binnenkolonisation und für Auswanderungsprojekte entstanden Selbsthilfeorganisationen. Darunter gab es auch Vereine, denen neben Berufs- und Reserveoffizieren auch von Entlassung bedrohte Staatsbeamte beitreten konnten.<sup>99</sup> Unter den Auswanderern der unmittelbaren Nachkriegszeit nahmen aber die Offiziere eine dominierende Stellung ein.<sup>100</sup>

Alle staatlichen und privaten Maßnahmen zeigten aber wenig Erfolg und konnten den Verlust der ehemaligen „sozialen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Stellung“ nicht aufhalten oder ausgleichen.

Es ist durchaus bemerkenswert, dass die Offizierslaufbahn in Österreich kein Sprungbrett in die Aufsichtsratssetagen großer Unternehmungen war. Ihre Fähigkeiten waren im Nachkriegsösterreich nicht gefragt. Die Verbindung von Militär und Ökonomie fand nur in Ausnahmefällen statt. Selbst gute Kenner der Materie können nur Gottfried Banfield anführen.<sup>101</sup>

Banfield, als erfolgreichster österreichisch-ungarischer Marineflieger im Ersten Weltkrieg bezeichnet, heiratete in eine Triestiner Reederei ein, in der er erfolgreich tätig war. U. a. wurde von dem Berge-Unternehmen 1957 nach der Suezkrise der Suezkanal geräumt.<sup>102</sup>

Allgemein bekannt sind die Lebensumstände der berühmten Familie Trapp. Weniger bekannt ist, dass der Marineoffizier Georg Ludwig Trapp 1920 und 1921 zwei Schifffahrtsunternehmen gründete – die Vega-Reede-

---

96 Doppelbauer, *Zum Elend noch die Schande*, 66.

97 Doppelbauer, *Zum Elend noch die Schande*, 67.

98 AdR, Kabinettsratsprotokoll Nr. 112 vom 1. Oktober 1919, Streng vertraulicher Anhang, Diskussion über den Finanzplan, 44.

99 Prutsch, *Das Geschäft mit der Hoffnung*, 53.

100 Ebenda, 46.

101 Für die Hinweise danke ich meinen Kollegen Prof. Hofrat Dr. Peter Broucek und Hofrat Dr. Gerhard Artl.

102 <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.b/b091101.htm>, abgerufen am 7. März 2013.

rei-Hamburg/Greifswald und die Rhein-Donau-Express-Schiffahrts AG, die er allerdings wieder verkaufte.<sup>103</sup> Im Compass 1925 findet er sich als Verwaltungsrat der Salzburger Holzwerke AG.<sup>104</sup>

Die Sonderentwicklung nach dem Ersten Weltkrieg bei den Offizieren in Form von Binnenkolonisation und Auswanderung zeigt aber durchaus Parallelen zu Tendenzen in den gegenwärtigen Krisengebieten der Europäischen Union. Die Flucht auf ein Stück Land oder die Emigration ins Ausland scheint für viele ein Ausweg zu sein.

Bis in die Gegenwart sind in Österreich ehemalige Offiziere in Spitzenpositionen der Wirtschaft noch Ausnahmen. Hier sind Gerald Karner, Michael Krammer oder Erwin Hameseder zu nennen.<sup>105</sup> Österreich unterscheidet sich damit grundlegend von Israel, den USA oder etwa der Schweiz.

## Resümee

Die Flucht aus dem Staatsdienst nach dem Ersten Weltkrieg – erzwungen oder freiwillig – hat viele Facetten. Die „Wirtschaftsflüchtlinge“ kamen aus allen Schichten der Staatsbeamten, wengleich nur zu einer relativ kleinen Gruppe von Spitzenbeamten genauere Aussagen gemacht werden können.

Das Netzwerk zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft hatte schon während des Weltkrieges ein enormes Ausmaß angenommen und erleichterte in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Wechsel zahlreicher Spitzenbeamter von der Hoheitsverwaltung in den Verwaltungsrat mehr oder weniger einflussreicher Aktiengesellschaften.

Die „Flucht“ – wenn sie auf gut dotierten Aufsichtsratsposten endete – wurde in der Öffentlichkeit kommentiert und kritisiert.

Neben den spektakulären Einzelbeispielen gab es aber das Gros der mittleren und kleinen Staatsbediensteten, die durch radikale Abbaumaßnahmen unter Einkommensverlusten in die Pension gedrängt wurden. Sie versuchten durch Nebentätigkeiten aller Art ihr Einkommen aufzubessern. Hinweise gibt es auf Binnenkolonisation, Auswanderung, kleine und mittlere Positionen in Versicherungen, Banken, Rechtsanwaltskanzleien u.ä. Fallweise gab es noch land- und forstwirtschaftlichen Familienbesitz, zum Teil noch auf dem Territorium der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

Die Ausmaße dieser Fluchtbewegung in die Privatwirtschaft empirisch zu erfassen steht noch aus.

---

<sup>103</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Georg\\_Ludwig\\_von\\_Trapp](http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Ludwig_von_Trapp), abgerufen am 7. März 2013.

<sup>104</sup> Compass, Verwaltungsräte und Direktoren 1925, S. 1364.

<sup>105</sup> <http://www.wina-magazin.at/?p=264>; abgerufen am 7. März 2013.



## Marcel M. Holzer – ein innovativer Spediteur der Zwischenkriegszeit

Herbert Matis

Der Erste Weltkrieg, die darauf folgende Desintegration der Habsburgermonarchie, die Nachkriegsinflation, politische Instabilitäten und dann zuletzt der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre bedeuteten für in Österreich basierte Unternehmen eine unerhörte Herausforderung, der viele nicht gewachsen waren. In vielen Fällen führte dies dazu, dass Unternehmen geschlossen oder mit anderen fusioniert wurden, manchmal wurde auch der Firmensitz in das Ausland verlegt. Die Art und Weise, wie die Unternehmen die latente Krise der Zwischenkriegszeit meisterten oder aber auch scheiterten, bietet bis heute reiches Anschauungsmaterial für unterschiedliches unternehmerisches Handeln. Die daraus zu gewinnenden Erkenntnisse erscheinen auch angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Herausforderungen, die allerdings vollkommen anders geartet sind, durchaus von allgemeinerem Interesse.<sup>1</sup>

Für die Spedition Schenker & Co<sup>2</sup>, die 1872 während der legendären „Gründerzeit“ durch den gebürtigen Schweizer Gottfried Schenker – dem Erfinder des „Sammelverkehrs“, der fortan stets das Rückgrat der Geschäftstätigkeit darstellte – zusammen mit seinen beiden jüdischen Partnern Moritz Karpeles und Moritz Hirsch in Wien gegründet worden war, bedeuteten der Krieg und seine Folgen eine gravierende Beeinträchtigung der bisherigen Geschäftsgrundlage. Speditionen sind naturgemäß immer international ausgerichtet, eine Speditionsfirma mit nationalstaatlicher Fokussierung der Geschäftstätigkeit ist in einer globalen Wirtschaft ein Widerspruch in sich. Er-

---

1 Vgl. Peter Berger, Alles neu – alles wie gehabt? – Historische Erfahrungen mit Wirtschafts- und Finanzkrisen, in: Wiener Vorlesungen Bd. 165, Wien 2012.

2 Vgl. zum folgenden vor allem die umfangreiche und vornehmlich nach Quellen im Wiener Schenker-Archiv erstellte zweibändige Firmengeschichte von Schenker & Co, vor allem Band 1: Herbert Matis/Dieter Stiefel, Das Haus Schenker. Die Geschichte der internationalen Spedition 1872–1931, Wien 1995.

schwerend während des Krieges, aber auch in der ersten Nachkriegszeit, war es, dass nach 1914 sämtliche Schenker-Niederlassungen in den Ländern der Entente-Mächte beschlagnahmt worden waren. Und auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war es so, dass die bestehende weitverzweigte internationale Organisation mit ihren zahlreichen Filialen, Agenturen und Korrespondenten durch das Auseinanderbrechen des bisherigen gemeinsamen Marktes, die teilweise sogar gesetzlich erzwungenen Nationalisierungsbestrebungen in den einzelnen „Nachfolgestaaten“ und die den gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen nicht entsprechenden neuen politischen Strukturen und Grenzbeziehungen in ihren Geschäftsgrundlagen stark beeinträchtigt wurde. Die Verbindung zum Stammhaus in Wien war dadurch nachhaltig gefährdet – die einstige Residenzstadt der Habsburgerdynastie, vormals das wirtschaftliche, politische, kulturelle und geistige Zentrum eines Vielvölkerreiches, war nunmehr lediglich die Hauptstadt eines mitteleuropäischen Kleinstaates. Dennoch gaben sich viele zentrale wirtschaftliche Einrichtungen der ehemaligen Donaumonarchie, vor allem im Bereich der Dienstleistungen, der Illusion hin, die Stellung Wiens auch unter diesen veränderten und erschwerenden Bedingungen aufrechterhalten zu können. Die Hoffnungen, dass im „Neu-ausland“ die ökonomische Vernunft letztlich doch gegenüber den zersprengenden Kräften des Nationalismus und gegenüber Desintegrationsvorstellungen obsiegen würden und damit eine Rückkehr zum *business as usual* möglich wäre, sollten sich allerdings nicht durchsetzen.

Der nunmehrige Wiener Seniorchef Emil Karpeles, der nach dem Tode von Gottfried Schenker an der Spitze der weitverzweigten Unternehmung stand, führte 1920 eine umfangreiche Neuorganisation der Spedition durch, deren Grundzüge er bereits ein Jahr zuvor in einem Positionspapier mit dem Titel „Organisation eines großangelegten Speditionsbetriebes“<sup>3</sup> niedergelegt hatte: Es kam demnach zur Bildung von zwei Verkehrsgruppen; die „Verkehrsgruppe West-Nord“ umfasste Österreich, Deutschland, Tschechoslowakei, Schweiz, Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Großbritannien, während die „Verkehrsgruppe Ost-Süd“ aus Italien, Griechenland, Albanien, Bulgarien, Türkei, Jugoslawien, Ungarn, Ukraine, Polen, Danzig, Ostpreußen, den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie Finnland und Russland bestand. Gleichzeitig formulierte man in diesem Grundsatzpapier auch neue Unternehmensleitlinien, welche künftig die Unternehmensphilosophie, insbesondere aber den Umgang mit Kunden, den Firmenauftritt in der Öffentlichkeit, das Verhalten bei Reklamationen usw. regeln sollten. Als markante Grundsätze galten demnach:

3 Denkschrift von Emil Karpeles: Organisation eines großangelegten Speditionsbetriebes, Wien 1919, zit. in: Matis/Stiefel, Schenker, Schenker, S. 161f.

„Alle Schenker-Stellen sind Glieder einer Gesamtorganisation!“, „Tradition unseres Hauses ist Korrektheit in jeder Beziehung!“, „Vergessen wir nie, dass wir Treuhänder unsere Kunden sind!“ Es wurde in diesem Papier auch festgehalten, dass die Bedingungen, unter denen ein Transport übernommen wurde, stets präzise und schriftlich zu vereinbaren waren, um nachträgliche Reklamationen zu unterbinden. Die Kundschaft war auf die jeweils besten und billigsten Beförderungsmöglichkeiten hinzuweisen, und die Transportaufträge waren stets genauso durchzuführen, wie sie mit dem Kunden vereinbart worden waren. Es war z. B. absolut unstatthaft, die vereinbarte Beförderungsart abzuändern, Zusammenfassungen als Sammelgüter waren nur dann zulässig, wenn sich daraus ein Vorteil für den Kunden im Hinblick auf Kosten und/oder Laufzeit ergab. Pauschalierte Versicherungen sollten abgelehnt werden, weil der dafür nötige finanzielle Aufwand in keiner Relation zum Versicherungsrisiko stand. Eine Erfahrung aus der die unmittelbare Nachkriegszeit erschütternden Inflationsära war der Hinweis, dass Kreditgewährungen an Kunden, die primär als ein Akquisitionsinstrument gesehen wurden, sehr eingeschränkt und Belehnungsgeschäfte überhaupt verboten wurden.

Jedoch sollte es sich bald erweisen, dass die große Zeit der Wiener Schenker-Zentrale vorbei war – und dies trotz aller an sich richtigen intensiven Restrukturierungsbemühungen, der Festlegung zeitgemäßer Geschäftsgrundlagen und einer versuchten Neuaufstellung der Organisation. Während Schenker & Co bisher ein in Wien basiertes und stark auf das wirtschaftliche Interessensgebiet von Österreich-Ungarn ausgerichtetes Unternehmen mit diversen ausländischen Stützpunkten gewesen war, wurde die Firma nach dem Ersten Weltkrieg zu einem internationalen Konzern, wobei die einzelnen Tochterfirmen zwangsläufig auch größere Dispositionsfreiheit erhielten. Die verstärkte Internationalisierung war letztlich eine Konsequenz der Desintegration des einstigen gemeinsamen Wirtschaftsgebietes der Habsburgermonarchie. Allein schon, dass ehemalige Niederlassungen in den Kronländern nunmehr zum „Neuausland“ zählten, bedeutete eine stärkere Dezentralisierung und Internationalisierung. Ein Ergebnis des Ersten Weltkriegs war auf dem Sektor der Wirtschaft jedoch, dass sich das ökonomische Zentrum Europas noch stärker als bisher nach Westen verschoben hatte.

Die Internationalisierung wurde nach dem Ende des Weltkriegs vor allem von Schenker-Berlin vorangetrieben. Denn das Schwergewicht von Schenker & Co verschob sich zusehends nach Deutschland und steigerte den Einfluss der rechtlich bloß als eine Abteilung der nach wie vor in Wien ansässigen offenen Handelsgesellschaft fungierenden Firma Schenker & Co. Deutschland konnte sich trotz des verlorenen Krieges, den der jungen Weimarer Republik in der Folge aufgezwungenen Reparationslasten der Alliierten und umfangreichen Gebietsabtretungen als einzige wirtschaftliche Füh-

rungsmacht in Mitteleuropa etablieren. Wer in Deutschland wirtschaftlich reüssierte, dem gehörte zumindest ganz Kontinentaleuropa. Der zunehmenden Bedeutung des deutschen Marktes entsprachen einerseits die Aufwertung der erst 1916 in Berlin neu errichteten eigenen Filiale und andererseits der Aufbau eines dichten deutschen Filialnetzes. Diese Berliner Niederlassung führte offiziell die Bezeichnung „Schenker & Co, Zentrale in Wien, kommerzielle Vertretung in Berlin“ und arbeitete eng mit dem bisherigen Partnerunternehmen „Berliner Gütersammelstelle GmbH“ zusammen. Dahinter stand vor allem der damalige Schenker-Repräsentant in Deutschland, Marcel Moritz Holzer, der seit 1919 die Berliner Filiale leitete.

Holzer hatte österreichische Wurzeln: Der 1897 in Graz als Sohn eines kleinen Kaufmanns geborene Holzer entstammte einer Familie aus der Marktgemeinde Lackenbach (ungarisch: Lakompak) im Bezirk Oberpullendorf, die seit dem 18. Jahrhundert im Besitz des Fürstengeschlechts der Esterházy war und zu den sog. „sieben jüdischen Gemeinden“ Westungarns (des heutigen Burgenlandes) zählte.<sup>4</sup> Er hatte das Speditionsgeschäft von der Pike auf gelernt, seine Ausbildung als Spediteur bei Schenker-Triest und dann bei der in Hamburg ansässigen Spedition Adolf Blum & Popper erfahren. Im Ersten Weltkrieg war es im Rahmen eines großen Lebensmitteltransports zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen diesen beiden erfolgreichen Speditionen gekommen, und Holzer war während des Kriegs auch Mitgesellschafter der 1917 in Berlin gegründeten „Express GmbH“, der alle staatlichen deutschen Exporte von und nach Südosteuropa unterstanden. Dies gab die Initialzündung zu einer dauerhafteren Kooperationsvereinbarung nach der Demobilisierung im Jahre 1918. Am 27. Mai 1919 wurde der damals 40jährige Holzer in der Wiener Zentrale am Hohen Markt von dem um zehn Jahre älteren Seniorchef der Firma Schenker & Co Emil Karpeles, der damals die Interessen der Familien der Unternehmensgründer vertrat, allen führenden Mitarbeitern bereits als zukünftiger Mitgesellschafter und Leiter der deutschen Schenker-Organisation vorgestellt. Die Überraschung war groß, denn Karpeles hatte die organisatorische Neustrukturierung in Deutschland und die Errichtung einer selbständigen Gesellschaft in Berlin mit Marcel Holzer an der Spitze bisher lediglich in seinem engsten Führungskreis abgesprochen, so dass dies für viele anderen in der Firma äußerst überraschend kam.<sup>5</sup>

Wer war dieser Marcel Holzer? Holzer hatte manche persönliche Eigenschaften, die den in der Literatur mitunter als „Projektanten“ beschriebenen Typus des innovativen „Entrepreneur“ kennzeichnen, den erstmals wohl der

---

4 Vgl. Adonijahu Krauss, Lackenbach: eine kultur-historische Skizze einer jüdischen Gemeinde, Jerusalem 1950.

5 Vgl. Matis/Stiefel, Schenker, S. 172–178, hier S. 175.

englische Schriftsteller Daniel Defoe beschrieben hat.<sup>6</sup> Er verkörperte jedenfalls eine höchst widersprüchliche Persönlichkeit, und vieles, was über ihn kolportiert wurde, ähnelt verblüffend den Beurteilungen und Feststellungen über einen allerdings wesentlich prominenteren Zeitgenossen, nämlich Camillo Castiglioni, dem Holzer während seiner Zeit bei Schenker-Triest durchaus auch persönlich begegnet sein könnte.<sup>7</sup> Ein ehemaliger Schenker-Mitarbeiter beschreibt Marcel Holzer folgendermaßen: „Ein eleganter Mann von bestrickender Liebenswürdigkeit und Überzeugungskraft der Deduktion, der nie den geringsten Unmut zeigte und im Gegenteil jeden glauben machte, als ob er nur für ihn da sei und seine Wünsch erfüllen wolle. Allenfalls konnte es ihm passieren, dass er nachträglich das eine oder andere vergaß. Dabei von einer geschäftlichen Phantasie ohnegleichen, die ihn immer wieder neue Geschäftsmöglichkeiten erkennen und neue Wege aus Schwierigkeiten finden ließ. Doch waren seine Einfälle nie phantastisch, sondern basierten immer auf genauer Kenntnis der in Frage kommenden Persönlichkeiten, Verhältnisse und der tatsächlichen Durchführbarkeit. Bei der Durchsetzung seiner Pläne verfolgte er rücksichtslos sein Ziel. Sein Optimismus und Mut in der Durchführung seiner Pläne waren erstaunlich und gelegentlich atemberaubend. Geld und Unkosten spielten – wenn ein Ziel erreicht werden sollte – kaum eine Rolle. Er war sich sicher, dass er auch bei Fehlschlägen und bei scheinbarem Versiegen aller Möglichkeiten doch immer wieder neue Ideen finden werde, die alles Frühere in den Schatten stellten. Er beherrschte die Spedition virtuos bis ins Kleinste.“<sup>8</sup> Allerdings urteilten nicht alle so uneingeschränkt positiv über Marcel Holzer: Erich Minkus, nach dem Zweiten Weltkrieg Generaldirektor von Schenker-Wien, sah z. B. Holzer weitaus kritischer und legte ihm gegenüber eine deutlich größere Distanziertheit an den Tag. Er hatte in den 1920er Jahren unter Holzer in Berlin gearbeitet und als junger Mann über sein freundschaftliches Verhältnis mit Holzers Sohn auch Einblick in den äußerst aufwändigen privaten Lebensstil des Berliner Repräsentanten gewonnen: Holzer wohnte zwar anfangs verhältnismäßig bescheiden, kaufte dann aber bald eine elegante große Villa im Nobelviertel von Berlin-Grünwald, mit einem parkähnlichen Garten samt Chauffeurhaus mit zwei Wohnungen für seine beiden Fahrer und einem eigenen Tennisplatz. Der anspruchsvolle Haushalt zog damals „viele bedeutende Leute der Berliner Politik und Wirtschaft neben manchem Schnorrer“ an.<sup>9</sup>

---

6 Daniel Defoe, *An Essay upon Projects*, London 1697, dt.: *Ein Essay über Projekte*, herausgegeben u. kommentiert v. Christian Reder, Wien-New York 2006.

7 Vgl. Dieter Stiefel, *Camillo Castiglioni oder Die Metaphysik der Haifische*, Wien 2012.

8 Schenker Archiv (SA), Karton Wien: Firmenchronik Wolfgang Richter, 1953, S. 35.

9 Ebd., S. 36.

Marcel M. Holzer repräsentierte ohne Zweifel eine eindrucksvolle Persönlichkeit, obwohl er nur mittelgroß war, von massiger Gestalt und mit frühzeitig kahl gewordenem Haupt, Schnurbartträger und wegen seiner Kurzsichtigkeit stets ein *pince-nez* tragend, was seinem Gesicht einen durchaus gewollten strengen Ausdruck verlieh. Er hatte ein enges Verhältnis zur Macht und pflegte einen autoritären Führungsstil, der keinen Widerspruch duldete. Dabei war er mit hoher sozialer Intelligenz und großem Durchsetzungsvermögen ausgestattet. Erich Minkus hielt in diesem Zusammenhang fest, dass niemand Holzer widersprechen durfte, und er sich absolute Autorität anmaßte. Andererseits billigten ihm auch seine Kritiker zu, dass er über große Fachkenntnisse als Spediteur verfügte. Er überspannte allerdings mitunter die finanziellen Möglichkeiten, operierte stets großzügig und risikofreudig, auch setzte er sich über manche Regeln hinweg, um seine Vorstellungen zu realisieren. Dr. Benno Karpeles, der ihm ab 1925 von den Wiener Gesellschaftern zur Kontrolle an die Seite gesetzt worden war, sagte über ihn: „Herr Holzer war ein Mann von hervorragenden Qualitäten, aber von maßlosem Ehrgeiz beseelt.“<sup>10</sup> Ansonsten erfüllte die in den frühen 1920er Jahren einsetzende Expansionspolitik von Marcel Holzer die Wiener Gesellschafter mit großer Sorge. Sie setzten demgegenüber eher auf eine vorsichtige Konsolidierungsstrategie und waren nicht bereit, alle neue Filialgründungen vorbehaltlos zu akzeptieren. Ihre ablehnende Begründung war eher unfreiwillig komisch: „Sonst kommen wir noch dahin, dass wir, wenn wir nächsten Dienstag Australien und am zweitnächsten Südamerika eingeschlossen haben, dann noch für die beiden Pole am letzten Dienstag dieses Jahres uns noch mit Herrn Amundsen associieren müssten, um ein Neuland zu entdecken, auf dem es Interessensgemeinschaften, Fusionen, Kapitalbeteiligungen u. dgl. nicht gibt und also unsere Flagge die erste und einzige sein wird.“<sup>11</sup>



*Marcel M. Holzer, ca. 1930*

<sup>10</sup> Matis/Stiefel, Schenker, S. 175.

<sup>11</sup> SA Karton Berlin, Dr. Benno Karpeles, im Sommer 1931, S. 3.

Holzer verfolgte demgegenüber das strategische Konzept einer strikten Expansionspolitik über *mergers and acquisitions*, nämlich durch Firmenaufkäufe, Zusammenschlüsse sowie Neugründung von Filialbetrieben. Dies dokumentierte sich bereits kurz nachdem er seine Tätigkeit in der deutschen Hauptstadt aufgenommen hatte und er 1920 und 1921 jeweils eine deutsche Filialleiterkonferenz nach Berlin einberief. Bemerkenswert ist, dass es keiner der Wiener Gesellschafter für notwendig hielt, daran teilzunehmen. Sie überließen damit Holzer kampflos das Feld, der darauf bedacht war, ein persönliches Naheverhältnis zu den leitenden Mitarbeitern im Haus und zu den Filialleitern in der weitverzweigten Organisation aufzubauen. Ganz entgegen seinem sonstigen Führungsstil sprach er dabei in seiner Begrüßungsansprache vor den leitenden Mitarbeitern von „der Zweckdienlichkeit freier Meinungsäußerung und praktischer Vorschläge“<sup>12</sup>. Holzer konnte seine Vorstellungen über die weitere Expansion der Firma mit dem Schwerpunkt Deutschland, Süd- und Westeuropa, Skandinavien und Polen auf diese Weise nachhaltig vertreten. Berlin sollte dabei die zentrale finanzielle Abwicklung besorgen, auch richtete er eine eigene Versicherungsabteilung und ein zentrales Berichtswesen in Berlin ein. Die Herausgabe einer eigenen Informationsschrift unter dem Titel „Schenkers Transport Nachrichten“ richtete sich sowohl intern an die Mitarbeiter als auch nach außen an die Kunden und Geschäftspartner. Damit hatte Marcel Holzer recht geschickt seine Position im Schenker-Konzern ausgebaut. Sein Rezept, um seine Stellung abzusichern, war in der Folge durch eine starke Expansionsstrategie gekennzeichnet, die aber durchaus auch seinem entscheidungsfreudigen Führungsstil und Charakter entsprach: Im Zeitraum 1919 bis 1922 stieg der Personalstand der Schenker & Co-Berlin von 274 auf 1800 an, die Zahl der Schenker-Geschäftsstellen in Deutschland erhöhte sich gleichzeitig von 18 auf 126. Für die deutschen Schenker-Filialen legte Holzer regionale Geschäftsgebiete, so genannte Rayons, fest, gleichzeitig beschloss er eine regionale Gruppenbildung, indem Filialbetriebe zu so genannten „Transport-Kontoren“, die jeweils einer regionalen Zentrale unterstanden, zusammengeführt wurden. Diese regionalen Transport-Kontore organisierten den Verkehr untereinander einheitlich und korrespondierten ausschließlich über die Berliner Zentrale, der Marcel Holzer vorstand. Bis 1922 war die Errichtung der fünf Regionalgesellschaften abgeschlossen; hinzu kam 1923 noch eine sechste Regionalgesellschaft, was wegen der 1920 unter dem Mandat des Völkerbunds eingerichteten französischen Verwaltung des Saarlandes als eine Notwendigkeit betrachtet wurde.

---

12 SA Karton Wien, Sitzungsbericht der Filialleiterkonferenz am 8. u. 9. 1. 1920, S. 9.

- Schenker & Co Berlin, Zentrale
- Bayrisches Transport-Comptoir Schenker & Co, München
- Schenker & Co Schwarzwälder Transport-Kontor Freiburg i. B.
- Schenker & Co Hanseatisches Transport- Kontor Hamburg
- Schenker & Co Südwestdeutsches Transport- Kontor Frankfurt a.M.
- Schenker & Co Saartransport-Kontor Bad Homburg

Diese Transport-Kontore wurden fortan zur organisatorischen Basis der nun rasch einsetzenden Expansion, die als eine „zweite Gründerperiode“ der Firma Schenker & Co angesehen werden kann. Denn während der frühen 1920er Jahre kam es zu einem Expansionsprozess, der den nach dem Weltkrieg eher zurückhaltend und übervorsichtig agierenden Wiener Gesellschaftern nahezu atemberaubend erscheinen musste. Während 1918 in Deutschland nur 18 Schenker-Filialen bestanden, wurden 1920 bereits 15 neue Geschäftsstellen ins Leben gerufen, 1921 wurden 35 Geschäftsstellen eröffnet, 1922 kamen weiter 25 dazu, und 1923, welches das Jahr der raschesten Expansion darstellte, wurden 43 neue Geschäftsstellen errichtet. Von den 118 in nur vier Jahren neu gegründeten deutschen Geschäftsstellen wurden lediglich acht aus Rentabilitätsgründen wieder aufgelassen, hingegen mussten Danzig und Kattowitz aus politischen Rücksichten gegenüber Polen wieder aus dem deutschen Verband herausgenommen werden.<sup>13</sup> Holzer stand aber auch technischen Innovationen extrem aufgeschlossen gegenüber; so richtete er bereits 1920 bei Schenker-Berlin eine eigene „Arbeitsgruppe Luftverkehr“ ein und setzte damit trotz der von den Siegermächten im Versailler Friedensvertrag verfügbaren Einschränkungen für den Flugverkehr auf diesen zukunftsweisenden Verkehrsträger.

Vergleicht man die Führungsgrundsätze des seinerzeitigen Unternehmensgründers Gottfried Schenker mit denen Marcel Holzers, so sieht man, dass für Schenker der organisatorische Ausbau eine Folge wachsenden Geschäftsumfanges gewesen war. Hingegen verfolgte Holzer eigentlich eine umgekehrte Strategie, indem er in Deutschland und dessen Nachbarländern zunächst eine umfassende neue Organisation ins Leben rief, um über dieses dichte organisatorische Netzwerk das Geschäft an sich zu ziehen. Hinter seiner hektischen Expansionspolitik stand somit durchaus ein unternehmerisches Konzept, das allerdings von recht optimistischen Voraussetzungen über die zukünftigen Geschäftsmöglichkeiten nach dem Ersten Weltkrieg ausging. Es wollte damit, wie er es ausdrückte, „die Flagge zeigen“ und den Namen „Schenker“ an allen wichtigen Verkehrsknotenpunkten vertreten wissen.

---

<sup>13</sup> Matis/Stiefel, Schenker, S. 180ff.

Auch ging es ihm darum, dass die Firma auch in jenen Gebieten, die infolge des Versailler Friedensvertrages nicht mehr unter deutscher Verwaltung standen, also Elsass, Saarland, Oberschlesien und Danzig, entsprechend vertreten war. Es waren das aus seiner Perspektive auch die Brückenköpfe für den Ausbau des ausländischen Filialnetzes. Denn gleichzeitig mit dem innerdeutschen Filialnetz errichtete die Berliner Schenker-Zentrale auch neue Niederlassungen in Dänemark, Schweden, den neu entstandenen baltischen Staaten sowie in Polen. Auch gab es intensive Bemühungen um den Wiederaufbau des Geschäftsverkehrs mit Russland. Neue Initiativen wurden, z. T. gemeinsam mit den Wiener Gesellschaftern, auch in Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten gesetzt.

Bei all dem wurde aber deutlich, dass sich Schenker-Berlin unter der Führung von Marcel Holzer weitgehend vom Wiener Stammhaus emanzipiert hatte. Das Organisationsschema der neuen deutschen Schenker-Betriebe war das eines völlig selbständigen großen internationalen Speditionsunternehmens, aber es ging nicht daraus hervor, dass Schenker-Deutschland Teil eines internationalen Konzerns war und die deutsche Beteiligung über die Person Marcel Holzers lediglich dreißig Prozent am Gesamtunternehmen ausmachte, während die Wiener Muttergesellschaft nach wie vor einen Mehrheitsanteil hielt. Holzer versuchte in dieser Situation mit Unterstützung der deutschen Banken, die Umwandlung der Schenker-Unternehmungen in Aktiengesellschaften zu forcieren. Die Idee war an sich nicht neu, denn schon unmittelbar nach dem Krieg war die Umwandlung der Schenker-Unternehmungen in nationale Aktiengesellschaften gefordert worden. Dies konnte jedoch von den Wiener Gesellschaftern, die die Rechtsform einer offenen Handelsgesellschaft präferierten, schon um die persönlichen Einflussmöglichkeiten der Wiener Geschäftsführung zu wahren, abgewehrt werden.

Die Nachkriegsinflation verstärkte den Druck seitens der Banken, die daran interessiert waren, der Börse neues Aktienmaterial zuzuführen. Gleichzeitig war es der Wiener Geschäftsleitung bewusst, dass es ihr bei künftigen Kapitalerhöhungen nicht möglich sein würde, mitzuhalten und ihren Mehrheitsanteil zu wahren. Das rapide Wachstum der künftigen deutschen Schenker AG würde zwangsläufig dazu führen, dass sich der Einfluss des Wiener Stammhauses immer mehr verringern würde. Umgekehrt war sich Holzer bewusst, dass die Rechtsform der Aktiengesellschaft die infolge der raschen Expansion eingetretenen finanziellen Probleme leichter lösen und gleichzeitig seinen Einfluss stärken würde. Mit dem Hinweis auf steuerliche Vorteile konnte schließlich 1921 auch Emil Karpeles-Schenker – der Wiener Firmenchef hatte in der Zwischenzeit zusätzlich auch den Namen des verstorbenen Unternehmensgründers angenommen – dazu gewonnen werden, der Gründung einer Aktiengesellschaft unter bestimmten Auflagen zuzustimmen. Am

9. April 1921 wurde die „Zentraldirektion Aktiengesellschaft Schenker & Co, Berlin“ mit einem Kapital von einer Million Mark gegründet<sup>14</sup>, an der Marcel Holzer mit dreißig Prozent und die beiden bevollmächtigten Wiener Gesellschafter Gottfried Schenker-Angerer und Stephan Karpeles-Schenker mit jeweils fünfunddreißig Prozent beteiligt waren. Der fünfgliedrige Aufsichtsrat war mit dem bekannten deutschen Privatbankier Carl Fürstenberg als Vorsitzendem, mit Paul M. Herman von der Deutschen Bank als dessen Stellvertreter, mit Ludwig Ritscher von der Dresdner Bank, mit Emil Karpeles-Schenker sowie Marcel Holzer besetzt. Holzer, der auf die prominente Besetzung des Aufsichtsrats besonders stolz war, wurde zum „geschäftsführenden Aufsichtsrat“ bestellt und sicherte sich damit zumindest für Deutschland freie Hand. Der Vorstand bestand aus den bisherigen führenden Mitarbeitern der einzelnen Berliner Zentralabteilungen, die seinerzeit alle von Holzer persönlich eingestellt worden waren. Holzer entwickelte in der Folge gegen den Widerstand der Wiener Gesellschafter in mehreren Schritten den Plan, durch eine von ihm eigens entwickelte Finanzierungs konstruktion die Berliner Zentrale in das von der HAPAG erworbene Haus „Unter den Linden 39“ zu verlegen.<sup>15</sup> Er hatte sich damit einen zentralen Einfluss auf die weitere Unternehmenspolitik gesichert. Dieses Haus sollte bis 1945 als Firmensitz bestehen.

Zwar hatte auch das Wiener Stammhaus im Zusammenhang mit der Neuorganisation nach dem Ersten Weltkrieg eine Reihe von selbständigen Speditionsunternehmen u. a. in Wien, Innsbruck und Bozen erworben, dennoch sprengte das Expansionstempo, das Marcel Holzer an den Tag legte, alle bisher dagewesenen Dimensionen. Er erwies sich immer mehr als „Konzerngründer“: Er leitete eine ganze Reihe von Firmenübernahmen und Beteiligungen ein und führte seine aggressive Beteiligungspolitik auch in einer Art und Weise durch, die man heute als *unfriendly take-over* bezeichnen würde. Er gründete u. a. bereits 1920 zwei Gesellschaften unter „neutralem Namen“, um auf diese Weise auch Aufträge anderer Spediteure zu erlangen, die „Transit GmbH Emmerich“ und die „Nordhafen Speditions- und Lagerhaus GmbH Hannover“. Er übernahm 1921 die von ihm 1917 mitgegründete „Express Spedition“ sowie deren Tochterfirma „Transit-Kontor GmbH“ und gründete die „Thüringische Sammelladungs-Konto GmbH“ in Gotha. Er beteiligte sich 1921 gemeinsam mit einem Hamburger Spediteur als stiller Teilhaber an der „Carl Schroeder-Spedition“ in Hamburg und erwarb 1923 eine 80%ige Beteiligung an der Hamburger Niederlassung der Londoner Firma „G. T. Symons, Forwarding Ltd“, was es Holzer ermöglichte, in ganz neue Geschäftsfelder einzutreten. 1924 erwarb er, um das von ihm als besonders zukunftsreich

---

14 Matis/Stiefel, Schenker, S. 191.

15 Matis/Stiefel, Schenker, S. 193.

eingeschätzte Überseegeschäft auszubauen, drei weitere kleinere Speditionen und rief auch die „Baltische Lloyd GmbH“ mit Sitz in Lübeck ins Leben. 1925 kam es zur Gründung der „Atlantic Seetransport Kontor GmbH“ in Hamburg und zur Übernahme der niederländischen „Seefrachtspedition Arthur Vrancken“. Seinen persönlichen Führungsstil spielte er besonders bei der Übernahme der renommierten „Alfred Altschüler & Co GmbH“ in Frankfurt a. M. aus. Mit dieser Firma hatte bereits der legendäre Firmengründer Gottfried Schenker ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, das 1919 von der Wiener Zentrale zum Leidwesen Holzers verlängert worden war. Anlässlich der ersten Berliner Filialleiterkonferenz von 1920 beschloss Holzer daraufhin, sich in Frankfurt „in gütlichem Einvernehmen mit Altschüler auf eigene Beine zu stellen“, was von letzterem naturgemäß als unerhörte Provokation empfunden wurde. Altschüler reagierte mit einer Aufkündigung des bisherigen Kooperationsabkommens, während Holzer in Frankfurt nach Ankauf der ortsansässigen Speditionsfirma „Gebrüder Wolff“ eine eigene Filiale unter dem Namen Schenker & Co errichtete, die als unmittelbarer Konkurrent zum bisherigen Partner Altschüler auftrat. Schließlich einigte man sich mit Altschüler auf ein Abkommen, das eine zunächst auf 25 Jahre befristete gemeinsame Geschäftsführung unter der Ägide von Schenker-Berlin vorsah, wobei beide Unternehmen unter eigenem Namen weiterarbeiten sollten. Die Verschränkung mit der Firma Altschüler brachte mit deren großen Niederlassungen in Lübeck, Bremen und Rotterdam eine beträchtliche Geschäftsausweitung mit sich. Eine ähnliche Strategie schlug Holzer 1921 bei einem weiteren Konkurrenten, der Speditionsfirma „Transport-Kontor der Rheinisch-Westfälischen Eisenindustrie-A. Kinkel“ ein, was ihm einen entscheidenden Einfluss im Ruhrgebiet sicherte, der noch im selben Jahr durch die Gründung der mit 1,2 Millionen Mark Kapital ausgestatteten „Industrie-Sammel-Spedition GmbH“ unterstrichen wurde, deren spezielle Aufgabe die Logistik für alle Transporte der Firmen Krupp und Thyssen war.

Holzer versuchte schon frühzeitig zur Abrundung seines Firmenimperiums auch einen eigenen Rollfuhr- und Lagerhausbetrieb aufzubauen. Bereits 1920 sicherte er zu diesem Zweck eine Zweidrittelmehrheit an der Berliner „Commanditgesellschaft Kussin & Co“ und begann Verhandlungen mit der „Berliner Speditions- und Lagerhaus AG, vorm. Bartz & Co“, was zu einer 40%igen Beteiligung an dieser damals größten Berliner Spedition führte, die im Zuge der Inflationsära auf 55% erhöht wurde. Als 1927 die drittgrößte Berliner Spedition, die „Berliner Spediteur Verein AG“, wegen ihrer zunehmend schlechter werdenden Betriebsergebnisse in eine schwierige Lage geriet, übernahm Schenker-Berlin über Vermittlung von deren Hausbank auch dieses Unternehmen samt allen ihren Beteiligungsfirmen. Als der Bankier Hans Koch, der bereits in Leipzig ein Speditionsunternehmen erworben hat-

te, mit Unterstützung der Dresdner Bank einen 85%igen Mehrheitsanteil an der „Berliner Paketfahrt-AG“ erwarb, der damals immerhin zweitgrößten Berliner Spedition, fühlte sich Marcel Holzer persönlich herausgefordert. Gemeinsam mit der Deutschen Reichsbahn gründete er daraufhin 1926 die „Bahnpaketverkehr GmbH Berlin“ und betrieb für diese neue Firma einen immensen Werbeaufwand. Das führte ein Jahr später dazu, dass mit Hilfe der beteiligten Banken eine Fusion der beiden Berliner Konkurrenzunternehmen stattfand. In das neue Unternehmen mit einem Stammkapital von 2,44 Millionen RM und dem Namen „Berliner Paketfahrt-Speditions- und Lagerhaus GmbH (vorm. Bartz & Co) AG“ wurde auch der „Berliner Spediteur-Verein“ eingebracht, wodurch das größte deutsche Fuhr- und Lagerhaus-Unternehmen mit 1 400 Mitarbeitern entstand, an dem Schenker & Co mit 45% beteiligt war.<sup>16</sup>

Ähnlich ging Holzer auch im Rheinland vor, wo es u. a. zu einer Kooperation mit der „Speditions- und Lagerhaus AG (SPELAG)“ kam. Sein Meisterstück lieferte Holzer allerdings mit einer Konsortialbeteiligung am Berliner Hafen, der neben Duisburg und Hamburg der größte deutsche Binnenhafen war. In bzw. um Berlin war es zu Anfang des 20. Jahrhunderts zum Bau mehrerer Häfen gekommen, die durch die kommunale Hafengesellschaft betrieben wurden: 1906 bis 1911 wurde der Spandauer Südhafen gebaut, 1907 bis 1913 der Osthafen, 1912 bis 1922 der Hafen Neukölln, zuletzt 1914 bis 1923 der Westhafen. Die der Stadt Berlin gehörende Hafengesellschaft bilanzierte aber seit Jahren mit großen Verlusten, und die nötigen Investitionen waren nach dem verlorenen Krieg unterblieben. Als Holzer den Wiener Gesellschaftern das Projekt, sich am Berliner Hafen zu beteiligen, vortrug, waren sie diesem Projekt gegenüber begreiflicherweise ablehnend. Allerdings erhielt Holzer Unterstützung durch den Prager Schenker-Mitgesellschafter Rudolf Beck, der ebenfalls an diesem Projekt interessiert war. Schließlich gaben die Wiener Gesellschafter unter Führung von Emil Karpeles-Schenker nach, nicht so sehr aus Überzeugung, sondern weil sie befürchteten, dass einzelne Gesellschafter das Projekt ansonsten allein durchziehen würden. Obwohl dies den aufgrund des Gesellschaftervertrags von 1919 erneuerten Unternehmensgrundsätzen eindeutig widersprach, wonach die Gesellschafterfirmen (Tochterunternehmen) ihre Mittel ausschließlich dem Speditionsgeschäft zu widmen hatten, stellte das Wiener Stammhaus 1923 doch über die Londoner Filiale das Geld für die Konsortialbeteiligung zur Verfügung. Holzer hatte damit seinen Willen durchgesetzt, ohne dass Schenker-Berlin oder er selbst eine Beteiligung an diesem Konsortium eingegangen waren. Die „Berliner

---

<sup>16</sup> Matis/Stiefel, Schenker, S. 193–201.

Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (BEHALA)<sup>17</sup> wurde am 26. Februar 1923 errichtet; am Betreiber-Konsortium waren die Stadt Berlin und das Bauunternehmen Carl J. Busch & Co mit je 25 % sowie Schenker & Co mit 50 % beteiligt. Der Hafenbetrieb unter der neuen Führung wurde am 1. März 1923 aufgenommen. Holzer gelang es in der Folge rasch die Verluste abzubauen; mit der Golderöffnungsbilanz erhielt die BEHALA ein Grundkapital von 1,68 Millionen RM, die für die Gründung aufgebrauchten Beträge konnten bereits 1927 wieder zurückgezahlt und im Juli 1929 sogar der von Architekt Franz Ahrens als einer der ersten Stahlbetonbauten Deutschlands an der Spree geplante „Viktoriaspeicher“ für die BEHALA neu errichtet werden – alles in allem waren Holzers Überlegungen aufgegangen, und die Berliner Lösung wurde zum Vorbild auch für die Privatisierung der städtischen Hafenbetriebe in Magdeburg, Flensburg und Wilhelmshaven, wobei sich in diesen Fällen die BEHALA mit jeweils 20 % beteiligte.<sup>17</sup>

Mit all diesen Akquisitionen konnte sich Schenker-Berlin den ersten Rang unter den Spediteuren in Deutschland sichern, wenngleich es klar war, dass aufgrund des großen Tempos bei der Umsetzung der Projekte noch größere Umstrukturierungen und Konsolidierungsbemühungen erforderlich waren. Auch in London konnte Holzer 1925 erreichen, dass die dortige Deutsche Importabteilung mit einem seiner Vertrauensmänner besetzt wurde. Immer offensichtlicher wurde jedoch, dass bei fast allen Auslandsaktivitäten der Gegensatz Wien – Berlin immer deutlicher zutage trat, weil unentwegt um die Einflussphären gerungen wurde. Im Zuge seiner aggressiven Expansionspolitik konnte sich Holzer aber weitgehende Entscheidungsvollmacht in Deutschland und großen Teilen der Verkehrsgruppe West-Nord einschließlich der überseeischen Niederlassungen sichern. Marcel Holzer war somit ganz maßgeblich an der Internationalisierung der Firma beteiligt: Unter seinem Einfluss wuchs die Firma Schenker & Co über ihren ursprünglichen regionalen Bereich hinaus, wurde nicht nur zur größten Spedition Deutschlands, sondern war in praktisch allen europäischen Ländern mit eigenen Niederlassungen vertreten. Mehr als 4000 Beschäftigte arbeiteten in 27 Ländern; damit verbunden war ein starkes Anwachsen der Geschäftstätigkeit in praktisch allen Tätigkeitsfeldern.

Die Expansionspolitik Holzers löste bei den österreichischen Gesellschaftern, die nach dem Krieg eher auf eine bedächtige Konsolidierungspolitik setzten, große Besorgnis aus. Der Wiener Firmenchef Emil Karpeles-Schenker delegierte daher seinen damals bereits 54jährigen Bruder Dr. jur. Benno Karpeles nach Berlin, um Holzer stärker kontrollieren zu können –

---

<sup>17</sup> Matis/Stiefel, Schenker, S. 206.

ein Unterfangen, das nicht sehr erfolgreich war, denn obwohl Holzer verbal einlenkte, setzte Schenker-Berlin unter seiner Führung den Expansionskurs unbeirrt fort. Ein weiterer Akt des Misstrauens der Wiener Gesellschafter war die Einrichtung eines „Zentral-Evidenz-Büros“ mit der Aufgabe, die finanzielle Gebarung aller zum Schenker-Konzern gehörenden Betriebe von Wien aus zu kontrollieren. Die Wiener Gesellschafter gründeten auch zur Unterstützung der zentralen Finanzverwaltung ein eigenes Finanzinstitut mit Sitz in den Niederlanden, deren Währung damals als besonders stabil galt. Unter Verwaltung der Amsterdamer „Nederlandsche Standaard Bank“ wurde die Firma „N. V. Transport Maatschappij Interstate“ eingerichtet, über die in Hinkunft alle Kredit- und Devisengeschäfte abgewickelt werden sollten. Nicht zuletzt sollte durch diese Konstruktion der hohen Gewinnbesteuerung in manchen Ländern ausgewichen und zugleich das eingesetzte Kapital vor der Inflationsgefahr in Deutschland und Österreich geschützt werden. Die „Interstate“ wirkte dann nach der Währungsstabilisierung auch an der Gründung einer Berliner „Transportbank AG“ mit, während in Wien über die Tochtergesellschaft ITGAG ein eigenes „Lombardbureau der Internationalen Transport-Gesellschaft AG“ geschaffen wurde.

Die Inflationsära, die in Österreich erst 1922 und in Deutschland 1923 beendet wurde, zwang ein international agierendes Speditionsunternehmen zu besonderer Vorsicht. Die Inflation begünstigte zugleich allerdings auch Holzers Expansionskurs, wobei der Hauptkreditgeber für Schenker-Berlin ein viergliedriges Bankenkonsortium aus Deutscher Bank, Dresdner Bank, Berliner Handelsgesellschaft und Mitteldeutschem Kreditinstitut war. Mit der Errichtung einer Deutschen Rentenbank leitete die Reichsregierung Mitte Oktober 1923 die Rückkehr zu einer stabilen Währung ein. Weil Deutschland, um das Grundkapital dieser Rentenbank decken zu können, nicht über genügend Goldvorräte oder Devisen verfügte, wurde der Grundbesitz von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe mit einer Hypothek von 3,2 Milliarden Rentenmark belastet. Die neue Bank begann mit 15. November 1923 mit der Edition von Rentenmark als neues Zahlungsmittel, wobei die Währungsumstellung in einem drastischen Ausmaß erfolgte: 1.000.000.000.000 Papier-Mark entsprachen im Zuge des Währungsumtausches 1 Rentenmark. Der Kurs der neuen Währung konnte in der Folge durch Einschränkung des Geldumlaufs und drastische Sparmaßnahmen im Staatshaushalt stabil gehalten werden. Diese „Rentenmark“ war jedoch nur als Übergangslösung gedacht und wurde durch das Münzgesetz am 30. August 1924 im Zuge des Dawes-Plans abgelöst, wodurch die Reichsmark als offizielles Zahlungsmittel als eine Golddevisenwährung festgelegt und der Vorkriegswechsellkurs gegenüber dem US-Dollar wiedererreicht wurde. Das Ende der Inflation erforderte eine Konsolidierung des Finanzmanagements und machte zugleich ei-

nen Rückbau und eine Neustrukturierung der zuvor so rasant gewachsenen Organisation notwendig. Das Währungsstabilisierungsgesetz gab den Unternehmen bei der Aufstellung der neuen Eröffnungsbilanzen („Goldbilanzen“) nunmehr die Möglichkeit zu einer realen aber auch recht freizügigen Neubewertung der Unternehmungen. Dabei war eine Gradwanderung notwendig, denn einerseits konnte man durch das steuerliche Geringansetzen von Immobilien stille Reserven bilden, andererseits mussten sich niedrig angesetzte Vermögenswerte bei zukünftigen Kreditaufnahmen verteuern auswirken. Holzer war es zudem gelungen, durch Vorauszahlungen von Kunden und Nachforderungen von Entwertungsdifferenzen noch vor der Erstellung der Goldbilanz sämtliche Bankkredite abzutragen, so dass das Unternehmen trotz der vorgegangenen raschen Expansionsphase praktisch schuldenfrei war. Nach der Stabilisierung war es aber unvermeidbar, dass angesichts der Schwierigkeiten, neue Kredite seitens der Banken zu erhalten, das Unternehmen auf größere Liquidität und erhöhtes Betriebskapital achten musste. Nicht nur, dass das Geld knapp wurde, mit der neuen stabilen Währungssituation wurden auch die infolge der Expansionspolitik unvermeidlichen Schwächen einer zu rasch gewachsenen Organisation deutlich. Obwohl es in beachtenswerter Weise gelang, durch rasche Fakturierung, ein effizientes Buchhaltungssystem und gut organisiertes Controlling die Organisation in Funktion zu halten und aus den laufenden Einnahmen zumindest die Betriebskosten zu decken, war eine Restrukturierung der Schenker-Organisation nach Beendigung der Inflation unvermeidlich geworden. Augenfällig wird dies im Abbau von Filialen in der deutschen Schenker-Organisation, deren Zahl sich von 1923 bis 1929 von 126 auf 61 reduzierte.<sup>18</sup>

Während sich Holzer anfangs gegen die auf strikte Liquiditätssicherung orientierten Wiener Gesellschafter stellte, lenkte er bald ein und setzte in der Folge selbst auf Personalabbau und Reorganisation in seinem Wirkungsbereich. Dabei war er sich aber der Problematik bewusst, dass „nicht im Abbau der Filialen und ihrer Unkosten das Heil liegt, sondern im Niederdrücken der Unkosten, verbunden mit einer gesteigerten gewinnbringenden Tätigkeit. Wir sehen das Ziel, es ist aber nicht leicht zu erreichen, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlen.“<sup>19</sup> Die Maßnahmen, die er in den nächsten Jahren setzte, nämlich Personalreduzierungen, Mobilitätssteigerung von leitenden Mitarbeiter, Auflösung der Verwaltungsebene „Gruppenleitungen“, Abbau von Filialen und Beteiligungen, Erzielung der Kostenwahrheit im Verhältnis von Zentrale und Filialen, gleichzeitige Kosteneinsparungen in der Zentrale, zielten auf eine Erhöhung der Schlagkraft des Unternehmens. Holzer wies

<sup>18</sup> Matis/Stiefel, Schenker, S. 275.

<sup>19</sup> SA, Karton Berlin, M. Holzer an E. Karpeles-Schenker v. 30. 9. 1924.

allerdings gegenüber seinen Wiener Partnern auch darauf hin, dass die größten Verluste nicht die neu hinzugekommenen, sondern größtenteils die alteingesessenen Filialen verursachten. Wichtig war, dass die Berliner Zentrale dabei den Überblick bewahrte. Über sie lief die zentrale Finanzverwaltung und Liquiditätsbereitstellung, der Nachrichtenverkehr, die Versorgung mit aktuellen Tarifauskünften sowie die Beratung und Prozessführung in Rechtsangelegenheiten. Holzer verfolgte auch hier eine klare Linie: Weil ihm die Wiener Gesellschafter die wiederholt in Aussicht gestellte Stellung im Gesamtkonzern nicht zugestehen wollten, versuchte er zumindest den deutschen Konzern unter seine alleinige Kontrolle zu bringen. Dabei überschritt er mehrfach seine Kompetenzen, wenn er z. B. Kredite aufnahm, Filialen gründete oder Beteiligungen einging, ohne vorher die Wiener Gesellschafter damit zu befassen, wie dies laut Gesellschaftsvertrag zwingend vorgeschrieben war.

Zur Lösung der Liquiditätsprobleme gelang Holzer 1925 ein weiterer Coup: Er benützte dabei die bestehenden guten geschäftlichen Verbindungen zur Deutschen Reichsbahn, für die Schenker & Co einer der bedeutendsten Kunden war. Holzer machte gegenüber der Reichsbahnverwaltung, die seit 1924 als selbständiges Unternehmen fungierte, den Vorschlag einer engeren Kooperation, indem die Firma Schenker & Co die Deutsche Reichsbahn im Ausland vertreten sollte. Um die Beteiligung der Reichsbahn anderen Speditoren gegenüber zu verschleiern, sollte die deutsche Verkehrs-Kredit-Bank ein mit lediglich 6% verzinster 15 Millionen RM-Darlehen mit zehn Jahren Laufzeit gewähren, das einerseits zur Tilgung bestehender Bankkredite und andererseits zur Finanzierung von Bahnfrachten diente. In diesen Vertrag waren zwangsläufig auch die Wiener Gesellschafter eingebunden, die nun laufend ihre bisher auch Holzer nicht zugänglichen Bilanzen der Verkehrs-Kredit-Bank in Berlin offenlegen mussten. Gekoppelt mit dem Darlehen der Bank war auch ein sog. „Werbevertrag“: Über die Schenker-Filialen wurde gemeinsam mit der Reichsbahn ein Informationssystem über die Verkehrs- und Güterströme installiert. Auch über die von Schenker & Co und der Reichsbahn zwecks Zusammenarbeit und Kontrolle geschaffenen neuen beiden Gremien des Finanz- und des Verkehrsausschusses bestand eine institutionalisierte Kommunikation zwischen den beiden Partnern. Die Eisenbahn befand sich damals in einem Verdrängungswettbewerb gegenüber dem Automobil und sah in der größten deutschen Spedition mit ihrer flächendeckenden Organisation von Stützpunkten und Lagerhallen einen wichtigen Partner zur Sicherung ihrer Stellung. Die Bahn hatte erkannt, dass sie sich angesichts der Konkurrenz der Straße nicht nur auf die Rolle als Frachtführer von Station zu Station beschränken konnte, sondern dass es in Zukunft darauf ankommen würde, die Güter quasi von „Haus zu Haus in einer Hand“ befördern zu können.

Marcel Holzer, der stets darauf hingewiesen hatte, dass eine finanzielle Einbindung der Reichsbahn im Falle des Bestehens einer Schenker & Co Aktiengesellschaft viel leichter möglich gewesen wäre, hatte damit einen weiteren Schritt gesetzt, der seine Position im Gesamtkonzern stärkte. Der Wiener Gruppe, deren Ziel es war, die Stellung eines selbständigen Familienunternehmens beizubehalten, wurden damit zugleich wesentliche Entscheidungsmöglichkeiten entzogen. Es erwies sich dann allerdings während der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre, dass das Liquiditätsproblem auch mit dem besagten Darlehensvertrag von 1925 nicht nachhaltig bereinigt werden konnte; das Darlehen hatte den Speditionskonzern zwar wieder finanziell mobil gemacht, aber das Fremdkapital lastete schwer auf dem Unternehmen. Es stellte sich somit wiederum die Frage, ob man an die Gründung einer gemeinsamen großen Schenker AG unter Beteiligung der Finanzwelt denken sollte – ein Plan, den allerdings die Wiener Familiengesellschafter nach wie vor strikt ablehnten.

Die Partnerschaft der Deutschen Reichsbahn mit der größten deutschen Spedition wurde im Februar 1931 durch einen Kaufvertrag, der allerdings bis 1938 geheim gehalten wurde, und einen sog. „Bahnspeditionsvertrag“ vertieft, der auch für die Öffentlichkeit die Funktion der Firma Schenker festlegte. Mit diesem sog. „Schenker-Vertrag“ wurde die mit einem Kapital von 5 Millionen RM ausgestattete „Deutsche Bahnspedition Schenker & Co GmbH“ zur „Verkehrsagentur der Deutschen Reichsbahn Gesellschaft für den Güterdienst für das gesamte Deutsche Reich“ bestellt, die den Auftrag hatte, „die Güterverkehrskosten der deutschen Wirtschaft herabzumindern, die zweckmäßige Zusammenarbeit von Schiene und Landverkehrsmitteln zu fördern, und für den Güterverkehr der Reichsbahn zu werben.“<sup>20</sup> Damit erhielt die Spedition Schenker & Co das exklusive Recht, den Straßen-Güterverkehr im Vor- und Nachlauf des Eisenbahntransportes zu organisieren. Dabei konnte Schenker dieses Recht vor Ort auch an andere Speditionen abtreten, soweit diese sich verpflichteten, keinen Güterfernverkehr zu betreiben und den Transport zu von der Bahn festgelegten Tarifen abzuwickeln. Die Öffentlichkeit war von diesem Pakt, der von der Konkurrenz der anderen Spediteure und Rollfuhrdienste offen als „Monopolvertrag“ kritisiert wurde, weniger angetan als sein Mitinitiator Marcel Holzer, der in diesem Vertrag die Krönung seiner expansiven Geschäftspolitik erblickte und dem auf zehn Jahre die Leitung der Bahnspedition GmbH vertraglich zugesichert wurde. Der Widerstand gegen den Vertrag führte allerdings 1931 zu einem „Gesetz betreffend den Überlandverkehr mit Kraftfahrzeugen“, das im Wege einer

---

20 Matis/Stiefel, Schenker, S. 323.

Notverordnung in Kraft gesetzt wurde. Es beinhaltete eine Wettbewerbsregelung zwischen Schiene und Straße, wonach künftig die gewerblichen Autotransporte behördlich konzessioniert wurden und die Transportsätze unter fünfzig Kilometern einem durch das Verkehrsministerium festgesetzten Tarif unterlagen, damit der Preiswettbewerb zwischen den beiden Verkehrsträgern neutralisiert werden konnte.

Im Kaufvertrag von 1931 mit der deutschen Verkehrs-Kredit-Bank in Berlin, der wie gesagt vor der Öffentlichkeit strikt geheim gehalten wurde, sicherte sich die Reichsbahn „unmittelbaren Einfluss auf den gesamten Güterverkehr“; als Kaufpreis wurden 24,9 Millionen RM vereinbart, wobei die 1925 gewährte Darlehenssumme von 17 Millionen RM vom Kaufpreis abgezogen wurde. Allerdings stellte sich dann bei der unabhängigen Prüfung der Konzernbilanz 1932/33 durch die von der Reichsbahn zur Unternehmensbewertung herangezogene Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft AG heraus, dass Schenker & Co bereits seit 1924 mit Verlust bilanzierte. Nach Richtigstellung von sämtlichen Überbewertungen, unterlassenen Rückstellungen und verdeckten Verlusten in Form von Debitoren-Buchungen sowie unterlassenen Kreditoren-Buchungen ergab sich vielmehr anstatt eines bisher ausgewiesenen Sachvermögens von 12,6 Millionen RM ein Fehlbetrag von 10 Millionen RM. Auch wurde klar, dass man schon bei der Darlehensgewährung im Jahre 1925 offenkundig von falschen Zahlen ausgegangen war, und bereits damals eine starke Überschuldung vorhanden war.<sup>21</sup>

Die Frage nach der Verantwortung und den daraus erwachsenden Konsequenzen war dennoch nicht so einfach: Im November 1931 war nämlich der Seniorchef der Firma Schenker Emil Karpeles-Schenker verstorben, obwohl Holzer das treibende Element gewesen war, erschien es schon deshalb nicht opportun, gegen ihn direkt vorzugehen, weil man dann auch den am Zustandekommen des Vertrages beteiligten Vertretern der Reichsbahn und der Verkehrs-Kredit-Bank zumindest große Fahrlässigkeit hätte vorwerfen müssen. Auch außenpolitisch war die Situation heikel, diente doch die Reichsbahn als Besicherung der deutschen Reparationsleistungen an die Siegermächte. Man stellte daher 1932 Holzer einen Vertrauensmann der Reichsbahn, nämlich Ministerialrat Dr. Erich Katter vom Verkehrsministerium, in der Geschäftsleitung der Bahnspeditionsgesellschaft an die Seite. Dieser zog bald das Resümee aus dem Deal: „Der gerissene Holzer – ein guter Spediteur – hatte es verstanden, der Reichsbahn den verschuldeten Schenkerbetrieb aufzuschwatzen. Der die Finanzen zunächst bearbeitende Wiener Angestellte gab zu, die Bilanz und zwar mit Wissen und Wollen der früheren Eigentümer, also auch

---

21 Matis/Stiefel, Schenker, S. 330f.

Holzer, gefälscht zu haben. Von Holzer war kein finanzieller Ersatz zu bekommen. Von den früheren Wiener Eigentümern ebenfalls nicht. Außerdem der Eindruck im In- und Ausland, wenn wir bekannt gegeben hätten, dass wir bei dem an sich geheim gehaltenen Ankauf von Schenker derartig über das Ohr gehauen wurden.<sup>22</sup> Strikte Geheimhaltung in dieser Sache war nicht nur wegen des sonst zu befürchtenden Protestes der anderen Spediteure, sondern auch wegen der zuvor erwähnten mit dem Vertrag verbundenen politischen Implikationen angebracht. Aus Zwecken der Tarnung wurden die Vorbesitzer als treuhänderische Inhaber weitergeführt, allerdings wurde der Schwerpunkt des Konzerns in eine neu geschaffene Firmen-Zentrale in Berlin verlagert. Auch in der 1932 anlässlich des 60jährigen Firmen-Jubiläums herausgegebene Festschrift der Firma Schenker & Co führte man die einmal eingeschlagene Verschleierungstaktik weiter und hielt an der formalen Selbständigkeit des Wiener Hauses und an dessen Konstruktion als traditionsreiches Familienunternehmen fest.

Damit hatte es den Anschein, als habe damit alles seinen guten Ausgang genommen: Die Angehörigen der Wiener Gründerfamilien konnten auf diese Weise wenigstens einen Teil ihres Vermögens retten und weiterhin recht gut bezahlte Positionen in der Unternehmensleitung einnehmen, wenngleich ihre Machtbefugnisse an Berlin, und damit an Marcel Holzer übergegangen waren. Dieser hatte sich als der allein verantwortliche Firmenchef durchgesetzt und noch dazu mit der Reichsbahn den nötigen finanziellen Rückhalt für seine expansive Unternehmenspolitik gewonnen. Obwohl die Reichsbahn auch in den folgenden Jahren etliche Verluste abdecken musste, wurde das Unternehmen so umgestaltet, dass es Mitte der Dreißigerjahre den *Turn-around* schaffte und wiederum in die Gewinnzone gelangte. Die Deutsche Reichsbahn hatte zwar einen verschuldeten Konzern zu einem weit überhöhten Kaufpreis übernommen, aber sich umgekehrt mit der Übernahme der größten deutschen Speditionsunternehmung ein wichtiges Instrument im Konkurrenzkampf Schiene-Straße gesichert. Das Ende der Weimarer Republik und die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland schuf allerdings bereits ab 30. Jänner 1933 eine völlig veränderte Situation.

Holzer hatte sich mit seiner aggressiven Fusions- und Beteiligungsstrategie viele Feinde gemacht, die nun ihre Stunde gekommen sahen. Vor allem machte man Holzer sein Vorgehen im Zusammenhang mit der BEHALA zum Vorwurf, ein Thema, das die Nationalsozialisten schon vor ihrer Machtübernahme zum Anlass für eine bösartige Hetzkampagne in der Öffentlichkeit genommen hatten. Sobald sie dazu die Macht hatten, lösten sie daher am

---

22 SA, Karton Berlin, Dr. Katter an Kohlhammer, München, v. 15. 10. 1967.

15. Juli 1933 rückwirkend mit 1. Jänner den BEHALA-Vertrag auf, und Holzer wurde unter der Anklage einer Bestechung eines Amtsträgers am 10. April 1933 verhaftet. Es handelte sich bei letzterem um den früheren Berliner Stadtrat Wilhelm Schüning, der seinerzeit die Übernahmeverhandlungen mit dem Busch-Schenker-Konsortium wegen der Privatisierung des Berliner Hafens geführt hatte. Er war bald nach Abschluss des Vertrages aus den Diensten der Stadt Berlin geschieden und anschließend neuer Generaldirektor der Berliner Hafen und Lagerhaus AG geworden. Wenngleich er als erstklassiger Fachmann alle Voraussetzungen für diese neue Funktion erfüllte, hatte das Ganze tatsächlich einen üblen Beigeschmack und leistete allen möglichen Verdächtigungen und Korruptionsvorwürfen Vorschub. Ex-Stadtrat Wilhelm Schüning nahm sich schließlich wegen der massiven und ehrenrührigen Presseanfeindungen gegenüber seiner Person im November 1931 das Leben.<sup>23</sup> Der Staatsanwalt stellte allerdings das Verfahren gegen Holzer noch im Mai 1933 ein, dennoch wurde Holzer weiterhin mehr als ein halbes Jahr „in Schutzhaft“ belassen. Erst im Oktober 1933 wurde Holzer, der bereits mit 31. Juli dieses Jahres seine Berliner Geschäftsführertätigkeit „in freundschaftlichem Einvernehmen mit den beteiligten Gesellschaftern“ zurückgelegt hatte, aus der Haft entlassen. Die frühe Bedrohung durch die Nationalsozialisten hatte Holzer allerdings jede Illusion über die weitere Entwicklung in Deutschland genommen.<sup>24</sup>

Es ist wohl eine Ironie der Geschichte, dass letztlich diese frühe Verhaftung im Frühjahr 1933 Marcel Holzer möglicherweise das Leben rettete: Er konnte noch gegen Jahresende 1933 in die Vereinigten Staaten emigrieren. Sobald er dort einigermaßen Fuß gefasst hatte, reichte er gegen seine einstige Firma Schenker & Co eine Klage ein: Die mittlerweile von den Nazis „gleichgeschaltete“ Reichsbahn<sup>25</sup> hatte ja mit Holzer 1931 einen Vertrag als Generaldirektor der Schenker-Unternehmungen auf zehn Jahre abgeschlossen, wovon er zum Zeitpunkt seiner Verhaftung allerdings erst zwei Jahre erfüllt hatte. Dieser Vertrag wurde aber durch die Reichsbahn nunmehr aufgrund des so genannten „Gesetzes zur Wiederherstellung der Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 aufgekündigt, wonach „Nichtarier“ aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen waren, was aufgrund von § 1 (4) dieses Gesetzes auch für im Einfluss der öffentlichen Hand stehende Privatunternehmen wie die explizit aufgeführten Betriebe Reichsbank und Reichsbahn Anwendung finden sollte. Die Reichsbahndirektion erteilte deshalb der Firma Schenker & Co

---

23 SA, Ausschnitt aus Vossische Zeitung v. 10. 4. 1933.

24 Matis/Stiefel, Schenker, S. 339f.

25 Vgl. Alfred C. Mierzejewski, *The Most Valuable Asset of the Reich. A History of the German National Railway Volume 2: 1933–1945*, Chapel Hill 2000.

eine Weisung, dieses Gesetz auch im Falle ihres einstigen Generaldirektors anzuwenden. Daraufhin klagte Holzer im Jänner 1938 die ihm vertraglich zugesicherten Gehaltszahlungen und Erfolgsvergütungen beim *Supreme Court of the State of New York* zwecks Schadloshaltung ein. Er konnte dem Argument der Gegenseite, es handle sich ja bloß um die Anwendung deutschen Rechts entgegenhalten, dass das fragliche Gesetz wegen seiner rassistischen Diskriminierung sämtlichen Gepflogenheiten der zivilisierten Welt und damit auch der *Public Policy* der Vereinigten Staaten zuwiderlaufe. Mittlerweile waren ja in Deutschland am 15. September 1935 die sog. „Nürnberger Rassengesetze“ (Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und „Reichsbürgergesetz“) erlassen worden, so dass man sich seither der diskriminierenden „Rassenpolitik“ und der Menschenrechtsverletzungen in Deutschland auch im Ausland voll bewusst sein musste.

Aus dem Fall „Holzer versus Deutsche Reichsbahn“ entstand schließlich ein Rechtsfall, der heute noch im amerikanischen rechtswissenschaftlichen Diskurs, in dem das *Case Law* eine enorm wichtige Rolle spielt, unter dem Aspekt eines *Conflict of Laws* abgehandelt wird. In der ersten Instanz strebte Richter William T. Collins, der das Vorgehen der deutschen Behörden als „gegen alle üblichen Vorstellungen von Gerechtigkeit, Freiheit und Moral“ qualifizierte, zunächst einen Vergleich an; die Gegenseite ging aber in die Berufung.<sup>26</sup> Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang die Begründung des amerikanischen Richters: „We are not at the moment concerned with the conscience of Germany, but with our own. We are but applying our public policy to an action pending here because the policy of Germany so shockingly conflicts with ours.”

Auf das Geheiß des Reichsverkehrsministers, keinen Vergleich anzunehmen, gingen die Widersacher Holzers „wegen der beleidigend wirkenden Begründung“ gegen die erstinstanzliche Entscheidung in die Berufung, wurden jedoch in zweiter Instanz ebenfalls abgewiesen. Nachdem die Firma Schenker & Co in New York seit vielen Jahren eine Niederlassung besaß und somit in den Vereinigten Staaten auch über eigenes Vermögen verfügte, konnte ein amerikanisches Gericht jederzeit darauf zugreifen, was natürlich Holzers Position stärkte. Man ging dennoch seitens der Reichsbahn „im Hinblick auf die Bedeutung eines dort gefällten Spruches für die gesamte amerikanische Rechtsprechung in gleich gelegenen Fällen“ in die nächste Instanz, nämlich an den Appellationsgerichtshof des Staates New York in Albany. In Deutschland befasste sich schließlich selbst die „Stabsstelle des Führers“ in der Partei-Kanzlei der NSDAP mit der Angelegenheit und schloss zunächst eben-

---

26 Court of Appeals, 277 NY 474, 1938, Holzer vs. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft.

falls einen Vergleich aus. Der Appellationsgerichtshof in Albany hielt zwar fest, dass die fraglichen deutschen Gesetze nicht als Verletzung des amerikanischen *Public Law* qualifiziert würden, weil sich die Vereinigten Staaten grundsätzlich nicht in die Gesetzgebung anderer Staaten einmischen würden, dass aber Holzers Ansprüche auf die ausständigen Gehaltsfortzahlungen zu Recht bestünden, weil er seinen Dienst ja nicht aus eigenem Verschulden nicht weiter ausgeübt habe. Damit war die Entscheidung aber bloß hinausgeschoben, denn Holzer hätte eine Wiedereröffnung des Verfahrens in diesem einen Punkt anstreben müssen. Erstaunlicher Weise entschloss sich aber die deutsche Seite, übrigens mit Zustimmung der Stabsstelle des Führers, zwecks Befriedigung des zivilrechtlichen Anspruchs von Holzer nun doch zu einem Vergleich, weil man damit einer „Wiederaufnahme des Verfahrens und der Wiederaufrollung der (Anlass zu anti-deutscher Hetze gebenden) Rassen-gesetzgebung“ vorbeugen wollte.<sup>27</sup> Der rechtliche Vertreter der Reichsbahn in den Vereinigten Staaten wurde daher auf Anweisung von Berlin Ende 1938 beauftragt, an Marcel Holzer schließlich 100.000 Goldmark auszubezahlen – ein Betrag, der angesichts der strikten Devisenbewirtschaftung des Hitler-Regimes beachtlich hoch war.<sup>28</sup> Damit hatte Marcel Holzer selbst gegen das „Dritte Reich“ einen Sieg errungen.

---

27 Helmut Heiber (Hrsg.), Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, Rekonstruktion eines verlorengangenen Bestandes: Regesten, München 1983, Nr. 12210, S. 258.

28 SA, Karton Berlin, Aktennotiz Angelegenheit Holzer vs. Zentralleitung, Geschäftsführung Berlin v. 4. 10. 1949; Matis-Stiefel, Schenker, S. 340.

**„Selbstverständlich ... habe ich *niemals* etwas kriminell  
Belastendes gewusst“.**

**Josef Schumpeter und die Industriegruppe von Rudolf  
M. Braun-Stammfest nach dem Ersten Weltkrieg**

Andreas Resch

In einer Studie über die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg hat Peter Berger herausgearbeitet, dass diese Phase für Bürgertum und Unternehmerschaft in Österreich durchaus ambivalente Rahmenbedingungen bot.<sup>1</sup> Zum einen erlebten traditionelle bürgerliche Eliten die Umbruchszeit nach dem großen Krieg als Phase des Niederganges einer vertrauten Welt,<sup>2</sup> die gekennzeichnet war vom Ende des Kaisertums, von Reallohnverlusten der Beamten-Elite sowie von schweren Vermögenseinbußen besitzender Schichten. Insbesondere Rentiers, die von Zinshäusern oder Erspartem lebten, verarmten durch Mieterschutz, Hyperinflation und Entwertung der Staatsschulden. Zum anderen bot die Umbruchsphase Chancen für tatkräftige Entrepreneurs. Es taten sich Möglichkeiten auf, innovative Neugründungen zu etablieren, die den geänderten Rahmenbedingungen gerecht wurden, sowie die Volatilität der Preise, Währungskurse und politischen Umstände für vielfältige Spekulationsgeschäfte zu nutzen. Berger hebt hervor, dass davon insbesondere Innovatoren im Sinne der Konzeption des Ökonomen Josef (später Joseph A.) Schumpeter zu profitieren vermochten, welche ja generell durch tatkräftiges Entrepreneurship für eine periodische Verjüngung und Vitalisierung des Bürgertums sorgen.<sup>3</sup> In diesem Sinne gilt Schumpeter bis heute als „Prophet of Innovation“<sup>4</sup>,

---

1 Peter Berger, Zur Situation des österreichischen Bürgertums nach dem Ersten Weltkrieg. Tatsachen und Legenden, in: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Das Werden der Ersten Republik. ... der Rest ist Österreich, Band II, Wien 2008, 67–86.

2 Vgl. auch Peter Eigner, Spekulanten, „graue Eminenzen“ und der Untergang des Altwiener Patriziats. Thesen zum österreichischen Wirtschaftsbürgertum in der Zwischenkriegszeit, in: Karl Bachinger, Dieter Stiefel (Hrsg.), Auf Heller und Cent, Wien 2001, 345–370.

3 Vgl. Berger, Zur Situation, 70–72.

4 So der Titel der jüngsten Biographie über den Ökonomen, Thomas K. McCraw, Prophet

welcher in seinen Werken prominent die Bedeutung innovativer Unternehmer für die wirtschaftliche Entwicklung<sup>5</sup> hervorhob.<sup>6</sup>

Unter den Bedingungen der Nachkriegszeit versuchte Schumpeter nicht nur theoretisch über die Bedeutung des Unternehmertums zu schreiben, sondern sich auch selber als Entrepreneur und Venture Financier zu bewähren. Nach einem (gescheiterten) Zwischenspiel als Finanzstaatssekretär im Jahr 1919 wurde er zum Bankdirektor und Mitbegründer der M. L. Biedermann Bank AG und zu einer führenden Persönlichkeit einer neu geschaffenen Industrie-Gruppe, als deren Gründer sein Schulkollege im Theresianum, Dr. Rudolf-Maria Braun-Stammfest auftrat. Beide Vorhaben sind bekanntlich letztlich gescheitert, und Schumpeter wandte sich ab der Mitte der 1920er Jahre wieder der wissenschaftlichen Tätigkeit zu. Bis in die 1930er Jahre hinein belastete ihn noch der Schuldenberg, der von seinen gescheiterten Entrepreneurship-Abenteuern herrührte.<sup>7</sup>

Auf diese Episoden wird in sämtlichen Schumpeter-Biographien eingegangen, doch sind die Darstellungen in vielen Details fehlerhaft und unvollständig,<sup>8</sup> weshalb es sich lohnt, dichte, auf der Auswertung von Pri-

---

of Innovation – Joseph Schumpeter and Creative Destruction, Cambridge, Mass., London 2007. Deutsche Ausgabe: Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie, Hamburg 2008.

- 5 Siehe dazu auch Karl Bachinger, Herbert Matis, *Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen*, Wien, Köln, Weimar 2009, 542–670.
- 6 Als umfassende Dokumentation zur Entwicklung des Oeuvres von Schumpeter siehe das Schumpeter Archiv von Ulrich Hedtke: [www.schumpeter.info/](http://www.schumpeter.info/).
- 7 Vgl. dazu McCraw, Joseph A. Schumpeter, 131–288; Wolfgang F. Stolper, Joseph Alois Schumpeter. *The Public Life of A Private Man*, Princeton, New Jersey 1994, 306–325; Richard Swedberg, Joseph A. Schumpeter. *Eine Biographie*, Stuttgart 1994, 71–126 (englischsprachige Originalfassung: Joseph A. Schumpeter. *His Life and Work*, Cambridge 1991); Robert Loring Allen, *Opening Doors. The Life and Work of Joseph Schumpeter, Volume One: Europe*, New Brunswick, London 1991, 161–275.
- 8 In den Biographien wird zum Beispiel behauptet, Schumpeter habe als vormaliger Finanzstaatssekretär eine Blanko-Konzession für eine beliebige Bankengründung gehabt (z.B. McCraw, Joseph A. Schumpeter, 132). In Wahrheit bestand zwar die Tradition, dass abtretende Finanzminister eine Bank gründen durften, Schumpeter musste aber mit den genehmigenden Behörden erheblich inhaltlich ringen, um schließlich die bereits bestehende private Biedermannbank in eine Aktienbank umwandeln zu dürfen. Vgl. dazu Andreas Resch, *Die M. L. Biedermann & Co. Bankaktiengesellschaft (1921–1927/31)*, in: Herbert Matis (Hg.), *Historische Betriebsanalyse und Unternehmer (Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Band 19)*, Wien 1997, 71–99. Des Weiteren werden in sämtlichen Biographien notorisch Namen wichtiger handelnder Personen falsch geschrieben. So wird zum Beispiel bei Stolper aus Braun-Stammfest ein Braun-Stammfels (Stolper, Joseph Alois Schumpeter, 321) und bei McCraw aus dem einflussreichen Finanzexperten Gottfried Kunwald ein Gottfried Kumwalt. (McCraw, Joseph A. Schumpeter, S. 629, Anm. 5). Bei Robert L. Allen scheint Rudolf Maria Braun-Stammfest als Richard M. Braun-

märquellene beruhende Darstellungen der jeweiligen geschäftlichen Entwicklungen zu erarbeiten. Für sein Bankprojekt wurde dies bereits im Artikel „Die M. L. Biedermann & Co. Bankaktiengesellschaft (1921–1927/31)“<sup>9</sup>, verfasst vom Autor dieses Beitrages, geleistet. Im hier vorliegenden Text folgt eine detaillierte Chronik der Entwicklungen des Braun-Stammfest-Konzerns, mit dessen wirtschaftlichem Schicksal jenes von Schumpeter eng verknüpft war.

In den weiteren Ausführungen wird zuerst auf die Ausgangsbedingungen für die Industrieprojekte nach dem Ersten Weltkrieg eingegangen, danach die faktische Unternehmensgeschichte während der Inflationsjahre und der Zeit nach der Währungsstabilisierung rekonstruiert, ehe schließlich eine Darstellung des Zusammenbruchs im Jahr 1924 folgt.

### **Die Rahmenbedingungen für die Gründung des Braun-Stammfest-Konzerns nach dem Ersten Weltkrieg**

Der Erste Weltkrieg war bis zur kompletten ökonomischen Erschöpfung der Mittelmächte geführt worden. Infolge des Krieges wurde das Territorium der Habsburgermonarchie, das einen gemeinsamen Markt mit mehr als 50 Millionen Einwohnern gebildet hatte, auf sieben Staaten aufgeteilt, welche nunmehr versuchten, autark ihre wirtschaftliche Entwicklung weiter zu verfolgen. Dadurch wurden eingespielte Muster ökonomischer Beziehungen nachhaltig verändert. In den meisten Nachfolgestaaten der Monarchie trat infolge der Kriegswirtschaft und Nachkriegskrise eine Hyperinflation auf. In Österreich dauerte diese bis 1922 an und führte zu einer Devaluierung der Krone auf ein Vierzehntausendstel des Vorkriegswertes.

All diese Entwicklungen boten Raum für vielfältige Spekulationsgeschäfte auf Währungen und Preise von Sachwerten, aber auch Möglichkeiten, im Rahmen der neuen, kleinen Nationalstaaten an die veränderten Rahmenbedingungen angepasste unternehmerische Aktivitäten zu setzen.<sup>10</sup>

---

Stammfest auf (Allen, *Opening Doors*, Vol. One, 187), und der Autor verwechselt die Wiener Handelskreditbank mit der Wiener Kaufmannsbank (ebenda 188). Bei Swedberg bestehen die Ausführungen zu Schumpeters unternehmerischen Aktivitäten nur aus einer knappen Zusammenfassung der Darstellung in Allen, *Opening Doors*.

9 Resch, Biedermann, 71–99.

10 Diese Entwicklungen wurden detailliert untersucht in Peter-Robert Berger, *Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg. Wiederaufbau und Neuorientierung in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei 1918–1926*, zwei Bände, Wien 1982. Für einen knappen vergleichenden Überblick über Österreich, die Tschechoslowakei und Ungarn siehe auch Andreas Resch, *Under Pressure to Adapt: Corporate Business and New Order in Post-1918 Central Europe*, in: Günter Bischof, Fritz Plasser, Peter Berger (eds.), *From Empire to Republic: Post-World War I in Austria*, New Orleans, Innsbruck 2010, 336–369.

In diesem Umfeld sind auch Schumpeters Industrie- und Bankenprojekte zu sehen. Zum einen wandelte er 1921 in Kooperation mit der Anglo-Austrian Bank die private Biedermann-Bank in eine Bankaktiengesellschaft um, deren Präsident er wurde.<sup>11</sup> Diese sollte sich auf konservatives, „englisches“ Banking spezialisieren, wodurch sie aber die während der Hyperinflation bestehenden Chancen für diverse Spekulationsgeschäfte weitgehend verpasste und schmerzliche Substanzverluste erlitt. 1923 trachteten dann sowohl die Bank als auch Schumpeter als privater Investor, dem umfangreicher Kredit seitens der Bank zur Verfügung stand, spekulativ im Aktiengeschäft und Devisengeschäft zu verdienen. Nachdem Anfang 1924 eine Spekulationsaktion gegen den Französischen Franc scheiterte, die Börsenkurse abstürzten und sich die Bindung umfangreicher Mittel in Aktien als schwere Last erwies, verlor Schumpeter seine Position als Bankpräsident. Unter neuer Führung, der u. a. Robert Schoeller (Präsident), Dr. Alfred Treichl und der bisherige Vizepräsident Dr. Gottfried Kunwald angehörten, folgten Sanierungsversuche der Biedermannbank, die jedoch zu weiteren Verlusten führten. Auch der Haupteigentümer der ursprünglichen Privatbank, Artur Klein, blieb bis zuletzt im Boot. Insbesondere Geschäfte mit der New Yorker Firma Morgan, Livermore & Co. rissen das Institut schließlich endgültig in den Abgrund. In einer am 31. Dezember 1926 abgehaltenen Generalversammlung wurde die Liquidation beschlossen. Im Zuge der Abwicklung musste die Bankleitung noch erhebliche private Mittel nachschießen.<sup>12</sup>

Neben seinem Bankabenteuer war Schumpeter auch eng mit der Entwicklung des Industriekonzerns von Rudolf Maria Braun-Stammfest verbunden, dessen Geschichte im Fokus dieses Beitrages steht.

### **1920–1922: Gründung des Braun-Stammfest-Konzerns in der Inflationsära**

Als erstes Industrieprojekt von Braun-Stammfest, Schumpeter und Konsorten begann sich bereits im Jahr 1920 die Gründung einer Porzellanfabrik zu konkretisieren. Dabei beschränkten sie einen unkonventionellen, unbürokratischen Weg, um Beteiligungskapital für das Vorhaben einzusammeln. Im Dezember formierte sich ein Proponentenkomitee, das Interimsscheine auf eine erst zu gründende Aktiengesellschaft im Ausmaß von 125 Millionen Kronen (gestückelt in Anteilsscheine à 200 Kronen) verkaufte. Man versprach den Zeichnern, das Geld umgehend zu investieren und so vor der galoppierenden

---

11 Siehe dazu Resch, Biedermann, 75.

12 Vgl. dazu auch Heinrich Treichl, *Fast ein Jahrhundert. Erinnerungen*, Wien 2003, 34–36.

Inflation zu bewahren. Erst später, wenn das Projekt bereits etabliert wäre, sollte die bürokratische Prozedur der Gründung einer Aktiengesellschaft vollzogen werden, wobei die Interimsscheine eins zu eins in Aktien umgewandelt würden. Schumpeter trat in das Gründungssyndikat ein und zeichnete nach eigenen Angaben 5000 Aktien, für die er das Geld einzahlte und die entsprechenden Interimsscheine erhielt.<sup>13</sup> Die Investoren erwarben im März 1921 eine Liegenschaft in Lichtenegg bei Wels (Oberösterreich) um 18 Millionen Kronen und begannen mit dem Ausbau für die Fabrikationszwecke.<sup>14</sup> Das Proponentenkomitee hatte insbesondere auch erfolgreich Investoren aus der Region angesprochen.

Im November 1921 brachten die Gründer schließlich beim Bundesministerium für Inneres und Unterricht den Antrag um Genehmigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Oberösterreichische Porzellan-Industrie A.G.“ (weiterhin: „Porzellan“) ein. Als Firmensitz wurde die Büroadresse von Braun-Stammfest in Wien angegeben, so wie auch bei sämtlichen späteren Gründungen der Gruppe. Als Antragsteller fungierten Julius Hochapfel, Direktor der Bank- und Wechselstuben A.G. „Mercur“, in Wien ..., Dr. Joseph Schumpeter, o.ö. Universitätsprofessor ..., [Staatssekretär a. D.] Hans Zerdik, Ingenieur in Wien ..., Dr. Max Borovy, Verwaltungsrat in Wien ..., Franz Haller, Direktor in Wien ..., Ignaz Proksch, Direktor in Wien ..., Dr. Gustav Neukirchen, Rechtsanwaltsanwärter in Wien ..., und Dr. R. M. Braun-Stammfest, Rechtsanwalt in Wien.<sup>15</sup> Die Antragsteller führten aus, dass in Österreich „bei dem politisch und wirtschaftlich so sehr gedrosselten Verkehr mit dem Auslande“ und insbesondere, „wenn der unserem Staate aufgezwungene Ausbau der Wasserkräfte aus dem derzeitigen Stadium der Projekte in effektive Durchführung getreten sein wird“ eine lebhaftere Nachfrage nach Porzellanartikeln zu erwarten sei. Man plante „die Erzeugung von Handelsartikeln aus Porzellan, namentlich aber die Produktion von elektrotechnischen Porzellanartikeln (Isolierporzellan); des Weiteren wird auch die Herstellung von gewöhnlichem Haushaltsporzellan in Aussicht genommen.“ Als Fabrikstandort wählte man Oberösterreich, weil dort die Versorgung mit Kaolin aus dem naheliegenden Ausland (Bayern, Böhmen) sowie potenziell sogar aus inländischen Vorkommen (Schwertberg im Mühlviertel) als möglich erschien und dort Arbeitskräfte kostengünstig engagiert und untergebracht wer-

13 Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Landesgericht (Lg.) f. Strafsachen, Karton 731, Vr XXIII, 5603/24, 1. Teil, Vernehmung des Beschuldigten Josef Schumpeter, 511v.

14 WStLA, Lg. f. Strafsachen, Karton 732, Vr XXIII, 5603/24, 2. Teil, Anklageschrift vom 10. 3. 1928, 1451v.

15 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Bundesministerium für Inneres und Unterricht (BmIuU), GZ 205.983/21, Schreiben von Julius Hochapfel u. a. an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht, eingelangt am 21. November 1921.

den konnten. Neben dem Inland plante man auch die Exportmärkte Italien, Jugoslawien sowie den gesamten Balkan zu beliefern, wobei man auf Frachtkostenvorteile gegenüber der deutschen und tschechoslowakischen Konkurrenz setzte. Das Gesellschaftskapital war mit 125 Millionen Kronen vorgesehen, gestückelt in 625.000 Aktien mit einem Nominalwert von 200 Kronen.<sup>16</sup>

Aus rechtlichen Gründen musste eine Bargründung vorgenommen werden. Man konnte also nicht einfach die Erwerbungen des Proponentenkomitees einbringen und die Interimsscheine in Aktien umtauschen, sondern die Aktien mussten zuerst gegen Bareinzahlung emittiert und danach durch die einzubringenden Vermögenswerte abgelöst werden, was einen vorübergehenden doppelten Finanzierungsbedarf zur Folge hatte. Dafür musste Braun-Stammfest eine zusätzliche Fremdfinanzierung in Anspruch nehmen, was sich als spürbarer Kostenfaktor erwies. Dem Genehmigungsantrag an das Innenministerium waren neben den Unternehmensstatuten eine Liste der Aktienzeichner und die (formellen) Aktienzeichnungen im Original beigelegt. Als Aktionäre schienen einige Angehörige des Gründungskomitees auf, z. B. Julius Hochapfel, Direktor der Mercur-Bank, Joseph Schumpeter, Hans Zerdik, Max Borovy (ehemaliger Prokurist bei der Spedition Schenker) und der mit der Buchhaltung der Braun-Stammfestschen Unternehmungen beauftragte Generaldirektor Franz Haller. Des Weiteren hielten die Ehefrau des Gründers, Rose Braun-Stammfest, der Industrielle Fritz Materna, der Kaufmann Robert Proksch, der rumänische Finanziers Cazimir Benescu, Theodor Deleanu, Grigorie Filitti und Leonide Iliescu sowie Prinz Eugen zu Oettingen-Wallerstein und der Ingenieur Louis Ostertag aus Bayern Pakete mit 18.000 bis 45.000 Stück Aktien.<sup>17</sup>

Das Innenministerium genehmigte umgehend die Errichtung der Gesellschaft, und die konstituierende Generalversammlung fand am 18. Februar 1922 statt. Braun-Stammfest übernahm die Stelle des Verwaltungsratspräsidenten, und Schumpeter gehörte dem Gremium als einfaches Mitglied an. Als weitere Verwaltungsräte schienen Julius Hochapfel, Hans Zerdik, Franz Haller, Ignaz Proksch, Dr. Max Borovy, Dr. Gustav Neukirchen, Dr. Viktor Braun, Dr. Franz Czermak (Rohrbach), Hans Dumreicher, Josef Haller, Friedrich Jaentsch (Wels), Fritz Materna, Dr. Karl Noé-Nordberg, Ignaz Patak, Clemens Walzel (Enns), Dr. Karl Wessely und Dr. Friedrich Ziegelmayr auf.<sup>18</sup>

Die Bauarbeiten in der von den Gründern erworbenen Fabriksrealität gingen angesichts der sich bis Oktober 1922 beschleunigenden Inflation verzögert und verteuert voran. Die technische Leitung oblag Ing. Friedrich Jaentsch, der zuvor in einem böhmischen Kaolinwerk gearbeitet hatte und

---

16 Ebenda.

17 ÖStA, BmIuU, GZ 205.983, Liste der Aktionäre.

18 Compass 1923, 597; 1924, 676.

dem auch die Konzeption der weiteren von der Gruppe gegründeten Fabriken oblag.<sup>19</sup> Braun-Stammfest stellte dem Unternehmen eigene Mittel zu mäßigen Zinsen zur Verfügung, wobei er persönlich erhebliche Verluste erlitt.<sup>20</sup>

Bereits im November 1921 gab das Gründerkonsortium bekannt, dass der Betrieb der Porzellanfabrik aufgenommen worden sei, vorläufig jedoch nur mit einem konventionellen Brennofen. An der Inbetriebnahme des modernen Tunnelofens, der effiziente, kontinuierliche Erzeugung gestatten sollte, wurde noch gearbeitet. Die Gesellschaft gab an, es lägen bereits zahlreiche Aufträge vor, so dass „die Welser Fabrik ihre Öfen für die ersten Monate mit fixen Aufträgen besetzt hat.“ Zur Struktur der Teilhaber teilte man mit: „Das lebhafteste Interesse, welches sich für die Beteiligung an der Welser Porzellanfabrik in den weitesten Kreisen der Bevölkerung äußerte, ist ein Zeichen dafür, welche Zuversicht in die Prosperität des Unternehmens und seine weitere gesunde Entwicklung gesetzt wird.“<sup>21</sup>

Im Sommer 1922 konnte die reguläre Produktion einsetzen, die Fabrik „litt jedoch weiterhin an technischen Kinderkrankheiten, da der Tunnelofen ... oft nicht funktionierte und auch die kommerzielle Leitung zu wünschen übrig liess.“<sup>22</sup> Der technische Leiter, Ingenieur Jaentsch, hatte bereits für das erste Betriebsjahr der Porzellanfabrik erhebliche Gewinne in Aussicht gestellt, welche aber nicht erzielt werden konnten.<sup>23</sup>

Mit der Unterzeichnung der „Genfer Protokolle“ am 4. Oktober 1922 wurde in Österreich die Hyperinflation beendet, und es traten wieder kalkulierbare Rahmenbedingungen für die finanzielle Gestion ein. Daraufhin beschloss die Gesellschaft in einer außerordentlichen Generalversammlung am 17. Oktober 1922, die Fabriksrealität mitsamt den aufgelaufenen Schulden vom Gründerkomitee mit dem eingezahlten Aktienkapital von 125 Millionen Kronen zu erwerben<sup>24</sup>, und die Gründer übernahmen ihrerseits das gesamte Aktienpaket zum Nominalwert (125 Millionen Kronen).<sup>25</sup> Das heißt, die Inhaber der Interimsscheine erhielten dafür, dass sie die inzwischen angeschafften Vermögenswerte einbrachten, die Aktien al pari, den Finanziers der Bargründung mussten zumindest die Inflationsverluste seit Februar 1922

19 WStLA, Lg. f. Strafsachen, Karton 731, Vr XXIII, 5603/24, 1. Teil, Vernehmung des Beschuldigten Franz Haller, 545 v.

20 WStLA, Vernehmung Schumpeter, 511v.

21 Österreichischer Volkswirt, Jg. 14, Nr. 7, 12. November 1921, 163.

22 WStLA, Vernehmung Schumpeter, 512.

23 WStLA, Vernehmung Schumpeter 514i v; ebenda, Vernehmung des Beschuldigten Dr. Max Borovy, 517 und 521f.

24 ÖStA, BmluU, GZ 205.983/21, ZI 23.930/23, Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung am 17. Oktober 1922.

25 WStLA, Anklageschrift vom 10. 3. 1928, 1451v.

abgegolten werden, die sich im Laufe dieses Jahres auf mehr als 1000 Prozent belief. Die Aktien wurden laut Kursblatt exotischer Wertpapiere per ersten September 1922 mit 6000 Kronen bewertet, die marktmäßige Kapitalisierung der Gesellschaft belief sich somit bei 125 Millionen Nominalkapital auf 3,75 Milliarden Kronen. Damit ergab sich das Bild, dass die Wertsteigerungen der Beteiligungen bis dahin durchaus die Wirkung der Inflation wettgemacht hatten. Die finanzielle Lage war jedoch durch den Gründungserwerb und die laufenden Betriebsverluste äußerst angespannt und es mangelte von Beginn an an flüssigen Mitteln für den Weiterbau und Betrieb.

Um die Gründungskosten und die beim Fabriksbau aufgelaufenen Schulden tilgen zu können, beschloss die im Oktober 1922 abgehaltene a.o. Generalversammlung daher auch eine Kapitalerhöhung der Gesellschaft von 125 auf 250 Millionen Kronen. Das Innenministerium genehmigte die Emission der neuen Aktien zu einem Kurs von 4000 Kronen (à 200 Kronen Nominalwert) für bestehende Aktionäre und ein Emissionssyndikat, an dem u. a. Braun-Stammfest und Schumpeter beteiligt waren. Der Verkauf der 625.000 jungen Aktien muss dem Unternehmen bei dem angegebenen Emissionskurs 2,5 Milliarden Kronen zugeführt haben. Dies gestattete die Gründungskosten zu tragen und verschaffte auch im Hinblick auf die Schulden aus Baukosten und Betriebsverlusten eine Atempause, reichte jedoch nicht als nachhaltige finanzielle Grundlage für den weiteren Betrieb.

Nach außen hin erweckte das Unternehmen zu diesem Zeitpunkt einen durchaus vertrauenswürdigen Eindruck: Die Produktion war Mitte 1922 mit 300 Arbeitern in Gang und die Bilanz zum 31.12.1922 ließ eine Eigenkapitalquote von 55 Prozent erkennen. Neben dem Aktienkapital von 250 Millionen und einer Agioreserve von 2,15 Milliarden Kronen wies man Verbindlichkeiten von mehr als 1,95 Milliarden Kronen aus. Auf der Aktivseite waren das Werk samt Einrichtungen und Inventarien mit rund 557 Millionen, die Warenvorräte mit 1,07 Milliarden Kronen bewertet. Daneben schienen u. a. „Depositen“ im Ausmaß von 2,39 Milliarden Kronen auf.<sup>26</sup>

Am Standort Wels ging die Braun-Stammfest-Gruppe ab dem Frühjahr 1922, gerade als die Hyperinflation ihre höchste Intensität erreichte, daran, zwei weitere Betriebe zu errichten. Im Februar 1922 formierte sich ein Gründerkonsortium für eine Glasfabrik und im März folgte ein Konsortium zur Errichtung eines elektrotechnischen Betriebes, ebenfalls mit Fabrikationsstandort Wels. Auch in diesen Fällen wurden Interimsscheine im Nennwert des für die beiden Gesellschaften vorgesehenen Grundkapitals ausgegeben. Man trachtete wiederum, die Mittel rasch zu investieren, um sie vor der

---

26 Compass 1924, 676.

Geldentwertung zu bewahren. Schumpeter übernahm 250.000 Interimsscheine (3,125 %) der Glasfabrik.<sup>27</sup>

Im Zuge der Gründung traf man ein Abkommen mit den Eigentümern eines stillgelegten Brikettwerkes, das sich in Wels auf dem Areal einer ehemaligen Kaserne mit Eisenbahnanschluss befand. Die Liegenschaft gehörte dem Bauunternehmen N. Rella & Neffe, welches in den Verhandlungen von den Direktoren Alfred Landesberger und Ing. Ludwig Paul Roth repräsentiert wurde. Die beiden Gruppen vereinbarten, dass entsprechende Betriebsareale mit den darauf befindlichen Baulichkeiten bis Ende Mai 1922 dem Gründerkonsortium zu übergeben waren und dieses mit Bau- und Adaptierungsarbeiten bereits vor diesem Termin beginnen durfte. Als Entgelte für die Einbringung sollten die O.Ö. Brikettwerke Aktienpakete der neu zu errichtenden Gesellschaften erhalten, nämlich 275.000 Stück Aktien à 200 Kronen der Glasindustrie AG „Rudolfshütte“ und 75.000 Stück Aktien à 200 Kronen der O.Ö. Elektrotechnische Werke AG. Überdies sah das Gründerkonsortium in beiden Firmen drei Verwaltungsratsstellen für Repräsentanten der O.Ö. Brikettwerke vor.<sup>28</sup>

Die Bauarbeiten gingen jedoch nur stockend voran, nicht zuletzt, weil die vom Gründerkonsortium eingesammelten Geldmittel angesichts der galoppierenden Inflation sich sehr bald als unzureichend erwiesen.

Für das Elektrotechnik-Werk konnte das deutsche Unternehmen Elektrotechnische Fabrik Offenbach vormals Schröder & Co. als Technologiepartner gewonnen werden, der die Einrichtung liefern sowie eigene Neuerungen und Patente einbringen sollte. Außerdem war vorgesehen, dass die konzernzugehörige Porzellanfabrik Vormaterialien und Teile für die Erzeugung zuliefern sollte. Analog zur Marktanalyse für die Porzellanfabrik ging man auch für das Elektrotechnik-Werk davon aus, dass durch den Ausbau der Wasserkräfte und die voranschreitende Elektrifizierung mit einer rasch wachsenden Nachfrage nach Elektroinstallationsmaterialien, Schaltern etc. zu rechnen war.

Am 13. Juli 1922 stellten das deutsche Unternehmen und Braun-Stammfest gemeinsam beim Innenministerium den Antrag um Genehmigung zur Errichtung der OÖ Elektrotechnische Werke AG (weiterhin „Elektro“). Formell nahm man wieder eine Bargründung vor. Als Aktionäre wurden u. a. Braun-Stammfest (6 % des Stammkapitals), die Elektrotechnische Fabrik vorm. Schröder & Co. (12,5 %) und die OÖ Porzellan-Industrie AG (30 %) angegeben. Das Porzellanunternehmen hatte ja gerade im Herbst 1922 eine Kapi-

27 WStLA, Vernehmung Schumpeter 513 v.

28 ÖStA, BmluU, GZ 57.903/22, Zl. 2.147/23, Richtlinien für die Gründung der Aktiengesellschaften, und zwar: 1.) Glas-Industrie Aktien-Gesellschaft „Rudolfshütte“, 2.) Oberösterreichische Elektrotechnische Werke Aktien-Gesellschaft, 3.3.1922.

talerhöhung durchgeführt – offenbar wurden die dabei erzielten Mittel zum Teil für die Gründung der Elektro aufgewendet. Wohl nur als Zwischenfinanzierer der Bargründung bis zur Übernahme der Apports des Gründerkonsortiums schienen die Bankiers „Hoerner & Honsell, prot. Firma in Triest“ mit 30 Prozent des Grundkapitals von 200 Millionen Kronen auf.

Da zum Zeitpunkt, als die Gründung der Gesellschaft beantragt wurde, der Ausbau der Fabrik noch kaum vorangekommen war, behandelte das Innenministerium die Gründung erst einmal dilatorisch. Im November veranlasste die Behörde, „noch Erhebungen zu pflegen und das Ergebnis anher zu berichten.“<sup>29</sup> Erst gegen Jahresende wurde die Genehmigung erteilt, so dass die Aktiengesellschaft schließlich am 28. Dezember 1922 konstituiert werden konnte. Braun-Stammfest fungierte als Präsident des Verwaltungsrates, Gottfried Kunwald (Biedermann-Bank) als Vizepräsident. Dem Gremium gehörten außerdem Friedrich Arvay, Max Borovy, Ernst Boschan, Hermann F. Buseck (Frankfurt a. M.), Jakob H. Buseck (Frankfurt a. M.), Friedrich Groß, Franz Haller, Julius Hochapfel, Friedrich Jaentsch (Wels), Karl Krapf (Graz), Ernst Marquet, Alfred Landesberger, Ludwig Plautus, Ignaz Proksch, Paul Roth, Josef Schumpeter, Alfred Seiller, Josef Waltl (Wels), Karl Wessely, Oskar Wisinger, Hans Hall und Louis Ostertag (München) an.<sup>30</sup>

Erst nach der Währungsstabilisierung, im Oktober 1922, stellte das Konsortium auch einen Antrag um Genehmigung zur Errichtung der Glas-Industrie-Aktien-Gesellschaft „Rudolfshütte“ (weiterhin: „Glasindustrie“). Das Ansuchen wurde von Schumpeter, Hochapfel, Braun-Stammfest und einem neuen Konsorten namens Friedrich Mayer-Winterhalde eingebracht. Man argumentierte, dass die Glasindustrie der alten Monarchie vor allem in Böhmen ihren Sitz gehabt hatte, also in einer Region, die sich im nunmehrigen Zollaussland befand. Deshalb rechnete man mit guten Aussichten auf eine „ungeheure Nachfrage des Inlandes nach Glaswaren“. Man gab an: „Für die Betriebsführung der Glashütte steht ein erstklassiger Glasfachmann zur Verfügung, unter dessen Leitung der Bau der Fabrik erfolgt. Tüchtige Meister und Glasbläser werden aus Deutschland verpflichtet und ist die Beschaffung dieser qualifizierten Arbeiter umso leichter möglich, als sehr gute Beziehungen des Konsortiums zu deutschen Glasfabriken bestehen.“ Das Grundkapital sollte 1,6 Milliarden Kronen betragen. Als Aktionäre nannte man u. a.: Braun-Stammfest (18,75%), Schumpeter (1,25%), den Welser Industriellen Josef Waltl, der auch dem Gründerkonsortium angehörte (12,5%), Fritz

---

29 ÖStA, BmIU, GZ 40.558/22; Zl. 51.061/22, Oberösterreichische Elektrotechnische Werke Aktien-Gesellschaft in Wien. Errichtung.

30 Compass 1925, 1118.

Mayer-Winterhalde (25 %), Carl Fürst Oettingen-Wallerstein (17,5 %), sowie wieder Hoerner & Honsell, prot. Firma in Triest (17,5 %).<sup>31</sup>

Ungefähr zeitgleich mit der Antragstellung kamen jedoch Gerüchte auf, dass die Braun-Stammfestschen Gründungskonsortien unseriöse, womöglich illegale Geschäftspraktiken verfolgten, was zur Verzögerung der Gründungsgenehmigungen beitrug. Dem Innenministerium wurde ein Artikel in der „Börse“ über den Handel mit den Interimsscheinen hinterbracht. Dieses Blatt war berüchtigt dafür, sensationell aufgemachte Halb- und Unwahrheiten zu schreiben.<sup>32</sup> Aber auch im Ministerium hegte man ein tiefes Misstrauen gegen Gründungsprozeduren jenseits des vom Gesetzgeber vorgegebenen Weges, der vorsah, zuerst die Genehmigung für die Errichtung einer Aktiengesellschaft zu erlangen und eine volle Einzahlung auf die emittierten Anteile einzuholen, um danach unter Kontrolle der bereits errichteten Gesellschaft die erlösten Mittel in entsprechende Aktiva zu investieren.

Zwischen 1. Dezember 1922 und 23. Jänner 1923 sprachen Braun-Stammfest, sein Rechtsanwalt Dr. Max Stadler und der prominente Wirtschaftsjurist und Vizepräsident der Biedermann-Bank, Dr. Gottfried Kunwald, im Ministerium vor. Sie erklärten einhellig, dass die Gründerkonsortien an ihre jungen Unternehmen glaubten, daher die von ihnen übernommenen Interimsscheine hielten, während lediglich dritte Käufer diese zum Teil auf dem privaten Sekundärmarkt handelten, wo sie in der Tat während der Inflationsära starke Kurssteigerungen erzielten. Des Weiteren versicherten die Gründer, dass sie mit den eingesammelten Mitteln Investitionen vornahmen, die sie zu Eigenkosten in die Aktiengesellschaften einbringen würden, wodurch weder Käufer der Interimsscheine noch der Unternehmensaktien geschädigt, hingegen sämtliche Investoren vor den Wertverlusten durch die Inflation bewahrt würden. Nach Erhebungen der Wiener Polizei und der Bezirkshauptmannschaft Wels, die nichts wirklich Belastendes ergaben, befand man im Innenministerium, dass die von der Gruppe Braun-Stammfest gewählte Form der Finanzierung der Aktienge-

31 ÖStA, BmIU, GZ 57.903/22, Zl. 58.827/22, Joseph Schumpeter ... um Genehmigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Glas-Industrie-Aktien-Gesellschaft „Rudolfshütte““, eingelangt am 23. Oktober 1922.

32 Die „Börse“ gehörte zum Presseimperium von Emmerich Békessy, der auch die „Die Stunde“ und „Die Bühne“ herausgab. „Békessy wurde zum Inbegriff für unseriösen Sensationsjournalismus in Wien. Er schreckte auch vor Erpressungen mit angedrohten (wahren oder unwahren) Veröffentlichungen nicht zurück. Der Publizist Karl Kraus stellte sich mit dem Motto „Heraus aus Wien mit dem Schuft“ an die Spitze einer massiven öffentlichen Kampagne gegen Békessy, die schließlich erfolgreich war – 1926 musste er Wien verlassen.“ Andreas Resch, Das Geschäft mit Wort und Bild. Wirtschaftsgeschichte der Massenmedien und der Werbebranche in Wien, Wien, Berlin 2008, 35. Vgl. auch Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848–1959, Band I: Wien, Wien 1960, 188.

sellschaften „privatrechtlich möglich, vom Standpunkte der öffentlichen Interessen jedoch nicht unbedenklich sei, da sie gewissenloser Ausbeutung Tür und Tor öffnet.“ Man erachtete sie jedoch nicht als tatsächlich rechtswidrig und erklärte den Gründern mahnend, „dass solche Papiere“, da sie nicht verboten wurden, „im Vertrauen auf die Konzessionsbehörde erworben werden, woraus sich wohl wieder für diese die Pflicht ergibt, derartige Vorgänge genau zu überwachen, damit nicht auf dem von Dr. Braun-Stammfest betretenen ungewöhnlichen Wege jene Schädigungen entstehen, zu deren Abwehr das Konzessionssystem mit seiner ganzen schweren Rüstung eben gedacht ist.“<sup>33</sup>

Erst nach Abschluss dieser Erhebungen wurde die Genehmigung für die Errichtung der Glas-Industrie-Aktien-Gesellschaft „Rudolfshütte“ erteilt. Die konstituierende Generalversammlung fand am 22. Februar 1923 statt. Neben dem Präsidenten Braun-Stammfest gehörten dem Verwaltungsrat Richard Dworaczak, Julian Gečmen (Prag), Franz Haller, Obering. Friedrich Jaentsch (Wels), Karl Richer (Wels), Josef Walzl (Wels) und Alois Traut an.<sup>34</sup>

Die Listen der Verwaltungsräte der Braun-Stammfest-Gesellschaften zeigen, dass die Gründer durchaus erfolgreich nicht nur in Wien, sondern auch in den Bundesländern und in Deutschland Interessenten für die Firmen gefunden hatten.

Auch in der „Provinz“, aber nicht in Wels, sondern in Niederösterreich entstand ein Werk, das in seiner finanziellen Gestion ebenfalls in den Konzern eingebunden und auf diese Weise eng mit dem wirtschaftlichen Schicksal der Welser Werke verbunden war: die Hainfelder Metallurgische Werke und Maschinenfabriks AG (weiterhin: Metallurgische Werke). Dem Gründerkomitee, das sich Mitte 1921 formierte, gehörte Schumpeter in diesem Fall nicht an, doch erwarb er später auch Aktien dieser Gesellschaft und er versuchte sich aktiv in strategische Entscheidungen einzubringen.

Die Gründungsprozedur verlief in gleicher Manier wie bei den bisher dargestellten Unternehmen. Die Gründer akquirierten finanzielle Mittel gegen Interimsscheine, wobei sie insbesondere auch Investoren aus der Region ansprachen, und sie hatten bereits ein Fabriksobjekt für das Unternehmen im Auge. Unmittelbar nach Formierung des Gründerkomitees erwarb dieses im Juni 1921 vom Eigentümer, Ing. Schmied, die Maschinenfabrik der Firma Friedländer's und Ferd. Huffel's Nachf. Ing. J. Schmied in Hainfeld.<sup>35</sup>

Am 4. Jänner 1922 langte das Ansuchen um Genehmigung zur Errichtung der Hainfelder Metallurgische Werke und Maschinenfabriks A.G. beim Innenministerium ein. Als Antragsteller traten Dr. Gustav Fall, Präsident der

33 ÖStA, BmIuU, GZ 57.903/22/, ZI 2.147/23, Aktennotiz vom 12. Jänner 1923.

34 Compass 1924, 677.

35 Compass 1923, 719.

Generaldirektion der Südbahn-Gesellschaft in Wien, Dr. Max Borovy, Verwaltungsrat in Wien, Arthur Flusser, Großindustrieller in Hainfeld (Niederösterreich), Ignatz Patak, Direktor in Wien, Samuel Patak, Präsident der Sam. Patak A.G. in Sofia und Verwaltungsrat der Ungarisch-bulgarischen Bank in Wien, Dr. R. M. Braun-Stammfest, Rechtsanwalt in Wien I., Mahlerstraße 1, und Dr. Paul Hajek, Rechtsanwalt ebendort auf. Als strategische Grundidee gab man wie bei den anderen Gründungen an, Waren anzubieten, die aus dem nunmehrigen Zollausland importiert werden mussten, und für die strukturell wachsende Nachfrage zu erwarten war. Konkret planten die Unternehmer, „die Erzeugung einerseits von Rostschutzfarben für Eisen und Mauerwerk, die aus Metallen (Zink) gewonnen werden sollen und deren Verwendungszweck sozusagen als unbegrenzt bezeichnet werden kann. Dies deswegen, weil ja nahezu alle Maschinen, Eisenkonstruktionen, Eisenbahnwaggons u. dgl. mit einem derartigen Schutzanstrich – von anderweitigen Schutz- und Luxusanstrichen ganz abgesehen – versehen werden müssen. Andererseits sollen Spezialmotoren, insbesondere Windmotoren und Hammerwaren ... erzeugt werden“. Erwähnung fand auch ein noch vager Plan, in einer „Interessengemeinschaft mit einer der größten Elektrizitätsunternehmungen des Kontinents durch Kombination von Dynamomaschinen und Windmotoren, welche letztere in dem genannten Unternehmen erzeugt werden sollen,“ weiteren Absatz zu finden. Die Gründer gaben sich auch volkswirtschaftlich verantwortungsbewusst, indem sie betonten, dass diese Projekte „die neue Gesellschaft in noch höherem Grade geeignet erscheinen (ließen), den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen unserer vornehmlich auf die Industrie doch angewiesenen Wirtschaftsentwicklung zu dienen.“<sup>36</sup>

Als Gründungs-Aktionäre schienen Dr. Max Borovy, Dr. R. M. Braun-Stammfest, Rose Braun-Stammfest, Dr. Stefan Cazimir-Benescu (Bukarest), Dr. Gustav Fall, Oskar Flusser (Hainfeld), Dr. Paul Hajek, Fritz Materna, Louis Ostertag, Ignaz Patak, Samuel Patak und Eugen Oettingen-Wallerstein (Wallerstein, Bayern) auf, welche jeweils ein Zwölftel des Aktienkapitals hielten.<sup>37</sup>

Die konstituierende Generalversammlung der AG fand am 15. März 1922 statt und beschloss sogleich die Übernahme der Vermögenswerte des Proponentenkomitees. Überdies wurden Aufwendungen von Braun-Stammfest für den Ausbau des Werkes im Ausmaß von 119 Millionen Kronen anerkannt. Das Grundkapital belief sich wie beim Porzellanunternehmen auf 125

36 ÖStA, BmIuU, GZ 993/22, Zl. 3.258/22, Ansuchen um die Genehmigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Hainfelder Metallurgische Werke und Maschinenfabriks A.G.“, eingelangt am 4. 1. 1922.

37 Ebenda.

Millionen Kronen, gestückelt in 625.000 Aktien à 200 Kronen, so dass die Gesellschaft bereits zum Zeitpunkt der Konstituierung stark verschuldet war.

Bei den Metallurgischen Werken fungierte nicht Braun-Stammfest, sondern der Präsident der Südbahn-Gesellschaft, Dr. Gustav Fall, als Präsident des Verwaltungsrates. Der Konzerngründer selbst übernahm hier die Stelle des Vizepräsidenten. Des Weiteren gehörten dem Gremium Arthur Bittner, Dr. Max Borovy, Gustav Breitenfeld, Oscar Flusser, (Hainfeld), Ing. Viktor Förster, Ludwig Freund, Julian Gečmen (Prag), Moriz Gerbel, Dr. Paul Hajek, Franz Haller, Dr. Julius Hochapfel, Dr. Ernst W. Höpler, Ernst Marquet, Ludwig Ostertag (München), Ignaz Patak, Samuel Patak, Iszó Salgó (Budapest), Dr. Josef Schumpeter, Richard Siedek und Dr. Ernő Strasser (Budapest) an. Als Leiter fungierte Gen. Dir. Richard Heindl.<sup>38</sup>

Mit den Bauarbeiten war ab Anfang 1922 die Firma Redlich & Berger beauftragt, Maschinen wurden bei der Firma Zahn bestellt, die auch den Bauplan lieferte.<sup>39</sup>

Im September 1922 erfolgte ein Beschluss, das Kapital auf nominal 250 Millionen Kronen zu verdoppeln, wobei ein Bezugspreis von mindestens 800 Kronen je 200 Kronen Nominalwert für bestehende Aktionäre und von mindestens 850 Kronen für die übrigen Stücke festgesetzt wurde.<sup>40</sup> Zu dieser Zeit erwies sich der Aktienmarkt noch als gut aufnahmefähig, so dass die Kapitalerhöhung erfolgreich durchgeführt werden konnte. Sie brachte insgesamt etwa eine halbe Milliarde Kronen ein, so dass in der Bilanz für 1922 neben dem nominalen Grundkapital von 250 Millionen Kronen auch 432 Millionen Agioreserve ausgewiesen werden konnten. Die Bilanzsumme belief sich auf rund 1,9 Milliarden Kronen, die Eigenkapitalquote lag somit trotz Kapitalerhöhung lediglich bei etwa 35 Prozent.

Der Vollständigkeit halber sei hier noch eine fünfte Gründung erwähnt, an der Braun-Stammfest mitwirkte: Die Österreichische Holzapfel-Farbenfabriks AG, konstituiert am 14. Dezember 1922. In diesem Unternehmen fungierte er anfangs ebenfalls als Präsident und auch Schumpeter gehörte dem Verwaltungsrat an. Die Aktienmehrheit und somit die eigentliche Kontrolle über das Unternehmen lag jedoch bei der britischen Holzapfel-Gruppe, die auf dieser Grundlage die Gestion bestimmte. Daher ist dieses Unternehmen, das in Gutenstein (Niederösterreich) Rostschutzfarben, Schiffsbodenfarben

---

38 Compass 1924, 829.

39 WStLA, Vernehmung Borovy, 521a v.

40 ÖStA, BmluU, GZ 993/22, Zl. 62.261/22, Ansuchen um Genehmigung der ... Kapitalerhöhung, eingelangt am 8. November 1922.

und Emailfarben erzeugte, nicht als Teil des Braun-Stammfest-Konzerns zu erachten, seine Entwicklung wird im Weiteren nicht detailliert dargestellt.<sup>41</sup>

Die eigentliche Braun-Stammfest-Gruppe stellte sich zum Jahreswechsel 1922/23 wie folgt dar: Das Porzellanwerk produzierte bereits. Es wies einen finanziell angespannten, aber vertretbaren Status aus, der anlaufende Betrieb sorgte noch für Verluste und war von technischen Problemen geplagt. Der Bau der drei anderen Werke war noch nicht bis zur Produktionsaufnahme gediehen. Sie bedurften in Zeit extremer Knappheit auf dem Geldmarkt dringend der Zuführung finanzieller Mittel, wobei die Metallurgischen Werke mittels der Kapitalerhöhung im November teure Fremdfinanzierungen getilgt hatten.

Im Laufe des Jahres 1923 erwies sich der Aktienmarkt weiterhin noch als relativ aufnahmefähig, da unter den Marktteilnehmern damals die Ansicht vorherrschte, dass die Preisentwicklung für Anteilswerte von Unternehmen während der Hyperinflation nicht mit der Geldentwertung Schritt gehalten habe, so dass man bei Aktienkursen noch Spielraum nach oben vermutete. Somit herrschte nach der Hyperinflation für mehrere Monate auf den Aktienmärkten eine ausgeprägte Hausse-Stimmung.<sup>42</sup>

### **1923: Unzureichende Kapitalerhöhungen, Betriebsverluste, Schieberkredite und verzweifelte Rettungspläne nach der Währungsstabilisierung**

Um die Jahreswende 1922/23 wurden die Fremdmittel der Unternehmen angesichts der Geldknappheit und Zinsraten zu schweren Belastungen. Um dieser Kostenfalle zu entkommen, trachtete man weiteres Eigenkapital durch Aktienemissionen zu erlangen. Darüber hinaus suchte die Konzernleitung geradezu verzweifelt nach Möglichkeiten, den Status durch Kooperationen mit finanzkräftigen Partnern zu verbessern. Als die Finanzprobleme der einzelnen Gesellschaften trotz aller Bemühungen immer dringender wurden, begann Braun-Stammfest am Rande der Legalität mit den finanziellen Mitteln im Rahmen des Konzerns zu jonglieren, um die jeweils akutesten Finanzierungslücken durch Umschichtungen zwischen den einzelnen Gesellschaften kurzfristig zu überbrücken.

---

41 Compass 1924 934; 1925, 1006.

42 Fritz Weber, Vor dem großen Krach, Habilitationsschrift, Wien 1991, 145ff; Karl Bachinger, Eine stabile Währung in einer unstablen Zeit – Der Schilling in der Ersten Republik, in: Karl Bachinger u. a., Abschied vom Schilling, Graz, Wien, Köln 2001, 58ff.

Um die Jahreswende 1922/23 mussten die Bauarbeiten bei der Glasindustrie und der Elektro in Wels angesichts der Finanzklemme weitgehend eingestellt werden. Braun-Stammfest wies die Werksleitung an, die Aktivitäten aber wenigsten auf einem geringen Niveau „fortbrodeln“ zu lassen, „sonst würde es sich in Wien mit Blitzesschnelle verbreiten, dass der Bau eingestellt sei, während er, wenn auch noch so wenig gearbeitet werde, immerhin noch behaupten könne, von einer vollständigen Baueinstellung sei keine Rede.“ Im Jänner kam es dann aber in der Glasfabrik doch vorübergehend zum gänzlichen Stillstand.<sup>43</sup> Verschärft wurde die Situation auch durch das Verhalten des technischen Leiters der Welser Werke, Jaentsch, gegenüber der Baufirma Rella, da er „immer mit den Arbeiten anderer unzufrieden war.“<sup>44</sup>

Zu dieser Zeit hatten sich die Glasindustrie und Elektro bereits mit umfangreichen „Schieberdarlehen“ belastet, mit einer wöchentlichen Zinsbelastung von bis zu 5 Prozent.

In dieser Situation klammerte sich Braun-Stammfest ab Herbst 1922 an die Versprechungen eines Mannes, der in Aussicht stellte, in die Industrien investieren zu wollen: Fritz Mayer-Winterhalde. Dieser wurde ihm im Mai 1922 von einem Oberst Pichler als jemand vorgestellt, der einer vermögenden Industriellenfamilie angehöre und sich in Österreich an aufstrebenden Fabriken beteiligen wolle. Die Mutter Mayer-Winterhaldes entstammte der Familie Mühligh, die in Böhmen zu den bedeutenden Glasindustrie-Dynastien gehörte, und sein Vater hatte die Position eines Sektionschefs in einem österreichischen Ministerium inne, was ebenfalls den Anschein von Seriosität verlieh. Mayer-Winterhalde gab an Vierteileigentümer der Mühlighschen Glasfabriken zu sein, diesen Anteil jedoch an seinen Onkel verkaufen und die Erlöse in österreichische Industrien investieren zu wollen, insbesondere in die Glasindustrie Rudolfshütte. Er stellte mittelfristig enorme Summen in Aussicht, kurzfristig bis August 1922 mindestens 2 Milliarden Kronen. Zugleich legte Mayer-Winterhalde dafür Braun-Stammfest nahe, angesichts dieser sich anbahnenden geschäftlichen Verbindung keine Kontakte mit anderen Investoren und keine finanzielle Anlehnung an eine Bank zu suchen.

In den folgenden Monaten gab er jedoch stets, wenn es zu tatsächlichen Einzahlungen hätte kommen sollen, fadenscheinige Erklärungen wie angebliche Fehlbuchungen beteiligter Banken, Irrtümer, rechtliche Probleme beim Transfer der Mittel aus dem Ausland etc. dafür an, dass er dem Konzern keine substanziellen Geldmittel zur Verfügung stellte. Braun-Stammfest ließ sich hinhalten und nahm in der Zwischenzeit kurzfristige Finanzierungen

43 WStLA, Lg. f. Strafsachen, Karton 732, Vr XXIII, 5603/24, 2. Teil, Im Namen der Republik, Urteil vom 15. 6. 1929, 1771 v-1772.

44 WStLA, Vernehmung Schumpeter 514g v.

zu horrenden Wochengeldzinsen auf, in der Hoffnung diese umgehend mit den erwarteten Geldern wieder tilgen zu können. Mayer-Winterhalde vereinbart sogar einen fixen Finanzplan, der u. a. beinhaltete, dass er die durch die Verzögerungen aufgelaufenen Zinskosten zur Hälfte refundieren würde. In diesem Zusammenhang übernahm er auch 380.000 Stück Hainfelder Aktien (teilweise zu 5500, teilweise zu 1300 Kronen, obwohl damals der Kurs im Privatverkehr bei etwa 9000 Kronen lag), und im Oktober 1922 brachte er schließlich die bescheidene Summe von 200 Millionen Kronen ein, wobei er erneut versprach innerhalb von einem Monat ein bis zwei Milliarden zu investieren. Eine nächste Tranche belief sich dann aber nur auf 140 Millionen Kronen. Weiterhin schwadronierte Mayer-Winterhalde von Guthaben in München, und er brachte einen Scheck über 20.000 Schweizer Franken, von dem sich später herausstellt, dass er sich diesen rechtswidrig beschafft hatte. Braun-Stammfest überließ ihm nunmehr 650.000 Aktien der Glasindustrie Rudolfshütte beinahe zum Nennwert, obwohl der Kurs etwa beim Vierfachen des Nominales lag und Mayer-Winterhalde hielt ihn mit immer unglaubwürdiger werdenden Geschichten hin. So gab er nun an, dass ein Brief der Deutschen Bank an die Vereinsbank unterschlagen worden sei, die Sache sich aber in Aufklärung befinde. Anfang Februar 1923 erzählte er noch, dass ihm sein Onkel Mühlig zwei Milliarden Kronen schulde und demnächst in bar erlege. Am 20. Februar erschien er schließlich mit einem Mann, den er als seinen Onkel Mühlig vorstellte, im Büro von Braun-Stammfest. Der angebliche Onkel sicherte zu, dem Neffen umgehend im Wege der Anglo-Tschechischen und Anglo-Austrian Bank je einen Betrag von 10 Milliarden Kronen zukommen zu lassen. Die Lage Braun-Stammfests wurde in der Zwischenzeit immer prekärer, zum Beispiel waren im März 1923 umfangreiche Wechsel bei der Zentral-Bodenkreditbank fällig. Bis 10. März klammerte er sich weiterhin an die Hoffnung, dass Mayer-Winterhalde seine Versprechen einhalten würde. Erst nachdem ihn dieser mit weiteren unglaubwürdigen Geschichten von Pannen und Wortbrüchen bei der Anglo-Austrian Bank hingehalten hatte, wandte sich Braun-Stammfest direkt an dieses Institut und brachte in Erfahrung, dass Mayer-Winterhalde dort überhaupt nicht bekannt war. Erst nun erkannte er, dass sich dieser auf hochstaplerische Weise monatelang als potenzieller Investor umwerben hatte lassen.

Braun-Stammfest und die gesamte Industriegruppe fanden sich, als sich sämtliche Versprechen des Mayer-Winterhalde als gänzlich substanzlos erwiesen, in einer Situation existenzgefährdender Verschuldung mit hochverzinslichem Wochengeld wieder. Nun mussten dringend alternative Wege zur finanziellen Rettung der Gruppe gesucht werden.

Von den Gründungen hatte sich bis Anfang 1923, wie erwähnt, die Oberösterreichische Porzellan-Industrie AG vergleichsweise gut entwickelt. Die

Produktion war im Sommer 1922 aufgenommen worden. Nach außen hin machte die Gesellschaft einen soliden Eindruck, wenngleich sie noch Verluste erwirtschaftete und unter Qualitäts- und Absatzproblemen litt. Die Betriebsleitung schaffte es nicht, mit dem neuartigen Tunnelofen entsprechende Qualität zu produzieren.<sup>45</sup>

In dieser Situation entschloss sich im März 1923 die Konzernleitung zu einem weit reichenden Abkommen mit einer Gruppe prominenter Wiener Geschäftsleute, angeführt vom Porzellanhändler Wilhelm Rasper sen., der zugleich Präsident des Verwaltungsrates der Wiener Kaufmannsbank war.<sup>46</sup> Gemeinsam gründete man die Porzellan-Vertriebsgesellschaft mbH mit Sitz in Wien, für die ein Lokal in der Wiener City (Habsburgergasse) als Verkaufsgeschäft eingerichtet wurde, und die Wiener Kaufmannsbank stellte einen Rahmenkredit im Ausmaß von 3 Milliarden Kronen zur Verfügung, zu einer Verzinsung von 171 Prozent pro Jahr (ohne Bankspesen).<sup>47</sup>

Rasper sowie die ebenfalls zur neuen Interessentengruppe gehörenden Herren Ing. Dr. Franz Quidenus (Präsident der Handels- und Gewerbekammer), Carl Brunner (Chef der Juwelierfirma Hübner), Ferdinand Herzfeld (Direktor der Wiener Kaufmannsbank) und Wilhelm Rasper jun. wurden bei einer außerordentlichen Generalversammlung der Porzellan am 9. Mai 1923 in den Verwaltungsrat und das Exekutivkomitee des Unternehmens kooptiert. Rasper sen. übernahm nunmehr de facto die Leitung der Porzellan und seine beiden Söhne erhielten Direktorenposten. Wilhelm Rasper jun. wurde kommerzieller Direktor in Wien und Robert Rasper neuer technischer Leiter in Wels.<sup>48</sup>

Im Zuge dieser Restrukturierungen erwarb Rasper sen. von Braun-Stammfest 125.000 Porzellanaktien, deren Kurswert damals bei etwa 10.000 Kronen pro Stück gelegen haben soll, um 2000 bis 4000 Kronen pro Stück

---

45 WStLA, Vernehmung F. Haller, 546.

46 Die Auflistung der Verwaltungsratsmitglieder der Wiener Kaufmannsbank liest sich wie ein „Who is Who“ der damaligen Wiener Kaufmannschaft. Dem Gremium gehörten an: Wilhelm Rasper (Präs.), KR Johann Freund (Vizepräs.), Kammer-Rat Franz Karl Kaindl (Vizepräs.), Kammer-Rat Philipp Steiner (Vizepräs.), KR Ignatz Albrecht, Gremialrat Moritz Almasi, Bernhard Altmann, Gremialrat Vinzenz Beutel, KR Karl Brunner, Richard Dolenz, KR Hans Ehrlich, Emil Fey, KR Adolf Fürst, Reg. Rat Dr. Karl Gagstatter, KR Wilhelm Gerstel-Würzl, Alois Gruber, Peter Guttenberg, Dr. Paul Hajek, KR Walter Hering, Franz Hieß, Philipp Kohn, Josef Kranner, Siegmund Nissel, Gremialrat Siegfried Oppenheim, Josef Plaschkowitz, Gremialrat Alfred Philipp, Gremialrat Hermann Piesen, KR Josef Pohl, Emil Rothe, KR Siegfried Wachtl, Hans Weigel und Arch. Franz Wilfert. Als Direktoren fungierten Arthur Bergl, Ferdinand Herzfeld und Renè Mosca. *Compass* 1924, 458.

47 WStLA, Urteil 1775v, 1776.

48 WStLA, Vernehmung F. Haller, 546.

und er erhielt 300 Millionen Kronen für die Adaptierung des Geschäfts in der Habsburgergasse.<sup>49</sup>

Durch diese Transaktionen flossen Braun-Stammfest wiederum aus dem Aktienverkauf Barmittel im Ausmaß von zirka 375 Millionen Kronen zu und man erhoffte sich, dass Rasper die Qualitäts- und Absatzprobleme überwinden würde. Die strategische Neuausrichtung hatte jedoch weitere kostspielige Investitionen zur Folge. Rasper verschob den Fokus des Erzeugungsprogramms von Elektroporzellan auf hochwertiges Haushaltsporzellan, wofür in der Fabrik weitere umfangreiche Investitionen notwendig wurden. Konkret sah die neue Leitung die Errichtung eines zweiten Tunnelofens für Glühbrand, die Ausgestaltung der Malerei und die Errichtung eines Arbeiterwohnhauses vor.<sup>50</sup>

Um einen finanziellen Spielraum für die neuen Aktivitäten zu schaffen, beschloss die Generalversammlung am 9. Mai 1923 auch eine weitere Kapitalerhöhung um 250 auf 500 Millionen Kronen. Von den neuen Anteilen erhielten bisherige Aktionäre ein Viertel (312.500 Stück) zu je 5600 Kronen und den Rest übernahm ein Syndikat aus den neuen Interessenten (Rasper et al.) und alten Gründern (Braun-Stammfest, Schumpeter et al.) um 6000 Kronen pro Stück. Zu dieser Zeit wurden Aktien der Porzellan im Privatverkehr mit etwa 5000 bis 9000 Kronen gehandelt.<sup>51</sup> Damit sollten die erneut akkumulierten teuren Kredite abgestoßen, der Fabrikausbau finanziert und ein Arbeiterwohnhaus gekauft werden. Rasper plante nämlich, hochqualifizierte Arbeiter aus Deutschland anzuwerben, um hochwertigere Porzellanwaren erzeugen zu können. Die Kapitalerhöhung wurde im Juni 1923 unter der Leitung der Wiener Kaufmannsbank erfolgreich durchgeführt und brachte somit mehr als sieben Milliarden Kronen ein,<sup>52</sup> wovon jedoch 250 Millionen an das Bankinstitut für die Durchführung der Transaktionen abgeführt werden mussten.

Auf dieser Grundlage begann ein Umbau der Porzellanfabrik und man erwarb am 20. Juni 1923 um etwa drei Milliarden Kronen, also beinahe die

---

49 Ein Porzellan- und Haushaltwarengeschäft Rasper bestand in der Habsburgergasse noch bis in das frühe 21. Jahrhundert.

50 ÖStA, BmIU, GZ 205.983/21, Zl. 31.625/23, Protokoll der I. Ordentlichen Generalversammlung der Oberösterreichische Porzellan-Industrie-Aktien-Gesellschaft, 9. Mai 1923.

51 ÖStA, BmIU, GZ 205.983/21, Zl 28.175/23, Einlagebogen, Gegenstandsbezeichnung: Oberösterreichische Porzellan-Industrie-Aktien-Gesellschaft in Wien. Kap. Erhö. von 250 auf 500 Mill. K.

52 Die zweite Kapitalerhöhung erbrachte neben dem Nominale von 250 Millionen Kronen auf dem Agio-Reservfond den Betrag von 7,125 Milliarden Kronen. WStLA, Anklageschrift, 1452.

Hälfte der durch die Kapitalerhöhung flüssig gewordenen Mittel, ein Arbeiterwohnhaus. Dieses war von Mai 1922 bis Februar 1923 von der Glasindustrie AG „Rudolfshütte“ auf deren Gewerbegrundstück errichtet worden. Dem entsprechenden Konto waren neben dem unmittelbaren Errichtungsaufwand von ca. 950 Millionen Kronen umfangreiche Spesen und Finanzierungskosten zugebucht worden, so dass sich der Stand der diesem Objekt buchhalterisch zugeschriebenen Kosten auf mehr als drei Milliarden Kronen belief.<sup>53</sup> Dieser Wert bildete dann die Grundlage für die Festlegung des Verkaufspreises.

Mit den Investitionen in das Geschäft in der Habsburgergasse, in neue Fabrikeinrichtungen und das Arbeiterwohnhaus waren die neu zugeflossenen Mittel in kurzer Zeit wieder verbraucht. Da sich die Einnahmen nach wie vor nicht günstig entwickelten, setzte bereits im Sommer 1923 wiederum ein dringender Bedarf nach liquiden Mitteln ein. Erneut mussten sogenannte „Schieberdarlehen“, zum Teil mit Wochenzinssätzen von bis zu fünf Prozent aufgenommen werden. Robert Rasper schaffte es nicht das Produktionsvolumen in einem Ausmaß zu steigern, dass die erhofften economies of scale durch die kontinuierliche Erzeugung im Tunnelofen zum Tragen gekommen wären. Dadurch waren die Regien in Relation zum Output zu groß, weswegen man mit den erzielbaren Verkaufspreisen nicht das Auslangen fand. Am Ende des Jahres ergab sich ein Betriebsabgang von mehr als 100 Millionen Kronen.<sup>54</sup>

Im Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 1923 wies die Porzellan noch ein Grundkapital von 500 Millionen und einen Agioreservfonds von 8,2 Milliarden Kronen aus. Den Schuldenstand gab man lediglich mit etwa 1,9 Milliarden Kronen an. Die Liegenschaft samt Ofenanlagen, Maschinen, Werkseinrichtung und Inventarien war mit 6,51 Milliarden Kronen bewertet, der Warenvorrat mit 2,09 Milliarden. Daneben schienen u. a. Debitoren mit 1,23 Milliarden und Depositen im Ausmaß von 0,5 Milliarden Kronen auf.<sup>55</sup>

Das Konzernunternehmen Glasindustrie AG „Rudolfshütte“ war, wie bereits erwähnt, nach einiger Verzögerung am 22. Februar 1923 konstituiert worden, wobei es die Vermögenswerte des Gründerkonsortiums übernahm. Damit war die Firma von Beginn an schwer verschuldet. Die Bautätigkeit hatte sich durch die Kronenentwertung verteuert und verzögert, und die Brikkettwerke stellten angesichts der Geldentwertung auch bezüglich des Verkaufspreises noch Nachforderungen. Um weitere Verzögerungen zu vermeiden, empfahl Schumpeter, auf einen Vergleich einzugehen, was schließlich auch von Braun-Stammfest akzeptiert wurde.<sup>56</sup>

---

53 WStLA, Anklageschrift, 1463–1463 v.

54 WStLA, Vernehmung F. Haller, 564f.

55 Compass 1925, 723.

56 WStLA, Vernehmung Schumpeter 512 v, 513 v.

Um die ins Stocken geratene Bautätigkeit wieder anzukurbeln, mussten umfangreiche weitere Mittel zugeführt werden. Zum Beispiel liehen Braun-Stammfest, seine Ehefrau, Schumpeter und Borovi dem Unternehmen im März 1923 300 bis 400 Millionen Kronen, im April 1923 nahm die Gesellschaft einen Kredit beim Bankier Oeller im Ausmaß von 900 Millionen Kronen auf, der hypothekarisch besichert wurde und 84 Prozent Zinsen pro Jahr kostete. Im Oktober beschaffte noch einmal Braun-Stammfest 200 Millionen Kronen. Im Dezember erhielt das Unternehmen bei der Wiener Kaufmannsbank einen Kredit von 4 Milliarden Kronen zu 122 Prozent Zinsen p.a., mit dem die bisherigen Fremdfinanzierungen umgeschuldet wurden. Damals beschloss man den Erwerb eines Arbeiterwohnhauses um 1,06 Milliarden Kronen und man begann, eine Kapitalerhöhung zur Tilgung des teuren Fremdkapitals vorzubereiten. Diese Maßnahme sollte 20 Milliarden frisches Kapital einbringen.<sup>57</sup>

Die Bauarbeiten zeitigten nach wie vor nicht den gewünschten Fortschritt, so dass die Glasfabrik auch im Laufe des Jahres 1923 die Produktion nicht aufnehmen konnte. In diesem Stadium sah man auch noch davon ab, im Finanzjahrbuch „Compass“ eine Bilanz zu veröffentlichen. Im Kursblatt exotischer Wertpapiere notierte die Aktie per 30. September 1923 mit 2500 Kronen je 200 Kronen Nominalwert.<sup>58</sup>

Auch die Oberösterreichische Elektrotechnische Werke AG musste, während der Braun-Stammfest-Konzern von Mayer-Winterhalde hingehalten wurde, sogenannte Schieberkredite aufnehmen, deren Verzinsung sich auf bis zu 520 Prozent pro Jahr belief. Angesichts dieser Kosten kam der Bau im Februar 1923 praktisch zum Stillstand. Am 17. Februar 1923 schloss die Unternehmensleitung mit dem Bankhaus Gerstbauer ein Kreditübereinkommen ab, das einen Rahmen von bis zu 800 Millionen Kronen vorsah, jedoch zu sehr ungünstigen Bedingungen. Allein die Zinsen und Spesen für diesen Finanzierungsbetrag beliefen sich bis 31. März 1924 auf 937 Millionen Kronen. Die Verschuldung wuchs weiterhin in einem beunruhigenden Ausmaß, auch Braun-Stammfest stellte wiederholte Male Summen zur Verfügung. Dadurch konnte immerhin die Bautätigkeit wieder intensiviert werden, und im September 1923 erfolgte schließlich die probeweise Aufnahme der Erzeugung, die jedoch noch keineswegs positiv ergebniswirksam wurde.<sup>59</sup> Die Arbeiten dienten anfänglich vor allem dazu, Maschinen und Abläufe aufeinander abzustimmen.

---

57 ÖStA, BmluU, GZ 57.903/22, Zl. 22531/24, Glasindustrie-Aktiengesellschaft „Rudolfshütte“ in Wien, Kapitalvermehrung von 1600 auf 3200 Millionen K., eingelangt am 9. 1. 1924; WStLA, Urteil, 1777 v, 1778.

58 Compass 1924, 677.

59 WStLA, Urteil, 1772, 1777f.

Bei einer außerordentlichen Generalversammlung am 19. Mai 1923 beschloss die Gesellschaft eine Verdoppelung des Grundkapitals von 200 auf 400 Millionen Kronen.<sup>60</sup> Für die Maßnahme langte im Oktober die ministerielle Genehmigung ein.<sup>61</sup> Mit der Durchführung wurde das Bankhaus Gerstbauer betraut, und Braun-Stammfest garantierte die Abnahme nicht verkaufter Anteile. Im Oktober sollte eine Million Stück Aktien mit einem Nominale von je 200 Kronen zu einem Kurs von 3200 Kronen platziert werden, wodurch frische Mittel im Ausmaß von 3,2 Milliarden Kronen zu erwarten waren. Von den neu ausgegebenen Aktien wurden nur 538.000 Stück im Wege der Bank am Markt untergebracht. Braun-Stammfest übernahm die übrigen 462.000 Stück, angeblich für Dritte, um diesen die Gebühren des Bankhauses zu ersparen.<sup>62</sup> Im Kursblatt exotischer Wertpapiere wurden die Aktien am 30. September 1923 mit 4500 Kronen pro 200 Kronen Nominale bewertet, der Ausgabekurs erscheint somit nicht als unplausibel.

Um die Jahreswende 1923/24 setzte schließlich bei der Elektro die reguläre Serienproduktion ein, geleitet von Direktor Tempas. Für den Verkauf war Direktor Lederer zuständig. Allerdings mussten die Produkte zu mäßigen, noch nicht ganz kostendeckenden Preisen auf dem Markt eingeführt werden. Überdies schlugen teure Vorräte an Waren und Vormaterialien (z. B. Kupfer) zu Buche, und es gab Ärger mit der Porzellanfabrik, die untaugliche Bestandteile zulieferte.<sup>63</sup> In der Bilanz zum 31. Dezember 1923 wies die Elektro neben dem Nominalkapital von 400.000 Kronen und der Agioreserve von 1,835 Milliarden Kronen einen bereits wieder beunruhigenden Schuldenstand von mehr als 5,4 Milliarden Kronen aus. Als größte Aktivposten schienen Gebäude (3,504 Milliarden Kronen), Maschinen und Werkseinrichtungen (3,024 Milliarden Kronen) sowie Vorräte (678 Millionen Kronen) auf.<sup>64</sup>

Ähnlich entwickelte sich auch die Hainfelder Metallurgische Werke und Maschinenfabriks AG. Die Bautätigkeit zog sich bis Dezember 1923 hin. Anfangs waren für den Bau unternehmensintern die Brüder Patak und Werksdirektor Schulz zuständig, welche im Juli 1923 durch Ing. Viktor Förster und Ing. Pichler ersetzt wurden.<sup>65</sup> Hier ist wie bei der Porzellan die Fluktuation

---

60 ÖStA, BmIuU, GZ 40558/22, Zl 47.019/23, Protokoll der a. o. Generalversammlung der Oberösterreichische Elektrotechnische Werke-Aktien-Gesellschaft, 19. Mai 1923; Compass 1924, 1035.

61 ÖStA, BmIuU, Gz 40558/22, Zl. 47.019/23, Oberösterreichische Elektrotechnische Werke Aktiengesellschaft mit dem Sitze in Wien, Kapitalserhöhung von 200 auf 400 Millionen K.

62 WStLA, Urteil 1769 v und 1777.

63 WStLA, Vernehmung F. Haller, 547d.; Vernehmung Borovy, 521.

64 Compass 1925, 1118.

65 WStLA, Vernehmung F. Haller, 547ff.

beim Leitungspersonal als Indiz für schwere technische und kommerzielle Probleme zu sehen. Insbesondere die Produktionsaufnahme der Rostschutzfarbe (Zinkweiß) verzögerte sich, so dass anfänglich nur konventionelle, wenig einträgliche Hammerwaren erzeugt wurden. Vom Projekt der Windkraftanlagen war nichts mehr zu hören.

Während der Bauphase hatte das Unternehmen im April 1923 einen Kredit von der Mödlinger Sparkasse im Ausmaß von einer Milliarde Kronen gegen hypothekarische Sicherstellung und mit einer Verzinsung von 80 Prozent p.a. erlangt.

Zu dieser Zeit brachte sich Schumpeter aktiv mit Bemühungen ein, einen Verkauf der Metallurgischen Werke zu organisieren, um durch die Realisierung des Marktwertes die Welser Fabriken finanziell zu stärken. Er führte konkrete Gespräche mit potentiellen Investoren, nämlich einerseits mit Benjamin Roost (Berlin) und andererseits einer ungarischen Gruppe wegen der Übernahme der Farbenfabrik. Braun-Stammfest konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, diesen Schritt mitzuvollziehen. Er verzögerte die Angelegenheit, woraufhin sich die beiden Gruppen wieder zurückzogen.<sup>66</sup>

Somit blieb nichts anderes übrig, als das Unternehmen doch im Rahmen des Konzerns weiterzuentwickeln. Eine im Mai beschlossene Kapitalerhöhung konnte erst im Dezember durchgeführt werden, da sie die Behörde, so lange die Fabrik unfertig war, „dilatorisch“ behandelte. Die Maßnahme erwies sich schließlich nur als Teilerfolg. Von den 1,25 Millionen jungen Aktien blieben bei einem Ausgabekurs von 4000 Kronen 340.000 Stück unverkauft, woraufhin sie Braun-Stammfest übernahm, die Einzahlung jedoch schuldig bleiben musste. Somit brachte die Aktion lediglich etwa 3,6 Milliarden Kronen frisches Geld ein, anstatt der erhofften 5 Milliarden.

Gegen Jahresende konnte immerhin auch das Hainfelder Farbenwerk mit der Produktion beginnen. Dabei zeigte sich jedoch, dass die Anlagen für einen reibungslosen Betrieb noch umgebaut werden mussten, wofür aber das Geld fehlte. Somit führte auch hier die Erzeugung bei voll laufenden Kosten noch zu keinen relevanten Einnahmen.

Im Jahrgang 1924 des finanziellen Jahrbuchs „Compass“ wies man keine aktuelle Bilanz für 1923 aus, sondern es wurden lediglich die inzwischen unaktuellen Daten für den 31. Dezember 1922 wiedergegeben. Ab Mai 1923 schüttete das Unternehmen trotz der misslichen Ertrags- und Finanzlage eine Dividende von 60 Kronen je Aktie für das Jahr 1922 aus, und im Kursblatt exotischer Wertpapiere vom 30. September 1923 wurden die Anteile noch mit 8000 Kronen je 200 Kronen Nominale bewertet.<sup>67</sup>

66 WStLA, Vernehmung Schumpeter, 514j.

67 Compass 1924, 829f.

Die permanente Finanznot sämtlicher Unternehmen zwang Braun-Stammfest und die Konzernleitung bereits 1923 zu immer abenteuerlicheren Umschichtungen knapper Mittel, um die jeweils akutesten Finanzierungslücken wenigstens kurzfristig zu stopfen. Es seien im Folgenden nur einige illustrative Beispiele angeführt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

- Zum Beispiel ließ Braun-Stammfest vom Kredit im Ausmaß von einer Milliarde Kronen, den die Metallurgischen Werke im April 1923 von der Mödlinger Sparkasse erhielten, im November des Jahres erhebliche Teile der Glasindustrie zukommen, obwohl das Hainfelder Werk eine hypothekarische Sicherstellung gab und mit den Zinsen und Spesen belastet wurde.<sup>68</sup>
- Aus dem erwähnten Verkauf des Arbeiterwohnhauses von der Glasindustrie an die Porzellan zum überbewerteten Preis von rund drei Milliarden Kronen dotierte Braun-Stammfest ein „Konto Separato“, aus dem er nach Bedarf die anderen Unternehmen finanzierte. Damit entzog er der Porzellan durch den überteuerten Preis und der Glasindustrie durch Gründung des Separatfonds Mittel, die sie selber akut benötigt hätten.<sup>69</sup>
- Im Mai 1923 gab Braun-Stammfest mit Einverständnis von Rasper 300 bis 400 Millionen Kronen aus dem Erlös der Kapitalerhöhung der Porzellan als Kredit an die Glasindustrie weiter.<sup>70</sup>
- Im August 1923 entlehnte der Konzerngründer zwei Milliarden Kronen von den Metallurgischen Werken in Hainfeld um damit neu übernommene Aktien der Porzellan zu bezahlen.

Durch Aktivitäten dieser Art wurde das Wiener Zentralbüro immer mehr zur Drehscheibe, über welche Braun-Stammfest die knappen Mittel zwischen den Konzernunternehmen verschob. Da er dabei immer wieder bei einzelnen Gesellschaften Geld entlehnte, um es anderen als Kredit zukommen zu lassen, wuchsen seine Positionen als Gläubiger aber auch als Schuldner dramatisch an. Die Finanzlage der Gruppe insgesamt verschlechterte sich während des Jahres 1923 trotz diverser Kapitalerhöhungen gravierend, da weiterhin sämtliche Betriebe entweder mit Verlusten oder gar nicht produzierten.

---

68 WStLA, Anklage, 1462 v f; Vernehmung Schumpeter 514j v.

69 WStLA, Urteil, 1776; Vernehmung F. Haller, 547j.

70 WStLA, Urteil, 1777 v.

### 1924: Finanzieller Zusammenbruch in der Stabilisierungskrise

Nachdem am Wiener Platz 1923 eine Aktienhausse geherrscht hatte und zu Beginn des Jahres 1924 eine groß angelegte Spekulation à la baisse gegen den Französischen Franc scheiterte, traten die lähmenden Effekte der Stabilisierungskrise, welche auf die Hyperinflation folgte, voll zutage. Die Wirtschaft schrumpfte 1923 um 1,1 Prozent, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Jahren in einer Inflations-Scheinkonjunktur jeweils um ungefähr zehn Prozent gewachsen war. Im Frühjahr 1924 wurde der Tiefpunkt erreicht. Danach nahm die Wirtschaft jedoch wieder an Fahrt auf, so dass das Jahr 1924 per saldo erneut ein ähnliches Wachstum wie 1922 erbrachte.<sup>71</sup>

Die österreichische Notenbank verfolgte mit einer Bankrate von mehr als zehn Prozent einen harten Stabilisierungskurs. Nachdem während der vorangegangenen Spekulationsjahre zahlreiche Geldinstitute neu errichtet worden waren, geriet nunmehr der gesamte Bankensektor in Bedrängnis, und zahlreiche Bankhäuser verschwanden wieder vom Markt. Als direkte Folge davon trat eine weitgehende Blockade des Kreditmarktes auf. Selbst erstklassige Schuldner mussten zu dieser Zeit bei ihren Hausbanken für Darlehen mindestens 20 Prozent Zinsen zahlen und die Versorgung mit Fremdmitteln für kleine und mittlere Unternehmungen brach zeitweilig komplett zusammen.<sup>72</sup> Schumpeter<sup>73</sup> schätzte retrospektiv das Jahr 1924 als schwerste Krise seit dem großen Börsenkrach von 1873 ein.<sup>74</sup>

Angesichts dieser Rahmenbedingungen, der bereits erheblichen Verschuldung und der weiterhin laufenden Betriebsverluste blieben Braun-Stammfest ab Beginn des Jahres 1924 nur noch letzte verzweifelte Finanzierungsmanöver, ehe die Industriegruppe zusammenbrach.

Zum Jahresbeginn erwarb er 600.000 Aktien der Wiener Handelskreditbank AG von einem Aktionärssyndikat, dem die Direktoren des Instituts Dr. Josef Ezdorf, N. Rohatyn und Oscar Rosner angehörten. Bei der Bank, welche zum Konzern der Biedermannbank gehörte, hatte Schumpeter eine zentrale Rolle inne. Er fungierte als Mitglied im Verwaltungsrat, Vorstand und Direktionsrat. Neben Schumpeter wirkten noch die drei genannten Direktoren als Vorstandsmitglieder.<sup>75</sup>

71 Felix Butschek, *Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte*, Wien 1997, Tabelle 5.1.

72 Weber, *Vor dem großen Krach*, 297; Bachinger, *Eine stabile Währung*, 58ff.

73 WStLA, *Vernehmung Schumpeter*, 514k.

74 Im Jahr 1873 war die österreichische Wirtschaft durch einen großen Börsenkrach nachhaltig erschüttert worden.

75 Der Verwaltungsrat war überaus prominent besetzt. Dem Gremium gehörten Dr. Josef Ezdorf (Präsident), Dir. Robert Auer, Konsul Ferdinand Brauner, Dir. Heinrich Ca-

Braun-Stammfest beglich einen Teil des Kaufpreises mit Aktien seiner Konzernunternehmen, einen Teil blieb er schuldig. Als neuer Großaktionär wurde er neben Rosner zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrates der Bank bestellt, die er nunmehr bewegen konnte, den Metallurgischen Werken einen Kredit von zwei Milliarden Kronen zu überlassen. Auch diese Gelder blieben – wie schon frühere Fremdmittel – nicht dem offiziellen Kreditnehmer allein vorbehalten, sondern rund 800 Millionen gingen an andere Konzernunternehmen.<sup>76</sup>

Das Darlehen war mit dermaßen belastenden Konditionen verbunden, dass bereits Ende Jänner die formelle Zahlungsunfähigkeit drohte, nachdem die Handelskreditbank auf die Erfüllung des Kreditvertrages klagte. Mit der Klage hofften die Direktoren Rosner und Rohatyn, Druck auf Braun-Stammfest, Schumpeter und die Biedermannbank auszuüben. Nicht zuletzt trachteten sie Braun-Stammfest zu zwingen, noch etwaige stille Reserven offenzulegen; eine Hoffnung, die sich jedoch als trügerisch erwies.<sup>77</sup>

Dadurch entstand eine bedrohliche Situation für die Industriegruppe, aber auch für die Biedermannbank als Haupteigentümerin der Handelskreditbank, sowie für Schumpeter, der mit allen Streitparteien eng verbunden war. Die Handelskreditbank wurde unter erheblichen Opfern der Biedermannbank sowie von Schumpeter, Kunwald u. a. saniert und anschließend liquidiert. In dieser Phase stellte Schumpeter fest, dass die drei Direktoren, die Braun-Stammfest das Aktienpaket verkauft hatten, noch versuchten, den Deal, als er vom Käufer nicht voll bezahlt werden konnte, auf Rechnung der Handelskreditbank umzuschreiben. Danach mussten sie das Geschäft schließlich doch als Transaktion in ihrer eigenen Verantwortung akzeptieren. Der Kredit der Handelskreditbank konnte auf die Wiener Kaufmannsbank umgeschuldet werden, welche im März 1924 der Braun-Stammfest-Gruppe widerstrebend noch einmal ein Darlehen im Ausmaß von 2 Milliarden Kronen flüssig machte.<sup>78</sup> In dieser letzten Phase der Kreditgewährung musste Braun-Stammfest den Direktoren der Kaufmannsbank jedoch immer höhere „Kreditbeschaffungsspesen“ (in Wahrheit Schmiergelder) in Form von Barzahlungen und Aktien überlassen, um letzte Kredithilfen zu erlangen. Im Frühjahr 1924 soll

---

netti, Sektionschef a. D. Dr. Ing. Wilhelm Exner, KR Emanuel Grab-Hermannswert, Börserat Ludwig Grünwald, Adolf Knöll, Artur Klein, KR Artur Kola, Dr. Gottfried Kunwald, Josef v. Neuberg-Hlinik, Dr. Ernst Plener, Dr. Octavian Regner-Bleyleben, N. Rohatyn, Oscar Rosner, Dr. Josef Schumpeter, August Ségur-Cabanac und Bertold Storfer an. Compass 1923, 1373.

76 WStLA, Urteil 1776 v.

77 WStLA, Vernehmung Schumpeter, 514e.

78 WStLA, Urteil 1776 v, 1777

die Elektro mit 600 Millionen und die Glasindustrie Rudolfshütte mit 1,1 Milliarden aus diesem Zusammenhang belastet gewesen sein.<sup>79</sup>

In dieser Phase ging Braun-Stammfest auch persönlich umfangreiche Garantieverpflichtungen ein und er veranlasste, dass die diversen Konzernfirmen einander auch wechselseitig Garantien leisteten.<sup>80</sup>

Hatten im Jahr 1923 Kapitalerhöhungen noch die Abstoßung von teurer Verschuldung gestattet, so funktionierte unter den verschlechterten Rahmenbedingungen des Jahres 1924 dieser Weg nicht mehr.

Die seit Dezember 1923 bei den Metallurgischen Werken geplante Kapitalerhöhung auf eine Milliarde Kronen Grundkapital konnte erst für 1. April 1924 angesetzt werden, doch scheiterte sie zu diesem Zeitpunkt beinahe gänzlich. Von 2,5 Millionen Stück jungen Aktien wurden nur 210.238 platziert, was für einen Erlös von 1,198 Milliarden Kronen sorgte, wovon jedoch 892 Millionen an die Wiener Kaufmannsbank als Spesen für die Durchführung der Emission gingen. Zu dieser Zeit wurden die Arbeiter entlassen, der Betrieb eingestellt. Im September 1924 meldete die Unternehmensleitung für das Hainfelder Werk das Ausgleichsverfahren an.<sup>81</sup>

Die Glasindustrie hatte im Laufe des Jahres 1923 umfangreiche, hochverzinsten Schieberkredite angesammelt, die im Dezember durch einen Kredit der Kaufmannsbank von 4 Milliarden Kronen zu 122 Prozent umgeschuldet wurden. Zugleich plante man die Tilgung der Schulden durch eine weitere Kapitalerhöhung, für die sich ein Syndikat, bestehend aus Braun-Stammfest, Schumpeter und den Bankiers Gerstbauer und Meissl, bei denen das Unternehmen bereits stark verschuldet war, zusammensetzte. Der Verwaltungsrat beschloss die Emission von 8 Millionen Aktien mit einem Nominalwert von 200 Kronen, um das Grundkapital von 1,6 auf 3,2 Milliarden Kronen zu verdoppeln. Der Ausgabekurs sollte 2500 Kronen betragen. Dies hätte noch der Bewertung entsprochen, wie sie im September 1923 im Kursblatt exotischer Wertpapiere publiziert wurde.<sup>82</sup>

Die Kapitalerhöhung wurde jedoch vom Ministerium bis ins Jahr 1924 hinein verzögert, weil in der Fabrik noch nicht produziert wurde. Während dieser Zeit verschlechterte sich das Umfeld für die Emission dramatisch. Erst am 28. Februar stimmte das Innenministerium der Kapitalerhöhung zu. In der Zwischenzeit musste jedoch der Plan an die ungünstigere Marktlage ange-

79 WStLA, Vernehmung F. Haller, 544 v; ebenda, Anklageschrift, 1461 v, 1564–1465.

80 WStLA, Vernehmung Schumpeter, 514h v-514i v.

81 WStA, Urteil, 1777.

82 Compass 1925, 723f; ÖStA, BmIuU, GZ 57.903/22, Zl. 22531/24, Glasindustrie-Aktiengesellschaft „Rudolfshütte“ in Wien, Kapitalvermehrung von 1600 auf 3200 Millionen K., eingelangt am 9. 1. 1924.

passt werden, weswegen der Ausgabekurs von 2500 auf 1500 Kronen je Stück gesenkt wurde. Trotzdem war der Erfolg der Emission äußerst fraglich. In dieser Situation erklärten Schumpeter, Gerstbauer und Meissl, dass sie sich nicht mehr an die Verpflichtungen als Mitglieder des Übernahmesyndikats gebunden fühlten, da sich die Bedingungen der Emission durch die Senkung des Ausgabekurses grundlegend geändert hätten. Ihr Rückzug trug zweifellos auch nicht zur Attraktivität des Papiers beim Publikum bei und die Emission, die von 17. bis 28. März durchgeführt wurde,<sup>83</sup> scheiterte weitgehend. Statt der erhofften 12 Milliarden kamen nach Abzug der Durchführungskosten von 250 Millionen Kronen bei der Wiener Kaufmannsbank lediglich 1,25 Milliarden herein, wodurch sich der Schuldenstand der Glasindustrie bei der Bank nur von vier auf knapp drei Milliarden Kronen verringerte.

Braun-Stammfest begann nun seine eigenen Aktien der Industrien abzuverkaufen, um verzweifelt flüssige Mittel aufzutreiben, was jedoch die Kursverluste nur weiter beschleunigte. Im April 1924 wurde der Bau der Glasfabrik eingestellt, und im Sommer suchte die Gesellschaft um die Verhängung des gerichtlichen Ausgleichsverfahrens an.<sup>84</sup>

Schumpeter selbst übernahm, nachdem er sich aus dem Garantiesyndikat zurückgezogen hatte, „um etwas zu leisten“ auf Ersuchen von Braun-Stammfest persönlich eine Bürgschaft gegenüber der Kaufmannsbank von etwa 1,8 Milliarden Kronen. Damit wollte er dazu beitragen, dass die Glasfabrik doch noch bis zur Produktionsreife ausgebaut werden können sollte. Dies kam ihm teuer zu stehen; nach der Zahlungsunfähigkeit der Glasindustrie wurde er von der Kaufmannsbank auf den Bürgschaftsbetrag geklagt.<sup>85</sup>

Bei der Elektro wurde, wie bereits erwähnt, Anfang des Jahres 1924 die reguläre Produktion aufgenommen. Am 25. Jänner beschloss man noch eine weitere Kapitalerhöhung von 400 auf 800 Millionen Kronen, ein Vorhaben das sich jedoch bereits als gänzlich illusorisch erwies. Angesichts der Finanznot musste am 1. Juli der Betrieb eingestellt und am 24. Juli 1924 ebenfalls der Ausgleich angemeldet werden.<sup>86</sup>

Geradezu als wahnwitzige Verzweiflungsaktionen stellen sich in diesem Kontext Versuche von Braun-Stammfest dar, in der ersten Jahreshälfte 1924 noch zwei weitere Unternehmen, nämlich eine Tuchindustrie und eine Quellindustrie zu begründen, wofür er der Porzellan noch einmal 1,4 Milliarden Kronen entzog.<sup>87</sup>

---

83 WStLA, Urteil, 1778.

84 Compass 1925, 723f; Urteil 1770 v.

85 WStLA, Vernehmung Schumpeter, 512 v, 514.

86 WStLA, Urteil; Compass 1925, 1118.

87 WStLA, Anklage, 1465.

Die gerichtliche Aufarbeitung der Firmenzusammenbrüche begann mit der erwähnten Anzeige gegen Braun-Stammfest von Seiten der Direktoren der Wiener Handelskreditbank, Ezdorf, Rohatyn und Rosner. Am 28. April 1924 folgte eine Anzeige der Wiener Kaufmannsbank gegen Braun-Stammfest bei der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht für Strafsachen I, Wien. Im Gegenzug versuchte der Konzerngründer seinerseits Ansprüche gegen die Kaufmannsbank gerichtlich geltend zu machen, was geradezu zu einem „Anzeigenkampf“ führte.<sup>88</sup> Im August 1924 langte dann noch eine Anzeige einer „Schutzgemeinschaft“ von Aktionären der Braun-Stammfest-Unternehmen ein, die dem Unternehmensleiter Irreführung, missbräuchliche Verwendung von Mitteln und Misswirtschaft vorwarf. Diese Gruppe wurde von Rechtsanwalt Dr. J. Tuttmann, Wien, vertreten. Besonders kritisch merkte man die aggressiven Verkaufsmethoden bei der Emission von Interimsscheinen und Aktien an: „Herr Dr. Braun-Stammfest ... hat in der Zeit vom Anfang 1922 bis Juni 1924 das Publikum dadurch irreführt, dass er Prospekte herausgab, in welchen hervorgehoben wird, dass seine Unternehmungen ordnungsgemäß betrieben werden und prosperieren, dadurch, dass er eine Schar von Agenten in seinen Dienst gegen hohe Provision stellte, welche unwahre Angaben über den Stand der Unternehmungen dem Publikum machte, dadurch dass er wiederholt mittels schreiender Reklame seine Aktien anpries und den wahren Stand der Unternehmungen verheimlichte ... Wie schlaue hiebei Dr. Braun-Stammfest vorging, geht wohl daraus hervor, dass sämtliche Aktien eine Nominale von 200 K haben und dies geringfügige Nominale auch bei den Kapitalserhöhungen beibehalten wurde, hierfür jedoch die Aktienzahl auf das doppelte erhöht wurde. Nun wurde eine große Schar von Agenten aufgeboten, um die kleinen und kleinsten Leute zu bewegen, Aktien des Industriekonzerns zu zeichnen. Große Verdienste wurden versprochen und wurde dieses Papier als sicherste Kapitalsanlage bezeichnet. Bis in's letzte Nest drangen die Agenten ein und priesen die Aktien zum Verkaufe an, denn für wenig Geld waren viele Aktien zu haben. ... Die Zahl derjenigen, die bei dem Zusammenbrüche der Braun-Stammfest'schen Gründungen in Mitleidenschaft gezogen wurden und ihre letzten Ersparnisse verloren sehen, ist eine erschreckend hohe. Täglich laufen tausende von Anmeldungen bei der Schutzaktion ein, die Erbitterung der Aktionäre ist eine kaum beschreibliche und sämtliche Aktionäre verlangen die sofortige Einleitung eines Strafverfahrens gegen Dr. Braun-Stammfest, sowie seine Mitarbeiter und Agenten.“<sup>89</sup>

---

88 Arbeiter-Zeitung, 3. 8. 1924.

89 WStLA, LG f. Strafsachen, Kart. 732, Vr. XXIII, 5603/24, 2. Teil, Strafanzeige der Aktionäre der Braun-Stammfest'schen Gründungen, vertreten durch Dr. J. Tuttmann, eingelangt bei der Wirtschaftspolizei am 19. 8. 1924, 132 v, 133 v, 135.

Nach dem Einlangen dieser Anzeigen nahm die Staatsanwaltschaft umfangreiche Ermittlungen in diesem Zusammenhang auf. Schumpeter, Borovy, Josef Haller, Hochapfel, Wilhelm Rasper sen. und seine Söhne Wilhelm jun. und Robert sowie Paul Hajek, Gustav Neukirchen, Karl Proksch, Karl Noe, Friedrich Ziegelmayr, Klemens (von) Walzl und Viktor Braun wurden als Beschuldigte einvernommen, aber nicht angeklagt. Anklage wurde schließlich am 10. März 1928 gegen Braun-Stammfest und Franz Haller erhoben.<sup>90</sup>

Die finanzielle Gebarung der Gruppe wurde von den beeideten Buchsachverständigen Vinzenz Sedlak und Gustav Müller untersucht. Dabei stellten sie fest, dass die Buchungen systematisch in einer Weise vorgenommen waren, die den wahren Status der Unternehmen verschleierte. So wurden Spesen, Zinsen und andere Aufwendungen als Investitionen verbucht, was den Wert der Aktiva unstatthaft aufblähte und somit das Ausmaß der erlittenen Verluste verschleierte. Die Experten errechneten, dass die vier Gesellschaften bis Juli 1924 einen Gesamtverlust von mehr als 38 Milliarden Kronen verursacht hatten, das gesamte eingezahlte Kapital bis dahin lediglich rund 27,5 Milliarden Kronen ausmachte, die Gruppe somit um mehr als 10,5 Milliarden Kronen überschuldet war. Außerdem stellten sie fest, dass der Unternehmensleitung selbst offenbar klar war, wie unseriös ihre Bilanzierungspraxis war. Es fanden sich interne Unterlagen, in denen die offiziellen Jahresabschlüsse als „Poldi Huber-Bilanzen“ bezeichnet wurden.<sup>91</sup>

Schumpeter machte seine Aussagen am 24. April 1925, 2. Mai 1925 und 8. April 1927. Dabei versuchte er seine Rolle im Konzern eher klein zu reden, gab aber doch an, dass er Mitglied im Gründersyndikat der Porzellan und Glasindustrie sowie Verwaltungsrat bei diesen beiden und der Elektro, den Metallurgischen Werken und auch der Holzapfel Farbenindustrie war. Auf seine Investitionen in Aktien der Gesellschaften wurde im Laufe des Textes bereits eingegangen. Er hielt an allen genannten Unternehmen Beteiligungen und nahm auch an einigen Käufen zum Zwecke der Kursstützung teil. Seine Rolle bei der Führung des Konzerns gestaltete sich in der Weise, dass er Braun-Stammfest zirka einmal wöchentlich in der Zentrale aufsuchte und von diesem bei strategischen Entscheidungen, steuerrechtlichen Fragen sowie Fragen der Kapitalerhöhungen zu Rate gezogen wurde.<sup>92</sup> Schumpeter gab des Weiteren an, die Bilanzen geprüft, auch Fragen an die Mitarbeiter hinsichtlich der Spezifizierung der einzelnen Posten sowie des Gan-

---

90 WStLA, LG f. Strafsachen, Kart. 732, Vr. XXIII, 5603/24, 2. Teil, Anklageschrift vom 28. März 1928, 1447–1471.

91 WStLA, LG f. Strafsachen, Kart. 732, Vr. XXIII, 5603/24, 1. Teil, „Dachgutachten“ von Vinzenz Sedlak und Gustav Müller, 21. Oktober 1925.

92 WStLA, Vernehmung Schumpeter 514f.

ges der Geschäfte gestellt zu haben, „um die Buchungen habe ich mich nie gekümmert“.<sup>93</sup> Wie bereits erwähnt, ist er mit seiner Initiative gescheitert, den Verkauf der Metallurgischen Werke in Hainfeld zu organisieren, um mit dem Erlös den Rest der Gruppe zu stärken.

Die Bürgschaft, welche Schumpeter für die Glasindustrie Rudolfshütte gegenüber der Wiener Kaufmannsbank übernommen hatte, kam ihn noch sehr teuer zu stehen. Sie wurde im Zuge der Illiquidität des Unternehmens schlagend. In einem Gerichtsprozess wurde er im Juli 1925 verurteilt, der Bank 199.000 Schilling (1,99 Milliarden Kronen) zu bezahlen.<sup>94</sup> Später resümierte Schumpeter in einem privaten Schreiben,<sup>95</sup> dass sich seine Gesamtverschuldung bei der Biedermannbank im Mai 1924, als eine Revision durch die Bankkommission unter der Leitung von Hofrat Stern<sup>96</sup> durchgeführt wurde, auf 400.000 Schilling<sup>97</sup> belief. Somit machte der Schaden, den er durch die eine Bürgschaft für die Glasindustrie gegenüber der Kaufmannsbank erlitt, halb so viel aus wie sämtliche Verluste, die er sich durch Geschäfte im Zusammenhang mit der „Biedermannbank“ zuzog. Daneben schlugen andere Aktien- und Devisengeschäfte, insbesondere die Teilnahme an der missglückten Franc-Spekulation negativ zu Buche.

Als es um die Bezahlung all dieser Verpflichtungen ging, erwies sich Schumpeter jedoch als durchaus guter Verhandler. Zum Beispiel erzielte er mit der Wiener Kaufmannsbank einen Vergleich, dass er bis 1928 nur rund 52.200 Schilling bezahlen musste, und weitere 30.000 Schilling nur fällig werden sollten, falls er bis 1928 zu einem Vermögen oder zu Einkünften jenseits seines Professorengehalt kommen sollte (was beides nicht der Fall war). So musste er schließlich lediglich gut ein Viertel der ursprünglich mit 199.000 Schilling festgelegten Zahlung tatsächlich leisten. Bei der Regelung des Vorgangs und der Aufbringung des Betrages war ihm sein Freund Gottfried Kunwald behilflich.<sup>98</sup>

93 WStLA, Vernehmung Schumpeter 514g.

94 Neue Freie Presse, 11. Juli 1925. Bei McCraw wird fälschlicherweise berichtet, dass Schumpeter zur Zahlung von „199.000 Kronen plus 8 Prozent Zinsen“ verurteilt worden wäre. Damit stellt er den Betrag beinahe um den Faktor 10.000 zu niedrig dar. Vgl. McCraw, Joseph A. Schumpeter, 630, Fn. 11.

95 Bundesarchiv Koblenz (BAK), N/1186/31, Korrespondenz mit Josef Schumpeter, Schreiben Schumpeter an Gustav Stolper vom 22. Februar 1932. Darin schildert er, dass sich seine Schuld an die Biedermannbank im Jahr 1924 auf 400.000 Schilling belief, wobei „fast alle meine Passiva sich damals auf meinem Konto vereinigten“.

96 Resch, Biedermann, 81–84.

97 Darin war u. a. auch sein Beitrag zur Sanierung der Handelskreditbank enthalten. Der Betrag von 400.000 Schilling entspricht einer heutigen Kaufkraft von mehr als 1,3 Millionen Euro.

98 Die Entwürfe des Vergleichsvertrages und die einschlägige Korrespondenz zwischen

Da Schumpeter in der Causa Braun-Stammfest mehrfach als Beschuldigter vernommen wurde (zuletzt, wie erwähnt, im April 1927) musste er jahrelang befürchten, in der Sache mitangeklagt zu werden, was seine mühsam erworbene neue bürgerliche Existenz als Universitätsprofessor in Bonn zerstört hätte. So schrieb er am 26. Juni 1927 an Ottilie Jäckel, die bei der Biedermann-Bank für ihn als Sekretärin gearbeitet hatte, aus Bonn: Vor „allem ist es wesentlich, [dass] ich keine Vorladung *hierher* bekomme“. Verzweifelt überlegte er, ob sein Rechtsanwalt Pimperl bei dem zuständigen Oberstaatsanwalt Schwarz vorsprechen sollte, „damit dieser *weiß*, was bei mir [allein durch eine Anklageerhebung] angerichtet wird und dass eine Position, die im deutschen Geistesleben etwas bedeutet, vernichtet wird, gleichgültig ob Freispruch oder Schuldspruch erfolgt.“<sup>99</sup>

Diese Sorgen und die schweren finanziellen Folgen der übernommenen Bürgschaft bewogen ihn, die Rolle des Konzerngründers nunmehr doch etwas kritischer zu sehen als noch in seinen ersten Aussagen im April und Mai 1925. In einem weiteren Brief an Ottilie Jäckel schrieb er 1927: „Selbstverständlich ... habe ich *niemals* etwas kriminell Belastendes gewusst, sonst hätte ich es nicht gedeckt. Braun hat mich immer angelogen ... eben *das* würde ich vor Gericht sagen. Nichts anderes. Denn mehr als der Untersuchungsrichter sagte, weiß ich noch heute nicht. Brauns Taktik [ist], mich zum Mitschuldigen zu machen, a) weil er hofft, daß auch er dann milde behandelt wird b) weil er mich so zu zwingen hoffte, daß ich, vernommen antworten würde wie ein Verteidiger, schon in der Voruntersuchung c) daß ich in der Verhandlung notwendig ihn mitentlasten muß. *Diese* Hoffnung wäre ihm zu nehmen. Ich habe *kein* dem Gericht unbekanntes Belastungsmaterial. Ich würde vor Gericht, meiner gegenwärtigen Überzeugung entsprechend, sagen, daß *nicht*, wie ich früher glaubte, einfach das Jahr 24 sondern *er* die Unternehmen zugrunde gerichtet hat, worauf vermutlich eine Verurteilung folgt. Selbst als Zeuge müsste und würde ich jetzt so aussagen.“<sup>100</sup>

---

Schumpeter und Kunwald finden sich in ÖStA, AdR, Moskauer Akten, Fonds 616, NL Kunwald, Konvolut Schumpeter. Für die vorliegende Arbeit wurde großzügiger Weise von Herrn Ulrich Hedtke die Rohfassung einer Quellenedition des Bestandes zur Verfügung gestellt, wofür herzlich gedankt sei. Zum Vergleich mit der Kaufmannsbank siehe etwa Konvolut Schumpeter, Blatt 165f, Neufassung des Kaufmannsbankausgleiches vom 5. November 1925 sowie Schreiben von Kunwald an Schumpeter vom 1. Dezember 1925, in dem er mitteilt, dass er das Vergleichsabkommen nun im Namen Schumpeters abgeschlossen habe, Blatt 127ff.

99 Persönliches Archiv Ulrich Hedtke, Kopie eines Schreibens von Schumpeter an „Liebe Gundl“ (= Ottilie Jäckel), 16. Juni 1927.

100 Ebenda, Kopie eines Schreibens von Schumpeter an „Liebe Gundl“ (= Ottilie Jäckel) aus dem Jahr 1927. Eine durch Auslassungen unvollständige Transkription des Briefes, die vermutlich auf derselben Kopie des Originalschreibens basiert, liegt bereits vor in:

Erst mit der Ausfertigung der Anklageschrift am 10. März 1928, die seinen Namen nicht enthielt, konnte er wirklich sicher sein, dass er nicht in das Strafverfahren verwickelt wurde.

Der Prozess gegen Braun-Stammfest und Haller endete am 15. Juni 1929. Der Unternehmensgründer wurde unter Vorsitz von OLGR Dr. Fuhrmann für schuldig befunden, in den Jahren 1923 und 1924 die Zahlungsunfähigkeit der Metallurgischen Werke und Maschinen Fabriks AG Hainfeld, der Oberösterreichischen Elektrotechnischen Werke AG und der Glasindustrie AG Rudolfshütte leichtfertig herbeigeführt und seit November 1923 die Gläubiger dieser Unternehmen dadurch benachteiligt zu haben, dass er in Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaften neue Schulden einging und das Ausgleichsverfahren nicht rechtzeitig beantragte. Des Weiteren wurde er für schuldig befunden, als Schuldner mehrerer Gläubiger fahrlässig seine Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt sowie leichtsinnig und unverhältnismäßig Kredit benützt zu haben. „Er hat hiedurch das Vergehen der fahrl. Krida nach § 486 Z. 1 und 2 und § 486 c STG. begangen“. Braun-Stammfest wurde zu strengem Arrest in der Dauer von fünf Monaten verurteilt, allerdings bedingt mit einer Probezeit von drei Jahren. Franz Haller wurde freigesprochen.<sup>101</sup>

Der Wiener Kaufmannsbank, die im Prozess, in dem sie den Haftungsanspruch gegen Schumpeter einklagte, noch einen Erfolg erzielt hatte, wurde danach bald aufgelöst. Die Direktoren Herzfeld und Mosca büßten ihre Jobs ein und die „Kompaß“, Allgemeine Garantie-Bank übernahm die volle Haftung für alle Einleger, wofür ihr umfangreiche Sicherheiten und die treuhändige Verfügung über die Aktienmehrheit eingeräumt wurden. Eine ordentliche Generalversammlung am 21. September 1927 beschloss schließlich die Liquidation und Löschung, auf die Aktionäre entfiel keine Quote.<sup>102</sup>

Auch jenen Braun-Stammfest-Unternehmen, die 1924 Ausgleichsverfahren beantragten, war kein langes Leben mehr beschieden. Die Metallurgischen Werke konnten die Bedingungen des Ausgleichs nicht erfüllen. Im Jänner 1926 wurde der Konkurs verhängt, mangels Kostendeckung jedoch wieder aufgehoben. Bei der Liquidation entfiel somit auf die Aktionäre keine Quote.<sup>103</sup>

Ähnlich gestaltete sich das weitere Schicksal der Elektro: Das Ausgleichsangebot von 25 Prozent in eineinhalb Jahren konnte nicht eingehalten werden. Der im Februar 1926 verhängte Konkurs wurde mangels Deckung der

---

Eduard März, Joseph Alois Schumpeter – Forscher, Lehrer und Politiker, Wien 1983, 175f.

101 WStlA, Urteil.

102 Compass 1926, 399 und 482; 1928, 463 f; 1929, 449.

103 Compass 1928, 900f.

Kosten aufgehoben, so dass die Gesellschaft im April 1927 in Liquidation trat. Die Realität wurde zwangsweise verkauft und von der größten Gläubigerin, der Wiener Kaufmannsbank erworben. Auf die Aktionäre entfiel auch in diesem Fall keine Quote, und die Liquidationsfirma wurde am 25. Oktober 1927 handelsgerichtlich gelöscht.<sup>104</sup>

Etwas länger zog sich der Todeskampf der Glasindustrie hin, obwohl es diese während der Ära Braun-Stammfest als einzige Gesellschaft nicht geschafft hatte, überhaupt mit der Produktion zu beginnen. Auch das Ausgleichsverfahren dieser Firma endete im Mai 1925 mit einer Quote von 25 Prozent, zahlbar in den folgenden zwei Jahren. Im Herbst 1925 begann die deutsche Industriellenfamilie Zaruba gemeinsam mit der Wiener Kaufmannsbank das Unternehmen zu sanieren. Man setzte das Grundkapital gemäß dem tatsächlichen Erfolg der letzten Kapitalerhöhung mit 2,094 Milliarden Kronen fest und nahm eine Kapitalreduktion auf ein Fünftel (418,8 Millionen Kronen) vor. Danach gab die Gesellschaft 8,8 Millionen neue Aktien aus, was zu einer Kapitalerhöhung auf 2,1788 Milliarden Kronen führte. Von den neuen Aktien übernahm die Gruppe Zaruba 75 Prozent, das übrige Viertel die Wiener Kaufmannsbank und bisherige Aktionäre. Das neue Syndikat verpflichtete sich, den begonnenen Fabriksbau fertigzustellen und dabei mindestens 300.000 Schilling zu investieren, woraufhin die Wiener Kaufmannsbank ihre noch offenen Forderungen von 600.000 auf 200.000 Schilling ermäßigt hätte und die neue Gruppe 54 Prozent aller Aktien erhalten sollte. Der Ausbau wurde im April 1926 fertig gestellt, doch bei der Investitionsabrechnung kam es zu dermaßen heftigen Differenzen zwischen Zaruba und der Kaufmannsbank, dass der Sanierungsversuch als gescheitert angesehen und ein Konkursantrag eingebracht wurde. Dieser wurde mangels Kostendeckung abgewiesen, die Fabrik zur Zwangsversteigerung ausgeschrieben und die Gesellschaft am 13. Juni 1927 aufgelöst.<sup>105</sup>

Auch die nicht von Braun-Stammfest, sondern von einer englischen Gruppe geführte Österreichische Holzapfel-Farbenfabriks AG erlitt das gleiche Schicksal. Bis 1925 wurde vom Hauptaktionär noch Betriebskapital zugeführt. Angesichts notorischer Verluste entschieden sich die Eigentümer jedoch in einer Generalversammlung am 20. Juni 1926 für die Liquidation, wobei auf die Aktionäre auch in diesem Fall keine Quote entfiel.<sup>106</sup>

Einzig die Porzellan, die am engsten mit der Wiener Kaufmannsbank verbunden war, vermochte noch einige Zeit weiterzubestehen, wengleich keineswegs ohne schwere Krisen und Umbrüche. Im Jahr 1925 gelang es dem

---

104 Compass 1928, 1177.

105 Compass 1928, 710.

106 Compass 1928, 1029.

Management, eine Fusion mit der Wiener Porzellanfabrik Augarten AG zu entwerfen. In dieser neuen Konstellation erfolgten weitere Investitionen. Im Herbst 1927 war das Werk mit drei Öfen „modernster Bauart“ aktiv und beschäftigte zirka 300 Arbeiter.<sup>107</sup> Im alltäglichen Betrieb bewährte sich jedoch die Fusion mit der Augarten Porzellan-Gesellschaft nicht. Die AG widersprach in einer Generalversammlung am 23. Juli 1929 den Zusammenschluss, und die Oberösterreichische Porzellan-Industrie AG wurde nunmehr von tschechischen Interessenten unter der Führung der Anglo-tschechoslowakischen Bank, bzw. der dieser nahestehenden „Epiag“ gemeinsam mit dem Bankhaus Liebieg & Co. reorganisiert. Die Epiag übernahm die technische Leitung, legte dann den Betrieb allerdings 1930 nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise still.<sup>108</sup>

### Resümee

Schumpeter hat in seiner Mitwirkung an den Braun-Stammfestschen Unternehmen zweifellos eine Chance erblickt, selber innovative Gründungen, wie er sie in seinen theoretischen Schriften pries, praktisch mitzugestalten.

Die Unternehmen verstanden sich als aktive Reaktion auf die nach dem Ende des Weltkrieges geänderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, verkörperten somit Entrepreneurship im Schumpeterschen Sinne. Die Firmen sollten im neuen österreichischen Binnenmarkt Nachfrage bedienen, die bis dahin vor allem von Anbietern im nunmehrigen „Neu-ausland“ befriedigt worden war. Überdies waren sie weitgehend auf damals innovative „High-tech“-Bereiche ausgerichtet. Insbesondere die Elektrotechnik erwies sich tatsächlich als Branche, in der die wenigen unternehmerischen Erfolgsgeschichten in Österreich während der Zwischenkriegszeit möglich werden sollten. Als Beispiel dafür kann etwa die dynamische Entwicklung der Elin AG<sup>109</sup> genannt werden. In diesem vergleichsweise vielversprechenden Marktumfeld waren immerhin die Porzellan- und die Elektro-Industrie angesiedelt.

Als originell (wenngleich dadurch suspekt) wurde selbst von den Behörden die Vorgangsweise angesehen, das anfängliche Eigenkapital durch die Ausgabe von Interimsscheinen im Rahmen gänzlich informeller geschlossener Investmentfonds mit einem feststehenden Gesamt-Nominale aufzubringen. Als die Aktiengesellschaften später dann tatsächlich konstituiert wurden, fehlte es ihnen jedoch an Betriebskapital, und sie mussten gerade in Zeiten,

<sup>107</sup> Compass 1929, 668f.

<sup>108</sup> Compass 1931, 644; Die Bilanzen, 10. 8. 1929, 522.

<sup>109</sup> Vgl. Jens-Wilhelm Wessels, *Economic Policy and Macroeconomic Performance in Inter-War Europe: The Case of Austria, 1918–1938*, Stuttgart 2007.

als Kredite besonders teuer waren, Darlehen in großem Ausmaß aufnehmen – trotz mehrerer Kapitalerhöhungen. Retrospektiv stellt sich dar, dass während der Inflationsära, als man mit den Interimsfonds (Eigenkapital) arbeitete, Schulden wenig bedrohlich gewesen wären, da die Geldentwertung rasch für Entlastung sorgte. Hingegen wären 1923, als die Schuldenaufnahme stark zunahm und extrem teuer wurde, die Märkte für Eigenkapital vorübergehend einigermaßen liquid gewesen. Das Timing von Eigen- und Fremdkapitalakquisition stellt sich somit im Nachhinein als unglücklich dar.

Vor allem führten aber die ursprünglich unterschätzten technischen und kommerziellen Probleme schließlich zum Zusammenbruch. Sämtliche Fabriken hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sofern die Produktion überhaupt aufgenommen werden konnte, traten Qualitätsprobleme auf, und auch die erhofften Skaleneffekte durch Massenproduktion konnten nicht erzielt werden. Somit war es auch schwierig, einträgliche Absatzkanäle zu erschließen, und die Gruppe brach schließlich Mitte 1924 wegen Überschuldung zusammen.

Schumpeters Vertrauter, Gustav Stolper, hat später zu erklären versucht, was den Ökonomen an Braun-Stammfest so stark faszinierte, dass er ihm auf seinem Weg bis in den wirtschaftlichen Abgrund folgte:<sup>110</sup> „Schumpeter hat in ihm vor allem den hochbegabten und ideenreichen industriellen Unternehmer erblickt“, also genau jene Art von Persönlichkeit, die er in seinem Werk immer wieder als das eigentliche Agens der wirtschaftlichen Entwicklung hervorhob.

---

110 BAK, N/1186/31, Brief Gustav Stolper an Geheimrat Professor Dr. Heinrich Herkner, 10. April 1931.

# **Die Maschinenfabrik Andritz 1938–1945. „Arisierung“, Germanisierung und Restituierung eines österreichischen Unternehmens samt Vorspiel und historischem Epilog**

Fritz Weber

Nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich im März 1938 kam es in Österreich zu weitreichenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen. Diese bestanden einerseits in einer generellen „Modernisierung“ des volkswirtschaftlichen Apparats oder genauer gesagt in einer Modernisierung in Abhängigkeit, bei der die neu getätigten Investitionen vor allem in die Bereiche Schwerindustrie (Hermann Göring-Werke in Linz), Bergbau und Erdölförderung (Zistersdorf) und Energieversorgung (Ausbau der Wasserkraft) flossen. Generell diente Österreich als wirtschaftlicher Ergänzungsraum für die auf vollen Touren laufende deutsche (Rüstungs-)Produktion.<sup>1</sup> Über den Grundstoffsektor hinaus wurden von österreichischen und deutschen Investoren – zum Teil gefördert durch den NS-Staat – beträchtliche Mittel in die Modernisierung der heimischen Industrie gesteckt, insbesondere in die Bauindustrie und in rüstungsnahe Branchen.

Verbunden war diese Entwicklung mit einem Übergang großer Teile der österreichischen Industrie an (private wie staatliche) deutsche Eigentümer. Diese „Germanisierung“ war für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Österreichs nach 1945 weitaus entscheidender als die „Arisierung“. Diese betraf vor allem den kleinindustriellen und gewerblichen Sektor, der unter der Parole der „Rationalisierung der Wirtschaftsstruktur“ von den NS-Behörden durch Schließung unrentabler Betriebe „begradigt“, „rationalisiert“ und von „Überbesetzung“ befreit werden sollte.<sup>2</sup>

---

1 Vgl. Fritz Weber, Die Spuren der NS-Zeit in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte, in: Österr. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 2/1992, 135–165.

2 Fritz Weber, Die Arisierung in Österreich: Grundzüge, Akteure und Institutionen, in: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried, Fritz Weber, Ökonomie der Arisierung. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen (Veröffentlichungen

Auch der Arisierungprozess als gesamter spiegelt – wenn man seine *ökonomischen* Resultate und nicht die dunkle *moralische* Seite zum Maßstab nimmt – diese Strategie wider. So wurden im gewerblichen Sektor insgesamt mehr Betriebe liquidiert als an „arische“ Proponenten übertragen. Je größer die in jüdischem Eigentum befindlichen Betriebe und Unternehmen waren, die arisiert werden sollten, desto stärker trat auch das ökonomische Kalkül in den Vordergrund. Industriebetriebe konnten nicht – wie Trafiken, Kaffeehäuser oder Friseursalons – zu Spottpreisen an „altgediente“ Parteigenossen weitergegeben werden. Für ihre Weiterführung benötigte man kommerziell und technisch geschulte Ariseure und kapitalkräftige Investoren.<sup>3</sup>

Die *Maschinenfabrik Andritz AG* (im Folgenden auch MAG bzw. *Andritz AG* genannt), von der im Folgenden die Rede sein soll, war ein solcher Betrieb, der in seinen besten Zeiten vor und nach dem Ersten Weltkrieg mehr als tausend Beschäftigte gezählt hatte und in den 1930er-Jahren durch die Ungunst der ökonomischen Verhältnisse auf den Status eines mittelständischen Industrieunternehmens herabgedrückt wurde. Die Beschäftigung mit der MAG wirft über die Arisierung hinaus auch die Frage nach den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die österreichische Industrie und ihren möglichen Entwicklungschancen in einem selbständig gebliebenen Staat (mit der gegebenen angebotsorientierten und auf ein ausgeglichenes staatliches Budget ausgerichteten Wirtschaftspolitik) auf. Eine solche Sichtweise verändert auch das immer wieder beschworene Bild von der Arisierung blühender jüdischer Betriebe durch den Nationalsozialismus. Die Wirklichkeit war auch in diesem Fall differenzierter als das von moralisch eingefärbten Vor-Urteilen geprägte populäre Geschichtsgemälde.

### Die Maschinenfabrik Andritz AG

Die *Maschinenfabrik Andritz AG* war eine traditionsreiche Grazer Maschinenbaufabrik. 1852 von einem aus Ungarn stammenden Eisenhändler und Kleinindustriellen namens Josef Körösi als Hammerwerk gegründet, stieg sie durch die Angliederung einer Gießerei rasch zu einem bedeutenden Unternehmen auf. Schon um 1860 beschäftigte die Firma rund 600 Arbeiter; 1873 – am Höhepunkt der Gründerkonjunktur – war diese Zahl auf 1300 angestiegen. Das Produktionsprogramm war von Anfang an breit gefasst.

---

der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 10/1), Wien, München 2004, 62ff; Ders., Ausmaß und Folgen der Arisierung und Liquidierung jüdischer Unternehmen, in: Ebenda, 316ff.

3 Weber, Die Arisierung in Österreich, 95ff; Ders., Ausmaß und Folgen, 318ff.

Von der Wirtschaftskrise, die auf den Börsenkrach von 1873 folgte, wurde die Firma schwer in Mitleidenschaft gezogen; der Mitarbeiterstand wurde um mehr als tausend Arbeiter reduziert. Viktor, der Sohn des 1868 verstorbenen Josef Körösi, verkaufte das Unternehmen 1883 an die Alpine Montangesellschaft, was zu einer Änderung des Erzeugungsprogramms führte. Das Unternehmen erzeugte nun hauptsächlich Maschinen für die Montangesellschaft und spezialisierte sich auf Ausrüstungen für den Walzwerkbau und Hüttenwerkeinrichtungen. Unter anderem wurde die Brückenbau-Abteilung der Alpine nach Graz verlegt, später aber an die Firma R. P. Waagner abgegeben.

1900 wurde das Unternehmen aus dem Konzern der Alpine Montangesellschaft herausgelöst, an ihren Kohlelieferanten (Max von Gutmann) und zwei seiner Geschäftsfreunde (Baron Eduard von Sochor und Baron Karl von Ferstel) verkauft und in eine Aktiengesellschaft, die *Maschinenfabrik Andritz Actiengesellschaft*, umgewandelt.<sup>4</sup>

Die Verteilung des Aktienbesitzes blieb bis 1938 im Wesentlichen unverändert: Max Gutmanns Sohn Wolfgang besaß am 12. März 1938 84% der Aktien; die Nachfolgerinnen der beiden anderen Aktionäre verfügten zusammen über 11%. 4,2% – nach anderen Angaben 5% – wurden dem mit dem Mehrheitseigentümer befreundeten geschäftsführenden Verwaltungsrat Harald Bilowitzki als Sicherstellung für Abfertigungsansprüche übergeben.<sup>5</sup>

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, zu betonen, dass die Aktien sich im Besitz Wolfgang Gutmanns befanden und *nicht* im Eigentum des 1922 gegründeten Bankhauses Gebrüder Gutmann. Der Bank oblag, wie es in einem Gutachten aus dem Jahr 1939 heißt, „die finanzielle Unterstützung des in den letzten Jahren (vor dem „Anschluss“, F.W.) äußerst verlustreich arbeitenden Werkes, die sich in der Form ziemlich umfangreicher und von Anfang an als festgelegt zu betrachtender Kredite abgewickelt hat.“<sup>6</sup>

- 
- 4 Max von Gutmann war mit Emilie Hartmann verheiratet. Deren Schwester Amelie war die Gattin Carl von Ferstels, der Direktor (und Miteigentümer) der *Andritzer Maschinenfabrik* war. Wolfgang Gutmann (1906–1964) war der Sohn von Max Gutmann. (Angaben nach: Wikipedia, Max von Gutmann). Moritz von Gutmann war der Halbbruder Max von Gutmanns. Er starb 1934. Sein Sohn war Wilhelm von Gutmann (1896–1966) ([www.juedishegemeinde.at/Familien/gutmann\\_Ketshendrf.htm](http://www.juedishegemeinde.at/Familien/gutmann_Ketshendrf.htm)). Rudolf Gutmann (1880–1966) flüchtete am 13. März 1938 in die Tschechoslowakei und gelangte von dort aus mit seiner Frau über die Schweiz nach Kanada. Er starb 1966 in Victoria, Kanada (Wikipedia).
  - 5 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Komm. Aufsicht der Maschinenfabrik Andritz AG, Dipl.Ing. Josef Reiter an das Gau-Wirtschaftsamt Graz vom 4. August 1938; *Compass* Jg. 1910, 2. Bd., 387.
  - 6 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939.

Das Bankhaus Gebrüder Gutmann in Wien war 1922 von Max Gutmann gemeinsam mit seinem Halbbruder Rudolf gegründet worden. Die Bank diente von Anfang an eher als Vermögensverwaltungs- und Holdinggesellschaft für den industriellen Komplex der Familie Gutmann denn als Bankinstitut im eigentlichen Sinn des Wortes. Sie war gewissermaßen die Zentrale des Gutmann-Konzerns. „Wie groß die Aktivität des Bankhauses, das 1931 noch 60 Mitarbeiter beschäftigt hatte, vor dem ‚Anschluss‘ tatsächlich noch war“, lässt sich nach dem Urteil Peter Melichars „schwer beurteilen.“<sup>7</sup>

Zum Zeitpunkt des Anschlusses (und vermutlich schon während der ganzen 1930er-Jahre nach dem Tod Max Gutmanns<sup>8</sup> im Jahr 1930) waren die Beteiligungsverhältnisse beim Bankhaus Gebrüder Gutmann und bei der Kohlengroßhandlung Gebr. Gutmann folgende (in %): Wilhelm Gutmann: 40%, Rudolf Gutmann: 30%, Wolfgang Gutmann: 30%.<sup>9</sup>

Nach der Übernahme der Andritzer Maschinenfabrik durch Max von Gutmann im Jahr 1910 wurde das Erzeugungsprogramm geändert; es umfasste nun Hochdruck-Kreiselpumpen, Wasserturbinen, Kräne und maschi-

7 Peter Melichar, Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution. (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 11), Wien 2004, 289. Siehe zum Bankhaus allgemein: Ebenda, 287ff sowie Theodor Venus, Abgebrochene Rückkehr: Der Fall des Bankhauses Gebrüder Gutmann, in: Verena Pawlowski, Harald Wendelin (Hg.) Arisierte Wirtschaft, Wien 2005, 152–170.

8 Wilhelm von Gutmann (1826–1895), der Gründer der Unternehmersdynastie, stammte aus ärmlichen Verhältnissen. In Leipnik in Mähren geboren, stieg er zusammen mit seinem Bruder David (1834–1912) in das Kohlengeschäft ein und gründete 1853 gemeinsam mit diesem die Firma Gebrüder Gutmann, die bald zum größten Kohleunternehmen Österreich-Ungarns aufstieg. 1865 übernahmen die Gutmann-Brüder zusammen mit Anselm Salomon von Rothschild die Witkowitz Eisenwerke (in der Nähe von Mährisch-Ostau). Wilhelm von Gutmann wurde 1878 nobilitiert. Er war 1891–1892 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) in Wien. Zusammen mit seinem Bruder David war er Mitbegründer der *Israelitischen Theologischen Lehranstalt* und des *Israelitischen Mädchenwaisenhauses* in Wien. Er war Mitglied des Niederösterreichischen Landtages und Gründer des Industriellenklubs (des Vorläufers der Industriellenvereinigung). (Angaben nach Wikipedia, Wilhelm von Gutmann) Max Gutmann, der Sohn Wilhelm von Gutmanns, starb 1930. Er war 1883 in die von seinem Vater und seinem Onkel David Gutmann gegründete Firma *Gebrüder Gutmann* eingetreten, die eine Kohlenhandelsfirma betrieb. 1888 wurde er Teilhaber. Die Gutmanns waren zusammen mit der Familie Rothschild auch Gewerker der *Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft*, eines der größten schwerindustriellen Unternehmen Mitteleuropas. Sie waren eine renommierte Industriellenfamilie. Max von Gutmann war Präsident des Industriellenklubs, dessen Gründung auf seinen Vater Wilhelm von Gutmann zurückging. (Franz Kirnbauer, Gutmann, Max Ritter von, in: Neue Deutsche Biographie 7 (1966), 347f (Onlinefassung).

9 Wilhelm und Rudolf Gutmann waren Brüder; Wolfgang war der Neffe von Wilhelm und Rudolf. Vgl. Melichar, Neuordnung im Bankwesen, 288.

nelle Ausrüstungen für Tunnelbauten. Der Mitarbeiterstand schwankte zwischen 1900 und 1914 zwischen 1000 und 1200. Im Ersten Weltkrieg wurde Andritz auf Rüstungsproduktion umgestellt. Nach dem Krieg verlor die Firma durch den Zerfall der Monarchie einen beträchtlichen Teil des Absatzgebietes. Nach einem kurzen Stillstand am Ende des Krieges wurde die Friedenserzeugung wieder aufgenommen und der Beschäftigungsstand erreichte im Verlauf der zwanziger Jahre wieder das Vorkriegsniveau. Dies war vor allem dem Umstand geschuldet, dass es gelang, die Exporte nach Italien, Rumänien, Polen, Russland und Jugoslawien wieder in Gang zu bringen.

Grundsätzlich traf auf die Andritzer Maschinenfabrik zu, was Otto Bauer einmal über die österreichischen Unternehmen allgemein gesagt hatte: „Im Grunde genommen sind selbst unsere großen Betriebe organisch gar keine Großbetriebe, sondern oft nur eine Summe von Greißlereien, in denen auf jeder Maschine etwas anderes erzeugt wird.“<sup>10</sup> Das Erzeugungsprogramm der MAG bezog sich auf fast alle Bereiche des Maschinenbaus, ohne dass – bedingt durch die Geschichte des Unternehmens – eine Spezialisierung und Schwerpunktsetzung vorhanden gewesen wäre. Nach den Angaben des Wirtschaftsprüfers, der das Unternehmen 1939 untersuchte, umfasste das Erzeugungsprogramm zum Schluss „die Anfertigung von Turbinen, Walzwerks- und Hütteneinrichtungen, Kompressoren, Dampfmaschinen, Schützen- und Wehranlagen, Pumpen, Kranen und Hebezeugen, Brücken, allgemeine Maschinen, Graugußteilen und Metallguß“.<sup>11</sup>

Trotz dieser internen Diversifizierung wurde die Firma von der Weltwirtschaftskrise stark in Mitleidenschaft gezogen. 1932 wurde der Betrieb mit Ausnahme der Gießerei ganz eingestellt.<sup>12</sup> Eine Weiterführung des Werks konnte erst durch einen Forderungsverzicht des Bankhauses Gebr. Gutmann sichergestellt werden. Doch wurde der Betrieb stark reduziert. Ende 1932 waren nur noch etwas mehr als 300, 1937 gerade einmal 250 Mitarbeiter beschäftigt. Erst „(i)m Zeichen des beginnenden Wiederaufstieges“ – gemeint ist damit offensichtlich die Zeit nach dem „Anschluss“ – seien wieder Investitionen vorgenommen und „zahlreiche Werkzeugmaschinen wie Bohrwerke, Karussell-Drehbänke etc.“<sup>13</sup> angekauft worden.

---

10 Otto Bauer, *Die Wirtschaftskrise in Österreich, Ihre Ursachen – ihre Heilung*, in: *Werkausgabe*, 3. Band, Wien 1976, 263.

11 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939.

12 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark an das Amt der steiermärkischen Landesregierung, Abt. 4, vom 13. Juni 1947 (= 96.724–6/47).

13 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Exposé (undatiert).

Auf die Ereignisse rund um die Werksschließung im Jahr 1932 wurde auch im ersten Bericht des Kommissarischen Leiters des Unternehmens vom 4. August 1938 Bezug genommen. Die Schließung wurde darauf zurückgeführt, dass Wolfgang Gutmann anlässlich des Erbantritts nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1930 die Zahlung der Erbschaftssteuer vermeiden habe wollen. Die Fabrik sei im Zuge dessen im März 1932 geschlossen und erst nach sechs Monaten „nach zähem und opferreichem Kampf“ der Belegschaft und der Betriebsräte wieder eröffnet worden.<sup>14</sup>

Die Andritzer Maschinenfabrik war in diesem Zusammenhang sogar Gegenstand von Erörterungen im Ministerrat. Auslöser der Diskussion war die Frage der Erbschaftsgebühren der Erben Max Gutmanns, die im Jahr 1930 fällig geworden waren. Sie hatten ursprünglich drei Mio. S ausgemacht. 1932 war noch immer mehr als ein Drittel offen, sodass sich Rudolf Gutmann gezwungen sah, den größten Teil seines Grundbesitzes an den regierenden Fürsten von Lichtenstein, Franz I., zu verkaufen, der mit Elsa von Gutmann, einer Tochter Isaak Gutmanns, verheiratet war. In dieser Situation erklärte Gutmann, die AMG verkaufen zu wollen. Gutmann, so wurde dem Ministerrat von Finanzminister Emanuel Weidenhoffer erklärt, „habe von der Maschinenfabrik in Andritz niemals eine Dividende bezogen, sondern sich vielmehr den Luxus geleistet, Jahr für Jahr den Abgang ... zu decken. Dieser Vorgang sei, wirtschaftlich betrachtet, schlecht gewesen, denn er habe bewirkt, dass das Unternehmen nicht rationell geführt worden sei, dass man sich darauf verlassen habe, dass Guttmann (sic) für das Defizit aufkommen werde. Augenblicklich schulde die Maschinenfabrik Andritz dem Bankhaus Guttmann 2,7 Millionen Schilling. Der Verlust des Jahres 1931 habe sich auf 500.000 Schilling belaufen.“<sup>15</sup>

Die Ankündigung, das Andritzer Unternehmen samt seinen Patenten zu veräußern, rief in der Regierung die Befürchtung wach, dass die Fabrik stillgelegt und damit die Arbeitslosigkeit in Graz gesteigert werden könnte. Finanzminister Weidenhoffer schlug daher vor, die restlichen Erbschaftsgebühren von 1,1 Millionen Schilling zu erlassen und dafür das Bankhaus Guttmann zu verpflichten, den Betrieb für mindestens fünf Jahre weiterzuführen.<sup>16</sup> Schließlich einigte man sich darauf, dass die Bank auf Forderungen an

---

Im Zuge des Arisierungsverfahrens geäußerte Mutmaßungen, dass die letzten größeren Investitionen in die Zeit des Ersten Weltkrieges gefallen seien, sind offensichtlich falsch.

14 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Komm. Aufsicht der Maschinenfabrik Andritz AG, Dipl.Ing. Josef Reiter an das Gau-Wirtschaftsamt Graz vom 4. August 1938.

15 Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abt. VIII, Kabinett Engelbert Dollfuß, 20.5.1932 bis 18.10.1932, Protokoll der Sitzung vom 1. Juni 1932. 44.

16 Ebenda, 46f.

die MAG in der Höhe von zwei Mio. S verzichten und einen neuen Kredit von einer halben Million Schilling gewähren sollte. Im Gegenzug wurden die restlichen Erbschaftsgebühren erlassen.<sup>17</sup>

Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass trotz dieser Abmachung weitere Versuche unternommen wurden, die MAG zu veräußern, so im Juni 1934 und im Herbst 1935. 1935 sei, berichtete der geschäftsführende Verwaltungsrat der MAG, Bilowitzki, „unter dem Druck des Sozial-Ministeriums, welches mit dem Entzug der öffentlichen Kohlenlieferungen drohte, falls die Maschinenfabrik Andritz gesperrt werden wollte, erreicht (worden), dass sich der Besitzer der Aktienmehrheit (Wolfgang Gutmann, F.W.) bereit erklärte, die Fabrik ... mit finanziellen Zuschüssen seitens des Bankhauses fortzuführen“.<sup>18</sup>

Im Sommer 1937 kam es zu einer neuen Krise, weil der Zuschussbedarf der Maschinenfabrik stetig angestiegen war und erneut den Betrag von 150.000 Schilling überschritten hatte. In dieser Situation verhinderte Bilowitzki den Verkauf der Firma an Konkurrenten, weil diese „offensichtlich die Stilllegung (von Andritz, F.W.) beabsichtigten“<sup>19</sup>.

Die Verkaufsabsichten waren damit aber nicht aus der Welt geschafft. Kurz vor dem „Anschluss“ wurde von mehreren Konkurrenzunternehmen erwogen, die Andritzer Maschinenfabrik zu erwerben und zu liquidieren, den Maschinenpark zu verschrotten und sich ihre produktiven Abteilungen und die Patente einzuverleiben. Der diesbezügliche Vertrag sollte am 14. Februar 1938 unterschrieben werden.<sup>20</sup> Dazu ist es dann aber nicht mehr gekommen.

### **Fortdauernde betriebswirtschaftliche Probleme nach dem „Anschluss“**

Nach dem „Anschluss“ vom März wurde die MAG zur Arisierung freigegeben. Ihr Großaktionär Wolfgang Gutmann verfügte damals über 126.000 der insgesamt 150.000 Aktien des Unternehmens, also über 88,2% (84% im eigenen Besitz + 4,2% als prospektive Abfertigung an Harald Bilowitzki). Zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ befand sich Wolfgang Gutmann auf Hoch-

---

17 Ministerratssitzung vom 25. Juni 1932, 280.

18 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Kommissarische Aufsicht der Maschinenfabrik Andritz AG, Dipl.Ing. Josef Reiter, an das Gau-Wirtschaftsamt Graz vom 4. August 1938.

19 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Brief Harald Bilowitzki an das Gauwirtschaftsamt von Steiermark (Landesstatthalter A. Dadiou) vom 7. Juli 1938; sowie: Aktennotiz vom 5. Oktober 1938 (Unterschrift unleserlich).

20 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Direktorium der Fa. J.M. Voith an Baurat Erich Heller, Direktor der ÖCA-WBV (Österreichische Creditanstalt – Wiener Bankverein), vom 29.1.1938; Maschinen und Waggonbau-Fabriks AG in Simmering an Baurat Heller, 3. Februar 1938; Brief Harald Bilowitzki an das Gauwirtschaftsamt von Steiermark (Landesstatthalter A. Dadiou) vom 7. Juli 1938.

zeitsreise in Ägypten. Er kehrte nicht mehr nach Österreich zurück, sondern ging in die Schweiz.<sup>21</sup> Seine österreichischen Vermögenswerte wurden unter kommissarische Verwaltung gestellt.

Gutmans Aktienpaket wurde von einer Aktionärsgruppe um den Grazer Rechtsanwalt Ferdinand Knaffl (im folgenden „Grazer Gruppe“ genannt) übernommen. Die Arisierung orientierte sich an folgender Konstruktion: Die *Andritz AG* schuldete im Mai 1938 „verschiedenen Unternehmungen des Hauses Gebrüder Gutmann in Wien“ (dem *Bankhaus Gebrüder Gutmann* selbst und zwei Gesellschaften, „die Ableger des Bankhauses Gebrüder Gutmann waren“<sup>22</sup>) etwas mehr als 1,5 Mio. S.<sup>23</sup> Bei einer dieser Firmen handelte es sich vermutlich um die Industrie- und Handels AG in Schaffhausen, die von einem der Gutachter als „schweizerisches Schwesterinstitut“ der Gutmann-Bank in Wien bezeichnet wurde.<sup>24</sup> Die Industrie- und Handels AG fungierte, ähnlich wie Wiener Bank, als eine Art von Gutmannscher Vermögensverwaltung.

Wolfgang Gutmann hatte an der MAG zu diesem Zeitpunkt nur mehr ein eher passives Interesse. Doch scheint es ihm – aus welchen Gründen immer –

- 
- 21 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Wolfgang Gutmann, Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung vom 1. Juni 1938, gibt als Adresse das Hotel Belle Rive au Lac an.
  - 22 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Eingabe Kämper-Motoren AG und RA Dr. Ferdinand Knaffl an den Reichstatthalter von Steiermark (Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle in Graz), ohne Datum (Februar? 1941).
  - 23 Zum Wirtschaftskomplex Gutmann gehörten neben dem Bankhaus Gebr. Gutmann, der Kohlenhandlungsfirma Gebr. Gutmann und der Andritzer Maschinenfabrik verschiedene Domänen und Ländereien. (Siehe Melichar, Neuordnung im Bankwesen, 288.) Die Familie Gutmann verfügte auch über eine Beteiligung von 49% an den 1873 gegründeten Witkowitz Eisenwerken. Die *Witkowitz Eisenwerke* waren nicht nur eines der bedeutendsten schwerindustriellen Unternehmen Österreich-Ungarns (später der Tschechoslowakei), sie hatten auch eine enorme rüstungswirtschaftliche Bedeutung. Das Bankhaus S.M. v. Rothschild hielt in den 1920er-Jahren 51%. Später ging ein nicht genau eruierbarer Anteil des Rothschild-Aktienpakets an die französischen und englischen Rothschilds über. Nach der Eroberung der Tschechoslowakei durch das Deutsche Reich wurden die Witkowitz Eisenwerke in den Konzern der Hermann-Göring Werke eingegliedert. Ihretwegen wurde Louis Nathaniel Rothschild nach dem „Anschluss“ von den Nationalsozialisten in Wien in Geiselhaft genommen. Siehe: Fritz Weber, Der letzte große Kapitalist. Louis Nathaniel von Rothschild, in: Kristian Sotriřer (Hrsg.), Das größere Österreich, Wien 1982, 351–354; Milan Myřka, Das Wiener Bankhaus Rothschild und das wirtschaftliche Wachstum Mährens und Österreichisch-Schlesiens, XIV. International Economic History Congress, Session 70, Helsinki 2006.
  - 24 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939. In einer gleichfalls dem Akt beiliegenden Aktennotiz vom 5. Oktober 1938 wird die *IHAG* als „ein schweizerisches Unternehmen“ bezeichnet, „das von Gutmann kontrolliert wird“.

wichtig gewesen zu sein, den Industriebesitz zu halten. Seit 1935 wurde das Unternehmen, wie bereits erwähnt, de facto von seinem Jugendfreund Harald Bilowitzki geleitet. Die Firma befand sich in den späten dreißiger Jahren in einem besorgniserregenden Zustand: Die Bilanz des Jahres 1937 wies einen Verlustvortrag von fast 738.000 S aus, der durch Auflösung von Kapitalrücklagen auf etwa eine halbe Millionen Schilling herabgedrückt wurde, sich aber durch den Verlust des laufenden Geschäftsjahres wieder auf 655.000 S erhöhte. Möglicherweise war die Bilanz auch noch viel ungünstiger. Darauf deutet nicht nur die (gewiss partielle und daher mit Vorsicht zu bewertende) Aussage der Ariseure hin, dass Ende 1937 „nahezu das gesamte Aktienkapital ... verloren gegangen (war)“.<sup>25</sup>

Eine Aufstellung über die Gewinne und Verluste des Unternehmens im Zeitraum 1925–1937 zeigt eine ernüchternde Bilanz: Nur in vier Geschäftsjahren (1925, 1926, 1928 und 1929) waren minimale Gewinne erzielt worden. Insgesamt ergab die gesamte Periode einen kumulierten Verlust von fast 1,3 Mio S.<sup>26</sup>

Nach Ansicht Knaffls befand sich das Unternehmen seit der Weltwirtschaftskrise in einem Zustand des „fortschreitende(n) Verfall(s)“. Daher habe Wolfgang Gutmann selbst seit langem die Liquidation des Unternehmens erwogen. „Dass es zu dieser Massnahme vor dem Umbruch nicht gekommen ist, ist nur darauf zurückzuführen, dass zwischen der österreichischen Regierung und dem Majoritätsbesitzer Bindungen bestanden, die es dem Majoritätsbesitzer immer wieder ratsam erscheinen liessen, den unrentablen Besitz zu Gunsten anderer, von der Regierung gewährten (sic) Vorteile bestehen zu lassen. Hier spielten die Kohlenbelieferungs-Verträge des Hauses Gutmann an die damalige Bundesbahn eine entscheidende Rolle.“<sup>27</sup>

Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1932/33 sollen bei Andritz nur mehr achtzig Menschen beschäftigt gewesen sein, am 1. Jänner 1938 weniger als 300.<sup>28</sup> Erst danach begannen die Belegschaftszahlen wieder zu steigen (siehe Tabelle 1)

---

25 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Eingabe Kämper-Motoren AG und RA Dr. Ferdinand Knaffl an den Reichstatthalter von Steiermark (Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle in Graz), ohne Datum (vermutlich Februar 1941).

26 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939.

27 Ebenda.

28 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Komm. Aufsicht der Maschinenfabrik Andritz AG, Dipl.Ing. Josef Reiter an das Gau-Wirtschaftsamt Graz vom 4. August 1938.

Tabelle 1: Anzahl der Beschäftigten bei der MAG 1934–1939

Jahr	Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge	Insgesamt
1934 (Jahresende)	24	66	20	110*
1935 (Durchsch.)	29	85	33	147
1936 (Durchsch.)	32	120	30	182
1937 (Durchsch.)	40	180	38	258
1938 (26. Mai)	55	215	47	317
1938 (1. Juli)	59	228	49	336
1938 (Jahresende)	68	366	59	493
1939 (Durchsch.)	74	435	k.A.	509

\*) *Compass 1934, Industrie und Handel Österreich, S. 510f.*, gibt für 1933 einen Arbeiterstand von 400 an; *Compass 1935, Industrie und Handel Österreich, S. 524*, für 1934 einen Arbeiterstand von 300. *Quellen: Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939; R 8135/9320: Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien, über die bei der Firma Maschinenfabrik Andritz AG vorgenommene Sonderprüfung vom 14. Februar 1939; VVSt Graz LG/I 116/III: Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG Zweigniederlassung Wien, über die bei der Firma Maschinenfabrik Andritz AG vorgenommene Sonderprüfung vom 5. Dezember 1940.*

Der Maschinenpark der MAG scheint in den dreißiger Jahren überaltert gewesen zu sein. Viele Maschinen stammten – was in der österreichischen Industrie dieser Zeit durchaus keinen Sonderfall darstellt – offenbar noch aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Zwischen der Goldbilanzerstellung (1. Jänner 1925) und Ende 1937 verzeichneten die Geschäftsbücher nur Zugänge an Maschinen und maschinellen Einrichtungen in der Höhe von rund 273.000 S. Dies reichte vermutlich nicht einmal zum Ersatz der Abschreibungen hin.<sup>29</sup> Ebenso wenig wie für die Verbesserung der maschinellen Einrichtung wurden Mittel für Ersatzinvestitionen aufgewandt. Bei den Produktionsanlagen handelte es sich „zum überwiegenden Teile um sehr alte und auch veraltete Maschinen ..., die in absehbarer Zeit eines Ersatzes durch neuzeitliche Maschinen (bedurften)“.<sup>30</sup> Auch einzelne Gebäude waren dem Verfall preisgegeben; ebenso gab es Erosionserscheinungen bei der Belegschaft.<sup>31</sup>

29 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939.

30 Ebenda.

31 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Kommissarische Aufsicht der Maschinenfabrik Andritz AG, Dipl.Ing. Josef Reiter an das Gau-Wirtschaftsamt Graz vom 4. August 1938.

Seit der Weltwirtschaftskrise war die Lage des Unternehmens verzweifelt. Als Firma, die „hauptsächlich Lieferant der Schwerindustrie sowie der übrigen Grossindustrien“ war<sup>32</sup>, litt die MAG besonders stark unter der Ungunst der Konjunktur. Der dramatische allgemeine Investitionsrückgang wirkte sich direkt auf die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Firma aus. „Während das Unternehmen zur Zeit der Monarchie und auch in den ersten Nachkriegsjahren recht beachtliche Leistungen vollbrachte“, heißt es dazu im Untersuchungsbericht Professor Julius Zieglers vom 3. Jänner 1939, „ist es besonders in der Zeit nach 1930 durch das Aufhören jedweder Investitionstätigkeit in der österreichischen Industrie in ganz besonderem Maße notleidend geworden. Die Kapazität des Werkes konnte (zu) nicht mehr als ... 15 bis 20% ausgenützt werden, was zur Folge hatte, daß die letzten Geschäftsjahre ... mit recht erheblichen Verlustergebnissen abgeschlossen haben. Hätte nicht das dem Hauptaktionär Wolfgang von Gutmann nahestehende Bankhaus Gebrüd. Gutmann ansehnliche Kredite – in der letzten Zeit sogar zinsenlos auf mehr oder minder unbeschränkte Zeit – zur Verfügung gestellt, so wäre der Zusammenbruch der Aktiengesellschaft nicht zu vermeiden gewesen.“<sup>33</sup> Diese Kredite bzw. Subventionen Wolfgang Gutmanns und der *Industrie- und Handels AG* in Schaffhausen an die Andritzer Fabrik beliefen sich zum Zeitpunkt des Anschlusses auf rund 800.000 RM.<sup>34</sup> Sie verteilten sich zum überwiegenden Teil auf das Bankhaus Gebrüder Gutmann (551.800 S) und 252.900 S auf die IHAG. In beiden Fällen waren die Zinsen „in den letzten Jahren“ erlassen worden.<sup>35</sup>

Da über ein Jahrzehnt hinweg „keine nennenswerten Neuanschaffungen“ vorgenommen worden waren, räsionierte die Vermögensverkehrsstelle Graz, sei „der Großteil der maschinellen Einrichtungen als technisch überholt anzusehen ... Im Zusammenhange damit und infolge der durch die Vielfalt des Fabrikationsprogramms bedingten Zersplitterung der Arbeitskräfte steht eine gewisse Veralterung der Erzeugnisse der Andritzer Maschinenfabrik A.G., ihre Patente und Konstruktionen können daher nicht als besonders wertvoll

32 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Wolfgang Gutmann, Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung vom 1. Juni 1938.

33 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939.

34 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Vermögensverkehrsstelle Graz, Aktennotiz vom 8. Oktober 1938 sowie: Bericht der Deutschen Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die bei der Maschinenfabrik Andritz Aktiengesellschaft vorgenommene Prüfung des Status vom 31. Mai 1938.

35 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Bericht der Deutschen Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die bei der Maschinenfabrik Andritz Aktiengesellschaft vorgenommene Prüfung des Status vom 31. Mai 1938.

angesprochen werden.“ Ein neuer Unternehmer werde also „sehr bedeutsame Mittel aufwenden müssen, um den Betrieb zu rationalisieren und rentabel zu gestalten“.<sup>36</sup>

So sehr diese Einschätzung auch angesichts der Tatsache, dass seit 1932 in wachsender Intensität die Absicht bestand, die Maschinenfabrik zu schließen bzw. zu verkaufen, realistisch erscheint – es gab auch optimistischere Beurteilungen:

*„Bei einer Besichtigung der Werksgrundstücke, Gebäude und maschinellen Einrichtungen haben wir“, heißt es in einem Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, „den Eindruck gewonnen, daß die (anlässlich des Arisierungsverfahrens erstellten, F.W.) ... Schätzungen sehr vorsichtig gehalten waren und daß auch der Maschinenpark zwar zum großen Teil aus alten, aber sehr gut instand gehaltenen, in den vergangenen Jahren nur wenig beanspruchten und voll einsatzfähigen Stücken besteht, (...) Wir haben uns daher veranlaßt gesehen, den als Grundlage für das Entjudungsverfahren ermittelten Wert des Anlagevermögens um 10% zu erhöhen ...“<sup>37</sup>*

Nichtsdestotrotz muss man – ohne dem „Anschluss“ eine allzu positive Rolle zuzumessen – dem Urteil der *Deutschen Revisions- und Treuhand AG* zustimmen:

*„Die Gesellschaft befand sich in einer ausgesprochenen Krise, hatte ständig hohe Betriebsverluste und hätte, wenn der politische Umbruch erst später eingetreten wäre, ihren Betrieb einstellen müssen.“<sup>38</sup>*

### **Die Entwicklung des Unternehmens nach der Arisierung**

Die nach dem „Anschluss“ aufgelaufenen Verluste spiegelten zum Teil die verstärkte Investitionstätigkeit wider; zum Teil waren sie das Ergebnis der durch die Währungsumstellung (= Aufwertung des Schilling) hervorgerufenen Verschlechterung der Konkurrenzsituation gegenüber dem „Altreich“. Darüber hinaus beeinflussten auch die nach 1938 rasch wechselnden

---

36 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Vermögensverkehrsstelle Zweigstelle Graz, Aktennotiz vom 5. Oktober 1938.

37 Bundesarchiv (BA) Berlin, R 8135/9320. Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien, über die bei der Firma Maschinenfabrik Andritz AG vorgenommene Sonderprüfung vom 14. Februar 1939.

38 Ebenda.

Eigentumsverhältnisse, die wiederholten Wechsel in der Leitung des Unternehmens und das Bestreben, Aufträge um jeden Preis hereinzunehmen, den Geschäftserfolg negativ:

- 1939 Arisierung durch die Knaffl-Gruppe, im Dezember 1939 Übergang der Aktienmajorität an die Kämper-Motoren AG in Berlin-Marienfelde, 1940 Erwerb der im Besitz der Kämper-Motoren AG befindlichen Aktien und der restlichen Aktien der Knaffl-Gruppe durch die DEMAG AG in Duisburg bzw. deren Tochtergesellschaft, die Wittenauer Maschinenfabrik G.m.b.H.<sup>39</sup> Danach kam es bis zum Ende des Nationalsozialismus zu keiner weiteren Besitzänderung mehr.
- Bilowitzki schied Anfang 1940 aus dem Unternehmen aus. Ihm folgte ein Dipl.-Ing. Markus nach, der aber schon im August die MAG wieder verließ und durch Ing. Theodor Büchi (aus Berlin) als Vorstandsmitglied und Betriebsführer ersetzt wurde.
- In der auf den „Anschluss“ folgenden Wirtschaftsbelebung „wurden Bestellungen wahllos hereingenommen und Geschäfte zu Preisen abgeschlossen, welche viel zu niedrig kalkuliert wurden“.<sup>40</sup>
- Daraus resultierte für 1938 ein Verlust, der sich „nicht aus einem konkreten, verfehlten Geschäft, sondern daraus (ergab)..., dass die veraltete Einrichtung weder eine Erhöhung des Tempos der Ausbringung noch die Erstellung konkurrenzfähiger Preise ... möglich macht(e)“.<sup>41</sup>

Die Auswirkungen dieser miteinander verschränkten Prozesse werden in einem der zahlreichen Gutachten zur Situation der Firma folgendermaßen beschrieben:

39 Da das Andritzer Werk zu einem Rüstungsbetrieb umgestaltet worden sei und mit der Wittenauer Maschinenfabrik G.m.b.H. kooperieren sollte, „erschien es (dem Management der Demag, F.W.) zweckmäßig, dass die Aktien der Maschinenfabrik Andritz A.G. von der Wittenauer Maschinenfabrik G.m.b.H. übernommen wurden. Letztere hat demgemäß die Aktien von der Kämper-Motoren A.G. gekauft“. (Demag AG an Dkfm. Oscar Pawlitschek, BM für Finanzen, 15.1.1954, beiliegend dem Akt BM für Finanzen, Zl. 208.164/2–35/54).

40 Davon abweichende Angaben in Wolfgang Gutmanns an die Vermögensverkehrsstelle in Wien gerichtetem „Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung“ vom 1. Juni 1938. (Steiermärkisches Landesarchiv: VVSt Graz LG/I 116/III).

41 Steiermärkische Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Eingabe Kämper-Motoren AG und RA Dr. Ferdinand Knaffl an den Reichstatthalter von Steiermark (Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle in Graz), ohne Datum (vermutlich Februar 1941).

*„Das Fabrikationsprogramm, das bis zum Anschluß der Ostmark an das Reich sehr vielseitig war, sollte im Rahmen der Rationalisierungsbestrebungen stark eingeschränkt werden. Die Fabrik sollte sich auf den Kranbau und auf den Kompressorenbau beschränken; die Abteilung Allgemeiner Maschinenbau sollte nur noch den Bedarf der umliegenden Hütten- und Großindustrie, den diese Werke anderweitig nicht unterbringen können, decken, während die Abteilung Pumpenbau nur noch große Pumpen herstellen sollte ... Der Turbinen- und Walzwerksbau sollte ganz eingestellt werden ... Hatte sich schon die Feststellung des endgültigen Produktionsprogramms verhältnismäßig lange hingezogen ..., so stieß die praktische Durchführung des festgelegten Produktionsprogramms auf mannigfache Schwierigkeiten, die ihrerseits wieder in dem mehrfachen Besitzwechsel und ... in der noch häufigeren Änderung der Betriebsleitung begründet sein dürfen. Vor allem sollen verschiedene Auffassungen bei den auf einander folgenden Betriebsführungen über die für Andritz zweckmäßigste Produktion geherrscht haben, sodaß einmal die Umstellung des Betriebs auf serienmäßige Fabrikation von Kompressoren im Vordergrund stand und dann wiederum – entgegengesetzt dieser Auffassung – die Meinung vertreten wurde, daß das Schwergewicht der Produktion von Andritz entsprechend seiner Entwicklung und werkstättenmäßigen Ausrüstung auf Einzelfertigung im Großmaschinen- und Kranbau gelegt werden müsse.*

*Durch diese gegensätzlichen Auffassungen ist es zu keiner klaren Entscheidung gekommen, und das Fabrikationsprogramm ist praktisch unverändert geblieben.“<sup>42</sup>*

Ab 1940 wurde mit der Umstellung auf die Rüstungsproduktion begonnen: In diesem Jahr wurde in den Fabrikhallen der ehemaligen Stahlgießerei eine Geschoß-Presserei und -Schupperei eingerichtet, 1941 in einer anderen Halle des Werkes die Flakrohrfertigung aufgenommen.

Die potentielle „wehrwirtschaftliche“ Bedeutung und damit das diesem Element innewohnende betriebswirtschaftliche Potential für eine künftige Besserung der Lage des Unternehmens war von Anfang an ein Argument, das in der nationalsozialistischen Logik für eine rasche Arisierung der Andritzer Maschinenfabrik sprach.<sup>43</sup> Dazu kam das Gebot nationalsozialistischer

42 Steiermärkischen Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien, über die bei der Maschinenfabrik Andritz AG vorgenommene Sonderprüfung vom 5. Dezember 1940.

43 In der „Aktennotiz über die Maschinenfabrik Andritz AG“, (Akt. No. 166 der Vermögensverkehrsstelle Wien vom 28. September 1938), enthalten in: Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III, heißt es: „Die endgiltige Uebernahme des Werkes durch die Käufer ist äusserst dringend, weil staatliche und Aufträge der Heeresverwaltung

„Solidarität“: Einer der Ariseure, Dipl.Ing. Rudolf Steiner, war – wenn schon nicht finanzkräftig – so doch ein „verdiente(r) Parteigenosse, der als Erster im Jahre 1933 in der Steiermark unter die Anklage des Hochverrats gestellt wurde und im Laufe des Juliputsches nach Jugoslawien flüchten mußte“.<sup>44</sup> Steiner war von 1923 bis 1932 Mitglied des steirischen Heimatschutzes gewesen. 1932 trat er der NSDAP bei. Nach dem Juliputsch 1934 flüchtete er über Jugoslawien ins Deutsche Reich.<sup>45</sup> Auch der arisierende Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Knaffl war „illegales Parteimitglied ... und hat(te) für die Bewegung sehr viel getan“.<sup>46</sup>

Die für die Arisierung (insbesondere auf der Ebene kleinerer Betriebe) typische Vermengung von NS-Klientelpolitik und die für größere Unternehmen notwendige Bedachtnahme auf betriebswirtschaftliche Kenntnisse hatte im Fall der Andritzer Fabrik eine im Sinne der Akteure gewissermaßen ideale Ergänzung im Zusammenspiel von Parteigenossenschaft und ökonomischer Kompetenz (in Gestalt des Harald Bilowitzki). Bilowitzki hatte zudem den Vorteil eines quasi „freundlichen“ Ariseurs, weil er zu Wolfgang Gutmann ein amikales Verhältnis unterhielt.<sup>47</sup>

### Der Fortgang der Arisierung

Bereits am 26. Mai 1938 wurde ein Vertrag zwischen der Grazer Gruppe (der neben Knaffl auch Bilowitzki angehörte) und der „INDEP“ Treuhand- und Revisions-AG (welche die Interessen Wolfgang Gutmanns vertrat) geschlossen. Die INDEP war eine Firma, mit Hauptsitz in Zürich, die in Berlin eine Niederlassung unterhielt. Der Vertrag sah vor, dass die Ariseursgrup-

---

vorliegen, die erst nach Entjudung des Unternehmens ausgeführt werden können.“

- 44 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, an die Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 29. August 1938. Brief Rudolf Steiner an den Minister für Wirtschaft und Arbeit, Hans Fischböck, vom 17. Oktober 1938: „Ich besitze kein eigenes Vermögen, kann infolgedessen meinen (zu arisierenden, F.W.) Anteil nur aus den Gewinnen abzahlen, die mir aus meinem Aktienbesitz zufließen“. Ähnlich: Brief Steiners an den Staatssekretär Ing. Walter Raffelsberger vom 14. Oktober 1938.
- 45 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung der Andritzer Maschinenfabrik vom 3. September 1938. Ausgefülltes Formular zur Einreichung an die Vermögensverkehrsstelle Wien. Liegt dem Akt der Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, bei.
- 46 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, Aktennotiz über Maschinenfabrik Andritz AG, Akt. No. 166 (Vermögensverkehrsstelle Wien, 28. September 1938).
- 47 Nach 1945 wurde die ganze Ariseurs-Gruppe als Gutmann nahestehend bezeichnet. (AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Bericht über die Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz AG, Zl. 13.899–7/48).

pe vom Gesamtbligo der MAG einen Betrag von 1,260.000 S übernehmen würde, während der über diesen Betrag hinausgehende Teil der Schuld von den Gläubigern Gutmanns gestrichen werden sollte.

Auf dieser Grundlage wurde der Vertrag vom 26. Mai 1938 abgeschlossen. Die Gruppe um Knaffl übernahm für ihren Kapitaleinschuss 84% des Aktienkapitals = 840.000 RM (d.h. zum Nominale von 10 S pro Aktie). Die Gutmann-Gesellschaften verzichteten auf ihre Forderung von rund 1,549.000 S. Die Differenz von 88,2% (Aktienbesitz Wolfgang Gutmann) und 84% (Übernahme durch die Gruppe) ergab sich wie erinnerlich daraus, dass Gutmann Bilowitzki eine Abfertigung von 4,2% des Aktienkapitals zugesichert hatte. Die Kaufsumme sollte zwischen Februar 1939 und November 1942 in fünf Raten beglichen werden.<sup>48</sup>

Von der Bilanzlage her war das Aktienkapital (1,5 Mio S = 1 Mio. RM) als verloren zu betrachten. Durch den Forderungsverzicht der drei Gutmann-Firmen wurde das Aktienkapital zur Gänze wiederhergestellt.

Die folgenden zwei Tabellen sollen den Vorgang der Aktienneuverteilung verdeutlichen:

*Tabelle 2: Zusammensetzung der Arisierungsguppe für den Aktienbesitz Wolfgang Gutmann (insgesamt 84% des Aktienkapitals der Andritzer Maschinenfabrik)*

Aktienbesitzer	Stückzahl	Anteil am AK in %
Ferdinand Knaffl	92.250	61,5%
Rudolf Steiner	21.000	14%
Harald Bilowitzki	12.750	8,5%
Insgesamt	126.000	84%

*Quelle: Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Staatl. Verwaltung des Reichsgaues Wien, Abt. III, Unterabteilung 4 (Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle), 1. Dezember 1939.*

<sup>48</sup> Steiermärkisches Landesarchiv, Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, Abschrift des Vertrags: III N8S 20823/41; Gedächtnisprotokoll vom 13. Jänner 1939; Schreiben des Staatskommissars in der Privatwirtschaft an RA Ferdinand Knaffl vom 17. Jänner 1939; Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit an RA Ferdinand Knaffl, Rudolf Steiner und Harald Bilowitzki vom 28. November 1938; Gesellschaft für Verwaltung und Verwertung von Vermögensschaften m.b.H. an die Vermögensverkehrsstelle Wien vom 22. Dezember 1938.

Tabelle 3: Aufteilung des gesamten Aktienbesitzes nach der Arisierung 1939

Aktienbesitzer	Stückzahl	Anteil am AK in %
Ferdinand Knaffl	92.250	61,5 %
Rudolf Steiner	21.000	14 %
Harald Bilowitzki	20.250	13,5 %
Amelie Rovelli-Ferstl + Vyera Fechheimer	16.500	11 %
Insgesamt	150.000	100 %

Quelle: Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939.

Der Vertrag vom Mai 1938 wurde von der Grazer Gruppe bei der Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, eingereicht und von dieser Ende des Jahres 1938 an die Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Wien zu Entscheidung und Genehmigung weitergeleitet.<sup>49</sup> Während das Genehmigungsverfahren lief, wurde in Wien eine neue Konstruktion ausgehandelt: Am 14. September 1938 wurde ein Vertrag zwischen der bereits erwähnten INDEP Treuhand- und Revisionsgesellschaft in Zürich als Repräsentantin von Rudolf, Wilhelm und Wolfgang Gutmann, der Österreichischen Kontrollbank als Arisierungsbank<sup>50</sup>, und der Vermögensverkehrsstelle in Wien abgeschlossen, der die Gründung einer Verwertungsgesellschaft für das Gutmann-Vermögen, der Gesellschaft zur Verwaltung und Verwertung von Vermögensschaften m.b.H. (GEVE) vorsah.<sup>51</sup> In diese Gesellschaft wurden alle österreichischen (und später auch tschechoslowakischen) Beteiligungen der Familie Gutmann eingebracht, mit dem Ziel, die Vermögenswerte an den Bestbietenden – im Klartext: an industrielle Großunternehmen aus dem „Altreich“ – zu verkaufen.<sup>52</sup>

49 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Vermögensverkehrsstelle, Zweigstelle Graz, Ferdinand Knaffl an die Vermögensverkehrsstelle beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Wien vom 5. November 1938.

50 Siehe zur Rolle der Kontrollbank auf dem Gebiet der Arisierung: Melichar, Neuordnung im Bankwesen, 54ff; Weber, Die Arisierung in Österreich, 105ff.

51 Siehe zu den Details der Konstruktion: Melichar, Neuordnung im Bankwesen, 290ff.

52 In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass die Vermutung von Harold James, dass sowohl die Wiener Rothschild- als auch die Gutmann-Bank von der Münchener Privatbank Merck, Fink & Co arisiert worden seien (Harold James, Die Deutsche Bank und die „Arisierung“, München 2001, 137; Melichar, Neuordnung im Bankwesen, 289), nicht zutrifft. Am Rande sei erwähnt, dass die Bankkonzession für das Bankhaus Gebrüder Gutmann in der NS-Zeit nie eingezogen oder zurückgelegt wurde.

Die GEVE verhandelte alsbald mit einer Reihe namhafter deutscher Unternehmen: der Demag in Duisburg<sup>53</sup>, der Benno Schilde AG, Hersfeld, mit der Alpine Montangesellschaft und den Hermann Göring Werken. Doch in ernsthafte Kaufverhandlungen trat keine der Firmen ein. Im Licht der späteren Entwicklung kann man dem (gewiss parteiischen) Urteil des Grazer Rechtsanwalts Knaffl durchaus zustimmen, „dass diese kein Anbot stellten, weil den industriell-erfahrenen Beurteilern Andritz entweder als ein industriell wertloses oder doch wenigstens so herabgekommenenes Objekt erschien, dass sie es von allem Anfang an für zwecklos hielten, mit einem Anbot in Konkurrenz zu treten, dessen Ziffern mit den vorhandenen Werten und mit der Grösse der industriellen Erfordernisse in der Zukunft in gar keinem Einklang standen“<sup>54</sup>, dass mit anderen, mit den Beurteilungskriterien der Arisierung kongruenten Worten sich ein geringer „Sachwert“ und kein „Mehrwert über den Sachwert“ ergab.<sup>55</sup>

Die Genehmigung des Vertrags zwischen der Berliner INDEP und der Grazer Gruppe vom 26. Mai 1938 durch die Vermögensverkehrsstelle Wien wurde am 25. November 1938 erteilt. Ende Jänner 1939 übernahm die Gruppe Knaffl die Andritzer Maschinenfabrik. Doch stellte sich bald heraus, dass sie nicht in der Lage sein würde, die Firma weiterzuführen. Sie verkaufte daher die Aktienmajorität im Dezember 1939 an die Kämper-Motoren AG in Berlin. Auch Bilowitzkis 4,2% gingen an Kämper über. Die Berliner Firma verfügte danach über 70,9%; Knaffl blieb mit 17,3% beteiligt.

---

Sie wurde allerdings in der Zeit nach 1945 von der Familie Gutmann nicht wieder reaktiviert. 1957 übernahm Karl Kahane die Bank als persönlich haftender Gesellschafter; die Montana AG wurde Kommanditistin. Gleichzeitig schieden Rudolf und Wolfgang Gutmann als Gesellschafter aus. (Melichar, Neuordnung im Bankwesen, 292f.).

- 53 Die Demag hatte sich seit Oktober 1938 für die Andritzer Maschinenbau AG interessiert. Siehe: Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Schreiben Eisen- und Gerätestelle beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen an Dr. Schaeffer, Bankhaus Gebr. Gutmann vom 28. Oktober 1938; Eisen- und Gerätestelle beim Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen an die Österr. Kontrollbank vom 31. Oktober 1938; DEMAG an die Österr. Kontrollbank vom 9. November 1938.
- 54 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Eingabe Kämper-Motoren AG und RA Dr. Ferdinand Knaffl an den Reichstatthalter von Steiermark (Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle in Graz), ohne Datum (vetrmutlich Februar 1941).
- 55 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Untersuchungsbericht Prof. Dr. Julius Ziegler über die bei der Andritzer Maschinenfabrik vorgenommenen Arbeiten vom 3. Jänner 1939; Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Zweigstelle Graz, Schriftsatz unter Berufung auf ein Schreiben an Ferdinand Knaffl, Rudolf Steiner und Harald Bilowitzki vom 2. Dezember 1938. Der für die Arisierung maßgebliche „Mehrwert“ betrug nach diesen Berechnungen rund 20.000 RM.

1940 wurde das Aktienkapital vom neuen Großaktionär, der Kämper-Motoren AG, um die Hälfte herabgesetzt und danach wiederum auf 1 Mio. RM erhöht. Die Lage des Grazer Unternehmens im Jahr 1940 wurde von der Deutschen Revisions- und Treuhand AG folgendermaßen beschrieben:

*„Die neuen Aufträge wurden zunächst noch zu völlig unzureichenden Preisen hereingenommen. Das Jahr 1939 schloß mit einem Verlust von RM 541.863.11, wobei noch zu berücksichtigen ist, dass die Halb- und Fertigfabrikate um rund RM 150.000.- überwertet worden waren. Die ungünstige Entwicklung hielt auch im Geschäftsjahr 1940 an, der Bilanzverlust betrug nach Bewertung der Halb- und Fertigfabrikate mit vertretbarem, normalem Zuschlag RM 614.743.13, sodass eine nochmalige Bilanzbereinigung nicht zu umgehen war.“<sup>56</sup>*

Die Kämper-Motoren AG schoss in die Andritz AG insgesamt 1,3 Mio RM ein, sodass dem Unternehmen einschließlich eines schon vorher aufgenommenen reichsverbürgten Kredits in der Höhe von 700.000 RM in den Jahren 1939 und 1940 zwei Mio. RM an neuen Mitteln zuflossen. Dennoch war Ende 1940 eine zweite, einschneidende Sanierung notwendig. Diese sah eine Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 5 : 1 von 1 Mio. auf 200.000 RM vor. Der Reichskredit wurde in der Höhe von 300.000 RM in einen verlorenen Zuschuss umgewandelt; gleichzeitig gewährte die Kämper-Motoren AG der Andritzer Fabrik einen Forderungsnachlass von 500.000 Reichsmark. Weiters fielen Abschreibungen und die Bildung neuer Rücklagen in der Höhe von 1 Million RM an.

1940 löste die Demag die Kämper-Motoren AG als neuer Eigentümer des Grazer Unternehmens ab. Formell ging die MAG 1940 an eine Tochterfirma der Demag, die *Wittenauer Maschinenfabrik Ges.m.b.H.*, über. Die Demag übernahm auch das reichsverbürgte Darlehen (offener Rest: 400.000 RM) sowie einen Bankkredit in der Höhe von 300.000 RM und stellte dem Andritzer Unternehmen einen zinsenlosen Kredit im Betrag von 700.000 RM zur Abdeckung von Verlusten zur Verfügung. Insgesamt wurden auf diese Weise Verluste von 3,1 Mio. RM getilgt. Darüber hinaus erhielt Andritz vom neuen Eigentümer 800.000 RM zur Finanzierung neuer Investitionen. Ein weiterer Überbrückungskredit in der Höhe von 1 Mio. RM wurde in Aussicht gestellt.<sup>57</sup>

56 Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Eingabe Kämper-Motoren AG und RA Dr. Ferdinand Knaffl an den Reichstatthalter von Steiermark (Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle in Graz), ohne Datum (vermutlich Februar 1941).

57 Ebenda: Eingabe Kämper-Motoren AG und RA Knaffl. Siehe auch: Österr. Staatsar-

Diese Abtragung der Altlasten, die in die Nach-Anschluss-Ära hineinwirkten, liefert ein Exempel für den allgemeinen Zustand der österreichischen Industrie zu Ende der 1930er-Jahre. Denn auch die Untersuchungsberichte deutscher Experten über den Zustand „arischer“ Betriebe ergeben im Regelfall kein besseres Bild. Sie spiegeln die Verhältnisse einer Volkswirtschaft wider, die in der gesamten Zwischenkriegszeit durch eine äußerst niedrige Investitionstätigkeit gekennzeichnet war. Das Résumé der Ariseursgruppe Kämpfer-Motoren AG und Grazer Einzelpersonen, das noch nicht das ganze Ausmaß der Verluste der MAG erfasst hatte, erscheint daher durchaus realistisch:

*„Nach einem Verlust von 3,2 Mill. RM und einem weiteren Kapitalsaufwand von rund 2 Mill. RM hofft man das Unternehmen so weit modernisiert zu haben, dass an eine ausgeglichene Bilanz, allenfalls an eine Rentabilität zu denken ist. Dieser gesamte Aufwand ist ... keineswegs dadurch entstanden, dass das Unternehmen auf eine neue Produktion umgestellt wurde, sondern diese Summen mussten aufgewendet werden, um Andritz ... rentabel zu machen.“<sup>58</sup>*

Nach der endgültigen Bereinigung der offenen Sanierungs- und Eigentumsfragen im Lauf des Jahres 1941 wurde das Erzeugungsprogramm der MAG gestrafft und umgestellt. Das Jahr 1942 schloss zum ersten Mal nach 1938 mit einem Gewinn. 1943 wurde das Aktienkapital – mit Blick auf Rüstungsaufträge – auf 2 Mio. RM erhöht. Es kam zu größeren Investitionen, die durch einen zusätzlichen Kredit der Heeres-Rüstungs-Kredit AG in der Höhe von 590.000 RM ermöglicht wurden. Bis 1944 profitierte die Maschinenfabrik Andritz AG von der andauernden Rüstungskonjunktur, die erst im Frühjahr 1945 durch das Übergreifen der Kampfhandlungen auf österreichisches Gebiet beendet wurde: Die Firma stellte bis zum Ende des Nationalsozialismus Kräne, Förderbänder, Erdöl-Bohrgeräte, Flakrohre und Granaten her. Infolgedessen stieg auch der Beschäftigungsstand ab 1941 stark an. (Siehe: Tabelle 4)

---

chiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965 Bericht über die Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz AG, Zl. 13.899–7/48.

58 Alles Steiermärkisches Landesarchiv: VVSt Graz LG/I 116/III: Eingabe Knaffl/Kämpfer-Motoren AG. Der letzte Zweck der Eingabe war natürlich der, eine substanzielle nachträgliche Herabsetzung des ursprünglichen Kaufpreises von 700.000 RM zu erreichen. Siehe auch: Gutachten Univ.-Prof. Dr. Ernst Swoboda betreffend den Erwerb der Andritzer Maschinenfabrik durch Herrn Dr. Ferdinand Knaffl, Frau Dr. Elfriede Eysen-Knaffl, Herrn Ing. Rudolf Steiner und Herrn Harald Bilowitzki vom 7. April 1941.

Tabelle 4: Anzahl der Beschäftigten bei der Andritzer Maschinenfabrik 1940–1945

Jahr	Angestellte	Arbeiter	Lehrlinge	Insgesamt
Juni 1940	115	428	81	624*)
Oktober 1940	108	416	86	610**)
Ende Dez. 1940	-	-	-	587
Durchschn. 1940	93	491	-	585
Durchschn. 1941	163	897	-	1.060
Durchschn. 1942	195	1.137	-	1.332
Durchschn. 1943	241	1.572	-	1.813
Durchschn. 1944	228	1.190	-	1.418
31. Mai 1945	145	307	-	452

\*) davon 41 eingerückt \*\*) davon 83 eingerückt

Quellen: Steiermärkisches Landesarchiv, VVSt Graz LG/I 116/III: Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien, vom 5. Dezember 1940; Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien, vom 13. Februar 1941; Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Bericht über die Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz AG, Zl. 13.899–7/48.

Die Tabelle wirft ein nicht untypisches Bild auf die Beschäftigungsverhältnisse nach dem „Anschluss“. Diese waren im Wesentlichen bestimmt von der anspringenden Rüstungsnachfrage, von deren Ausstrahlungseffekten auch andere Bereiche mitgezogen wurden. Bereits zu Anfang 1939 herrschte in Graz ein Mangel an Facharbeitern vor.<sup>59</sup>

### Aftermath: Die Andritzer Maschinenfabrik nach der Befreiung vom Nationalsozialismus. Die Auseinandersetzung um die Restitution

Im Mai 1945 wurde das Werk von der Roten Armee besetzt. Zu diesem Zeitpunkt waren die Produktionsanlagen intakt. Sie hatten keine unmittelbaren Schäden erlitten, weder durch Bombenangriffe noch durch Kampfhandlungen. Die Periode der sowjetischen Besetzung dauerte bis zum Juli 1945. In dieser Zeit wurde von der Roten Armee ein Großteil der Anlagen der MAG als „Deutsches Eigentum“ beschlagnahmt und demontiert: Werkzeug, Maschinen und Einrichtungen, 129 Eisenbahnwaggons, vor allem jedoch Halb-

59 BA Berlin, R 8135/9320. Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, Zweigniederlassung Wien, über die bei der Firma Maschinenfabrik Andritz AG vorgenommene Sonderprüfung vom 14. Februar 1939: „Bei voller Ausnutzung aller vorhandenen Arbeitsplätze könnte die Gesellschaft noch 60 Arbeiter beschäftigen, doch sind in Andritz geschulte Facharbeiter nicht mehr vorhanden.“

fabrikate und Rohmaterialien, die für die Rüstungsproduktion bestimmt gewesen waren. Kleinere Bargeldbestände fallen weniger ins Gewicht.<sup>60</sup>

Da fast der gesamte Maschinenbestand verlorengegangen war, mietete die Unternehmensleitung von anderen, zum Teil stillgelegten Fabriken – unter anderem von den Vereinigten Österr. Stahlwerken (der späteren VÖEST) – gebrauchte Maschinen und Werkzeuge an und nahm die Produktion von Pumpen und Turbinen wieder auf. Kaputte Maschinen wurden instandgesetzt. Der Beschäftigungsstand sank allerdings auf weniger als 500 Mitarbeiter ab. Im Winter 1946/47 kam es wegen Brennstoffmangels zu einem dreimonatigen Betriebsstillstand.

Die folgenden Jahre waren vom Versuch einer Neuausrichtung der Andritzer Maschinenfabrik gekennzeichnet. So brach im Dezember 1947 ein Konflikt mit der VÖEST aus, weil das Linzer Staatsunternehmen verlangte, dass sich Andritz mit Linz ein Turbinen-Herstellungs-Programm teilen sollte.<sup>61</sup> Andritz verfügte allerdings über keine Erfahrung auf diesem Gebiet. 1949 – vier Jahre nach dem Ende des Krieges – wurde die Zusammenarbeit mit der Schweizer Escher-Wyss-Gruppe aufgenommen, die sich zunächst vor allem auf die Herstellung von Wasserturbinen beziehen.

Am 20. Mai 1945 wurde durch die provisorische steirische Landesregierung eine vierköpfige provisorische Leitung bei der Maschinenfabrik Andritz eingesetzt, die bis 1947 im Amt blieb. Sie setzte sich aus Angestellten der Firma zusammen.<sup>62</sup> Um dieses Gremium entbrannte ein heftiger Streit zwischen Rudolf Gutmann, der 1946 einen Rückstellungsantrag einbrachte<sup>63</sup>, der Belegschaftsvertretung, die von der Gewerkschaft unterstützt wurde, und der

60 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965. Bericht über die Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz AG, Zl. 13.899–7/48. Offenbar wurden von der Roten Armee nicht alle Bestände abtransportiert, weil später auch die britische Armee Halbfabrikate entnahm. Insgesamt wurde der dadurch entstandene Schaden mit mehr als 4 Mio. S. angegeben.

61 Im Dezember 1947 verlangte die VÖEST die Aufteilung der Turbinenaufträge, die Auseinandersetzung darüber eskalierte, worauf die Andritz AG die steirische Landesregierung mobilisierte. Siehe: Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965. Zl. 110.508–7/48 und 123.352–7/1948.

62 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965. Direktion der Maschinenfabrik Andritz an BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 22. Februar 1947. Beilagen zu: Staatssekretariat im BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (Staatssekretär: Karl Mantler, SPÖ) an die Abteilung 6 des BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, vom 6. März 1947; Zl. 113.899–7/48: Allgemeine Treuhand Ges.m.b.H., Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz A.G..

63 In dem Restitutionsantrag schlug sich Gutmann selbst als Öffentlichen Verwalter vor. Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965. BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Zl. 128.619–6/46, Zl. 131.565–6/46.

steirischen Landesregierung, die ebenfalls für die Arbeitnehmerseite Partei ergriff. Infolge dieser Auseinandersetzung dauerte es bis zum 2. September 1947, ehe ein öffentlicher Verwalter für die MAG eingesetzt werden konnte.<sup>64</sup> Die Arbeitervertreter verwiesen dabei auf die negativen Erfahrungen, die sie mit dem Eigentümer der Firma in den 1930er-Jahren gemacht hatten.

Der Gegenstand des Streits wurde 1948 von den zuständigen Beamten des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung folgendermaßen zusammengefasst:

*„Nach langwierigen Verhandlungen und Überbrückung verschiedener Schwierigkeiten wurde als öffentlicher Verwalter der Vertrauensmann des Rückstellungswerbers ... eingesetzt. Schwierigkeiten ergeben sich besonders von Seiten der Gewerkschaft, die verlangt, sich mit dem Rückstellungswerber in Verbindung zu setzen. Herr Gutmann sollte sich verpflichten, verschiedene Rechte, welche die Arbeiterschaft vor 1938 besessen hatte, weiter zu bestätigen. Herr Gutmann verpflichtete sich, den Betrag von S 118.00.- an die Belegschaft zu zahlen. Die Auszahlung soll nach einem Schlüssel an alle Arbeiter und Angestellte erfolgen und als Anerkennung für die von der Belegschaft nach dem Zusammenbruch geleistete Wiederaufbauarbeit gelten.“<sup>65</sup>*

Dem zuvor ging eine harte Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Wirtschaft (Handelskammer) und der Arbeiterschaft (Arbeiterkammer in Graz). Während die Wirtschaftskammer in Wien die Bestellung Gutmanns unterstützte, sprach sich die Grazer Arbeiterkammer dagegen aus und verwies darauf, dass die seit 1945 amtierende Unternehmensleitung zur vollen Zufriedenheit aller arbeite.<sup>66</sup>

Auch die Gewerkschaft der steirischen Metall- und Bergarbeiter polemisierte gegen Gutmann und den von ihm vorgeschlagenen Öffentlichen Ver-

64 AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Bericht über die Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz AG, Zl. 13.899–7/48.

65 Ebenda.

66 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Arbeiterkammer in Graz an Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 20. November 1946; Sektion Industrie und Bergbau der Kammer für Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen an Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 20. November 1946 vom 3. Dezember 1946. Österr. Gewerkschaftsbund, Landesleitung Steiermark, Metall- und Bergarbeiter an das Amt der steiermärkischen Landesregierung, Abt. 4, vom 10. April 1947 (= 96.724–6/47); Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark an das Amt der steiermärkischen Landesregierung, Abt. 4, vom 13. Juni 1947 (= 96.724–6/47).

walter Hans Schönbaumsfeld.<sup>67</sup> Sie stellte in Abrede, dass Gutmann den Betrieb 1938 unter Zwang verkauft habe. „Alle Umstände zeigen, dass dieser Verkauf ein vollständig freiwilliger war.“ Darüber sei die Gewerkschaft in der Lage, „alle Unterlagen beizubringen“. Der ÖGB sei darüber hinaus grundsätzlich dagegen, dass „Wolfgang Gutmann diesen Betrieb wiederbekommen soll, weil unter Gutmann der Betrieb äusserst schlecht geführt wurde (...) Die Gewerkschaft hat nicht das Vertrauen, dass Gutmann gewillt ist, nach all de(m), wie bis 1938 dieser Betrieb geführt wurde, daran, wenn er wieder in den Besitz dieses Betriebes kommt, im Interesse des Wiederaufbaues Österreichs wirken wird. Die Arbeiterschaft ... sowie die Angestelltenschaft (der MAG, F.W.) schließen sich diese(m) Standpunkt an ... und erwarten nicht, dass von Staats wegen der Betrieb wieder Gutmann ausgeliefert werden soll.“<sup>68</sup>

Abgesehen vom schlechten Deutsch und den orthographischen Fehlern (die hier bereits eliminiert sind), zeugt die Auseinandersetzung von einer emotionalen Komponente, die auf offene Wunden schließen lässt, welche die 1930er-Jahre gerissen hatten und die noch längst nicht verheilt waren. Dass in der Auseinandersetzung die besseren rechtlichen Karten in der Hand Gutmanns und der ihn verteidigenden Kammer der gewerblichen Wirtschaft lagen, steht auf einem anderen Blatt. Schon die Einsetzung einer neuen Geschäftsleitung im Mai 1945 geschah – unbeschadet der Tatsache, dass sie sich „für den Wiederaufbau des nach dem Zusammenbruch 1945 ausgeplünderten und devastierten Betriebes grosse Verdienste erworben“ hatte<sup>69</sup> – in einem rechtsfreien Raum. Sie war das Produkt eines gesellschaftspolitischen Zustandes, den man trotz aller Unterschiede am besten mit dem Begriff der „Doppelherrschaft“ beschreiben kann, wie er im Zusammenhang mit den revolutionären Ereignissen des Jahr 1917 bis 1919 entstanden war:

---

67 Auch die Biographie Schönbaumsfelds zeigt die Durchmischung der politischen Sphären der NS-Zeit. Er war im Krieg in nicht unwichtiger Position bei der MAG beschäftigt und wurde dennoch von Wolfgang Gutmann als jemand betrachtet, dem er den Posten des Öffentlichen Verwalters anvertrauen konnte. (AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Bericht über die Gebarensprüfung der öffentlichen Verwaltung der Maschinenfabrik Andritz AG, Zl. 13.899–7/48.)

68 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Österr. Gewerkschaftsbund, Landesleitung Steiermark, Metall- und Bergarbeiter an das Amt der steiermärkischen Landesregierung, Abt. 4, vom 10. April 1947 (= 96.724–6/47). Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark an das Amt der steiermärkischen Landesregierung, Abt. 4, vom 13. Juni 1947 (= 96.724–6/47).

69 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Amt der steiermärkischen Landesregierung an das BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, vom 1. Juli 1947 (= 96.724–6/47). Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Steiermark an das Amt der steiermärkischen Landesregierung, Abt. 4, vom 13. Juni 1947 (= 96.724–6/47).

Der Nationalsozialismus war von außen, durch den Vormarsch der roten Armee, gestürzt worden. Die bürgerlichen Kräfte waren noch desorganisiert und die demokratischen Strukturen der Zwischenkriegszeit waren seit dem Staatsstreich Dollfuß' im Jahr 1933 außer Kraft gesetzt. Und auch wenn die alten Parteien und Institutionen sich rasch wieder etablierten, gab es genug Freiräume, in denen aktivistische Gruppen in den Betrieben das Heft in die Hand nehmen und der Forderung nach Verstaatlichung einen spontanen Impetus verleihen konnten. Dass, um die oben zitierte Forderung der steirischen Gewerkschafter wieder aufzugreifen, „der Betrieb nicht wieder“ Rudolf Gutmann „ausgeliefert“ werden sollte, bedeutete ja nichts anderes, als dass er in die Hände des Staates als des Vertreters der Allgemeinheit übergehen sollte:

*„Die Belegschaft sieht in der ... Verstaatlichung des Betriebes den einzigen Impuls und Ausweg zu einem sicheren und gedeihlichen Aufstieg derselben (sic) und Erlösung aus einer jahrzehntelangen Freiheitsbedrückung.“<sup>70</sup>*

Derartige Forderungen wurden unmittelbar nach dem Ende des Krieges in vielen Unternehmen und auf vielen Gewerkschaftsversammlungen in ganz Österreich erhoben. Was in Andritz hinzukam, war ein persönlicher Zorn, der sich nicht nur gegen die ehemaligen nationalsozialistischen Betriebsleiter richtete, sondern auch gegen einen Unternehmer, der zwischen 1933 und 1938 mit dem austrofaschistischen Regime gemeinsame Sache gemacht hatte. Für diesen Zorn zählte es offensichtlich wenig, dass die Andritzer Maschinenfabrik 1938 tatsächlich arisiert worden war<sup>71</sup> und dass Wolfgang Gutmann nach 1931 versucht hatte, Arbeitsplätze in dem defizitären Unternehmen durch fortlaufende Kapitalzufuhr zu erhalten.

Ob sich der Gewerkschaftsbund – wie die Wirtschaftskammer behauptete – bei seiner Argumentation auf Informationen eines der Ariseure (offensichtlich war damit Knaffl gemeint) stützte, lässt sich heute nicht mehr überprüfen. Es scheint jedoch in einigen der Grazer Dokumente ein „objektives“ stilles Einverständnis zwischen ehemaligen Nationalsozialisten und Gewerkschaftern bzw. betrieblichen Vertrauensleuten durch, wenn es um die Haltung gegenüber Rudolf Gutmann ging.

70 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Technischer Leiter der Maschinenfabrik Andritz AG, Ing. Ignaz Pirker und Arbeiter- u. Angestellten-Betriebsrat der Maschinenfabrik Andritz AG an Staatssekretär Karl Mantler, BM für Wirtschaftsplanung und Vermögenssicherung vom 25.6.1947.

71 Arisierung war Eigentumsübertragung unter Zwang. Keine konkrete Arisierung geschah – gleichgültig, welche rechtliche Unrechtskonstruktion vorlag – auf freiwilliger Basis. Gutmann war im Zusammenhang mit seiner Übersiedelung in die Schweiz ein Betrag von 8 Mio. RM an Reichsfluchtsteuer und Vermögensabgabe vorgeschrieben worden.

Im Zusammenhang mit der Bestellung des Öffentlichen Verwalters der Andritzer Maschinenfabrik mobilisierte die Arbeitnehmerseite auch den sozialistischen Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftsplanung und Vermögenssicherung, Karl Mantler, und versicherte, „dass eine Bestellung der Herren Kissling und Ing. Pirkner im Interesse des ungestörten Betriebes dieser bedeutenden Maschinenfabrik liegen würde“.<sup>72</sup> Dem Schreiben lag eine Eingabe des Betriebsrates der MAG bei, aus dem nach Ansicht des Staatssekretariats klar hervorging, dass Gutmann vor 1938 „ein äusserst unsoziales Verhalten“ an den Tag gelegt hatte.

In der Eingabe des Betriebsrates wurde der Meinung Ausdruck verliehen, dass Gutmann und die von ihm in der Vergangenheit eingesetzten Geschäftsleitungen „sowohl gegen die österreichische Republik bzw. Demokratie und ihre Gesetze als auch gegen die Belegschaft und ihre Vertrauensmänner äusserst feindselig eingestellt waren“.<sup>73</sup>

Das Sündenregister begann mit der Einschleusung eines Konfidenten Gutmanns zur Bespitzelung der Betriebsräte im Jahr 1921. Weitere Punkte waren

- der Versuch, missliebige Vertrauensleute zu entlassen,
- die Bevorzugung „Reichsdeutscher“ bei der Besetzung von Managementfunktionen,
- die Gründung einer Unabhängigen „gelben“ Gewerkschaft,
- die Aufnahme von Heimwehrleuten in den Betrieb und – damit im Zusammenhang – Gewalttätigkeiten gegenüber gewerkschaftlich organisierten Arbeitern,
- die Beteiligung dieser Heimwehraktivisten an der Niederschlagung des Aufstandes vom 12. Februar 1934,
- das vorsätzliche Abstoppen der Auftrags-Hereinnahme in den Jahren 1931–1934 und die bewusste Vernachlässigung der Werkseinrichtungen in den 1930er-Jahren, um einen Vorwand zu haben, den Betrieb zu schließen.<sup>74</sup>

Offenbar hatte die intransigente Haltung der Arbeitervertreter in den Jahren nach 1945 eine lange Vorgeschichte. Ein Vorkommnis sticht besonders

72 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Staatssekretariat an die Abteilung 6 des BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung vom 27. Juni 1947. Die beiden Genannten waren Mitglieder des Gremiums, das im Mai 1945 als Firmenleitung eingesetzt worden war.

73 Österr. Staatsarchiv, AdR/BMF-VS, Karton 4398: Abt. 17B/1965: Technischer Leiter der Maschinenfabrik Andritz AG, Ing. Ignaz Pirker und Arbeiter- u. Angestellten-Betriebsrat der Maschinenfabrik Andritz AG an Staatssekretär Karl Mantler, BM für Wirtschaftsplanung und Vermögenssicherung vom 25. Juni 1947.

74 Ebenda.

hervor: Am 1. Mai 1935 wurde die Belegschaft „unter Androhung von Entlassungen“ von der Werksleitung zu einem kollektiven Kirchenbesuch in St. Veit gezwungen. Daher sei es, wurde hinzugefügt, nicht verwunderlich gewesen, „wenn die sozialdemokratischen Arbeiter den Regimewechsel 1938 sogleich benutzten und einen ihrer Quäler unsanft beim Tor hinausführten“.<sup>75</sup>

Hingewiesen wurde in der Eingabe des Betriebsrates auch auf die Verdienste der Belegschaft zur Rettung des Betriebes bei Kriegsende und auf deren Leistungen unmittelbar nach Kriegsende: Die „reichsdeutsche Betriebsführung“ habe beim Herannahen der Roten Armee Vorkehrungen zur Sprengung der Produktionsanlagen getroffen. Dies sei jedoch vom aus Belegschaftsmitgliedern des Werks zusammengesetzten „Volkssturm“ verhindert worden. Darüber hinaus sei die Belegschaft nach den Demontagen sofort daran gegangen, die Aufräumarbeiten und die Produktion wieder aufzunehmen.

Wie weit der alte Zorn der Gegner Gutmanns in den folgenden Jahren verrauchte, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Unterlagen über weitere Konflikte konnten nicht gefunden werden. Die 1945 eingesetzte Werksleitung wurde vorerst ins Firmenmanagement integriert, aber bald ausgebootet, indem Vertrauensmänner des alten Inhabers zum technischen Leiter bzw. zum Fertigungsleiter bestellt wurden.<sup>76</sup>

Im März 1950 wurde die öffentliche Verwaltung aufgehoben.<sup>77</sup> Dies betraf jedoch nur die 84% der Aktien, die sich zum Zeitpunkt des Anschlusses im Besitz von Wolfgang Gutmann befunden hatten. 15,43% verblieben weiterhin im Besitz der Wittenauer Maschinenfabrik G.m.b.H. in Berlin und 0,57% in Streubesitz. Für den deutschen Anteil wurde 1950 ein neuer Öffentlicher Verwalter bestellt.<sup>78</sup> Inzwischen war aber die Wittenauer Fabrik im September 1950 formell in der Demag AG aufgegangen, die schon vorher die alleinige Gesellschafterin der Berliner Firma gewesen war.<sup>79</sup> 1955 wurde auch die Öffentliche Verwaltung dieses Minoritätsanteils am Aktienkapital der Andritzer Maschinenfabrik aufgehoben.<sup>80</sup>

Die Ausgangslage für das Unternehmen im österreichischen Wiederaufbau war nicht ungünstig: Positiv waren die Nähe zur obersteirischen Schwerindustrie, den inländischen Rohstoffen und zur Versorgung mit Energie so-

75 Ebenda.

76 Ebenda: Maschinenfabrik Andritz, öff. Verwalter (Schönbaumsfeld) an BM für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 2.8.1948.

77 Bundesministerium für Finanzen, VS 9575–6/50.

78 Bundesministerium für Finanzen, Einsichtsbemerkung der Abt. 17 zu VS 9575–6/50 vom 7. März 1950.

79 BM für Finanzen, 195.517/4–35/52; 163.045/1–35/53; 208.164/2–35/54.

80 BM für Finanzen, Zl. 260.134/3–35/1955: Bescheid vom 9.5.1955.

wie das Vorhandensein einer geschulten Arbeiterschaft. Bald taten sich neue Möglichkeiten auf. 1949 wurde die Zusammenarbeit mit der Schweizer Escher-Wyss-Gruppe aufgenommen, die sich zunächst vor allem auf die Herstellung von Wasserturbinen bezog. Das Produktionsprogramm wurde komplett überarbeitet. Die Herstellung von Dampfmaschinen und Luftkompressoren wurde eingestellt. Stattdessen konzentrierte sich die Firma auf die Erzeugung von Wasserturbinen, Kreiselpumpen, Kränen und Stahlbauten, ab 1951 auch auf die Erzeugung von kompletten Papiermaschinen. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte das Unternehmen bereits wieder mehr als 1000 Arbeitnehmer.

Nichtsdestotrotz verkaufte Gutmann sein Mehrheitspaket 1950 an die Creditanstalt-Bankverein. Diese nahm 1956 anlässlich einer Kapitalerhöhung der Andritzer Maschinenfabrik die Escher-Wyss AG als Minderheitsaktionär in die Gesellschaft auf. Zehn Jahre später wurde Escher-Wyss seinerseits von der Gebr. Sulzer AG in Winterthur übernommen. Damit begann auch die multinationale Orientierung der Andritzer Fabrik, mit der eine Erhöhung des Mitarbeiterstandes verbunden war.<sup>81</sup>

Nach Überwindung der Auswirkungen der zweiten Ölkrise von 1979/80 wurden Sanierungsmaßnahmen ergriffen, die Gießerei geschlossen und der Mitarbeiterstand von weit über zweitausend auf 1.600 reduziert. 1987 übernahm eine deutsche Investmentgesellschaft, die AGIV in Frankfurt am Main, die Aktienmajorität, die aber ein Jahrzehnt später (1999) wieder abgegeben wurde. Heute ist die Maschinenfabrik Andritz AG ein in vielen Zweigen des Anlagenbaus tätiges Unternehmen, das einem internationalen Konsortium gehört. Die Firma beschäftigt weltweit mehr als 23.000 Mitarbeiter und verzeichnete 2012 einen Umsatz von über 5 Mrd. Euro.

Aus der Sicht eines multinational gewordenen Großunternehmens und aus der historischen Distanz von 75 Jahren betrachtet mag das, was in den Jahren um und nach 1938 mit der Andritzer Maschinenfabrik geschah, wie eine ferne Episode anmuten. Durch die Lupe des Historikers besehen aber enthalten diese Ereignisse all das, was der „Anschluss“ samt seiner Vorgeschichte und seinen Nachwirkungen ökonomisch und gesellschaftlich bedeutete: eine tiefe Zäsur nicht nur für das Unternehmen selbst, sondern auch für die beteiligten Personen, gleichgültig, ob es sich dabei um „kleine“ Leute oder „große“ und wichtige Entscheidungsträger handelte. 1938 mag die Erste Republik zu Ende gegangen sein; 1945 wurde die erste Seite eines neuen Kapitels aufgeschlagen, mit dem eine ganze Epoche zu Ende ging, die weit über das Jahr 1918 zurückreichte.

---

81 Siehe: Franz Mathis, *Big Business in Österreich*, Teil 1: Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen, Wien 1987, S. 32f.

**Austria's Loss – America's Gain: *Finis Austriae* –  
The “Anschluss” and the Expulsion/Migration  
of Jewish Austrians to the U.S.**

Günter Bischof

“*[T]he 1930s were a dark decade*” (Marci Shore)<sup>1</sup>

“*Nach der Reinigung der Lehre und Forschung von rassefremden  
und volksfremden Wissenschaftlern [...] ist der Jude auch aus unserer  
Wissenschaft verschwunden und zwar für alle Zeiten*”

(Fritz Knoll, *Rektor* University of Vienna, Interim Leader of Austrian  
Academy of Sciences, April 23, 1938)<sup>2</sup>

“*As to the Austrian situation at large, I find it as depressing as before.  
No brains, no initiative, no collaboration.*”

(Paul Felix Lazarsfeld to Shepard Stone, June 29, 1959)<sup>3</sup>

Few countries experienced more dramatic historical turning points in the course of the twentieth century as did Austria (1918, 1933, 1938, 1945, 1955, 1989).<sup>4</sup> The “Anschluss” – Austria’s annexation/occupation by the Third Reich in March 1938 – was one of them. With the rapid incorporation into Nazi Germany, Austria lost its independence as a state. With the persecution

---

1 Marci Shore, *The Taste of Ashes: The Afterlife of Totalitarianism in Eastern Europe* (New York: Crown Publishers, 2013), 8.

2 Quoted in Klaus Taschwer, “Die zwei Karrieren des Fritz Knoll. Wie ein Botaniker nach 1938 die Interessen der NSDAP wahrnahm – und das nach 1945 erfolgreich vergessen machte,” in: Johannes Feichtinger, Herbert Matis, Stefan Sienell, Heidemarie Uhl, ed., *Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945: Katalog zur Ausstellung*, Wien 2013, 49.

3 Letter Lazarsfeld to Stone, folder 4, Box 32, Lazarsfeld Papers, Columbia University, New York, cited in Christian Fleck, ‘No Brains, No Initiative, No Collaboration’ – The Austrian Case, in: *International Sociology* 17 (June 2002), 199–211 (quotation 202).

4 For case studies of such turning points, see Friedrich Stadler, ed., *Kontinuität und Bruch 1938–1945–1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte*, Vienna 1988.

and the expulsion of almost its entire Jewish population, Austria also lost one of its most productive population cohorts, never fully to recover from this self-inflicted egregious loss of population and talent. The entrepreneurs who left Austria after the Anschluss<sup>5</sup>, the wealth and investment capital lost and often squandered<sup>6</sup>, the innovative potential displaced to all corners of the world, the research capacity of some of the best minds removed from Austrian universities and laboratories<sup>7</sup>, the artistic talent willfully chased away to New York and Hollywood, London and Jerusalem<sup>8</sup>, could never be replaced. The “ancient hatred” of Jews was deeply embedded in the Austrian mindset.<sup>9</sup>

Austrian migration to the United States had seen a huge spike in the decade before World War I, when some 2 million people from the Eastern and Southern periphery of the Habsburg Monarchy (Galicia, Slovakia, Croatia etc.) came to the U.S. in record numbers. Among them, very numerous Jews from the Shtetls of Galicia<sup>10</sup>, often the brothers and sisters of those Galician

- 
- 5 Irene Etzersdorfer, *Arisiert. Eine Spurensicherung im gesellschaftlichen Untergrund der Republik*, Vienna 1995.
  - 6 Michael Pammer, *Jüdische Vermögen in Wien 1938* (=Österreichischen Historikerkommission vol. 8), Wien, München (Oldenbourg Verlag) 2003; Helen Junz et al., *Das Vermögen der Jüdischen Bevölkerung Österreichs. NS-Raub und Restitution nach 1945* (=Österreichische Historikerkommission vol. 9), Vienna 2004; Ulrike Felber et al, *Ökonomie der Arisierung. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen*(=Österreichische Historikerkommission vol. 10/1), Vienna 2004; Idem et al., *Ökonomie der Arisierung. Teil 2: Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen* (= Österreichische Historikerkommission vol. 10/2), Vienna 2004.
  - 7 Friedrich Stadler, ed., *Vertriebene Vernunft I-II. Emigration und Exilösterreichischer Wissenschaft 1930–1940*, 2 vols., Vienna 1987–1988; Peter Weibel/Friedrich Stadler, ed., *Vertreibung der Vernunft. The Cultural Exodus from Austria*, Vienna 1993; Johannes Feichtinger, *Wissenschaft zwischen Kulturen. Österreichische Hochschullehrer in der Emigration 1933–1945*, Frankfurt/M 2001; Christian Fleck, *Transatlantische Bereicherung. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*, Frankfurt/M 2007.
  - 8 John Czaplicka/David Mickenberg, *Emigrants and Exiles. A Lost Generation of Austrian Artists in America, 1920–1950*, Evanston/Ill. 1996; Thomas Blubacher, *Paradies in schwerer Zeit. Künstler und Denker im Exil in Pacific Palisades*, Munich 2011; Rudolf Ulrich, *Österreicher in Hollywood*, Vienna 2004.
  - 9 Bruce Pauley, *From Prejudice to Persecution: A History of Austrian Anti-Semitism*, Chapel Hill 1992; Frank Stern/Barbara Eichinger, ed., *Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus*, Vienna 2009.
  - 10 Between 1861 and 1920 a whopping 4,074,617 persons from the Habsburg Monarchy entered the U.S. (among them many repeat migrants), see Annemarie Steidl/Wladimir Fischer-Nebmaier/James W. Oberly, *The Transatlantic Migration Experience. From Austria-Hungary to the United States, 1870–1950* [New York 2013 forthcoming], 250; Nicole M. Phelps, *U.S.-Habsburg Relations from 1815 to the Paris Peace Conference*, [New York 2013 forthcoming]; Kurt Bednar, *Österreichische Auswanderung in die USA 1900–1930*, Phil. Diss., Univ. of Vienna 2012; for older works see E. Wilder Spaulding, *The Quiet Invaders: The Story of the Austrian Impact Upon America*, Vien-

Jews who moved to the Monarchy's capital city Vienna.<sup>11</sup> Their children were the ones the Nazis expelled after the Anschluss of March 1938. The almost 130,000 Jews (among some 206,000 "non-Aryan" Austrians) – of which almost 30,000 were lucky enough to get visas to the United States – were brutally harassed and forced to save their skin and leave the country; they did not voluntarily "emigrate" to start a better life – many of them left very successful and content bourgeois lives behind in Vienna (Graz and Innsbruck), the comforts of which they never could rebuild in the new world.<sup>12</sup>

The United States began to reduce the flow of immigrants with the quota laws of 1921 and 1924. These nativist immigration restrictions were particularly directed against "non-white" immigrants from Asia, as well as Southern and Eastern Europe. Italians and Eastern European Jews were no longer welcomed in large numbers. Traditional Northern and Western European immigrants were preferred, even though the German quota was reduced from 51,227 to 25,957 per year.<sup>13</sup> Prior to the Anschluss the Austrian quota had been 1,435 visa *per annum*.<sup>14</sup> These quota restrictions would egregiously hurt the immigration of Jews from Hitler's Germany before and after the Anschluss. President Franklin D. Roosevelt accepted anti-immigration, and mildly anti-semitic American public opinion and did little to change American immigration practice during his White House tenure. Roosevelt gave priority to battling unemployment and United States' social problems at home during the Great Depression over trying to stop the seizure of power by dictators in Europe during the 1930s. His foreign policy tended to follow the lead of the European powers in the later 1930s, appeasing Hitler's aggressive Third Reich.<sup>15</sup>

---

na 1968; Franz Goldner, *Austrian Emigration 1938 to 1945*, New York 1979.

- 11 Martin Pollack, *Kaiser von Amerika. Die große Flucht aus Galizien*, Vienna 2010.
- 12 On the sudden loss of the comfort and security of Vienna's Jews, see the prize-winning dissertation by Ilana Fritz Offenberger, *The Nazification of Vienna and the Response of the Viennese Jews*, PhD diss., Clark University, 2010. A recent 175th anniversary history of U.S. – Austrian relations, produced by the American Embassy in Vienna, has purged the nasty part of the Austrian Nazis' forceful expulsion of the Jews and makes it sound like the Nobel-prize winning Victor Hess's and Eric Kandel's were regular "immigrants", see *175 Years U.S. – Austrian Diplomatic Relations 1838–1913*, Vienna 2013, 40–43; for intimate personal life stories of two such content lives lost in Vienna and Innsbruck, see George Clare, *Last Waltz in Vienna. The Rise and Destruction of a Family, 1842–1942*, New York 1980; Christoph W. Bauer, *Graubart Boulevard*, Innsbruck 2008.
- 13 Richard Breitman/Allan J. Lichtman, *FDR and the Jews*, Cambridge/MA 2013, 26f.
- 14 # 202, Wiley to Secretary of State (Cordell Hull), "Situation of the Jews," April 15, 1938, 863.4016/174, Roll 14, M 1209, RG 59, National Archives and Records Administration [=NARA], College Park, Md.
- 15 There is considerable disagreement in the literature over Roosevelt's policies to save

Scholarship on U.S. – Austrian relations during the era of Franklin Roosevelt in general and the Anschluss in particular has been anemic.<sup>16</sup> This essay will argue that U.S. diplomatic representatives early on showed great sympathy for the plight of the Jews of Austria. Yet their hands were tied by the official policies in Washington to interfere more forcefully on behalf of the Jewish population. This became particularly tragic during the sad days after the Anschluss when the Jews were brutalized by the Austrian Nazis and quota restrictions obstructed American visa officials in the Vienna general consulate to issue more visas for the United States.

### American Perspectives on Austrian Anti-Semitism in the 1930s

The American Legation in Vienna saw the handwriting on the wall about Hitler's plans towards Austria and the population entrenched ancient hatred of the Jews. Austrian anti-Semitism and its dangerous implications for Jewish population – the vast majority living in Vienna – were obvious early to American observers. After the failed Putsch attempt and the assassination of Engelbert Dollfuß by Austrian National Socialists (=Nazis), the American Minister in Vienna George Messersmith, who had a long record of warning Washington about Hitler's expansionist foreign policy and preparations for war<sup>17</sup>, alerted the State Department in August: "The fact that Europe and the

---

Jews during World War II. David S. Wyman has been the sternest critic of the Roosevelt administration, arguing that they were mere "bystanders" during the Nazi persecution and destruction of the Jews, see *The Abandonment of the Jews. America and the Holocaust, 1941–1945*, New York 1984. More recently Richard Breitman and Allan J. Lichtman have tried to save Roosevelt's reputation by forcefully insisting that "[o]ddly enough, he did more for the Jews than any other world figure, even if his efforts seem deficient in retrospect," see *FDR and the Jews*, 2, 331n1 and *passim*.

16 Alfred Low, *The Anschluss Movement, 1931–1938, and the Great Powers*, New York 1985; John S. Berteau, "U.S.-Austrian Relations in the Pre-Anschluss Period: FDR's Unwillingness for War," MA thesis, University of New Orleans 2007; Offenberger's dissertation has added enormous compassionate detail to the plight of the Jews after Anschluss, see *Nazification of Vienna*.

17 Messersmith had been consul general in Berlin (1930–34) before he switched from the consular to the diplomatic service, being promoted minister to Vienna (1934–37). In both posts he gained the reputation of writing long, exhaustive analyses ("Forty-page-George"), describing "Germany's rapid descent from democratic republic to brutal dictatorship." After Hitler's seizure of power in 1933, Messersmith astutely observed the growing brutality vis-à-vis Jews, the anti-Jewish boycotts, the firing of Jews from their jobs, the end of a free press and the preparations for war, see Erik Larson, *In the Garden of Beasts: Love, Terror, and an American Family in Hitler's Berlin*, New York 2011, 3–5, 32–34; see also Kenneth Moss, "George S. Messersmith and Nazi Germany: The Diplomacy of Limits in Central Europe," in: Kenneth Paul Jones, ed., *U.S. Diplomats in Europe, 1919–1941*, Santa Barbara 1983, 112–126.

world has to face therefore is that in spite of protestations Hitler had not given in the slightest regarding his plan or his actions against Austria.” A month later he wrote a long dispatch about Austrian independence and the situation in Southeastern Europe and concluded: “The question of the independence of Austria has become the primary factor in the maintenance of the peace of Europe.”<sup>18</sup> In a January 1935 dispatch, Messersmith summarized once again the situation of the Jews in Austria. While the Austrian Government officially did not tolerate discrimination against the Jewish population, he noted that “[t]here is an anti-Jewish movement of a certain strength which has had the silent approval of a least some members of the Government.” While the most “violent and extreme anti-Semitic literature” was confiscated, more temperate anti-Semitic writing was still available on newsstands. Leading members of the Catholic clergy preached against discrimination of Jews, yet in the City of Vienna – and above all its mayor – discrimination against Jews prevailed. The Schuschnigg Government promised to contain the persecution of Jews and the Jewish community leaders tempered the American Legation’s concerns by pooh-poohing the state of affairs: “the situation is progressing favorably and that is no cause for concern.” Messersmith concluded: “there is a Jewish problem here [...] certain discrimination will continue and cannot be avoided in spite of the attitude of the Government.”<sup>19</sup>

Messersmith, the American Cassandra in Central Europe, and the Vienna Legation continued to write their gloomy dispatches from Vienna about the deteriorating situation for Austrian Jews. Messersmith had seen Nazi anti-Jewish action unfold in Germany and urged Washington to officially protest against these harsh measures and launch economic pressures in bilateral commercial relations. The overly cautious State Department and the Roosevelt administration chose an indirect approach and failed to issue sharp protests. The Nazis did not care about Germany’s deteriorating image in the U.S. and the world at large.<sup>20</sup>

Washington responded in the same vein to anti-Semitic outrages in Vienna. Legation representatives warned Foreign Minister Egon Berger-Waldenegg guardedly that the U.S. did not want to interfere in Austri-

---

18 Messersmith to State Department, Aug. 8, 1934, and Messersmith to State Department Sept. 24, 1934, Records of the U.S. State Department 863.00, RG 59, National Archives and Records Administration, College Park, Md. [=NARA], M 1209, Cabinet 34, Microfilm Roll 4. There is an entire roll of microfilm about race problems, the position of Jews and anti-semitism in Austria between 1934 and 1938, 863.4016, Roll 14, NARA.

19 Further Observation on the Situation of the Jews in Austria,” Messersmith to Secretary of State [=Cordell Hull], Jan. 2, 1935, 863.40/129, RG 59, NARA, Microfilm Roll 11.

20 Mosse, Messersmith, 116f.

an domestic affairs but not only the Jewish population but also the American public at large “deplored any anti-Jewish activities in any country.” Since the British Minister Walford Selby had brought up the same issue on the very same day Berger-Waldeneegg reacted defensively. “Some government policy might be adopted,” he argued meekly, “toward preventing any undue outburst or anti-Semitism or toward suppressing eventual anti-Jewish activities.”<sup>21</sup> By 1936 the Schuschnigg government was under considerable pressure from both within and without. The illegal Austrian Nazis committed daily acts of terrorism to undermine Austria’s national independence in a piecemeal fashion. With their duplicitous Ambassador Franz von Papen in Vienna acting as the spearhead of Nazi subversion schemes, the Hitler government in Germany put enormous economic and political pressure on Schuschnigg and in an agreement forced on the Austrian government in July 1936, compelled it to admit two Nazis into the cabinet and free imprisoned Nazis. This allowed the growing number of Austria’s illegal Nazis to act openly in undermining the government.

Meanwhile the U.S. and the Western powers appeased Hitler and did not raise a finger to save the Schuschnigg government in spite of the Austrian Chancellor’s persistent efforts to get some sort of guarantee from the Western powers to secure his country’s independence and protection from Nazi depredations.<sup>22</sup> While the Austrian Nazis bore from within, Hitler increased his pressure by ordering Schuschnigg to Berchtesgaden for a meeting. In a tempestuous meeting, the *Führer* manhandled the Austrian Chancellor and forced him to upgrade the status of the Nazi ministers in his Cabinet. During all-day session of ranting and raving in front of a group of intimidating generals, the handwriting of *finis Austriae* was on the wall.<sup>23</sup> Rarely in the annals

21 James Barclay Young Memorandum of Conversation with the Minister of Foreign Affairs, enclosure to dispatch # 771 by Messersmith to Hull April 24, 1936, 863.4016/148, RG 59, NARA, Roll 14.

22 Schuschnigg’s desperate search for a Western security guarantee in the face of growing Nazi pressure is the focus of Alexander Lassner’s empirically rich scholarship, see *The Foreign Policy of the Schuschnigg Government 1934–1938: The Quest for Security*, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Alexander Lassner, eds., *The Dollfuss/Schuschnigg Era in Austria* (=Contemporary Austrian Studies [CAS] 11), New Brunswick, NJ, 2003, 163–186, idem, *Between Hitler and Mussolini: War by Other Means*, in: Günter Bischof/Anton Pelinka/Michel Gehler, eds., *Austrian Foreign Policy in Historical Context* (=CAS 14), New Brunswick, NJ, 2006, 91–112, and in greater detail, idem, *Peace at Hitler’s Price: Austria, the Great Powers, and the Anschluss, 1932–1938*, Ph.D. Diss., Ohio State University 2001.

23 The “Berchtesgaden Agreement”, like the more infamous 1939 “Hitler-Stalin Pact”, included a secret addendum to a public accord. It was part of the secret arrangement that Hitler forced Schuschnigg to appoint Arthur Seyss-Inquart from the “Nationalist

of history had a statesman on a friendly visit to a neighboring country been so abused. Schuschnigg tried to save Austria's independence by announcing a plebiscite to be held in favor of Austrian independence on March 9.

### **The National Socialist Seizure of Power in Austria: American Official Perspectives of Anschluss**

This in turned sparked the forceful invasion of Austria by the Wehrmacht on March 12. It is not often that an hostile invading army is welcomed with such rapture and enthusiasm as the bumbling German Wehrmacht columns wherever they showed up in Austria. It was a case of "rape by consent" of the violated. Hundreds of thousands of hysterical Austrians cheered the German columns along the roads giddily. This "outburst of frenzied acclamation seldom seen since the days of the Caesars," as Evan Bukey put it, encouraged Hitler to go for complete Anschluss of Austria. Surprised by the friendly welcome of his invading army on March 12, Hitler came to Vienna to proclaim triumphally Austria's incorporation into the Third Reich on March 13. Maybe a quarter million people cheered him on Vienna's *Heldenplatz*.<sup>24</sup> The Anschluss had been unfolding in three stages, as Evan Bukey summarizes the scholarship on this complex event: "A pseudorevolutionary uprising from below, a semilegal transfer of power from above, and a powerful military in-

---

Opposition" Minister of the Interior in charge of the police (in the same vein, Stalin forced a communist to be in charge of the Interior Department and the police in the Provisional Renner Government after the war). Anti-Nazis in Austria began to see the handwriting on the wall "before long the word 'finis Austriae' would be written across the map of Europe", concluded George Clare, the gifted chronicler who watched these events spell-bound as a 17-year old in Vienna, see his *Last Waltz in Vienna: The Rise and Destruction of a Family, 1842–1942*, New York 1980, 166. Seyss-Inquart saw himself as a "bridge builder" between Hitler and Schuschnigg; instead, he became the gravedigger of the First Austrian Republic, see Johannes Koll, *From the Habsburg Empire to the Third Reich: Arthur Seyss-Inquart and National Socialism*, in: Günter Bischof/Fritz Plasser/Eva Maltschnigg, eds., *Austrian Lives (=CAS 21)*, New Orleans-Innsbruck 2012, 123–146 ("bridge builder" 131).

- 24 For a insightful contemporary perspective, see dispatch # 160, "Finis Austriae," Wiley to Secretary of State, March 19, 1938, Box 2, Wiley Papers, Diplomatic Files, Austria, 1937–1938: Telegrams and Memoranda [hereinafter cited as Wiley Papers], Franklin D. Roosevelt Presidential Library, Hyde Park, NY [FDRL]. The classic accounts are Radomír Luža, *Austro-German Relations in the Anschluss Era*, Princeton 1975, and Erwin A. Schmidl, *Der "Anschluss" Österreichs. Der deutsche Einmarsch im März 1938*, Bonn 1994; recent accounts are Evan Burr Bukey, *Hitler's Austria: Popular Sentiment in the Nazi Era, 1938–1945*, Chapel Hill 2000, 25–39 (quotation 26); Peter Berger, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Vienna 2007, 196–211; Arnold Suppan, "Anschluss und NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945," in: Feichtinger et al., eds, *Die Akademie*, 11–18.

vasion from outside.”<sup>25</sup> The radicalization of the persecution of Jews in Austria made Vienna the “model” for the “*Altreich*” in the coordinated approach of “racial ideology and economic rationalization.” In other words, post-Anschluss Austria was an important fork in Nazi policies on the twisted road to Auschwitz.<sup>26</sup> While this crucial turning point in Austrian history – the minute-by-minute choreography of the Anschluss – has been dwelt on by historians for a long time, the complete visual history of the events has come to light only recently. It is this very pictorial record of the Nazi “flower campaign” – the welcome of the invading infantry and tank columns by flowers handed over from local populations – the cheerful and giddy faces stand out. Indeed, the representations of hysterical Austrian crowds from Innsbruck to Vienna mark this visual history.<sup>27</sup>

When both this forcible and welcoming ‘Anschluss’ of Austria to the Third Reich unfolded on March 12–13, 1938, the Western powers continued their policy of flabby appeasement of Hitler’s expansionist policies and recognized Austria’s annexation/occupation either *de facto* and *de jure* (Great Britain, France, the Soviet Union), or waffled and acknowledged the Anschluss *de facto* like the United States; Mexico was the only country to protest this act of aggression and violation of international law.<sup>28</sup> George Messersmith, since 1937 the Assistant Secretary of State for administration in Washington, recognized the implications of Austria’s end for Europe and the world right away. Yet in spite of his long exposure to Nazi depredations he had his doubts about the long-term implications: “The barbaric hordes have swept over Austria again and, while the situation must be recognized as temporarily gone, I am for one not yet sure that German domination of Austria is a permanent matter.” He quickly added “[...] there is no doubt but that the steam roller will move on unless major developments take place in the general picture.” On the issue of U.S. recognition of the *fait accompli* of Austria’s absorption into the Third Reich, Messersmith informed the American

25 Bukey, *Hitler’s Austria*, 27.

26 Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt/M 1991, 33–49 (quotations 33, 43)

27 Hans Petschar, *Anschluss. “Ich hole Euch heim” – Der “Anschluss” Österreichs an das Deutsche Reich. Fotografie und Wochenschau im Dienst der NS-Propaganda. Eine Bildchronologie*, Wien 2008; Hans Petschar/Michaela Pfunder, “Der “Anschluss” 1938. Ein Bildessay, in: Bernhard Fetz, Andreas Fingernagel, Thomas Leibniz, Hans Petschar, Michaela Pfunder, eds., *Nacht über Österreich. Der Anschluss 1938 – Flucht und Vertreibung*, Vienna 2013, 13–50.

28 Günter Bischof, *Austria in the First Cold War, 1945–55. The Leverage of the Weak*, Basingstoke-New York 1999, 10–12; Robert H. Keyserlingk, *Austria in World War II. An Anglo-American Dilemma*, Kingston-Montreal 1988, 39–48.

*chargé d'affaires* (soon to be downgraded to the consul general) in Vienna John Cooper Wiley that the U.S. had not recognized either the puppet state of Manchukuo nor Italian sovereignty over Ethiopia (referring to the “Stimson Doctrine” of non-recognition of aggressive expansion by dictatorial regimes). The State Department was not “in a hurry” and “studying the legal question” such as Austria’s most-favored nation trade status, imminent plans to rebuild the U.S. residence, as well as the Legation’s continuation of consular functions in Vienna. The experienced consular official Messersmith considered “a well functioning consular establishment in Vienna” of utmost importance. This Wiley and the State Department quickly came to recognize with the explosion of brutal violence against Jews by Austrian Nazis.<sup>29</sup>

Wiley pleaded strongly in Washington to “recognize the situation as it is” in order to keep the Legation open. Not recognizing Austria’s absorption into the Reich would only create further tensions and bad feelings.<sup>30</sup> In early April Wiley also got a private letter from the State Department’s Chief of Western European Affairs J. Pierrepont Moffat (via Berlin) informing him that the U.S. Government was in no hurry to make a decision on recognizing Austria’s absorption into Germany, especially since the British and the French had not made a decision yet about Austria’s international status and the U.S. “in a purely European situation [...] did not wish to take the lead.” Accepting the status quo as a fact “was not inconsistent with our doctrine of non-recognition.” The Roosevelt Government continued its long-standing policy of isolation from Europe’s troubles, deferring to the British and the French, and appeasement of Hitler.<sup>31</sup> In early April, the State Department recognized the *fait accompli* and turned the U.S. mission in Vienna into a consulate general.

Meanwhile the Anschluss released the most barbaric forms of Austrian anti-Semitism in a hurry. As if they had been waiting in the starting blocks for many years, in the night of March 11/12 when the Austrian Nazi Arthur Seyss-Inquart seized governmental powers, the brown hordes began the ugly business of brutalizing their Jewish neighbors. U.S. diplomats in Vienna were overwhelmed by the primeval violence of this popular outburst and the sadistic actions unleashed on the Jews. Foreign journalists and observers like the writer Carl Zuckmayer were shocked about the Viennese *vox populi* and their

29 Letter Messersmith to Wiley, March 16, 1938, Folder “Messersmith, George S., Box 8, Wiley Papers, FDRL; see also Berteau. U.S.-Austrian Relations.

30 Wiley to Moffat, March 25, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

31 Berteau. U.S.-Austrian Relations, 44–46. Roosevelt’s and Hull’s craven appeasement of Hitler’s Third Reich clashing with William E. Dodd’s increasingly reluctant ambassadorship in Berlin (1933–1936) in the face of daily iniquities and brutalities against the Jews in Berlin, is the story chronicled in fascinating detail in Larson’s *In the Garden of Beasts*.

horrible anti-Semitic pogroms started during the Anschluss: “That night hell broke loose. The underworld opened its gates and vomited forth the lowest, filthiest, most horrible demons it contained. The city was transformed into a night-mare painting by Hieronymous Bosch.”<sup>32</sup> Ilana Fritz Offenberger persuasively argues that the sudden Nazi violence against their Jewish neighbors represented “a collapse of the social contract” and revealed “the roots of the genocide that was enacted later.”<sup>33</sup>

The U.S. Legation in Vienna was quickly overwhelmed by the flood of Jewish victims this spurt of persecution produced; it seemed like the entire Jewish population was seeking visas to leave town and find a place of refuge – anywhere. While the Jews began to line up in front of the American consulate in March 1938 to obtain visa to enter the U.S. and some 20,000 Austrians considered opponents of the new regime were rounded up to be deported to Nazi concentration camps, the Nazis pulled all the stops of the propagandistic arsenal at their avail in preparation for the April 10 plebiscite. They unleashed the most fantastic propaganda campaign throughout Austria, designed to secure the popular support of Austria’s incorporation into the Third Reich. Hitler and most Nazi bigwigs visited the *Ostmark* to campaign for a “Yes” vote to the Anschluss. Former Socialist Chancellor Karl Renner and Vienna’s Cardinal Theodor Innitzer both publicly urged the population to vote in favor of the Anschluss. In a rigged vote 99.73 percent of the population approved the Anschluss<sup>34</sup>, thus confirming the extinction of their own country and its disappearance from the map. Next to the perfect storm of Nazi propaganda, Hitler quickly pouring massive economic aid into the *Ostmark* and creating jobs in the starving and poor country, as well as the popularity of Nazi anti-semitism (stamping the Jews of scapegoats) and the growing unpopularity of the stagnant Schuschnigg regime explain the outcome of the plebiscite.<sup>35</sup> Now Austria’s *Gleichschaltung* into the Third Reich could proceed unobstructed.

Austrians’ support of the Nazi regime in March 1938 seemed overwhelming. But contemporary observers and historians ever since have dissected the relative popularity of Nazism and the Anschluss (and thereby the eventual culpability of Austrians against the Jews). In the beginning of February

32 Quoted in Bukey, *Hitler’s Austria*, 28.

33 Offenberger, *The Nazification of Vienna*, 62.

34 Gerhard Botz argues that the “pretense of democracy” in Nazi plebiscites (“*scheindemokratische Plebiszite*”) was designed to “mobilize broad segments of society in order to melt them into the national consensus”, see “99,7 Prozent” [http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/1385271/997-Prozent?\\_vl\\_backlink=/home/spectrum/index.do](http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/1385271/997-Prozent?_vl_backlink=/home/spectrum/index.do) (accessed April 9, 2013).

35 Offenberger, 34–39; Berger, *Kurze Geschichte*, 205–216.

the American Minister Wiley told a colleague: “You ask how strong the Nazis are [...] nobody knows. It’s all pure guesswork [...] probably not more than 10 percent are 100 percenters, 40 percent are milk toast Nazis, and the balance are band-wagoners. But – for Austria – it’s a strong movement.”<sup>36</sup> In his report summarizing the Anschluss events, Wiley noted: “Despite the great reception which was given to Hitler when he came to Vienna, I have seen nothing to change my opinion that the National Socialist movement in Austria is definitely a minority movement.”<sup>37</sup> A few weeks later, after the Anschluss, the American consulate reported: “It is said that at the time of the annexation of Austria by Germany, 25 percent of the Austrian population were in sympathy with the National Socialist regime, 25 were opposed to it, while 50 percent were indifferent.”<sup>38</sup> Peter Berger posits that according to serious estimates one third of the Austrian population supported the program of the National Socialist party in the days of the Anschluss.<sup>39</sup> This matches what George Clare surmised, namely that two-thirds of Austrians would have voted for Austrian independence, had the cancelled Schuschnigg plebiscite taken place on March 13.<sup>40</sup> Regarding the April 10 plebiscite, Arnold Suppan supposes that given Renner’s and Innitzer’s voting recommendation, some 75 percent would have voted in favor of the Anschluss even if the casting of the ballots had not been closely supervised by the Nazi minions.<sup>41</sup> 360,000 persons or 8 percent of the electorate had been prohibited from casting a ballot (Jews, Monarchists, the core of the Socialists and Communists, supporters of Schuschnigg’s party *Vaterländische Front*).<sup>42</sup> Estimates of hard-core Nazis such range between 10 and 35 percent, while the fellow-travelling bystanders/*Mitläufer* seemed to have constituted at least half of the population. Given the wide range of estimates of Nazi supporters, we will never know the extent of Austrian support of National Socialism for sure.<sup>43</sup> In Austria craven *Mitläufertum* became a survival strategy and way of life in a century of frequent regime changes.

---

36 Wiley to Flack, Feb. 7, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

37 “Finis Austriae,” Wiley to Hull, March 19, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

38 Harry E. Carlson, “Conditions in the Vienna Consular District,” [n.d.], Box 72, Department File, President’s Secretary’s File, FDRL.

39 Berger, *Kurze Geschichte*, 202.

40 Clare, *Last Waltz in Vienna*, 173.

41 Suppan, “Anschluss’ und NS-Herrschaft, 14f.,

42 *Ibid.*, 14; Bukey, *Hitler’s Austria*, 38.

43 Austria’s infatuation with the Nazis also changed over time and declined towards the end of the war, see Bukey, *Hitler’s Austria*.

### **The Dark Days of “Government-Sanctioned Anti-Semitism”<sup>44</sup>: John C. Wiley Reporting of the Post-Anschluss Brutalization of the Jews**

The Nazi pogrom against the Jews of Austria after the Anschluss was relayed back in great detail to Washington by the American Legation in Vienna.<sup>45</sup> Wiley noted how Jewish community and welfare associations were closed down one by one in a moment of greatest need and the most prominent Jewish leaders arrested. He noted “There is already a condition of great distress,” and added:

*The aspect of the situation here which makes it more tragic than that which has existed in Berlin is the suddenness of the blow and the fact that relatively few Jews were able to flee the country [...] There has been a campaign of indignity inflicted upon the Jews. One eminent Rabbi had his beard cut off. Hundreds, if not thousands, have been obliged to perform degrading and menial tasks, and practically all of the Jewish population is in a state of acute anxiety and depression. They feel they were living in a state of legalized lawlessness without rights or the possibility to appeal to any higher authority. Suicides have been numerous. So far as I know there have been no Jewish deaths by violence.”<sup>46</sup>*

American corporations operating in Vienna were pushed to dismiss their “non-Aryan” employees.<sup>47</sup>

The American Press disdained Nazi Germany and Hitler’s brutal and aggressive policies but was not prepared to advocate for admitting more refugees. In fact, faced with a potential flood of refugees, isolationist public opinion trended towards raising not lowering immigration barriers. American public opinion was outraged about the treatment of Viennese Jews such as the harassment of Dr. Freud yet was against raising the quota for Germans (including now Austrians) to enter the country. Due to the roadblocks thrown

44 “With the Anschluss, Austria moved almost overnight from ‘rubber-soled’ anti-Semitism to rabid, government-sanctioned anti-Semitism,” see Melissa Jane Taylor, Family matters: The Emigration of Elderly Jews from Vienna to the United States, 1938–1941, in: *Journal of Social History* 45 (2011), 238–260 (here 238).

45 There seems to be a growing consensus that the post-Anschluss “Vienna pogrom” was an important turning point on the twisted road to Auschwitz, see Offenberger, *Nazification of Vienna*, 84; Gerhard Botz, “99,7 Prozent,” *Die Presse*, April 9, 2013 [http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/1385271/997-Prozent?\\_vl\\_backlink=/home/spectrum/index.do](http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/1385271/997-Prozent?_vl_backlink=/home/spectrum/index.do) (accessed April 9, 2013).

46 “Action Taken Against Jews in Austria,” Wiley to Hull, Mar. 25, 1938, 863.4016/171, RG 59, M 1209, Roll 14, NARA.

47 *Ibid.*

up by consular officials, the quota for Germans to enter the country had never been used in the previous years. The most the State Department was prepared to do was promoting the idea of an international refugee conference. Such a conference did take place in Evian-les-Bains on the French side of Lake Geneva without helping to improve the difficult situation for refugees. Many Americans were anti-immigrant and anti-Semitic and not prepared to admit more Jews that might take jobs away from them and dilute “homogenous” American society.<sup>48</sup>

President Roosevelt became more active in his second term to try to help the Jews of Germany. Yet his hands were tied both by Congressional opposition to augment the German immigration quotas and Great Britain’s willfully ignoring the plight of the Jews. Secretary of State Cordell Hull continued his “middle course between ‘policing the world,’ and withdrawing into an isolationist shell.” In a speech before the National Press Club only a few days after the Anschluss he urged rapid rearmament and warned that isolationism was not a “means to security.” Messersmith felt that the President endorsed Hull’s cautious policies: “there will be no swerving from it in detail.” In a Cabinet meeting on March 18, Roosevelt did suggest to combine the German and Austrian quotas, which would give Austrian applicants a better chance to getting American visas. The combined German quota was 27,370 and in 1939 it was filled thereby increasing Jewish immigration. Yet an 11-year waiting list remained of some 300,000 German and Austrian Jews wanting to come to the United States. The President also wanted Congress to introduce a bill to actually raise immigration quotas. Vice President Garner warned him, however, that if Congress could vote in secret, it would halt all immigration. Breitman and Lichtman comment sardonically: “No one challenged this assessment.”<sup>49</sup>

Wiley continued his reporting in April noting wave after wave of anti-Jewish SA and SS “terrorism” – with Seyss-Inquart’s Austrian police overnight putting on their swastika armbands. The most common humiliation of Jews was the organizing of “scrub squads” – “Jewish men and women to be taken from their homes or on to the streets and brought to Nazi barracks where they are compelled to scrub floors and toilets or are given physical exercises until they are exhausted.” While doctors were spared, lawyers were

---

48 For a solid summary of American public opinion and press commentary see the chapter “1938: From *Anschluss* to *Kristallnacht*,” in Deborah E. Lipstadt, *Beyond Belief: The American Press & the Coming of the Holocaust 1933–1945*, New York 1986, 86–111; for an insightful treatment of the dynamics of the American reaction to Hitler and the Nazis, see Michaela Hoenicke Moore, *Know Your Enemy: the American Debate on Nazism, 1933–1945*, Cambridge 2010.

49 This paragraph is based on Breitman/Lichtman, *FDR and the Jews*, 98–102 (quotations 101, 102).

considered “particularly suitable material for the scrub squads.”<sup>50</sup> Worse than such daily humiliation was the rounding up of hundreds of Jews – both wealthy and modest, often denounced by their neighbors and small business rivals – to be placed under “protective arrest (Schutzhaft) or deportation arrest (Schubhaft), forms of arrest which apparently permit indefinite detention without a hearing.” Imprisonment in crowded prisons and quarters is generally bad: “The prisoners are regarded as so many animals who have been rounded up.” Usually they are robbed of all their belongings at home while in detention. Once released from jail they are told to leave the country on three days notice. Without passports and money, most live illegally in Vienna and depend on charity. The situation was no better in the countryside where Jews were terrorized and forced to “voluntarily’ abandon their property and declared *persona non grata*, left stranded penniless in their own country. Villages in the Burgenland, “still decorated from end to end with garlands and flags in honor of Nazi conquest”, signs were raised proclaiming “Jews enter the village at their own risk.”<sup>51</sup>

After a brief Easter respite, the SA and SS terrorizing of Jews continued in the later days of April. Jewish shops continued to be looted.<sup>52</sup> Aryans were warned not to patronize Jewish establishments; if they did “insulting placards [were] hung around their necks.” Some 700 Jews were driven to the Prater by SA men and forced to exercise. They had to raise their legs, which were then seized by the SA thugs to be thrown back on their heads onto cobblestones. Many ended up in hospitals with head wounds. Americans and other foreigners suspected to be Jews were also abused. With appointment of Josef Bürckel as “Reichskommissar for the Reunion of Austria with Germany” on April 26, he announced to take personal charge of the “Aryanization” of Jewish property. Now the persecution of Jews was legalized. Jews had to declare their fortunes at home and abroad and pay a “flight tax” (*Reichfluchtsteuer*) amounting to 25 percent of their fortune if they wanted to leave the country. A good part of the rest of their monetary assets was lost in prohibitive exchange rates. Jews were also excluded from studying at universities and Jewish high school students were forced to study at special Jewish high schools. Marriages between Jews and Aryans were prohibited. The worst of the terror was the “unofficial extortion” without redress practiced every day on the rich

50 Indeed, this dehumanizing and barbaric practice has become iconic in the rich visual record of the Anschluss, see Petschar, Anschluss. ‘Ich hole Euch heim’, 136–141

51 Dispatch # 202, Wiley to Hull, April 15, 1938, 863.4016/174, RG 59, M 1209, Roll 14, NARA.

52 Historians later called this first wave of looting by the unrestrained Nazi rabble “wild aryanizations”, see Irene Etzersdorfer, Arisiert. Eine Spurensuche im gesellschaftlichen Untergrund der Republik, Vienna 1995.

and not so rich. Families such as the Ephrussi and Guttmann banking clans were locked up in jail for a few days to give the Nazi looters the opportunity to clean out their villas. Jewish owners with assets such as coffee houses were forced to hand over their property at 10 percent of its value. Cars were simply seized by Nazis never to be returned. This campaign of persecution was accompanied by daily vilification of Jews in the press. The result was that many Viennese Jews were desperate: “Very widespread,” noted Wiley, “is a state of physical depression which seems contagious and had produced during the past week a new wave of suicides.” Incidents of fathers killing the entire family were not uncommon. Wiley concluded his detailed 15-page dispatch with the hope that Bürckel’s appointment might spell “the last stages” of the physical terror against the Jews.<sup>53</sup>

Wiley thought Bürckel’s appointment “as a Roman Prefect in a conquered province” highly significant, predicting correctly that “the local National Socialist regime will hereafter be relegated to a very minor role.” He thought Bürckel’s appointment marked “the second wave of conquest” of Austria: “The first eliminated Schuschnigg and the Patriotic Front; now the Nazi co-religionaries [sic] in Austria have got what was coming to them too. *Any idea of a separate regime under Austrian National Socialist rule probably is definitely over*” [my emphasis].<sup>54</sup> He complimented his diplomatic dispatches with a personal letter to Moffat: “About a fortnight ago the persecution of the Jews flared up in a violent pogrom of some days duration.” He continued “Though relatively few Jews were killed, perhaps not more than three or four, it was a degrading and disgusting example of what German culture is capable of. The malefactors were largely the Austrian S.S. and S.A., chiefly the latter.”<sup>55</sup> The best to hope for, concluded Wiley in a resigned tone, was that “outright terror will merely be replaced by the ‘cold pogrom’.”<sup>56</sup>

Alas, like so often, the Americans were too optimistic about the Nazis improving their act. “Aryanizations” continued but now conducted in a large scale effort by the regime.<sup>57</sup> In August the Nazis set up the “Central Office

53 Dispatch # 217, “Intensified Persecution of the Jews in Austria,” May 4, 1938, 863.4015/177, RG 59, M 1209, Roll 14, NARA. Indeed, Bürckel’s regime turned stopped the “wild aryanizations” and turned it into a controlled campaign of state-sponsored high way robbery.

54 Wiley to William C. Bullitt (American ambassador in Paris), May 6, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

55 Wiley to Moffat, May 6, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

56 Dispatch # 217, “Intensified Persecution of the Jews in Austria,” May 4, 1938, 863.4015/177, RG 59, M 1209, Roll 14, NARA.

57 Dieter Ziegler/Harald Wixforth/Jörg Osterloh, “Aryanisation’ in Central Europe, 1933–1939: a preliminary account for Germany (the “Altreich”), Austria and the “Sudenten” area, in: Terry Gourvish (Hg.), *Business and Politics in Europe, 1900–1970*.

for Jewish Emigration” as a means to control the flood of Jewish emigration from Vienna and to filch the unfortunate Jews of all their assets by running them through a maze of bureaucratic hurdles (Central Registration Office, various accounting departments and tax offices, Foreign Currency Office, Department for the Issue of Certificates of Conduct, before they could apply for a passport in the Passport Department for Foreigners and a visum at a foreign legation) and a gauntlet of stern officials before they left Austria.<sup>58</sup> Philanthropic organizations such as the “Gildemeesteraktion” sprang up in Vienna to collect money from rich Jews in order help impoverished Jews to run the gauntlet of Nazi bureaucracy and find the means to emigrate.<sup>59</sup> The Nazis were determined to rid the *Ostmark* of all Jews but not before they had robbed them of their last assets. It is quite unprecedented that neighbors rob their neighbors with such raw greed and destroy valuable assets with such reckless abandon.<sup>60</sup>

Wiley’s reporting from Vienna about Nazi depredations against the Jews is well-informed but almost antiseptic compared to recent searing personal stories that have surfaced of Jews who emigrated to the United States recording their experiences as early as 1939 and published in the 75<sup>th</sup> anniversary year of the Anschluss. The immediacy – nay, intimacy – of these reports convey the social psychology – the quasi-“gut feeling” – of how the Jewish victims of Nazi barbarity perceived their shocking and humiliating treatment after the Anschluss. They noticed the “carnavalesque mood” and he “orgiastic mass seduction” in the *Ostmark* in the weeks after the Anschluss.<sup>61</sup> They commented on Austrians’ “mass betrayal” of their nation – how many of the officials sabotaged their own government and thus broke their oath to the constitution. Many Austrians – Nazis and opportunists – lost their inner compass to distinguish between right and wrong (*anständig* and *unanständig*) behavior.<sup>62</sup> The Catholic Church participated in this frenzy of anti-Semitism.<sup>63</sup>

---

Essays in Honor of Alice Teichova, Cambridge 2003, 187–214.

58 For detail, see Offenberger, Nazification of Vienna, 153–201; see also Peter Berger, The Gildemeester Organisation for Assistance to Emigrants and the expulsion of Jews from Vienna, 1938–1942, in: Gourvish (Hg.), Business and Politics in Europe, 215–245 (here 226f).

59 Ibid.

60 For case studies see Felber et al, Ökonomie der Arisierung, vol. 2: Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen; Etzersdorfer, Arisiert.

61 Paul Brüll, Wie aus Recht Unrecht wurde, and Fritz Rodeck, Die Verbrechen begannen am ersten Tag, in: Margarete Limberg/Hubert Rübsaat, eds., Nach dem “Anschluss”... Berichte österreichischer EmigrantInnen aus dem Archiv der Harvard University, Vienna 2013, 74, 88.

62 Rübsaat, *ibid.*, 86f.

63 Brüll, *ibid.*, 71.

Göttweig Abbey no longer allowed Jews to walk in its extensive forests. Jews and Christians stopped communicating with each other – helping Jews resulted in denunciation and persecution.<sup>64</sup> Many in the Nazi rabble simply enjoyed the newfound power they had over Jews, including daily humiliations administered like making Jews eat grass in the *Prater* park.<sup>65</sup>

Yet tens of thousands of Viennese Jews experienced unheard of barbarities – indeed, the quasi-descent into hell that Zuckermayer had witnessed. Philipp Flesch, a high school teacher, witnessed on November 10 (“*Reichskristallnacht*”) how a SA trooper seized a friend in his apartment and brought him to an army barracks. There he was forced “to crawl on the ground, eat dirt, and be spit in the mouth.” When he was not sent to Dachau but brought home after such tortures, Flesch commented that “kindness and cruelty dwelt in the same bosom.” On the same day, not knowing whether he had to work, he was picked up randomly and forced to go to the district office to identify himself. Lined up the detainees were beaten with belts, then transferred to the next police station in trucks. He was forced to exercise, was beaten with truncheons and fists and then had to stick his face into containers of slime and tar. Next to him old men broke down from the forced exercises and blows. One old rabbi was beaten to death with sticks in front of his eyes (so much for Wiley’s observation that he had not heard of many deaths). And yet, he found excuses for such behavior, noting that the Viennese were a “disturbed and incited people” (*verstört* and *verhetzt*).<sup>66</sup> The Jews had become a people deserving of disdain (“*ein Prügelvolk*”) – the meekest of the rabble looked for even more helpless victims.<sup>67</sup>

Next to these daily physical and mental abuses, “*finis Austriae*” also brought the end of rule of law in a once civilized nation in Central Europe, particularly shocking to a people who respected law and order since it had protected them since their emancipation in the late 18<sup>th</sup> century in Habsburg Austria. The unleashing of the practice of “wild aryanizations” by the Nazi rabble (often by neighbors) overnight came as a total shock. It literally began in the night from March 11 to 12, as if the Austrian anti-semites had been waiting in the starting blocks for years to rob their neighbors blind. The Nazis broke into apartments, seized furniture, jewelry, art works and all valuables and carted it off. Sometimes they maintained the pretense of buying these as-

64 Brüll and Rose Marie Papanek-Akselried, *Ständig in Angst*, Ibid., 71, 121,

65 Papanek-Akselried, *ibid.*, 117.

66 Philipp Flesch, *Entehrung, Schikane und Mord mit deutscher Gründlichkeit*, *ibid.*, 127–137 (here 133–135).

67 Brüll, *ibid.*, 71.

sets for a minimum percentage of their market value. Fritz Rodeck observed sardonically:

*Surely never before in the world has there been a revolution, when so much was stolen so rapidly and according to plan in an organized fashion [...] Simply everything was stolen: entire joint stock companies, factories and firms, theaters, cinema halls, houses, villas, apartments, jewelry, household items of all sorts, type writers and even pencils, not to mention automobiles. The owners of these 'seized' [requiert] cars even had to continue to pay for gasoline, for the expenses of garages, and even repairs that had become necessary by the 'official' use of these cars often wrecked.*

When Bürckel organized the state-run “aryanizations” joint stock companies were seized. Reliable party members were appointed as state commissioners to run these businesses to enrich themselves; not having any management skills, they ran these businesses into the ground.<sup>68</sup> The contemporary reports are full of these daily iniquities.

The case of Walter Goldscheider is a telling example of the “aryanization” process and the long-time losses it spelled for the Austrian economy. Walter inherited the highly innovative manufacturing business of high end artistic ceramic figures started by his father Friedrich in Vienna. Goldscheider ceramics produced fayence, terracotta, marble and alabaster sculptures and hired some of Vienna’s best young artists as designers. After World War I Goldscheider built a global distribution network for his award-winning products. After the Anschluss the highly profitable business was “aryanized” like 30,000 other Jewish businesses in Austria. When Bürckel ended the “wild aryanizations” and began streamlining the process to produce profits for the Third Reich, an interim administrator took over Goldscheider’s business in early May 1938. Like in most of the cases of highly profitable Jewish businesses, a host of greedy and unqualified applicants vied to acquire the business. In the end a “meritorious” party hack from Munich managed to purchase the highly profitable Goldscheider ceramics manufacturing company for a pittance of its market value. After paying all the “flight taxes”, Walter Goldscheider managed to get a visa for Great Britain and later immigrated to the United States. Meanwhile the “aryanizer” ran the business into the ground. When Walter Goldscheider returned to Vienna in 1949 to reclaim his manufacturing plants, they were in poor shape and he never managed to make Goldscheider ceramics profitable again.<sup>69</sup>

68 Rodeck, *ibid.*, 89f; see also Etzersdorfer, Arisiert.

69 The Goldscheider case study “Wann Kaufabschluss?": Die Wiener Manufaktur Fried-

The suicides committed during these darkest of days in the history of Vienna are representative of the level of absolute despair that pervaded in the city. “Every day one hears of friends and acquaintances that chose death,” noted the journalist Rose Marie Papenek-Akselried. A well-known doctor and owner of a sanatorium took poison with his young wife after being tortured by the SA. The owner of a theater, after being beaten almost to death in the streets, poisoned himself. A well-known actor cut his wrist after he could no longer stomach the “frenzy of the browns” (*das Wüten der Braunen*). An actor colleague of his shot his 80-year old mother and then himself because he could not ponder emigration with a sickly old woman.<sup>70</sup> Wiley also reported the waves of suicides committed by Viennese Jews in their “hopeless impasse” producing “a state of hysterical depression.” Wiley personally knew a family that had not lost its fortune yet but the father “in a fit of temporary insanity” killed himself, his wife and child.<sup>71</sup> Among the people that committed suicide were some of Vienna’s most illustrious Jews. Egon Friedell, one of Vienna’s most famous living writers and cabaret artists, soon after the Anschluss jumped out of the window of his apartment.<sup>72</sup> Others like Sigmund Freud chose emigration. Freud soon died in his London exile from old age and heart ache soon after arriving. In the case of old people emigration constituted a form of slow-motion suicide. When Ambassador Wilson in Berlin asked Wiley about Freud’s whereabouts, he reported that the 82-year old doctor was very weak after years of suffering from cancer and added archly: “If he should have to go through the present rigorous type of examination at the frontier, he would probably have to be picked up with a vacuum cleaner.”<sup>73</sup> What will never be known is the exact number of suicides committed. Werner Rodek thought the number may have been 500 per month, amounting to a record number of “several thousand” in the first three months after Anschluss. Goebbels made fun of these “record number of suicides” after the “liberation” of Austria.<sup>74</sup>

---

rich Goldscheider,” is in Etzersdorfer, *Arisiert*, 149–178; many similar case studies can be found in Felber et al, *Ökonomie der Arisierung*.

70 Papenek-Akselried, *ibid.*, 116.

71 “Intensifying Persecution of Jews in Austria,” p. 14, May 4, 1938, 863.4015/177, RG 59, M 1209, Roll 14, NARA.

72 Werner Rotter, Egon Friedell, in: Fetz et al. (Hg.), *Nacht über Österreich*, 158–161.

73 Letter Wilson to Wiley Mar. 29, 1938, and Letter Wiley to Wilson, April 1, 1938, Austria, Legation and Consulate General Vienna, General Records (=RG 84), Box 40, NARA.

74 Rodeck, in: Limberg/Rübsaat, eds., *Nach dem Anschluss*, 94.

These highly authentic contemporary personal narratives can be complemented by scholarship based on oral histories<sup>75</sup>, a rich autobiographical record<sup>76</sup>, and extant personal records of emigrants donated to various collections in the Austrian National Libraries.<sup>77</sup>

### The Long Wait for Visas: Emigration to the United States

When the racial Nuremberg Laws were instituted in the *Ostmark* soon after the Anschluss, 206,000 persons were affected, the large majority (92 percent) of which lived in Vienna. 65,000 perished in the Holocaust and 130,000 managed to flee the country, finding refuge in every corner of the world. By the end of 1941, 28,615 Jews were admitted to the U.S., by 1945 roughly 38,000. A large proportion of these urbanites settled in New York, or other large cities such as Los Angeles, Chicago, Boston and Philadelphia – few in the South. Some 70,000 fugitives from Hitler’s Third Reich settled in the New York area, especially Washington Heights in Manhattan (also known as “the Fourth Reich on the Hudson”).<sup>78</sup> The ones that made it to the U.S. were the lucky ones who successfully managed to run the gauntlet of bureaucratic obstacles in Vienna to secure passports and visas from U.S. consulates. The travails of obtaining visas and hardship of wartime travel were particularly grueling for the elderly.<sup>79</sup>

After the Anschluss the U.S. consulate in Vienna immediately turned into a way station of hope and misery. Hope – after the traumatization and humiliation of daily abuse by the Nazi rabble in Vienna, saving one’s life and finding refuge to start a new life governed the daily existence of Jews in Austria;

75 Andrea Strutz, *Split Lives: Memories and Narratives of Austrian Jewish Refugees*, in: Bischof et al., eds., *New Perspectives on Austrians in World War II*, 182–199; Gerhard Jelinek, *Nachrichten aus dem 4. Reich*, Salzburg 2008.

76 Clare, *Last Waltz in Vienna*; Raul Hilberg, *The Politics of Memory. The Journey of a Holocaust Historian*, Chicago 1996; Marie Jahoda, “Ich habe die Welt nicht verändert”. *Lebenserinnerungen einer Pionierin der Sozialforschung*, Frankfurt 1997; for a narrative of the descent into hell in letters, see Edith Kurzweil, *Briefe aus Wien. Jüdisches Leben vor der Deportation*, Vienna 1999. See also the history of the Jewish Blaubart family from Innsbruck – proof positive that the anti-Semites were as rabid and brutal in the province as they were in Vienna, Christoph W. Bauer, *Graubart Boulevard*, Innsbruck 2008; Offenberger has summarized numerous private collections of ego documents in *The Nazification of Vienna*.

77 See the catalog to the 75<sup>th</sup> anniversary exhibit in the National Library, with 15 individual stories of Austrian Jews who were lucky enough to leave the country and survive the Vienna pogroms, Fetz et al., eds., *Nacht über Österreich*.

78 Strutz, *Split Lives*, 182, 187, 190.

79 Taylor, *Family Matters: The Emigration of Elderly Jews from Vienna to the United States, 1938–1941*.

misery, because the waiting was interminable to gather all the certificates, tax documents, and passport before one started the wait in front of the U.S. consulate. Wiley told his consular staff to treat this mass of desperate humanity lining up outside the consulate to get entry visa to the U.S. with dignity:

*Thousands of people are coming to ask for help. For most of them there is little or nothing that we can do. You will be tired, overworked and irritable, but I still ask you always to treat each of them with sympathy, courtesy, and when you can't do anything for them, when nothing else is available, give them your time and sympathy so that here at least they will be respected human beings and not hunted animals.<sup>80</sup>*

Wiley's challenges were huge. With a small staff he had to run the gauntlet of both abiding strictly by U.S. immigration law and show humanity while trying to save Jewish lives. Messersmith, who had been the consul general in Berlin when Hitler seized power, interpreted immigration law strictly to the letter; he now supervised Wiley's work from Washington with eagle eyes. The U.S. Congress had passed strict immigration laws for the first time in 1917 and toughened them in 1921 and 1924 by instituting national origins quotas. Germany and Austria each got specific quotas of immigrants assigned that could enter the country as a means to cut the pre-World War I flood of immigrants, especially the huge numbers of migrants from the Habsburg Monarchy. Prior to the Anschluss the Austrian quota had been 1,435 visa *per annum*.<sup>81</sup>

After the Anschluss, the German and Austrian quotas were combined.<sup>82</sup> Every potential immigrant to the U.S. needed an interview with a consular official who checked the paper work (the validity of affidavits etc.) and made sure that the person entering the U.S. would have enough means not to become a "Likely Public Charge" (the "LPC clause"). Since the Nazis had robbed the Jews of most of their assets in the days after the Anschluss,

---

80 Irena Wiley, *Around the Globe in Twenty Years*, New York 1962, 77f, quoted in Melissa Jane Taylor, *Diplomats in Turmoil: Creating a Middle Ground in Post-Anschluss Austria*, in: *Diplomatic History* 32 (Nov. 2008), 811–839 (here 811).

81 # 202, "Situation of the Jews," April 15, 1938, 863.4016/174, Roll 14, M 1209, RG 59, NARA.

82 Engel, the acting head of the Jewish Kultusgemeinde in Vienna, told Wiley that only 25 percent of the Jewish population of Vienna was Austrian born; the majority were born in the old Monarchy in territories that were now Poland, Czechoslovakia, Hungary, or Rumania. Since the American quotas were based on place of birth, this did not help Jews born outside of Austria since they were competing for the quota of native emigrants to the U.S. from those countries. See # 202, "Situation of the Jews," April 15, 1938, 863.4016/174, Roll 14, M 1209, RG 59, NARA.

most of them needed “affidavits” from friends or relatives in the U.S. ensuring the consular authorities that they would support the potential immigrants in case of need. In early April Wiley recorded “30,000 visa inquiries in not much more than a fortnight.”<sup>83</sup> During this time only 800 interviews were given. The visa office (a staff of 3 consular officers, 1 immigration inspector, one public health surgeon, 1 American and 8 foreign clerks) was set up to take care of 300 visas a month, issuing 30 immigration and 30 visitors visa a month.<sup>84</sup> Wiley kept reorganizing the consular section to make it more efficient in handling the heavy traffic of visa applicants.<sup>85</sup>

In a stream of official dispatches and personal letters to his friends and colleagues in the diplomatic service, Wiley exerted enormous pressure on the State Department throughout the month of April to hire more Austrian clerks to get the overwhelming work load done – he asked for 21 native clerks.<sup>86</sup> Washington was not very sympathetic and instead of augmenting his staff, cut it. Wiley kept some of his local staff working by paying him out of personal funds! Wiley was shocked and was defensive about his “lack of organization.”<sup>87</sup> Messersmith felt that indeed “a great deal can be done through organization measures to distribute the burden from day to day.” Every applicant should be given a hearing, argued Messersmith, but not necessarily “on the day that he wishes it,” otherwise the visa traffic would become “impracticable.” Messersmith was worried about domestic sniping, if too large an organization was set up in Vienna “to meet visa pressure,” and quickly added: “of course, we must do this work expeditiously or we will be subject to criticism.” As if Wiley needed to be reminded in these difficult times, Messersmith called for solid routine bureaucracy: “Persons seeking immigration visas are seeking a privilege and not a right and we are therefore carrying into effect good administrative practice [...]”<sup>88</sup>

Next to overseeing the visa work, Wiley had to carry on his diplomatic reporting from Vienna. This may explain why he wrote to Moffat: “[...] there

83 He summarized the work of the visa section: “Mostly welfare inquires with regard to Austrian Jewish relatives or friends of people in the United States; the exodus of the Freud tribe, exit visas for the Austrian relatives of Lotte Lehmann, etc., etc.” Letter Wiley to G. Howland Shaw, April 7, 1938, 125.976/28, Box 0902, Decimal File 1930–1939, RG 59, NARA.

84 Taylor, *Diplomats in Turmoil*, 820.

85 # 205, “Reorganization of Office,” Wiley to Hull, April 19, 1938, 125.975/25, Box 0902, Decimal File 1930–39, RG 59, NARA.

86 Wiley letter to Messersmith, April 20, 1938, 125.975/29, Box 0902, Decimal File 1930–39, RG 59, NARA.

87 Letter Wiley to Messersmith, June 3, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

88 Messersmith letter to Wiley, May 27, 1938, 125.975,29A, Box 0902, Decimal File 1930–39, RG 59, NARA.

is only one thing that I am eager to avoid, namely getting involved too deeply in Jewish relief and emigration problems.” He added: “When I see you some day I shall tell you why.”<sup>89</sup> Yet he continued to be a tireless advocate for the growing plight of the Jews of Vienna:

*The Jews are being given no respite. Each time there is a period of calm, it is quickly interrupted. We are in the midst of a new and aggravated wave of Jewish persecution; wholesale arrests, deportation to Dachau, forced labor in Styria; and the local prisons are overflowing. Every conceivable pressure is being put on Jews to make them abandon their worldly goods and flee the country. There is, I understand, a substantial clandestine exodus over the frontier at night. Great numbers appear in the Consulate General with expulsion orders based on “voluntary” acquiescence allowing periods of from two weeks to two months for final and definite departure from the Reich. The anxiety of these people is indescribable.*<sup>90</sup>

Wiley realized early on and conceded to Messersmith that “there would or could be no change in American immigration laws and that naturally the American Government would not contribute funds for the alleviation of the Jews in Europe.” He did note that “substantial sums” would become available from private sources. American visitors from the Jewish Joint Distribution Service were prepared “to throw in a million” and more in the future. The situation might spark efforts equal to “some of the post[World War I]-war relief work.” But such relief must not fall into “wrong or impractical hands,” like the Gildemeester organization. In the face of the growing Jewish catastrophe, Wiley then concluded with a prophetic observation: “[...] there is an underlying and successful policy, namely, completely to shatter Jewish morale and thoroughly undermine the Jewish capacity for passive resistance.” He added:

*One can only perhaps imagine that it is inspired by the possibility of war and the desire to eliminate a hostile element in the population. If there is war; Heaven alone knows what will happen to these unhappy and wretched people [emphasis mine].*<sup>91</sup>

Here is an eerie preview of the Jewish catastrophe unfolding during the war.

---

89 Wiley letter to Moffat, May 23, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

90 Wiley to Messersmith, June 3, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

91 Wiley letter to Messersmith, June 8, 1938, Box 2, Wiley Papers, FDRL.

There was nothing Wiley and his staff in the Vienna Consulate could do to handle the work load short of easing of visa restrictions. Given the onslaught of Jewish visa seekers, Wiley and his staff were totally overwhelmed as no organizational measure could deal with the constant mass of visa applicants. Melissa Jane Taylor has recognized Wiley's personal predicament: "Wiley's personal correspondence also reflected the tensions between his desire to be a humanitarian and his need to follow the letter of the law." To seem overly sympathetic to the Jewish population or bend the strict visa rules "could have jeopardized Wiley's career advancement."<sup>92</sup> The State Department before World War II still operated like a "pretty good club" of old East Coast elites where "genteel anti-semitism" still prevailed.<sup>93</sup> His great sympathy for the plight of Austria's Jews in 1938 suggests that Wiley was free of personal anti-semitism. Yet he was still part of the club where anti-semitism prevailed institutionally. Wiley chipped away at the "restrictionism" of the State Department to give more Jewish applicants to chance to make it to the United States. In the end Wiley upheld the law and did not rise to the level of becoming a "diplomatic rescuer" like Raoul Wallenberg in the Swedish Legation in Budapest towards the end of World War II.<sup>94</sup> At the end of July Wiley was transferred from Vienna and appointed minister to Latvia and Estonia. His successor Leland Morris improved the administrative flow in the Vienna Consulate; it did not take long for him and his staff being overwhelmed too by the number of visa applicants just like Wiley had been before him. In the two months August and September 1938, 15,000 applicants filed papers. Since it would take two years to handle so many applications he put them on hold and handled the backlog from Wiley's tenure.<sup>95</sup> The problem continued to be the lack of staff and the small number of visas granted to applicants from the *Ostmark*.

Jewish professors and researchers constituted one prominent cohort of visa seekers that received preferential treatment in the sense of being helped by private rescue organizations in both obtaining visas and job offers in the United States. Their "Aryan" peers in Austria were as poisoned by the Nazi creed as was the rabble on the street. Their persecution came in the form of seeing their jobs as professors at the universities and their membership in the Academy of Sciences terminated soon after the Anschluss. 252 "non-Aryan" University of Vienna professors lost their jobs on April 23, and 21 (out of 63) members of the Academy were more elegantly "suspended" at the end of No-

---

92 Taylor, *Diplomats in Turmoil*, 824.

93 This is a prominent theme in Larson's *In the Garden of Beasts*.

94 Taylor, 838.

95 *Ibid.* 827.

member and asked to resign (*austreten*) their memberships (15 were corresponding members). Among them were three Nobel Prize winners (Wolfgang Pauli in chemistry, Erwin Schrödinger in physics, and Victor Franz Hess in physics) and researchers from the world famous “Radium Institute” and “Biological Laboratory” (*Biologische Versuchsanstalt*).<sup>96</sup> Austria’s prewar scientific community and academic excellence never recovered from this tragic loss of top-talent. The botanist Fritz Knoll, who had been an “illegal” member of the National Socialist Party – sporting black riding pants and boots in the SS-fashion in his lectures prior to the Anschluss, was appointed *Rektor* of the University of Vienna (1938–43) and Academy President (1938–39) in March 1938.<sup>97</sup> Knoll bragged that after ridding the scientific arena from Jews “once and forever” now German teachers and researchers could serve as paragons “to the German youth.” In a speech in Bucharest in 1941 Knoll analyzed the role of Jews in the sciences and conceded that they were “capable” of doing research but like journalists all they cared for was “Jewish world fame and world conquest” (*Weltgeltung und Weltbeherrschung*). After the war Knoll was given a pension and readmitted to the Academy of Sciences in 1949.<sup>98</sup>

This intellectual exodus was enormous.<sup>99</sup> Austria’s loss constituted America’s gain. Many of these Jewish professors found new employment in American universities and research labs. With help of the “Emergency Committee in Aid of Displaced German Scholars” and the “Jewish Joint Distribution Committee” and funds from the Rockefeller Foundation and private donors many found new employment opportunities in the U.S. American immigration law, notes Marjorie Lamberti, “exempted educators and their spouses and children from the quota system if they held an academic appointment for at least two years prior to their application for a visa.” They received a

96 Klaus Taschwer, Die zwei Karrieren des Fritz Knoll, 47–54 (number of Univ. of Vienna professors fired, 49), and Herbert Mathis, Ausschluss von Mitgliedern, in: Feichtinger et al., eds., Akademie der Wissenschaften, 55–62 (list of suspended Academy members 61).

97 Taschwer, Koll, *ibid.*, 48f; for a history of the University of Vienna during the Anschluss-era and Knoll’s five years as appointed and unelected *Rektor*, see Gernot Heiss/Siegfried Mattl et al., Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945, Vienna 1989.

98 Taschwer, Koll, 49, 51, 52–54.

99 Anglo-American scholars regularly group the Austrians within the community of German exiles; presumably for them all German speakers must be “Germans,” see Anthony Heilbut, *Exiles in Paradise: German Refugee Artists and Intellectuals in America from the 1930s to the Present*, Boston 1983; Peter Watson, *The German Genius: Europe’s Third Renaissance, the Second Scientific Revolution, and the Twentieth Century*, New York 2010, 713–756.

visa if they could present to the American consul in Berlin or Vienna “evidence of an employment contract from an educational institution in the United States.”<sup>100</sup>

The young polymath scholar Paul Felix Lazarsfeld received a Rockefeller fellowship in 1933. In the highly anti-Semitic atmosphere of the University of Vienna, Lazarsfeld could not find a “*Habilitationsvater*” to launch an academic career. Historian Alfred Pribram, acting as a consultant for the Rockefeller Foundation in Vienna, sponsored young Lazarsfeld for a fellowship. The energetic Lazarsfeld developed enormous activity to network in the fields of psychology, sociology and all the scholars developing new survey methodologies in the new field of market research. The Rockefeller Foundation renewed his fellowship in 1934 and he returned for a second year. Meanwhile back in Vienna the corporate “Austro-fascist” regime had seized control and Lazarsfeld was one of the few Jews in Vienna who saw the handwriting on the wall. He briefly returned to Vienna in the summer of 1935 and managed to snag a visa at the American consulate on the promise of employment at the University of Pittsburgh, which did not work out. Instead of a project he re-entered the U.S. as a “penniless immigrant” in 1935 and briefly became an “undesirable alien”; he also encountered some “genteel anti-Semitism” in his academic career (Robert Lynd: “he definitely bears the marks of his race”). Modeling after his private “*Psychologische Forschungsstelle*” in Vienna, he launched his own market survey research office at the University of Newark. Via a big project on “radio research”, Columbia University hired him as an assistant professor of sociology. At Columbia he started the “Bureau of Applied Social Research” in 1940 and became a pioneer in all forms of survey research and quantitative sociology and an academic entrepreneur *par excellence*.<sup>101</sup> In the late 1950s Lazarsfeld returned to Vienna as a consultant for the Ford Foundation and became an impresario in starting an Institute for Advanced Studies in Vienna. Lazarsfeld became a founder of the *Institut für Höhere Studien* in 1963, which introduced the modern social sci-

100 Marjorie Lamberti, The Reception of Refugee Scholars from Nazi Germany in America: Philanthropy and Social Change in Higher Education, in: *Jewish Social Studies* 12 (Spring/Summer 2006), 157–192 (here 162).

101 See the essays by Michael Pollak and Christian Fleck, in: Wolfgang R. Langenbucher, ed., *Paul Felix Lazarsfeld – Leben und Werk: Anstatt einer Biographie*, Vienna 2008, 157–230 (quotation 210). Fleck’s essay deconstructs many of the myths Lazarsfeld put into circulation about why he was selected as a Rockefeller fellow and his immigration to the U.S. in 1935 in his autobiographical essay “An Episode in the History of Social Science Research,” in: Donald Fleming/Bernard Bailyn, eds., *The Intellectual Migration: Europe and America, 1930–1960*, Cambridge, MA 1969, 270–337; on the “trans-Atlantic enrichment” in sociology and the role of impresarios like Lazarsfeld, see also Fleck, *Transatlantische Bereicherung*.

ence research in Austria.<sup>102</sup> Lazarsfeld had pioneered in Vienna in the early 1930s and then in a long and stellar career further advanced in the U.S. His pioneering life of “Atlantic transfers” of knowledge in both directions is a classic case study of the innovative talent that willy-nilly was forced to abandon Austria in the 1930s.

As Lazarsfeld’s example also shows, the philanthropic foundations and aid organizations had to act very gingerly in promoting the cause of admitting these scholars and finding jobs for them for elite “genteel anti-Semitism” not only prevailed in the State Department but also in many of the institutions of higher learning in the U.S. Hitler’s Civil Service Law of 1933 led to the forced retirement of 1,145 professors and 133 research scientists in Germany because of their Jewish “race” or political convictions and 418 Austrian professors and scientists after the Anschluss; altogether some 2,000 academics and research-scientists emigrated from Hitler’s Germany.<sup>103</sup> Given the Great Depression and the contracted academic job markets – along with anti-Semitic sentiments – it was difficult to find employment for them at American universities but by 1945 most of them were successfully absorbed in American university life. By 1941, when the war arrived to the United States as well, they had successfully made the transition from being “competitors” to becoming “assets” in American higher education.<sup>104</sup>

### Conclusion

When Lazarsfeld returned to Vienna after the war as a Ford Foundation consultant, he was decidedly underwhelmed by Vienna’s intellectual climate and commented: “As to the Austrian situation at large, I find it as depressing as before. No brains, no initiative, no collaboration.” He added: “Someone should make a study to find out how a country can be intellectually so dead, and at the same time have such wonderful musical festivals.”<sup>105</sup> Famous economist Friedrich von Hayek had gathered similar observations ten years earlier when he served as a consultant for the Rockefeller Foundation: “Perhaps even more serious than the effect on scholarly standards is perhaps the effect on the whole moral atmosphere of the faculties and especially the almost complete lack of

102 Anton Pelinka, *The Impact of American Scholarship on Austrian Political Science: The Making of a Discipline*, in Günter Bischof/Anton Pelinka, *The Americanization/Westernization of Austria* (=CAS 12), New Brunswick, NJ 2004, 226–234.

103 Marjorie Lamberti, 159.

104 *Ibid.*, 157–160, 181–183.

105 Letter Lazarsfeld to Stone, Jun 29, 1959, cited in Fleck, ‘No Brains, No Initiative, No Collaboration’, 202. On the illustrious career of Shepard Stone, see Volker R. Berg-hahn, *America and the Intellectual Cold Wars in Europe*, Cambridge, MA 2001.

men of strong character and convictions.” While the “outstanding men” had been eliminated, the “timid and uninspired” were appointed to the professorships.<sup>106</sup> While the intellectual elite had been chased out the country in the 1930s, the likes of Knoll and the students he had mentored still retained much influence even though they were forced to retire from the university after the war. His prediction that the Jews would “vanish” from the scientific arena once and for all had not materialized – they only vanished from Austrian academe.

The exodus of Jewish businessmen, intellectuals and artists from post-Anschluss Austria was an egregious loss that the country never fully recovered from. Austrians’ historical memory of the “carnavalesque” mood of the country in the weeks after the Anschluss for a long time refused to acknowledge the barbarism of the persecution of Jews (not to forget the conservative and socialist political opposition). Thousands of Austrian Anschluss-perpetrators hid behind the cover of the official Austrian doctrine that the state of Austria was a “victim” of Hitlerite aggression in March 1938. Only since the 50<sup>th</sup> anniversary of the Anschluss have Austrian politicians begun to stress that Austrians were both victims and perpetrators during the dark days of the Anschluss.<sup>107</sup> During the recent 75<sup>th</sup> commemoration of the event in Vienna’s Hofburg, the Vienne court castle from where Hitler announced the Anschluss to the world, the Austrian president Heinz Fischer did call March 12 “a day of catastrophe” and “a day of infamy” (*Tag der Schande*). He explicitly stated that Austrians “massively” contributed to Nazi war crimes. “It was the many fanatics, supporters and bystanders that participated in the NS-regime – on their determined ignoring of the facts (*gezieltes Wegschauen*) the totalitarian system was constructed.”<sup>108</sup>

106 Hayek report to the Rockefeller Foundation after visiting Austria and Switzerland in July and August 1948, cited in Christian Fleck, Österreichs Wissenschaften in den Augen amerikanischer Besucher, in *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit* 5 (2005), 119–134 (quotation 131); this dead-beat intellectual climate at Austrian universities is also the theme of Thomas König, *Die Frühgeschichte des Fulbright Program in Österreich. Transatlantische „Fühlungnahme auf dem Gebiete der Erziehung“*, Innsbruck 2012.

107 On the historical memory of Austrian on Anschluss, see Oliver Rathkolb, *The Anschluss in the Rear-View Mirror, 1938–2008: Historical Memories between Debate and Transformation*, in: Bischof et al., eds., *New Perspectives on Austrians in WW II*, 5–28.

108 “Fischer: Österreicher massiv an NS-Verbrechen beteiligt,” *Die Presse*, March 12, 2013 <http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/1355195/print.do> (accessed March 13, 2013).

Americans – other than the families of those who made the U.S. their refuge during World War II – have no special memory of the Anschluss.<sup>109</sup> They are obsessed with military history of the war and their hard fought and bloody battlefield victories on the Pacific Islands, in North Africa and the European continent. They court an intense memory of the holocaust and the Jewish extermination in the death camps in the “bloodlands” of Eastern Europe, less so of those events on the “twisted road to Auschwitz” that led to the shoah – like the “Vienna pogrom” in the spring of 1938, radicalizing the Nazi persecution of the Jews after the Anschluss. Most Americans have no clear understanding of the enormous contribution the Jewish refugees from Germany and Austria made to American life and letters after the war. Scholars still heatedly debate the merits of appeasing Hitler and the fallout it produced in Vienna in the dark days of March 1938. But Wiley’s heart-rending dispatches about the plight of the Jews of Austria – and Washington’s appeasement of the Nazis after the Anschluss – have long ago disappeared in the cracks of history. They both merit revisiting.

---

109 It is not surprising that Ilana Offenberger’s great-grandfather was one of those Viennese Jews who managed to save his life by finding refuge in the U.S. – her dissertation “The Nazification of Vienna” is family history too, v-vii.



# **Profilierung im prekären Staat. Zu Karrieremustern im Dritten Reich am Beispiel von Arthur Seyß-Inquart**

Johannes Koll

## **1. Einleitung**

Die Täterforschung hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten neben und in Ergänzung zu strukturgeschichtlichen Ansätzen durch individual- und kollektivbiographische Studien wichtige Beiträge zum Verständnis des ‚Dritten Reiches‘ geliefert.<sup>1</sup> Eine der zentralen Fragen ist die nach dem politischen ‚Überleben‘ von Funktionären in einem politischen System, dessen Binnenstruktur sich durch eine Vielzahl an partikularen Machtgruppierungen auszeichnete; hierzu zählten insbesondere die NSDAP, SS und SA, die Wehrmacht, die traditionelle Staatsverwaltung und von Hitler ernannte Sonderbeauftragte wie Reichsstatthalter oder Reichskommissare. Der fundamental polymorphe Charakter des NS-Systems brachte es mit sich, dass solche Machtgruppierungen und deren Angehörige unter dem Deckmantel einer gemeinsamen Ideologie kontinuierlich um Posten, Einfluss, Macht und Zugang zu finanziellen Ressourcen rivalisierten, regelmäßig Differenzen um taktische Vorgehensweisen oder die konzeptionelle Ausrichtung von Maßnahmen austrugen und sich im Sinne des ‚Dem-Führer-Entgegenarbeitens‘ permanent um Hitlers Gunst bemühten.<sup>2</sup> Entgegen dem Anschein, den das nach au-

---

1 Siehe hierzu den Forschungsüberblick bei Johannes Koll, Biographik und NS-Forschung, in: Neue Politische Literatur. Berichte über das internationale Schrifttum 57 (2012), 67–127.

2 Zu diesem Konzept vgl. Ian Kershaw, „Working towards the Führer.“ Reflections on the Nature of the Hitler Dictatorship, in: Contemporary European History 2 (1993), 103–118, wiederabgedruckt in: Christian Leitz (Hg.), The Third Reich. The Essential Readings, Oxford, Malden 1999, 233–252 mit Anthony McElligott u. Tim Kirk (Hg.), Working towards the Führer. Essays in honour of Sir Ian Kershaw, Manchester, New

ßen totalitär auftretende NS-Regime erweckte, handelte es sich beim Dritten Reich um einen ‚prekären Staat‘,<sup>3</sup> der gerade durch interne Rivalität ein Maß an politischer Flexibilität generierte, das der traditionelle Staatsapparat für eine möglichst rasche und rücksichtslose Durchsetzung des Nationalsozialismus nicht hätte bieten können. In diesem auf Konkurrenz und ‚Bewährung‘ aufbauenden System wurden selbst Funktionsträger, die den Nimbus des ‚alten Kämpfers‘ für sich in Anspruch nehmen konnten, geradezu ununterbrochen unter Anpassungsdruck gesetzt; sogar ein arrivierter Politiker wie Hermann Göring war vor Machteinbuße nicht gefeit. Hieraus resultierte eine innere Dynamik, die wiederum zu einer Radikalisierung beitrug, die sich besonders in Zweitem Weltkrieg und Holocaust in einer bis dahin beispiellosen Brutalisierung entlud.

Die Frage nach dem politischen ‚Überleben‘ im polykratischen ‚Dschungel‘ des Dritten Reiches soll in diesem Beitrag anhand eines Politikers untersucht werden, der im Kontext des ‚Anschlusses‘ Österreichs ans Deutsche Reich, der Untergrabung und Liquidierung der österreichischen Selbständigkeit und der Etablierung der ‚Ostmark‘ eine wichtige Rolle gespielt hat: Dr. iur. Arthur Seyß-Inquart (1892–1946).<sup>4</sup> Der Wiener Rechtsanwalt hatte seit Juni 1937 als Staatsrat, ab Februar bzw. März 1938 als Innenminister und Bundeskanzler an der Destabilisierung des österreichischen Ständestaats ebenso geschickt wie engagiert mitgewirkt und dem ‚Anschluss‘ – seit seiner Jugendzeit das politische Ziel seines großdeutschen Nationalismus<sup>7</sup> – den Weg geebnet. Sozusagen zur Belohnung wurde er am 15. März 1938 von Hitler zum Reichsstatthalter ausgerufen;<sup>5</sup> außerdem erhielt er einen Sitz

---

York 2003.

- 3 Vgl. hierzu Sven Reichardt u. Wolfgang Seibel (Hg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt/Main, New York 2011.
- 4 Der Beitrag ist aus dem Forschungsprojekt *Arthur Seyß-Inquart. Biographie eines Nationalsozialisten* hervorgegangen, das zwischen 2007 und 2011 unter der Leitung von Peter Berger am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführt worden ist; es wurde insbesondere vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) getragen. Hier geht es nicht um eine umfassende Darstellung der Biographie Seyß-Inquarts nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs, sondern um die Analyse der Bemühungen, mit denen er seine Karriere ab März 1938 zu befördern versucht hat. An biographischer Literatur sei verwiesen auf Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß*, Wien, Frankfurt/Main, Zürich 1971, auf die populärwissenschaftliche Darstellung des niederländischen Journalisten und Historikers Johannes Hendricus Neuman, *Arthur Seyss-Inquart*, Graz, Wien, Köln 1970 sowie auf den Überblick bei Johannes Koll, *From the Habsburg Empire to the Third Reich: Arthur Seyß-Inquart and National Socialism*, in: Günter Bischof, Fritz Plasser u. Eva Maltschnig (Hg.), *Austrian Lives*, New Orleans, Innsbruck 2012, 123–146.
- 5 Bundesarchiv Berlin (BAB), R 43 II/140, Bl. 17 und Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1938/I, 249.

im Reichstag.<sup>6</sup> Als Reichsstatthalter nahm er einerseits einen herausragenden Platz an der Verwaltungsspitze Österreichs ein, der ihn übrigens auch im Altreich und im Ausland weithin bekannt machte. Andererseits war die österreichische Regierung, mit deren Leitung er ebenfalls im März 1938 betraut wurde, nicht mehr eine Bundes-, sondern nur noch eine Landesregierung, und zwar in einem Reich, das gleich nach der ‚Machtergreifung‘ daran gegangen war, durch forcierte Gleichschaltung Föderalismus auszuhebeln. Vor einem solchen Hintergrund war Reichsstatthaltereier und österreichischer Landesregierung die Aufgabe gestellt, unter Seyß-Inquarts Führung die Behörden und das Rechtssystem Österreichs, die während des Ständestaats (1933/34–1938) in Geltung gewesen waren, abzubauen bzw. in das Deutsche Reich einzugliedern. Bei der Neuordnung sollte das angeschlossene Land nicht als kohärente verfassungsrechtliche Einheit bestehen bleiben. Im Gegenteil, die bisherigen Bundesländer wurden in den Monaten nach dem ‚Anschluss‘ in einzelne Reichsgaue aufgeteilt, deren Verwaltungen ganz im Sinne des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs direkt der Reichszentralverwaltung und letztlich Hitler unterstellt wurden.<sup>7</sup>

Für die Umwandlung Österreichs in die Ostmark war kaum mehr als ein Jahr Zeit – war doch von vornherein in Aussicht genommen, zum 1. Mai 1939 das sogenannte Ostmarkgesetz in Kraft treten zu lassen. Zu diesem Termin endeten denn auch die Tätigkeiten, die Seyß-Inquart seit März 1938 in Personalunion wahrgenommen hatte: Reichsstatthalter, Leiter der österreichischen Landesregierung und Minister für innere und kulturelle Angelegenheiten.<sup>8</sup> Sozusagen als Trostpflaster wurde er am selben Tag von Hitler zum Reichsminister und Mitglied des Reichskabinetts ernannt.<sup>9</sup> Mit diesen prestigeträchtigen Funktionen war jedoch ebenso wenig reale Macht verbunden wie mit dem Sitz im Reichstag: Als Minister erhielt Seyß-Inquart zwar in Berlin ein gewisses Budget, Büroräumlichkeiten und eine Dienstvilla aus

6 Verhandlungen des Reichstags, 4. Wahlperiode 1939, Bd. 460. Stenographische Berichte 1939–1942. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, 1. – 8. Sitzung, Berlin o.J. [1939], 76.

7 Das Gesetz zum Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 ist abgedruckt in: RGBL. 1934/I, 75. Zu diesem Gesetz und seinen Folgeverordnungen siehe Seyß-Inquarts affirmative Darstellung: Selbstverwaltung in der Ostmark, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 6 (1939), H. 1 vom 1. Januar 1939, 10 f.

8 Gesetz über den Aufbau der Verwaltung in der Ostmark vom 14. April 1939, in: RGBL. 1939/I, 777–780. Zur Nazifizierung Österreichs siehe auch Hermann Hagspiel, Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945, Wien 1995 und Emmerich Tálos, Von der Liquidierung der Eigenstaatlichkeit zur Etablierung der Reichsgaue der ‚Ostmark‘. Zum Umbau der politisch-administrativen Struktur, in: Ders. u. a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, 55–72.

9 Ernennungsurkunde in BAB, R 43 II/140, Bl. 13.

enteignetem jüdischen Besitz,<sup>10</sup> ein eigener Geschäftsbereich aber wurde ihm nicht zugewiesen. Das Reichskabinett ist seit 1938 nicht mehr zu Sitzungen zusammengetreten; stattdessen übernahm der Chef der Reichskanzlei, Dr. Hans Heinrich Lammers, die Kommunikation und Koordination zwischen Hitler und den Reichsministerien bzw. deutschen Verwaltungsstäben in den besetzten Gebieten. Und der Reichstag war seit der Machtergreifung zu einem Akklamationsinstrument degradiert worden, hielt nur selten Sitzungen ab und trat nach dem 26. April 1942 gar nicht mehr zusammen. Der Aufstieg zum Reichsminister war für Seyß-Inquart also eher symbolischer als machtpolitischer Art. An dem Mangel an Macht und Einfluss, der seine Stellung im NS-System nach dem Auslaufen des Amtes des Reichsstatthalters kennzeichnete, konnten auch – ebenfalls weitgehend symbolische – Nettigkeiten wie die Einladung durch Hitler zur Teilnahme an den Bayreuther Wagner-Festspielen vom Sommer des Jahres 1939<sup>11</sup> nichts ändern. Und ehrenamtliche Posten wie die Leitung des Deutschen Alpenvereins, die Seyß-Inquart im Juni 1938 übernommen hatte,<sup>12</sup> waren nicht einmal ansatzweise ein Ersatz für einflussreiche politische Funktionen im Rahmen der Reichsverwaltung. Erst der deutsche Angriff auf Polen schien für Seyß-Inquart eine Phase politischer Machtlosigkeit zu beenden: Als Chef der Zivilverwaltung im Militärbezirk Krakau und später als Stellvertretender Generalgouverneur konnte er sich ab Herbst 1939 wieder politischer Ämter erfreuen, die nach dem West-

---

10 Seyß-Inquarts Ministerbüro war zunächst in der Vofstraße 6 untergebracht, spätestens ab September 1939 in der Prachtstraße Unter den Linden, wo Seyß-Inquart unter der Hausnummer 27 18 Räume reklamierte (siehe sein Schreiben an den Chef der Reichskanzlei Dr. Hans Heinrich Lammers vom 19. Juli 1939, BAB, R 43 II/140, Bl. 81 und das Schreiben von Kurt Freiherr von Haller vom 4. September 1939, ebd., Bl. 92). 1943 wurde das Ministerium in die Rüsternallee 2a verlegt (siehe Schreiben von Haller vom 15. Dezember 1943, ebd., Bl. 126). Die Dienstvilla befand sich Am Großen Wannsee 34–36. Sie hatte dem jüdischen Textilunternehmer Konsul Eugen Brasch gehört, dessen Betrieb 1939 vom NS-Regime liquidiert wurde (siehe Berliner Adreßbuch für das Jahr 1939. Unter Benutzung amtlicher Quellen, Bd. 1, Berlin o.J. [1939], 301 sowie die Datenbank *Jüdische Gewerbebetriebe in Berlin 1930–1945* der Humboldt-Universität Berlin, URL: <http://www2.hu-berlin.de/djgb/www/find>, Zugriff: 23. April 2013). Für die Dauer des Krieges hat Seyß-Inquart die vornehme Villa den Dienststellen des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen zur Verfügung gestellt. Er selber residierte während seiner relativ seltenen Anwesenheit in Berlin im renommierten Hotel Kaiserhof, in dem auch andere führende Nationalsozialisten einschließlich Hitler und Göring nächtigten. Siehe Lammers an Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk vom 26. August 1941, BAB, R 43 II/140, Bl. 123.

11 Seyß-Inquart an Hitler vom 27. Juli 1939, BAB, NS 10/38, Bl. 10 f.

12 Siehe hierzu Johannes Koll, Aufbau der „Volksgemeinschaft“ durch Vereinspolitik. Arthur Seyß-Inquart und der Alpenverein 1938–1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012), 124–145.

feldzug für ihn wiederum zum Sprungbrett für den Posten des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete wurden.

Welche Aufgaben stellten sich Seyß-Inquart in Österreich? Als Reichsstatthalter und Leiter der österreichischen Landesregierung musste er nicht nur bestehende reichsrechtliche Bestimmungen im *Gesetzblatt für das Land Österreich* promulgieren. Es gehörte auch zu seinen Aufgaben, in enger Zusammenarbeit mit zuständigen Reichsbehörden speziell auf die Ostmark zugeschnittene Verordnungen zu entwerfen, wie dies beispielsweise im Zusammenhang mit den verschiedenen Aspekten der Judenverfolgung einschließlich ‚Arisierung‘ oder mit der ‚Wiedergutmachung‘ für die Verfolgung österreichischer Nationalsozialisten zur Zeit des Ständestaats der Fall war. Schließlich hatte er – wie er selber einmal treffend formulierte – dazu beizutragen, „in absehbarer Zeit die früheren österreichischen Länder [...] als Gaue und Verwaltungsbezirke in die Reichsordnung einzugliedern und dieser zu übergeben.“<sup>13</sup> Bei all dem war sein politischer Handlungsspielraum beschränkt. Innerhalb der Landesregierung besaß er zwar im Sinne des nationalsozialistischen Führerprinzips die Entscheidungsgewalt, war seinerseits aber an Weisungen der zuständigen Reichsminister gebunden.<sup>14</sup> Sein eigenes Weisungsrecht erstreckte sich nicht einmal auf die Bundesländer, eine Kompetenz-Kompetenz des Reichsstatthalters gegenüber den Landeshauptmännern bzw. dem Bürgermeister von Wien wurde von Seiten des Reiches sogar ausdrücklich negiert.<sup>15</sup> In diesem Sinn fungierte Seyß-Inquart gewissermaßen als intermediäre Größe zwischen Reichszentralinstanzen und den Behörden des einstigen österreichischen Bundesstaates.

Als ‚Zwischengewalt‘ besaß der Reichsstatthalter zwar eigenständige Aufgabengebiete, war jedoch in ein multipolares Kräftefeld eingebunden.

---

13 Arthur Seyß-Inquart, Praktische Probleme des Anschlusses für Recht und Wirtschaft in Österreich, in: Reich und Ostmark. Eine Vortragsreihe der österreichischen Verwaltungs-Akademien über Aufbau, Verwaltung und Aufgaben des Großdeutschen Reiches (= Schriften des Reichsverbandes Deutscher Verwaltungs-Akademien, H. 5), Berlin, Wien 1938, 48.

14 So die Zusammenfassung bei Helfried Pfeifer (Hg.), Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung. Historisch-systematische Gesetzessammlung nach dem Stande vom 16. April 1941. Mit Einführungen, Erläuterungen, Verweisungen und Schriftumsangaben, Wien 1941, 29, Anm. 1.

15 Siehe Hitlers Verordnung über das Gesetzgebungsrecht im Lande Österreich vom 30. April 1938 (RGBl. 1938/I, 455) mit den Aktennotizen vom 2. und 13. April 1938 (BAB, R 43 II/1353, Bl. 114 f.) sowie dem Schriftwechsel zwischen dem Amt des Reichsstatthalters und dem Reichsinnenministerium von Mai bis Juli 1938 in: Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (Wien) (ÖStA/AdR), Österreichische Landesregierung 1938, Mappe 1, 3. Sitzung vom 5. Juli 1938. Siehe auch ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 31, Zl. 1765 und Wilhelm Stuckart, Die Eingliederung der deutschen Ostmark in den Rechts- und Verwaltungsraum des Reiches, in: Reich und Ostmark, 64.

Denn im Gefolge der Wehrmachtstruppen, die am 12. März 1938 in Österreich einmarschierten, hatten sich diverse Reichszentralstellen in Wien niedergelassen. Sie ließen der österreichischen Landesregierung so gut wie keinen Raum für eine eigenständige Politik. Eine besondere Bedeutung kam dem Reichsministerium des Innern zu, das zur sogenannten Zentralstelle für die Durchführung der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich bestimmt wurde.<sup>16</sup> Als starker Mann in Österreich erwies sich aber nicht Dr. Wilhelm Keppler, den Innenminister Dr. Wilhelm Frick im Einvernehmen mit Göring als sogenannten Reichsbeauftragten für Österreich nach Wien entsandte. Das Gesicht der Ostmark sollte vielmehr Josef Bürckel prägen, der sich zunächst im Zusammenhang mit der Saarabstimmung vom Januar 1935 seine Sporen verdient hatte und nach dem ‚Anschluss‘ von Hitler nach Österreich beordert wurde, und zwar unter Beibehaltung seiner Ämter als Gauleiter und Reichskommissar der Saarpfalz.<sup>17</sup> Als Beauftragter für die Volksabstimmung vom 10. April 1938 und besonders als Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich hatte Bürckel die Aufgabe, die österreichische NSDAP zu reorganisieren und gleichzeitig federführend das angeschlossene Land in eine nazifizierte Ostmark zu transformieren. Hierbei verfolgte er zwei miteinander verwobene Ziele: Erstens setzte er sich dafür ein, den nationalsozialistischen Mittelinstanzen, zu denen er selber an der Donau ebenso wie an der Saar gehörte, eine relativ starke Position gegenüber den Reichszentralinstanzen zu geben. Zweitens ging es ihm darum, die Verwaltungen von Partei und Staat zur Deckung zu bringen und durch eine Personalunion von Gauleitern und Reichsstatthaltern miteinander zu verzahnen; diese Lösung wollte er als Modell für eine mögliche Reform des gesamten Großdeutschen Reiches verstanden wissen. Im Februar 1939 übernahm Bürckel zusätzlich die Leitung des NSDAP-Gaus Wien, und nachdem Seyß-Inquart mit dem Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes aus dem Amt hatte scheiden müssen, übernahm er auch noch die Aufgaben und Befugnisse, die dieser bis Ende April 1939 als Reichsstatthalter und Leiter der österreichischen Landesregierung wahrgenommen hatte. Zur Akkumulation von Ämtern und Macht gehörte schließlich, dass Bürckel Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis XVII wurde und nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei, an der er ebenso wie Seyß-Inquart hinter den Kulissen höchst aktiv teilgenommen hat, als Chef der Zivilverwaltung in Mähren fungierte. Außerdem war er Obergruppenführer in der SA und Gruppenführer

---

16 Siehe die [Erste] Verordnung zum Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 16. März 1938, in: RGBl. 1938/I, 249 f.

17 Siehe Lothar Wettstein, Josef Bürckel. Gauleiter, Reichsstatthalter, Krisenmanager Adolf Hitlers, 2. Aufl. Norderstedt 2010, besonders ab Kap. 10.

in der SS. Erst nachdem die Grundlagen für die Reform der NSDAP und der staatlichen Verwaltung in Österreich weitgehend gelegt waren, verließ Bürckel 1940 die Ostmark. In der Folge wurde er in der Westmark zum Reichsstatthalter, zum dortigen Reichsverteidigungskommissar sowie zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen ernannt.

In typologischer Hinsicht hätten Seyß-Inquart und Bürckel kaum unterschiedlicher sein können: Hier der promovierte, kunstsinnige und vorsichtig taktierende Österreicher Seyß-Inquart, der lange Zeit zwischen dem autoritären Ständestaat des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes und dem Dritten Reich manövriert hatte, erst nach dem ‚Anschluss‘ offiziell der NSDAP beigetreten war<sup>18</sup> und in keiner der Großorganisationen des NS-Systems über eine ‚Hausmacht‘ verfügte. Dort der reichsdeutsche Haudegen Bürckel, der als ‚alter Kämpfer‘ ausgezeichnete Verbindungen innerhalb der NSDAP und zur Reichsführung hatte und stets auf Rückendeckung der Parteizentrale im ‚Braunen Haus‘ zu München zählen konnte. In dieser Konstellation an der Spitze der österreichischen Verwaltung war Bürckel von vornherein im Vorteil. Mit Peter Berger muss festgehalten werden, dass „in keinem anderen Gebiet des Deutschen Reiches [...] ein Mitglied der alten Garde der NSDAP soviel Einfluss auf die Zivilverwaltung [gewann], wie es in Bürckels Österreich bzw. der ‚Ostmark‘ 1938/39 der Fall war.“<sup>19</sup> Im Vergleich zum glänzend vernetzten Reichskommissar war die Stellung des ‚Newcomers‘ Seyß-Inquart schwach. Dessen positionelle Schwäche konnte auch dadurch nicht wettgemacht werden, dass er noch als Bundeskanzler von Heinrich Himmler zum Gruppenführer der SS ernannt wurde.<sup>20</sup> Der generalsäquivalente Ehrenrang erleichterte Seyß-Inquart zwar den unmittelbaren persönlichen Zugang zum Reichsführer-SS, der sich besonders für seine Tätigkeit als Reichskommissar in den Niederlanden als wichtiger Ansprechpartner erweisen sollte. Seine persönliche Autorität unter den anderen (Ober-)Gruppenführern und dem SS-Hauptamt aber blieb begrenzt.

---

18 Seinen eigenen Angaben nach war Seyß-Inquart über den befreundeten Dr. Herbert Kier zur NSDAP gestoßen, seit Dezember 1931 überwies er der Partei – wie er Heinrich Himmler am 19. August 1939 darlegte – die Monatsbeiträge (Bundesarchiv Koblenz [BAK], N 1180/3, im Schreiben Bl. 17 f.). Eine vorläufige Mitgliedskarte beantragte er erst Anfang Juni 1938 (BAB [ehem. Berlin Document Center (BDC)], Parteikorrespondenz, L 258, Bl. 2843–2846); sein Mitgliedsbuch erhielt er erst Mitte Januar 1943 (ebd., Bl. 2848–2850). Bereits im Juni 1939 war die Betreuung seiner Mitgliedschaft von der Gauleitung Wien zur Reichsleitung München übertragen worden (ÖStA/AdR, Gauakte Arthur Seyß-Inquart, Nr. 15547, Bl. 14). Seine NSDAP-Mitgliedsnummer lautete 6.270.392.

19 Peter Berger, *Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Wien 2007, 206.

20 BAB (ehem. BDC), SSO Arthur Seyß-Inquart, Bl. 33.

## 2. Profilierungsbestrebungen I: Arthur Seyß-Inquart auf ausgewählten Feldern nationalsozialistischer Politik

Vor diesem Hintergrund war es für Seyß-Inquart kein Leichtes, als Leiter einer Landesregierung, die durch den Aufbau eines nationalsozialistischen Verwaltungs- und Rechtssystems bis zum Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes abgewickelt werden sollte, ein eigenes politisches Profil zu entwickeln. Dazu kam, dass ihm von Anfang an bewusst war, dass sein Amt als Reichsstatthalter zum 1. Mai 1939 auslief. Und wie Keppler, der nach heftigen Kompetenzstreitigkeiten mit Bürckel im Juni 1938 entnervt zur Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan nach Berlin zurückkehrte, wurde auch Seyß-Inquart immer wieder mit Bürckels überheblichem und selbstherrlichem Auftreten konfrontiert. Sein Spielraum in Wien wurde durch mehrere Umstände enorm eingeschränkt. Zum einen griff Bürckel gerne in die Aufgabengebiete des Reichsstatthalters ein, etwa wenn er sich in die Aufteilung der Ressorts und die Besetzung der Ministerposten in der österreichischen Landesregierung einmischte.<sup>21</sup> Zum anderen sorgte Bürckel mit Hitlers Rückendeckung von Anfang an dafür, dass er es war, der die Zügel beim Aufbau der Ostmark fest in den Händen hielt. So erteilte er schon wenige Tage nach dem ‚Anschluss‘ Österreichs nicht nur den Reichsministern, sondern auch Seyß-Inquart und den Ministern von dessen Anschlusskabinett die Anweisung, Verordnungen und Gesetze nur im Einvernehmen mit ihm zu erlassen,<sup>22</sup> und als führerunmittelbarer Reichskommissar machte er von dem Weisungs- und Aufsichtsrecht gegenüber den Behörden in Österreich unter Einschluss der dortigen Landesregierung, das ihm Hitler nach der Volksabstimmung vom 10. April zugesprochen hatte,<sup>23</sup> ausgiebig Gebrauch. Unmittelbar nach einem Treffen mit Hitler – und folglich mit dessen Zustimmung – beanspruchte Bürckel am 23. Mai die Entscheidungsgewalt in allen Zweifelsfällen, die zwischen österreichischer Landesregierung, Reichszentralinstanzen und seiner eigenen Behörde über die Verteilung und Abgrenzung von Zuständigkeiten und Aufgabengebieten entstehen könnten. Auf diese Weise wolle er als Reichskommissar „jede Möglichkeit eines Nebeneinander-

21 So drängte Bürckel beispielsweise darauf, Finanzminister Rudolf Neumayer abzulösen und dessen Ressort mit dem Handelsministerium zusammen zu legen. Siehe sein Schreiben an Schwerin von Krosigk vom 14. Mai 1938, ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 11, Zl. 1405, Bl. 26. Im selben Monat drängte der Reichskommissar Unterrichtsminister Prof. Dr. Oswald Menghin durch den Mundartforscher Prof. Dr. Anton Haasbauer aus dem Amt. Siehe Radomír Luža, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien, Köln, Graz 1977, 65.

22 Fernschreiben Bürckels an Hitler vom 16. März 1938, BAB, R 43 II/1353c, Bl. 36 f.

23 Siehe den Führererlass vom 23. April 1938, Art. 4, in: RGBl. 1938/I, 407.

arbeitens und einer schädlichen Mehrgleisigkeit der Arbeit“ ausschließen.<sup>24</sup> Forciert wurde die inferiore Position Seyß-Inquarts durch Fricks Anordnung, dass der gesamte Schriftverkehr mit dem Reichsstatthalter zunächst über den Reichsbeauftragten für Österreich, später dann über den Reichskommissar zu gehen habe.<sup>25</sup> Zwar deckte sich Bürckels Wunsch nach einer klaren Unterordnung von Reichsstatthalter und Landesregierung unter den Reichskommissar nicht immer mit der Wirklichkeit – wie aus der Klage eines untergeordneten Beamten des Reichskommissariats hervorgeht, dass Seyß-Inquart wie auch die Landeshauptleute den Dienstweg „nicht immer genügend beachten und teils durch persönliche Schreiben bezw. durch Besprechungen oder auch durch unmittelbare Schreiben unter Umgehung unserer Dienststelle mit Berlin bezw. mit den sonstigen staatlichen Dienststellen verkehren.“<sup>26</sup> Die gelegentlichen Abweichungen vom Dienstweg änderten aber nichts daran, dass Bürckel gegenüber Seyß-Inquart den Vorrang besaß. Dazu kamen grundlegende politische Differenzen über den Stellenwert Österreichs im NS-Staat: Während Bürckel austriakische Spezifika weitgehend eliminiert wissen wollte und dafür Sorge trug, dass die Ostmark als ein nationalsozialistischer Mustergau gleichgeschaltet wurde, versuchte Seyß-Inquart, dem einst unabhängigen Staat innerhalb des Großdeutschen Reiches eine besondere Stellung zu sichern. Hierüber schärfte er sein eigenes politisches Profil, und damit wiederum empfahl er sich mehr oder weniger unmittelbar für eine neue Funktion nach dem absehbaren Ende seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter.

Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist ein Manuskript,<sup>27</sup> in dem sich Seyß-Inquart nach dem ‚Anschluss‘ zwar für eine „Auflösung des politischen Begriffes Österreich in Grossdeutschland“ und die „Beseitigung der staatsrecht-

---

24 Anweisung Bürckels an alle öffentlichen Dienststellen im Lande Österreich vom 23. Mai und Schreiben an den Reichsstatthalter vom 24. Mai 1938, ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 11, Zl. 1400, Bl. 30–32 und ebd., Zl. 1405, Bl. 150. Zugleich versicherte der Reichskommissar, mit Seyß-Inquart und dessen Behörde „in kameradschaftlicher Weise“ zusammenarbeiten zu wollen.

25 Siehe Fricks Anordnungen vom 4. April und vom 16. August 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation, Wien 1988, 650 bzw. ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 11, Zl. 1405, Bl. 90. In der dazwischen liegenden Zeit hatten sich Bürckel und Frick um die machtpolitisch relevante Regelung des Geschäftsverkehrs zwischen Reichszentralstellen, Reichskommissariat und Reichsstatthaltereie gestritten; mit der Zentralisierung des Geschäftsverkehrs in seiner Behörde konnte sich Bürckel restlos durchsetzen. Siehe hierzu die Materialien in BAB, R 43 II/1357 sowie Luža, Österreich und die großdeutsche Idee, 62–66 und 70–74.

26 Aktenvermerk für Regierungsvizepräsident Karl Barth (Reichskommissariat) vom 8. März 1939, ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 11, Zl. 1405, Bl. 16.

27 Undatierte und unvollständige Kopie mit handschriftlichen Korrekturen in: Institut für Zeitgeschichte (München) (IfZ), International Military Tribunal (IMT), Dok. PS-3649.

lichen Sonderform“ dieses Landes aussprach, zugleich aber Stellung bezog gegen eine „mechanische Gleichschaltung“. Mehr noch: Um unter der österreichischen Bevölkerung einer „Reichsmüdigkeit“ und dem Gefühl, „eine von der Zentrale aus verwaltete Provinz zu sein“, entgegenarbeiten zu können, äußerte er den Wunsch, das Reich möge „landsmannschaftlichen Impulsen“ Rechnung tragen. Seinen Vorstellungen nach sollten jene Institutionen der österreichischen Verwaltung, „die sich bewährt haben und allenfalls für das ganze Reich in Frage kommen“, beibehalten werden. Darüber hinaus solle das Reich „das kulturelle Eigenleben“ Österreichs fördern, „auf welchem die landsmannschaftlichen Kräfte mit Recht am stärksten zur Geltung kommen und das deutsche Wesen bereichern sollen.“ Schließlich wies er der Ostmark und insbesondere der Stadt Wien eine herausragende Bedeutung bei der „planmäßigen Auswertung der geopolitischen Lage“ bei, das hieß bei der Auslotung und Ausnutzung von „Einflussmöglichkeiten in den Südost-(Donau) Raum“. Für diese Aufgaben hielt er eine „einheitliche Betreuung“ für notwendig. Wie im Folgenden deutlich wird, liegt auf der Hand, dass er hierbei an sich selbst dachte.

#### *a. Ostmarkministerium*

Die Forderungen nach einer Berücksichtigung von „landsmannschaftlichen Impulsen“, des „kulturellen Eigenlebens“ und einer maßgeblichen Beteiligung von Österreichern an der deutschen Südosteuropapolitik schlossen an Seyß-Inquarts Bemühungen an, eine Art von Ostmarkministerium ins Leben zu rufen. Hierbei glaubte er sich auf Hitlers Zusage vom 23. April 1938 stützen zu können, ihn mit Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes in die Reichsregierung zu berufen, damit er „an dieser Stelle weiter für Oesterreich im Grossdeutschen Reich wirken“ könne.<sup>28</sup> Und schon am Tag der Volksabstimmung hatte Goebbels in seinem Tagebuch notiert, Seyß-Inquart „soll Reichsminister für die Angliederung Österreichs werden.“<sup>29</sup> Von sich aus schlug Seyß-Inquart im Herbst 1938 vor, nach dem Ende seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter sich als die zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle in Berlin für alle

---

28 Hitler an Seyß-Inquart vom 23. April 1938 (ÖStA/AdR, Bundeskanzleramt, Ministerkorrespondenz Seyß-Inquart, 84b).

29 Ob Goebbels hierbei an die Zeit vor oder nach dem Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes dachte, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Er scheint mit einem Ostmarkministerium jedenfalls andere Vorstellungen verbunden zu haben als Seyß-Inquart. Denn im Gegensatz zu Seyß-Inquart forderte der Propagandaminister: „Das Land Österreich muß auseinandergerissen“ und aufgeteilt werden, damit „der österreichische Mensch entfleuche!“ Zit. nach Elke Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 5: Dezember 1937 – Juli 1938, bearb. von Ders., München 2000, 253 f., Eintrag vom 10. April 1938.

Fragen zu etablieren, die Österreich betrafen. Um in einer solchen Funktion angemessen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sein zu können, regte er an, in allen Reichszentralstellen einen Referenten mit der Bearbeitung der „Ostmarkverwaltungsfragen“ einzurichten. Die Referenten hätten Seyß-Inquart über alle Österreich betreffenden Fragen zu informieren, und umgekehrt solle Seyß-Inquart das Recht zugesprochen werden, in bestimmten Fällen von Reichszentralstellen die Herstellung des Einvernehmens mit ihm fordern zu dürfen.<sup>30</sup> Bei diesem Modell dachte er offenbar daran, als ein Reichsminister für Ostmarkfragen der Reichskanzlei angegliedert zu werden,<sup>31</sup> über die ja ein wichtiger Teil der politischen Koordination auf Reichsebene lief. Seinen eigenen Angaben nach konnte er zunächst Hitler bei einem persönlichen Gespräch für derartige Pläne gewinnen. In der Folge jedoch gelang es Bürckel, den Reichskanzler umzustimmen<sup>32</sup> – widersprach eine solche Konzeption doch Bürckels Bemühungen, die Einheit Österreichs aufzulösen und die sieben Gaue, in die das Gebiet des einst selbständigen Landes schließlich eingeteilt wurde, ohne institutionalisierte Kohärenz in die Strukturen des Großdeutschen Reiches einzupassen und damit gleichzuschalten. Ein Ostmarkministerium in Berlin ist denn auch Schimäre geblieben.

So gut wie ungehört verhallte auch Seyß-Inquarts Vorschlag, beim Reichsinnenministerium ein besonderes Amt für die Polizei in der Ostmark einzurichten.<sup>33</sup> Erfolgreicher war er hingegen mit dem Vorschlag, die alpine Landwirtschaft auf Reichsebene administrativ zusammen zu fassen. Anfang Mai 1939 unterbreitete er Walther Darré den Vorschlag, innerhalb von dessen Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine eigene Unterabteilung für die Verwaltung der Angelegenheiten der Bergbauern, der „wichtigsten Blutquelle auch innerhalb des Bauernstandes“, ins Leben zu rufen.<sup>34</sup> Diese Anregung wurde ein Jahr später realisiert, und auch Seyß-Inquarts Vorschlag, den österreichischen Nationalsozialisten Anton Reinhaller im Rang eines Unterstaatssekretärs mit der Leitung dieser Unterabteilung zu betrauen, folgte Darré im Jahr 1940.<sup>35</sup> Während Seyß-Inquart für seine eigene Kar-

30 Siehe den undatierten Text *Weiterführung der Rechtsangleichung* in BAK, N 1108/61.

31 Bürckel an Martin Bormann vom 15. April 1939: „Reichsstatthalter Seyss-Inquart hat den Wunsch, als Minister vielleicht in die Reichskanzlei zu kommen.“ (BAB, R 43 II/140, Bl. 9) Über Bormann gelangte der Brief eine Woche später zu Lammers (ebd., Bl. 8).

32 So Seyß-Inquart an Himmler vom 19. August 1939, Bl. 19, BAK, N 1180/3.

33 Peter Black, Ernst Kaltenbrunner, Vasall Himmlers: Eine SS-Karriere, Paderborn 1991, 129 f. unter Bezugnahme auf das Schreiben von Seyß-Inquart an Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart (Reichsministerium des Innern) vom 24. August 1939.

34 Seyß-Inquart an Darré vom 3. Mai 1939, BAB, R 43 II/1356, Bl. 12.

35 Gerhard Siegl, Griff nach dem letzten Strohalm? Die nationalsozialistische Aktion „Gemeinschaftsaufbau im Bergland“ am Beispiel des Reichsgaues Tirol-Vorarlberg,

riere weder vor noch nach dem Ende seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter die institutionellen Voraussetzungen für eine österreich-spezifische Politik auf Reichsebene schaffen konnte, vermochte er auf diese Weise, einen für die ostmärkische Wirtschaft wichtigen Politikbereich administrativ zusammen zu halten und gleichzeitig einem seiner langjährigen österreichischen Weggefährten eine Stelle in Berlin zu verschaffen.

### ***b. Südost-Institut und Südosteuropapolitik***

Seyß-Inquarts Bestreben, maßgeblich an der deutschen Südosteuropapolitik mitzuwirken, manifestierte sich besonders in einem Südost-Institut, das er unter Görings Schirmherrschaft gründen wollte. Diesem Institut war die Aufgabe zugeordnet, unter nationalsozialistischen Vorzeichen wissenschaftliche sowie politisch und wirtschaftlich relevante Informationen über südosteuropäische Länder zu sammeln und für die zukünftige Politik des Regimes verwertbar zu machen. Als Sitz war das in prächtigem Barockstil errichtete Palais Harrach in der Wiener Innenstadt ins Auge gefasst, finanziert werden sollte das Institut über den Reichshaushalt.<sup>36</sup> Mit einem solchen Projekt knüpfte Seyß-Inquart zum einen an die Tatsache an, dass der östliche und südöstliche Teil des europäischen Kontinents im Habsburgerreich zum österreichischen Interessen- und Einflussgebiet gehört hatte, zum anderen kam seine Initiative den Expansionsbestrebungen des Großdeutschen Reiches entgegen. In diesem Sinn sah Seyß-Inquart in der Beschäftigung mit den südosteuropäischen Ländern eine Aufgabe, für die die Ostmark und insbesondere Wien geradezu prädestiniert schienen.

Seine Initiative wurde zwar anfänglich von Göring, Himmler, Außenminister Joachim von Ribbentrop und weiteren Reichsministern unter Einschluss von Bernhard Rust, dem Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, unterstützt. Sie scheiterte aber letztlich an der starken Konkurrenz, der das Südost-Institut von Anfang an durch vergleichbar ausgerichtete Institutionen in Österreich wie im Altreich ausgesetzt war. So musste sich

---

in: Ernst Langthaler u. Josef Redl (Hg.), *Reguliertes Land. Agrarpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1930–1960*. Ernst Bruckmüller zum 60. Geburtstag, Innsbruck, Wien, Bozen 2005, 161, ohne Hinweis auf Seyß-Inquarts Initiative.

36 Siehe hierzu die Unterlagen in BAK, N 1180/8 bzw. N 1180/23, insbesondere die Protokollnotiz zu einer Sitzung im Wiener Rathauskeller vom 13. Juli 1938, die Schreiben von Staatssekretär Paul Körner (Preußisches Staatsministerium und Vierjahresplanbehörde) an Seyß-Inquart vom 6. August, von Staatssekretär Ernst von Weizsäcker (Auswärtiges Amt) an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 29. August und von Seyß-Inquart an Staatssekretär Fritz Reinhard (Reichsministerium der Finanzen) vom 5. November 1938. Reinhard Heydrich bot dem Institut Material aus den Beständen des Sicherheitsdienstes an (Schreiben an Seyß-Inquart vom 15. November 1938, BAK, N 1180/23).

Seyß-Inquart schon im Herbst 1938 Ribbentrops Meinung anschließen, „dass einerseits die Arbeit in dieser Form zu aufdringlich sein könnte, andererseits auch die lokalen Einflussmöglichkeiten erst beobachtet und abgegrenzt werden müssen.“<sup>37</sup> Sein Institut ist über das Planungsstadium nicht hinausgekommen, während sich die von seinem Rivalen Bürckel protegierte Südosteuropa-Gesellschaft sehr wohl etablieren konnte.<sup>38</sup>

Der sich ab Herbst 1938 abzeichnende Fehlschlag hielt Seyß-Inquart nicht davon ab, weitere Perspektiven für eine von Wien aus betriebene wissenschaftliche, wirtschaftliche oder politische Penetration des südosteuropäischen Raums auf den Schreibtischen führender NS-Politiker zu platzieren. Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei, unterbreitete er das Angebot, die Zusammenarbeit mit einschlägigen Instituten der Universität Wien zu intensivieren und in Wien einen Dienst ins Leben zu rufen, der Zeitungen südosteuropäischer Länder übersetzen und interessierten deutschen Behörden zur Verfügung stellen könnte.<sup>39</sup> Und Ribbentrop überschüttete er mit einer Kaskade von darüber hinausgehenden Anregungen: Die Wiener Parlamentsbibliothek solle zu einer „Südost-Bibliothek“ ausgeweitet werden; die traditionsreiche Konsularakademie, deren Ursprünge bis auf die Zeit von Maria Theresia zurückgingen, solle ausländische Studenten aus den südosteuropäischen Ländern so sehr vom Großdeutschen Reich beeindruckten, „dass sie von diesem nicht mehr loskommen“; und Organisationen wie der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und das Österreichische Institut für Konjunkturforschung, das 1927 von Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises unter liberalen Vorzeichen gegründet worden war, könnten für die deutsche Südosteuropapolitik eingesetzt werden. All diese Anregungen, deren Realisierung unter Federführung des Auswärtigen Amtes gedacht war,<sup>40</sup> dienten Seyß-Inquart dazu, sich auch nach dem Scheitern seines Projekts eines Südost-Instituts weiterhin als einschlägiger Experte im Gespräch zu hal-

---

37 Seyß-Inquart an Heydrich vom 18. November 1938, BAK, N 1180/23.

38 Carl Freytag, „Die Tür zwischen Deutschland und dem Donaauraum ist geöffnet.“ Südosteuropa-Konzepte und Positionierung des „Mitteleuropäischen Wirtschaftstags“ nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938, in: Carola Sachse (Hg.), „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als Planungsraum. Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege, Göttingen 2010, 151. Siehe auch Petra Svatek, „Wien als Tor nach dem Südosten“. Der Beitrag Wiener Geisteswissenschaftler zur Erforschung Südosteuropas während des Nationalsozialismus, in: Mitchell G. Ash, Wolfram Nieß u. Ramon Pils (Hg.), Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus. Das Beispiel der Universität Wien, Wien 2010, 111–139 sowie Mathias Beer u. Gerhard Seewann (Hg.), Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, München 2004.

39 Seyß-Inquart an Heydrich vom 18. November 1938, BAK, N 1180/23.

40 Seyß-Inquart an Ribbentrop vom 17. Januar 1939, BAK, N 1180/23.

ten, die Ostmark zu einem Schwerpunkt der deutschen Südosteuropapolitik zu machen und etliche Einrichtungen in Wien aus der Zeit von Kaiserreich und Erster Republik durch eine Instrumentalisierung zugunsten der NS-Politik vor einer denkbaren Schließung zu bewahren.

Auch eine Denkschrift, die er eigenhändig mit *S[üd]O[st]-Fragen* überschrieb, zeugt von Seyß-Inquarts Bestreben, auf diesem Politikfeld aktiv zu bleiben. Hierin entwickelte er Vorschläge zur „Nutzbarmachung der Agrarwirtschaft und der Bodenschätze der betreffenden Länder für den deutschen Verbrauch“, um letztlich für den NS-Staat „eine Ernährungs- und Wehrautarkie in einer Grossraumwirtschaft“ zu erreichen. Wenn es gelinge, „mit deutscher Hilfe“ die Produktionsmethoden in den südosteuropäischen Ländern zu modernisieren, würden diese „in absehbarer Zeit“ in der Lage sein, „den gesamten deutschen Lebensmittelbedarf und einen grossen Teil des Rohstoffsbedarfs [sic] zu decken.“ Dafür sei seit den Anschlüssen von Österreich und des Sudetenlandes auch die politische Lage günstig. Denn „nach dem Zerfall der Tschecho-Slowakei ist das Prestige des Dritten Reiches ungeheuer [,] und niemand von den Südoststaaten kann es heute wagen, uns offenen Widerstand entgegen zu setzen.“<sup>41</sup>

Seyß-Inquarts Profilierung als Südosteuropa-Politiker diene schließlich die kontinuierliche Sammlung von Lageberichten, Hintergrundinformationen und sonstigem Material über verschiedene Länder insbesondere des mittel-, ost- und südosteuropäischen Raums, die er nur allzu gerne führenden Politikern des NS-Regimes oder dem Direktor der I.G. Farben, Dr. Heinrich Gattineau, zur Verfügung stellte. Einen Bericht über die Slowakei beispielsweise schickte er im April 1939 an Himmler, Bormann und Görings Vertrauten Keppler, damit er – wie er offenerherzig bekundete – „gegebenenfalls dem Führer und Ribbentrop vorgelegt“ werde.<sup>42</sup>

### c. Mitteleuropapolitik

Die ‚Visitenkarte‘, die Seyß-Inquart mit dieser Selbstempfehlung abgab, ist symptomatisch für ein Profilierungsbestreben, das der Reichsstatthalter besonders bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei an den Tag legte. Die Mitteleuropapolitik stand geradezu im Mittelpunkt der Aktivitäten, die Seyß-Inquart 1938/39 neben seiner Funktion als Leiter der österreichischen Landes-

41 BAK, N 1180/23. Trotz des latent aggressiven Tons enthielt der Text jedoch die Empfehlung, Deutschland möge nicht nur „den Druck unserer Bajonette“ entfalten, sondern die dortige Bevölkerung dahin bringen, „dass sie den Zustand dieser Grossraumwirtschaft als das für sie erstrebenswerte Ziel betrachten, für das sie sich einsetzen.“

42 Seyß-Inquart an Himmler vom 7. April 1939, BAK, N 1180/2. Zu den gesammelten Materialien siehe in diesem Bestand die Inventarnummern 2, 4, 8, 22 und 32 bis 47.

regierung entfaltet und über das Ende seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter hinaus hinter den Kulissen betrieb. Wie schon David Schriffl nachgewiesen hat, spielte Seyß-Inquart bei der Unterminierung der tschechoslowakischen Republik eine tragende Rolle.<sup>43</sup> Als Hebel dienten ihm der ‚Anschluss‘ des Sudetenlandes, die Unterstützung separatistischer Bestrebungen in der Karpatenukraine und der Slowakei, deren Anbindung an das Deutsche Reich sowie die Förderung und Nazifizierung der dort lebenden deutschsprachigen Bevölkerung. Bei seinen Beiträgen zur nationalsozialistischen Mitteleuropapolitik werden ihm verschiedene Motive bewogen haben: das Bestreben, nach rassistischen Gesichtspunkten und unter Führung des Großdeutschen Reiches eine nationalsozialistisch konnotierte ‚Neue Ordnung‘ in Kontinentaleuropa aufzubauen; das Ziel, das Wirtschaftspotential des mitteleuropäischen Raums „für das Deutschtum zu gewinnen“;<sup>44</sup> und die Aussicht, sich in den Augen der Reichsführung auf einem Gebiet auszuzeichnen, das ihm aufgrund seiner Herkunft besonders nahe zu liegen schien. Die Mitteleuropapolitik war denn auch eines der wenigen Felder, auf denen der „sudetendeutsche Sprachinseldeutsche“<sup>45</sup> der den überwiegenden Teil seiner Kinder- und Jugendjahre im zweisprachigen Kronland Mähren verbracht hatte, gegenüber Bürckel im Vorteil war.

Bereits vor dem Anschluss Österreichs hatte Seyß-Inquart die Tschechoslowakei im Visier. So zählte er dieses mitteleuropäische Land im Oktober 1937 ausdrücklich zum „deutschen Raum“ – einem Konstrukt, das er zum einen als „das zusammenhängende Siedlungsgebiet der deutschen Stämme im Herzen Europas“ und zum anderen als „jenen geistigen Raum“ definierte, „in

---

43 David Schriffl, *Die Rolle Wiens im Prozess der Staatswerdung der Slowakei 1938/39*, Frankfurt/Main u. a. 2004. In der Einschätzung der deutschen Slowakeipolitik setzt sich Schriffl von Tatjana Tönsmeier ab. Während Tönsmeier (*Das Dritte Reich und die Slowakei 1939–1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn*, Paderborn u. a. 2003) die Berater in den Mittelpunkt ihrer Untersuchung stellt, die im Namen der Reichsregierung in der Slowakei agitierten, betont Schriffl die Bedeutung der Wiener Behörden (Reichskommissariat, Reichsstatthaltereie und der örtliche Sicherheitsdienst der SS) für die deutsch-slowakischen Kontakte. Mit guten Gründen plädiert er dafür, sich bei der Analyse des Dismembrationsprozesses der Tschechoslowakei nicht nur auf das Verhältnis zwischen den politischen Stellen in Berlin, Prag und Preßburg zu konzentrieren, sondern generell die Bedeutung der Wiener ‚Zwischeninstanzen‘ und deren Kontakte zu den Faschisten in der Slowakei zu berücksichtigen. Auf einen Nachweis von Einzelbelegen zu Schriffls grundlegender Studie wird hier im Allgemeinen verzichtet.

44 So lautete die Formulierung in einem Schreiben an die Volksdeutsche Mittelstelle vom 14. November 1938, das sich in Seyß-Inquarts Handakten befindet (BAK, N 1180/43).

45 So die Formulierung in dem Artikel *Männer des Neuen Österreich* in der Neuen Basler Zeitung vom 13. April 1938.

welchem sich das spezifisch deutsche Geistes- und Kulturleben entwickelt.<sup>46</sup> Mit solchen Gedanken traf sich Seyß-Inquart nicht nur mit konservativen Revisionisten und mit Nationalsozialisten in Deutschland und Österreich,<sup>47</sup> sondern vor allem mit sudetendeutschen Politikern, die damals den tschechoslowakischen Staatsverband in enger Anlehnung an das Dritte Reich unter Druck setzten. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, dass Seyß-Inquart schon Monate vor den Anschlüssen Österreichs und des Sudetenlandes Kontakte zu sudetendeutschen Juristen und zu Funktionären der Sudetendeutschen Partei wie Konrad Henlein, Karl Hermann Frank und Heinrich Rutha gepflegt hatte.<sup>48</sup> Als das Deutsche Reich gut ein halbes Jahr nach dem Anschluss Österreichs die Zerstückelung der Ersten tschechoslowakischen Republik operativ in Angriff nahm, war der österreichische Reichsstatthalter maßgeblich an der Umsetzung der nationalsozialistischen Mitteleuropapolitik beteiligt.

Dazu gehörte die Unterstützung subversiver Bestrebungen, etwa durch die Bereitstellung von einer halben Million Reichsmark zugunsten von sudetendeutschen Flüchtlingen und Konspirateuren.<sup>49</sup> Seine Handakten belegen, dass er während der Besetzung des Sudetenlandes durch die Wehrmacht Anfang Oktober 1938 recht genau über die aktuelle Lage informiert war und sich im südböhmischen Raum vor Ort selber ein Bild von der Entwicklung machte.<sup>50</sup> In demselben Zeitraum wurde er von dortigen Nationalsozialisten gebeten, sich für eine Angliederung der Gemeinden um Krumau/Český Krumlov an die Ostmark statt an Bayern einzusetzen.<sup>51</sup> Und natürlich sammelte Seyß-Inquart auch über die Tschechoslowakei Hintergrundinformatio-

46 Den Vortrag *Die Grundlagen der Rechtsentwicklung im deutschen Raum* hielt Seyß-Inquart am 5. Oktober 1937 in dem Grazer Volksbildungshaus Urania. Das Manuskript befindet sich in BAK, N 1180/58, Zitat Bl. 1. Siehe auch Wolfgang Rosar, *Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß*, Wien, Frankfurt/Main, Zürich 1971, 175.

47 Vgl. hierzu Jürgen Elvert, *Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945)*, Stuttgart 1999.

48 So nahm er Mitte Oktober 1937 an der Dritten Tagung der SdP für Öffentliches Recht in Leitmeritz/Litoměřice teil (Národní archiv Praha, Fond Sudetoněmecká strana – dodátky, Kart. 1; für den Hinweis danke ich Dr. Herfrid Kier [Zülpich]). Zu den Kontakten, die Seyß-Inquart seit 1937 zu SdP-Politikern unterhielt, siehe zahlreiche Unterlagen in BAK, N 1180.

49 Siehe hierzu Gerhard Botz, *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*, Wien 2008, 480.

50 Siehe Seyß-Inquarts Fernschreiben an Weizsäcker vom 4. Oktober 1938 sowie die Abschrift seines Fernschreibens an Henlein über seine Fahrt nach Rosenberg/Rožmberk und Oberplan/Horní Planá, das er Stuckart übersandte, BAK, N 1180/42.

51 Schreiben von Bürgermeister Dr. Ernst Schönbauer (Krumau) und des Kreisgeschäftsführers der SdP, Karl Multerer, an Seyß-Inquart vom 11. Oktober 1938, BAK, N 1180/42.

nen, ließ sich von einem befreundeten Konfidenten wie Dr. Friedrich Flohr laufend über die Entwicklungen vor Ort unterrichten und entsandte gelegentlich seinen Persönlichen Referenten, SS-Sturmabführer Dr. Franz Hammerschmid, mit Spezialaufträgen in das angezählte Land.

Als ein Beitrag zur Untergrabung der staatlichen Integrität der Tschechoslowakei ist auch ein Brief an Reichsleiter Martin Bormann zu sehen: In ihm entwickelte Seyß-Inquart vermutlich im Spätsommer 1938 Pläne, wie das Deutsche Reich die Abtrennung des Sudetenlandes von der Tschechoslowakei sowie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Slowaken und der Ruthenen in der Karpatenukraine fördern könne. Würden sich diese Gebiete „der Schirmherrschaft des Führers“ unterstellen, würde „die neuerstandene Reichsidee wieder in Erscheinung treten“; außerdem besäßen sie für Deutschland „wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit“. Innerhalb des verbleibenden tschechischen Reststaates sollte die Iglauer Sprachinsel, in der er selber geboren worden war, „eine gewisse kulturelle Autonomie“ erhalten, und für einige Gebiete wollte er Umsiedlungen von „Volkssplittern“ nicht ausschließen.<sup>52</sup>

Auch nach außen hin, das heißt auf publizistischem Gebiet trug Seyß-Inquart sein Scherflein zur sukzessiven Zerstörung der Tschechoslowakei bei: Gut anderthalb Wochen nach dem Einmarsch der Wehrmacht in das Sudetenland entsprechend dem Münchner Abkommen vom 29./30. September 1938 legitimierte er diese Vorgänge dadurch, dass er „die Heimbringung des Sudetenlandes“ in das Großdeutsche Reich als „die Bereinigung eines geschichtlichen Völkerunrechtes durch entschlossene Friedensarbeit“ darstellte, zu der die Bewohner der Ostmark als „Bannerträger des Reiches“ an den „ewig blutenden Grenzen der Völker“ besonders qualifiziert und verpflichtet seien; ihnen obläge auch in Zukunft das „Heranführen der Völker des Raumes zur gemeinsamen Arbeit mit der deutschen Mitte.“<sup>53</sup> Und wie die gesamte deutsche Politik zwischen aggressiver Expansion und geheuchelter Friedensbereitschaft pendelte, verband auch Seyß-Inquart in öffentlichen Stellungnah-

---

52 Undatierter Entwurf mit handschriftlichen Änderungen in BAK, N 1180/42. Mit der deutschen „Schirmherrschaft“ wollte Seyß-Inquart mögliche Annexionsbestrebungen von Seiten Ungarns und Polens abgeblockt wissen.

53 [Arthur Seyß-Inquart,] Oesterreich – Ostmark. Vortrag gehalten im Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie in Berlin am 12. Oktober 1938, Bl. 1 und 6 f., BAK, N 1180/59; der Vortrag vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie vom 12. Oktober 1938 ist abgedruckt in der Neuen Freien Presse vom 6. November 1938. Vgl. auch Seyß-Inquarts Aufsatz *Volkstum und Lebensraum* in der Neuen Freien Presse vom 25. Dezember 1938. Mit dieser Darstellung bewegte Seyß-Inquart sich im Rahmen der üblichen Verballhornung des Münchner Abkommens durch NS-Propaganda. Vgl. beispielsweise die vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront herausgegebene Schrift *Das Sudetendeutschtum. Seine wirtschaftlichen, sozialen und geschichtlichen Grundlagen* (Berlin 1938, 126).

men Drohungen an die Adresse der Prager Regierung mit der Beteuerung, Deutschland sei mit dem in München Erreichten zufrieden und suche im Interesse aller dort lebenden Völker nach einer stabilen, friedvollen Ordnung in Mitteleuropa. So hielt er beispielsweise am Zweiten Weihnachtsfeiertag des Jahres 1938 eine Rede, in der er „ein Antreten gegen das Reich“ warnend mit „Vernichtung“ gleichsetzte, zugleich aber behauptete, der Nationalsozialismus wolle „niemals ein Reich der Gewalt, sondern immer nur ein Reich der Ehre und Arbeit für alle“ sein.<sup>54</sup> Und wie Hitler im Umfeld der Münchner Konferenz öfters betont hatte, die ‚Heimholung‘ des Sudetenlandes sei die letzte territoriale Forderung des Großdeutschen Reiches, behauptete Seyß-Inquart am 12. Oktober 1938, „dass das deutsche Volk in Europa keine territorialen Ansprüche mehr stellt“.<sup>55</sup>

Entgegen dieser Propagandafloskeln ging es gleich anschließend in die nächste Runde – war doch die Eingliederung des Sudetenlandes in den deutschen Herrschaftsbereich für die Reichsführung Teil einer großangelegten Strategie, über die Zerstörung der tschechoslowakischen Republik den Einfluss des Großdeutschen Reiches in Mitteleuropa auszuweiten und von hier aus wiederum nach Ost- und Südosteuropa auszugreifen. Dies alles sollte zu einem Neuaufbau Europas führen, der auf die Etablierung einer unangreifbaren deutschen Hegemonie, die Eliminierung von demokratischen und multiethnischen Staaten wie der Tschechoslowakei und die Ordnung des Kontinents nach ‚völkischen‘ Gesichtspunkten gerichtet war.<sup>56</sup> Offenbar waren Seyß-Inquart grundlegende Direktiven wie die wahrhaft raumgreifenden Planungen zur Neuordnung Europas nicht unbekannt, die Hitler am 5. November 1937 hinter geschlossenen Türen erstmals mit der Entschlossenheit zum Einsatz militärischer Gewalt in absehbarer Zeit verbunden hatte;<sup>57</sup> Analoges dürfte für die Weisung vom 30. Mai 1938 gelten, mit der Hitler bald nach dem Anschluss Österreichs den Startschuss gab, um mit militärischen Mitteln „die Tschechei in Bälde zu zerschlagen“.<sup>58</sup>

Jedenfalls trat Seyß-Inquart unmittelbar nach der Annexion des Sudetenlandes höchst engagiert für eine weitere Unterminierung der Tschechoslowakei ein. So nahm er an einer Besprechung teil, auf der Göring auf seinem

54 Aus Seyß-Inquarts Redemanuskript *Deutsche Heimat!*, Bl. 2 f., BAK, N 1180/62.

55 [Seyß-Inquart,] *Oesterreich – Ostmark*, Bl. 9.

56 Vgl. Mark Mazower, *Hitlers Imperium. Europa unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, München 2009.

57 Siehe die ‚Hoßbach-Niederschrift‘, in: *Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (ADAP)*, Serie D, Bd. 1, Baden-Baden 1950, Dok. 19, 25–32.

58 Aus dem Diensttagebuch des Chefs des Wehrmachtsführungsamtes Alfred Jodl, zit. nach *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMT)*, Bd. 28, Nürnberg 1948, Dok. PS-1780, 373.

Anwesen Carinhall Mitte Oktober 1938 ganz im Sinne von Seyß-Inquarts Vorschlägen an Bormann anordnete, das Streben slowakischer Faschisten nach staatlicher Unabhängigkeit unter deutscher ‚Schutzherrschaft‘ zu unterstützen.<sup>59</sup> Damit erhielten jene radikalen Kräfte in der Slowakei Unterstützung von deutscher Seite, die eine separatistische Politik vor Ort umzusetzen versprachen und deren Ziele über eine bloße Autonomie der Slowakei innerhalb eines gemeinsamen Staatsverbands mit den Tschechen, wie sie das Abkommen von Sillein/Žilina vom 6. Oktober 1938 nahegelegt hatte, bei weitem hinausgingen.<sup>60</sup> In dieser Hinsicht stellte die Besprechung in Carinhall eine wichtige Etappe auf der Radikalisierung der deutschen Politik gegenüber Tschechen und Slowaken nach dem Münchner Abkommen dar. Dass es zu dieser Besprechung kam, ist übrigens auf die Vermittlung von Seyß-Inquart zurückzuführen. Dieser war am 9. Oktober von Franz Karmasin, dem Führer der Deutschen Partei in der Slowakei, gebeten worden, bei Göring um ein Gespräch zwecks „Fühlungnahme in wirtschaftlichen Angelegenheiten für [den] Fall der in Bälde eintretenden staatlichen Selbstständigkeit“ der Slowakei anzusuchen.<sup>61</sup> Und noch während die Wehrmacht entsprechend dem Münchner Abkommen das Sudetenland besetzte, arrangierte der Reichsstatthalter das gewünschte Treffen zwischen den radikalen Kräften unter den Faschisten der Slowakei und dem Beauftragten für den Vierjahresplan. Dies weist darauf hin, dass Seyß-Inquart von der Reichsführung wie auch von den slowakischen Separatisten als eine Schlüsselfigur zwischen Deutschland und der Slowakei anerkannt wurde. In demselben Zeitraum ersuchte der Reichsstatthalter die Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi), sich der 60 deutschsprachi-

---

59 Siehe die Aktennotiz über den Empfang der slowakischen Faschisten Dr. Ferdinand Ďurčanský, Alexander Mach und Franz Karmasin am 16. oder 17. Oktober 1938 in: ADAP, Serie D, Bd. 4, Baden-Baden, Dok. 68, 76. Die Herausgeber dieses Bandes geben als Datum 16. oder 17. Oktober an, Schriftl den 12. Oktober 1938 (Die Rolle Wiens, 54 f.) – ein Tag, an dem sich Seyß-Inquart auch in Berlin für seinen Vortrag Oesterreich – Ostmark aufhielt.

Für eine systematische Förderung von mährischen Faschisten durch Seyß-Inquart in den Jahren 1938/39 habe ich keine Belege gefunden. Generell hat die deutsche Politik separatistische Tendenzen in Mähren nicht in dem Maße zur Destabilisierung der Tschechoslowakei unterstützt wie in der Slowakei. Siehe hierzu den Überblick bei Miroslav Mareš, Separatis Currents in Moravian Fascism and National Socialism, in: *Fascism. Journal of Comparative Fascist Studies* 2 (2013), 51–57. Sehr wohl ist Seyß-Inquart nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren mehrfach in seine Geburtsregion gereist. Vgl. Jiří Vybíhal, Iglau unter dem Hakenkreuz, Pelhřimov 2011, passim.

60 Zum Abkommen von Sillein vgl. Valerián Bystrický u. Michal Schvarc, „München“ und die Entstehung des Slowakischen Staates, in: Jürgen Zarusky u. Martin Zückert (Hg.), *Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive*, München 2013, 384f.

61 BAK, N 1180/39.

gen Gemeinden an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze „anzunehmen“, die „nicht in das von uns besetzte Gebiet gelangt sind, obwohl sie dem geschlossenen deutschen Volksgebiet angehören“ und jetzt „unter schwerer Bedrückung leiden“. <sup>62</sup> Die Reichsstatthalterei in Wien etablierte sich somit unmittelbar nach der Angliederung des Sudetenlandes als Schrittmacher für zwei Strategien auf der nächsten Etappe der Zersetzung des mitteleuropäischen Raumes: Man förderte slowakischen und ruthenischen Separatismus und bediente zugleich deutschen Irredentismus.

In diesem Sinn übernahm Seyß-Inquart im Herbst 1938 von Bürckel die Verantwortung dafür, dass der Reichssender Wien vom Bisamberg aus subversive Sendungen in slowakischer und in ukrainischer Sprache ausstrahlte. <sup>63</sup> Außerdem ließ er im Herbst 1938 über Flohr die deutschsprachige slowakische Zeitung *Grenzbote* aufkaufen und setzte Dr. Ferdinand Meißner-Hohenmais, mit dem ihn seit Kindheitstagen eine Freundschaft verband, als Hauptschriftleiter ein. Fortan fungierte das *Deutsche Tagblatt für die Karpathenländer*, wie der Untertitel des Blattes lautete, mit einer Auflage von 6.500 bis 7.000 Stück in der Slowakei als Sprachrohr von Karmasins Deutscher Partei wie auch als inoffizielles Organ der Reichsstatthalterei in Wien. <sup>64</sup> In Wien wurden Slowaken gegen Tschechen durch die Absicht des Stillhaltekommissars ausgespielt, einen slowakischen Verein ins Leben zu rufen, und zwar auf Kosten der in Wien angesiedelten tschechischen Vereine, die zusammengelegt oder aufgelöst werden sollten. Als Gebäude erhielt der im Fe-

62 Fernschreiben von Dr. Karl Braunias an SS-Obergruppenführer Werner Lorenz vom 17. Oktober 1938, BAK, N 1180/12. Schreiben ähnlichen Inhalts gingen von der Reichsstatthalterei auch ans Reichsinnenministerium (ebd.) und an Bürckel (ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 23, Zl. 1754, Bd. I).

63 Siehe hierzu Henry Delfiner, *Vienna broadcasts to Slovakia 1938–1939. A case study in subversion*, New York, London 1974, Schriff, *Die Rolle Wiens*, 145–157 sowie die Materialien in BAK, N 1180/22.

64 Am 25. November 1938 bestätigte Hammerschmid, die Zeitung sei „nunmehr in unserem Besitz“ (Schreiben an Keppler, BAK, N 1180/36). Für Seyß-Inquart unangenehm war, dass Meißner-Hohenmais sich im Juni 1939 nach Großbritannien absetzte. Hatte der Journalist im *Grenzbote* vom 17. März 1939 Deutsche und Tschechen unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht zu „einer vorbehaltlosen Teilnahme an der Aufbauarbeit“ aufgerufen, die „in einem neuen Reich einen neuen Menschen geformt hat“, distanzierte er sich am 15. Juli in einem langen Brief an Seyß-Inquart vom NS-Regime (BAK, N 1180/8; in Auszügen abgedruckt in der Beilage zum *Kurier* vom 1. September 1979). Die Schriftleitung übernahm kommissarisch Anton Bresina, ihm folgte im August 1939 Fritz Fiala als Hauptschriftleiter. Hinweise zur familiären Verbindung zwischen Seyß-Inquart und Meißner-Hohenmais verdanke ich dem Interview, das ich am 15. Mai 2009 mit der Tochter des Journalisten, Freda Meißner-Blau, in Wien geführt habe. Siehe auch ihren Bericht in *Der Standard* vom 14./15. Mai 2005 sowie die Materialien in The National Archives (Kew), HO 405/35919.

bruar 1939 gegründete slowakische Verein ein Haus in der Pelzgasse 17 (15. Wiener Gemeindebezirk), das einst dem kirchlichen Verein *Methodius* gehört hatte. Hierüber ließen sich im Vorfeld des deutschen Einmarschs in die Tschecho-Slowakei (wie die Tschechoslowakei seit der Konzessionierung des Autonomiestatus' für den slowakischen Landesteil hieß) die Kontakte zwischen NS-Stellen und slowakischen Faschisten noch leichter bewerkstelligen als zuvor. Zweifelsohne war der slowakische Verein in Wien ein weiteres Mittel „der Instrumentalisierung der Slowaken für die Ziele der deutschen Außenpolitik gegen Prag.“<sup>65</sup> Gegenüber Plänen, von Exil-Slowaken in Wien mit Unterstützung von SS oder SA eine Slowakische Legion aufstellen zu lassen, verhielt sich Seyß-Inquart allerdings zurückhaltend.<sup>66</sup> Dem Reichsstatthalter, der selber nie einem Freikorps angehört hat, lag daran, die Unabhängigkeit der Slowakei „von innen heraus zur politischen Lösung“ kommen zu lassen „und nicht von aussen her über ein Freikorps.“<sup>67</sup> Für ihn waren politische Destabilisierung, diplomatische Isolierung und zum gegebenen Zeitpunkt der Einsatz der Wehrmacht geeignete Mittel, um über eine slowakische Unabhängigkeit die Tschecho-Slowakei zu zerstören. Eine von Deutschland unterstützte und womöglich geleitete paramilitärische Einheit hingegen barg erhebliche Risiken für die deutsche Außenpolitik – und dadurch wiederum für den Erfolg der nationalsozialistischen Mitteleuropapolitik.

Unter Druck geriet Seyß-Inquarts prononciertes Eintreten für die Slowakei, als Ungarn und Polen im Kontext des Münchner Abkommens sowie – in noch größerem Umfang – in Folge des Ersten Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 Gebiete der Slowakei und der Karpatenukraine zugesprochen bekamen. Alleine an Ungarn verlor die Slowakei durch den Schiedsspruch und das dazugehörige Schlussprotokoll vom 7. März 1939 weit über 10.000 km<sup>2</sup> und fast eine Millionen Einwohner.<sup>68</sup> Doch auch Deutschland trug im Herbst 1938 zur Reduzierung slowakischen Territoriums bei: Mit Theben/Devín und Engerau/Petržalka riss sich der NS-Staat Gemeinden un-

---

65 Schriffl, *Die Rolle Wiens*, 37. Zur Gründung des slowakischen Vereins in Wien siehe die Aktennotiz über die Besprechung bei Max Warsow (Stillhaltekommissar in Wien) am 17. Dezember 1938, BAK, N 1180/30. Der Verein wurde nach dem katholischen Priester Andrej Hlinka benannt, bis zu seinem Tod im August 1938 Führer der Slowakischen Volkspartei *Hlinková Slovenská ľudová strana* (HSLS). Nach Vorstellungen des Stillhaltekommissars sollte die Zahl der tschechischen Vereine von 300 auf drei bis fünf reduziert werden. Über Hammerschmid war Seyß-Inquart über diesen Vorgang informiert.

66 Vgl. den Vermerk des SS-Manns Anton Tiray vom 26. September 1938, BAK, N 1180/42.

67 Seyß-Inquart an Bormann vom 30. September 1938, BAK, N 1180/42.

68 Vgl. neben Schriffl (*Die Rolle Wiens*, 59–69) Ignác Romsics, *Ungarn und der Erste Wiener Schiedsspruch*, in: Zarusky u. Zückert (Hg.), *Das Münchener Abkommen*, 347.

ter den Nagel, die in Sichtweite von Preßburg/Bratislava lagen und sich somit hervorragend für die weitere Einwirkung auf die Vorgänge in der Tschecho-Slowakei nutzen ließen. An den Verhandlungen zum Wiener Schiedsspruch war Seyß-Inquart persönlich beteiligt, der deutsche Außenminister dankte ihm wenige Tage später für „die wirksame Unterstützung“ im Belvedere.<sup>69</sup> Die höfliche Floskel darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Seyß-Inquarts Ansatz durch die Revision der Grenzen auf Kosten der Slowakei konterkariert wurde: Die deutsch-slowakischen Beziehungen hatten Schaden genommen, bei der slowakischen Bevölkerung hatte der Schiedsspruch die Vertrauenswürdigkeit des Deutschen Reiches und Seyß-Inquarts untergraben und die Position der deutschfreundlichen Faschisten erschwert. Immerhin blieb die Slowakei unter deutscher ‚Obhut‘, sie wurde nicht wieder – wie in vergangenen Jahrhunderten – ein ungarisches Nebenland. Der junge Staat musste aber eine substantielle Einbuße an Gebieten, Einwohnern und Wirtschaftskraft hinnehmen.

Dies hielt Seyß-Inquart nicht davon ab, slowakischen Separatismus nach dem Wiener Schiedsspruch weiterhin einzusetzen, um den Druck auf die Tschecho-Slowakei zu erhöhen. Er war sogar maßgeblich in die Ereignisse involviert, die zur Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren führten. Nachdem Hitler den ‚Fall Grün‘ – und damit das Todesdatum für den tschecho-slowakischen Reststaat – auf Mitte März 1939 festgelegt hatte, überhörte der Reichsstatthalter absichtlich das nachdrückliche Ersuchen des Vorsitzenden der Slowakischen Volkspartei (Hlinková Slovenská ľudová strana [HLS]), Dr. Jozef Tiso, Seyß-Inquart möge die antitschechischen Sendungen des Reichssenders Wien unterbinden, um die Verhandlungen, die die slowakische Führung Anfang März 1939 mit der Regierung in Prag aufgenommen hatte, nicht zu belasten. Im Unterschied zu Monsignore Tiso ging es Seyß-Inquart in Übereinstimmung mit der Reichspolitik nicht um eine Ausweitung der Autonomie der Slowakei im Sinne einer „konsolidierung der slowakischen verhaeltnisse“,<sup>70</sup> sondern um eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken.

In diesem Sinn drängte er Tiso und Karol Sidor, der zu dieser Zeit auf slowakischer Seite die Verhandlungen mit der Prager Regierung führte, am 7. und 8. März 1939 bei persönlichen Zusammenkünften in Preßburg und in

---

69 Ribbentrop an Seyß-Inquart vom 6. November 1938, ÖStA/AdR, Bundeskanzleramt, Präsidium, RSt. I-15320/38. Siehe auch die Fotografie Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv Austria (Wien) (ÖNB-BA), Inv.-Nr. S 92/14.

70 Fernschreiben Tisos an Seyß-Inquart vom 4. März 1939, BAK, N 1180/39, von Tiso nicht in der Eigenschaft des Parteivorsitzenden der HLS unterschrieben, sondern als „vorsitzender der slowakischen regierung“.

Bruck an der Leitha, die Verhandlungen mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Rudolf Beran abubrechen und umgehend die Trennung der Slowakei von Tschechien zu verkünden; andernfalls drohe dem Land der Einmarsch ungarischer Truppen. Doch die slowakische Führung sträubte sich gegen einen solch weitreichenden Schritt, und dies sollte sich auch in den folgenden Tagen nicht ändern. Während der slowakische Minister Ferdinand Ďurčanský am Abend des 10. März von Wien aus über den dortigen Reichssender – und damit unter dem politischen Patronat von Reichsstatthalter Seyß-Inquart – bereits die slowakische Unabhängigkeit ausrief,<sup>71</sup> ließen sich Tiso und Sidor nicht einmal durch Seyß-Inquarts Hinweis bzw. verdeckte Drohung, eine unabhängige Slowakei entspreche den Wünschen Hitlers, dazu bewegen, den Schritt von der Autonomie zum Separatismus zu machen. Der Reichsstatthalter registrierte sogar mit Enttäuschung, dass Sidor weiterhin „mit keinem wort gegen die prager regierung, gegen die juden und fuer die selbststaendigkeit“ der Slowakei Stellung beziehe<sup>72</sup> – und das, obwohl der tschecho-slowakische Präsident Dr. Emil Hácha in der Zwischenzeit etliche Mitglieder der slowakischen Regierung aus dem Amt entlassen und zum Teil in Haft nehmen lassen.<sup>73</sup>

Seyß-Inquart freilich ließ nicht locker. Während die Wehrmacht den ‚Fall Grün‘ vorbereitete und paramilitärische Verbände wie die nach deutschem Vorbild modellierte ‚Freiwillige Schutzstaffel‘ von Karmasins Deutscher Partei sich zur Herbeiführung von inneren Unruhen in der Slowakei anschickten, kam der Reichsstatthalter am 11. März mit Ďurčanský, seinen Mitarbeitern Flohr und Hammerschmid, Agenten des Wiener Sicherheitsdienstes und Dr. Ernst Kaltenbrunner, dem Höheren SS- und Polizeiführer Donau, in Engerau zusammen, um zu beraten, wie man die slowakische Führung zur Ausrufung der Unabhängigkeit bringen könne. Noch am späten Abend desselben Tages überquerte er mit Bürckel und Keppler, der für diesen Zweck eigens von Hitler nach Wien entsandt worden war, samt einem beachtlichen Mitarbeiterstab die Donau. In Preßburg traf man mit Sidor zusammen, der sich jedoch wieder weigerte, den deutschen Forderungen nachzukommen. So musste Keppler am nächsten Tag nach Berlin melden, die Situation sei „verkorkst“, „es würde ziemlich schwierig sein, neue Ansatzpunkte zu gewinnen.“<sup>74</sup> Zu seiner Rolle bei dem Aufenthalt in Preßburg hat

71 Das Manuskript befindet sich in Seyß-Inquarts Handakten, BAK, N 1180/44.

72 Fernschreiben Nr. 785 vom 11. März 1939 an Gesandten Dr. Paul Otto Schmidt (Auswärtiges Amt) vom 11. März 1939, BAK, N 1180/44.

73 Zu diesen Vorgängen aus Sicht der Reichsstatthalterschaft vgl. das Fernschreiben Nr. 778 des dortigen Pressereferenten Ludwig Moyzisch vom 10. März (BAK, N 1180/44) sowie den Artikel im Grenzboten vom 11. März 1939.

74 Aufzeichnung des Gesandten Günther Altenburg (Auswärtiges Amt) vom 12. März

Seyß-Inquart nach dem Krieg die Behauptung aufgestellt, er habe damals darauf verzichtet, die slowakische Führung zu bedrängen. Doch seine Erklärung, er habe an den Vorgängen, die kurz darauf zur Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit führten, keinen Anteil gehabt,<sup>75</sup> ist unzutreffend: Es war kaum von Belang, ob er am 11. und 12. März in Preßburg als Statist oder höchst aktiv die Slowakei in die Unabhängigkeit von Prag und die vollständige Abhängigkeit von Berlin getrieben hat – in der spannungsreichen ersten Märzhälfte des Jahres 1939 war er Teil jener Drohkulisse und Erpressungsmaschinerie, mit deren Hilfe die Slowakei in die Sezession gedrängt wurde. Hitler benötigte das Land als Aufmarschgebiet für die nächste Etappe der außenpolitischen Expansion, den Feldzug gegen Polen, und Seyß-Inquart wiederum brauchte gegenüber Hitler einen Erfolg, weil das Ende seiner Funktion als Reichsstatthalter immer näher rückte. Der Zeitdruck war für Seyß-Inquart eine wirkungsvolle Motivation, die Zielvorgaben der Reichsführung termingerecht umzusetzen.

Angesichts der – laut Keppler – „verkorksten“ Situation wurde die Frage der slowakischen Unabhängigkeit nun zur Chefsache. Tiso konnte sich nicht länger Hitlers ‚Einladung‘ nach Berlin entziehen. Hier wurde der Vorsitzende der Slowakischen Volkspartei am 13. März ultimativ vor die bekannte Alternative gestellt, entweder erkläre sich sein Land unter deutscher militärischer ‚Hilfestellung‘ für unabhängig, oder es drohe die Aufteilung unter Polen und Ungarn; in solch einem Fall wäre auch eine deutsche Invasion alles andere als unwahrscheinlich gewesen. Unter diesem Höchstmaß an erpresserischem Druck fasste der slowakische Landtag am Folgetag den Beschluss zur Ausrufung der Unabhängigkeit, an deren Vorbereitung Seyß-Inquart monatelang an führender Stelle mitgewirkt hatte; am 15. März folgte die Unabhängigkeitserklärung der Karpatenukraine. Damit waren politische Ziele erreicht, die der Reichsstatthalter seit seinem Brief an Bormann

---

1939 auf der Grundlage eines Telefonats mit Keppler, IfZ, IMT-Dok. NG-3045. Um sein eigenes Scheitern zu kaschieren, fügte Hitlers Sonderbeauftragter hinzu, Bürckel und Seyß-Inquart seien den slowakischen Politikern „aufgesessen.“

75 Handschriftliche Erklärung vom 5. Dezember 1945, Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte, Archiv (ÖGZ-A), NL-61/Gustav Steinbauer, DO 716, Mappe 348; ähnlich seine Notiz in ebd., DO 714, Mappe 336, Bl. 41. Ein Brief, den er angeblich aus Verärgerung über die Forderung aus Berlin nach der sofortigen Ausrufung der slowakischen Unabhängigkeit an Himmler geschickt habe (so Seyß-Inquart in dem Manuskript *Verteidigungsschema. Materialien zum eigenen Beweisvorbringen. Herrn Dr. Gilbert zur Erinnerung an Angeklagten Nr. 14 Zelle* vom 9. September 1946, Bl. 52, NIOD. Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies [Amsterdam], Best. 463, Kart. 2, Mappe Seyss-Inquart), ist nicht auffindbar, der behauptete Tenor in höchstem Maße unglaubwürdig. Vgl. auch seine Ausführungen vor dem Nürnberger Tribunal vom 10. Juni 1946, in: IMT, Bd. 15, 692–694.

vom Spätsommer 1938 und der Besprechung in Carinhall im Oktober desselben Jahres zielstrebig verfolgt hatte.

Seyß-Inquart blieb auch höchst aktiv, nachdem die Wehrmacht am 15. März 1939 die Besetzung der ‚Rest-Tschechei‘ in Angriff genommen hatte. In der letzten und ‚heißen‘ Phase der Zerstörung dieses mitteleuropäischen Landes bildete die Reichsstatthalterei in Wien regelrecht eine Nachrichtenzentrale zwischen Prag und Berlin, Seyß-Inquart selber wurde laufend über die militärischen und politischen Entwicklungen vor Ort informiert. Er war anwesend, als Hitler kurz danach in die Ostmark, das Sudetenland und das frisch ausgerufen Reichsprotektorat reiste,<sup>76</sup> und neben Ribbentrop, Keppeler und Bürckel war der Reichsstatthalter an den Verhandlungen beteiligt, in denen am 17./18. März unter persönlicher Intervention Hitlers im Wiener Hotel Imperial jener ‚Schutzvertrag‘ ausgearbeitet wurde, der die Slowakei auch völkerrechtlich zu einem deutschen Satellitenstaat machte.<sup>77</sup> Da Seyß-Inquart ganz im Sinne Hitlers und Görings stets den radikalen, separatistischen Flügel unter den slowakischen Nationalisten unterstützt hatte, war es geradezu folgerichtig, dass der Stabschef der paramilitärischen, faschistischen Hlinka-Garden, Karol Murgaš, neben Hitler, Himmler und Bürckel auch dem Reichsstatthalter für die Beseitigung der Tschecho-Slowakei dankte, die aus dem Einmarsch der Wehrmacht resultierte.<sup>78</sup>

Dies alles sind klare Indizien, dass Seyß-Inquart eine tragende Rolle beim monatelangen Prozess der Subversion und Dismembration der Tschechoslowakei gespielt hat;<sup>79</sup> britischen Diplomaten blieb dies schon seinerzeit nicht verborgen.<sup>80</sup> Eine formelle schriftliche Ermächtigung durch die Reichsführung ist zwar nicht überliefert. Aber Seyß-Inquart selber hat zugegeben,

---

76 Siehe Grenzbote vom 18. und 19. März 1938. Ende Oktober begleitete Seyß-Inquart erneut Hitler auf einer Reise durch Teile Österreichs und des Sudetenlandes. Siehe die Fotografien Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv, Sign. hoff-292 (zu Wien) und ÖNB-BA, Inv.-Nr. S 7/106 (zu Znaim/Znojmo).

77 Der Vertrag über das Schutzverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Slowakischen Staat ist abgedruckt im RGBL. 1939/II, 606 f.

78 Meißner-Hohenmais vom 15. März 1939, BAK, N 1180/44 mit Hinweis auf ein entsprechendes Danktelegramm. Siehe auch Igor-Philip Matic, Edmund Veesenmayer. Agent und Diplomat der nationalsozialistischen Expansionspolitik, München 2002, 62 f.

79 Neben der ‚sudetendeutschen‘ Herkunft benennt Botz auch Seyß-Inquarts katholischen Hintergrund sowie dessen Beziehungen zu zahlreichen radikalen Separatisten in der Slowakei und in Ruthenien als ausschlaggebend dafür, dass der Reichsstatthalter bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei eine solch prominente Rolle spielen durfte (Nationalsozialismus in Wien, 481). Dazu kam Seyß-Inquarts ausgesprochener Ehrgeiz, sich in der Mitteleuropapolitik des Großdeutschen Reiches zu exponieren.

80 Vgl. den Bericht des Gesandten in Prag, Basil C. Newton, an Außenminister Lord Halifax vom 21. März 1939, in: IMT, Bd. 35, Dok. D-517, 173.

dass Hitler ihn einmal aufgefordert hat, „ihn über die slowakischen Verhältnisse zu orientieren und zu berichten“.<sup>81</sup> Und Ribbentrop zeigte sich im November 1938 „dankbar“, wenn Seyß-Inquart die Beziehungen zu dem radikalfaschistischen slowakischen Separatisten Dr. Vojtech Tuka pflegen würde. Der Reichsstatthalter möge den Kontakt zu diesem als germanophil, antitschechisch und antisemitisch bekannten Politiker allerdings gestalten, „ohne irgendwie Stellung zu nehmen und Tuka zu aktivieren.“<sup>82</sup> Bei aller Vagheit offener Aussagen, dass Seyß-Inquart im Auftrag und mit Zustimmung der Reichsführung operierte und in jenes nationalsozialistische Netz an Personen und Institutionen eingebunden war, das 1938/39 scheinbarweise einen der ungeliebten Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs eliminierte. Das Vertrauen, das die Reichsregierung auf seine mitteleuropapolitischen Initiativen setzte, bot Seyß-Inquart jedenfalls eine exzellente Möglichkeit zur Profilierung. Es zeigte ihm, dass er in Berlin seit dem Anschluss Österreichs als Fachmann für die Unterminierung der europäischen Ordnung der Zwischenkriegszeit galt. Scheinbar setzten NS-Kreise hohe Erwartungen in ihn, denn im Dezember 1938 riet Flohr zu einer offensiven antitschechischen Politik mit dem aufschlussreichen Argument, dass die weitere politische Entwicklung in jedem Fall auf Seyß-Inquarts Namen gebucht werde – ob sie zur slowakischen Unabhängigkeit führe oder nicht.<sup>83</sup>

Kurz nachdem die Slowakei und die Karpatenukraine ihre Unabhängigkeit erklärt hatten und das Reichsprotectorat errichtet worden war, versuchte Seyß-Inquart noch einmal, sich in der Mitteleuropapolitik in Positur zu bringen. Anfang April 1939 beklagte er sich bei Himmler darüber, dass durch das weitgehend unkoordinierte Nebeneinander von „einer ganzen Reihe von Stellen des Reiches“ eine „Desorganisation des Reichseinflusses in der Slowakei“ entstehe, die der Autorität des Deutschen Reiches abträglich sei.<sup>84</sup> Konkrete Folgerungen leitete er hieraus nicht ab. Aber angesichts des bald drohenden Endes seiner Funktion als Reichsstatthalter ist nicht auszuschließen, dass Seyß-Inquart erneut in Berlin an seine Kompetenzen in der nationalsozialistischen Mitteleuropapolitik erinnern wollte. Ganz im Sinne der Reichspolitik setzte er sich in demselben Zeitraum für die enge Anbindung der unabhängig gewordenen Slowakei an NS-Deutschland ein. So ist es kein Zufall, dass sich in seinen Handakten der Entwurf zu einer Verfassung findet,

81 Zit. nach ebd., Bd. 15, 692.

82 Aus einem Aktenvermerk des Auswärtigen Amtes vom 19. November 1938, zit. nach Ladislav Suško (Hg.), *Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik 1938–1945. Dokumente*, Bd. 1: Von München bis Salzburg 1938–1940. Dokumente und Essay, Buch 1, Bratislava 2008, Dok. 44, 106.

83 Flohr an Seyß-Inquart vom 20. Dezember 1938, BAK, N 1180/39.

84 Zit. nach Schriffel, *Die Rolle Wiens*, 112 f.

die das Deutsche Reich der Slowakei nach einer Abspaltung von Tschechien aufzwingen wollte.<sup>85</sup> Sie war, wie auf deutscher Seite hervorgehoben wurde, auf die Bildung eines „Präsidentenstaates“ ausgerichtet; ein solcher würde „die Einflussnahme des Reiches“ erleichtern, weil ein autoritäres System „einfacher auf eine Persönlichkeit als auf demokratische und etwa von anderen ausländischen Stellen abhängige Parteien geltend gemacht werden kann.“ Dieser Gesichtspunkt sei umso naheliegender „als die Besetzung der Position des Präsidenten nur im Einvernehmen mit dem Reich erfolgen wird.“<sup>86</sup> Bei Tuka, der den Entwurf in seiner Eigenschaft als Stellvertretender Ministerpräsident der Slowakei am 25. April 1939 in Empfang nahm, fiel die ‚Empfehlung‘ einer autoritären Staatsform auf fruchtbaren Boden.<sup>87</sup> Der überzeugte Faschist erklärte auch die Bereitschaft, die slowakische Verfassung vor ihrer Verabschiedung mit der Reichsregierung abzusprechen.

Wohl verwahrte sich Tuka gegen den von deutscher Seite gewünschten Sonderstatus für die deutschsprachige Bevölkerung der Slowakei. In seinem Plädoyer für ein „weitgehendes Zusammenleben“ statt einer Trennung nach Volksgruppen traf er sich im Prinzip mit Seyß-Inquart. Auch der österreichische Reichsstatthalter setzte sich dafür ein, das Verhältnis zwischen der deutsch- und der slowakischsprachigen Bevölkerung der Slowakei so weit wie möglich frei von Spannungen zu halten. Seine in dieser Hinsicht auf Ausgleich bedachte Politik trug dazu bei, dass sein Name lange Zeit „sowohl bei den Slowaken wie bei der deutschen Volksgruppe einen guten Klang“ hatte.<sup>88</sup> Tatsächlich stand Seyß-Inquart gleichermaßen mit slowakischen Faschisten wie mit Karmasin in Kontakt, der im Oktober 1938 von Tiso als Staatssekretär für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in die Regierung der mittlerweile autonom gewordenen Slowakei aufgenommen wurde. Wie der erwähnte Entwurf einer slowakischen Verfassung zeigt, schloss dies aus Sicht des NS-Regimes allerdings nicht das Bestreben aus, der deutschsprachigen Bevölkerung in einer selbständigen Slowakei eine eigenständige Position zu sichern und deren Entwicklung im Geiste des Nationalsozialismus’ zu befördern. An solchen Bestrebungen scheint Seyß-Inquart nicht unbeteiligt gewesen zu sein, enthalten seine Handakten doch neben dem Verfassungsentwurf Entwürfe zu einem Gesetz über die Rechtsstellung sowie zur Einführung ei-

---

85 BAK, N 1180/41; der Entwurf, zu dem verschiedene Fassungen vorliegen, datiert vom April 1939.

86 Schreiben an Altenburg vom 25. April 1939, BAK, N 1180/41.

87 Das Folgende nach dem Aktenvermerk über das Gespräch mit Tuka in BAK, N 1180/48.

88 Schreiben an Dr. Ernst Kaltenbrunner (Staatssekretär für das Polizeiwesen in der österreichischen Landesregierung) vom 10. November 1938, BAK, NS 1180/43; der Brief stammt wahrscheinlich von Flohr.

ner „Volksmatrik“ für „die deutsche Volksgruppe in der Slowakei“. <sup>89</sup> Einen Schritt weiter ging Seyß-Inquart nach der Errichtung des Reichsprotektorats: Im Sommer 1939 schlug er dem Auswärtigen Amt vor, mit Unterstützung der Volksdeutschen Mittelstelle einen Parteitag der deutschen Nationalsozialisten in Käsmark/Kežmarok durchzuführen. Mit diesem Vorschlag stieß er allerdings auf Ablehnung. Denn weder VoMi noch Auswärtiges Amt wollten „wegen der Möglichkeit unerwünschter Zwischenfälle“ in einer Zeit „gespanntester politischer Atmosphäre“ große volksdeutsche Veranstaltungen in einem befreundeten Nachbarstaat abhalten, und in Berlin war man sich bewusst, dass ein Parteitag der deutschen Nationalsozialisten kaum „auf slowakische Kreise jetzt besonders günstig wirken“ würde. <sup>90</sup>

In ihrer Gesamtheit zeigen Seyß-Inquarts Initiativen zu der deutschsprachigen Bevölkerung der Slowakei, dass der Wunsch nach Förderung und Nazifizierung dieser Bevölkerungsgruppe nicht im Widerspruch zu seiner proslowakischen Politik stand. Zugleich verdeutlichen sie sein Bestreben, sich im Hinblick auf die deutsche Neuordnung Europas unter dezidiert ethnischen Gesichtspunkten unter führenden Reichspolitikern als ideologischer Purist zu positionieren. In die gleiche Richtung weist ein Brief vom Mai 1939, in dem er Himmler drängte, darauf zu achten, dass „tschechische Volksangehörige“ nur dann in den „deutschen Volkskörper“ aufgenommen würden, „wenn auf Grund einer anthropologischen Untersuchung entsprechende Rassenmerkmale“ festgestellt würden. Die VoMi solle prüfen, „ob in der betreffenden Familie der arische oder der mongoloide Einschlag der stärkere ist.“ Letztlich dürften tschechische Arbeiter nur unter der Voraussetzung ins Reich gelassen werden, dass die Hälfte der Vorfahren der „deutschen Volksgruppe“ angehörten. Denn es sei wichtig, unter Berücksichtigung von „objektiven Merkmalen“ sicherzustellen, dass „durch die Assimilierung nicht schlechtes Blut hereinkommt.“ <sup>91</sup> Solche Stellungnahmen le-

---

89 BAK, N 1180/40, 41 und 43. Nach Ansicht von Dr. Dr. Kurt Rabl, damals „Rechtsberater“ der Volksdeutschen Mittelstelle in Preßburg und während des Krieges wie Seyß-Inquart im Generalgouvernement und in den Niederlanden tätig, hatte der erwähnte Gesetzesentwurf zur Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in der Slowakei Vorbildcharakter für andere Gebiete in Mitteleuropa: Er sei geeignet, „die Volksgruppenfrage – mit allen ihr innewohnenden aussenpolitisch-machtmässigen Möglichkeiten! – auf dem gesamten Gebiet der Tschecho-Slowakei und auch in ganz Ungarn in ihrer Bedeutung [zu] erhalten bzw. zur Reife“ zu bringen (Schreiben Rabls vom 3. Dezember 1938, BAK, N 1180/41). Zu Rabl siehe Johann Wolfgang Brügel, Wölfe im demokratischen Schafspelz. Ein Beitrag zur Bewältigung der Vergangenheit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 14 (1963), 206–208.

90 Weizsäcker an Seyß-Inquart vom 11. August 1939, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin) (PA AA), R 27510.

91 Seyß-Inquart an Himmler vom 12. Mai 1939, BAK, N 1180/3.

gen den Schluss nahe, dass Seyß-Inquart nach dem Auslaufen seines Amtes als Reichsstatthalter einen erhöhten Bedarf an Profilierung als ideologischer Hardliner hatte.

Zugleich verstand er sich im Deutschen Reich weiter als Fürsprecher von Ruthenen und Slowaken. In diesem Sinn intervenierte Seyß-Inquart in Berlin, als Ungarn am 15. März 1939 die gerade unabhängig gewordene Karpatenukraine annektierte<sup>92</sup> und eine Woche später in die Westslowakei einmarschierte. Mit seinen Einwänden vermochte er jedoch nichts auszurichten, da Hitler dem ungarischen Reichsverweser Miklós Horthy den Rücken freihielt. Die Erste Slowakei Republik büßte dadurch noch einmal gut 1.700 km<sup>2</sup> mit fast 70.000 Einwohnern ein.<sup>93</sup> Erst nach dem Beginn des deutschen Überfalls auf Polen erhielt Seyß-Inquart die Gelegenheit, der Slowakei einen Zuwachs an Gebieten zu vermitteln. Am 3. September 1939 entsandte der nunmehrige Reichsminister zwei Nationalsozialisten nach Preßburg, die schon während der Verbotszeit der NSDAP in Österreich (Juni 1933 – März 1938) politisch aktiv gewesen waren. In seinem Auftrag unterbreiteten Dr. Otto Gustav Wächter und Dr. Kurt Rabl Tiso das Angebot, jene Gebiete der Slowakei anzugliedern, die die Tschechoslowakei zwischen 1920 und 1938 an Polen hatte abstehen müssen. Seyß-Inquarts Emissäre legten dem slowakischen Ministerpräsidenten bereits einen fertig ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vor. Sie unterstrichen, dass Hitler die Gebietsübertragung gebilligt habe. Dieses ‚Angebot‘ konnte in gewissem Sinn als Wiedergutmachung für die Verluste gesehen werden, die der Slowakei im Gefolge des Ersten Wiener Schiedsspruchs, der ungarischen Invasion in die Westslowakei vom März 1939 und durch die Schutzzone entstanden waren, die die deutsche Wehrmacht für sich im deutsch-slowakischen Schutzvertrag sowie im Schutzzonenstatut vom 12. August 1939 gesichert hatte. Bemerkenswert ist, dass Seyß-Inquart über die Aktion von Wächter und Rabl weder den deutschen Gesandten in der Slowakei Hans Bernard noch die dortige Deutsche Heeresmission unter Generalleutnant Franz Barckhausen, ja nicht einmal das Armeeoberkommando XIV im besetzten Polen informiert hatte, in dessen Bereich die in Frage kommenden Gebiete lagen. Nicht zuletzt weil Tiso die Rückgliederung der betreffenden Gebiete kurz nach dem Gespräch mit Wächter und Rabl im *Grenzboten* publik gemacht hatte, mussten diese Instanzen Seyß-Inquarts Initiative nolens volens akzeptieren. Ihnen blieb nur mehr übrig, die praktische Umsetzung in Bahnen zu lenken, die mit der deutschen Kriegsführung in Polen vereinbar schienen. Unter dieser Prämisse ka-

92 Vgl. Moyzischs Dienstprotokoll vom 15./16. März sowie den Amtsvermerk vom 16. März 1939, BAK, N 1180/8 bzw. N 1180/44.

93 Zahlen nach: Schriffl, Die Rolle Wiens, 116.

men Bernard und Barckhausen mit Tiso am 6. September überein, dass die slowakischen Verwaltungsbeamten ihre Weisungen nicht von der slowakischen Regierung, sondern ausschließlich von Dr. Gottlob Dill, dem Chef der Zivilverwaltung beim Armeeoberkommando XIV, erhielten. Außerdem wurde vereinbart, dass die Slowakei bis auf weiteres auf die Verkündung eines Rückgliederungsgesetzes verzichten würde. Aus Bernards Sicht war der ganze Vorgang aus mehreren Gründen problematisch: Erstens hielt es der deutsche Gesandte in der Slowakei für „untragbar, wenn grundsätzliche Stellungnahmen und Weisungen der Reichsregierung von irgend einer anderen Stelle desavouiert werden.“ Zweitens war es für ihn „unverantwortlich“, wenn sich „der Sendbote des Herrn Reichsministers Dr. Seyß-Inquart bei seinem Schritt [...] auf den Führer beruft.“ Drittens zeuge es von einem „wenig kameradschaftlichen und disziplinierten Auftreten“, wenn die zuständigen deutschen Stellen wie die Gesandtschaft und die Deutsche Heeresmission in der Slowakei oder das Armeeoberkommando in Polen nicht informiert und einbezogen würden.<sup>94</sup> Obwohl Seyß-Inquart in vielen anderen Fällen die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt gesucht hat, brachte Bernard mit diesen Feststellungen Momente auf den Punkt, die Seyß-Inquarts Mitteleuropapolitik charakterisieren: Bei Bedarf betrieb er im ‚prekären Staat‘ des NS-Systems eine Art von Nebenaußenpolitik, stellte die regulär zuständigen Instanzen vor vollendete Tatsachen und stützte sich auf „einen besonderen Auftrag“ Hitlers.<sup>95</sup> Seine Autorität stand in solchen Fällen außer Frage, seine Initiativen mussten von der Wehrmacht ebenso wie von Organen der nationalsozialistischen Zivilverwaltung umgesetzt werden, gegenüber denen er formell kein Weisungsrecht besaß.

Das wurde auch zwei Monate später sichtbar, als sich Seyß-Inquart, der damals von Dr. Hans Frank mit der Vorbereitung einer definitiven Festlegung der Grenzen des Generalgouvernements beauftragt war, gegen Pläne des Reichsinnenministeriums aussprach, die Slowakei über die bereits zugestandenen Gebiete hinaus „für ihre Haltung“ mit weiteren Städten im besetzten Polen wie Zakopane und Krynica zu ‚belohnen‘. Dies lehnte Seyß-Inquart mit dem Hinweis ab, die slowakische Regierung sei mit „der Wiederherstellung der alten Grenzen“ zufrieden, die betreffenden südpolnischen Territorien würden von den deutschfreundlichen Goralen bewohnt, und deutsche Pläne zur Errichtung eines Beskidengaus, die Hitler nach dem Einfall in Po-

---

94 Bericht Bernards ans Auswärtige Amt vom 6. September 1939, zit. nach Suško (Hg.), *Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik*, Dok. 349, 532–535.

95 So in derselben Angelegenheit Landrat Dr. Rütten (Deutsche Heeresmission in der Slowakei) an Oberregierungsrat Kurt Jacobi (Reichsinnenministerium) vom 2. Oktober 1939, zit. nach ebd., Dok. 378, 565.

len zeitweilig erwogen hatte, seien noch nicht vom Tisch.<sup>96</sup> Tatsächlich beschränkte sich der deutsch-slowakische Staatsvertrag, der am 21. November 1939 in Berlin unterzeichnet wurde, auf jene Gebiete, die der Slowakei in Folge von Seyß-Inquarts Initiative vom September 1939 zugesprochen worden waren. Die Abtretung weiterer polnischer Gebiete seien – wie Weizsäcker Seyß-Inquart zusicherte – „nicht in Aussicht genommen.“<sup>97</sup>

Trotz seiner vielfältigen intriganten Aktivitäten im Rahmen der nationalsozialistischen Mitteleuropapolitik jedoch gibt es für Spekulationen in der internationalen Presse, Seyß-Inquart stehe an der Spitze „d’une vaste organisation dont le but est de créer une diversion politique dans les pays danubiens et en Pologne“,<sup>98</sup> keine konkreten Anhaltspunkte. Das Gleiche gilt für die Befürchtung der Regierung in Budapest, „daß die Ungarn feindlichen Wiener Kreise durch Reichskommissar Bürckel, vor allem aber durch Reichsstatthalter Seyß-Inquart unterstützt würden.“<sup>99</sup> Dessen Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen von Slowaken und Ruthenen konnte zwar von Ungarn als eine Bedrohung oder Beeinträchtigung eigener Ansprüche verstanden werden. Eine Zersetzung Ungarns aber stand für Seyß-Inquart nicht einmal ansatzweise auf der Tagesordnung. Dafür belieferte er im Juni 1939 Bormann mit Materialien über die Ukraine – für den Fall, dass „eine ukrainische Frage an Sie herantritt.“<sup>100</sup> Aus demselben Zeitraum liegen Hinweise

96 Seyß-Inquart an Weizsäcker vom 4. November 1939, PA AA, R 27510. Zum Projekt eines Beskidengaus, der nie errichtet wurde, siehe Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988, 54 ff.

97 Weizsäcker an Seyß-Inquart vom 21. November 1939, zit. nach Suško (Hg.), Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik, Dok. 410, 606.

98 La République vom 7. Mai 1939 (BAK, ZSg. 117/1248) unter Berufung auf Informationen der Nachrichtenagentur Transcontinental Press.

99 Bericht des deutschen Gesandten in Ungarn Otto von Erdmannsdorff über das Gespräch zwischen dem ungarischen Außenminister István Csáky und Ribbentrop vom 1. Mai 1939, IfZ, IMT-Dok. NG-5175, Bl. 3. Obwohl Seyß-Inquart ebenso wie Bürckel im August 1938 mit dem Ungarischen Verdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet worden war (siehe die Mitteilung der ungarischen Nachrichtenagentur Magyar Távirati Iroda vom 21. August 1938, Magyar Országos Levéltár, K 428 21 August, 1938, edition 5), begegnete die Regierung in Budapest Seyß-Inquart mit Misstrauen. Wohl mit Blick auf dessen Pläne zum Südost-Institut in Wien brachte der ungarische Gesandte im Februar 1939 im Auswärtigen Amt die Beunruhigung seiner Regierung über Bestrebungen zur Errichtung einer „Wiener Expositur für Zentral- und Südosteuropäische Fragen unter der geistigen Leitung des Reichsstatthalters Seyss-Inquart“ zum Ausdruck und fügte besorgt hinzu: „Die Ungarische Regierung kenne die alten österreichischen Reminiscenzen, Animositäten und Ressentiments zu gut, um eine derartige Expositur für unbeachtlich zu halten.“ Obwohl er selber in die Planungen zum Südost-Institut involviert war, entgegnete Weizsäcker wahrheitswidrig, ihm sei von einer derartigen Einrichtung nichts bekannt. Siehe Weizsäckers Aktennotiz vom 17. Februar 1939, PA AA, R 29829.

100 Seyß-Inquart an Bormann vom 15. Juni 1939, BAB (ehem. BDC), SSO Arthur

vor, dass Seyß-Inquart eine Destabilisierung Sloweniens, das sich nach dem Ersten Weltkrieg als Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen im Verständnis deutschnationaler Österreicher unrechtmäßig deutschsprachige Gebiete angemahnt hatte, recht war, um sich einmal mehr auf Reichsebene als Fachmann für südosteuropäische Fragen zu profilieren. So schickte er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ernst von Weizsäcker, im Juni 1939 in Verfolg einer mündlichen Aussprache in Berlin eine Denkschrift, in der „zur Sicherung unseres Lebensraumes und der Wiederherstellung unseres Volksbodens“ die Eingliederung der deutschsprachigen Gebiete dieses Landes in das Deutsche Reich nahegelegt wurde. Die dort lebende Bevölkerung stehe „in ständiger Erwartung der ehebaldigen Rücknahme der Untersteiermark durch Deutschland“. Hakenkreuzfahnen und Armbinden lägen bereit, das „spontane Bekenntnis zum Deutschtum und zum Nationalsozialismus“ werde „immer eindringlicher“.<sup>101</sup> Auch das Königreich Jugoslawien konnte vor Seyß-Inquarts Irredentismus nicht sicher sein.

#### ***d. Propagandistische Legitimierung der deutschen Expansionspolitik***

Nicht nur hinter den Kulissen war Seyß-Inquart 1938/39 an der Zerstörung der politischen Ordnung beteiligt, die nach dem Ersten Weltkrieg durch die Pariser Vorortverträge in Europa errichtet worden war. Auch in größeren oder kleineren Kreisen der Öffentlichkeit nahm er vor wie auch nach dem Ende seiner Funktion als Reichsstatthalter an den Bemühungen des NS-Regimes zur Legitimierung der expansiven Außenpolitik des Reiches teil. So reklamierte er am 21. April 1939 auf der Schlusskundgebung der Ersten Großdeutschen Rechtswahrertagung in Leipzig für den NS-Staat einen „Anspruch auf Führung“ in seinem Einflussgebiet und wies ihm „die Aufgabe zur Ord-

---

Seyß-Inquart, Bl. 38.

<sup>101</sup> Die untersteirische Grenze, Bl. 1 und 12 (datiert 18. April 1939) mit Schreiben Seyß-Inquart an Weizsäcker vom 10. Juni 1939, PA AA, R 29843. Seyß-Inquarts Postsendung umfasste auch *Eindrücke aus Jugoslawien* vom Februar 1939, in denen der ehemalige Außenminister aus Seyß-Inquarts Anschlusskabinett Dr. Wilhelm Wolf für „die Achtung des Selbstbewusstseins der Südslaven“ (Bl. 12) und eine zurückhaltende Kulturpolitik gegenüber dem Königreich Jugoslawien plädierte. Weizsäcker leitete das Material am 19. Juni 1939 an Unterstaatssekretär Ernst Woermann und den deutschen Gesandten in Belgrad, Viktor von Heeren, weiter, fügte aber hinzu: „Das Material muß meines Erachtens geheim behandelt und bis auf Weiteres begraben werden.“ (ebd.) Desungeachtet kam die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes zu dem Ergebnis, dass dem Inhalt von Wolfs Denkschrift „im grossen und ganzen zugestimmt werden kann.“ Ihr Vorschlag, Wolf zu einer „kulturpolitischen Zentralpersönlichkeit“ auf dem Balkan zu machen (Notiz zu der Denkschrift eines Österreichers an den Herrn Staatssekretär über Fragen der Kulturpolitik auf dem Balkan, datiert auf den 27. Juni 1939, ebd.), wurde durch Wolfs Unfalltod Ende Juli 1939 Makulatur.

nung seines politischen Raumes, also zur Reichsbildung“ zu. Dies stand für ihn in einem unmittelbaren Zusammenhang mit „dem Wert und der Bedeutung der biologischen und kulturellen Leistungen aus den volklichen Kräften der Nation“.<sup>102</sup> In einem ähnlichen Sinn beantwortete er die titelgebende Frage des Manuskripts *Was die Ostmark dem Führer dankt* dahingehend, dass Hitler „uns unsere deutsche Sendung im grossen mitteleuropäischen Reich der Deutschen wiedergegeben“ habe; der ‚Führer‘ habe „durch die Heimführung der Ostmark eine Zukunft eröffnet, [...] von der wir [...] wissen, dass sie eine Epoche der endgültigen Neuordnung des mitteleuropäischen Völker-raums auf Grund der natürlichen Volksrechte sein wird.“<sup>103</sup>

Vor solch einem ideologisch motivierten Hintergrund versuchte der Reichsstatthalter mit propagandistischen Mitteln, der Annexion des Sudetenlandes und der Zerstörung des tschechoslowakischen Reststaates eine ‚Begründung‘ zu verschaffen und eine Perspektive für weitere Expansions-schritte zu entwerfen. Diese Bemühungen kommen geradezu paradigmatisch in einem Vortrag zum Ausdruck, den Seyß-Inquart Ende Januar 1939 im Reichskriegsministerium auf einem ‚Nationalpolitischen Lehrgang‘ unter dem bezeichnenden Titel *Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Erweiterung des Reiches nach Südosten* hielt.<sup>104</sup> Hierin führte er in aller Klarheit aus, dass das Deutsche Reich mit dem Münchner Abkommen und dem Wiener Schiedsspruch keineswegs saturiert sei: „Wenn ich den Raum betrachte, der uns heute gehört, dann ist der eigentliche Reichs-siedlungsraum noch immer nicht abgegrenzt, noch immer nicht ganz gesichert. Dieser Reichsgeltungsraum, Einwirkungsraum muss erst vollständig abgesteckt und gesichert werden.“ Bei der als notwendig dargestellten „Erweiterung des Reiches nach Südosten“ ging es für ihn nicht ausschließlich um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Vielmehr übernahm Seyß-Inquart aus Hitlers *Mein Kampf* die fundamental ethnisch konnotierte Vorstellung von „Lebensraum“, die für ihn ‚Säuberungen‘ als legitimes Mittel einschloss. In diesem Sinn definierte er in seinem Berliner Vortrag als zentrale Aufgabe des Großdeutschen Reiches: „Wir [...] müssen für das deutsche Volk den blutmässigen Lebensraum schaffen, aus dem der Charakter und die ganze Einsatzfähigkeit des Volkes erwächst, und unsere eigenen Raumgrenzen blutmässig dadurch wahren, dass wir die degenerierenden und entwertenden Einflüsse abschalten und dass wir die positiven Kräfte für jene blutmässige Erneuerung erhalten und stärken.“ Vor diesem Hintergrund müsse insbesondere Tschechen und Slowaken deutlich gemacht werden: „Ihr sollt

---

102 BAK, N 1180/62, im Manuskript Bl. 10.

103 BAK, N 1180/28, im Manuskript Bl. 6 f.

104 BAB, NS 19/836, Bl. 33–57, passim.

euer Leben führen, aber ihr müßt euch nach den Gesetzen des Raumes richten; ihr müßt daher mit uns gehen, dürft niemals gegen uns gehen; ihr wißt, daß wir so stark sind, daß jeder, der gegen uns geht, vernichtet wird, daß wir aber jeden, der mit uns geht, schützen werden. Das ist, auf die kürzeste Formel gebracht, ungefähr das, was wir den Völkern des Donauraumes zu sagen haben.“ Seine Zuhörer im Reichskriegsministerium ließ er keinen Augenblick im Zweifel, dass er den Einsatz militärischer Gewalt guthieß. Mehrmals sprach er vom „Wehrwillen“, und in seiner Zusammenfassung der Situation „im Donauraum“ kam er zu dem Ergebnis, „daß das Zusammenspiel der politischen Kräfte und Initiativen mit den dahinterstehenden militärischen Machtmitteln geradezu die Sicherheit ergibt, von diesem Raum aus die ganzen Ostfragen aufzurollen, und die Aufrollung und Stabilisierung der Ostfragen ist nach menschlichem Ermessen sicherlich die Aufgabe des deutschen Volkes; denn das deutsche Volk ist immer der Schild der abendländischen Kultur gegen Osten gewesen.“

Dieser bisher unbeachtete Vortrag, den er Ende März noch einmal in Düsseldorf und Bochum hielt,<sup>105</sup> führt Seyß-Inquarts politische Position zwischen Frieden und Krieg scharf vor Augen. In ihm kamen drei Momente zur Entfaltung, mit denen er sich im Sinne des NS-Regimes profilieren und der Reichsführung empfehlen wollte: Erstens unterstützte der Reichsstatthalter vorbehaltlos die aggressive, expansive Außenpolitik des Deutschen Reiches und befürwortete die Anwendung kriegerischer Mittel; dies richtete sich zunächst gegen die Tschechoslowakei, die wiederum als Tor zum gesamten südosteuropäischen Raum betrachtet wurde. Zweitens weitete Seyß-Inquart im Zusammenhang mit dem Streben nach einer Erweiterung von „Lebensraum“ unter der Hand den „Reichseinflußraum“ von Mittel- und Südosteuropa auf den gesamten Osten des Kontinents aus. Und schließlich wollte er den Österreichern bei der anstehenden territorialen Expansion des Großdeutschen Reiches einen bevorzugten Platz gesichert wissen. Angesichts des nahenden Auslaufens seiner Funktion als Reichsstatthalter wird er in diesem Zusammenhang auch an seine eigene berufliche und politische Zukunft gedacht haben. So jedenfalls wird verständlich, dass er das Manuskript seines Vortrags Himmler und Heydrich schickte.<sup>106</sup>

Dazu passt, dass Seyß-Inquart sich an der nationalsozialistischen Kampagne um den Polnischen Korridor beteiligte, mit der die deutsche Führung einige Zeit nach dem Münchner Abkommen die Regierung in Warschau un-

---

105 Siehe National-Zeitung vom 1. April und Völkischer Beobachter vom 2. April 1939.

106 Seyß-Inquart an Himmler vom 5. April und Heydrich an Seyß-Inquart vom 15. April 1939, BAB (ehem. BDC), SSO Arthur Seyß-Inquart, Bl. 169 bzw. BAB, NS 19/836, Bl. 58.

ter Druck zu setzen begann. So unterstrich er die deutsche Forderung nach einem Anschluss der Freien Stadt Danzig an das Großdeutsche Reich durch eine Rede, die er Mitte November 1938 in der Danziger Messehalle hielt – und damit zu jener „großen Versammlungswelle“ beitrug, die zur Freude des dortigen Gauleiters Albert Forster „einen großen Redner nach dem andern aus dem Reich“ nach Danzig spülte.<sup>107</sup> Sogar die Mitglieder des Alpenvereins spannte Seyß-Inquart in die propagandistische Vorbereitung territorialer Expansion ein, wenn er Ende Juli 1939 auf der Grazer Hauptversammlung das „Gelöbnis“ aussprach, „daß wir Bergsteiger wie immer so auch in der Zukunft dann bis zum letzten Einsatz antreten werden, wenn der Führer den Zeitpunkt auch für Danzig als gekommen ansieht.“<sup>108</sup> Der Vorbereitung des Überfalls auf Polen diente auch seine Ansprache am ‚Tag des deutschen Volkstums‘ (24. Juni 1939) auf der symbolbehafteten Marienburg – für Seyß-Inquart „das Symbol zähesten und härtesten Volkstumskampfes.“ Hier stieß er die Drohung aus, Deutschland werde „den gemeinsamen Lebensraum unter Ausschaltung raum- und wesensfremder Einflüsse ordnen.“<sup>109</sup> Und am Tag nach dem Beginn des Krieges gegen das östliche Nachbarland erschien im *Salzburger Volksblatt* ein Artikel, in dem Seyß-Inquart ankündigte, die Ostmark und insbesondere Wien würden nun „ihrer wahren deutschen Sendung getreu“ ihre „frühere große Bedeutung für Mitteleuropa und den Südosten zurückgewinnen.“<sup>110</sup>

Bei diesen und vielen weiteren propagandistischen Bemühungen ging es Seyß-Inquart nicht nur um territoriale Ausdehnung der deutschen Einfluss-sphäre. Es ging ihm auch darum, im Gefolge der deutschen Expansion in der innenpolitischen Ordnung Maximen nationalsozialistischer Ideologie zum Durchbruch zu verhelfen, die ‚Säuberungen‘ nach ethnischen und weltanschaulichen Gesichtspunkten nach sich zogen. In diesem Sinn diskreditierte er beispielsweise Ende November 1938 im ehemals mährischen Troppau/Opava Juden, Marxisten, Freimaurer und Vertreter des politischen Katholi-

---

107 Zit. nach Danziger Vorposten vom 14. November 1938 (BAB, R 8034/III-443, Bl. 62).

Zu Seyß-Inquarts Rede siehe auch Danziger Neueste Nachrichten vom selben Tag.

108 Zit. nach der Verhandlungsschrift in: Oesterreichischer Alpenverein, Historisches Archiv (Innsbruck), ZV 1.1, dort Bl. 5.

109 BAB, NS 19/836, im Manuskript Bl. 1 und 6. Zur symbolischen Bedeutung der Marienburg vgl. den Tagungsbericht *Symbolik und Repräsentationen der Marienburg: Rivalität – Konfrontation – Kooperation* (Vechta, 18. bis 20. November 2011) in: H-Soz-u-Kult vom 13. Februar 2012, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=4063>, Zugriff: 23. April 2013). Der Sammelband Bernd Ulrich Hucker, Eugen Kotte u. Christine Vogel (Hg.), *Die Marienburg. Vom Machtzentrum des Deutschen Ordens zum mitteleuropäischen Erinnerungsort* ist für 2013 angekündigt.

110 Arthur Seyß-Inquart, *Die kämpferischen Aufgaben der Ostmark*, in: *Salzburger Volksblatt* vom 2. September 1939 (BAB, R 8034/III-443, Bl. 59).

zismus als „die Spaltpilze der Volksgemeinschaft“, die man „mit der äussersten Entschlossenheit [...] hart und unerbittlich [...] vernichten“ müsse.<sup>111</sup> Die deutsche Expansion hatte also gleichermaßen außen- und innenpolitische Aspekte. Die ‚Neue Ordnung‘, für deren Etablierung Seyß-Inquart sich vehement einsetzte, sollte umfassend – und damit tendenziell totalitär – sein.

Obwohl Seyß-Inquart sich somit in Wort, Schrift und Tat auf dem Gebiet der deutschen Mittel-, Ost- und Südosteuropapolitik mit Rückendeckung der Reichsführung oder gar in deren Auftrag engagierte und profilierte, gelang es ihm bis zum Krieg gegen Polen nicht, mit einer adäquaten Stellung betraut zu werden. Nicht einmal der Posten eines deutschen Gesandten in der unabhängig gewordenen Slowakei, für den Hitler Seyß-Inquart zeitweilig in Erwägung gezogen hatte, kam in Frage, weil „die Ernennung eines aktiven Reichsministers“ nach Einschätzung von Ribbentrop die slowakische Regierung zu einer „unerwünschten Überschätzung der eigenen Bedeutung führen werde“.<sup>112</sup> Hier musste er Hans Bernard den Vortritt lassen, den er im September 1939 – wie oben dargestellt – in die Bredouille bringen sollte. Dem Karrierediplomaten war von der slowakischen Regierung bereits das Agrément erteilt worden, ehe Hitler kurzzeitig und ohne positives Ergebnis Seyß-Inquart ins Spiel brachte.<sup>113</sup> Auch auf diesem Gebiet ging Seyß-Inquart trotz seiner ‚Verdienste‘ um die Zerstörung der Tschechoslowakei leer aus.

#### **e. Kulturpolitik**

Ähnlich erfolglos war Seyß-Inquart in der Kulturpolitik. Auch auf diesem Gebiet versuchte er sich zu profilieren, und auch hierin sah er eines der Gebiete, das der Ostmark innerhalb des Großdeutschen Reiches einen besonderen Status sichern könne und solle. Denn die österreichische Kulturgeschichte galt ihm als Beweis, „daß die Deutschen in der Ostmark mit ihrem Pfunde gewuchert haben und als reiche Erben glücklich in den Kreis der geeinten Nation zurückkehren können.“<sup>114</sup> Damit die kulturelle Relevanz der Ostmark für das Gesamtreich zum Tragen kommen könne, regte Seyß-Inquart

111 BAK, N 1180/62, im Manuskript Bl. 3 und 5. In gekürzter Form wurde die Rede abgedruckt unter dem Titel *Es gilt, das ewige Deutschland zu bauen. Dr. Seyß-Inquart bei der Kundgebung in Troppau*, in: Neue Freie Presse vom 30. November 1938. Sie stand im Zusammenhang mit den Nachwahlen zum Reichstag, die durch den Anschluss des Sudetenlandes notwendig geworden waren.

112 So Lammers an die Adjutantur des Führers vom 16. Juni 1939, BAB, NS 10/26, Bl. 165.

113 Zu Bernard vgl. Maria Keipert u. Peter Grupp (Hg.), *Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945*, Bd. 1, Paderborn 2000, 124.

114 Seyß-Inquart, Aus dem Kunstschaffen der Ostmark, in: Leipziger Tageszeitung vom 23. Juni 1939 (BAB, R 8034/III-443, Bl. 58).

zunächst die Begründung einer „Reichskunst- und Kulturstätte“ mit Sitz in Wien an.<sup>115</sup> Nachdem Hitler es aber abgelehnt hatte, Wien mit einem entsprechenden Reichsinstitut zu ‚beehren‘, machte es sich der Reichsstatthalter zu einem Anliegen, den österreichischen Staatsmuseen, Theatern, Schlössern, Archiven und Bibliotheken sowie den Wiener Philharmonikern, den Wiener Sängerknaben und den Salzburger Festspielen eine gewisse „Selbständigkeit“ zu bewahren statt sie dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zu überantworten.<sup>116</sup> Letztlich könnten diese Einrichtungen – so lautete sein Vorschlag an Hitler – als ein „Gemeinschaftseigentum“ von Reich und Ostmark verwaltet werden, ohne vollständig Behörden der Reichszentralverwaltung unterstellt zu werden. Bei der Einrichtung einer entsprechenden Kulturverwaltung plädierte Seyß-Inquart dafür, den herausragenden kulturhistorischen Charakter der Stadt Wien zu bewahren. Namentlich das Kunst- und das Naturhistorische Museum an der Wiener Ringstraße sollten gefördert und bei der „Verwertung der aus jüdischem Besitz eingezogenen Kunstschatze“ wie der Sammlungen der Familie Rothschild und von Rudolf Guttman berücksichtigt werden.<sup>117</sup> Seyß-Inquart war bewusst, dass er sich damit gegen die von Hitler intendierte „kulturelle Provinzialisierung einer Metropole“ (Gerhard Botz)<sup>118</sup> wandte, und er hoffte, den ‚Führer‘ bei einem persönlichen Gespräch von seinen Vorstellungen überzeugen zu können.<sup>119</sup> Zeitweilig schien seine Lobbyarbeit auf diesem Gebiet zum gewünschten Ziel zu führen: Im Februar 1939 äußerte Hitler einmal die Absicht, die „gesamten ostmärkischen Kunst- und Kultureinrichtungen“ vom Reichserziehungsministerium abzukoppeln und einer selbständigen Behörde mit Sitz in Wien zu überantworten.<sup>120</sup> Doch in der ersten Junihälfte kam die

---

115 Vgl. hierzu die Unterlagen in BAK, N 1180/61.

116 Seyß-Inquart an Lammers vom 25. Januar 1939, zit. nach Fritz Trümpi, *Politisierte Orchester. Die Wiener Philharmoniker und das Berliner Philharmonische Orchester im Nationalsozialismus*, Wien, Köln, Weimar 2011, 164. Zeitweilig dachte Hitler daran, in Wien ein spezielles Referat für die „gesamten ostmärkischen Kunst- und Kultureinrichtungen“ ins Leben zu rufen, ließ den Plan aber nach Beginn des Krieges wieder fallen (siehe ebd., 165). Siehe auch Luža, *Österreich und die großdeutsche Idee*, 95–98.

117 Seyß-Inquart an Hitler vom 4. Mai 1939, handschriftlich korrigierter Entwurf in IfZ, IMT-Dok. PS-1499. In einer Denkschrift, die vermutlich in Seyß-Inquarts Auftrag angefertigt wurde, wurde die Verteilung von arisierten Kunstsammlungen auf Wiener Museen als Kompensation für „jene schmerzliche Fehlstelle“ ‚legitimiert‘, die 1919 durch „die Zwangsabtretungen des Friedensvertrags“ von Saint-Germain entstanden sei (BAK, N 1180/61). Zum Raub jüdischer Kunstsammlungen vgl. Theodor Brückler, *Kunstraub, Kunstbergung und Restitution in Österreich 1938 bis heute*, Wien, Köln, Weimar 1999.

118 Botz, *Nationalsozialismus in Wien*, 651.

119 Seyß-Inquart an Hitler vom 4. Mai 1939, IfZ, IMT-Dok. PS-1499.

120 Lammers an Rust und Seyß-Inquart vom 22. Februar 1939, zit. nach Trümpi, *Politisier-*

Kehrtwende: Bei einem Aufenthalt in Wien teilte Hitler Goebbels mit, er denke „garnicht daran, die österreich[ischen] Kulturinstitute einheitlich verwalten zu lassen.“<sup>121</sup> Damit brach für Seyß-Inquart eine weitere berufliche Option weg. Sein Reichsministerium blieb ohne Geschäftsbereich – und er selber ohne spezifisches Arbeitsfeld.

Während seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter gehörte auch der Versuch, per Verordnung die Überführung von Kunstgegenständen aus Österreich ins Altreich zu unterbinden, zu Seyß-Inquarts kulturpolitischem Engagement. Plänen zu einem generellen Ausfuhrverbot aus Österreich wurde aber von höchster Stelle eine gehörige Abfuhr erteilt: „Die beabsichtigten Massnahmen zum Schutze des österreichischen Kunstgutes lehnt der Führer ab.“<sup>122</sup> Am allerwenigsten war Hitler bereit, Seyß-Inquarts Wunsch zu entsprechen, all jene Kunstwerke in Österreich zu belassen, die das Regime den dortigen Juden geraubt hatte. Gegen solche Bestrebungen richtete sich der sogenannte ‚Führervorbehalt‘, mit dem sich Hitler im Sommer 1938 den Erstzugriff auf beschlagnahmte Kulturgüter sicherte.<sup>123</sup> Wohl in diesem Kontext ist zu sehen, dass Seyß-Inquart Ende September 1938 das Angebot unterbreitete, Hitler möge in Wien aus Hunderten von kostbaren Wandteppichen eine Auswahl zur Ausstattung seiner Bauten treffen.<sup>124</sup> Dieses Angebot trug dem ‚Führervorbehalt‘ Rechnung und bot dem Reichsstatthalter zugleich eine Möglichkeit, sich bei Hitler als der für ostmärkische Kunst maßgebliche Politiker in Stellung oder in Erinnerung zu bringen. Dass er in demselben Brief das gerade abgeschlossene Münchner Abkommen als eine Grundlage „für das weitere planvolle Handeln nach Osten und Südosten“ feierte, zeigt einmal mehr, wie sehr ihm daran gelegen war, sich vor dem Auslaufen seiner Funktion als Reichsstatthalter bei Hitler für eine neue politische Funktion anzudienen – sei es als Fachmann für Kulturpolitik, sei es als Spezialist für eine expansive (Süd-)Ostpolitik.

Das Tapiserie-Angebot darf nicht als eine Wende in Seyß-Inquarts Kulturpolitik missverstanden werden. Denn jenseits des ‚Führervorbehalts‘ setz-

---

te Orchester, 165.

121 Zit. nach Fröhlich (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 6: August 1938 – Juni 1939, bearb. von Jana Richter, München 1998, 375, Eintrag vom 12. Juni 1939. Vgl. auch Lammers an Frick vom 9. Oktober 1939 nach: Trümpi, Politisierte Orchester, 165.

122 Bormann an Bürckel vom 30. Juli 1938, IfZ, IMT-Dok. PS-3646.

123 Vgl. Kathrin Iselt, „Sonderbeauftragter des Führers“. Der Kunsthistoriker und Museumsmann Hermann Voss (1884–1969), Köln, Weimar, Wien 2010, 175 und 211–215 und Jonathan Petropoulos, Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich, Berlin 1999, 113.

124 Seyß-Inquart an Hitler vom 30. September 1938, BAK, N 1180/3.

te sich der Reichsstatthalter immer wieder entschieden dafür ein, so viele Kunstwerke wie möglich in Österreich zu belassen. Mitte August 1938 konnte er Hitler dafür gewinnen, die in Österreich arisierten Kunstwerke einstweilen in der Neuen Burg zu Wien zu belassen, statt sie einem Vorschlag Himmlers entsprechend in ein Zentraldepot in München oder Berlin zu transferieren.<sup>125</sup> Auch vermochte er den ‚Führer‘ zu bewegen, seinen Sonderbeauftragten für die Sichtung österreichischer Kunstsammlungen Karl Haberstock wieder aus Wien abzuziehen.<sup>126</sup> Dafür allerdings sah sich Seyß-Inquart am 6. September 1938 genötigt, auf ausdrückliche Anordnung Hitlers die Kleinodien und Insignien des Heiligen Römischen Reiches am Rande des ersten (und letzten) Großdeutschen Reichsparteitags von Wien nach Nürnberg zu überführen – und somit an der von ihm bekämpften Provinzialisierung Wiens mitzuwirken.<sup>127</sup> Auf kulturpolitischem Gebiet konnte er somit für Österreich und insbesondere für Wien kleinere Erfolge verbuchen, musste beim Feilschen um die Verfügung über ostmärkische Kulturgüter aber auch etliche Rückschläge oder Einschränkungen hinnehmen. Am allerwenigsten schlugen sich all diese Bemühungen für ihn selber in einer politischen Funktion nieder.

#### **f. Wiener Verwaltungsgerichtshof**

Ein weiterer Bereich, in dem sich der gelernte Jurist Seyß-Inquart mit Blick auf das Reich zu exponieren versuchte, war der Verwaltungsgerichtshof in Wien. Er sollte dem „Schutz der nationalsozialistischen Volksordnung im Bereich der öffentlichen Verwaltung“ dienen und den Bundesgerichtshof aus der Zeit des Ständestaats ersetzen. Bei der Präsentation seiner Vorstellungen unterstrich Seyß-Inquart im Dezember 1938, dass eine Umwandlung des Bundesgerichtshofs in einen genuin nationalsozialistischen Gerichtshof ein Vorbild für eine anzustrebende Reform der Verwaltungsgerichtsbarkeit im gesamten Großdeutschen Reich sein könne und solle. In diesem Sinn forderte er eine Orientierung der Spruchpraxis an der „nationalsozialistischen

---

125 Vgl. Birgit Schwarz, Hitlers Museum. Die Fotoalben „Gemäldegalerie Linz“: Dokumente zum „Führermuseum“, Wien, Köln, Weimar 2004, 37 f.

126 Siehe Seyß-Inquart an Lammers vom 8. Mai 1939, IfZ, IMT-Dok. PS-3453. Zum Kontext vgl. Schwarz, Hitlers Museum, 35–39.

127 Peter Diem, Die Symbole Österreichs. Zeit und Geschichte in Zeichen, Wien 1995, 161–168. Hitlers Anordnung findet sich in Schreiben von Lammers an Seyß-Inquart vom 18. Juni 1938, ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 162, Zl. 2429/5, Bl. 3. Zur Übertragung der Reichskleinodien vgl. auch Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, 6. Aufl. München, Zürich 1997, 158–160. Gut zwei Monate nach diesem Ereignis gab Seyß-Inquart die offizielle Interpretation wieder, der zufolge die Ostmark die Insignien und Kleinodien „mit gutem Gewissen“ nach Nürnberg verbracht habe (zit. nach der Neuen Freien Presse vom 30. Oktober 1938).

Weltanschauung“ und räumte Hitler als dem „obersten Gerichtsherrn“ die Möglichkeit ein, Urteile aufzuheben oder schwebende Verfahren einzustellen. Das Führerprinzip sollte denn auch bei der Justiz zum Ausdruck kommen, denn es sei „im Sinne des folgerichtigen Ausbaues des nationalsozialistischen Staates [...] gelegen, dass der Führer und Reichskanzler ebenso oberster Gerichtsherr ist wie er oberster Chef der Partei, der Staatsverwaltung und der Wehrmacht ist.“<sup>128</sup> Im Stab des Stellvertreters des Führers verhielt man sich ausgesprochen reserviert – war man doch der Meinung, „dass die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht in den Aufbau des Führerstaates passt und dessen Grundgedanken auch nicht angepasst werden kann.“ Obendrein würde die Einführung eines neuen Gerichtshofs der Absicht zuwiderlaufen, „den bisherigen Zusammenhang des österreichischen Staates zu sprengen“. Statt einer Reform plädierte man dafür, „es für die österreichischen Gauen bei der bisherigen österreichischen Regelung stillschweigend zu belassen und höchstens ohne jedes Aufsehen und ohne jedes grundsätzliche Wort dem Bundesgerichtshof einen anderen Namen zu geben, der auf seine Zuständigkeit für die neuen Gauen Bezug nimmt.“<sup>129</sup> Genau dies geschah im weiteren Verlauf: Ab Februar 1940 war nicht mehr vom Bundesgerichtshof, sondern vom Verwaltungsgerichtshof in Wien die Rede.<sup>130</sup> Wie der nationalsozialistische Verwaltungsjurist Dr. Helfried Pfeifer erläuterte, war dessen Zuständigkeitsbereich freilich „infolge des Eingliederungsprozesses gegenüber früher wesentlich eingeschränkt.“<sup>131</sup> Am 3. April 1941 schließlich wurde der Verwaltungsgerichtshof per Führererlass mit anderen Gerichten zum Reichsverwaltungsgericht mit Sitz in Berlin zusammengelegt.<sup>132</sup>

Was bezweckte Seyß-Inquart mit seinem Engagement zur Beibehaltung und Nazifizierung dieses Elements österreichischer Rechtskultur? Es ging ihm nicht darum, an der Spitze des Gerichtshofs in Wien für sich selber einen

128 Siehe sein Schreiben an Frick vom 20. Dezember 1938, ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 38, Zl. 1801/1, Bl. 13–17 mit dem Entwurf eines Reichsgesetzes und Erläuterungen, ebd., Bl. 18–24 und 25–33, Zitate Bl. 18 und 17. Ähnlich Seyß-Inquarts Argumentation in seinem Aufsatz *Einheit der Verwaltung*, in: Deutsche Verwaltung, Organ der Verwaltungsrechtswahrer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes 16 (1939), Nr. 1 vom 10. Januar 1939, 1–5.

129 Schreiben an Bürckel vom 15. Februar 1939, ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 38, Zl. 1801/1, Bl. 10.

130 Siebente Verordnung über die Übertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichsstatthalters in Österreich (Österreichische Landesregierung) vom 7. Januar 1940, § 6, in: RGBl. 1940/I, 55.

131 Pfeifer (Hg.), *Die Ostmark*, 676.

132 RGBl. 1941/I, 201 f. Siehe hierzu auch Wolfgang Kohl, *Das Reichsverwaltungsgericht. Ein Beitrag zur Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland*, Tübingen 1991, 8. Kap.

Posten zu sichern.<sup>133</sup> Wohl aber gehörte es zu seinem Bestreben, austriakische Spezifika insoweit zu bewahren, als sie sich in das NS-System integrieren ließen. Zugleich konnte er sich als ein Politiker inszenieren, der rigoros für eine Nazifizierung des Rechtssystems eintrat und gleichzeitig Anstöße zu einer Reichsreform gab. Wie erfolgreich auch immer er sich hiermit durchsetzen würde – als von Machtverlust bedrohter Politiker war er zwischen dem Anschluss Österreichs und dem Beginn des Krieges gegen Polen mit Vorschlägen auf Reichsebene durchaus präsent.

***g. Eine magere Zwischenbilanz***

All diese Bemühungen führten nicht zu Seyß-Inquarts Ziel, nach dem Auslaufen seines Amtes als Reichsstatthalter mit einer neuen Aufgabe betraut zu werden. Auf vielen Gebieten wie namentlich der deutschen Slowakeipolitik hatte sein Wort zwar reichsweit Gewicht, und es steht außer Frage, dass er bei der sukzessiven Zerstörung der Tschechoslowakei, bei der Schaffung des slowakischen Satellitenstaates und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren eine signifikante Rolle gespielt hat. Letztlich aber erhielt er nicht im Reichsprotektorat ein neues Amt, hier kamen sudetendeutsche Politiker zum Zuge. Auch auf dem Feld der Südosteuropapolitik musste Seyß-Inquart anderen Nationalsozialisten den Vortritt lassen, und sein Projekt eines Südost-Instituts scheiterte schon nach wenigen Wochen. In der Kulturpolitik schließlich kollidierte der Reichsstatthalter mit seinen Vorstößen zum Schutz österreichischer Kulturschätze vor dem Zugriff des Reiches mit dem ‚Führervorbehalt‘.

Vor diesem Hintergrund stellte Ulrich von Hassell, der 1938 im Gefolge der Blomberg-Fritsch-Krise selber einen Posten verloren hatte, nicht ohne Häme fest, dass Seyß-Inquart nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Reichsstatthalters „gänzlich kaltgestellt“ sei.<sup>134</sup> Seyß-Inquart seinerseits erinnerte unmittelbar vor Beginn des Angriffs auf Polen Lammers daran, „daß ich zwar noch keinen bestimmten Auftrag erhalten habe, daß der Führer mir aber im Hinblick auf meine Tätigkeit als Reichsminister wiederholt mitgeteilt hat, daß er mich als seinen Sachverständigen für die Fragen des Südost- raumes, der Ostmark und des Protektorates betrachte, woraus sich für mich die Notwendigkeit einer entsprechenden Beobachtung dieser Gebiete ergibt.

---

133 Die Leitung des Bundesgerichtshofs wurde Dr. Egbert Mannlicher übertragen. Dieser regimekonforme österreichische Jurist wurde am 26. April 1939 von Seyß-Inquart in sein Amt eingeführt; siehe die Einladungskarte in ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 38, Zl. 1801/1, Bl. 4.

134 Zit. nach Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Hg.), Die Hassell-Tagebücher 1938–1944. Ulrich von Hassell: Aufzeichnungen vom Anderen Deutschland. Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe, 2. Aufl. Berlin 1989, 90.

Überdies habe ich kulturelle Interessen in der Ostmark wahrzunehmen.“<sup>135</sup> Schon kurz danach sollte ihm der Angriff auf Polen eine neue Chance zur Bewährung im Sinne des NS-Regimes bieten.

### 3. Profilierungsbestrebungen II: ‚Zickenkrieg‘ auf hohem Niveau

Nicht nur Hitler und Lammers erinnerte Seyß-Inquart bis zum Beginn des Krieges gegen Polen immer wieder an eine neue Position. Sogar Bürckel drängte er, sich beim ‚Führer‘ für ihn einzusetzen. Dass sein Antipode hierauf nicht ohne Verdruss reagierte, war bezeichnend für das Verhältnis zwischen Reichskommissar und Reichsstatthalter.<sup>136</sup> Bis zum Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes blieb die politisch, positionell und zunehmend auch persönlich bestimmte Rivalität zwar unter der Oberfläche. Nachdem aber Seyß-Inquart aus dem Amt des Reichsstatthalters geschieden war, kam es zwischen den beiden Funktionären zu einem Zerwürfnis, das über längere Zeit unter führenden NS-Politikern bis hin zu Himmler und Göring Aufmerksamkeit beanspruchte. Neben den bisher beschriebenen Bemühungen Seyß-Inquarts, sein politisches ‚Überleben‘ über das Ende seiner Tätigkeit als Reichsstatthalter hinaus zu sichern, bietet die offiziell nie beendete Auseinandersetzung mit Bürckel einen weiteren Einblick in Seyß-Inquarts Bestreben, sich im polykratischen Gefüge des NS-Systems gegen den Verlust von Macht und Ansehen zur Wehr zu setzen.

Ausgangspunkt seiner Kontroverse mit Bürckel war ein Brief, in dem Seyß-Inquart dem „lieben Gauleiter“ am 29. Juni 1939 vorwarf, auf der ganzen Linie versagt zu haben:<sup>137</sup> Es sei Bürckel nicht wirklich gelungen, die österreichische Bevölkerung zu gewinnen, und selbst in der NSDAP herrsche „eine Parteimüdigkeit“ – ganz zu schweigen von den österreichischen Beamten, die das Gefühl hätten, von ihren reichsdeutschen und Saarpfälzer Kollegen „beherrscht zu werden“. Sein Affront gipfelte in der Aufforderung, Bürckel solle vom Amt des Gauleiters zurücktreten. Sachlich betrachtet ging Seyß-Inquart mit diesem ‚Fehdehandschuh‘ zum einen darüber hinweg, dass die Reichsstatthalterei vorher in vielen Detailfragen bei der Nazifizie-

<sup>135</sup> Seyß-Inquart an Lammers vom 31. August 1939, BAB, R 43 II/140, Bl. 94.

<sup>136</sup> Bürckel an Bormann vom 15. April 1939, in: Helmut Heiber (Bearb.), Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Regesten, Teil I, Bd. 1, München u. a. 1983, Nr. 13459.

<sup>137</sup> Das Folgende nach: Seyß-Inquart an Bürckel vom 29. Juni 1939, BAK, N 1180/3. In demselben Bestand findet sich auch ein Entwurf mit handschriftlichen Änderungen vom Vortag – ein Beleg dafür, wie sorgsam Seyß-Inquart seinen Angriff auf Bürckel vorbereitete. Zu der Auseinandersetzung siehe auch Luža, Österreich und die großdeutsche Idee, 98–102.

rung Österreichs im Großen und Ganzen durchaus kooperativ mit Bürckels Reichskommissariat zusammengearbeitet hatte. Seyß-Inquart übergang auch, dass Bürckel in seinen Plänen für eine Neuordnung der Verwaltung der Ostmark ebenso wie er selber den zukünftigen Reichsstatthaltern und Gauleitern eine relativ starke Stellung zubilligen und Einflüsse von Reichsministerien weitgehend eingrenzen wollte.<sup>138</sup> Der Reichskommissar trat sogar – durchaus in Übereinstimmung mit Seyß-Inquart – dafür ein, die österreichischen Gauen auf bestimmten Sachgebieten zusammen zu fassen, etwa durch Gründung eines gemeinsamen Oberbergamtes in Graz oder die Umwandlung des Bundesgerichtshofs in Wien in einen ostmärkischen Verwaltungsgerichtshof. Die beiden NS-Politiker verband schließlich das Bestreben, die österreichischen Kultureinrichtungen unter einem gemeinsamen Dach zu verwalten und dabei den Einfluss des Reiches soweit wie möglich zu begrenzen.<sup>139</sup> In Konkurrenz zu Seyß-Inquart reklamierte Bürckel diesen Politikbereich allerdings für die Zeit ab dem Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes für sich. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass der Reichskommissar mit Dr. Kajetan Mühlmann im Juni 1939 einen der engsten Weggefährten Seyß-Inquarts aus dem Amt des Leiters der Kunst- und Kulturabteilung in der Reichsstatthaltereier unter dem Vorwand entließ, bei Vorstellungen der Kleinkunsthöhne ‚Wiener Werkel‘ nicht gegen „antipreuussische Tendenzen“ vorgegangen zu sein und bei allen möglichen Gelegenheiten die Autorität des Reichskommissars untergraben zu haben.<sup>140</sup>

---

138 Hierzu und zum Folgenden siehe Bürckel an Frick vom 15. Februar 1939, BAB, R 43 II/1356, Bl. 59–63. Eigenen Angaben zufolge übermittelte er seinen Vorschlag, „den künftigen Reichsstatthaltern alle Aufgaben zu übertragen, die nicht aus unbedingt zwingenden Gründen auf die Reichszentralstellen übergehen müssen“, im Einvernehmen mit Seyß-Inquart (ebd., Bl. 59). Siehe auch Bürckel an Frick vom 12. Mai 1939 mit der Forderung, „daß die Stellung der künftigen Reichsstatthalter zu stärken ist.“ (ÖStA/AdR, Bürckel-Materie, Kart. 25, Zl. 1757/1, Bl. 12)

139 Vgl. Oliver Rathkolb, *Führertreu und gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich*, Wien 1991, 64–67.

140 Bürckel an Mühlmann vom 23. Juni 1939, BAK, N 1180/8. Zur Geschichte des ‚Wiener Werkels‘ siehe Anita Wolfartsberger, *Das „Mittelstück“ im ‚Wiener Werkel‘. Kleinkunst im Dritten Reich zwischen Anpassung und Widerstand*, Diplomarbeit Universität Wien 2004 (<http://othes.univie.ac.at/78/1/wolfartsberger.pdf>, Zugriff: 30. April 2013), zu der Auseinandersetzung um Mühlmann die Materialien in BAK, N 1180/3. Möglicherweise hat auch eine Rolle gespielt, dass Mühlmann schon länger im Verdacht stand, öffentliche Gelder nicht sachgemäß verwendet zu haben; vgl. Wolfgang Fritz, *Fortschritt und Barbarei. Österreichs Finanzverwaltung im Dritten Reich*, Wien, Münster 2011, 296 f. Zu Mühlmann siehe auch Jonathan Petropoulos, *The Importance of the Second Rank: The Case of the Art Plunderer Kajetan Mühlmann*, in: Günter Bischof u. Anton Pelinka (Hg.), *Austro-Corporatism. Past – Present – Future*, New Brunswick, London 1996, 177–221.

In Seyß-Inquarts Wahrnehmung war dieser Vorgang nicht nur gegen Mühlmann, sondern vor allem gegen ihn selber gerichtet. Dementsprechend nahm er Mühlmanns Entlassung zum Anlass für den erwähnten Brief an Bürckel. Was bewegte den relativ jungen Parteigenossen Seyß-Inquart, sich auf einen Machtkampf gegen einen etablierten ‚alten Kämpfer‘ einzulassen? War ihm angesichts von Bürckels notorisch arrogantem Auftreten nach lange aufgestauter Frustration einfach der Kragen geplatzt? Stellte sein Angriff auf den Reichskommissar den kalkulierten Versuch dar, sich zum Fürsprecher jener Nationalsozialisten zu stilisieren, die sich von Reichsdeutschen überfahren fühlten und nach dem Anschluss Österreichs bei der Besetzung von Posten im Vergleich zu ihren Erwartungen zu kurz gekommen waren? Oder wollte er durch eine Schmutzkübelkampagne gegen eine mächtige nationalsozialistische ‚Zwischeninstanz‘, die auch außerhalb der Ostmark Kritiker wie beispielsweise Keppler hatte, die Reichsführung auf sich aufmerksam machen, um nach dem Auslaufen seines Amtes am Ballhausplatz nicht in der politischen Bedeutungslosigkeit zu versinken, sich möglicherweise noch einmal in Berlin als Ostmark-Experte zu positionieren oder gar Bürckel in Wien zu beerben?

Auf jeden Fall löste Seyß-Inquarts Brief vom 29. Juni 1939 eine Fehde aus, die wiederum monatelang Funktionäre auf den mittleren und hohen Rängen des NS-Systems beschäftigte. Zunächst ging Bürckel in den Gegenangriff: In seinem Antwortschreiben vom 8. August warf er seinem Kontrahenten vor, als Reichsstatthalter sich zu sehr für die Bewahrung österreichischer Eigenständigkeit eingesetzt zu haben, während die zügige Nazifizierung des Landes vorzugsweise ihm selber zu verdanken sei: „Sie, Herr Doktor, sind für’s Konservieren. Ich habe den Auftrag des Führers, zu liquidieren.“ Außerdem habe Seyß-Inquart sich zu wenig als Nationalsozialist engagiert und sich nicht ausreichend vom Katholizismus distanziert. Dessen Brief vom 29. Juni bedeutete für Bürckel jedenfalls den Bruch im persönlichen Verhältnis: „Unsere Wege haben sich getrennt.“<sup>141</sup> Vergeblich hatte Bürckel in der Zwischenzeit versucht, den Salzburger Gauleiter Dr. Friedrich Rainer auf seine Seite zu ziehen, der 1937/38 bei den Vorbereitungen des Anschlusses Österreichs einer der engsten Mitstreiter Seyß-Inquarts gewesen war. Rainer war nicht bereit, aus dieser Zeit kompromittierendes Material gegen Seyß-Inquart zusammen zu tragen. Im Gegenteil, er teilte Bürckel unumwunden die Überzeugung mit, „daß Dr. Seyss nicht unlauter gehandelt hat und daß auch der Führer mit der besonderen Bevorzugung seiner Person weniger einen Akt

---

141 BAK, N 1180/3, Zitate Bl. 5 und 13.

historischer Gerechtigkeit vollziehen will, sondern eben seiner Person selbst gewogen ist.<sup>142</sup>

Zur gleichen Zeit suchte Seyß-Inquart nach Rückhalt in der Reichsführung. So wandte er sich am 14. Juli 1939 an Göring, um seinen Weg zum Nationalsozialismus und seine Politik in Österreich zu rechtfertigen,<sup>143</sup> und am 19. August versuchte er Himmler für sich zu gewinnen. Dem Reichsführer-SS gegenüber attestierte Seyß-Inquart Bürckel polemisch, „die Grenzlinien der klinisch komplexen Vorstellungen“ überschritten zu haben. Gegen dessen Vorwurf einer „reichs- und parteifeindlichen Gesinnung“ hob er seine ‚Verdienste‘ um den Nationalsozialismus in Österreich hervor, und er wiederholte die These, dass Beamte aus dem Altreich und der Saarpfalz in der Verwaltung der Ostmark die Herrschaft an sich gerissen hätten („Pfälzer-Postenjäger-Regiment“).<sup>144</sup> Für Seyß-Inquarts Bitte oder Aufforderung, in der Auseinandersetzung eine Entscheidung zu treffen, vermochte Himmler sich allerdings ebenso wenig zu erwärmen wie Göring: Seine Prioritäten lagen seit dem Überfall auf Polen auf der Organisation der gigantischen ethnischen ‚Säuberungen‘ im ‚Osten‘, und zwischen zwei streitenden SS-Gruppenführern Position beziehen zu müssen, war keine verlockende Herausforderung. Erst nachdem Kaltenbrunner den Reichsführer-SS drängte, den „Gruppenführerzwist“ zwischen Seyß-Inquart und Bürckel zu bereinigen,<sup>145</sup> ließ Himmler ohne sichtbaren Nachdruck bei den Streithähnen anfragen, ob sie „ein Interesse an einer Aussöhnung hätten und ob Sie sich seinem Spruch fügen würden, falls der Reichsführer-SS sich dieser Sache annehmen würde.“<sup>146</sup> Seyß-Inquart reagierte positiv. Er glaubte zwar, dass es nie wieder zu einem „persönlich-kameradschaftlichen Verhältnis“ zu seinem Kontrahenten kom-

---

142 Rainer an Bürckel vom 6. Juli 1939, hier zit. nach ÖGZ-A, NL-61, DO 716, Mappe 348. Von diesem Schreiben schickte Rainer am 22. August 1939 eine Abschrift an Seyß-Inquart samt ausführlichem Begleitbrief (ebd.); beide Schreiben sind abgedruckt in: IMT, Bd. 26, Dok. PS-812, 344–348. In der Folgezeit entwickelte sich als Nebenstrang eine Auseinandersetzung zwischen Bürckel und Rainer; siehe deren Schreiben vom 17., 24. und 27. Juli 1939, ÖGZ-A, NL-96/Jules Huf, DO 1104, Mappe 18.

143 BAK, N 1180/3.

144 BAK, N 1180/3, Zitate Bl. 20, 1 und 7. Botz hat darauf hingewiesen, dass Seyß-Inquarts These von einer Dominanz reichsdeutscher Beamter in Österreich überzogen war und Bürckels Personalpolitik nicht gerecht wurde (Nationalsozialismus in Wien, 298). Zu Seyß-Inquarts Bestreben, Himmler auf seine Seite zu ziehen, siehe auch seine Schreiben an den Reichsführer-SS vom 21. Oktober (BAB, NS 19/836, Bl. 81) und vom 4. November 1939 (IMT, Bd. 32, Dok. PS-3398, 255–257).

145 Kaltenbrunner an Himmler vom 22. Dezember 1939, BAB (ehem. BDC), SSO Arthur Seyß-Inquart, Bl. 154. Siehe hierzu auch Peter Black, Ernst Kaltenbrunner, Vasall Himmlers: Eine SS-Karriere, Paderborn 1991, 130 f.

146 Dr. Rudolf Brandt (Persönlicher Stab Reichsführer-SS) an Kaltenbrunner vom 5. Januar 1940, BAB, NS 19/836, Bl. 92.

men werde. Er unterstrich aber, er werde jeden Spruch Himmlers annehmen und ging davon aus, dass er wie auch Bürckel „die entsprechenden Konsequenzen“ aus einer Entscheidung des Reichsführers-SS ziehen würden.<sup>147</sup>

Bürckel hingegen reagierte trotz Kaltenbrunners Nachfrage nicht,<sup>148</sup> und somit blieb die Angelegenheit in der Schwebe. Noch im Sommer 1940 gab es keine Annäherung – und wurde offensichtlich auf keiner Seite als notwendig empfunden. Am allerwenigsten drängte Himmler. Ihm schien eher daran gelegen zu sein, die Angelegenheit während des Krieges auf sich beruhen zu lassen und die Hitzköpfe abkühlen zu lassen. Diese Rechnung schien aufzugehen: Nachdem Seyß-Inquart wie auch Bürckel Wien verlassen und während des Krieges außerhalb der Ostmark Aufgaben wahrzunehmen hatten, verebbte die Auseinandersetzung.

#### 4. Kurzer Ausblick

Nur scheinbar bedeutete die Berufung nach Krakau einen lang ersehnten Neuanfang und eine Befreiung aus der relativen Machtlosigkeit, die Seyß-Inquarts Position in den vier Monaten zwischen dem Inkrafttreten des Ostmarkgesetzes und dem Beginn des Krieges gegen Polen gekennzeichnet hatten. Denn faktisch ließ Hans Frank seinem Stellvertreter kaum Gelegenheit, sich politisch zu profilieren. Seyß-Inquart besaß kein eigenes Aufgabenfeld, ihm wurden vom Generalgouverneur stets nur ad hoc spezielle Arbeitsaufträge erteilt. Vom Recht, Verordnungen zu erlassen, war der Stellvertretende Generalgouverneur ausgeschlossen, weil Frank diese Kompetenz nicht an sein Amt, sondern an seine Person band. Seinem Stellvertreter überließ der Generalgouverneur lediglich – wie er selber einmal formulierte – „die übrigen Verwaltungsfunktionen“.<sup>149</sup> Im besetzten Polen war Seyß-Inquart kaum mehr als ein ausführender Beamter. Seinen politischen Ambitionen stand Frank im Wege.

Erst in den Niederlanden erreichte Seyß-Inquart als Reichskommissar eine Stellung, die ihm die Möglichkeit zur Entfaltung seines politischen und administrativen Potentials bot.<sup>150</sup> Auch hier freilich war er in ein multipolares Kräftefeld eingebunden, das sich aus diversen zivilen und militärischen Dienst- und Kommandostellen zusammensetzte. Die Führerunmittelbarkeit

---

147 Seyß-Inquart an Kaltenbrunner vom 13. Januar 1939, BAB, NS 19/836, Bl. 135.

148 Siehe Kaltenbrunner an SS-Gruppenführer Karl Wolff (Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS) vom 3. August 1940, BAB, NS 19/836, Bl. 134.

149 Frank in seinem Diensttagebuch, BAB, R 52 II/174, Bl. 44 (Eintrag zum 2. Dezember 1939).

150 Hierzu wird in Kürze meine Habilitationsschrift erscheinen.

seiner Stellung aber gab ihm von vornherein eine starke Stellung, und bis Kriegsende blieb er unbestritten der höchste Funktionär des Großdeutschen Reiches in Den Haag. Vor diesem Hintergrund hat Seyß-Inquart die Auseinandersetzung mit Bürckel nicht geschadet. Möglicherweise hat sie ihm sogar beim weiteren Aufstieg in Polen und den Niederlanden geholfen: Dass er sich gegenüber dem ‚alten Kämpfer‘ Bürckel hatte behaupten können, mag ihm in den Kreisen der Staats- und Parteiführung Achtung eingebracht und zu seiner Profilbildung beigetragen haben.

## 5. Zusammenfassung

Die Biographie von Arthur Seyß-Inquart zwischen 1938 und 1940 und die Untersuchung seines Verhältnisses zu Josef Bürckel im angeschlossenen Österreich haben gezeigt, dass die polykratischen Binnenstrukturen des Dritten Reiches für ambitionierte Funktionsträger Chancen, aber auch Risiken in sich bargen. Interne Machtkämpfe konnten das eigene Ansehen bei der Reichsführung und in der Öffentlichkeit steigern oder auch ins politische Abseits führen. Mit dem systemimmanenten Kampf um Anerkennung und der Notwendigkeit der Erbringung von ‚Leistungen‘ zum Vorteil des NS-Regimes mussten sie sich stets ‚bewähren‘ und sich dabei ständig an mitunter rasch wechselnde Situationen, Zielvorgaben oder machtpolitische Konstellationen innerhalb des nationalsozialistischen Systems anpassen. Die permanenten Mutationen der Machtverhältnisse sorgten für eine Dynamik, der sich kein Funktionsträger entziehen konnte, der ‚am Ball bleiben‘ wollte. Dies gelang Bürckel wesentlich besser als Seyß-Inquart, der als ‚Quereinsteiger‘ von Anfang an in einer strukturell schwächeren Position war. Weder die persönliche Wertschätzung, die Seyß-Inquart bei Hitler und Himmler genoss, noch Fleiß und fachliche Kompetenz, die der Reichsstatthalter an den Tag legte, waren in der Auseinandersetzung mit dem hervorragend vernetzten Reichskommissar Bürckel als Gegengewichte ausreichend.

Trotz aller Unterschiede können beide Politiker als ‚Zwischengewalten‘ gesehen werden, die zwischen Reichsführung und den mittleren und unteren Instanzen des NS-Staates standen. Beide haben sich wie selbstverständlich innerhalb des vom Regime vorgegebenen Referenzrahmens zu positionieren und zu profilieren versucht. Anhand von Seyß-Inquart ist deutlich geworden, welche Anstrengungen selbst ein relativ prominenter NS-Funktionär unternahm, um sich selbst zum Vorteil der eigenen Karriere zu ‚vermarkten‘. In dieser Hinsicht stellen ‚Politik‘ und ‚Wirtschaft‘ durchaus analoge Funktionssysteme dar: Hier wie dort zwingt das Streben nach Erfolg dazu, das eigene ‚Angebot‘ als attraktiv anzubieten und die Konkurrenz nach Möglich-

keit zu übertreffen.<sup>151</sup> Im Prinzip stand ein Politiker im Dritten Reich denn auch vor vergleichbaren Herausforderungen wie ein Unternehmer: In beiden Fällen ging es darum, ein ‚Produkt‘ zu vermarkten – hier die in Ämtern und Funktionen gewogene eigene Karriere, dort die am Umsatz ablesbare Ware. Der politische Stellenmarkt des Dritten Reiches gehorchte somit im Kern Marktgesetzen, die in dieser Hinsicht die Funktionsbereiche Wirtschaft und Politik für die NS-Zeit einander annäherten. Und wie der ‚Markt‘ im Bereich der Wirtschaft durch Momente wie den Vierjahresplan, die Orientierung am Autarkiegedanken und eine klare Priorisierung der Aufrüstung in hohem Maße nach den politischen Bedürfnissen der Reichsführung ausgerichtet war, war auch auf dem politischen Stellenmarkt die Spitze des Regimes der zentrale Bezugspunkt. In dieser Sicht erscheinen die unzähligen Friktionen, zu denen die Rivalität zwischen Bürckel und Seyß-Inquart gehörte, als inhärente Bestandteile eines gewollten Wettstreits um die Gunst des ‚Führers‘ und die Unterstützung durch einflussreiche NS-Granden. Ihm lag unausgesprochen der sozialdarwinistische Gedanke zugrunde, dass auf Anerkennung ‚von oben‘ und Fortkommen innerhalb des NS-Systems nur rechnen durfte, wer sich im politischen ‚Kampf‘ behaupten konnte. Das Instrumentarium, das hierbei zur Verfügung stand, reichte von Kooperation über Intrige bis zu verdeckter oder offener Feindschaft. Die Einbindung in Netzwerke und die Rückendeckung durch einflussreiche Führungspersönlichkeiten des Regimes konnten mitunter den Gang von regimeinternen Auseinandersetzungen entscheidend beeinflussen. Wie anhand von Seyß-Inquart beispielhaft dargestellt, schlossen Profilierungsbestrebungen je nach Situation die Zusammenarbeit mit oder auch die bewusste Umgehung von sachlich zuständigen Organisationen wie dem Auswärtigen Amt oder der Wehrmacht ein. Wie auch immer das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik im Allgemeinen und die Grenzen unternehmerischer Entscheidungsfreiheit im Dritten Reich zu bestimmen sein mögen:<sup>152</sup> Der ‚prekäre Staat‘ forderte von Unternehmern wie von karriereorientierten Funktionären, sich im Dienste des NS-Regimes einzusetzen. Staatlicher Dirigismus auf der einen und Polykratie und Wettbewerb auf der anderen Seite schlossen sich weder in der Wirtschaft noch auf dem politischen Stellenmarkt aus.

---

151 Allgemein zur Bedeutung von Funktionssystemen im Sinne des Ansatzes von Niklas Luhmann siehe Frank Becker u. Elke Reinhardt-Becker, Systemtheorie. Eine Einführung für die Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt/Main 2001, Teil II, Kap. 2.

152 Vgl. hierzu unter anderem Norbert Frei u. Tim Schanetzky (Hg.), Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur, Göttingen 2010.

Auch wenn Seyß-Inquart sich 1938/39 bei weitem nicht so entfalten konnte wie Bürckel: Rückblickend fiel die Gesamtbilanz aus seiner Sicht keineswegs negativ aus. Wie gezeigt, gelang es ihm zwar trotz vielfältigen Engagements nicht, für die Zeit nach dem Ende seines Amtes als Reichsstatthalter mit einem Posten betraut zu werden, der ihm effektiven politischen Einfluss ermöglicht hätte. Doch immerhin war er unter den österreichischen Nationalsozialisten der Einzige, der unmittelbar nach dem ‚Anschluss‘ ein hohes Amt erhielt – während seine einstigen Wegbegleiter wie Rainer, Hubert Klausner oder Dr. Hugo Jury noch längere Zeit auf die Bestätigung als Gauleiter warten mussten und viele Angehörige der NSDAP oder der Österreichischen Legion, die bis zum März 1938 in der Illegalität oder im deutschen Exil heftig für den ‚Anschluss‘ agitiert hatten, bei der Postenvergabe so gut wie leer ausgingen.<sup>153</sup> Und die Fehde, die Seyß-Inquart im Juni 1939 mit seinem Brief an den „lieben Gauleiter“ ausgelöst hatte, konnte sein Rivale Bürckel letztlich nicht für sich entscheiden. Die Auseinandersetzung mit dem gut vernetzten Machtmenschen aus der Saarpfalz blieb in der Luft hängen, und Seyß-Inquart hätte durchaus Grund gehabt, dies als einen Gewinn für sich zu verbuchen. Eine Niederlage lässt sich hieraus jedenfalls nicht ablesen.<sup>154</sup> Seyß-Inquart wurde denn auch nicht fallengelassen: Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs erhielt er eine ‚Bewährungschance‘, und die hat er besonders in den Niederlanden zu seinen Gunsten genutzt.

Mit dem Angriff auf Polen war die magere Zwischenbilanz überwunden, die Seyß-Inquarts Laufbahn seit dem 1. Mai 1939 zu verzeichnen hatte. Der Zweite Weltkrieg bot ihm neue Perspektiven und Optionen. Zugleich oblag ihm, seine Zeitgenossen aufzurufen, sich im Dienste des NS-Regimes einzusetzen und zu ‚bewähren‘. In den Niederlanden etwa wollte er als Reichskommissar nur Denjenigen Raum zur Entfaltung geben, die bereit waren, sich an der Seite Deutschlands als „Kämpfer für das neue Europa“ zu engagieren, und zwar durch ökonomische, politische oder militärische Kollaboration.<sup>155</sup> Mit solchen Ansagen ‚exportierte‘ er über die Reichsgrenzen hinaus die ‚Spielregeln‘ des NS-Systems. Auch für seine eigene Entwicklung blieb ‚Bewährung‘ weiterhin maßgeblich: Seine Zukunft sah Seyß-Inquart weder in Krakau noch in Den Haag, sondern in Berlin. Sein Ziel, von der mittleren Ebene der politischen Entscheidungsträger in den beschränkten

---

153 Zur Österreichischen Legion vgl. die Studie von Hans Schafranek, *Söldner für den „Anschluss“*. Die Österreichische Legion 1933–1938, Wien 2011, hier besonders Kap. 13.

154 Dies jedoch tut Rosar, *Deutsche Gemeinschaft*, 341.

155 Siehe Arthur Seyß-Inquart, *Mit Adolf Hitler für das Neue Europa! Neujahrsaufruf des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete*, in: *Deutsche Zeitung in den Niederlanden* vom 31. Dezember 1941.

Kreis der Reichsführung aufzusteigen, erreichte er nominell in Hitlers *Politischem Testament*: Hierin wurde er am 29. April 1945 zum Reichsaußenminister im Kabinett von Großadmiral Karl Dönitz bestimmt.<sup>156</sup> Doch dieser Schritt hatte keine praktischen Konsequenzen: Anstelle von Seyß-Inquart wurde der langjährige Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk mit der Führung des Auswärtigen Amtes betraut,<sup>157</sup> und ein Reich, das eines Außenministers bedurft hätte, gab es zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Nach dem baldigen Kriegsende wurde Seyß-Inquart die Rechnung für die politische Verantwortung präsentiert, die er im Dienste des NS-Systems auf sich genommen hatte: Auf dem Nürnberger Prozess wurde er zusammen mit elf anderen Hauptkriegsverbrechern zum Tode verurteilt.<sup>158</sup> Mit der Hinrichtung am frühen Morgen des 16. Oktober 1946 endete das Leben einer ehrgeizigen ‚Zwischengewalt‘ des Dritten Reiches, die als Quereinsteiger eine beachtliche Karriere absolviert hat – und dabei eine blutige Spur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts hinterließ.

---

156 BAK, N 1128/23.

157 Siehe das Ernennungsschreiben Dönitz' vom 2. Mai 1945, BAB, R 62/11a, Bl. 132.

158 Siehe die Urteilsverkündung in: IMT, Bd. 22, 654–657.

## Managing the integration of the occupied Dutch territories in Hitler's empire

Peter Romijn

Peter Berger, as a path-breaking scholar of financial and economic policies and of the first Austrian Republic, has made important contributions to knowledge and insight about the Austrian-Dutch relationship during the troubled first half of the twentieth century.<sup>1</sup> Actually, these relationships may have been stronger than ever at the time that Austria as a state had formally ceased to exist. After the Austrians had integrated into Hitler's Empire, and the Dutch had subsequently been conquered by the Führer's armed forces, a civil administration of occupation was installed in The Netherlands, under the leadership of Arthur Seyss-Inquart – the Austrian who had presided over the Anschluss and the integration of his state into the Third Reich. Besides him, several other leading figures from Austrian descent were appointed in leading roles in Hitler's administration. This article discusses the way in which the German authorities under the leadership of Seyss-Inquart assumed power and arranged a regime of occupation that employed the state's administration as an instrument of implementing German policies and priorities. The whole process towards integration of the Netherlands into the sphere of the Third Reich – and perhaps to future annexation – requires attention as one of the models for Hitler's still perplexing policies of empire building.<sup>2</sup>

### The face of regime change

On May 29, 1940, the Dutch newspapers wrote about a 'historical event' that was to take place in the old Court of the Counts of Holland, in the Gov-

---

1 Culminating in his masterly monograph *Im Schatten der Diktatur: die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich, Meinoud Marinus Rost van Tonningen 1931–1936* (Wien: Böhlau, 2006).

2 Mark Mazower *Hitler's Empire. Nazi Rule in Occupied Europe* (London: Allan Lane, 2008).

ernment quarter at The Hague. Here, as the newspaper *Het Volk* explained to its readers, ‘in the course of centuries many important deeds were done that were of utmost importance for our national history.’<sup>3</sup> Under normal circumstances, Queen Wilhelmina would solemnly open the first parliamentary session of the year, on the third Tuesday in September. Only eight months earlier, Queen Wilhelmina had arrived in her Golden Coach, to address the combined session of the Upper and the Lower Houses of Parliament, accompanied by military on horseback in their traditional uniforms. Now, on May 29, 14 days after the Dutch armed forces had surrendered to the German troops that had invaded the Netherlands, the scene was more or less the same, but the players were quite different. The Queen and her cabinet had left the country and established themselves in London, considering what to do next now the war seemed lost. It was not the Golden Coach, but a large Mercedes car that entered the Court, which was filled up with a honorary guard of German soldiers, as well as a German military band. Out of the Mercedes limped Dr. Arthur Seyss-Inquart, representing Adolf Hitler, the *Führer* and *Reichskanzler* of the Greater German Empire.

Seyss-Inquart had arrived in the Netherlands a few days earlier, on May 26. He had won a reputation as the leader of a National Socialist government in Vienna who oversaw the integration of his native Austria in the Greater German Empire. When that was achieved, Berlin took over and bestowed an honorary title upon him: *Reichsminister ohne Geschäftsbereich* – Imperial Minister without Portfolio. In 1939 Seyss-Inquart was transferred to Nazi-occupied Poland; Governor-General Hans Frank charged him with the introduction of National Socialist laws.<sup>4</sup> Grown up in Moravia when it still was part of the Hapsburg multi-national empire, he obviously built on experiencing imperial administrative practices first-hand.<sup>5</sup> After the conquest of the Netherlands, Hitler decided – probably advised by *Reichsführer SS* Heinrich Himmler to do so<sup>6</sup> – to charge Seyss-Inquart with the new office at The Hague. The *Führer*’s Decree of May 20 which put this all in order was the legal foundation of the German administration over the ‘occupied Netherlands territories’, the name given to the newly created polity.

The solemn act of state of May 29<sup>th</sup> confirmed that the German administration in the Netherlands would be of a civilian nature. The *Militärbefeh-*

3 *Het Volk, Sociaal-Democratisch Dagblad* 30 mei 1940, morning edition.

4 Pauley, B. *Hitler and the Forgotten Nazi's. A History of Austrian National Socialism* (Chapel Hill NC, 1981) 221–222.

5 L. de Jong ‘Twee gesprekken met Gertrud Seyß-Inquart, Salzburg, 30 september 1952’ in: Oorlogsdocumentatie ‘40–’45. Jaarboek van het Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie I (Zutphen, 1989) 129.

6 Kroener e.a. *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* 5/1, 60.

*hlshaber* in the occupied Netherlands, General Von Falkenhausen, handed his administrative competences over to Seyss-Inquart. The *Reichskommissar* assumed his position by means of a programmatic speech in the *Ridderzaal* (the Hall of the Knights), a place filled with Dutch historical tradition. In the audience were the highest-ranking Dutch civil servants, the *Secretarissen-Generaal*, the Permanent Under Secretaries leading the Departments of Government. Under normal circumstances they were subordinate to the Cabinet Ministers. According to Dutch constitutional law, and the State of Siege that still was in force, the Commander of the Armed Forces, General Winkelman, was the acting Head of Government. However, the Commander had not been invited by the German authorities, while the Secretaries were. They had told Seyss-Inquart that they would not attend if he intended to discuss the position of the Queen, or express his belief in ‘the fable of the Dutch being in cahoots with other powers, in particular England and Belgium.’<sup>7</sup> Seyss-Inquart accepted these reservations, and so the leading Dutch authorities were present in the Hall, listening to the *Reichskommissar* and to a German orchestra playing works of German composers. After all, their presence suggested a return to administrative normalcy and continuity.

Seyss-Inquart’s speech made a moderate and in fact an emphatic impression. He called for mutual understanding, respect and cooperation, in the interest of both the German and the Dutch peoples. The speech was printed in the *Verordnungsblatt*, the legal gazette of the German administration, immediately below Hitler’s Decree of May 20, to suggest that it was an official plan of action. A third piece of law was the Proclamation that on May 30 had to be displayed from all town halls. In this document Seyss-Inquart told the Dutch people that he ‘had accepted the highest leadership in government affairs and the civil authority over the Netherlands.’<sup>8</sup> Hitler had given him the highest legislative as well as executive competences. He promised that in executing these tasks, he would observe Dutch laws ‘as much as possible’, ‘consult’ the Dutch authorities, and ‘respect’ independent jurisdiction. He required, on the other hand, that ‘all judges, civil servants, and public employees in active service will execute my decrees most carefully, and that the Dutch population will accept the present situation with all possible sensibility and self-control.’<sup>9</sup>

---

7 Parlementaire Enquete Regeringsbeleid 1940–1945 (Den Haag, z.j) [PEC] Volume 2a, Document 142.

8 Text in: Nationaal Archief Den Haag [NA], Ministerie van Binnenlandse Zaken [BiZa], Kabinetsarchief [Kab], folder 777.

9 *Ibidem*.

After elaborating on his policy, the next item on the agenda was to make an arrangement with the leaders of the Dutch administration about how they would fit into the new political, legal, and administrative order imposed upon their vanquished nation by the new rulers. There should be no doubt that the interests of the German Empire determined his mission in the very first place. The nomination of a *Reichskommissar* underlined two properties of the German administration in the occupied Netherlands. The first one was that Berlin had not yet specified the long-term destination of the Dutch state, now defined as ‘occupied territories’.<sup>10</sup> In the German Empire, a commissar received a broad and general responsibility for a specific territory or, more specifically, the assignment to put things on their feet and prepare for a transition into the National Socialist New Order. Whereas the timeframe and projected outcome remained elusive, the second property was more concrete: Seyss-Inquart and his *Reichskommissariat* formally took responsibility for the exercise of German rule, and would not share this responsibility in any way with the indigenous Dutch authorities.

What actually happened was that the German *Reichskommissariat* at The Hague set out to manage the occupied Dutch territories in order to bring the occupied state in line with the Third Reich. This effort was part of the overall imperial policy pursued by Berlin intended not just to rule over continental Europe, but also to transform and ‘turn around the global arrangements of power.’<sup>11</sup> In occupied Western Europe, Berlin decided to rely on indigenous bureaucrats to do routine administration, and for that reason set out to exercise moderation. In Eastern Europe, where no racially acceptable intermediaries were at hand, they decided for direct rule, and immediately introduced a reign of terror.<sup>12</sup> Nevertheless, in the occupied West the contradictions between managing an occupied territory in the most expedient way and the immanent politicization and radicalization of the administration soon became apparent. The overriding interests of the Third Reich in creating an empire founded on racial principles and exploitation was to create ever growing social and political tensions and a continuous accumulation of bureaucratic chaos.<sup>13</sup>

In the initial stage of this process, the Dutch civil servants at The Hague were far from foreseeing this development. They decided to think in terms of a Dutch-German shared interest in keeping the administration going. For

---

10 Gerhard Hirschfeld *Nazi Rule and Dutch Collaboration. The Netherlands under German Occupation 1940–1945* Oxford/New York/Hamburg: Berg, 1988), pp. 27–35.

11 Jane Burbank and Frederick J. Cooper *Empires in World History: Power and Politics of Difference* (Princeton: Princeton University Press, 2011) p. 404.

12 Burbank and Cooper, *Empires*, p. 405.

13 Mark Mazower, *Hitler’s Empire. How the Nazis Ruled Europe* (London: Penguin, 2008), pp. 223–224.

the new rulers it was important to emphasize the legitimacy of their regime by employing the Dutch authorities and creating some level of understanding with these. From the imperial perspective of the *Reichskommissariat* this necessarily included taking control over collective and individual actions of the civil servants. The Dutch civil servants have defended themselves, both during the occupation and long afterwards, arguing that they were representing the ‘authentic Dutch’ sphere of government, shielding the citizens as much as possible against the ‘external German and National Socialist’ rulers. For the German administrators, however, this was nonsense – they considered the Dutch civil servants as part of their administration of occupation, if they liked it or not.<sup>14</sup>

### **A new legal order?**

The management of the occupation followed from the establishment of the *Reichskommissariat* and the way in which its relation to the Dutch civil service was defined. The May 29 settlement crucially established the rules for the intricate interplay between the German supervisors and the Dutch executive for the whole of the occupation. Immediately after the surrender of the Dutch armed forces, the confused Secretaries-General tried to find out what to expect. They expected a German military administration, in conformity with international law. Moreover, they assumed its character would be as harsh as the military government in Belgium during the Great War. Indeed a military administration was installed, but within two weeks Berlin announced that Seyss-Inquart would take over as the head of a civil German supervisory administration (*Aufsichtsverwaltung*). This step was not in the books of international law, but despite that potentially disturbing fact the leading civil servants chose to interpret Hitler’s step as an encouraging sign.

Besides that, they felt relieved to a certain degree that the *Reichskommissar* and several of his close collaborators were Austrians – not supposedly militaristic and severe ‘Prussians’, but civilians from a cultivated and amiable society. Despite the geographical distance, the Dutch felt somewhat connected to Austria for several reasons. They expected that the Dutch relief activities for Austria in the post-1918 years and in particular the fostering of Austrian orphans would not be forgotten. And subsequently, during the interwar years, several Dutch experts had served on behalf of the League of Nations in the international effort to reconstruct the Austrian financial sys-

---

14 Peter Romijn *Burgemeesters in Oorlogstijd. Besturen tijdens de Duitse bezetting* (Amsterdam: Balans, 2006) pp. 121–122.

tem and economy.<sup>15</sup> Seyss-Inquart himself had not had a favorable press as the man who had ‘handed over’ his fatherland to the German Empire. This, however, was more or less taken for granted now. In the summer of 1940, the European geopolitical order had changed dramatically, and now Austria’s earlier fate could as well be interpreted as a forerunner of the larger reconfiguration of continental Europe under German leadership.<sup>16</sup>

When Seyss-Inquart invited the Secretaries-General to attend his inauguration ceremony on May 29, he had intentionally overseen the acting head of the Dutch administration on behalf of the government, the Commander of the Army General Henri G. Winkelman. This implied another departure from international law, which supposed that the government of the conquered state and its constitutional order would be respected. Soon the exiled government and head of state were to be called in the German jargon ‘the former government’, the former Queen, and ‘the London emigrant committee’. The Secretaries-General discussed with Winkelman if they could go, and discuss matters with Seyss-Inquart. The General simply said ‘there will only be one solution: that you will keep the administration running in concordance with Seyss-Inquart – my role is over.’<sup>17</sup> Consequently, the Secretaries-General met with Seyss-Inquart, who invited them to remain in office as acting heads of their departments.<sup>18</sup> They asked for respite and back they walked the brief distance to Winkelman’s Headquarters, where they were told by the Commander: ‘I assume that you will be obliged to continue your work – on condition that will be in the interest of the Dutch people – even though when in the near future I will be deported as a POW.’<sup>19</sup> Thus was decided and the Secretaries-General returned to Seyss-Inquart, who told them that he would assume all executive, law-making, and justice authority. From that position he would instruct the Dutch civil servants and allow the Secretaries-General to consider if such measures would be in accordance with their conscience and in the interest of the Dutch people. If not, they could step down, without reprisal.

The way in which Seyss-Inquart phrased the final condition seemed to be in conformity with the instructions that the Dutch civil service in 1937 had received from their government, instructing them how to deal with the eventuality of an occupation by a foreign power.<sup>20</sup> These guidelines – ‘Aan-

15 Berger, *Im Schatten der Diktatur* pp. 187–192.

16 Cf. Mazower, *Hitler’s Empire* pp. 102–113.

17 No minutes of the May 29, 1940 discussions were made; Winkelman confirmed his judgment of that day in the post-war Parliamentary Enquiry: *PEC* 2c, p. 106.

18 Hans Max Hirschfeld *Herinneringen uit de bezettingstijd* (Amsterdam: Elsevier, 1960) p. 43.

19 *PEC* 7c, p. 496.

20 *Aanwijzingen betreffende de houding aan te nemen door de bestuursorganen van het*

*wijzingen*' – were founded on the principle that both neutrality and international law would provide protection against arbitrary violence from the part of a foreign occupying power. The applicable rules had been formulated in the 1907 international Convention of The Hague on Land Warfare. The 1937 guidelines explained that according to international law an occupying power was responsible for the administration of the occupied territories. The indigenous civil service was supposed to cooperate with the occupier in order to safeguard public security and the continuation of social life. However, the deployment of an administration of occupation could not imply that the sovereignty over the nation was transferred to the occupying power. The Dutch government was supposed to remain in possession of its constitutional powers until a peace treaty was concluded. Until then, the occupier was supposed to exercise its temporary and provisional authority in order to avoid chaos and keep society running.

The guidelines clarified that an occupier was required by international law to abide to the laws of the land – except in cases of 'absolute impossibility'<sup>21</sup>. The 1937 guidelines recognized that the circumstances of war might compel an occupier to suspend existing Dutch laws and replace these by his own legal measures. The government could not foresee in 1937, however, if such a situation would be to the advantage or disadvantage of the occupied territories. Therefore the civil servants were instructed, each of them individually and as related to their own position in the administration, to consider if continuing in office would be more to the advantage of the Dutch people or of the foreign occupant. In the latter case, they were supposed to resign.

The problem with these guidelines was that they were not quite made for the kind of occupation that the new rulers had in mind. The document pointed at matters explicitly prohibited in the 1907 convention, like requisitioning indigenous workforce for military projects. Cooperation in such matters was explicitly forbidden. Getting involved in racial discrimination, however, was not explicitly proscribed. This had briefly been under consideration, but the idea was abandoned lest to endanger the Dutch neutrality. It was thought that if the guidelines would leak, Germany would notice that the Nazi-state persecuting Jews was considered a possible enemy occupier- and that might stage a *casus belli*.<sup>22</sup> In general, the Seyss-Inquart administration was not pri-

---

*Rijk, de provinciën, gemeenten, waterschappen, veenschappen en veenpolders, alsmede door het daarbij in dienst zijn personeel en door het personeel in dienst bij spoor- en tramwegen in geval van een vijandelijken inval.* Tekst onder meer in *Enquêtecommissie Regeringsbeleid 1940–1945* 7 A, pp. 38–45.

21 Land Oorlogs Reglement, *Staatsblad* 1910, no. 73, article 43, published in PEC, 7 B, Bijlage [Annex] 1.

22 Romijn *Burgemeesters in Oorlogstijd*, p. 55.

marily interested in keeping society going and securing public order to safeguard military operations. The *Reichskommissariat* took up the political mission of establishing national socialist rule and all its far-reaching purposes, including, quite possibly, the integration of the Netherlands into Hitler's Empire. Therefore, Seyss-Inquart conceived the legal context of his new regime quite differently than his Dutch counterparts did. For him the principle of sovereignty was tied to the person of Adolf Hitler as the Führer, the supreme source of legality in the whole German sphere of influence. When the *Reichskommissar* solemnly stated in his inaugural address of May 29 that he intended to respect the legal order 'as much as possible', this proviso primarily related to political considerations, not to practical circumstances. In the end, Hitler's orders would determine the extent of what was possible and what not.

The Secretaries-General still were pleased to hear this phrase about respecting the Dutch legal order and interpreted his words as being in accordance with international law, as summarized in the 1937 guidelines. The problem remained, however, that the guidelines were a-political in nature. Judging the measures of the new rulers and stepping down in case of a perceived violation of international law remained an individual decision, based upon individual judgment. The guidelines stressed individual conscience digging in individual positions, and therefore did not stimulate collective action. Moreover, from the beginning of his rule the *Reichskommissar* made absolute clear that he did not accept that a College of Secretaries-General – or anybody of civil servants – would carry collective responsibility independent of his own. Each and every single ranking civil servant was to be responsible to him alone, to him as the highest representative of the German Führer and Chancellor. He did not mind if individuals stepped down – out would be out, and he would find a new official, probably from the ranks of the Dutch Nazi Movement.

### **The vision of the new rulers**

The new rulers were primarily driven by tactical motives when they initially stressed their respect for Dutch law. The German National Socialists had generated ample expertise within their own country in undermining the existing legal order from within and then finishing it off by a series of executive measures.<sup>23</sup> This was exactly the road the *Reichskommissariat* in the Netherlands would take. The overriding technique was to amend Dutch laws by German-

---

23 Ernst Fraenkel, *The Dual State* (New York: Oxford University Press, 1941).

dictated executive orders – almost always involving the relevant Dutch Secretaries-General in the process.<sup>24</sup> In the meantime, Seyss-Inquart could bide his time and see how much internal Dutch support he could muster for establishing the Nazi New Order. He did not have in mind to replace all incumbent civil servants at once by loyal pro-German and pro-Nazi persons. His opening gambit was to try and find indigenous support outside the Dutch Nazi movement, within the leading Dutch political, business, and administrative elites.

While the new rulers were sounding out if the Dutch civil servants were prepared to work under their guidance, the Secretaries General saw opportunities behind the problems. The idea of responsibility was deeply embedded in them, as members of a ruling functional elite who often were suspicious of everyday democratic politics. Their self-confidence had actually been strengthened by the experience of the five days of war. In May 1940, the army had collapsed and lost the war. The leaders of the civil administration felt they actually had protected society against collapse. They had taken all kind of emergency measures, kept daily life running, and had made local and national arrangements with the enemy in the interest of all. Thinking in terms of responsibility they now opted for the concept of the ‘lesser evil’. ‘Avoiding chaos’ was the politicized formula the Secretaries-General used to explain why they remained in place. At the same time, it reflected the fear of being replaced by Dutch National Socialist officials. In the years preceding the occupation, the Dutch Nazis had initially had some appeal among the Dutch, but following the radicalization of the German regime, a *cordon sanitaire* had kept them out of the administration and made them outsiders in the civil society. The members of Anton Mussert’s movement were brandished as the scum of the earth, utterly inept to govern responsibly, and of whom much harm was to be expected. So the incumbent civil servants considered a takeover by the NSB the ‘larger’ evil, and complying to the German demand the ‘lesser’ one.

These strategic considerations motivated many civil servants on responsible positions to remain in their positions as long as possible. The German authorities made use of this disposition by narrowing the margins from two sides: making more and more requirements for complying on one hand, and replacing the incumbents step-by-step by sympathizers. In other words: ‘nazification of policy’ was alternated by ‘nazification of personnel’. Some early examples were significant. In early September 1940, the Secretary General of the Ministry of Education, Gerrit A. van Poelje, was dismissed and

---

24 Isabel J. Gallin *Rechtsetzung is Machtsetzung: die deutsche Rechtsetzung in den Niederlanden 1940–1945* (Frankfurt a/M: Peter Lang Verlag, 1999).

imprisoned for not accepting German measures to control schools. In his place Seyss-Inquart nominated a Nazi sympathizer, Jan van Dam. The mayor of Gouda, Karel J. James, was dismissed and imprisoned a few weeks later, for not complying with instructions of the German authorities to recruit local workforce for repairing the runways of an air-force base in the area. His colleague Arnoldus van Walsum of Zwolle, who had refused the German police access to the local registry office for finding Jewish citizens, lost his job as well.<sup>25</sup> Such repressive measures compelled their colleagues to think about what would happen to them if they did not comply. Consequently, the mindset of the majority in the administration was rapidly turning towards accepting ‘*Gleichschaltung*’, that is the policy to reorganize Dutch state and society along the lines of Hitler’s empire.

### Managing an occupation

Much has been written about the macro-management of the German occupation.<sup>26</sup> The bureaucracy put in place by Berlin supervised the Dutch civil service top-down, from the ministries at The Hague. Directly subordinate under the *Reichskommissar* were placed four *Generalkommissare* (General Commissioners) for specific branches of administration: Finance and Economy, Administration and Justice, Public Order, and Political Affairs. Besides that, the *Reichskommissar* appointed representatives to oversee the administrations of the eleven Provinces, as well as the three largest towns. These so-called *Beauftragte* remained outside of the hierarchy of the General Commissioners and were responsible to Seyss-Inquart alone. From the point of view of supervision, this was a rather efficient way to organize daily affairs. The supervisors of the Ministry of the Interior, for example, took office in the Ministry’s buildings in the Government Center at the *Binnenhof* in The Hague. Thus they were close at hand and permanently visible, wielding either the carrot or the stick.

As the Dutch sociologist Cornelis J. Lammers has argued, the administrative ‘level’ at which collaboration is organized is crucial in the management of

25 These cases in: Romijn *Burgemeesters in Oorlogstijd* 146–159.H 6, p. 29

26 Werner Warmbrunn *The Dutch under German Occupation 1940–1945* (Stanford CA: Stanford University Press and London: Oxford University Press, 1963); Konrad Kwiet *Reichskommissariat Niederlande: Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung* (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1968); Hirschfeld, *Nazi Rule and Ditch Collaboration*; Peter Romijn ‘Reichskommissariat Niederlande oder Gau Westland? Die Niederlande unter deutscher Besatzung’ in: Ralf Banken u. a. *Das Europa des “Dritten Reichs”*: *Recht, Wirtschaft, Besatzung* (Frankfurt a/M, Klostermann, 2005), pp. 123–140.

occupation. The higher up it is done in the hierarchy, the easier collaboration of the apparatus as a whole can be acquired.<sup>27</sup> The legitimacy of instructions from the top of the own administration is much less likely to be challenged than that of foreign rulers. In particular during the first year of the occupation even the most far-reaching German instructions, conveyed through the regular Dutch Secretaries-General, were implemented without much of a problem. This was blatantly true in the case of the November 1940 instruction to dismiss Jewish civil servants, and in the August 1941 decree to abolish municipal democracy. In these cases, ‘indirect rule’ seemed to work smoothly.

Werner Best, a high-ranking German official who practiced and studied the administration of occupation in France and subsequently Denmark, wrote in 1941 that the supervisory governments of Western Europe should work towards gradual acceptance of National Socialist practices by the indigenous societies. Providing functional motives for resorting to indirect rule he also exercised political psychology. As long as the trusted structures and principles in the occupied territory could endure, Best argued, that would help the indigenous civil servants in dealing with ‘bad conscience’ about collaboration and ‘feelings of inferiority’ towards the foreign rulers.<sup>28</sup> However, for a foreign ruler who wishes to get things done immediately, more direct rule is very tempting, and may be difficult to avoid in the end. Direct involvement at grassroots level is generally apt to amplify problems, as was shown in German occupied Eastern Europe, where tens of thousands of German executives were deployed, from the highest to the lowest levels.<sup>29</sup> The Dutch administration, on the contrary, was under control of 800–1200 German civil servants and police officials. However, during the course of the occupation more and more German officials and agencies started to intervene at grassroots level.

As a matter of fact National Socialist administrations in all occupied European states, fundamentally diversified as they were, had in common that they participated in a permanent experiment. New forms of governance were created amidst permanent infighting for authority. Old structures were overgrown by other practices but allowed to remain in place in such a way that insiders came to talk of ‘darwinism of the offices’ (*Ämterdarwinismus*)<sup>30</sup>. The

---

27 Cornelis J. Lammers, ‘Levels of collaboration, a comparative study of German occupation regimes during the second world war’ in: *The Netherlands Journal of Social Sciences* Vol 31 (1995) nr. 1, pp. 3–31

28 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, 82.

29 Mazower, *Hitler’s Empire* 238

30 Johannes Houwink ten Cate and Gerhard Otto: *Das organisierte Chaos: “Ämterdarwinismus” und “Gesinnungsethik”: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft* (Berlin: Metropol Verlag, 1999).

*Führerstaat* was not driven by rational ideas about negotiating between different interests within the ruling elites. Its dynamics consisted of escalating power struggles between a host of competing political and institutional agencies and leaders. Hitler was less interested in structures than in purposes, and in the occupied states for which he prioritized political purposes the Führer put ideologically motivated men in place – most of them old Party comrades – first within the empire, as regional rulers (*Gauleiter*), subsequently in the occupied territories.<sup>31</sup> Hitler trusted that these men would develop their own ways of implementing his own purposes.<sup>32</sup> The Third Reich's state structure developed as a divergent bundle of bureaucratic instruments, which were all directed at implementing the ever-radicalizing purposes of the Nazi movement. The occupied Netherlands went through a similar experience.

Hitler had trusted the country to the rule of Seyss-Inquart and did not take much interest in these occupied territories. The *Reichskommissar* was therefore on his own when he needed to deal with the active involvement by representatives of the Berlin power centers. His position was challenged by Heinrich Himmler, the supreme leader of the SS, and his Dutch representative Hanns Albin Rauter, the Higher SS- and Police Chef in The Hague. Rauter doubled as General Commissioner for Public Security in the *Reichskommissariat* – and thus was formally subordinate to Seyss-Inquart. In his more important SS-capacity, however, he was Himmler's man in Holland, strongly tied to the priorities set by the SS Headquarters in Berlin. His first project was to reorganize the Dutch police top-down, and make it an instrument for National Socialist control of society. Besides that, the Field Offices (*Aussenstellen*) of the German Security Police took control of the local Dutch police's work. They closely cooperated with the five leading public prosecutors in the Dutch Justice Department. For evident reasons these officials were among the first in the Dutch administration to be purged and replaced with reliable pro-Nazis.

Besides the powerful SS- and police-apparatus, Seyss-Inquart had to take into account the influence of the German Nazi-party, the NSDAP, represented by the General Commissioner for Political Affairs Fritz Schmidt. Schmidt's purpose was the nazification of the occupied territories and therefore he started cultivating pro-Nazi elements in politics and culture, including Mussert and his movement. Economic planners in Berlin took a strong interest in the work of General Commissioner Hans Fischböck, and in the integration of Dutch industry and labor in the German war economy. The Armed For-

---

31 Mazower, *Hitler's Empire* 224.

32 Hans Umbreit 'Zur Organisation der Besatzungsherrschaft' in: Ten Cate/Otto *Das organisierte Chaos*, pp. 35–54.

es, meanwhile, remained an institutionalized power in the person and the office of the Chef Commander of the Armed Forces in the Netherlands, Air Force General Friedrich Christiansen. The importance of both Christiansen and Rauter for maintaining public order became remarkably clear during the two strike movements in the occupied Netherlands, in February of 1941, and April and May 1943. In both cases Seyss-Inquart incidentally was out of office, travelling to Berlin, and both Rauter and Christiansen handled the state of emergency and suppressed the unrest.

Consequently, the idea of organizing the *Reichskommissariat* as an integral management system, in which Seyss-Inquart as a ‘Chief Executive Official’ would oversee and coordinate how his directors took care of their portfolio, was theoretical in the first place. It soon would suffer from internal divisions and infighting. The portfolios were not as clearly defined as the titles of the General Commissioners suggested, coordinating meetings (*‘Chef-sitzungen’*) occurred as exceptions, and not as a rule. While the official purpose was declared to ‘move carefully’ in the Netherlands, historian Konrad Kwiet has established that the different German rulers were intent to implement ‘nazification and ‘germanification’ according to their own priorities.<sup>33</sup> As a consequence, they took steps to establish their grip on all levels of society, including the lowest grass roots, as the brief description below will indicate. An outstanding example of systematic interventions at grassroots level is the German control over the dismissal and nomination of Dutch civil servants. Within a year after the invasion the German bureaucracy in The Hague would decide which person was eligible for employment as a part-time school cleaning lady in an elementary school in the far-away countryside.<sup>34</sup>

### Supervision and intervention

Friedrich Wimmer was Seyss-Inquart’s personal choice for the office of General Commissioner for Administration and Justice (*Verwaltung und Justiz*) in The Hague and for the position of his deputy in cases of his absence. They had been well acquainted and friendly since 1936. Both were born in the Hapsburg Empire, were Roman Catholic, studied Law, and shared a passion for high culture, music in particular. In 1938 they played their part in the *Anschluss* and the subsequent integration of Austria in the German Empire. Wimmer’s department was largely covering the two Dutch ministries

33 Kwiet, *Reichskommissariat Niederlande*, p. 93.

34 The monthly reports/Monatsberichte of the Abteilung niederländischer Personalangelegenheiten in: NIOD, Amsterdam, Archival collection 20, nr. 2.1.4.

for the Interior and for Justice, except the responsibility for the police, which now was assigned to the competence of Rauter. It counted eight Departments (*Abteilungen*) for German administrative affairs (German courts, citizens, schools, lawmaking, and German recruitment of Dutch staff). Besides these, nine Main Departments (*Hauptabteilungen*<sup>35</sup>) were founded to control the Dutch ministries and their branches in the fields of local and provincial administration, public health, justice, education, churches, and culture. The Dutch ministry of the Interior was supervised by the Main Department for the Interior, established within the offices of the ministry at Binnenhof, nr. 19.

Like Wimmer, many of the lower ranking officials in the *Reichskommissariat*, and the representatives of Seyss-Inquart in the provincial administrations, had been either local and regional NSDAP-leaders or administrators belonging to the Nazi party. Some had been involved in Hitler's rise to power and all had contributed to the subsequent nazification of the German state and society. Now the time had come to repeat that exercise abroad. The head of this Main Department was Carl Stüler, a high-ranking administrator in the town of Osnabrück, not far from the border and well-versed in dealing with his Dutch counterparts in matters concerning German refugees in the Netherlands. His deputy was Ernst Althaus, Presiding Mayor of the town of Minden, in Westphalia, who was a Party member as well, but had no experience abroad. He was made head of the Department of Dutch Personnel, and as such was charged with one of the most tangible activities within the administration: the vetting, dismissal, and selecting of Dutch civil servants at all levels.

Only in exceptional cases the Dutch Secretary-General of the Ministry of the Interior, Karel J. Frederiks was allowed to communicate with Seyss-Inquart, or even with Wimmer directly. Frederiks and his deputies did their daily business with Stüler and the other ranking officials in the Department. The *Reichskommissar* and the General Commissioner avoided direct negotiations with their Dutch partner. Even though they were occasionally prepared to hear his arguments he was supposed to understand that they were the ones who made decisions. Thus, the Dutch civil servants negotiated with Stüler over the abolition of the municipal councils, and intervened with Althaus over dismissals of civil servants. Frederiks was a pragmatic man without political feeling and sense. His belief in keeping the administration running at almost all costs did much to enhance this practice. In some cases the Secretary General did not refrain from staging a formal protest, for instance when he pointed at violations of the Dutch constitution to mitigate anti-Jewish measures<sup>36</sup>. In the end however, he used to accept being overruled by the

---

35 Originally called: *Ministerialreferate*.

36 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, p. 181

German supervisors. Until the fall of 1944, he remained convinced that bending for German demands in specific cases still remained justified by his guiding principle of keeping the administration going in the interest of avoiding chaos and keeping the Dutch Nazis out.

While the German authorities formally supervised the Dutch administration, they would soon take a much stronger influence at all levels, including the local one. The central German bureaucracy at The Hague produced a succession of decrees and binding regulation. Moreover, Seyss-Inquart had personal representatives in the provincial administrations, as well as in the three largest towns Amsterdam, The Hague, and Rotterdam. These Plenipotentiaries (*Beauftragte*) were subordinate directly and only to the *Reichskommissar*. These men operated parallel to Wimmer's and Rauter's departments to control and steer the Dutch authorities in the provinces and municipalities. The most important instrument of German intervention on all levels of the Dutch administration was the politicized version of human resources management. Althaus's office, the Department of Dutch Personnel, scrutinized all who were working in the Dutch administration, including the Secretaries-General. In the most important cases Seyss-Inquart and Wimmer personally took the steps they considered necessary. During the first months of the occupation they decided to dismiss three Secretaries-General for not complying with specific measures of the *Reichskommissariat*. Even though their colleagues objected, they continued in office, sticking to their individual commitment to the 'policy of the least error'. Seyss-Inquart selected and nominated new pro-Nazi Secretaries-General, and reorganized the Ministries in his drive for nazification, creating among others a pendant of the Berlin Propaganda Ministry.<sup>37</sup>

Another case was dealt with directly by Seyss-Inquart and Wimmer because of its political significance: the dismissal of the mayor of The Hague, S. de Monchy. On June 29, 1940 citizens of The Hague had publicly celebrated the birthday of the Prince-Consort of Crown Princess Juliana, Prince Bernhard. The German authorities perceived this incident as a political affront, right at their doorstep – and what was worse, even Hitler himself was angered because he considered the German-born Prince, now in exile in London, as a traitor. Wimmer summoned the mayor, told him he had failed to maintain public order, and produced a written instruction by Seyss-Inquart stating that he was dismissed. Frederiks tried to reverse this measure on behalf of the Secretaries-General, but Seyss-Inquart upheld his decision without further debate.<sup>38</sup> Seyss-Inquart acted in the same swift manner after the February 1941 strike in Amsterdam and surrounding towns. He summari-

---

37 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, p. 149

38 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, pp. 237–238.

ly dismissed the incumbent mayors of Amsterdam, Haarlem, Zaandam, and Hilversum and replaced them by pro-Nazi men with full authority for the municipal administration, excluding aldermen and council.<sup>39</sup>

According to Dutch constitutional law provincial governors and mayors were not elected but appointed by the Crown. Mayors had tenure for six years and after evaluations could be re-appointed over and again. This routinely happened, unless they moved to another position or retired. In the regime of occupation Seyss-Inquart had assumed the responsibilities of the Dutch Crown and therefore he had the final say in nominations and other measures. Frederiks, as the acting Head of the Ministry of the Interior, could continue preparing nominations and other measures, but only under the supervision of Althaus, who was charged by his boss to vet all proposals made by Frederiks. He developed a procedure to evaluate the incumbent mayors and other civil servants by himself. Being a diligent Prussian civil servant, Althaus would order mayors and others to come to his office at The Hague and explain their behavior before he would prepare a final decision. These evaluations were essentially political in nature: the main question always was if an official was loyal to the new administration and did not pose a threat to the interests of the German empire. In such cases Althaus might propose a final warning by means of disciplinary measures, like a formal reprimand or a fine. If he considered an official to be no longer 'tenable' he would decide for dismissal, in many cases including the loss of pension rights as an extra punishment.

Althaus did this job by collecting opinions and judgments from many different sources. He asked the Plenipotentiaries of Seyss-Inquart to report on all civil servants in their areas of competence. If they considered a civil servant to be a liability, they were supposed to present the case to Althaus's office. The Plenipotentiaries eagerly grabbed this instrument of power in order to establish their authority and to prepare a program for nazification at the local level. The issue was not alone whom to remove, but also whom to nominate in the vacant seats. Thus, they were not acting as 'head choppers' alone but as 'head hunters' for reliable nominees as well.<sup>40</sup> At the same time, the field offices of the German security police would routinely report investigations and arrests of civil servants; in such cases the formal decisions of dismissal signed by the *Reichskommissariat* might be handed over to an official in his prison cell. Since early 1941, the German supervisors decided to stronger involve the Dutch Nazi movement into the Dutch administration. While incumbent officials of the pre-war regime were dismissed, the search

---

39 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, pp. 252–254.

40 Like the case of *Beauftragte* Robert Thiel in Drenthe Province: NIOD NPA *Monatsbericht* 18 oktober 1940.

for pro-German and pro-national socialist replacements would focus on the NSB membership. Consequently, the NSB developed an interest in the decision making process of dismissals and nominations as well and started to exert pressures of their own.

Even though the German authorities had banned all other political parties in December of 1941, and declared the movement to be the one and only 'organizer of the political will of the Dutch', the NSB and its leadership were not allowed to form a government under German supervision. Taking over the local administrations was for them an alternative way of showing to their fellow-Dutch they were in charge now. Therefore, the central party organizations, as well as its regional and local branches started to press the *Reichskommissariat* for dismissals and to lobby for nominations of fellow party members. Consequently, Althaus had to balance his decisions between a multitude of players, with many different interests and perspectives: the German supervisors of the provincial and municipal administrations, the German security police, the Dutch ministry of the Interior and its field offices, and the plural and sometimes contradicting interests within the NSB. The decisions of Seyss-Inquart and Wimmer of course spoke the final word, but in general they trusted Althaus to produce satisfactory results, and everything in the archives is pointing at the fact that he actually enjoyed the job. Mayors and others called to his office testify of a man who was open to discussion, even though he could lose his temper if challenged by his opponents.<sup>41</sup>

Althaus's work implied penetrating deeply into the Dutch administration and exerting considerable influence on the lowest level on behalf of the central occupation authorities. In terms of Lammers's theory, this might suggest that the management of occupation would overstretch 'downward' and create more and more problems. Many indications, however, require us to be cautious in this respect. More fundamental than the 'level' of collaboration seems to be the fact that the German authorities used the existing structures of government and that politicizing the administrative personnel did not stop the system from working. Nazi mayors were recognized as mayors in the first place, even if they were not liked by their staff or by their citizens, or if they were mocked or feared. Actually, some of the NSB mayors were seen as competent enough, and people reflected that the official under normal circumstances would be a fine administrator.<sup>42</sup>

In the course of the occupation, local administrations came under growing pressures, as the circumstances of war made the German rulers felt compelled to take more and more influence on their level. They involved and

---

41 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, pp.331–335.

42 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, pp. 386–388.

used the mayors and local police in many oppressive actions: the persecution of the Dutch Jews and resisters, the enforcement of the drafting of labor for compulsory working in Germany, the recruitment of local people for working on German defense projects, to mention some of the most hated aspects of German rule. Since early 1943, when a spontaneous national strike had occurred against forced labor in particular, the legitimacy of the concept of Frederiks and others to collaborate in the national interest floundered. Until then the civil servants had guided a majority of the people on the path to submission and loyal cooperation. From then, resistance organizers tried to swing the mood of the people, and persuade the civil service to stop serving the enemy. Nevertheless, the structure held almost until the end of the occupation, when parts of the Netherlands became battlefield and society totally disintegrated. Before that, even NSB mayors and other nazified authorities were recognized to certain degrees: they were able to connect to German authorities in cases of arrests, or other specific needs of citizens.<sup>43</sup>

The monthly reports of Althaus concerning his management of Dutch personnel indicate the acceleration of involvement that took place starting in the summer of 1941.<sup>44</sup> It is particularly interesting to focus on the way in which the *Reichskommissariat* dealt with the about 1000 mayors who presided over the Dutch municipalities and were the backbone of the Dutch administration. In August of that year, the German authorities issued a decree in which they made the mayors solely responsible for the local administration. At the same time, all autonomy of the local administration was abolished, and mayors were made fully answerable to the central authorities – under control of the *Reichskommissariat*.<sup>45</sup> By July 1941 Althaus had dismissed 21 mayors and nominated 10 new ones, among them 6 members of the Dutch Nazi movement.<sup>46</sup> After the decree, matters changed: Althaus initiated a program of steady nazification. Between August 1941 until May 1943 a total number of 222 new mayors were nominated – and but for a few exceptions they were members of NSB.<sup>47</sup> The numbers should not mislead, however: many of the nominations were in larger towns and towns considered to be of strategic importance (on the coast) or in towns where unrest occurred. In December 1942, pro-National Socialist mayors ruled over the larger part of the Dutch population.<sup>48</sup>

---

43 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, p. 544.

44 For names and numbers: Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, pp. 335–348.

45 VO 152/1941

46 *Tätigkeitsbericht der Abteilung niederländische Personalangelegenheiten vom 10. Juli 1940 bis zum 10. Juni 1941* in: NIOD, Amsterdam, coll 20, 2.1.4 folder b.

47 NIOD Amsterdam, Collection DOC II, nr. 1161 “List of municipalities in which National Socialist are mayors”

48 Note for the ‘Afdeling Bestuurszaken van de NSB’, 10 December 1942, in: NIOD,

In important provincial towns trusted party members were placed as heads of the local administration and to be the public faces of the movement. Some of them were of doubtful reputation and had no administrative experience. As one leading NSB official observed however, as a matter of principle this ‘defect’ could not disqualify them as administrators: even successful heads of state, like Benito Mussolini and Adolf Hitler, had not had any administrative experience before being called to their high office!<sup>49</sup> Before the war, the NSB membership had been prohibitive for having a public office, and in order to solve the problem of the lack of experience the NSB set up a crash course for mayors, an initiative soon to be mocked by the public. The typical image of an NSB mayor was that of a person not smart enough to get the job under normal circumstances, and besides that inefficient, criminal and/or politically fanatical. Nevertheless, the movement also managed to put forward a number of reasonably competent mayors, who showed themselves not overly committed to politicizing the local administration. Actually, the social profile of the men who on behalf of the NSB fulfilled the job of mayor (male without an exception at the time) was rather diverse and not out of touch with society as a whole.<sup>50</sup>

As a matter of fact, newly nominated Nazi mayors would depend on their officials and clerks to keep the administration going and had to find some temporary understanding with these people. Their specialized posts proved to be much more difficult to fill up with competent NSB members. The Nazi faith in the leadership principle tended to overlook that a mayor could command whatever he liked, but implementation would remain something completely different. In order to safeguard the reliability – from their point of view – of the administration as a whole, the German supervisors kept a close watch and scrutinized personnel on all levels. Their focus was more on political reliability than on professional competence. From the German point of view, the most important matter was that the mayors complied with the growing number of requirements from the different German agencies. In this respect it is important to understand how the most far-reaching policies of the first stage of the occupation, until the spring of 1943, were enforced by the German authorities along the usual lines of command: top-down by way of the Dutch Ministry of the interior under the leadership of Frederiks as Secretary General.

The first set of implementing National Socialist policies was the nazification of the interior administration itself, which was implemented by the Dutch ministry of the Interior under German steering. The second, much more disastrous policy was the involvement of the Dutch administration in

---

Archive NSB, 2.13.

49 Letter H.J. Leeuwenberg to P.J. Klomp, 19 November 1941, NIOD, Archive NSB, 2.13.

50 Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd*, pp. 341–348.

the discrimination, segregation, spoliation, and deportation of the Jews in the Netherlands. Beginning in late 1940, the Dutch authorities complied with the German demand to suspend, and later dismiss, all Jews holding public offices. What followed in early 1941 was the registration and administrative separation of the Jews, implemented by the municipal registry offices. The involvement of the Dutch authorities in the persecution is a topic on its own<sup>51</sup>. What is important here is that – despite scattered protests and many silent misgivings – the top-down chain of command remained intact, and working to fulfill the German demands. The same phenomenon occurred when the German authorities started to compel more and more Dutch to report for forced labor in Germany. Initially the Dutch authorities considered this to be measures of creating work for the idle workforce. As more and more Dutch were compelled to transfer to Germany and work in the German war production, public misgivings grew stronger. As the German authorities enhanced their demands and started outright manhunts the situation escalated.

In April and May 1943 the sentiment against the role of the Dutch authorities as agents of the German administration turned around dramatically. A national strike movement occurred spontaneously, causing heavy German reprisals including hundreds of summary executions. The sentiments were also stimulated by what happened on far away battlefields in the Soviet Union and Northern Africa: the perspective that Nazi Germany actually could be defeated became much clearer now. As a consequence, the spirit of resistance in the Netherlands grew stronger, and the Dutch authorities were no longer able to persuade the people to comply with German measures.

Incumbent mayors and civil servants were under criticism and attack from the growing resistance movement for being too compliant, or openly collaborationist. Some of the most outspoken Nazi mayors and police chiefs were killed. The German authorities of the *Reichskommissariat* tried to continue business as usual, but as Hitler's empire started to crumble on the battlefronts, they were put under heavy pressure themselves by the different Berlin power centers. Fritz Sauckel required more and more laborers for the German industry, and sent special representatives to the Netherlands to enforce the draft by way of the municipal and regional labor exchanges. The Nazi Party *Gauleiter* in the German-Dutch border areas started a drive for evacuating bombed-out German nationals to the Netherlands. Local military commanders received authority to requisition Dutch labor force for building military defense installations. As the allied armies approached the Dutch borders, the SS and the *Wehrmacht*

---

51 Peter Romijn 'The War, 1940–1945' in: J.C.H. Blom, R. Fuks-Mansfeld en I. Schöffner *The history of the Jews in the Netherlands*, (Oxford/Portland Oregon: Littman Library: 2002), pp. 296–335.

assumed emergency powers to secure the public order by means of draconic measures. All these issues directly affected the Dutch local administrations. Mayors and civil servants were facing the choice between collaboration and resisting or leaving their post. For the mayors, the German commandeering of civilians for military work was a major benchmark, as it was explicitly forbidden in international law and in the 1937 guidelines issued by the Dutch government. This was the final opportunity to show a patriotic attitude, and most of the incumbent mayors of the old regime resigned, which contributed to the disintegration of the administration as a whole.

Even though the *Reichskommissariat* continued to find and nominate new politically reliable persons in mayoral and other positions Seyss-Inquart, Wimmer, and Althaus could not prevent that the Dutch administration lost its centralized cohesion and became more and more fragmented, in particular after the Normandy invasion of June 1944. During the final nine months of the war, the Southern part of the Netherlands was liberated step-by-step by the American, Canadian and British armies; in the rest of the country, the state of siege was proclaimed and a reign of terror and repression ruled. The municipal governments remained in place, but could only continue on the basis of routine, as much as the circumstances allowed, and awaiting liberation and regime change.

## Conclusion

When discussing the way in which the German *Reichskommissariat* ‘managed’ the administration of the occupied Netherlands it is important to note that the purpose of Seyss-Inquart’s administration was basically undefined, and so was the timeframe for which it was conceived. Nevertheless, the *Reichskommissariat* was not a ‘provisional’ or a ‘care-taker’ government. Seyss-Inquart took upon himself the task of working towards the gradual integration of the Netherlands into the Third Reich. He presided over the nazification of the occupied state, over the exploitation of its economy and human resources, over the application of Hitler’s genocidal politics towards the Jews and the Sinti/Roma, and over the policing effort to combat all kinds of resistance. He did so while engaging in competition with representatives of the different power-centers in Berlin – SS, Nazi Party, economic planners, armed forces – which all tried to wield their influence. An important accomplishment of the *Reichskommissar* was, however, that he employed the Dutch civil service as an instrument for his policies, and thus for the management of the integration of the occupied territories in Hitler’s empire.

The foundation for this achievement was the informal arrangement with the leaders of the Dutch administration, concluded on May 29, 1940, the day of his inauguration at The Hague. Seyss-Inquart defined his apparatus as a ‘super-

visory administration' and as such created the impression of top-down organized indirect rule. This is what the Dutch civil servants considered acceptable. They expected to remain in possession of their own administrative domain, and expected to be able to continue in office in the interest of the Dutch people. 'Supervision' implied for the *Reichskommissariat* more than monitoring: it also meant active steering and leading – towards what they called 'a common trajectory with the *Reich*'. The Dutch civil servants decided to remain in place, and accept things they assumed they could not change, hoping to 'avoid chaos', as the Secretary General of the Interior Frederiks called it, and to serve the interests of the people. In the course of the occupation, the leading civil servants got themselves contaminated with the stain of collaboration. Their justification that they tried to keep the authentic Dutch sphere of government in one piece in order to protect the people failed to convince the Dutch, as more and more of them suffered from persecution and oppression.

From the point of view of managing the occupied territory, the German authorities in the Netherlands did a rather smooth job, in particular as compared to what happened in the Eastern and Southeastern parts of Europe. The administration kept working as a centralized and top-down machine for transferring orders and implementing policies. The *Reichskommissariat* never accepted the justification of the Dutch authorities that there were basically two spheres of administration: the 'authentic' Dutch and the 'foreign' German one. They constructed one unified administration ruling the Netherlands, as a matter of principle undivided, politicized, and working towards nazifying policies and personnel. In this respect, centralization from The Hague was not a problem but an asset. The continuity of the local administration, even when Nazi mayors were taking over more and more town halls, is indicative. Althaus' interventions in the sphere of human resources management at the lower and lowest levels kept the administration more in line than Lammers' theory supposes. Another form of centralization, however, the one from Berlin, gradually crept in and this would contribute to more and more chaos. It tended – as elsewhere in Europe<sup>52</sup> – to pass by the *Reichskommissariat*, intervene directly in the occupied territory and distort the indigenous system. In the end it would not be inherent weaknesses and contradictions that crippled the German management of the occupied Netherlands. The reason for that was the overall course of the war, the approaching military collapse of Nazi Germany, and the diversity of radical emergency measures taken to prevent that.

---

52 Mazower *Hitler's Empire*, Chapter 8 'Organizing Disorder' pp. 223–256.

## **„Holländische Holzschuhe“ im Osten. Die Niederländische Ostkompagnie 1942–1944**

N. David J. Barnouw

Im Jahr 2003 bin ich mehrmals in die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie nach Weißrussland und in die Ukraine mit dem Ziel gereist, herauszufinden, ob es noch Spuren von den niederländischen Freiwilligen gibt, die hier zwischen 1942 und 1944 als Bauer, Gärtner, Torfstecher, Bauarbeiter oder Fischer gearbeitet haben.<sup>1</sup> Um eine groß angelegte Kolonisierung in den von Deutschland besetzten Gebieten in Osteuropa in Gang zu bringen, war Mitte 1942 die Niederländische Ostkompagnie [*Nederlandsche Oostcompagnie*, NOC] errichtet worden. Im deutschen ‚Drang nach Osten‘ wäre sicher Platz für die niederländischen Mit-Germanen, dachten viele niederländische Nationalsozialisten. Einige Tausende niederländische Pioniere zogen für kürzere oder längere Zeit in den Osten, wo nur Wenige der hohen Erwartungen erfüllt wurden.

Es verwundert nicht, dass heute nur noch wenig von der niederländischen Anwesenheit zu spüren ist. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, aber auch noch danach, ist es zu massenhaften Vertreibungen gekommen – mit dem Ergebnis, dass nur noch wenige Menschen an ihrem Geburtsort wohnen. In der ukrainischen Stadt Riwna erfährt man im Heimatkundemuseum etwas über die Niederländer, die dort gearbeitet haben. Das Museum besitzt drei Fliesen der niederländischen Firmen Mosa und Sphinx sowie einer deutschen Marke, die unbeholfene Landschaftsmalereien zieren: zwei ukrainische und eine niederländische Landschaft mit einer Mühle. Letztere war von einem Niederländer hergestellt worden, der seinerzeit einen Handel mit derartigen Produkten trieb. Man erzählte mir, dass die Niederländer hohes Ansehen genossen,

---

<sup>1</sup> Vgl. David Barnouw, Reisverslag Baltische landen en Oekraïne. In de sporen van Rost van Tonningen en zijn Nederlandsche Oost Compagnie, 16. Oktober 2003, URL: <http://www.niod.knaw.nl/sites/niod.nl/files/Reisverslag%20Baltische%20landen%20en%20Oekraïne.pdf>.

weil sie schöne Häuser gebaut und Blumenbeete angelegt hatten. Es stellte sich heraus, dass noch eine von Niederländern errichtete Baracke aus Ziegelsteinen existiert, und ein älterer Mann berichtete mir, dass er damals für die Niederländer gearbeitet hatte.

Die niederländische Hinterlassenschaft aus der Kriegszeit ist vernachlässigenswert, aber das *Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie* (NIOD) in Amsterdam verfügt über rund 200 Kartons mit Archivmaterial über die Niederländische Ostkompagnie. Hierauf beruht mein Beitrag. Er erzählt die Geschichte eines unbekanntes NS-Unternehmens, das den niederländischen Staat gut 20 Millionen Gulden gekostet und Dutzende von Menschenleben gefordert hat.<sup>2</sup>

### Der deutsche Einmarsch 1940<sup>3</sup>

Bis Mai 1940 stellten sich viele Niederländer die Frage, warum ihr Land Angst vor einem deutschen Angriff haben sollte. Im Ersten Weltkrieg war die Neutralität, zu der sich die Niederlande verpflichtet hatten, respektiert worden, und einige der Kriegspläne, die der deutsche Generalstab vor dem Westfeldzug entwarf, sahen keinen Einmarsch in die Niederlande vor. Gegen solche Überlegungen erhoben verschiedene deutsche Militärs bald Einwände: Würde England nicht in die Niederlande einmarschieren, um der deutschen Wehrmacht in den Rücken zu fallen? Außerdem richtete die deutsche Luftwaffe ihr Interesse auf die Flughäfen in den westlichen Niederlanden, weil man von hier aus näher an England heranrückte. Schließlich durfte man einen ideologischen Aspekt nicht aus dem Auge verlieren: Hitler strebte nach einem vereinigten Europa unter deutscher Führung, und dabei durften die Niederlande nicht fehlen – war das Land doch in nationalsozialistischer Sicht zusammen mit Dänemark und Norwegen als ein germanisches Land am meisten mit Deutschland verwandt. Die deutsche Strategie war klar und beruhte auf Überraschung und Schnelligkeit. Die Armee war größer, besser bewaffnet und trainiert und hatte der niederländischen Armee vor allem die Bereitschaft zum Kämpfen voraus. Auf deutscher Seite rechnete man nicht mit starkem Widerstand, nach ein bis fünf Tagen würde die Angelegenheit erledigt sein. Auch die niederländische Strategie war klar, ging aber in hohem Maße von Hilfe durch die Verbündeten aus – für ein neutrales Land eigentlich merkwürdig. In dem Wissen, dass die niederländische Armee für die Wehrmacht

---

2 David Barnouw, *Oostboeren, zee-germanen en turfstekers. Kolonisatie tijdens de Tweede Wereldoorlog*, Amsterdam 2004.

3 David Barnouw, *Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg. Eine Einführung*, Münster 2010, S. 20–31.

kein gleichrangiger Gegner war, würde man sich nicht an der deutsch-niederländischen Grenze zu Tode kämpfen, sondern sich langsam zur sogenannten Festung Holland zurückziehen und dort auf französische und englische Hilfstuppen warten. Die Wirklichkeit sah natürlich anders aus.

Eine deutsche Überraschungstaktik wurde im Mai 1940 an den Maasbrücken im Osten der Niederlande erprobt. Die Deutschen befürchteten zu Recht, dass diese Brücken im Bedarfsfall gesprengt werden würden, um den Vormarsch deutscher Truppen aufzuhalten. Deshalb versuchten sie, die Brücken durch Kriegslisten frühzeitig in ihre Hände zu bekommen. Die Abwehr, der Nachrichtendienst der Wehrmacht, hatte speziell für diesen Fall Deutsche wie auch niederländische Nationalsozialisten, die im Deutschen Reich wohnten, für einen Überfall auf die Brücken ausgebildet. Hierbei wurden auch niederländische Uniformen benützt, die man in den Niederlanden ergattert hatte. In der Nacht vom 9. auf den 10. Mai begaben sich kleine Gruppen von drei deutschen Lagern aus zu den Brücken. Einige von ihnen trugen die Uniformen niederländischer Polizeitruppen, andere waren als niederländische Bahnarbeiter gekleidet. Bei einer Reihe von Brücken gelang der Überfall, sie fielen unbeschädigt in die Hände der Deutschen, aber das Unternehmen gelang nicht überall.

Während dieser ersten Gefechte an der Ostgrenze flogen 160 deutsche Flugzeuge über die Niederlande in Richtung England. Das war nichts Außergewöhnliches; man ging davon aus, dass diese Maschinen wie gewöhnlich ihre Route nach England flogen, ohne die Niederlande anzugreifen. Über der Nordsee jedoch wendeten die Flugzeuge und kehrten zu den Niederlanden zurück. Damit begann die größte deutsche Überraschungsoperation und zugleich der gewagteste Teil von ‚Fall Gelb‘, bei dem Fallschirmspringer und Luftlandetruppen am ersten Tag des Westfeldzugs Königin Wilhelmina, die wichtigsten Minister und den Oberbefehlshaber der niederländischen Armee, General Henri Gerard Winkelman, bei Den Haag gefangen nehmen sollten. Anschließend – so die deutsche Erwartung – würden die Niederlande rasch kapitulieren. Zunächst wurden die niederländischen Flugplätze bombardiert, um die feindlichen Luftstreitkräfte schon am Boden auszuschalten. Anschließend landeten deutsche Truppenverbände und sollten in Den Haag einmarschieren. In der Zwischenzeit rückten Wehrmachtseinheiten über Groningen und Friesland zum Afsluitdijk vor, der das IJsselmeer überspannte und von Norden her den Einmarsch nach Holland ermöglichte. Andere Einheiten marschierten über den Achterhoek in der Provinz Gelderland zur Grebbelinie bzw. über Limburg und Nordbrabant nach Rotterdam. Die Festung Holland wurde somit von drei Seiten eingeschlossen. Auf diese Weise war der Krieg schnell vorbei. An der Grebbelinie stießen die Deutschen noch auf Widerstand, aber auch hier sollten sich die niederländischen Soldaten bald ergeben.

Rotterdam schien das letzte Hindernis für die deutschen Truppen zu sein. Südlich der Maas waren sie bereits Herr der Lage, sie hatten die Brücken eingenommen, und auf dem nördlichen Ufer befand sich eine kleine Einheit von 50 deutschen Soldaten. Man konnte von einer Pattsituation sprechen: Niederländische Angriffe vermochten nicht, die Deutschen zu vertreiben, die Deutschen wiederum kamen nicht weiter. Sie mussten die Brücken halten, damit ihre Panzer übersetzen konnten. Für die Wehrmachtsführung dauerte dies alles zu lange. Hier war man der Meinung, dass ein begrenzter Bombenangriff auf Rotterdam den Widerstand brechen würde. So öffnete ein Geschwader von 50 Heinkel-Flugzeugen die Bombenluken und warf mehr als tausend Brisantbomben über der Innenstadt ab. Mit gut 25.000 zerstörten Wohnungen und Hunderten Opfern unter der Bevölkerung war der Schaden enorm. Nun ergab sich die Stadt, und damit war das Schicksal der Festung Holland besiegelt.

Nachdem Deutschland ultimativ gedroht hatte, nach demselben Muster auch Utrecht zu bombardieren, folgten Kapitulationsverhandlungen; am 15. Mai ergaben sich die Niederlande. Die königliche Familie, das Kabinett und eine Reihe von wichtigen Beamten hatten sich in der Zwischenzeit ebenso nach England abgesetzt wie die niederländische Marine. In den Niederlanden setzten einige Hundert Juden in den ersten Tagen der Besatzung ihrem Leben ein Ende. Im Gegensatz zu Dänemark, Belgien und Frankreich wurde in den Niederlanden nicht eine Militär-, sondern eine Zivilverwaltung eingesetzt. Mit Dr. Arthur Seyss-Inquart wurde ein Österreicher, der 1938 einen wichtigen Beitrag zum ‚Anschluss Österreichs‘ geleistet hatte, von Hitler zum Reichskommissar ernannt.<sup>4</sup> Der ebenfalls aus Österreich stammende Hanns Albin Rauter wurde Höherer SS- und Polizeiführer und damit Himmlers Statthalter in den Niederlanden. Die höchsten einheimischen Beamten, die Generalsekretäre der Ministerien, blieben in ihren Ämtern. Mit einer relativ kleinen Zahl von deutschen Aufsichtsbeamten, Bürokraten sowie überzeugten Nationalsozialisten nahm die Verwaltung in den Niederlanden scheinbar ihren normalen Gang. Demokratische Einrichtungen wurden der Reihe nach abgeschafft, Ruhe und Ordnung wurden immer gewalttätiger erzwungen. Die Niederlande waren ein besetztes Land geworden.

Die immer wieder betonte ‚Stammverwandtschaft‘ zwischen Deutschen und Niederländern wurde dadurch unterstrichen, dass die niederländischen Soldaten sechs Wochen nach der Kapitulation aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. In den ersten Monaten der Besatzungszeit war Seyss-In-

---

4 Hendricus Johannes Neuman: Arthur Seyss-Inquart, Graz/Wien/Köln 1970. In Kürze wird zu Seyss-Inquart auch eine Studie von Johannes Koll erscheinen. Siehe auch seinen Beitrag in diesem Band.

quart überzeugt, die niederländischen Mit-Germanen zur freiwilligen Mitarbeit im ‚Tausendjährigen Reich‘ bewegen zu können. Über die Zukunft der Niederlande würde erst nach dem Krieg entschieden werden, Priorität hatte die Einbindung des besetzten Landes in die deutsche Kriegswirtschaft. Hierzu hatte Hitler zwei Richtlinien vorgegeben: Gleichberechtigung zwischen deutschen und niederländischen Unternehmen und Verflechtung der niederländischen mit der deutschen Wirtschaft. Im Verlauf des Krieges stellte sich heraus, was diese Maßstäbe wert waren. Seyss-Inquarts Beschwichtigung, es gebe in den Niederlanden keine ‚jüdische Frage‘, erwies sich natürlich als unwahr. Neben der Deportation der Juden aus den Niederlanden konnten die Deutschen den jüdischen Besitz nur allzu gut für ihre Kriegsführung gebrauchen.

### **Arbeiten für den Feind<sup>5</sup>**

Die niederländische Volkswirtschaft musste sich nach dem deutschen Einmarsch neu orientieren, weil ein Großteil des Imports wegfiel und der Export vor allem auf Deutschland gerichtet war. Die Deutschen wollten die niederländische Wirtschaft in ihre Kriegswirtschaft einbeziehen, und dies gelang ohne große Mühen. Unternehmen, die einst Uniformen für die niederländische Armee hergestellt hatten, taten dasselbe nun für die Wehrmacht, und auf den Werften wurden Marineschiffe für die deutsche statt für die niederländischen Streitkräfte fertiggebaut. Bei einigen Unternehmern gab es vermutlich Widerwillen. Aber die Aussicht, dass der Betrieb bei einer Verweigerungshaltung geschlossen würde und die Arbeiter in Deutschland eingesetzt würden, sorgte für hinreichende Kooperation auf niederländischer Seite. Das Geschäftsleben wurde nach deutschem Muster reorganisiert, denn die zahlreichen Arbeitgeberverbände stießen bei der Besatzungsmacht auf wenig Gegenliebe. Unter der Leitung des Bankiers Herman Louis Woltersom (1892–1960) wurde eine umfangreiche Organisation eingerichtet, die sich an eine Gleichschaltung der niederländischen Wirtschaftsverbände machte. Abgesehen von den durch die Besatzungsmacht dekretierten Betriebsschließungen haben diese Bemühungen in der Praxis nicht viel genützt.

Je mehr im Deutschen Reich Männer in die Wehrmacht einberufen wurden, desto stärker nahm der Bedarf an Arbeitskräften für die dortige Industrie zu. Anfangs rief die Besatzungsmacht in den besetzten Ländern Freiwillige zur Arbeit in deutschen Fabriken auf. Tatsächlich zogen einige Tausend Niederländer aus freien Stücken nach Deutschland, angezogen von günsti-

---

5 Barnouw, Die Niederlande im Zweiten Weltkrieg, S. 56–68.

gen Arbeitsbedingungen, höheren Verdienstmöglichkeiten und aus Abenteuerlust. Auch Arbeitslose gingen ins östliche Nachbarland. Ihre Entscheidung jedoch war weniger freiwillig: Oft führte die Weigerung, Arbeit in Deutschland anzunehmen, zur Streichung der staatlichen Unterstützungsleistungen. Schon vor dem Krieg hatten die Beamten der niederländischen Arbeitsämter alles getan, um arbeitslose Niederländer in Deutschland zur Arbeit zu bewegen; hierdurch wurde die Arbeitslosenversicherung des eigenen Landes entlastet. Doch dies alles war zur Stillung des deutschen Bedarfs nicht ausreichend, erst recht nicht nach Beginn des Baus des Atlantikwalls. Darum wurden bald andere Maßnahmen ergriffen. Ab 1942 wurden auch niederländische Arbeiter, die eine Anstellung hatten, zur Arbeit nach Deutschland verpflichtet. Das war oft ausgesprochen unsinnig, weil niederländische Fabriken oft für die deutsche Rüstungsindustrie arbeiteten und viel seltener das Opfer von alliierten Bombenangriffen wurden als Fabrikanlagen im Deutschen Reich. Obendrein waren Arbeiter in einer heimischen Fabrik weniger geneigt, oberflächlich zu arbeiten. Desungeachtet bemühten sich die Deutschen, in den Niederlanden Unternehmen zu schließen, um Arbeitskräfte ins Reich verlagern zu können. Das war aber nicht so einfach, vor allem wenn ein Betrieb für die Wehrmacht produzierte. Ab der Mitte des Jahres 1943 wurden ganze Jahrgänge geschlossen zur Arbeit in Deutschland aufgerufen, auch wenn es ein kompliziertes System von Ausnahmeregelungen und Freistellungen gab. Beim weiteren Fortgang des Krieges verhärtete sich die Situation. Die Deutschen führten Razzien durch, beispielsweise an Sportstadien oder bei Aktionen wie in Rotterdam und Den Haag, bei der gegen Kriegsende bewaffnete Einheiten Wohnung für Wohnung durchkämmten. Wer dabei als untergetauchter Arbeitsverweigerer aufgestöbert wurde, wurde hart angepackt: Die Betroffenen wurden erst ins Polizeiliche Durchgangslager Amersfoort verbracht und von dort aus nach Deutschland deportiert. Im Reich wiederum konnten Zwangsarbeiter, die sich an der Arbeitsstätte durch einen Fehler bewusst oder unbewusst den Vorwurf der ‚Sabotage‘ einhandelten, in ein sogenanntes Arbeitserziehungslager gesteckt werden – und landeten damit in einem Konzentrationslager, in dem man unter denkbar schlechten Umständen ‚umerzogen‘ wurde.

Wie Arbeiter den Krieg in Deutschland überstanden, lag zu einem großen Teil daran, wo und wie sie eingesetzt waren. Eine Stadt wie Berlin, die ab 1942 Tag und Nacht bombardiert wurde, war natürlich ein gefährlicherer Ort als das Land. Eine Schiffswerft in Hamburg oder eine Flugzeugfabrik waren für alliierte Bomber wichtigere Ziele als beispielsweise eine Keksfabrik. Die Art des Betriebes und das Verhalten des Vorgesetzten am Arbeitsplatz spielten eine Rolle, aber auch deutsche Sprachkenntnisse waren fürs Überleben wichtig. Einige konnten in ihrem erlernten Beruf weiterarbeiten, doch das

galt nicht für alle. Und nur in der Anfangsphase hatte man einen Anspruch auf Urlaub in den Niederlanden. Die Anzahl der in Deutschland eingesetzten niederländischen Zwangsarbeiter ist unbekannt, Schätzungen bewegen sich zwischen 300.000 und 500.000 Menschen. Ebenso unbekannt ist, wie viele von ihnen das Leben in Folge von Kriegseignissen verloren haben.

Die deutschen Auftraggeber waren mit der Bereitschaft der niederländischen Wirtschaft zufrieden, nach dem Westfeldzug die Produktion fortzuführen und solide Waren zu liefern. In den Niederlanden wurden die Kapazitäten erhöht, unter anderem dank des Einbaus deutscher Maschinen in niederländischen Fabriken; der Schwerpunkt lag hierbei natürlich auf ‚kriegswichtigen‘ Produkten.

Als der deutsche Sieg auf sich warten ließ, ging man in der Mitte der Besatzungszeit zu einer harten Ausbeutungspolitik über, und je stärker Deutschland bombardiert wurde, desto mehr tauchten männliche Niederländer unter, um dem Arbeitseinsatz im Reich zu entkommen.

### **Deutschland und der Lebensraum im Osten<sup>6</sup>**

Es ist kein Zufall, dass die Figur der Viktoria in ihrem Siegeswagen mit den vier Pferden auf dem Brandenburger Tor in Berlin nach Osten ausgerichtet ist. Im 12. und 13. Jahrhundert waren deutsche Ritterorden mit Gewalt nach Osten gezogen, und in den folgenden Jahrhunderten sollten sich kleinere Gruppen aus Deutschland als Siedler im Osten Europas niederlassen – diesmal allerdings meistens in Folge einer Einladung. Als Deutschland unter Otto von Bismarck aus einer bunten Palette kleiner Staaten zu einem Einheitsstaat zusammengeschiedet worden war und sich eine Flotte gebaut hatte, wollte es wie die anderen Großmächte Kolonien besitzen. Doch selbst wenn Frankreich und England – und um diese beiden Mächte ging es eigentlich – diesen Neuling willkommen heißen hätten, hätte dies nichts genützt: Der koloniale Kuchen war bereits verteilt. Vier Gebiete in Afrika und ein paar Inselgruppen im Stillen Ozean: dabei blieb es. Die Zukunft lag für Deutschland somit im Osten, und aus einer Reihe von geschichtlichen Gründen erhob man hierauf Anspruch. Die von deutschen Akademikern betriebene Ostforschung erschien anfangs vielleicht eine rein wissenschaftliche Angelegenheit, aber dabei blieb es nicht lang. Dass der Deutsche Orden im 12. und 13. Jahrhundert den baltischen Ländern die westliche, also deutsche Kultur gebracht hätte, wurde für erwiesen erklärt. Die angeblich überlegene deutsche Kultur hatte

---

6 David Barnouw, *The Nazi New Order and Europe*, in: Michael Wintle (Hg.), *Imagining Europe. Europe and European Civilization as Seen from its Margins and by the Rest of the World, in the Nineteenth and Twentieth Century*, Brüssel 2008, S. 73–90.

über die ‚primitiven Slawen‘ den Sieg davon getragen, und wo auch immer sich deutsche Siedler niedergelassen hatten, werde dies deutlich. Aus dieser historischen ‚Wirklichkeit‘ wurde abgeleitet, dass dasselbe auch für das 20. Jahrhundert galt. Andere, noch einfallsreichere Wissenschaftler verstiegen sich gar zu der Behauptung, in Wirklichkeit seien Germanen die ersten Bewohner im Osten gewesen. Archäologische Funde mussten herhalten, um die Überlegenheit der ‚Herrenrasse‘ zu untermauern. Die Völker Osteuropas hatten sich danach zu richten, erst recht wenn Deutschland sie vom Bolschewismus befreien würde.

Auf nicht-wissenschaftlicher Seite bemühte sich Alfred Rosenberg, ein NS-Ideologe der ersten Stunde und selber ein gebürtiger Baltendeutscher, die deutsche Bevölkerung mit einer Flut von Schriften für die große Mission zu erwärmen, die im Osten lag. Sie schloss eine rassistische Komponente ein, denn die dort lebenden Juden und Zigeuner mussten verschwinden, und wer übrigblieb, hatte ohne zu klagen für das ‚Herrenvolk‘ zu arbeiten. Zugleich hatten Deutsche, deren Vorfahren dort mitunter seit Jahrhunderten lebten, nach Deutschland ‚heimzukehren‘, weil das deutsche Blut im Osten zu sehr mit ‚minderwertigem‘ Blut vermischt zu werden drohte. An entsprechenden Planungen mangelte es nicht. Einer der bekanntesten Pläne war der Generalplan Ost aus den ersten Kriegsjahren, in dem minutiös dargelegt wurde, wie die besetzten Gebiete einzurichten, zu kolonisieren und zu verwalten waren.<sup>7</sup> Natürlich blieben etliche Fragen offen, etwa die nach der Ausbildung der übriggebliebenen Bevölkerung. Die radikalste Variante lautete: Bis Zehn zählen können und dem deutschen Herren gehorchen. Aufgeklärtere Geister gingen davon aus, dass in der Moderne auch Sklaven sich entwickeln können müssten; nicht zuletzt für einfache Tätigkeiten in Fabriken oder Büros war dies erforderlich.

Ab 1941 führte Rosenberg zwar das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, das sogenannte Ostministerium. In den besetzten Gebieten Osteuropas war die deutsche Verwaltung jedoch ausgesprochen undurchsichtig. Von Berlin aus, wo Ostministerium, Organisation Todt, Behörde des Vierjahresplans, Wirtschaftsstab Ost, NSDAP, SS usw. in Konkurrenz zueinander standen, war es kaum möglich, die rivalisierenden Instanzen in den östlichen Reichs- und Generalkommissariaten im Griff zu halten. Alle staaten- und herrenlose Betriebe, deren Eigentümer beim Vormarsch der deutschen Truppen nach Osten geflüchtet waren, waren in den Besitz des deutschen Staates übergegangen. In den baltischen Ländern und Weißrussland wurde der Ver-

---

7 Siehe Mechtild Rössler u. Sabine Schleiermacher, *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.

sich unternommen, die Staatsbetriebe zu reprivatisieren, während in der Ukraine hiervon anfangs keine Rede war.<sup>8</sup>

Am 27. Juni 1941, fünf Tage nach dem deutschen Einfall in Russland, hielt Seyss-Inquart eine Rede auf dem Amsterdamer IJscubterrein, dem heutigen Museumplein. Hierbei rief der Reichskommissar dazu auf, den Blick nach Osten zu richten. Er wies darauf hin, dass Niederländer seit 800 Jahren nach Osten gezogen seien, um europäische Kultur dorthin zu bringen – wie dies auch die vornehmste Aufgabe des deutschen Soldaten sei, der dort nun kämpfe. Jetzt solle der Osten definitiv der europäischen, sprich germanischen Kultur einverleibt werden. Durch Teilnahme an diesem Kampf hätten die Niederländer die Möglichkeit, an der Zukunft ihrer Kinder mitzuarbeiten.<sup>9</sup>

In erster Linie benötigte das Deutsche Reich natürlich Soldaten. Bald aber stellte sich heraus, dass es im Osten auch an Bauern und Arbeitern mangelte. Darum rief man ‚germanische Länder‘ auf, Arbeitskräfte zu liefern. Darüber hinaus hatten die Deutschen Bedarf an Kapital und tüchtigen Unternehmern, um die eroberten Gebiete zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft ausnutzen zu können. In diesem Zusammenhang blickte man begierig auf die Niederlande. Waren deren Bewohner nicht früher schon als Siedler ostwärts gezogen?

### **Niederländer und der Osten**

Die niederländischen Reaktionen auf den Überfall auf Russland waren für die Deutschen wenig ermutigend. Denn hier wurde entweder auf Napoleon verwiesen, der 1812 vor Moskau gestrandet war, oder man freute sich darauf, dass Deutschland und Russland sich gegenseitig zugrunde richten würden. Der Antikommunismus wich in den Niederlanden allmählich einer Bewunderung für die Rote Armee.

Nur für den kleinen deutschfreundlichen Teil der niederländischen Bevölkerung war die Operation Barbarossa ein Höhepunkt. Nun konnten sich junge Niederländer auch in den Formationen der Waffen-SS bewähren. Dass sich neben ideologisch motivierten Soldaten unter den Freiwilligen auch unpolitische Glücksritter befanden, konnte den Deutschen nur recht sein.

---

8 Gerald Reitlinger, *The House built on Sand. The Conflicts of German Policy in Russia 1939–1945*, London 1960 und Gerhard R. Ueberschär u. Wolfram Wette (Hg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984.

9 Arthur Seyß-Inquart, *Kundgebung auf dem Museumplein in Amsterdam am 27. Juni 1941*, in: Ders., *Vier Jahre in den Niederlanden. Gesammelte Reden*, Amsterdam/Berlin/Prag/Wien 1944, S. 67–79.

In den Niederlanden vermied die deutsche Propaganda, die wirtschaftliche Ausbeutung des Ostens unter ideologischen Vorzeichen anzugehen. Es wurden Besprechungen über Osteuropa abgehalten, und im März 1942 fand in Utrecht die Ausstellung *Die Niederlande und Danzig* statt. Der niederländischen Bevölkerung wurde schmackhaft gemacht, die weitläufigen Pripjet-Sümpfe in Weißrussland trocken zu legen. Das Wort ‚Germanisierung‘ wurde vermieden – es hätte nur abstoßend auf potentielle Siedler aus den Niederlanden gewirkt.

Unter der Aufsicht des Generalsekretärs für Handel und Industrie, Dr. Hans Max Hirschfeld, und des Generaldirektors für Ernährung, Stephanus Louwe Louwes, zogen niederländische Bauern Richtung Osten. Hierfür wurde eine Kommission zur Aussendung von Landarbeitern nach Osteuropa [*Commissie tot uitzending van landarbeiders naar Oost-Europa*, Culano] gebildet. Deren Leitung übernahm der Direktor der Niederländischen Heidegesellschaft [*Nederlandsche Heidemaatschappij*], Ingenieur Cornelis Staf. Er verabschiedete Ende November 1941 hundert niederländische Bauern in die Ukraine. In den kommenden Monaten sollten ungefähr 500 Bauern und Bauarbeiter folgen. Die niederländischen Behörden schienen keinerlei Bedenken zu haben, dass Niederländer für die Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland (LO) arbeiteten. Die genannte Heidegesellschaft erhob auch keinen Einwand, dass in ihren Arbeitslagern in den Niederlanden etwa 5.000 Juden für sie schufteten mussten. Dies alles hinderte Direktor Staf nicht daran, nach dem Krieg in vier Kabinetten als Kriegs- und Marineminister zu amtieren.

Bald schon fühlten sich die eingesetzten Pioniere betrogen, denn sie wurden meistens auf untergeordneten Positionen eingesetzt und von den Deutschen keines Blickes gewürdigt. Aus der bäuerlichen Arbeit, für die sie sich gemeldet hatten, wurde nichts. Stattdessen erhielten sie eine minimale militärische Ausbildung, um als Polizisten eingesetzt werden zu können. Unter der ersten Gruppe niederländischer Ostsiedler fielen denn auch die ersten Toten.

Neben der Culano wurde von der deutschen Besatzungsmacht der *Werkdienst Holland* ins Leben gerufen – ebenfalls mit dem Ziel, Niederländer für einen Arbeitseinsatz im Osten zu rekrutieren. Auch unter den Freiwilligen, die sich von dieser Organisation anwerben ließen, entstand bald große Enttäuschung. Diebstahl und Schwarzhandel hatten Vorrang vor dem Aufbau im Osten.

Durch Meinoud Marinus Rost van Tonningen, der die Niederländische Ostkompanie errichtete, bekam der Einsatz von niederländischem Kapital und niederländischer Arbeitskraft in den besetzten Ostgebieten eine dezidiert ideologische Note.

### Rost van Tonningen und die NOC

Rost van Tonningen (1894–1945) war der jüngste Sohn des Oberbefehlshabers der niederländischen Streitkräfte in Niederländisch-Ostindien, wo er geboren wurde.<sup>10</sup> Nach einem Jus-Studium war er für den Völkerbund tätig. Dieser entsandte ihn 1931 zur Beaufsichtigung der internationalen Kreditvergabe nach Österreich. Dort nahm Rosts Interesse an politischen Fragen zu. In Wien nahm er denn auch Kontakt zu Nationalsozialisten auf und entwickelte sich immer mehr zum Antisemiten. Nachdem er kurz zuvor der Nationalsozialistischen Bewegung der Niederlande [*Nationaal Socialistische Beweging*, NSB] beigetreten war, kehrte er 1936 in die Niederlande zurück. Der NSB-Führer, Ingenieur Anton Adriaan Mussert, war zunächst hocherfreut über einen Neuzuwachs mit guten Kontakten und ernannte ihn zum Chefredakteur der neuen Parteizeitung, *Het Nationale Dagblad*. Rost van Tonningen entpuppte sich jedoch als ein radikaler Nationalsozialist und wurde für Mussert zu einem innenpolitischen Konkurrenten. Sein leuchtendes Vorbild war Heinrich Himmler, doch aufgrund von ‚Abstammungsproblemen‘ konnte Rost van Tonningen zu seinem großen Bedauern nicht der SS beitreten. In dem zukünftigen Großgermanischen Reich, in dem die Niederlande seiner Ansicht nach aufzugehen hatten, strebte er den Posten des Wirtschaftsministers an. Offiziell war er der zweite stellvertretende Führer der NSB, aber politisch wurde er bald nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die Niederlande ausgebootet. Zwar bekleidete er unter der deutschen Besatzung verschiedene wirtschaftspolitische Ämter wie Generalsekretär für Finanzen und für Besondere Wirtschaftliche Angelegenheiten; außerdem war er Präsident der Niederländischen Bank. Aber zur Führung einer eigenen Politik war er nicht in der Lage. 1944 meldete er sich desillusioniert zur Waffen-SS. Dieser Schritt war nicht nur eine Flucht vor der Wirklichkeit, sondern zugleich die Erfüllung eines alten Traums. Als SS-Hauptsturmführer wurde er beim *Landstorm* an der Front in der Betuwe (Provinz Gelderland) eingesetzt. Am 8. Mai 1945 wurde er von kanadischen Soldaten gefangengenommen und ins Utrechter Gefängnis verbracht, wo er einen Selbstmordversuch unternahm. Auf Bitte der kanadischen *Field Security* verfasste er eine Erklärung, in der er seine Hinwendung zum Nationalsozialismus beschrieb und die politischen Verhält-

---

10 Zu Rost van Tonningen siehe *Correspondentie van mr. M.M. Rost van Tonningen*, Bd. 1: 1921–1942, hg. von E. Fraenkel-Verkade, Den Haag 1967; Bd. 2: mei 1942 – mei 1945, hg. von David Barnouw, Zutphen 1993. Siehe auch David Barnouw, *Rost van Tonningen. Fout tot het bittere eind*, Zutphen 1994 und Peter Berger, *Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters der Völkerbundes in Österreich*, Meinoud Marinus Rost van Tonningen 1931–1936, Wien/Köln/Weimar 2000.

nisse in den Niederlanden und der Welt aus seiner Sicht darstellte. Am 6. Juni wurde er ins Strafgefängnis von Scheveningen überstellt; hier setzte er noch am selben Tag seinem Leben ein Ende.

Rost van Tonningen war überzeugt, dass die Niederlande sich aktiv an der ‚totalen Kriegsführung‘ beteiligen müssten; nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde dies zu einem Schwerpunkt seiner politischen Arbeit. Die Beteiligung an der Finanzierung des Krieges war seiner Meinung nach nicht ausreichend; die Niederlande mussten neben Soldaten auch Siedler für den Osten beisteuern. Dort sollte eine Kolonisierung in Gang gebracht werden, wie dies einst im fernen Niederländisch-Ostindien geschehen war. Rost van Tonningen war auch der Meinung, dass Germanen nicht in tropische Gebiete gehörten, sondern dass Russland deren natürliches Hinterland war. In der gleichgeschalteten niederländischen Presse erschienen Artikel über niederländische Pioniere in Russland aus den vergangenen Jahrhunderten, unter anderem über Siedler aus den Kreisen der Wiedertäufer. Die nun in Angriff zu nehmende Kolonisierung sollte bereits während des Krieges stattfinden, damit die Niederlande nach einem Friedensschluss nicht leer ausgingen. Sollte diese Unternehmung erfolgreich sein, würde der Stern von Rost van Tonningen bei den Deutschen rasch steigen. Er selber wurde die treibende Kraft der Niederländischen Ostkompanie. Deren Name erinnerte nicht umsonst an die Vereinigte Ostindische Kompagnie [*Verenigde Oost-Indische Compagnie*, VOC], den ersten echten (niederländischen) multinationalen Konzern des 17. Jahrhunderts.

Rost van Tonningen zufolge musste eine Anzahl an Voraussetzungen erfüllt sein, um diese Unternehmung zum Erfolg zu führen. Die NOC hatte die einzige niederländische Organisation zu sein, die befugt war, im Osten tätig zu werden; sogar deutsche Firmen, die in den Niederlanden aktiv waren, sollten verpflichtet werden, allfällige Ostpläne innerhalb des NOC-Verbandes durchzuführen. Auch forderte Rost van Tonningen ein ausreichendes Engagement des niederländischen Wirtschaftslebens und Gleichberechtigung zwischen Niederländern und Deutschen im Osten. Die allerwichtigste Voraussetzung für ein Gelingen der NOC war natürlich ein Sieg über Russland. Hierüber verlor Rost kein Wort, weil der deutsche Endsieg für ihn feststand.

Im Juni 1942 bestieg eine niederländische Reisegesellschaft unter Leitung von Rost van Tonningen den Zug nach Berlin, um im Ostministerium über die NOC zu sprechen. Die Delegation wurde sogar als ein „hochgeschätztes befreundetes Volk“ von Minister Rosenberg empfangen, „dessen Mitwirken und möglicher Einsatz auf das Äußerste geschätzt würde.“<sup>11</sup> Von

---

11 Correspondentie, Bd. 2, S. 38.

Berlin aus ging es weiter in die baltischen Staaten, und während der Fahrt wurde in den Niederlanden die Gründung der NOC bekanntgegeben. Dies ging allerdings nicht ohne Pannen vonstatten: In einem der optimistisch eingestellten Zeitungsartikel war zu lesen, dass im Osten für drei Millionen Niederländer Platz sei – einem Drittel der Bevölkerung! In einigen anderen Artikeln wurde zur selben Zeit vermeldet, dass eine große Anzahl an niederländisch-indischen Kulturgesellschaften (die nach der vor kurzem erfolgten Eroberung der bisherigen niederländischen Kolonie durch Japan funktionslos geworden waren) unter deutsche Aufsicht gestellt wurden. Die Botschaft, die durch diese Pannen vermittelt wurde, gereichte der NOC nicht zum Vorteil. Denn es entstand nicht nur das Bild, dass drei Millionen Niederländer zur Emigration gezwungen werden sollten, sondern auch die Befürchtung, dass die unter Aufsicht gestellten Betriebe zum Einsatz im Osten verpflichtet werden könnten. Ein schlechter Start, und der weitere Verlauf des Unternehmens sollte nicht besser werden.

Die NOC wurde eine Aktiengesellschaft, an der sich der niederländische Staat und die beiden Hafenstädte Amsterdam und Rotterdam beteiligten. Der Hauptsitz war in Den Haag, Handelsvertretungen eröffnete die NOC in Berlin, Riga (Lettland), Kowno/Kaunas und Vilnius/Wilna (Litauen) und Rowno/Riwne (Ukraine). Die oben skizzierten Voraussetzungen wurden so gut wie nicht berücksichtigt. Von einer Monopolsituation konnte kaum die Rede sein, weil etliche Firmen außerhalb der NOC mit dem Osten Handel trieben. Die Gleichberechtigung der Niederländer wurde schon bei der ersten Reise auf die Probe gestellt, weil man in den baltischen Ländern keine niederländischen Kolonisten wollte. Hatten die Niederländer nicht nach fünf Tagen kapituliert – und wollten jetzt hier den Boss spielen? Dieselbe Haltung legten die meisten Deutschen an den Tag: Warum sollte ein besiegtes Volk genauso viel zu sagen haben wie die Sieger? Vor diesem Hintergrund warteten niederländische Unternehmer erst lange Zeit einmal ab, und als die Aussichten auf einen deutschen Sieg ins Wanken gerieten, ging natürlich niemand mehr in den Osten. Dasgleiche galt für die Arbeiter, auch wenn es durchaus vorkam, dass man freiwillig für die NOC im angeblich sicheren Osten arbeiten ging, um Zwangsarbeit und alliierten Bombenangriffen zu entgehen. Dass die NOC ein Fiasko wurde, lag nicht allein an den Siegen der Roten Armee, sondern auch an diesen Umständen. Dazu kam, dass die Verwaltung in den besetzten Ostgebieten vollkommen undurchsichtig war. Von Berlin aus, wo Ostministerium, Organisation Todt, Vierjahresplan, Wirtschaftsstab Ost usw. miteinander konkurrierten, ließen sich die Instanzen in den östlichen Reichs- und Generalkommissariaten kaum unter Kontrolle bringen. Dass sich auch Vertreter von Wehrmacht, NSDAP und SS um Einfluss im Osten bemühten, machte die Sache keineswegs einfacher. Absprachen, die mit der einen

Instanz gemacht wurden, wurden nur selten von einer zweiten umgesetzt, und das lag nicht nur an dem oft unsachlichen Auftreten der verschiedenen NOC-Vertreter. Diverse deutsche Satrapen wie beispielsweise Erich Koch, der Gauleiter im Reichskommissariat Ukraine, waren zwar an Kapital und Arbeit aus den Niederlanden interessiert, nicht aber an einer Einmischung von Seiten der NOC und noch weniger an niederländischen Siedlern.

Die echten niederländischen Siedler waren natürlich die Bauern: Ostbauern, die allesamt davon ausgingen, einen großen Bauernhof betreiben zu dürfen. Sie mussten zunächst eine Ausbildung absolvieren, ehe sie an die Arbeit gehen konnten. In der Nähe von Riwne wurde ein verfallenes Schloss instandgesetzt und als Ausbildungsschule eingerichtet. Hierfür mussten alle Baumaterialien aus den Niederlanden eingeführt werden, von denen ein Teil direkt im Schwarzhandel verschwand. Weil die Resultate der Ausbildung sehr enttäuschend waren, wurde sie in die Niederlande verlegt. Neben den üblichen Kenntnissen im Bereich von Ackerbau und Viehzucht standen Russisch und ‚weltanschauliche Schulung‘ auf dem Programm. Zu ihrer großen Enttäuschung arbeiteten die meisten Bauern im Osten in einer ungeordneten Position. Auf den Bauernhöfen wurden sie unter der Leitung eines Deutschen eingesetzt, in der Westukraine waren sie stark von polnischen Betriebsleitern abhängig. Von Anfang an waren sie auch mit dem Problem konfrontiert, dass Partisanen nicht nur deutsche Soldaten, sondern auch deutsche und niederländische Siedler bekämpften. Somit stand man vor der Frage, ob die Ostbauern bewaffnet werden sollten und wer gegebenenfalls für die Beschaffung der Waffen und die Schießausbildung verantwortlich war. Rost van Tonningen wandte sich in diesem Zusammenhang mehrmals an Himmler, das Problem wurde jedoch nie wirklich gelöst. Allein im Jahr 1943 sollten 28 niederländische Ostbauern ums Leben kommen.

In Litauen wurden zwei Landgüter als Ausbildungsinstitute für Gärtner und Bauern eingerichtet: Waka-T und Landwarów/Lentvaris, ungefähr 20 Kilometer südlich von Vilnius. Auch hier gab es großartige Pläne, die nicht nur durch die Rote Armee vereitelt wurden. Denn in der Führung wie auch unter den auszubildenden Gärtnern und Bauern befanden sich zahlreiche gescheiterte Existenzen. Gegenseitige Vorwürfe machen in der überlieferten Korrespondenz mit dem NOC-Hauptsitz in Den Haag einen beachtlichen Teil aus. Unwissen, Schwarzhandel, Faulheit, Trunkenheit (Wodka war sehr billig), unzureichende ‚germanische Weltanschauung‘ und verbotene sexuelle Beziehungen mit Damen des Ortes waren die herausragenden Themen gegenseitiger Beschuldigungen.

Für Deutschland war nicht nur die Nahrungsmittelproduktion im Osten wichtig, es ging auch um die Energiequellen. Das Reich wollte natürlich die russischen Öl- und Steinkohlegebiete erobern, aber zu einer regulären Aus-

nutzung dieser Gebiete sollte es nicht kommen. In den baltischen Ländern bestanden große Gebiete aus abbaubarem Torf, doch scheinbar war Litauen das bevorzugte Ziel. Vor allem in der niederländischen Provinz Drenthe, wo ebenfalls viel Torf abgebaut wurde, richtete sich die NOC an „starke, fleißige, aufmerksame niederländische Torfarbeiter, die über viel Eigeninitiative und einen starken Willen verfügen.“ Ihnen wurden 15 Hektar Torfgrund und ein Vorschuss von 10.000 Gulden versprochen. Sobald der Torf abgegraben, getrocknet und verarbeitet worden wäre, hätte man einen Bauernhof übernehmen können. Schöne Pläne, die von ansprechenden Broschüren unterstützt wurden. Die Wirklichkeit jedoch sah vollkommen anders aus, denn die NOC erhielt nur einen einzigen Betrieb, und der war von minderer Qualität: Baltoji Voke im Süden von Vilnius. Er umfasste nur 3.000 Hektar Flachmoor mit einem schlechten Kanalsystem und einem defekten Maschinenpark; Elektrizität und Transportmittel fehlten. Auf dem niederländischen Wunschzettel stand eine komplette Baggerausrüstung mit unter anderem zehn holländischen Torfpressmaschinen, aber man erhielt nur ein einziges, obendrein veraltetes Exemplar aus Drenthe. Mitte 1943 waren hier mindestens 500 Arbeiter tätig – ein Beleg dafür, dass die Mechanisierung noch in den Kinderschuhen steckte. Neben den Niederländern, Torfstechern aus der Umgebung und russischen Kriegsgefangenen waren 380 jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt, die von Litauern bewacht wurden. Mitte Juli 1943 wurden die Juden ins Ghetto Vilnius weggeführt. Spekulationen über ihr Schicksal verbieten sich: Als ausgebeutete und überflüssige Arbeiter werden sie so gut wie unmittelbar nach ihrer Ankunft im nahegelegenen Ort Paneriai umgebracht worden sein. Die niederländischen Torfstecher beklagten sich ausschließlich über den dadurch entstandenen Produktionsrückgang, während Rost van Tonningen in seinem Bericht an Seyss-Inquart schrieb: „Gegen letzere Massnahme kann man keine ernstliche Opposition erheben, denn die Entfernung jüdischer Arbeiter ist nun einmal eine Notwendigkeit, um die Ruhe in den Betrieben zu sichern.“<sup>12</sup>

Die NOC errichtete verschiedene Gesellschaften wie die Niederländische Ostfischerei [*Nederlandsche Oostvisscherij*], die Niederländischen Ostbagger [*Nederlandsche Oostbagger*], den Niederländischen Ostziegelstein [*Nederlandsche Oostbaksteen*], den Niederländischen Ostbau [*Nederlandsche Oostbouw*], die Niederländische Ostreederei [*Nederlandsche Oostrederij*] und die Niederländische Osthandelsgesellschaft [*Nederlandsche Oost Handel Maatschappij*].

---

12 Bericht von Dr. M.M. Rost van Tonningen, Präsident des Aufsichtsrates der *Nederlandsche Oost Compagnie N.V.*, gegründet am 6. Juni 1942 in Den Haag über die bisherige und zukünftige geplante Aufbau-Arbeit der *Nederlandsche Oost Compagnie N.V.* in den besetzten Ostgebieten, Den Haag 1943, S. 88.

Anfang Mai 1943 fuhren über 60 niederländische Fischer, Monteure und Zimmerleute guten Mutes mit dem Zug von Den Haag zum Peipussee an der Grenze zwischen Estland und Nordrussland. Bei ihrer Verabschiedung wurden lobende Worte vom Stapel gelassen: „Sowohl vom rassischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist es notwendig, dieser guten Rasse von Seegermanen die Gelegenheit zu geben, sich in der Fischerei zu betätigen. Es wäre unökonomisch, diese Menschen, die für Fabrikarbeit nicht die geeignete Einstellung besitzen, für irgendeine andere Arbeit als die Fischerei einzusetzen.“<sup>13</sup> Schon in Riga waren fast alle „Seegermanen“ so betrunken, dass sie nicht mehr aufrecht stehen konnten; einige landeten rasch im Gefängnis. Eine Woche vorher war ein Gütertransport mit 18 kleinen Schiffen vorausgefahren. Sie erwiesen sich aber als ungeeignet, um im rauen Wasser des Peipussees eingesetzt werden zu können. Ungeachtet dieser Startprobleme hatten die Ostfischer Erfolg: Ab Frühjahr 1943 konnten sie angeln und eine Fischräucherei aufbauen. Bereits der frisch eingemachte und geräucherte Fisch fand bei der Kriegsmarine reißenden Absatz. Das Betragen der niederländischen Fischer hingegen wurde weniger geschätzt, denn neben Trunkenheit und Diebstahl verhielten sie sich gegenüber deutschen Offizieren anmaßend und brutal. Das Fischereiabenteuer sollte nicht lange dauern, weil die Rote Armee Anfang 1944 den Peipussee erreichte. Dadurch waren die niederländischen Fischer gezwungen, ihre Stellung wieder aufzugeben. Die deutsche Armee zerstörte auf ihrem Rückzug die Bootshallen, die Anlage zum Einlegen der Fische, die Konservenfabrik und die Fischräucherei, die allesamt von den Niederländern aufgebaut worden waren.

Die Niederländische Ostbau (NOB) hatte das meiste Personal. Sie setzte sich aus einem Sammelsurium an kleineren Baufirmen zusammen, die schon vor der Gründung der NOC im Osten aktiv gewesen waren. Für jeden Arbeiter, den die Gesellschaft der NOC stellte, erhielt die Ostbau eine Prämie, ein ‚Kopfgeld‘. Das war fast das einzige, was diese Gesellschaft tat. Für die Arbeiter waren die Arbeits- und Unterkunftsbedingungen denkbar schlecht. Die Leitung der NOB hatte zunächst Ingenieur Pieter Schelte Heerema,<sup>14</sup> der aber nach heftigen Auseinandersetzungen abgesetzt wurde. Oft wurden deutschen Institutionen Versprechungen gemacht, denen man nicht nachkommen konnte, weil eines der größten Probleme der NOB darin bestand, genügend arbeitswillige Niederländer zu gewinnen. Und wer bereit war, im Osten zu arbeiten, tat dies selten aus idealistischen Motiven. Viele verstanden es, ihren Lohn durch Schwarzhandel aufzubessern.

---

13 Het Nationale Dagblad vom 1. Mai 1943.

14 Siehe hierzu unten, Exkurs.

Alle, die über die NOC in den Osten kamen, meldeten sich freiwillig. Denn man war überzeugt, dass sich das erträumte Ideal einer Ostkolonisation durch Zwang nicht erreichen ließe. Es gab eine Ausnahme: die SS-Frontarbeiter. Die SS hatte eine Reihe eigener Unternehmen, von denen einige unter der Bezeichnung SS-Frontarbeiter Unternehmen (SS-FAU) Bauarbeiten ausführten.<sup>15</sup> SS-FAU 168 war in der Ukraine tätig, SS-FAU 175 im nordöstlichen Teil von Estland. Die SS hatte natürlich die Möglichkeit, billig an Arbeitskräfte zu kommen, denn ihnen unterstanden die Konzentrationslager. Auch einige Niederländer, die sich freiwillig bei einer niederländischen Baufirma für den Einsatz im Osten gemeldet hatten, wurden bei einem SS-FAU eingesetzt. NOB-Direktor Heerema hatte den Deutschen versprochen, im Mai 1943 würden mindestens 4.500 Freiwillige in den Osten ziehen, doch diese Größenordnung wurde nicht einmal ansatzweise erreicht. Niederländer, die zum Arbeitsdienst aufgerufen wurden, wurden zum überwiegenden Teil in Deutschland eingesetzt, doch angesichts des Mangels an Arbeitskräften im Osten wurde nun eine Ausnahme gemacht: Etwa 3.000 Niederländer wurden zum Einsatz als SS-Frontarbeiter verpflichtet. Dort arbeiteten sie – wohlgemerkt in Uniform – an der Seite von Landsleuten, die freiwillig in den Osten gegangen waren. Nach dem Krieg sollte ihnen die Abkürzung SS teuer zu stehen kommen. Denn weder die Rote Armee noch die niederländischen Behörden nahmen ihnen ab, dass sie ‚normale‘ Arbeiter gewesen waren, die überdies zur Arbeit gezwungen worden waren.

Seit dem Sommer des Jahres 1944 kam das Ende schnell herbei. Die zahlreichen Berichte, die über die oftmals überhasteten Evakuierungen verfasst worden sind, zeichnen ein verwirrendes Bild. In vielen Fällen war nicht klar, wer einen Evakuierungsbefehl gegeben hatte. Auch kam es vor, dass deutsche Bauern abzogen und die niederländischen Siedler zurückließen. Sich selber beschreiben die Verfasser der Berichte durchgängig als ruhig, gefasst und entschlossen, während bei allen anderen Panik geherrscht habe. Bisweilen erfolgreich versuchte man, Dinge, die man nicht mitnehmen konnte, der Wehrmacht zu verkaufen. Das Ostministerium wollte die evakuierten Niederländer anderswo einsetzen, und der Hauptsitz der NOC wurde von Den Haag nach Berlin verlegt. Dort wurden neue Siedler angeworben und entlassen – man tat, als ob der Krieg nicht seinem Ende entgegenginge. Angesichts der zahlreichen Luftangriffe wurde die Situation natürlich immer schwieriger, wie NOC-Direktor D. Kranz am 5. März 1944 aus Berlin an Rost van Tonningen schrieb: „Viele Einrichtungen sind weg, teils als Fol-

---

15 Siehe Enno Georg, *Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS*, Stuttgart 1963 und E. Fraenkel-Verkade, *Nederlandse SS-Frontarbeiders*, in: A.H. Paape (Hg.), *Studies over Nederland in oorlogstijd*, Den Haag 1972.

ge und mit Blick auf die Bombenangriffe, teils im Hinblick auf die Situation an der Ostfront. Macht es Sinn, dass ich in Berlin bleibe, wenn mich, der ich dieser Tage 60 Jahre alt werde, der Volkssturm [...] immer noch nicht aufgerufen hat?<sup>16</sup> Kranz erhielt von Rost noch eine Antwort, obwohl dieser zu diesem Zeitpunkt als SS-Hauptsturmführer an der Betuwefront war. In der Zwischenzeit hatte die SS ein Ziel erreicht, das sie schon immer angestrebt hatte, nämlich alle Angelegenheiten der Ostsiedlung vom Ostministerium zu übernehmen. Darüber war Rost van Tonningen ausgesprochen glücklich, denn Ende Dezember 1944 schrieb er Himmler: „Es wäre meinen [sic] Stolz gewesen [,] Ihnen beim Friedensschluss melden zu können das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, die Niederländische Bank und die Niederländische Ost Kompanie [sic] für die SS sichergestellt zu haben.“<sup>17</sup>

Man muss davon ausgehen, dass Himmler damals mit anderen Dingen beschäftigt war, aber für Rost van Tonningen war eigentlich alles schon vorbei, weil Mussert ihn Ende Dezember 1944 ohne jeden Dank aus seinen Parteifunktionen entlassen hatte. Als SS-Offizier wollte er noch etwas für Deutschland tun.

Der größte Teil der NOC-Angestellten kehrte sicher in die Niederlande zurück. Einige Dutzend waren im Osten ums Leben gekommen, weitere Mitarbeiter der Ost-Kompagnie gerieten in russische Kriegsgefangenschaft und konnten erst nach etlichen Jahren in ihre Heimat zurückkehren.

1949 standen vier Mitglieder des ehemaligen NOC-Vorstands wegen „Zusammenarbeit mit dem Feind“ vor Gericht. Ihnen wurde vor allen Dingen die Verpflichtung von Niederländern zur Arbeit in SS-FAU-Unternehmen zur Last gelegt. Sie erhielten Strafen zwischen vier und sieben Jahren, ihr Einwand, dass Rost van Tonningen und Heerema die Hauptverantwortung getragen hatten, gereichte ihnen nicht zur Entlastung. Rost war schon seit fünf Jahren tot, aber wo war Heerema geblieben?

### **Exkurs: Pieter Schelte Heerema**

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatte der Zivilingenieur Pieter Schelte Heerema (1908–1981) auf ausländischen Häfen gearbeitet: auf den Kanarischen Inseln, in Persien, auf Curaçao und in Venezuela, „wo er gewohnt war, als Herr über Sklaven aufzutreten.“<sup>18</sup> Ende 1935/Anfang 1936 war er kurzzeitig Mitglied der ‚Nationalsozialistischen Niederländischen Arbeiterpartei‘, einer prodeutschen Splitterpartei unter Führung von Cornelis Jacobus Aart Kruyt.

---

16 Correspondentie, Bd. 2, S. 579.

17 Correspondentie, Bd. 2, S. 539.

18 Fraenkel-Verkade, S. 135.

Einem Brief an Kruyt zufolge war er anfangs mit Begeisterung bei der Sache: „Wir, die einst stolz unsere Fahne in allen Weltteilen zeigten, sind nun eine sterbende Nation, im Würgegriff jüdischen Schachergeistes und einer dekadenten Kultur [...]. Wie ein Mann soll das Volk aufmarschieren, um die Clique von Geheimbündlern, Geistbeschwörern und krummnasigen Gauklern auseinander zu treiben.“<sup>19</sup> Zwar blieb er nicht lange bei dieser Partei, nationalsozialistischen Grundsätzen aber blieb er treu. Als die Deutschen in die Niederlande einfielen, hielt sich Heerema gerade in Venezuela auf, wo er für kurze Zeit festgesetzt wurde. Er war so sehr von der neuen Zeit durchdrungen, dass er über Spanien und Ungarn in die Niederlande heimkehrte. In den Deutschen sah Heerema keineswegs Eindringlinge. Im Gegenteil: „Die deutsche Armee von heute ist der Träger der Idee von der Erhaltung des germanischen Menschen“, wie er Mitte Juni 1941 in Rotterdam bei einer öffentlichen Ansprache über Ziel und Zweck der Niederländischen SS sagte.<sup>20</sup> In dieser Organisation brachte er es rasch zum Oberscharführer für die Provinzen Süd-Holland und Seeland. Darüber hinaus diente er ein Jahr bei der Waffen-SS, in der er in der SS-Division Wiking an der Ostfront kämpfte.

Heerema war der ideale politische Soldat: radikal, mit Fronterfahrung und mit einer ansehnlichen Ausbildung – die SS-Führung war stolz auf ihn. Ende Mai 1942 kehrte er mit Zustimmung von Rauter und Himmler in die Niederlande zurück, weil Rost van Tonningen ihn für die NOC benötigte; hier war er für die Koordinierung der Bauaktivitäten vorgesehen. Es folgten endlose Verhandlungen mit deutschen Auftraggebern und niederländischen Unternehmern. Schließlich wurde Mitte Januar 1943 die *Nederlandsche Oostbouw NV* ins Leben gerufen, in der Heerema einen der Direktorenposten einnahm. Einen Monat vorher hatte er Erna Kühnen geheiratet, die Tochter eines bekannten Den Haager Pelzhändlers. Der gut besuchte Empfang zur Hochzeitsfeier, bei dem der Bräutigam voll Stolz seine SS-Uniform trug, fand im vornehmen Hotel *Des Indes* in Den Haag statt. Zu diesem Zeitpunkt schien für Heerema alles bestens zu laufen, doch dies dauerte nicht länger als ein halbes Jahr. Innerhalb der NOB, in deren Verwaltung Chaos und Korruption herrschten, trat er eigenmächtig und undiszipliniert auf und geriet mit jedermann in Streit. Als Heerema im Juni 1943 unter Umgehung von Rost van Tonningen und Rauter einen kritischen Bericht an SS-Gruppenführer Oswald Pohl schickte, der im Reichssicherheitshauptamt unter anderem für die SS-FAU zuständig war, hatte er den Bogen überspannt. Es folgte ein Rüffel von Rauter, und durch Rost van Tonningen wurde er zunächst suspendiert, an-

---

19 NIOD. Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies, Amsterdam, DOC-1 Heerema, Heerema an Major Kruyt vom 30. Juni 1935.

20 Notitie over ir. P.S. Heerema, S. 2, NIOD, DOC-1 # 653, P.S. Heerema.

schließlich entlassen. Am 8. Juni schrieb Rost in nicht fehlerfreiem Deutsch an Rauter, dass das Maß mit Heerema voll sei „wegen disziplinwidriges Verhalten, wegen wiederholter Zuwiderhandlung feierlich gemachten Verabredungen, wegen Unregelmässigkeiten in der Anwendung der Statuten, wegen Verhetzung des Personals und wegen unkameradschaftliches Benehmens.“<sup>21</sup> Heerema musste sich wieder zur Waffen-SS melden – hatte er eine Unabkömmlichstellung doch nur erhalten, um der NOC behilflich zu sein. Dem kam Heerema nicht sofort nach. Deshalb ließ ihn Rauter am 18. Juni mit scharfen Worten per Brief wissen: „Ich gebe Ihnen den dringenden Rat, unverzüglich wieder zur Waffen-SS einzurücken [...]. Ich erwarte Ihre Einrückung. Die Gründe brauche ich Ihnen wohl nicht anzugeben.“<sup>22</sup>

Heerema durchschaute die Kriegsaussichten besser als seine Vorgesetzten und entzog sich dem Fronteinsatz. Mehr noch: Er tauchte unter und trat eigenen Angaben nach einer Widerstandsgruppe bei, der obskuren Den Haager Gruppe Vogel Reinaerd. Im März 1944 floh er in die Schweiz, wo er bis Kriegsende interniert war. Im November 1946 wurde Heerema vom Den Haager Sondergerichtshof unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Später erließ ihm der Sonderkassationshof noch zehn Monate Haft. Dieses beschämend geringe Strafmaß ist darauf zurückzuführen, dass sich die Richter überzeugen ließen, dass Heerema nach anfänglicher Begeisterung für den Nationalsozialismus im Laufe der Besatzungszeit eine völlige Kehrtwendung vollzogen hatte. Nach dem Revisionsurteil, aus dem Professor E.J.H. Schrage 2010 in seinem Artikel *Goedgemaakt* [Wiedergutmacht] zitierte, hatte Heerema sich „auf die Seite des niederländischen Widerstands geschlagen und in dieser neuen Position durch die Wahrnehmung gefährlicher Aufträge sein Leben aufs Spiel gesetzt“.<sup>23</sup>

Seine ‚Widerstandstaten‘ schilderte Heerema erstmals während seines Aufenthalts in der Schweiz in einem Bericht von Mai/Juni 1944, später in einer stark ausgeschmückten Form in seiner ‚Verteidigung‘ vor dem Sondergericht. Danach wurden die ‚Widerstandstaten‘ durch Major Egbert Nieuwenhuis von der Gruppe Vogel noch mehr aufgebläht. Dieser schrieb am 9. Mai 1945 über Heerema: „Nachdem er einmal mit uns in Kontakt war, hat er uns alles beschafft, was für uns von Interesse war. Sozusagen als Bürgschaft für seine guten Absichten gab er uns Frau und Kind [...]. Er belieferte uns mit Waffen und Uniformen, versorgte uns mit wichtigen Informationen über Zu-

---

21 Correspondentie, Bd. 2, S. 235.

22 Fraenkel-Verkade, S. 41.

23 E.J.H. Schrage, *Goedgemaakt: Pieter Schelte Heerema (27 april 1908–30 september 1981)*, in: E.C. Coppens (Hg.), *Fabrica iuris: opstellen over de „werkplaats van het recht“ aangeboden aan Sjoerd Faber*, Nijmegen 2009, S. 331.

sammenkünfte von SS-Offizieren, an denen Himmler teilnahm, sodass wir unsere Spione dazu stoßen lassen konnten und der RAF die Gelegenheit gaben, die Versammlungsorte zu bombardieren. Er stellte uns Schlüssel von verschiedenen Gebäuden zur Verfügung und veröffentlichte über uns in der Untergrundpresse, was er über unterschiedliche Kanäle schon getan hatte, bevor er mit unserer Gruppe in Kontakt getreten war.“<sup>24</sup>

Es bleibt rätselhaft, wieso die Richter diese fantasievolle Erzählung für bare Münze genommen haben – erst recht wenn man bedenkt, dass der Kriminalbeamte unter die Zeugenaussage von Nieuwenhuis sogar geschrieben hat, dass man „entlastenden Aussagen dieser Seite keinerlei Bedeutung beimessen darf.“ Professor Schrage hat das nicht in seinen Artikel übernommen. Mit „dieser Seite“ war die Vogel-Gruppe gemeint, von der die NIOD-Mitarbeiter N.K.C.A in 't Veld und A.J. van der Leeuw Ende der siebziger Jahre festgestellt haben, dass in ihr recht viele NSB-Mitglieder und andere verdächtige Figuren mitgearbeitet hatten.<sup>25</sup> Ihrer Einschätzung darf mehr Vertrauen entgegengebracht werden als der von Generalmajor d.R. Henri Koot. Der einstige Kommandant der sogenannten Inländischen Streitkräfte, die 1944/45 an der Befreiung der Niederlande mitgewirkt hatten, erläuterte dem Gerichtshof, dass die Gruppe Vogel Reinaerd seiner Kenntnis nach während der Besatzungszeit „eine außerordentlich gute Arbeit geleistet hat; dem Urteil dieser Widerstandsgruppe und ihrer Mitglieder messe ich große Bedeutung bei.“<sup>26</sup> In den ersten Nachkriegsjahren war es nicht üblich, „dem Widerstand“ mit Fragezeichen zu begegnen, am allerwenigsten gegenüber den eigenen Mitgliedern. Vielleicht waren die Richter auch beeindruckt von dem redengewandten intellektuellen Ingenieur, der seine SS-Vergangenheit so unumwunden zugab. Ein herausragender Jurist wie Professor Jan Hendrik Willem Verzijl, Vorsitzender Richter der Kammer, die Heerema verurteilte, ließ sich meines Erachtens genauso wie andere seiner Zeitgenossen etwas vormachen. Wie in einem Vortrag aus dem Jahr 1979 spreche ich bei dem Prozess gegen Heerema nach wie vor von einer Farce.<sup>27</sup> Ungeachtet einer fehlerhaften Datierung meinerseits bleibe ich bei dieser Charakterisierung eines Prozesses gegen einen Kollaborateur, der es verstand, rechtzeitig das sinkende Nazi-Schiff zu verlassen.

Jedenfalls kam Heerema frei und begab sich – aus seiner Sicht durchaus verständlich – nach Venezuela. Dadurch konnte er sich dem Prozess gegen die NOC von 1949 entziehen. Vom Entzug der niederländischen Staatsbür-

---

24 Ebd., S. 345.

25 NIOD, DOC-1 # 653, P.S. Heerema.

26 Zit. nach: Schrage, Goedgemaakt, S. 336.

27 Samenwerken met de vijand. Verslag Anne Frank Stichting, Amsterdam 1980, S. 42.

gerschaft aufgrund des Dienstes in einer fremden Armee war weder im erstinstanzlichen Urteil noch bei der Revisionsverhandlung die Rede. Sehr wohl tauchte sein Name 1953 in den Verhandlungen der Ersten Kammer auf einer Liste von Personen auf, die für eine Einbürgerung in Frage kamen.<sup>28</sup> Zwar kam es in Venezuela unter dort lebenden Niederländern zu Klagen über diesen ehemaligen SS-Mann, doch das schien ihn nicht zu stören. Erst gründete er eine auf Wasserbau spezialisierte Baufirma und entwickelte salzwasserbeständige Betonpfähle. 1962 wurde in Scheveningen die Firma Heerema Engineering Services gegründet, die auf Offshore-Aktivitäten wie die Gewinnung von Öl und Gasbohrungen im Meer gerichtet war. Das Unternehmen wuchs beständig, doch Heerema selber blieb in der Deckung, bis er mit einigen Kollegen 1964 auf dem sogenannten Remeiland, einer früheren Bohrinself vor der Küste von Scheveningen, durch eine illegal errichtete Fernsehstation einem breiten Publikum bekannt wurde. Lange sollte dieses Abenteuer nicht dauern. Denn die niederländische Regierung griff ein und sorgte für die Schließung der Fernsehstation. Jetzt erfreut sich das Remeiland einer dritten, friedlichen Existenz als Restaurant im Amsterdamer Stadtteil ‚Houthaven‘.

1978 wurde bekannt, dass Heerema versuchte, bei seinen Konkurrenten Ballast-Nedam und Stevin eine Mehrheitsbeteiligung zu ergattern. In diesem Zusammenhang wurde in einigen Zeitungen seine NS-Vergangenheit thematisiert. „Ein Ex-SS-Mann kauft Anteile von zwei großen Baukonzernen“ titelte *Het Parool*, während des Krieges als illegales Blatt ins Leben gerufen.<sup>29</sup> Auch die Journalisten Geert-Jan Laan und Rien Robijns publizierten damals Einiges über Heerema.<sup>30</sup>

1981 verstarb Heerema. In den meisten Nachrufen wurde auch seine Vergangenheit als Nationalsozialist mit dem Hinweis erwähnt, dass er genau wegen dieser Vergangenheit niemals von der niederländischen Geschäftswelt wirklich akzeptiert worden war.

Drei Jahre später tauchte sein Name im Hamburger Prozess um die gefälschten Hitler-Tagebücher auf, als einer der Angeklagten, der frühere Stern-Reporter Gerd Heidemann, aussagte, dass Heerema großes Interesse an den Tagebüchern gezeigt habe. Auch soll er Millionen Gulden geboten haben, um der Welt ein besseres Bild von Hitler zu zeigen.<sup>31</sup>

In der Zwischenzeit spielte sich innerhalb der Familie ein Königsdrama ab, weil sich Heeremas fünf Söhne wegen der Erbschaft in die Haare bekamen. Der Streit dauerte über zwei Jahrzehnte und führte dazu, dass sich eine

---

28 Handelingen Eerste Kamer 1953–1954, 22. Dezember 1953.

29 *Het Parool* vom 1. März 1978.

30 Siehe unter anderem *Het Vrije Volk* vom 4. und vom 8. März 1978.

31 *De Volkskrant* vom 12. September 1984.

Reihe von Firmen, die jeweils von einem Heerema geführt wurden, gegenseitig Konkurrenz machten.

Ein letztes Mal tauchte Heeremas Name im Zusammenhang mit Plänen auf, Ende 2013 eines der größten Kranschiffe der Welt zu taufen. Dieses fast 400 Meter lange Schiff wurde von der Schweizer Offshore-Firma Allseas bestellt, deren Direktor Edward Heerema ist. Es kann Bohrplattformen transportieren sowie Öl- und Gaspipelines in der Tiefsee anlegen. Zu diesem Schiff wurde im Jahr 2008 in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments eine Parlamentarische Anfrage gestellt: Erstens hatte es 2001 einen staatlichen Zuschuss von etwa 800.000 Euro erhalten, und zweitens sollte das Schiff den Namen Pieter Schelte erhalten. Die Interpellantin fand es wenig angemessen, dass ein mit niederländischem Steuergeld finanziertes Schiff nach einem ehemaligen SS-Mann benannt werden sollte. Der Minister M. van der Hoeven beantwortete die Anfrage dahingehend, dass die Subsidienkommission nicht über die Vergangenheit des Pieter Schelte Heerema informiert war, fügte aber hinzu: „Ich hoffe, dass deutlich ist, dass ich nicht glücklich bin über Schiffsnamen, die negative Assoziationen hervorrufen.“<sup>32</sup>

Übersetzung aus dem Niederländischen: Johannes Koll

---

32 Tweede Kamer der Staten Generaal, Sitzungsjaar 2008–2009, Anhang 725.



## **Verzeichnis der Publikationen von Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Berger (Auswahl)**

### **Monographien**

- Peter Berger, Alles neu – alles wie gehabt? Historische Erfahrungen mit Wirtschafts- und Finanzkrisen (Wiener Vorlesungen im Rathaus, Band 165), Wien: Picus 2012.
- Peter Berger, Kurze Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, Wien: Facultas WUV 2007, zweite Auflage 2008.
- Peter Berger, Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich M. M. Rost van Tonningen, 1931–1936, Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2000.
- Peter R. Berger, Der Donauraum im wirtschaftlichen Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg. Währung und Finanzen in den Nachfolgestaaten Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei 1918–1929, Wien: VWGÖ 1982, 2 Bände.

### **Herausgegebene Werke**

- Peter Berger, Peter Eigner, Andreas Resch (Hrsg.), Die vielen Gesichter des wirtschaftlichen Wandels. Beiträge zur Innovationsgeschichte (Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Band 29), Wien, Berlin, Münster: LIT 2011.
- Peter Berger, Günter Bischof, Fritz Plasser (Hrsg.), From Empire to Republic. Post World War I Austria (Contemporary Austrian Studies, Vol. 19), New Orleans: University of New Orleans Press, Innsbruck University Press 2010.

### **Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelwerken**

- Peter Berger, Review Ernst Hanisch: Der große Illusionist: Otto Bauer, 1881–1938, in: G. Bischof, F. Plasser, E. Maltschnig (Hrsg.), Austrian Lives (Contemporary Austrian Studies, Vol. 21), New Orleans: University of New Orleans Press, Innsbruck University Press 2012, 422–436.

- Peter Berger, Stille Pioniere. Erfinder und Innovatoren in der Geschichte mechanischer Uhren. In: Peter Berger, Peter Eigner, Andreas Resch (Hrsg.), Die vielen Gesichter des wirtschaftlichen Wandels. Beiträge zur Innovationsgeschichte, Wien, Berlin, Münster: LIT 2011, 295–310.
- Peter Berger, Review John W. Boyer: Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biographie, in: G. Bischof, F. Plasser, A. Pelinka, A. Smith (Hrsg.), Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Contemporary Austrian Studies, Vol. 20), New Orleans: University of New Orleans Press, Innsbruck University Press 2011, 309–317.
- Peter Berger, Eine Geschichte von Verlorenen und Geretteten. Erinnerungen an die Judenverfolgung in Wien und Budapest. In: H. Matis, A. Resch, D. Stiefel (Hrsg.), Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft (Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Band 28), Münster: LIT 2010, 207–214.
- Peter Berger, *Sera est parsimonia in fundo* – Wie Österreichs Staatsbankrott 1922 mit Hilfe des Völkerbundes abgewendet wurde, in: G. Kodek, A. Reinisch (Hrsg.), Staateninsolvenz, Wien u. a.: Bank Verl. 2011, 95–105.
- Peter Berger, Wealth, Poverty, and Institutions in the Habsburg Empire's Successor States, 1918–1929. In: G. Bischof, F. Plasser, P. Berger (Hrsg.), From Empire to Republic. Post-World War I Austria (Contemporary Austrian Studies, Vol. 19), New Orleans: University of New Orleans Press, Innsbruck University Press 2010, 370–399.
- Peter Berger, The Lost and Saved: A Memoir of the Persecution of Jews in Vienna and Budapest. In: G. Bischof, F. Plasser, P. Berger (Hrsg.), From Empire to Republic. Post-World War I Austria (Contemporary Austrian Studies, Vol. 19), New Orleans: University of New Orleans Press, Innsbruck University Press 2010, 399–408.
- Peter Berger, Zur Situation des österreichischen Bürgertums nach dem Ersten Weltkrieg, Tatsachen und Legenden. In: H. Konrad, W. Maderthaler (Hrsg.), ... der Rest ist Österreich. Das Werden der Ersten Republik, Band II, Wien: Gerold 2008, 203–267.
- Peter Berger, Hungarian 1956 Refugees in Vienna. In: G. Bischof, F. Plasser (Hrsg.), The Changing Austrian Voter (Contemporary Austrian Studies, Vol. 16), New Brunswick NJ, London: Transaction Publishers 2008, 204–236.
- Peter Berger, György's Machine Gun, Ildikó's New Car. The controversial Hungarian Revolution of 1956 Revisited. In: G. Bischof, F. Plasser (Hrsg.), The Changing Austrian Voter (Contemporary Austrian Studies, Vol. 16), New Brunswick NJ and London: Transaction Publishers 2008, 23–54.
- Peter Berger, Of Affluence and Amnesia. In: G. Bischof, D. Herzog, F. Plasser (Hrsg.), Sexuality in Austria (Contemporary Austrian Studies, Vol. 15), New Brunswick NJ, London: Transaction Publishers 2007, 225–237.

- Peter Berger, The Dynamics of Consultative Arrangements in 20th Century Europe. The Case of Austria. In: K. Davids, G. Devos, P. Pasture (Hrsg.), *Changing Liaisons. The Dynamics of Social Partnership in the 20th Century West European Democracies*, Brüssel: Lang 2007, 135–159.
- Peter Berger, As osztrák szocialis partnerség a háboru végétől napjainkig. Fejlesztés és finanszírozás 2006 (2), 48–127.
- Peter Berger, Austrian Social Partnership from Postwar to Present. A Reappraisal. *Development and Finance. Quarterly Hungarian Economic Review* 2006 (2), 22–31.
- Peter Berger, A Homely Picture Book? In: G. Bischof, A. Pelinka (Hrsg.), *The Americanization/Westernization of Austria (Contemporary Austrian Studies, Vol. 12)*, New Brunswick NJ, London: Transaction Publishers 2004, 265–271.
- Berger, Peter, The Gildemeester Organization for Assistance to Emigrants, and the Expulsion of Jews from Vienna, 1938–42, in: Terence R. Gourvish (Hrsg.), *Business and Politics in Europe 1900–1970. Essays in Honour of Alice Teichova*, Cambridge: Cambridge Univ. Press 2003, 215–246.
- Peter Berger, The League of Nations and Interwar Austria. Critical Assessment of a Partnership in Economic Reconstruction. In: G. Bischof et al. (Hrsg.), *The Dollfuss-Schuschnigg Era in Austria. A Reassessment (Contemporary Austrian Studies, Vol. 11)*, New Brunswick, NJ: Transaction Publishers 2003, 73–92.
- Peter Berger, Rebuilding Economies after External Shocks. The Case of the League of Nations' Aid to Austria and Hungary, 1922–1926. In: *Development and Finance, Quarterly Hungarian Economic Review* (2003/2), 64–74.
- Peter Berger, Pieter de la Court (1618–1685). Unternehmer, Ökonom, politischer Theoretiker des neuen Wirtschaftsbürgertums. In: K. Bachinger, D. Stiefel (Hrsg.), *Auf Heller und Cent. Beiträge zur Finanz- und Währungsgeschichte*, Wien: Ueberreuter 2001, 43–67.
- Peter Berger, Die Wiener Hochschule für Welthandel und ihre Professoren 1938–1945. In: *Hochschulen im Nationalsozialismus, Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 10, 1, (1999), 9–49.
- Peter Berger, Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates; Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Review Essay. In: G. Bischof, A. Pelinka, E. Thurner (Hrsg.), *Women in Austria (Contemporary Austrian Studies, Vol. 6)*, New Brunswick NJ, London: Transaction Publishers 1998, 242–253.
- Peter Berger, Elke Berger-Seissl, Graf Stephan Széchenyi (1791–1860). Grundherr, Pionierunternehmer, Vordenker des modernen Ungarn. In: Herbert Matis (Hrsg.), *Historische Betriebsanalyse und Unternehmer (Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Band 19)*, Wien 1997, 349–370.

- Peter Berger, Jiří Novotny, Jiří Sousa, Der Beitrag der Tschechoslowakischen Republik zur Sanierung der österreichischen Finanzen 1919–1938. In: Herbert Matis und Alice Teichová (Hg.), Österreich und die Tschechoslowakei 1918–1938. Die wirtschaftliche Neuordnung in Zentraleuropa, Wien, Graz, Köln: Böhlau 1996, 169–210.
- Peter Berger, Ökonomische Macht und Politik. In: Emmerich Tálos et al. (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 395–411.
- Peter Berger, Berührungspunkte und Gegensätze. Anmerkungen zum wirtschaftlichen Wandel in Österreich und den Niederlanden 1918–1990. In: J. Van Heerde (Hrsg.), Österreich-Niederlande. Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur, Wien, Horn: Berger Verlag 1993, 109–132.
- Peter Berger, Meinoud Marinus Rost van Tonningen. Ein Forschungsbericht, *Zeitgeschichte*, 18. Jg. (1990/91), Heft 11/12, 351–378.
- Peter Berger, The Austrian Economy 1918–1938. In: John Komlos (Hrsg.), *Economic Development in the Habsburg Monarchy and in the Successor States. Essays* (East European Monographs Nr. CCLXXX), New York: Columbia Univ. Press 1990.
- Peter Berger, ‚Der Mensch sei nicht das Mittel, doch der Zweck!‘ Zur Kapitalismuskritik im Werk von Karl Kraus. In: *Unternehmer und Unternehmen*. Festschrift für Alois Brusatti, Wien: Norika 1989.
- Peter Berger, Dalla gloria principesca alla ricchezza privata. L'evoluzione del pensiero demografico nell'Europa Centrale dal 1650 al 1850. In: Gabriella Gioli (Hrsg.), *Le teorie della popolazione prima di Malthus*, Milano 1987.
- Peter Berger, Von der Ehrbegierde zum Eigennutz. Über die Verbürgerlichung der kameralistischen Bevölkerungslehre. In: *Studia in honorem Roberti Horváth septuagenarii. Acta iuridica et politica XXXVI*, Szeged 1986.
- Peter Berger, Österreichs Geldwesen 1918 bis 1922 und die zeitgenössische Inflationstheorie. In: *Volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Probleme bei sinkendem Geldwert* (Veröffentlichungen des Vereines der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete der Unternehmerbiographie und Firmengeschichte, Heft 10), Wien 1982, 29–49.
- Peter Berger, Finanzen und Staatswerdung. Zur Genese absolutistischer Herrschaftstechnik in Österreich. In: H. Matis (Hrsg.), *Von der Glückseligkeit des Staates. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus*, Berlin: Duncker & Humblot 1981, 105–136.

## **Verzeichnis der Autorinnen und Autoren**

**Karl Bachinger**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien

**N. David J. Barnouw**

NIOD Institute for War-, Holocaust and Genocide Studies, Amsterdam

**Günter Bischof**

Center Austria, University of New Orleans, USA

**Gertrude Enderle-Burcel**

Österreichisches Staatsarchiv, Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien

**Johannes Koll**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien

**Herbert Matis**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien

**Charlotte Natmeßnig**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien

**Andreas Resch**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien

**Peter Romijn**

NIOD Institute for War-, Holocaust and Genocide Studies, Amsterdam

**Gerhard Senft**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien

**Dieter Stiefel**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Universität Wien

**Fritz Weber**

Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschaftsuniversität Wien